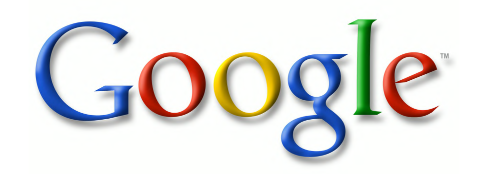
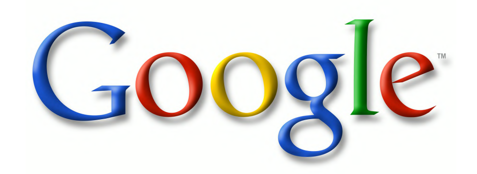
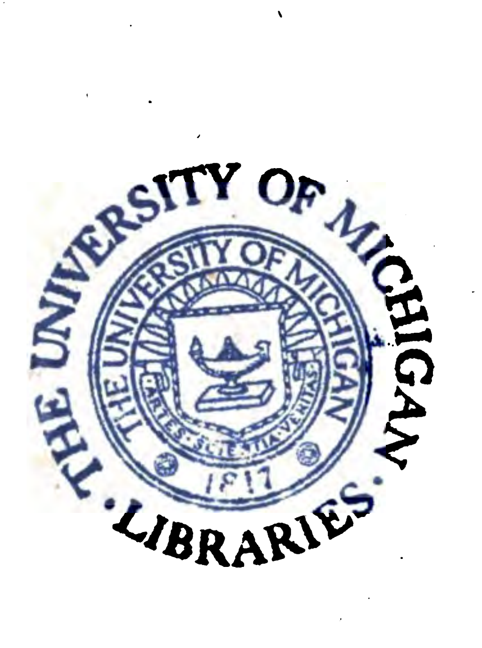





THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ARTES SCIENTIA VERITAS
1817



Der Föderalismus,

als

das leitende Princip

für

die sociale, staatliche und internationale Organisation,

unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland,

kritisch nachgewiesen und constructiv dargestellt

von

Constantin Frantz.

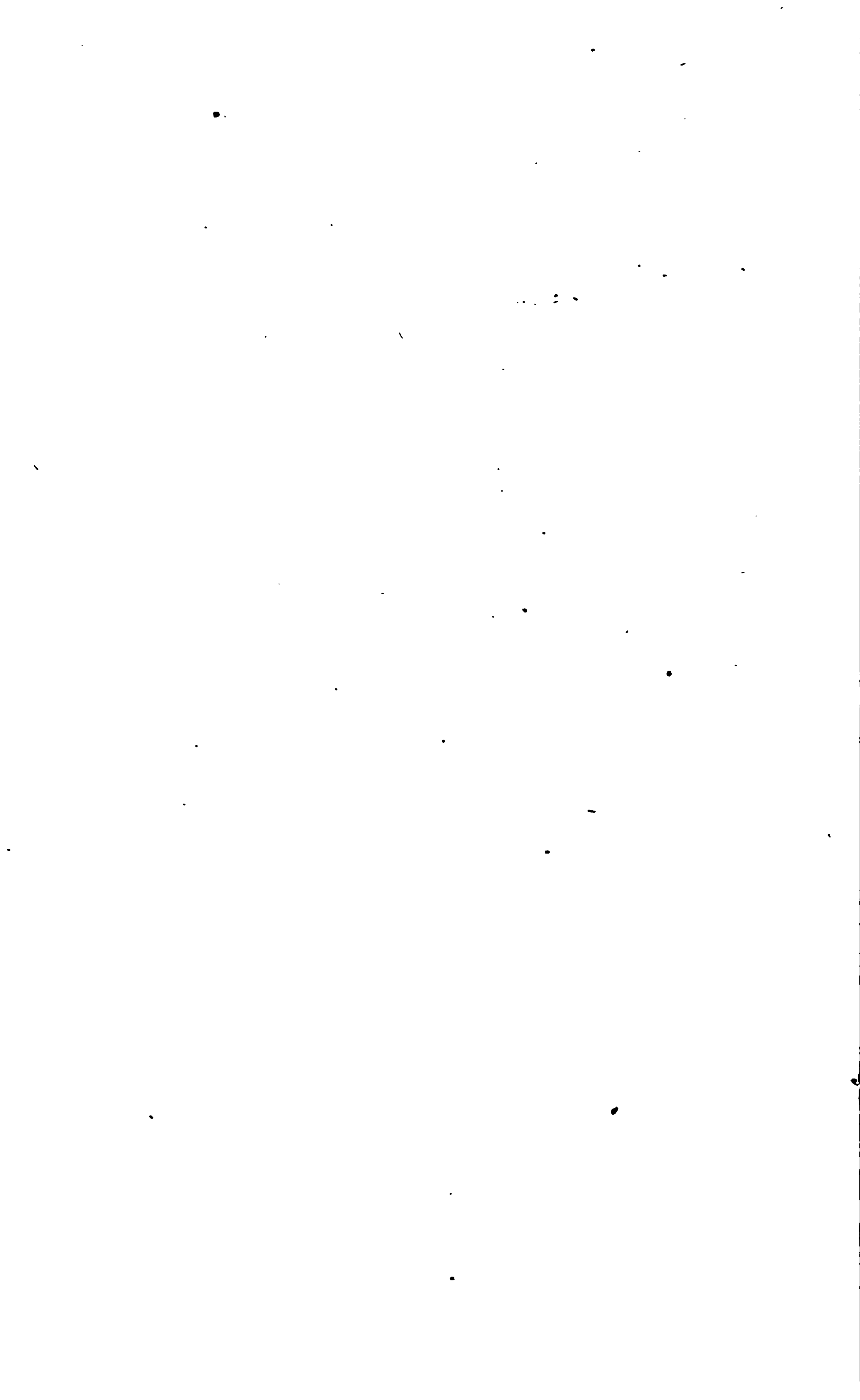
Mainz,
Verlag von Franz Kirchheim.
1879.

Mainz, Druck von Florian Kupferberg.

Herrn

Dr. Max Huttler

freundschaftlichst gewidmet.



Vorwort.

Inhalt und Zweck des vorliegenden Werkes kündigt sein Titel an, damit aber der Leser von vornherein eine Uebersicht des Ganzen und des darin eingehaltenen Gedankenganges gewinne, fühle ich mich zu nachfolgenden Erklärungen veranlaßt.

Ueberall nämlich ist die Behandlung zunächst eine *kritische*, während die *positiven* Ideen des Föderalismus einstweilen noch ganz beiseite bleiben. Und zwar betrifft die Kritik ebenso die herrschenden Theorien als die realen Verhältnisse. Erst auf Grund des Nachweises der Unzulänglichkeit jener, wie des mit diesen gegebenen praktischen Reformbedürfnisses, tritt mehr und mehr die föderative Ansicht der Dinge hervor, bis zuletzt der Föderalismus selbst sich nach seiner theoretischen wie praktischen Seite darstellt, und sich damit zeigt, worum es sich wirklich dabei handelt. Will sagen: um nichts Geringeres, als — unter dem theoretischen Gesichtspunkt — um eine neue *Weltanschauung*, wonach sich die Betrachtung des ganz Materiellen mit den höchsten Fragen des geistigen Lebens verknüpft, und — unter dem praktischen Gesichtspunkt — um ein *universales Entwickelungsprincip*, welches im Kleinen wie im Großen auf einen allumfassenden Umschwung hinzielt, der dann eben durch das Vorangegangene sich als eine unabweisbare Forderung ergibt.

Solche mehr inductive als deductive Verfahrungsweise erschien mir als die zweckmäßigste, um das Wesen und die praktische Bedeutung des Föderalismus, worüber doch bis jetzt erst ebenso dürftige als unklare Vorstellungen umlaufen, zur vollen Erkenntniß zu bringen. Gesprochen wird ja freilich schon genug davon, nur fast immer ohne Bewußtsein über die Bedingungen wie über die Ziele einer föderativen Entwickelung. Ein vaguer oder überhaupt inhaltsleerer Begriff bliebe unter solchen Umständen der Föderalismus, womit ernstlich nichts anzufangen wäre. Hier hingegen soll er etwas so Bestimmtes als Greifbares werden, was zu realiter construirbaren Aufgaben führt. Um aber dafür Sinn und Verständniß zu wecken, würde eine schulmäßige von Definitionen ausgehende Entwickelung am wenigsten am Platze gewesen sein, sondern an concrete lebendige Verhältnisse anzuknüpfen, galt mir als Grundbedingung für meine Arbeit.

Wie es dann die Ideenassociation an die Hand gab, wurde dieses und jenes in die Untersuchung hineingezogen, und für die im Fortgang der Betrachtung hervortretenden mehr principiellen Fragen wurden Zwischenerörterungen eingeschoben, welche zugleich den Uebergang von einem Hauptabschnitt zum anderen vermittelten. Dadurch, meine ich, wird die Sache am faßlichsten und die Lectüre am bequemsten geworden sein. Der Leser soll sich dabei gar nicht groß anzustrengen brauchen, indessen er doch immer genau weiß, was die eigentliche Pointe ist. Zuletzt wird er, fast unvermerkt, sich in einen Ideenzusammenhang eingeführt finden, durch welchen — auch ohne formelle Systematik — in der That doch ein System gegeben ist, dessen planmäßige Anlage und innere Folgerichtigkeit dann ganz von selbst einleuchten wird.

Zu diesem Ende paßte es am besten, mit der Kritik des Socialismus zu beginnen, weil es sich da um unmittelbar praktische und heute im Vordergrund der öffentlichen Discussion stehende Fragen handelt. Unabweisbar war damit ein Ein-

gehen in die gesammte Volkswirthschaft gefordert, als dasjenige Gebiet, worin die socialistischen Ideen selbst sich concentriren. Führte das nun einerseits bis zu den ganz materiellen Grundlagen der Gesellschaft, so andererseits zu den eigentlich organisatorischen Fragen, und damit auch zu den Staatsverfassungsfragen.

Selbstverständlich ferner, daß sich die Betrachtung hiernach näher auf Deutschland richtete, für welches der Föderalismus von unmittelbarster praktischer Wichtigkeit ist. Wie viel er aber da wirklich zu bedeuten habe, konnte erst zur Evidenz gelangen durch eine eindringende Untersuchung der Eigenthümlichkeit deutscher Verhältnisse. Eine Untersuchung, die sich nicht kurzer Hand abthun ließ, es war dabei gar vieles zu berücksichtigen. Gleich wohl lenkte das keineswegs von dem allgemeinen Wesen des Föderalismus ab, indem sich vielmehr daraus ergab, wie Deutschland selbst dazu bestimmt ist, die reale Basis der föderativen Entwickelung für ganz Europa zu bilden. Das allein ist sein wahrer Beruf. Und in demselben Maße, als die Nation diesen Beruf thatkräftig ergreift, wird sie sich zu einem neuen höheren Zustand erheben.

So wurde denn die Behandlung der deutschen Frage selbst wieder die natürliche Brücke zu den Fragen der internationalen Organisation. Das zugleich weitreichendste und höchste Problem des Föderalismus, dessen Wesen damit erst zur vollen Entfaltung gelangt. Gleichwohl noch nicht das Ende der Untersuchung, sondern daraus selbst entsprang wieder die Forderung, jetzt auch dieses Wesen rein als solches in's Auge zu fassen. Und das führte uns folglich auf die eigentlich scientifische Seite der Sache.

Zum Abschluß des Ganzen war demnach hier noch zu zeigen, wie sich die föderative Weltansicht zu der bisherigen Entwickelung der politischen Wissenschaften verhält. Es erwies sich dadurch, welch ein großer Umschwung auch unter diesem

Gesichtspunkte mit dem Föderalismus angekündigt ist. So weit also reicht das föderative Princip, daß es zugleich eine Umgestaltung der realen Verhältnisse, wie der wissenschaftlichen Theorien und der allgemeinen Denkweise involvirt.

Zu alle dem soll das vorliegende Werk den Nachweis erbringen. Nicht zwar daß ich etwa meinte, damit auch schon das große Thema nach allen Seiten erschöpft zu haben, — ein Thema, womit sich noch Generationen zu beschäftigen haben werden, denn es handelt sich dabei um ein neues Princip, welches zur vollen Geltung erst in der Zukunft gelangen kann, — aber die Hauptpunkte, worauf sich dabei die Untersuchung zu richten hat, glaube ich allerdings festgestellt zu haben, so daß die Grundlagen zu einer sachlichen Theorie des Föderalismus gelegt sein werden. Es wird sich schon etwas damit anfangen lassen. Und so gewiß nun an die praktische Entwickelung des föderativen Principes vor allem die deutsche Zukunft gebunden ist, werde ich mich auch für berechtigt halten dürfen, meine Arbeit zugleich eine vaterländische zu nennen. Möchte sie als eine solche aufgenommen werden!

Blasewitz bei Dresden.
Ostern 1879.

Der Verfasser.

I.

Kritik des Socialismus.

Beginnen wir gleich mit dem Kernpunkt der Frage — was ist der Grundgedanke, von welchem die Forderungen unserer Socialdemokratie ausgehen? Offenbar der, daß, weil alle ökonomischen Güter, oder alle Genußmittel, nur durch Arbeit producirt würden, darum auch die ganze Gütermasse, welche fortwährend producirt wird, nach natürlichem Recht allein den dabei betheiligten Arbeitern gehöre, nach Maßgabe der von ihnen geleisteten Arbeit. Ein Gedanke von solcher Einfachheit und auf den ersten Anblick auch von solcher inneren Klarheit, daß ihn der schlichteste Verstand fassen kann. Er geht eben so leicht in die Köpfe der Arbeiter ein, als er zugleich ihren innersten Herzenswünschen entspricht, indem er ihnen mit einem Schlage die größte Verbesserung ihrer Lage in Aussicht stellt, die sich möglicherweise denken ließe. Will sagen: daß das ganze Nationalvermögen in Zukunft in den gemeinsamen Besitz und Genuß der arbeitenden Classen überginge. Darüber hinaus ließe sich selbst kein Wunsch erheben, mehr als überhaupt da ist, kann nicht vertheilt werden. Darum erklärlich genug, daß eben dieser Grundgedanke den theoretischen Ausgangspunkt für die socialdemokratische Propaganda bildet.

Er ist in der That ganz eben so plausibel, wie wenn man andererseits sagt: der Staat ist um des Volkes willen da, und folglich müssen auch alle Verfassungen und Gesetze aus dem Willen des Volkes hervorgehen. Wie hat dieser Gedanke einst die Massen electrisirt! Er war der mächtigste Hebel zu der großen französischen Revolution. Sobald man aber den Gedanken in Scene setzen wollte, zeigte sich auch sofort seine Unzulänglichkeit und Unhaltbarkeit. Denn man hatte dabei einen innerlich so übereinstimmenden und

seiner selbst bewußten Volkswillen vorausgesetzt, wie er in Wirklichkeit nirgends existirt. Und damit dieser Volkswille zur Geltung gelange, mußte noch die weitere Fiction hinzukommen, daß er sich in einer gewählten Repräsentantenversammlung concentrire. Was die dann decretire, das sei der Wille des Volkes. Eine Fiction, deren Unhaltbarkeit durch die Erfahrung selbst schon so handgreiflich geworden ist, daß heute kein Denkender mehr daran glauben wird. Nun wohlan, um den socialistischen Grundgedanken selbst nur auf dem Papiere zu einem praktischen Systeme auszuspinnen, bedarf es ganz ähnlicher Suppositionen, die sich hinterher als reine Fictionen erweisen. Sogar eine ganze Reihe von Fictionen gehörte dazu, von denen wir zuvörderst nur die Grundfiction betrachten wollen.

Wie also die politische Revolution einen innerlich gleichartigen Volkswillen supponirte, so wird hier die substanzielle Gleichartigkeit aller materiellen Güter supponirt, die nämlich darauf beruhen soll, daß alle Güter nichts weiter wären als verkörperte Arbeit. Dies zuzugeben, wäre es freilich eine einfache Folge, daß um deswillen auch der relative Werth der verschiedenen Güter nur in dem Quantum von Arbeit zu suchen sei, welches ihre Herstellung erforderte. Sei es eine Tonne Kohlen oder ein Centner Eisen; sei es eine Metze Mehl, ein Pfund Fleisch oder Butter oder ein Dutzend Eier; sei es eine Elle Garn, eine Elle Leinwand oder Tuch; sei es ein Rock oder irgend ein anderes Kleidungsstück; sei es irgend ein Möbel oder ein Hausgeräth; sei es eine Wohnstube oder irgend welche sonstige Räumlichkeit, — das alles repräsentirt nur ein gewisses Quantum von Arbeit, und darnach werden alle Güter zu gegenseitigen Aequivalenten. Oder mit anderen Worten und kurz gesagt: der sachliche Werth aller Güter liegt lediglich in ihrem Arbeitswerth. Und mit diesem Arbeitswerth muß in einer normal eingerichteten Gesellschaft auch der Tauschwerth der verschiedenen Güter zusammenfallen, damit jeder Arbeiter immer den vollen Werth seiner Arbeit empfange, und in Folge dessen sich Niemand mehr durch die Arbeit Anderer bereichern könne. Darin liegt das Grunddogma des radicalen Socialismus, welches ihm auch so unentbehrlich ist, daß er ohne dies seine Projecte nicht einmal im Gedanken zu construiren vermöchte. Das zeigt sich leicht.

In unserem civilisirten Zustande kann Niemand die Befriedi-

gungsmittel für seine Lebensbedürfnisse selbst produciren, er muß die Producte seiner Arbeit gegen die Arbeitsproducte Anderer vertauschen. Es gilt dies sogar von dem relativ am unabhängigsten dastehenden Ackerbauer, der doch nicht einmal Brod haben würde ohne Hilfe des Müllers und resp. des Bäckers. Wie noch viel anders steht es mit den Handwerkern, den Kaufleuten, den Gelehrten und Künstlern, welche die Befriedigungsmittel ihrer Bedürfnisse nur zu einem Minimum selbst produciren. Ohne die Hilfe Anderer würden sie ihr Leben nicht einen Tag lang zu fristen vermögen. Gleichviel dann, ob dabei Waare gegen Waare, oder Arbeit und jede Art von Dienstleistungen gegen Waaten eingetauscht werden, oder auch Arbeiten und Dienstleistungen gegen einander; gleichviel ferner, ob statt des unmittelbaren Tausches das Geld als Mittelglied dazwischen tritt, — der Sache nach wird getauscht. Auch ist nicht minder klar, wie mit dem Fortschritt der Civilisation zugleich die Theilung der Arbeit immer weiter fortschreitet und damit das Tauschbedürfniß wächst. Die ganze Volkswirthschaft beruht also in gewissem Sinne auf einem allgemeinen Tauschsystem, oder (um mit Schäffle zu reden) es ist der sociale Stoffwechsel, von welchem Alles abhängt. Soll nun, wie der Socialismus fordert, die ganze durch Arbeit producirte Gütermasse allein den dabei betheiligten Arbeitern zukommen, — indem Grundrente, Capitalzins und Unternehmergewinn in Zukunft verschwinden, — und soll dabei jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gesichert sein, oder mit anderen Worten: soll er für seine Arbeit alle ihm nöthigen Lebensbedürfnisse eintauschen können, so muß eben auch der Tauschwerth aller Lebensbedürfnisse nach der darin verkörperten Arbeit bemessen werden. Anders wäre die Sache nicht denkbar.

Niemand hat dieses socialistische Grunddogma mit solcher Entschiedenheit ausgesprochen als Carl Marx, dessen Theorie daher bei unserer Socialdemokratie ein kanonisches Ansehen gewonnen hat. Aber gerade auf die Spitze getrieben, zeigt sich auch am deutlichsten die innere Unhaltbarkeit dieser Werthbestimmung, und wie sie zu selbst noch viel ärgeren Täuschungen führt, als das politische Repräsentativsystem. Wir werden daher zuvörderst näher in diese Theorie einzugehen haben. Erkennen wir dann ihre Unhaltbarkeit, so werden

wir durch solche kritische Betrachtung vielleicht auch die Grundlagen gewinnen, von wo aus zu einer wahrhafteren und höheren Auffassung der Dinge zu gelangen sein dürfte.

1.

So sehr das socialistische Oekonomiesystem dem liberalen entgegentritt, stimmt es doch insofern mit demselben überein, als es wie dieses die ganze materielle Production fast nur von der Seite betrachtet, wonach sie lediglich auf der menschlichen Thätigkeit beruht, auf dem Willen und der Intelligenz der Menschen. Die Naturbedingungen der Production hingegen werden hier wie dort nur beiläufig berücksichtigt, wenn nicht rundweg ignorirt. Beiderseits schreibt man ihnen keine fundamentale Bedeutung zu. Und nur aus solcher Denkweise konnte auch der Marx'sche Werthbegriff entspringen.

Denn nur in dem Fabrikwesen, wo die Naturkräfte nicht mehr für sich wirken, sondern dem menschlichen Willen unterworfen sind, trifft es allerdings zu, daß das Quantum der Production dem Quantum der darauf verwandten Arbeit entspricht. Und so ist es eben die Anschauung des Fabrikwesens, von welcher Marx in seinen ökonomistischen Speculationen ausgeht. Da repräsentiren z. B. 10 Ellen Garn oder 10 Ellen Leinwand auch 10mal soviel Arbeit als 1 Elle. Das ist ihm das Lieblingsbeispiel, womit er seine Theorie illustrirt. Bleibt nun dabei der Rohstoff, welcher nach dem socialistischen System dem Arbeiter von Staatswegen geliefert wird, einstweilen außer Rechnung, und gibt es keinen Unternehmergewinn noch Capitalzins mehr, so steckt in dem Garn und in der Leinwand lediglich Arbeitswerth, der unter gewissen Voraussetzungen als eine constante Größe gelten kann. Allein die Sache ändert sich total, sobald ich hingegen auf die Urproduction blicke, ohne welche doch überhaupt kein Rohstoff da wäre.

Zunächst die sogenannte extractive Industrie — wie wenig ist z. B. der Materialertrag der Kohlenwerke durch die bloße Arbeit bedingt! Es kommt darauf an, wie tief die Kohle liegt, wie mächtig das Lager, und von welcher Brennkraft, d. i. von welchem Nutzwerth die Kohle ist. So liefert dieselbe Arbeit je nach Umständen sehr verschiedene Werthe. Noch größer vielleicht ist der Unterschied des

Erfolges in dem Bergbau auf Metalle. Nicht anders verhält es sich desgleichen in der großen Fischerei. In einem Jahre liefert der Häringsfang reichlichen Ertrag, in einem anderen fällt er dürftig aus, obwohl man dieselbe Arbeit darauf verwandte. Die Häringe hatten leider die Caprice, nicht in's Netz zu gehen und sich ganz andere Aufenthaltsorte zu wählen, als wo man sie zu fangen gedachte. Man kann ihnen das so wenig verwehren, als den Kabeljaus, den Wallfischen oder den Robben. So lange aber daran nichts zu ändern ist, bleibt es eine reine Fiction, daß in einer Tonne Häringe, Stockfisch oder Thran nichts weiter als Arbeitswerth stecke. Es steckt auch Naturgabe darin, gerade wie in einer Tonne Kohlen, einem Centner Eisen, Blei oder Kupfer.

Was sollen wir erst vom Ackerbau sagen, der doch gerade für die materielle Versorgung der Gesellschaft am allerwichtigsten und die Basis aller Volkswirthschaft ist! Wie sehr aber überwiegt da die Naturkraft die menschliche Arbeitskraft, so daß der eine Acker vielleicht den fünffachen, der andere den zehnfachen, der andere den zwanzigfachen Ertrag liefert, indessen dabei der Arbeitsaufwand nicht entfernt in derselben Proportion zu wachsen braucht. Und nicht nur, daß das Klima des Landes schon von vornherein den ganzen Wirthschaftsbetrieb bedingt, sondern schließlich hängen noch alle Ernteerträge von dem gar nicht zu beseitigenden Einflusse der Witterung ab. Handelt es sich insbesondere noch um die Producte der Viehzucht, so ist es fürwahr eine starke Zumuthung an das natürliche Gefühl: in einem Mastochsen, oder etwa in einer Gans, oder in einem Schock Eier, nichts weiter als verkörperte Arbeit zu erblicken.

Wie kommt denn nun ein so kluger und so unterrichteter Mann wie Marx dazu, diese so allbekannten Thatsachen, welche der Behauptung von der alleinigen Schöpferkraft der menschlichen Arbeit das schlagendste Dementi geben, trotzdem rundweg beiseite zu lassen? Seine Tendenz zwingt ihn dazu, und wenn er freilich die Thatsachen sehr wohl kennt, so zieht er sie doch für seine Theorie nicht in Rechnung, wie wenn sie keine wirklichen Factoren der Volkswirthschaft wären, wofür er sie eben nicht anerkennen darf, oder es wäre nichts mit jenem Dogma, von welchem sein ganzes System ausgeht und mit welchem es steht und fällt. Das aber

anerkannt, so liegt auch von vornherein etwas Unnatürliches und Unwahres darin. Denn es ist einfach nicht wahr, daß die Production ökonomischer Güter lediglich auf Arbeit beruhe, sondern, so gewiß zwar jedes ökonomische Gut Arbeit voraussetzt, — gelte es selbst nur die reifen Früchte eines Baumes zu pflücken, — so gewiß producirt die bloße Arbeit gar nichts. Immer hilft die Natur dabei, und zwar nach den verschiedenen Productionszweigen in so verschiedener Weise und in so verschiedenem Grade, daß der Natureinfluß überall besondere Berücksichtigung fordert, und nicht etwa als eine sich gleich bleibende Größe sich ein für alle Mal aus der Rechnung eliminiren läßt. Wir wiederholen aber, daß diese irrige Annahme, von der alleinigen Productivität der Arbeit, implicite schon in dem von Adam Smith datirenden liberalen Oekonomiesystem selbst enthalten war, so daß der Socialismus in diesem Punkte nichts weiter that, als die letzte Consequenz daraus zu ziehen. Erst um diese letzte Consequenz auch praktisch geltend zu machen, wird dann der Socialismus vielmehr zum directen Gegensatz des Liberalismus.

2.

Freiheit und Gleichheit fordert der Socialismus principiell nicht minder als der Liberalismus, betont aber letzterer vorweg die Freiheit, indeß ihm die Gleichheit nur die formale Bedeutung der Gleichheit vor dem Gesetze hat, so bezweckt hingegen der erstere eine reale Gleichheit. Und weil nun die Erfahrung gelehrt, wie die liberale Freiheit, die nichts anderes als der Individualismus ist, trotz der Gleichheit vor dem Gesetze zu der äußersten realen Ungleichheit führt, so stellt der Socialist dem Individualismus den Collectivismus oder die Solidarität entgegen, und um die reale Gleichheit zu erreichen, trägt er kein Bedenken, nöthigenfalls die Freiheit gar sehr zu beschränken. Fragen wir hiernach: was sind die Bedingungen realer Gleichheit?

Es scheint wohl, sie wird erreicht sein, wenn in Zukunft Niemand mehr zu verzehren hat, als was er selbst sich erarbeitet. Gelten dann alle Producte für nichts weiter als verkörperte Arbeit, so braucht nur jedem Arbeiter der volle Werth seiner Arbeit gesichert zu sein, und es bleiben überhaupt keine Producte mehr übrig, die

ein Müssiggänger sich aneignen könnte. Die fruges consumere nati treten von vornherein als moribundi in die Welt, bald wird man kein solches Individuum mehr finden. Klar wie der Tag. Weil aber der civilisirte Zustand auf einem allgemeinen Tauschsystem beruht, so ist dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit nur dadurch gesichert, daß eben der Arbeitswerth der Producte zugleich ihr Tauschwerth ist. Sonst könnte sich dieser oder jener in dem allgemeinen Tauschsystem auf Unkosten Anderer bereichern, und bald begönne das alte Klagelied von neuem.

Bis heute noch verhält es sich freilich mit dem Tauschwerth der Producte viel anders. Da hängt er einerseits von der inneren Qualität derselben ab, wonach sie mehr oder weniger zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen, andererseits von dem jedesmaligen Vorrath, der zu Markte gebracht werden kann. Ist nun z. B. Brodfrucht zwar an und für sich der unentbehrlichste Artikel, so kann doch ihr Tauschwerth erheblich fallen, wenn der Vorrath weit den Bedarf übersteigt. Bleibt er hingegen hinter dem Bedarf zurück, so wird ihr Tauschwerth nicht nur in demselben Verhältniß, sondern allermeist in stärkerem Verhältniß steigen, unter Umständen bis in's Unerschwingliche, und das Fallen wie das Steigen des Tauschwerthes entspricht keineswegs dem Quantum von Arbeit, welches etwa in einem Scheffel Roggen steckt. Marx soll erst zeigen, wie er solchen Eventualitäten vorzubeugen gedenkt, die, wenn sie wirklich einträten, sein ganzes System thatsächlich über den Haufen würfen. Denn da der Tauschwerth der Nahrungsmittel, und principaliter der Brodfrucht, auf alle Productions- und Consumtionsverhältnisse zurückwirkt, so käme es vor allem hier gerade auf einen constanten Tauschwerth an, der doch wegen des unberechenbaren Ausfalls der Ernten am allerwenigsten zu garantiren ist. Man sieht, wie viel die Naturverhältnisse für die Volkswirthschaft bedeuten! Es ist kein haltbares System zu erdenken, welches davon abstrahirt, anstatt vielmehr selbst davon auszugehen.

Ueberhaupt aber liegt schon ein innerer Widerspruch darin, daß mit dem Arbeitswerth zugleich der Tauschwerth gegeben wäre. Tausch ist ein zweiseitiges Verhältniß, und wenn ich zwar in vollem Rechte bin, den Werth meines Productes nach der darauf verwandten Arbeit zu schätzen, so ist der Andere, der mir mein

Product abnehmen soll, nicht minder in seinem Rechte, wenn er es vielmehr nach dem Nutzen schätzt, den es ihm zu gewähren verspricht. Mit einem Worte: der Käufer oder der Consument schätzt das Product nach dem Gebrauchswerth, den es für ihn hat, und dabei kommt es nicht blos auf die realen Bedürfnisse des Consumenten an, sondern auch auf seinen Geschmack, seine Neigungen und selbst seine Launen. Man denke in dieser Hinsicht nur an die Wirkungen der Mode. Wo bleibt der Arbeitswerth eines Productes, wenn es aus der Mode kommt? Ich meine aber, es wird dem Socialismus so wenig gelingen, die Mode aus der Welt zu schaffen, als andererseits die Schwankungen der Nahrungsmittelpreise.

Wo Tausch ist, da ist auch Feilschen und Bieten, da macht sich Angebot und Nachfrage geltend. Und weiter: wo freie Individuen zusammen leben, da ist auch unmittelbar die Concurrenz gegeben, wonach es Einer dem Andern zuvorzuthun sucht. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage, nebst der Concurrenz, überhaupt aus der Welt schaffen zu wollen, hieße die wirthschaftliche Freiheit begraben. Und darin liegt wirklich der Grundirrthum des Socialismus, daß er dies allerdings beabsichtigt. So das Unmögliche anstrebend, verfehlt er das wirklich Mögliche. Denn möglich ist nur, daß Angebot und Nachfrage zwar nicht überhaupt aufhören, wohl aber unter Bedingungen gestellt werden, welche temperirend und regulirend wirken. Die praktische Aufgabe wird dabei insbesondere dahin gehen, die besitzlose Arbeiterclasse gegenüber dem capitalistischen Unternehmer wirklich concurrenzfähig zu machen; was sie bis heute nicht ist, da die sogenannten freien Arbeitsverträge in der That zur Ironie werden, so lange es doch der Hunger des Arbeiters ist, der dem Capitalisten als Vertragsvermittler dient.

3.

Soll der Werth der Producte nach der darauf verwandten Arbeit bemessen werden, so muß zu diesem Ende für jede Art von Producten das dazu erforderliche Arbeitsquantum ausdrücklich festgestellt sein. Es muß beispielsweise feststehen, wie viel Arbeitsstunden die Anfertigung eines gewissen Kleidungsstückes oder eines gewissen Möbels kostet. Zeigt nun aber die Erfahrung, wie der

eine Schneider oder Tischler schneller damit fertig wird als der andere, so bleibt hier kein anderes Auskunftsmittel, als eine durchschnittsmäßige Arbeitszeit anzunehmen. Selbstverständlich ist dies überall nur möglich innerhalb einer bestimmten und abgeschlossenen Volksgesellschaft, und soll die Sache nicht von vornherein sinnlos erscheinen, so muß dabei zugleich die Supposition gemacht werden, daß in dieser Volksgesellschaft eine einigermaßen gleiche technische Bildung verbreitet sei, daß man überall ungefähr nach derselben Methode arbeite, mit denselben Werkzeugen oder Maschinen. Ueberhaupt also werden die Durchschnittssätze doch immer nur für den zeitweiligen Entwickelungsstand der Industrie gelten können, der freilich selbst in stetiger Veränderung begriffen ist. Zugegeben aber, dieser Entwickelungsstand sei jederzeit vollkommen bekannt und könne für einstweilen als constant angesehen werden, und zugegeben ferner, auch die anderen Voraussetzungen träten wirklich ein, so würde dann allerdings die Annahme einer durchschnittsmäßigen Arbeitszeit als theoretisch zulässig gelten müssen.

Jedes Product repräsentirt hinfort ein bestimmtes Arbeitsquantum oder eine bestimmte Arbeitszeit, und damit ist auch unmittelbar sein Tauschwerth gegeben. Braucht ein geschickter und energischer Arbeiter weniger Zeit zur Herstellung des Productes, so wird er dennoch nach dem Durchschnittssatz bezahlt, es ist sein Vortheil, während andererseits der ungeschickte und träge Arbeiter, der mehr als die durchschnittsmäßige Zeit dazu braucht, sich schon gefallen lassen muß, gleichwohl nur nach dem durchschnittsmäßigen Satze bezahlt zu werden. Dagegen ist nichts einzuwenden, die Sache scheint wunderschön. Und hiernach meint nun Marx das Problem gelöst zu haben, indem er das durchschnittsmäßige Arbeitsquantum zugleich als das gesellschaftlich nothwendige bezeichnet, d. h. nothwendig nach dem jeweiligen Stand der industriellen Entwickelung.

Das also wäre die Zauberformel, worauf dieser Mann kühnlich sein System erbaut! Ach, wie sagt doch König Thoas in der Iphigenie?

„Du sprichst ein großes Wort gelassen aus.“

Und woher kommt denn die Gelassenheit des Herrn Marx, daß er mit jener Begriffsbestimmung ein ganzes Gebirge von Schwierigkeiten

überwunden zu haben vermeint? Einfach daher, daß er die Untersuchung gerade da abbricht, wo eben die Schwierigkeit beginnt. Im Sturmschritt läuft er bis zum Fuß des Gebirges, sobald es aber bergan geht und die Felsen entgegenstarren, da wendet er sich um und ruft uns zu: „Ihr habt ja nun gesehen, wie leicht sich hier marschiren läßt!“

Jetzt ohne Bild gesprochen: er hat dabei lediglich das Fabrikwesen vor Augen, und auch nur denjenigen Theil desselben, wo der Arbeiter fast nur noch die Maschine bedient. Vor allem sind es daher Spinnerei und Weberei, woraus er die Beispiele entnimmt, wodurch er die Sache plausibel machen will. Da freilich — und unter Berücksichtigung englischer Industrieverhältnisse, die für ihn maßgebend sind, — mag sich mit hinlänglicher Zuverlässigkeit sagen lassen, wie viel Arbeitszeit durchschnittlich erforderlich ist, um etwa einen Centner Baumwolle zu Twist von einer gegebenen Nummer zu verspinnen, oder um ein Stück Leinwand oder Tuch von einer gegebenen Art zu weben. Auch mag das noch von manchen anderen Artikeln gelten, die eben so vorzugsweise durch Maschinen und für den großen Markt producirt werden. Denn überhaupt hat eine durchschnittsmäßige Arbeitszeit da allein eine reelle Bedeutung, wo der Arbeiter nur gewisse gleichmäßige Manipulationen zu verrichten hat.

Wie viel anders steht die Sache bei complicirten Producten! Selbst der erfahrenste Maschinenbauer wird nicht zu sagen vermögen, wie viel Arbeitszeit durchschnittlich eine Locomotive kostet, und wohlverstanden eine durchschnittsmäßige Locomotive, die für sich selbst schon eine Fiction ist. Wie anders desgleichen überall da, wo das Product sich dem individuellen Bedürfniß und Geschmack des Consumenten anzupassen hat. Was bedeuten durchschnittsmäßige Kleidungsstücke, wenn man nicht auch den durchschnittsmäßigen Menschen hinzuerfinden will? Oder was heißt es wohl: ein Stuhl, ein Tisch oder ein Schrank kostet durchschnittsmäßig so und soviel Arbeitszeit? Dazu würde eben wieder der durchschnittsmäßige Stuhl, Tisch oder Schrank gehören, statt dessen in Wirklichkeit die Größe, Gestalt und Construction in's Grenzenlose wechseln kann. Außerdem kommt überall die Qualität der Arbeit in Betracht, wonach bei gleicher Größe, Gestalt und Construction, das eine Möbel doppelt

und dreifach so viel werth ist als das andere. Weiter dann das Bauwesen, — wie viel durchschnittsmäßige Arbeit steckt in einem durchschnittsmäßigen Hause? Die Unzuverlässigkeit aller Bauanschläge zeigt genügend, wie schwer das zu sagen sein möchte.

Es wäre tädiös, die Frage hier durch alle einzelnen Rubriken hindurch zu verfolgen, wenn aber schon das Vorstehende erkennen läßt, welche Schwierigkeiten uns dabei entgegen treten, so werden wir doch von der Hauptschwierigkeit, woran zuletzt die ganze Sache unabwendbar scheitert, noch besonders zu sprechen haben.

4.

Ich fordere alle deutschen Statistiker heraus, sie sollen mit ihren vereinigten Kenntnissen mir nur die eine simple Frage lösen: was das durchschnittsmäßige Arbeitsquantum sei, das in Deutschland etwa die Production eines Scheffel Roggens kostet? Ich bin überzeugt, sie werden mich alle verdutzt ansehen, denn wenn sie auch herausrechnen können, wie viel Scheffel Roggen ungefähr durchschnittlich producirt werden, wobei sie doch vielleicht um ein paar Millionen zu hoch oder zu niedrig greifen dürften, — wie viel Arbeit darin steckt? daran haben sie wahrscheinlich noch nie gedacht. Und doch ist es gerade diese Frage, die schlechterdings beantwortet sein will, oder die ganze Marx'sche Theorie versinkt in's Bodenlose.

So mag man jetzt eine Untersuchungscommission ernennen, die — wie unerläßlich wäre — in jedem Kreise, ja in jedem Dorfe ihren Agenten hat, — was wird wohl schließlich dabei herauskommen? Ganz gewiß nichts anderes, als daß man nun genau erfährt, was man freilich schon im Allgemeinen im voraus wußte, nämlich welche auffallenden Unterschiede in dieser Hinsicht obwalten, je nach der Bodenbeschaffenheit und der üblichen Wirthschaftsweise. Weil aber zu der verschiedenen Fruchtbarkeit des Bodens auch noch die durch den Witterungswechsel bedingte Verschiedenheit der Ernteerträge hinzukommt, so wird unsere Commission eine ganze Reihe von Jahren functioniren müssen, um erst die nöthigen Data zu beschaffen, wonach — etwa für eine zehnjährige Periode — sich ein Durchschnittssatz berechnen läßt. Die Rechnungen werden sich freilich in's Ungeheuere ausdehnen, an und für sich aber keine Schwierigkeit darbieten, so daß es nur der vier Species und der erforder-

lichen Arbeitskräfte bedürfen wird. Auf ein paar hundert Calculatoren mehr oder weniger, wie auf einige tausend Ballen Papier mehr oder weniger, darf es natürlich nicht ankommen. So hat man endlich glücklich herausgerechnet, wie viel durchschnittsmäßige Arbeit in einem Scheffel Roggen steckt, auch gebe ich zu: das Resultat ist von genügender Zuverlässigkeit, nur wäre leider sein praktischer Werth = Null, so gewiß als die durchschnittsmäßige Wirthschaftsweise, der durchschnittsmäßige Boden und die durchschnittsmäßige Witterung eine reine Fiction bleiben, da gerade im Landbau die auffallendsten Unterschiede hervortreten, die, insoweit sie durch Naturverhältnisse bedingt sind, sich niemals beseitigen lassen.

Ferner dann kommt zum eigentlichen Ackerbau noch die Viehzucht hinzu, und entsteht folglich auch noch die Frage: wie viel durchschnittsmäßige Arbeit dazu gehört, um etwa ein Kalb zu einer Milchkuh oder einem Mastochsen aufzuziehen, ein Fohlen zu einem Reitpferd oder Zugpferd? Desgleichen in der Schafzucht, der Schweinezucht und der Federviehzucht. Dazu auch nicht zu vergessen: wie viel Arbeit steckt in einem Pfund Wolle, in einem Kalbfell oder in einer Rindshaut, in einem Pfund Butter oder in einem Mandel Eier, in einem Pfund Honig oder Wachs? Das Alles muß ergründet werden. Ich meine aber, die erfahrensten Fachmänner mögen die Köpfe zusammenstecken, um darüber zu deliberiren, zuletzt wird ihre Erklärung auf den alten Satz hinauslaufen: „Ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten.“ Will sagen, sie werden die Frage selbst perhorresciren, weil ihnen, eben als Sachverständigen, auch am einleuchtendsten sein wird, welch ein Ungedanke darin liegt, ein lebendiges Thier, nebst den von ihm herkommenden Producten, für nichts weiter als verkörperte Arbeit anzusehen, und darnach wie eine Elle Garn oder eine Elle Leinwand behandeln zu wollen. Nur ein abstracter Judenverstand mag darauf gerathen, welchem an allen Dingen nichts weiter interessirt, als wie sich verwerthen lassen, gleichviel, was die Dinge an und für sich sind.

Es ist ja wahr, auch die landwirthschaftlichen Producte wie desgleichen die Producte der Jagd, der Fischerei und des Bergbaues, müssen nicht minder verwerthet werden als die Industrieproducte, je weniger aber dabei ihr Arbeitswerth festzustellen ist, um so entscheidender wird darum ihr Gebrauchswerth, und über den

Gebrauchswerth hat der Consument zu urtheilen. Damit kommen wir wieder auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage zurück. Ist also der Marx'sche Werthbegriff gerade für die Landwirthschaft, wie überhaupt für die gesammte Urproduction, welche die Basis aller Volkswirthschaft bildet, am allerwenigsten durchführbar, so müßte das darauf basirte System schon um deswillen als hinfällig gelten. Und doch bleiben noch viele andere Schwierigkeiten, die auch berücksichtigt sein wollen.

5.

Zugegeben, es gelänge endlich für jede Art von Producten die dazu durchschnittsmäßige erforderliche Arbeitszeit festzustellen, damit wäre die Sache noch lange nicht abgethan. Denn die verschiedenen Producte sollen sich auch untereinander austauschen, und die Arbeitszeiten, welche sie repräsentiren, sollen Aequivalente sein. Man wird aber z. B. die Arbeitsstunde des Grobschmieds oder des Zimmermanns nicht gleichstellen können mit der Arbeitsstunde des Webers oder des Schneiders, dessen Arbeit weniger anstrengend ist, infolge dessen er weniger Nahrung bedarf, wie er auch bei seiner sitzenden Lebensweise weniger an Bekleidungsstücken consumirt. Andererseits wird man die Arbeitsstunde des Holzhackers oder des Steinklopfers nicht gleichstellen können mit der des Setzers, des Lithographen oder des Uhrmachers, der einer höheren Vorbildung und einer langen Lehrzeit bedarf.

Kurz, man wird den Arbeitsstunden nach den verschiedenen Geschäften einen verschiedenen Werth zuschreiben, man wird gewissermaßen eine Rangordnung feststellen müssen, das erfordert die Natur der Dinge. Allein der Marx'sche Werthbegriff bietet dazu keinen Anhalt. Was hilft es, daß ich die Weberarbeit kenne, die in einer Elle Leinwand steckt, oder die Setzerarbeit, die in einer Druckseite steckt, und meinetwegen auch die Agriculturarbeit, die in einem Scheffel Roggen steckt, — das relative Werthverhältniß dieser verschiedenen Arbeiten ist eine ganz andere Frage. Fällt nun das Gesetz von Angebot und Nachfrage, so ist darüber nur von oben herab per decretum zu entscheiden.

Wie aber, wenn die Leute die solcherweise festgestellte Rangordnung sich nicht gefallen lassen wollen? Und das darf man

kaum erwarten. Ist nur erst die sociale Revolution in Gang gekommen, welche neben der Freiheit noch mehr die Gleichheit und Brüderlichkeit fordert, so wird der Weber sagen: „meine Arbeit gilt so viel als die des Grobschmieds“; der Steinklopfer: „meine Arbeit gilt so viel als die des Schriftsetzers“; und ebenso der Ackerknecht oder Drescher: „meine Arbeit gilt so viel als die des Uhrmachers oder Lithographen.“ Der Kampf wird nicht ausbleiben und damit offenbar werden, wie wenig ein abstracter Werthbegriff ausreicht, um das so complicirte Wesen der ökonomischen Gesellschaft in Ordnung zu bringen.

Ich frage aber noch mehr: wie will man die geistigen Thätigkeiten schätzen, die überhaupt kein greifbares Product liefern, welches doch vorliegen müßte, wenn von der dazu erforderlichen durchschnittsmäßigen Arbeitszeit die Rede sein sollte? Am meisten in Betracht kommen in dieser Hinsicht die Lehrer und die Beamten, und nach beiden Seiten ist die Frage von hoher Wichtigkeit. Denn gerade der Socialismus, der die Schulbildung erst recht allgemein machen will, wird um deswillen einen noch viel zahlreicheren Lehrstand bedürfen, als wir bis jetzt besitzen. Desgleichen wird er auch viel mehr Beamte bedürfen, da doch in Zukunft die ganze Production von Staatswegen geleitet werden soll. Welch einen beamtlichen Apparat muß das erheischen!

Schon nach ihrer blos formalen Seite wird dann die Verwaltung eines großen Landes neben einem Regiment von Statistikern eine ganze Armee von Buchhaltern bedürfen, — weil jeder Arbeitstag und beziehungsweise jede Arbeitsstunde, wie andererseits jedes Arbeitsproduct gebucht werden muß, — und wozu wohl hinterher, der unvermeidlichen Controle wegen, noch ein Regiment von höher stehenden Revisoren und Oberrechenmeistern hinzukommen wird. Die materille Leitung der Productionsanstalten ist dann noch eine viel andere Sache. Es werden dazu sehr gewiegte Leute gehören. Männer, die sich nicht nur auf Volkswirthschaft, sondern zugleich auch auf das Technische der einzelnen Productionszweige verstehen, und dabei auch einen ziemlichen Grad von Allgemeinbildung besitzen müssen. Von den Fähigkeiten dieser Beamten wird ja das ganze Wohl und Wehe der Gesellschaft abhängen, da die Staatsgewalt nun wie eine Art von Vorsehung darüber waltet. Man wird sich

gar sehr nach Capacitäten umschauen müssen. Nach welchem Maßstabe aber will man ihr Gehalt bestimmen, ohne das Gesetz von Angebot und Nachfrage, welches bisher doch immerhin einigen Anhalt bot?

Nicht nur, daß der Werthbegriff der durchschnittsmäßigen Arbeitszeit hier ganz versagt, sondern er wird positiven Schaden stiften, indem er das öffentliche Urtheil wie von selbst dahin führt, auch nur die durchschnittsmäßigen Fähigkeiten zu schätzen. Es sind aber vielmehr die über das Durchschnittsmäßige hinausgehenden Talente, von welchen aller Fortschritt ausgeht. Soll nun in Zukunft auch die Industrie von Staatswegen geleitet werden, — was verbürgt noch ihre weiteren Fortschritte? Bisher spornte schon das eigene Interesse die Unternehmer dazu an, fortwährend auf Verbesserungen zu denken, wovon sie selbst den Vortheil zogen, was hätten hingegen unter dem socialistischen Regime diejenigen zu erwarten, die sich um Verbesserungen in ihren Geschäftszweigen bemühten? Im günstigsten Falle eine wohl immer sehr mäßige Nationalbelohnung, vorausgesetzt nämlich, daß die dazu errichtete Prüfungscommission, die allermeist selbst nur aus durchschnittsmäßigen Köpfen bestehen dürfte, der neuen Erfindung oder der neuen Methode einen praktischen Werth zuschriebe, was jedenfalls zweifelhaft bliebe. Ganz anders, wenn der Erfinder die Sache in seinem eigenen Geschäfte selbst probiren, den Vortheil sofort ausnutzen und sogar durch ein Patent sich für längere Zeit sichern kann.

So sehen wir uns denn vor die Frage gestellt, was überhaupt das geistige Element in der Volkswirthschaft bedeute? und werden nicht umhin können, diese Frage noch näher in's Auge zu fassen.

6.

Ist es gewiß eine rohe Auffassung zu nennen, wenn die Oekonomik in der Natur nur die Vorrathskammer des Rohstoffes, wie die Quelle der Bodenrente erblickt, anstatt die lebendige Kraft, die bei jeder Production mitwirkt, so ist es keine geringere Rohheit, neben dem Rohstoff nur noch das Capital und die Arbeit als productive Factoren zu betrachten. Gerade, als ob nicht auch noch ein geistiges Element dazu gehörte. Wir sagen vielmehr: wie jedes ökonomische Product Naturgabe enthält, — wenngleich in sehr

verschiedener Weise und in sehr verschiedenem Grade, so daß in den feineren Industrieproducten allein die menschliche Arbeitskraft gewirkt zu haben scheint, — so liegt in jedem ökonomischen Producte auch etwas Geistiges. Nur allermeist in latenter Form, so daß man es gar nicht mehr wahrnimmt.

Wenn heute der Ackerknecht einen Acker pflügt, werden wir in seiner Arbeit kaum noch etwas Geistiges erblicken, wer aber zuerst den Ackerbau einführte und wer den Pflug erfand, der hatte damit eine nicht hoch genug zu schätzende Geistesthat vollbracht. Ein so folgenreicher Umschwung des menschlichen Lebens begann damit, daß das Alterthum eine göttliche Stiftung darin verehrte. Ebenso macht es heute den Eindruck einer rein mechanischen Hantirung, wenn der Handwerker den Hammer, die Säge oder den Bohrer in Bewegung setzt, wer aber zuerst Hammer, Säge und Bohrer erfand, kann kein gemeiner Kopf gewesen sein. Das Werk seiner Hände war nicht blos verkörperte Arbeit, sondern zugleich verkörperter Geist. Und dasselbe gilt von allen Erfindungen, obgleich sie in rein materieller Gestalt auftreten mögen.

So ist nun in den Arbeitsmethoden, wie in den Werkzeugen und Maschinen, die im Laufe der Zeit erfunden und eingeführt wurden, ein geistiger Wirthschaftsfond gegeben, der immer für die später Geborenen die selbstverständliche Voraussetzung bildet, von der sie in allen ihren ökonomischen Arbeiten ausgehen, die dann freilich an und für sich gar nichts Geistiges zu haben scheinen. Immer nur in der neuen Arbeitsmethode oder in der neuen Erfindung wird unmittelbar ein Ausfluß des Geistes erkannt. Wenn also — um mit Marx zu reden — das Industrieproduct in den Rohstoff hineingeronnene Arbeit ist, so kommt der industrielle Fortschritt dadurch zu Stande, daß Geist in die Industrie hineinrinnt. Ohne dies bliebe alle Industrie in statu quo, die bloße Arbeit brächte sie um keinen Schritt weiter.

Nun ist aber das geistige Element der Industrie mit der bloßen Arbeitskraft ganz eben so wenig commensurabel, als andererseits die Wirkungen der Natur. Und so gewiß dann selbst der gewöhnliche Handwerker nicht blos ein für alle Mal feststehende Manipulationen ausführt, sondern bei jedem Stück Arbeit sich doch die Sache ein wenig überlegt — wie desgleichen der Landmann,

wenn er seinen Acker bestellt — und damit sein Gedanke in die Arbeit hineinfließt, so gewiß werden wir behaupten dürfen, daß alle ökonomischen Producte zugleich etwas Geistiges enthalten. Und darum eben ist es — auch von den praktischen Schwierigkeiten abgesehen — selbst schon principiell unhaltbar, die Arbeit zum alleinigen Werthmesser zu machen, weil alle ökonomischen Producte neben der Arbeit auch Naturgabe und Geistesgabe enthalten, die beide mit der Arbeit nicht commensurabel sind.

Rücksichtlich der Naturgabe bedarf es nach unseren früheren Erörterungen keiner weiteren Worte. Was aber die Geistesgabe anbetrifft, so wird selbst Marx zugeben müssen, daß wenigstens, was man im eminenten Sinn ein Kunstwerk nennt, nicht blos nach der darauf verwandten Arbeit zu schätzen ist. Es wäre lächerlich zu sagen: ein Gemälde, eine Dichtung oder eine musikalische Composition sei gerade so viel werth, als sie dem Autor Arbeitszeit gekostet hätte. Und gar noch durchschnittliche Arbeitszeit! Man mag ja berechnen können, in wie viel Zeit durchschnittlich eine Offenbachiade fertig wird, wie viel Zeit gehört aber durchschnittlich zu einem Don Juan oder zu einem Tannhäuser? Das soll erst Einer sagen.

Und haben etwa diese Erwägungen so gar keinen Bezug auf die eigentliche Industrie? Die Grenze zwischen Kunst und Industrie ist fließend, wie man ja allgemein von Kunsthandwerk spricht. Das hätte in Zukunft traurige Aussichten, wenn seine Leistungen nur nach durchschnittsmäßiger Arbeitszeit zu schätzen wären. Aber nicht nur von Kunsthandwerk spricht man, sondern man spricht auch von Gartenkunst und von Kunstgärtnern, die zwar nur selten das eigentlich ästhetische Element des Gartenbaues cultiviren, doch jedenfalls tiefere Einsichten in ihrem Geschäfte besitzen als der gewöhnliche Gärtner, und wie sie zu höheren Leistungen befähigt sind, auch dafür nach einem anderen Maßstabe belohnt sein wollen. Dasselbe gilt von der Landwirthschaft und überhaupt von allen gewerblichen Thätigkeiten. Was die Intelligenz in der Industrie leistet, ist niemals nach der bloßen Arbeitszeit zu schätzen.

Will ich nach dem allen zwar nicht geradezu behaupten, der Socialismus mißachte grundsätzlich das Genie und sei darum dem Fortschritt feindlich, so hilft es doch nichts, daß er seinerseits viel-

mehr selbst der allergrößte Fortschritt zu sein behauptet, und insbesondere die Industrie erst recht zur Blüthe bringen will. Auf die Absicht kommt es dabei nicht an, sondern auf die naturnothwendigen Folgen. Und darnach geurtheilt, eröffnet jedenfalls der Marx'sche Werthbegriff eine sehr bedenkliche Perspective. Denn offenbar würde in dem darauf basirten System auch nur die durchschnittsmäßige Güte der Arbeitsproducte ihre Anerkennung finden. Wer besser arbeitete, als durchschnittlich gearbeitet würde, bliebe dafür unbelohnt. Sein Product würde in den öffentlichen Magazinen, wohin er es abzuliefern hätte, immer nur als ein durchschnittsmäßiges berechnet. Gewiß wenig ermunternd für den höher begabten Arbeiter. Er wird es in Zukunft bleiben lassen, ein besseres Stück Arbeit zu liefern als andere. Bald wird dergleichen gar nicht mehr vorkommen, sondern eben nur die durchschnittliche Güte zu erreichen, wird selbst schon als letztes Ziel aller Anstrengung gelten. Ist aber erst dieser Zustand eingetreten, so wird die durchschnittliche Güte selbst allmälig sinken, so daß sich auch hier das alte Wort erfüllen dürfte: „Wer nicht fortschreitet, schreitet zurück.“ Die durchschnittliche Güte der Producte wird sich zuletzt als durchschnittliche Schlechtigkeit erweisen.

7.

Jetzt noch eine andere Schwierigkeit, welche dem Begriff einer durchschnittlichen Arbeitszeit in seiner praktischen Geltendmachung entgegentritt. Die nämlich, daß eine abgeschlossene Gesellschaft vorausgesetzt werden muß, innerhalb deren überhaupt nur von durchschnittsmäßigen Verhältnissen geredet werden kann. Die Fülle der Erscheinungen darf sich nicht in's Unbestimmte verbreiten, man muß sie übersehen und zusammenfassen können, um aus dem Ganzen den Durchschnitt zu ziehen.

So würde es von vornherein unthunlich sein, dabei die ganze civilisirte Welt, deren Productionsverhältnisse doch allerdings durch den Handel vielseitig ineinander greifen, in Eins zusammenzufassen, weil man keine Mittel hätte, um überall gleichartige statistische Erhebungen anzustellen. Und selbst auch wenn sich dies ermöglichen ließe, würden die darnach berechneten Durchschnittszahlen für die Praxis werthlos bleiben. Denn überhaupt sind Durchschnittszahlen

um so weniger brauchbar, je größer die Verschiedenheit der dabei in Rechnung gezogenen Factoren ist. Wäre es doch gewiß unstatthaft, etwa Männerarbeit, Frauenarbeit und Kinderarbeit als einerlei zu behandeln, und darnach den durchschnittlichen Werth einer Arbeitsstunde für die einzelnen Productionszweige berechnen zu wollen. Nicht minder unstatthaft aber wäre es: deutsche, französische, englische und nordamerikanische Arbeit nach demselben Maßstab abzuschätzen, oder gar noch indische und chinesische Arbeit, die gleichwohl so manche werthvolle Industrieartikel liefert, die wir selbst zum Theil gar nicht nachahmen können. Allein ich meine, der deutsche Arbeiter würde sich schön dafür bedanken, etwa dem indischen oder chinesischen Arbeiter gleichgestellt zu werden. Er verlangt, daß der Werth seiner Arbeit mit Rücksicht auf die in seiner Heimath übliche Lebensweise beurtheilt werde.

Kurz, wenn die Durchschnittszahlen einen reellen Werth haben sollen, muß man sich dabei auf ein ganz bestimmtes und nicht allzu großes Gebiet beschränken, wo das Volksleben keine gar auffallenden inneren Unterschiede darbietet. Schon Deutschland, und insbesondere das heutige Reich, würde unter diesem Gesichtspunkt ein viel zu wenig homogenes Gebiet darstellen. Der Arbeiter in Schwaben oder am Rhein ist an ein merklich anderes Leben gewöhnt, als etwa der Arbeiter in Schlesien, in West- und Ostpreußen. Doch dies nur beiläufig. Und wie dem auch sei, — untersucht man die hier vorliegende Aufgabe nach ihren wesentlichen Bedingungen, so sieht man sich unabweisbar zu der Idee des geschlossenen Handelsstaates hingetrieben, wie ihn ja seinerzeit schon Fichte in Vorschlag brachte. Spricht davon freilich Marx selbst kein Wort, so müssen umsomehr wir davon sprechen, um uns nicht durch den scheinbar so einfachen und klaren Begriff einer durchschnittlichen oder gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen zu lassen, die sich damit vor uns aufthürmen.

Der geschlossene Handelsstaat also würde zur unabweisbaren Nothwendigkeit. Sonst bliebe es unmöglich, dem Arbeiter den vollen Arbeitswerth für sein Product zu garantiren, wenn der inländische Producent mit dem ausländischen zu concurriren hätte, der vielleicht dasselbe Product mit viel geringerer Arbeit herstellen kann. Als Beispiel diene uns nur das Getreide, dessen Production in

Nordamerika oder in Rußland unstreitig weniger Mühe kostet als bei uns. Worin liegt das? Darin, daß man dort noch Ueberfluß an Ackerland hat, und darum extensive Wirthschaft betreibt, welche bei gleichem Arbeitsaufwand ein viel größeres Nettoproduct liefert als die intensive Wirthschaft.

Wie sonderbar aber nun, daß wir infolge dessen von dem Freihandelssystem, welches uns so lange als das neue Evangelium gepredigt war, vielmehr zu dem entschiedensten Prohibitivsystem zurückgeführt würden, welches schon längst für immer begraben zu sein schien. Und welche Folgen würden daraus noch weiter entspringen? Offenbar verschwände durch die commercielle Absperrung die internationale Concurrenz, und damit ein sehr wesentlicher Hebel nicht nur des industriellen Fortschrittes, sondern aller geistigen Bildung, weil der Handelsverkehr auch auf die Circulation der Ideen einwirkt. So verschwände damit auch die temperirende Wirkung, welche der commercielle und geistige Verkehr auf die nationalen Rivalitäten und Antipathien ausübt. Sich also gegenseitig wieder fremder geworden, würden die Nationen sich um so leichter verfeinden, die Friedensgarantien verminderten sich, die Kriegsgefahr stiege. Statt fortschreitender Bildung und Humanität ginge es in beider Hinsicht rückwärts. Und wie könnte dabei die materielle Wohlfahrt der Völker gedeihen? Ich sage mehr: wir geriethen dabei sogar in einen directen Widerspruch mit den Entwickelungsgesetzen der materiellen Civilisation, welche unabweisbar zu einer stetigen Zunahme des auswärtigen Verkehrs hindrängt, selbst rücksichtlich der Consumptibilien. Denn dazu zwar möchten vielleicht Schutzzölle helfen, daß der dadurch begünstigte inländische Ackerbau uns den nöthigen Bedarf an den gewöhnlichen Nahrungsmitteln lieferte, Südfrüchte hingegen und Colonialwaaren, die wir schlechterdings nicht selbst erzeugen können, würden mit der fortschreitenden Verfeinerung des Lebens doch immer mehr begehrt werden. Desgleichen würde die fortschreitende Industrie auch einer immer größeren Einfuhr nur aus dem Auslande beziehbarer Rohstoffe bedürfen. Das Alles bezahlten wir dann mit unseren Industrieproducten, und wie diese nur nach ihrem Arbeitswerth geschätzt würden, so müßten auch die Importartikel darnach geschätzt werden, sonst gelangte der Arbeiter doch nicht zu seinem Rechte. Es dürfte

beispielsweise in einem Centner Kaffee, welchen der Arbeiter allmälig consumirte, nicht weniger Arbeit stecken, als vielleicht in dem Stück Tuch, mit welchem der Kaffee bezahlt wurde.

Die bloße Grenzsperre thäte es also noch lange nicht, da sie vielmehr rücksichtlich der in Rede stehenden Artikel von vornherein unmöglich wäre, und mit der fortschreitenden Civilisation — wegen des dadurch bedingten relativ wachsenden Werthquantums unentbehrlicher Importe — immer weniger reellen Effect hätte. Keine Aushilfe dann: außer die socialistischen Staaten müßten sich conföderiren, um ein gleichartigs Arbeitsrecht und ein gleichartiges Steuerwesen einzuführen, damit dann die Grenzsperre wieder entbehrlich würde. Man sieht, was alles in unserem Werthbegriff steckt, und wie demnach das sociale Problem, sobald man es ernstlich in Angriff nehmen will, sofort in das internationale Problem übergeht.

In der That, dies eben sind die beiden großen Probleme, vor welche die civilisirte Welt durch ihre eigene innere Entwickelung sich allmälig gestellt sieht. Man muß beide zugleich in's Auge fassen, um nur überhaupt an eine gründliche Reform unserer dermaligen Zustände denken zu können. Sie greifen untrennbar ineinander, die sociale Organisation ist eine Chimäre ohne die internationale Organisation.

Wir werden darauf im weiteren Verlauf unserer Betrachtungen noch ausführlich zurückkommen müssen, hielten es aber für dienlich, schon hier darauf hinzudeuten, damit man sich von vornherein mit dem Gefühl durchdringe, daß es sich in der socialen Reform um eine Aufgabe handelt, der mit Suppenanstalten, mit Consumvereinen und dergleichen Mittelchen so wenig beizukommen ist, als wenn man etwa mit Spaten und Hacke die Alpen durchbohren, oder den Bodensee mit dem Eimer ausschöpfen wollte. Nur der höchste Standpunkt reicht aus, um die Aufgabe nach ihren wahren Dimensionen zu erkennen. So viel sei hier vorweg gesagt. Zunächst aber haben wir noch unsere Kritik fortzusetzen, um dadurch erst recht in die sociale Frage hineinzukommen.

8.

Nicht ohne Grund haben wir uns so lange mit dem Marx'schen *Werthbegriff* beschäftigt, denn dieser Begriff als richtig und durchführbar anerkannt, so wären damit die wichtigsten Fragen präjudicirt. Ist es doch fast eine Tautologie, daß, wenn allein die *Arbeit* alle Güter producirt, um deswillen auch nur *Arbeitseinkommen* ökonomisch berechtigt ist, jedes andere Einkommen aber einen an der Arbeit begangenen Diebstahl implicirt. Außerdem wird damit die ganze Volkswirthschaft von vornherein von ihrem realen Boden hinweggeschoben, welcher immer und ewig die *Natur* bleibt.

Ueberall sind es in erster Stelle die Naturverhältnisse des Landes, welche der ganzen Volkswirthschaft ihr Gepräge geben. Darauf folgen in zweiter Stelle die *Grundbesitz-Verhältnisse*, in dritter Stelle die *Art der Bewirthschaftung* des Grund und Bodens. Erst wenn ich darüber orientirt bin, kann ich die wirthschaftlichen Zustände eines Landes in nähere Untersuchung ziehen, ohne dies schweben alle meine Vorstellungen in der Luft. Noch mehr, erst dadurch gewinne ich auch einen Einblick in die allgemeinen *gesellschaftlichen* und *staatlichen* Zustände, welche erfahrungsmäßig überall durch die Grundbesitzverhältnisse bedingt sind.

Wie in Lapidarschrift steht diese Wahrheit geschrieben in dem ganzen germanischen Mittelalter. Und wenn dann das Mittelalter zur Neige ging, so haben auch darauf wieder die Veränderungen in den Grundbesitzverhältnissen nicht wenig eingewirkt. Was insbesondere die englische Verfassung anbetrifft, so beruht sie noch heute auf dem dortigen Agrarrecht und agrarischen Zuständen, die ihren augenfälligsten Ausdruck in der Latifundienbildung finden; wie andererseits in Frankreich das napoleonische System auf der Bodenzersplitterung beruhte, auf den Millionen von Parzellenbauern, welche seine wichtigste Stütze bildeten. Allbekannt ferner, wie es die Behandlung des Grundeigenthums ist, worin der Unterschied des *germanischen* Rechtes von dem *römischen* Rechte am augenfälligsten hervortritt. Nicht minder beruht auf den Grundbesitzverhältnissen zum guten Theil der Unterschied in der Stellung des deutschen Grundadels von dem *slawischen*, der keine eigentlichen Lehngüter noch Fideicommisse kennt, wie des deutschen Bauern von

dem slawischen Bauern, der wenigstens in dem eigentlichen Rußland der Regel nach noch heute kein individuelles Grundeigenthum besitzt. Fürwahr, es wäre eine dankenswerthe Aufgabe, einmal die ganze Weltgeschichte unter dem Gesichtspunkte der Entwickelung der Grundbesitzverhältnisse und des Ackerbaues darzustellen.

Eine ganz andere Frage ist aber die Rechtmäßigkeit des Grundeigenthums und der daraus fließenden Nutzungen. Eine Frage, die offenbar weit über die Oekonomik hinausreicht, so daß wir dieselbe hier nur obenhin berühren können. Jedenfalls nun wird die Oekonomik nicht beweisen können, daß das private Grundeigenthum schon in seinem Ursprung ein Unrecht in sich schließe. Wer zuerst ein herrenloses Stück Land in Besitz nahm und urbar machte, hatte damit gewiß ein Eigenthumsrecht erworben. Er war, trotz Rousseau's Declamationen dagegen, kein Usurpator. In dieser Weise ist im Anfang der Zeiten, wo die Menschen noch überall freien Raum genug vor sich fanden, ohne Zweifel das Grundeigenthum entstanden. Und daß es entstand, war die Bedingung aller höheren Entwickelung, die überall von der Begründung fester Wohnsitze und von dem Ackerbau ausging. In ähnlicher Weise wird noch heute in Nordamerika der Squatter zum Grundeigenthümer.

Erst wo die Menschen sich dergestalt vermehrt hatten, daß kein freier Raum mehr übrig blieb, gewann das Grundeigenthum die gefährliche Bedeutung, daß es durch das Monopol über die im Grund und Boden liegenden Stoffe, wie die darin wirkenden Naturkräfte, dem Grundbesitzer eine ökonomische Herrschaft über die Nichtbesitzer gab, weil eben ohne Rohstoff und Naturkraft überhaupt keine ökonomische Production möglich ist. War seitdem also der Besitzlose für seinen Lebensunterhalt an den Grundbesitzer gebunden, so folgte auch die politische Abhängigkeit ganz von selbst, bis zur völligen Unfreiheit. Von da an wurde darum die Regulirung der Grundbesitzverhältnisse eine der wichtigsten wie zugleich schwierigsten Aufgaben der Gesetzgebung, die von Zeit zu Zeit immer von Neuem in Angriff genommen werden muß. Wird das versäumt, so können die daraus entspringenden Uebelstände so groß werden, daß die Staatsgewalt schon nicht mehr stark genug ist, um sie zu überwinden; wie davon das alte Rom, welchem juristischer Aberglaube eine besondere legislatorische Weisheit zuschreibt, ein so

warnendes Beispiel darbietet. »Latifundia perdidere Italiam, sagt Plinius, imo et provincias.« Auch das heutige Italien krankt an seinen Agrarverhältnissen, noch mehr das heutige England. Aber nicht blos die Latifundienbildung, sondern auch das Gegentheil davon, die extreme Bodenzersplitterung, kann zu kaum minder unheilvollen Folgen führen.

Tritt nun der Fall ein, daß die bestehenden Grundbesitzverhältnisse die Existenzbedingungen der besitzlosen Classen gefährden, so bedeutet es nichts, dem Reformbedürfniß die Heiligkeit des Eigenthums entgegenzuhalten, denn heiliger als das Eigenthum sind die Rechte der menschlichen Persönlichkeit. Gegen gemeinschädliche Uebelstände hat die salus publica sich geltend zu machen. So gewiß aber das ganze Gebäude der Gesellschaft auf dem Grund und Boden ruht, sind tief eingreifende Veränderungen der Grundbesitzverhältnisse nicht ohne große Erschütterungen möglich. Um so nothwendiger daher, die Entwickelung dieser Verhältnisse sorgfältig zu überwachen, um, wo sich Uebelstände zeigen, bei Zeiten die bessernde Hand daran zu legen.

Ist das private Grundeigenthum principiell selbst berechtigt, so hätte man jedenfalls kein Recht, es überhaupt beseitigen zu wollen. Berechtigt ist nur die Forderung, es unter solche Bedingungen zu stellen, daß andererseits das Menschenrecht der besitzlosen Classen dabei gewahrt bleibt. Hiernach die Sache vom Standpunkt ökonomischer Zweckmäßigkeit betrachtet, so eignet sich wohl die Waldwirthschaft für den Staatsbetrieb, nicht aber die Ackerwirthschaft und Viehzucht, und daß etwa das Ackerland an Ackerbaugesellschaften zur gemeinsamen Bewirthschaftung überwiesen werde, dürfte sich bei näherer Untersuchung als ein Phantasieproject erweisen. Endlich die Sache vom politischen Standpunkt angesehen, so würden mit der allgemeinen Expropriirung der Grundbesitzer die wichtigsten Fäden der geschichtlichen Continuität zerreißen, die unentbehrlichsten Stützen der socialen Stabilität verschwinden.

So weit Erfahrung reicht, hat bei allen schon vollständig zur Seßhaftigkeit übergegangenen Völkern neben dem Gemeineigenthum auch Privateigenthum an Grund und Boden bestanden, nur in wechselndem Verhältniß. Desgleichen hat es, bei einigermaßen fortgeschrittener Cultur, neben den Grundbesitzern

überall mehr oder weniger Nichtgrundbesitzer gegeben. Es scheint wohl, die Grundbesitzer bilden gewissermaßen die Kette des socialen Gewebes, die Nichtgrundbesitzer den Einschlag. Mag es dann sehr verschiedenartige Gewebe geben, — aus Kette und Einschlag bestehen sie alle.

9.

Ist das private Grundeigenthum an und für sich berechtigt, so ist damit auch die Grundrente berechtigt, welche aus der Gebundenheit aller Production an den Grund und Boden entspringt. Haben wir dann andererseits auch ein geistiges Element in der Volkswirthschaft erkannt, welches nicht mit der bloßen Arbeit identisch ist, sondern neben der Natur und der Arbeit einen besondern Factor bildet, so folgt daraus die Berechtigung des Unternehmergewinns. Insoweit nämlich, als es der Unternehmer ist, in welchem die Idee des Geschäftes lebt, und der die geistige Leitung desselben ausübt.

Er vollzieht dabei eine ähnliche Function, wie der Anführer bei irgend einer militärischen Expedition. Und wer wüßte nicht, wie sehr jeder militärische Erfolg durch die Führung bedingt ist. Dem Führer wird daher in erster Stelle die Ehre des Erfolges zugeschrieben, obgleich er ohne seine Soldaten für sich allein gar nichts vermocht hätte. Auch nimmt er um deswillen, weil von ihm so viel abhängt, eine viel höhere sociale Stellung ein, als der gemeine Soldat. Möglich zwar, daß auch der gemeine Soldat sich zu höheren Stellungen aufschwingt, vielleicht bis zur höchsten, aber es wird selten geschehen. Ueberhaupt können es immer nur Wenige bis zum General bringen. Warum? Darum, weil dazu seltene und angeborene Geistesgaben gehören, — ingenium von gignere — und wobei dann noch jene geheimnißvolle und unberechenbare Macht ihr Spiel treibt, die wir Zufall oder Glück nennen. Der Eine wird durch die Gunst der Umstände gehoben, der Andere bleibt bei vielleicht gleicher Befähigung dahinter zurück, es glückt ihm nicht. Der Gläubige erblickt darin eine höhere Fügung, der er sich zu unterwerfen hat.

So geschieht es nun auch auf dem Gebiete der Volkswirthschaft, daß die große Majorität sich nur zu einer sehr bescheidenen

Lebensstellung heraufarbeitet, und so zu sagen in der Stellung des gemeinen Soldaten verbleibt, indessen nur selten, wer als gewöhnlicher Arbeiter begann, sich zu einem Fabrikherrn oder zu einem großen Grundbesitzer aufschwingt. Es gehört dann ebenso angeborenes Genie wie Glück dazu. Darüber ist nicht hinwegzukommen. Allen die Garantie geben zu wollen, daß sie durch ihre Arbeit zu ungefähr gleicher Lebensstellung gelangten, hieße die Wirkungen der angeborenen Gaben wie andererseits jener geheimnißvollen Macht aus der Welt schaffen zu wollen, die über den Geschicken der Menschen waltet. Das Eine wie das Andere geht über menschliches Vermögen.

Daß es wirklich so ist, davon haben auch die Menschen überall ein instinctives Gefühl. Sie fügen sich in das Unabwendbare und lassen sich die Ungleichheit der äußeren Lebensstellung gefallen, als etwas, was nicht anders sein kann. Forderte hingegen das instinctive Gefühl der Menschen die Gleichheit der äußeren Lebensstellung, — wer könnte das Wunder erklären, daß dieser Instinct Jahrtausende lang geschlummert, und erst seit ein paar Menschenaltern sich zu regen begonnen hätte? Ich sage vielmehr: selbst heute beherrscht das Streben nach Gleichheit der äußeren Lebenslage noch lange nicht die Massen, sonst würden sie schon morgen den Communismus in Scene setzen, und Niemand könnte es hindern.

Nicht also der natürliche Instinct ist es, in Folge dessen in unseren Tagen die Idee einer radicalen Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft je mehr und mehr Anklang bei den Massen findet, sondern der besondere Zustand dieser Gesellschaft ist die Ursache davon. Vor Allem nämlich das capitalistische Regime, welchem diese Gesellschaft verfallen ist.

Sind Naturkraft, Arbeitskraft und Geisteskraft die ursprünglich gegebenen Factoren wirthschaftlicher Entwickelung, so verhält es sich mit dem Capital ganz anders. Es ist kein primitiver sondern nur ein secundärer Factor der Production, da es selbst erst aus der wirthschaftlichen Entwickelung entsprang. Für sich selbst ein absolut todtes Wesen, ist es erst im Bunde mit jenen primitiven Kräften ein mächtiges und im Fortschrit der Entwickelung immer mächtiger gewordenes Hilfsmittel der Production. Und so mächtig ist es endlich geworden, daß es, anstatt der Pro=

duction zu dienen, vielmehr die Production beherrscht und ausbeutet.

Wäre es blos die höhere Intelligenz, worauf der Unternehmergewinn beruhte, — insoweit wäre er vollkommen berechtigt. Die Arbeiter selbst würden nicht dagegen murren. Auch würde die bloße Intelligenz gar nicht die Macht besitzen, die Arbeiter unterdrücken und ausbeuten zu können. Statt dessen steht aber die Sache so, daß es vielmehr das Capital ist, welches erst den Unternehmer zum Unternehmer macht, und daß der Gewinn des Unternehmers sich sehr viel weniger nach seiner Intelligenz berechnet als nach seinem Capital. Noch mehr: mit dem Wachsen des Capitals nimmt der relative Einfluß der Intelligenz dergestalt ab, daß er zuletzt der Capitalmacht gegenüber zu einem Minimum herabsinkt. Welche enormen Genies müßten sonst wohl die Rothschilde sein, wenn ihr Einkommen auf ihren Geistesgaben beruhte! An der Arbeitskraft wiederholt sich dasselbe. Ihre relative Bedeutung sinkt in demselben Maße, als das Capital wächst, oder mit anderen Worten: der Arbeiter wird immer abhängiger von der Capitalmacht, zuletzt zum Sclaven derselben. Und wieder ähnlich geschieht es mit dem Grundbesitz. Das Capital nimmt ihm seine Unabhängigkeit und beutet ihn aus durch die Hypothek, der Grundbesitzer sinkt zuletzt zum Verwalter des Capitalisten herab.

In Summa: die drei primitiven Factoren der Volkswirthschaft sind durch den secundären Factor alle drei in den Hintergrund gedrängt. Sie sind dem Capital dienstbar geworden, welches anstatt seinerseits der Production zu dienen, vielmehr die Herrschaft über die ganze Production errungen hat. Das an und für sich todte Wesen des Capitals hat sich alle lebendigen Kräfte unterworfen. Die wahre Ordnung der Dinge scheint auf den Kopf gestellt.

Man fasse dies scharf in's Auge, denn damit ist es auf einmal klar, wie wenig es sich hier um eine bloße Arbeiterfrage handelt, sondern um einen Umschwung der gesammten Volkswirthschaft, bei welchem die Vertreter des Grundbesitzes und der Intelligenz nicht minder betheiligt sind, als die eigentlich sogenannten Arbeiter. Alle diese drei Classen müssen also hier zusammenwirken,

sie müssen sich zur ökonomischen Reform conföderiren. Denn wohl stehen z. B. die Arbeiter im Vordergrund der socialen Frage, aber doch eben nur deswegen, weil sie dem Capital gegenüber die Ohnmächtigsten und darum am meisten der Ausbeutung verfallen sind, die unmittelbar selbst ihre physische Existenz angreift. Was Wunder, daß sie auf desperate Projecte gerathen! Verstehen aber die Repräsentanten des Grundbesitzes und der Intelligenz ihre eigene Lage, so sollen sie durch das rothe Gespenst, welches ihnen der Capitalismus an die Wand gemalt, sich nicht schrecken lassen. Vielmehr haben sie es den Socialisten Dank zu wissen, daß die zuerst gegen die Capitalherrschaft auftraten und damit dem Gedanken der ökonomischen Reform die Bahn brachen.

10.

Allein mit dem bloßen Kampf gegen das Capital ist es nicht gethan. Es kommt auf die rechte Weise des Kampfes an. Darnach aber ist es dreierlei, was wir jetzt der Marx'schen Theorie vorzuwerfen haben. Zuvörderst nämlich, daß er in der Anklage, die er gegen das Capital erhebt, dasselbe nur nach seinem Verhältniß zur Arbeit betrachtet, und damit die ökonomische Reform zu einer bloßen Arbeiterfrage macht. Zum Zweiten, daß er auch das Wesen des Capitals selbst nur einseitig auffaßt, wobei der volkswirthschaftliche Proceß mehr verdunkelt als aufgeklärt wird. Zum Dritten, daß er nicht blos gegen die Usurpationen des Capitals auftritt, sondern, demselben von vornherein jede innere Berechtigung absprechend, dann seinerseits auf eben so ungerechtfertigte als utopische Forderungen geräth, die, anerkannt, zu einem radicalen und gewaltsamen Umsturz führen würden. Hier zunächst einige Worte über das Letztere.

Marx's Ausgangspunkt ist also kurzweg der Gegensatz zwischen Capital und Arbeit. Und darauf eben beruht das Ansehen, welches seine Theorie bei unserer Socialdemokratie erlangt hat, daß damit der wissenschaftliche Nachweis erbracht sein soll, wie es in dem Wesen des Capitals selbst liege, nur auf Unkosten der Arbeiter leben und wachsen zu können. Dem Raubthier vergleichbar, welches seiner Natur nach nur durch Raub existirt. Das zugegeben, bliebe wirklich keine andere Hilfe, als alles Privatcapital aufzuheben und

zum Collectivbesitz der ganzen arbeitenden Gesellschaft zu machen, damit es in Zukunft die Arbeiter nicht mehr bestehle und unterdrücke, sondern zum Nutzen derselben functionire. Diese Forderung wäre damit principiell gegen jeden Einwand sicher gestellt, es handelte sich lediglich noch um die Mittel und Wege zur Durchführung des großen Unternehmens. Würde man sich auch freilich bescheiden müssen, die Sache nicht mit einem Schlage abthun zu könen, — gleichviel, das Privatcapital wäre gerichtet, die allgemeine Collectivwirthschaft nur noch eine Frage der Zeit.

Fürwahr, das hat etwas zu bedeuten, wenn solcher Gedanke in die arbeitenden Classen eindringt. Alle Bestrebungen bekommen dadurch ihre Richtung, die Parole ist ausgegeben: es gilt die große sociale Revolution vorzubereiten. Die Socialdemokraten dürfen es ohne Scheu offen bekennen, sie sind mit ihrem Vorhaben in vollem Rechte, denn es ist jetzt wissenschaftlich bewiesen, wie der dermalige Zustand der Gesellschaft lediglich auf Unterdrückung der großen besitzlosen Majorität durch die kleine capitalistische Minorität beruht, die, nachdem sie alles um sich herum expropriirt hat, endlich selbst zu epropriiren ist. Geschieht ihr vollkommen recht. Und sobald nur die große Majorität erst ernstlich will, wird sie die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche nöthigenfalls so handgreiflich klar machen, daß der kleinen Minorität nur noch das pater peccavi übrig bleibt.

Hatte s. Z. Sièyes gesagt, der *dritte* Stand sei die ganze Nation, so soll jetzt der *vierte* Stand die ganze Nation sein, und hatte Rousseau die *Staatsverfassung* auf den allmächtigen Volkswillen basirt, so soll derselbe Wille jetzt eine neue *wirthschaftliche* Ordnung schaffen. Man weiß, wie sehr die Theorien jener beiden Männer darauf eingewirkt haben, der politischen Reform, die man damals in Frankreich plante, die rein revolutionäre Richtung zu geben, in die sie sofort hineingerieth, als man endlich mit der Reform Ernst machen wollte, wozu es leider schon zu spät war. Hüten wir uns darum, die sociale Reform noch länger hinauszuschieben, denn sind die Dinge schon zum Extrem gekommen, so kommen auch die extremen Gedanken zur Herrschaft! Wie nun aber damals, durch die Ereignisse selbst, die Unzulänglichkeit und Unhaltbarkeit jener politischen Theorien bald genug offenbar wurde, so sind sie seitdem auch längst schon vor dem Forum der Wissenschaft gerichtet.

Ist denn die ökonomische Theorie des Hrn. Marx besser begründet, als es jene politischen Theorien waren? Das wird sich demnächst zeigen.

Allerdings documentirt er in seinem Werke über das Capital eine vielseitige Gelehrsamkeit, nicht ohne Geistesfunken, dazu stehen ihm Witz und Sarkasmus zu Gebote, und was formalen Scharfsinn anbetrifft, werden es ihm Wenige gleichthun. Dies alles sehr bestechende Eigenschaften, trotz der einigermaßen schwerfälligen und pedantischen Weise, worin sich seine Deductionen bewegen, was freilich Manchem selbst als ein Zeichen strengster Wissenschaft gelten mag. Allein was ändert das alles? Das Unwahre wird um deswillen doch nicht wahr, mit welchem Aufwand von Scharfsinn, Geist und Gelehrsamkeit es auch vorgetragen werden mag. Und fragt man nach dem praktischen Werth der von ihm entwickelten Formeln und Sätze, so zeigt sich bald, wie wenig damit anzufangen ist. Am allerwenigsten thut es die Selbstgewißheit, womit er seine Behauptungen als neue, allgemein giltige Regeln ausspricht. Davon können sich nur Solche imponiren lassen, die nicht wissen, wie mißlich es überhaupt um allgemein giltige Sätze in der Oekonomik steht, wo vielmehr alles durch so viel Umstände bedingt wird, daß darum ein allgemein giltiges Wirthschaftssystem noch viel weniger möglich ist, als eine allgemein giltige Staatsverfassung.

Nicht nur, daß Marx durchaus nach englischen Verhältnissen urtheilt, in die er sich hineingelebt, sondern er ist überhaupt nicht darauf gerichtet, die Volkswirthschaft nach ihrer lebendigen Totalität zu durchforschen. Er greift vielmehr nur ein Kapitel aus der Oekonomik heraus, indem, wie schon gesagt, für ihn sich alle Fragen in dem Streit zwischen Capital und Arbeit concentriren. Da tritt er dann als Advokat der Arbeit auf, und was hat ein guter Advokat anderes zu thun, als das Recht seines Clienten, wie das Unrecht des Gegners nachzuweisen? Trotz des gelehrten Apparates und der wissenschaftlichen Haltung ist darum sein Werk über das Capital doch wesentlich nur eine Tendenzschrift, und zwar von vorherrschend negativer Tendenz, d. h. weit weniger auf die Begründung einer neuen Ordnung als auf den Umsturz der bestehenden gerichtet.

11.

Um also das Capital desto wirksamer anzugreifen, betrachtet es Marx von vornherein nach seiner dermaligen, die ganze Volkswirthschaft beherrschenden und die Arbeit unterdrückenden Macht. Offenbar ein unzulässiges Verfahren, indem dabei die ursprüngliche Genesis des Capitals unberücksichtigt bleibt, wovon ihm eben zu schweigen beliebt, um das Capital von Anfang an in's Unrecht zu setzen.

Es ist aber rundweg nicht wahr, daß Capital — wie es bei Marx das Aussehen gewinnt — nur durch Ausnutzung fremder Arbeit entstehen und wachsen könne, sondern die ursprüngliche Genesis des Capitals ist darin begründet, daß die menschliche Arbeitskraft mehr zu produciren vermag, als sie zu ihrer eigenen Reproduction wieder consumiren muß. Bei Fleiß und Sparsamkeit bleibt infolge dessen ein Ueberschuß, der dann — mit der gehörigen Intelligenz behandelt — zur Verbesserung der Production verwandt werden kann, die dadurch successive ergiebiger wird. Das ist nicht nur das ABC der Oekonomik, sondern darauf, und darauf ganz allein, beruht bis diesen Tag der Anwachs des Nationalcapitals, — wenn man dasselbe als ein Ganzes betrachtet.

Viel anders verhält es sich freilich mit dem einzelnen capitalistischen Unternehmer. Anstatt an seiner persönlichen Consumtion zu sparen, mag er vielleicht ein luxuriöses Leben führen, seine eigene Geschäftsthätigkeit kann möglicherweise gering sein, und hat er zuverlässige Commis, so braucht ihm auch die Oberleitung des ganzen Geschäftes nicht allzuviel Sorge zu machen, indessen er doch immer reicher wird. Es wäre sinnlos, seinen anschwellenden Reichthum als das Product seines persönlichen Verhaltens anzusehen, und ihm wohl gar ein Verdienst daraus zu machen, daß er nicht sein ganzes Einkommen verpraßt, sondern alljährlich etwas übrig läßt und zum Capital schlägt. Desgleichen wäre es freche Lüge, zu bestreiten, daß es allerdings die Producte seiner Arbeiter sind, wodurch der capitalistische Unternehmer sich bereichert, wie es andererseits eine grausame Ironie wäre, den Arbeitern zu sagen: sie brauchten es nur ihrerseits nicht an Fleiß und Sparsamkeit fehlen zu lassen, um ebenfalls zu Wohlstand zu gelangen. Arbeiten müssen

sie ohnehin schon genug, und ersparen können sie eben deshalb nichts, weil das, was sie als selbständige Arbeiter möglicherweise von ihrem Arbeitsproduct erübrigen könnten, mehr oder weniger in die Tasche des capitalistischen Unternehmers fällt, dem sie als Lohnarbeiter dienen.

Liegt nun allerdings in dem Wesen des Capitals, daß es die Möglichkeit gewährt, fremde Arbeit auszubeuten, und liegt dabei handgreiflich vor, wie sehr dies wirklich geschieht, so ist doch die Capitalbildung nicht nothwendig daran gebunden, so daß ohne dies überhaupt kein Capital entstehen könnte. Unbestreitbare und allbekannte Thatsachen sprechen dagegen. Geschieht es doch noch heute, daß mancher kleine Handwerker, der ohne Gehülfen arbeitet, durch Fleiß, Sparsamkeit und Intelligenz etwas erwirbt. Und wäre es auch nur soviel, daß er sich damit besseres Handwerkzeug, bessere Möbel, einen Vorrath an Wäsche und Leinen anschafft, einige silberne Löffel u. s. w. — schon darin steckt ein kleines Capital. Nicht minder geschieht es, daß Lohnarbeiter höherer Kategorien von ihrem Lohn wirklich etwas erübrigen und so zu einem kleinen Capital gelangen, das sie vielleicht in Papieren anlegen. Bei gut gestellten Kellnern oder Hausknechten, Bedienten oder Kutschern, ist dies faßt eine alltägliche Erscheinung. Was aber um vieles wichtiger, so sehen wir, wie so mancher Kleinbauer blos durch seine eigene Thätigkeit allmälig dahin gelangt, sein Land durch sorgfältige Bearbeitung einträglicher zu machen. Statt einer Kuh kann er hinterher zwei halten, im Garten und vielleicht auf dem Felde hat er Fruchtbäume herangezogen, das Strohdach seiner Hütte oder Scheune hat sich in ein Ziegeldach verwandelt, der Zaun um sein Gehöfte in eine steinerne Mauer. Der Capitalwerth seines kleinen Gütchens hat sich verdoppelt, verdreifacht. Und fürwahr, diese so im Einzelnen und im Kleinen, in unscheinbarster Weise, stattfindende Capitalbildung ist im Ganzen für den Fortschritt des Nationalreichthums von sehr erheblicher Bedeutung.

Für Marx existirt all dergleichen nicht, es gilt ihm überhaupt nicht als Capitalbildung. Das Capital kommt für ihn erst in Betracht, wo es als eine für sich bestehende Macht auftritt. Und doch will er uns in die innersten Geheimnisse der volkswirthschaftlichen Entwickelung eingeführt haben, während er vielmehr,

was so zu sagen die Capillargefäße des volkswirthschaftlichen Körpers sind, vollständig ignorirt. Nicht nur, daß dadurch ein sehr unrichtiges Bild von der wirklichen Substanz des Nationalreichthums entsteht, sondern was sein Verfahren noch viel bedenklicher macht: es werden damit die ethischen Factoren der Volkswirthschaft, nämlich Fleiß und Sparsamkeit, von vornherein beiseite geschoben. Alles dreht sich ihm um die Macht des Capitals und um die Pfiffigkeit des capitalistischen Unternehmers, wie andererseits um die Arbeiter, die der Hunger zwingt, ihre Haut zu Markte zu tragen. Offenbar ein Zerrbild der wirklichen Volkswirthschaft. Um zur Wahrheit zu gelangen, werden wir daher die Sache erst noch näher zu betrachten haben.

12.

Das Wort im weitesten Sinne genommen, ist Capital jeder über den laufenden Bedarf hinausreichende Vorrath von Lebensgütern, wie andererseits die überhaupt nicht sowohl zur Consumption als zur Production dienenden Grundstücke, Baulichkeiten, Maschinen und Werkzeuge. Im engeren Sinne hingegen genommen, wird jede Art von Vermögen erst dadurch zum Capital, daß es Geld repräsentirt oder selbst zu Gelde gemacht wird. Geld ist das Capital par excellence, und so wird es im gemeinen Leben gewöhnlich verstanden. Als Capitalist gilt daher, wer über Geldkräfte zu verfügen hat, besäße er auch keine Scholle, um sein Haupt darauf zu legen. Er brauchte ja nur zu wollen, so könnte er Land, Haus und Hof haben, denn für Geld sind alle Dinge feil, wie desgleichen alle Dienstleistungen zu haben. Für Geld kann man den Teufel tanzen lassen. Das ist, wenn man will, das dämonische Wesen des Geldes und des Geldcapitals, als des Capitals im eminenten Sinne.

Offenbar nun, wie es eben die Geldform ist, welche dem Capital die eigenthümliche Macht gibt, wodurch es sich von allen anderen Besitzthümern unterscheidet. Denn nicht nur, daß Geld den allgemeinen Werthmesser für alle Besitzthümer bildet, sondern, indem es selbst das Aequivalent für alle Güter ist, so erhält durch die Geldform jede Art von Besitz auch die allerbeweglichste Gestalt. Das Geld ist rund. Und wodurch manifestirt

sich überhaupt jede Macht als dadurch, daß sie sich selbst bewegt, oder etwas anderes in Bewegung setzt? Gleichviel, ob es Lasten, Waaren oder Maschinen wären, oder die Arme und Beine der Menschen, oder selbst ihre Phantasie, ihr Denken und Wollen — der Mächtige ist, wer die Welt in Bewegung setzen kann. Der bloße Besitz thut es nicht.

Es zeigt sich hier am Gelde etwas ganz Aehnliches, als wie man im Kriege sieht, daß eine kleine, aber höchst bewegliche Armee eine viel größere, aber schwerfällige Armee zu schlagen vermag. Wie schwerfällig erscheint dann unter diesem Gesichtspunkte insbesondere der Grundbesitz gegenüber dem Geldbesitz! Und wie sehr muß also der Grundbesitzer gegen den Geldmann im Nachtheil stehen, sobald es sich um speculativen Erwerb handelt! Er kann auf diesem Gebiete schlechterdings nicht mit dem Geldmann concurriren. Je mehr nun gleichwohl unter dem heutigen Oekonomiesystem der blos speculative Erwerb um sich greift, um so mehr muß folglich das relative Gewicht des Grundbesitzes abnehmen. So viel hängt an der Beweglichkeit des Vermögens.

Klar desgleichen, wie die Beweglichkeit und Bewegungskraft des Geldes weiter darauf beruht, daß es die compendiöseste Gestalt und gewissermaßen die Condensation alles anderen Vermögens ist, so daß ich in Geldwerth Haus und Hof mit mir herum tragen kann. Wie lahm würde daher der Geldverkehr sein, wenn wir nur Kupfergeld hätten, oder gar nur Eisengeld, wovon ich kaum so viel in die Tasche stecken könnte, um mich dafür bei einem Speisewirth satt zu essen. Je compendiöser hingegen die Gestalt des Geldes, oder je mehr der Werth aller Dinge im Gelde condensirt ist, um so mehr wächst mit der Beweglichkeit auch die Bewegungskraft des Geldes. Man sieht hieraus, wie folgenreich schon um deswillen der Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung sein muß, wodurch die materielle Beweglichkeit des Geldes gegen sechszehnmal größer geworden ist. Unstreitig also eine Veränderung im Interesse der großen Geldmänner, der goldenen Internationale, die sie allein auch gefordert und durchgesetzt hat. Es war ein Schlag gegen den Mittelstand, welchem Silber viel besser diente als Gold.

Genug, die eigenthümliche Macht des Capitals — dasselbe im engeren Sinne genommen — beruht auf seiner Geldform. So

sind Capitalherrschaft und Geldherrschaft Synonyme, und die Socialdemokratie heißt die Capitalisten Geldprotzen. Der allgemeine Instinct hat damit wirklich das Richtige getroffen.

Aber wie es sich nun auch mit dem dämonischen Wesen verhalten mag, welches in das Capital fuhr, indem es die Form des Geldes annahm, — seiner Substanz nach ist selbst das Geldcapital nichts weiter als die Metamorphose aller andersartigen Vermögensstücke. Eine Metamorphose, die sich wirklich jeden Augenblick vollzieht, und ohne welche die Volkswirthschaft überhaupt erstarren würde. Kann ich mir für Geld ein Landgut, ein Haus oder irgend welche Waare kaufen, so kann ich umgekehrt dieses Landgut, dieses Haus oder diese Waare wieder in Geld verwandeln. Und nur dadurch hat überhaupt das Geldcapital seine reale Bedeutung, daß alle diese Dinge virtualiter in ihm enthalten sind. Insofern also diese Dinge eine Nutzung gewähren, muß es wohl auch das Geldcapital thun. Es wäre sonderbar, wenn mir ein Acker Pacht, ein Haus Miethe brächte, und wenn ich dann Acker und Haus verkaufte, d. h. in Geldcapital verwandelte, daß mir jetzt dieses Geldcapital keinen Zins bringen dürfte. Wer also den Capitalzins verwirft, muß folgerichtig auch Pacht und Miethe verwerfen. Wie aber die Grundrente an und für sich berechtigt ist, so auch der Capitalzins. Und nicht etwa darin schon, daß überhaupt das Geld Zins bringt, liegt auch die Geldherrschaft, die sehr viel mehr besagt.

Illustriren wir die in dem Capital durch die Geldform stattfindende Metamorphose noch dadurch, daß wir abermals einen ähnlichen Vorgang auf dem militärischen Gebiete in's Auge fassen. Der Landwehrmann, so lange er nicht im Dienste steht, ist vielleicht ein Bauer, ein Handwerker, ein Kaufmann u. s. w. Jetzt wird er einberufen, und sobald er die Uniform angezogen, erscheint er als ein anderes Wesen. Wollen wir auch nicht mit dem Wachtmeister in Wallensteins Lager sagen, es müsse damit „ein fürnehmer Geist in ihn fahren," — etwas anderes ist allerdings aus ihm geworden. Statt eines Privatmanns figurirt er als ein Glied und Werkzeug der öffentlichen Gewalt, in welcher Eigenschaft er ganz andere Functionen ausübt und unter ganz anderen Gesetzen steht, als vordem, obgleich der Bauer in Uniform, und der Bauer im Kittel, noch immer dieselbe Person bleiben. Ganz ähnlich ist es, wenn eine

Liegenschaft oder irgend ein Waarenvorrath zu Gelde gemacht wird und so gewissermaßen die Uniform des Geldcapitals anzieht. Die frühere Werthsubstanz lebt darin fort.

Um hiernach diesen Vergleich noch weiter auszunutzen, so sagen wir, wie es doch an und für sich nothwendig ist, daß der Privatmann unter Umständen die Uniform anzieht, und damit zu einem Gliede der bewaffneten Macht wird, deren kein Staat entbehren kann. Wenn aber das Militärwesen, anstatt der Staatsgesellschaft zu dienen, vielmehr die Staatsgesellschaft beherrscht und alle Kräfte des Landes in sich aufzehrt, so entspringt daraus der Militarismus. Was innerhalb seiner Grenzen gut war, wird durch die Parekbase verderblich. Gerade so ist auch das Capital an und für sich dem civilisirten Zustande als ein wichtiges Beförderungsmittel der Production unentbehrlich, kommt es aber dahin, daß das Capital vielmehr die Production beherrscht und ausbeutet, so haben wir den Capitalismus, der heute ebenso auf uns lastet als der Militarismus. Auch würde sich unschwer zeigen lassen, wie in der That beide Hand in Hand gehen. Schon im römischen Imperium geschah es so.

Die natürliche Reaction gegen den Capitalismus ist nun der Socialismus. Und wie jede Reaction über das wahre Ziel hinausschießt, so richtet sich der Socialismus nicht blos gegen die Capitalherrschaft, sondern auch gegen den im Wesen der Dinge begründeten Capitalzins. Fällt aber der Capitalzins, so wird in Zukunft auch die Capitalbildung, wovon doch jeder weitere Fortschritt der Production abhängt, selbst aufhören. Denn es bleibt dabei: die Urquellen aller Capitalbildung sind Fleiß und Sparsamkeit, wer aber wird in Zukunft sich noch über die unabweisbare Nothwendigkeit hinaus anstrengen und von seinem Erwerb sparen wollen, wenn ihm das Ersparte keine Zinsen bringt? Daß statt dessen dann die Gesellschaft als solche nur um so mehr sparen und dadurch neues Capital bilden würde, ist eine Illusion. Woher sollte diesem Collectivwesen der Geist der Sparsamkeit kommen, wenn er nicht in den Individuen lebt? Es wäre gerade so, wie wenn die Gesellschaft kriegerische Tüchtigkeit entwickeln könnte, indessen die Individuen in Feigheit und Weichlichkeit verfielen. Die Gesellschaft ist nichts ohne die Individuen.

13.

Es war wohl ein sehr menschliches Gefühl, welches sich einst in dem Zinsverbot der Kirche aussprach, die dabei offenbar von der Ansicht ausging, daß Capital doch allermeist aus Noth geborgt werde, also zur Consumption, nicht etwa zu productiven Zwecken. Gewann in diesem Falle der Borger nichts durch das geborgte Geld, so schien es hart, daß er gleichwohl Zinsen dafür zahlen sollte. Und allerdings, im Mittelalter war es ja so, daß Geldanleihen weit mehr zu consumptiven als zu productiven Zwecken dienten. Bei fast allgemeiner Naturalwirthschaft spielte eben das Geldcapital nur erst eine geringe Rolle in der Production. Durchzusetzen war trotzdem das Zinsverbot auch damals nicht, wie sich nichts durchsetzen läßt, was gegen die Natur der Dinge läuft.

Mit der fortschreitenden Cultur nun trat aber die active Bedeutung des Capitals immer deutlicher hervor. Oder richtiger gesagt: die Capitalbildung war selbst die unentbehrlichste Bedingung des ökonomischen Fortschrittes. Je mehr Capital sich ansammelte, um so größere Unternehmungen konnte man machen, und in demselben Maße wuchs auch der Einfluß des Capitals auf die Production, wodurch es endlich dahin gekommen ist, daß ohne Capital sich fast nichts mehr anfangen läßt.

Unwidersprechlich, zu welchen großen Resultaten die capitalistische Wirthschaft geführt hat. Blicken wir nur um ein paar Menschenalter zurück, so hat dadurch die ganze Welt ein anderes Aussehen gewonnen. Unsere Eisenbahnen, wie unsere Fabriken, geben das augenfälligste Zeugniß davon. Hätte dieser Fortschritt nur nicht die große Schattenseite, daß in Folge dessen die besitzlose Arbeiterclasse in immer drückendere Abhängigkeit von der Capitalistenclasse gerathen ist. Hiergegen hilft kein Schönreden, diese Thatsache liegt ganz eben so vor Augen, als andererseits die Wunder der Industrie. Man braucht die daraus entspringende Noth der besitzlosen Lohnarbeiter erst gar nicht mit grellen Farben auszumalen, sie spricht für sich selbst genug. Auch schon in officiellen Zahlen, welche jeden Widerspruch darniederschlagen.

Lassen wir uns aber durch den Anblick solcher Nothstände nicht zu voreiligen Folgerungen hinreißen, und erwägen vielmehr zuvörderst, wie es doch an und für sich in dem Wesen fortschreitender Civili-

sation liegt, daß sich dadurch alle Lebensverhältnisse immer mehr zu einem Ganzen verschlingen, und somit jede Einzelexistenz immer mehr von anderen abhängig wird. Wäre es denn nicht geradezu das Ideal der menschlichen Gesellschaft, daß alle ihre Glieder sich wechselseitig dienten? Nur im Zustande der Uncultur kann Jeder auf sich selbst gestellt bleiben, weil er keine Bedürfnisse hat, die über seine eigene Leistungsfähigkeit hinausgingen, ohngefähr wie wir noch heute bei den indianischen Jägerstämmen in Nordamerika sehen. Nicht also die Abhängigkeit an und für sich, in welche der besitzlose Arbeiter von dem capitalistischen Unternehmer steht, ist das Uebel, — nein, darin liegt es, daß diese Abhängigkeit keine wechselseitige, sondern thatsächlich eine einseitige ist, und darum der Arbeiter der Ausbeutung verfällt. Denn daß zwar auch der Unternehmer ohne Arbeiter nichts anfangen kann, bedeutet wenig, so lange sich ihm überall Hände anbieten und anbieten müssen, weil sie sonst nichts in den Mund zu stecken bekämen.

Was für einen Schluß sollen wir daraus ziehen? Ich meine doch, das wahre Streben kann hier nur darauf gerichtet sein, die einseitige Abhängigkeit des besitzlosen Arbeiters von dem capitalistischen Unternehmer in ein wirkliches Wechselverhältniß zu verwandeln. Das aber wird erreicht sein, wenn sich die Arbeiter mit dem Unternehmer zu dem gemeinsamen Geschäftszweck conföderiren. Ich gebrauche absichtlich dieses Wort, weil es unmittelbar besagt, daß dabei beide Theile ihr eigenthümliches Wesen behalten, wie es in dem Begriffe einer jeden Föderation liegt. Ein unterschiedsloses Zusammenfließen höbe die Föderation auf, deren Grundmaxime immer bleiben muß „leben und leben lassen". Der capitalistische Unternehmer bleibt darum der Inhaber des Geschäftes, denn es ist sein Eigenthum, die Arbeiter hingegen werden zu Theilhabern an dem Ertrag des Geschäftes, weil der wirklich auf ihrer Hilfe beruht. Allein wie wäre eine solche Zweckgemeinschaft möglich, bestände schon von vornherein zwischen Capital und Arbeit ein radicaler Gegensatz?

Marx nun, für welchen eben dieser Gegensatz den Ausgangspunkt zu seinen Betrachtungen bildet, kommt darum auch zu dem Schluß: es sei hier keine andere Hilfe, außer das Privatcapital müßte überhaupt aufhören und in den Besitz der ganzen Gesellschaft

übergehen. Er dreht also den Spieß um, der capitalistische Unternehmer wird expropriirt und verliert seine selbstständige Existenz, damit hingegen die Arbeiter dazu gelangen. Eine Einseitigkeit tritt an die Stelle der anderen.

Und dahin zielen dann alle seine Erörterungen: den Gegensatz zwischen Arbeit und Capital um so anschaulicher zu machen, indem er die thatsächlichen Belege beibringt, wie sehr die Ausbeutungstendenzen des Capitals in dem heutigen Wirthschaftssystem nur immer zunehmen. Zu diesem Behuf bieten ihm insbesondere die englischen Verhältnisse ein reiches Material, und auf den daraus gemachten Mittheilungen beruht allein auch der sachliche Werth seines Buches. Wesentlich Neues bringt er freilich selbst in dieser Hinsicht nicht, so sehr er auch mit ächt jüdischer Suffisance sich die Miene gibt, als ob er es sei, der erst die innersten Geheimnisse des capitalistischen Ausbeutungssystems enthüllt habe. Von diesem Standpunkte aus behandelt er die älteren französischen Socialisten, denen doch die Sache schon längst bekannt war, und die vielmehr selbst die Bahn gebrochen haben, kaum minder von oben herab, als andererseits die Oekonomisten der Bourgeoisie. Wenn sich aber für ihn die ganze Oekonomik in der Lehre von dem Capital concentrirt, worüber er erst das rechte Licht verbreitet haben will, so hat er vielmehr gerade die allerwichtigsten Hebel, wie die prägnantesten Erscheinungen der Capitalherrschaft rundweg bei Seite gelassen, so daß, wer sonst nichts davon wüßte, durch Marx nur eben so schiefe als mangelhafte Vorstellungen davon gewinnen würde.

14.

Wie es nämlich das Fabrikwesen ist, welches für Marx im Mittelpunkte aller seiner Betrachtungen steht, so ist es auch nur das Industriecapital, mit welchem er sich ausführlich beschäftigt. Gerade als ob darin der Schwerpunkt des ganzen Capitalismus läge! Das Industrieproletariat mag ja die Sache wirklich so ansehen, und gilt es, das Industrieproletariat zur Opposition aufzustacheln und für die sociale Revolution zu gewinnen, so ist dann freilich auch die Hauptaufgabe, an dem Verlauf der ganzen industriellen Entwickelung zu zeigen, wie sehr der capitalistische Unternehmer sich auf Unkosten der Arbeiter bereichere. Dafür sind die

Arbeiter am empfänglichsten und sind dabei ganz unmittelbar interessirt. Der Handel hingegen liegt ihnen viel ferner, er beruht auf Vorgängen, die sich ihrer eigenen Wahrnehmung ganz entziehen, und welche Ueberlegungen fordern, die über ihren Horizont hinausgehen. Und doch entfaltet das Capital seine volle Macht erst durch den Handel, ohne welchen der Capitalismus gar nicht zu verstehen ist.

Schon das Eine wäre hier entscheidend, daß es eben der Handel selbst ist, der erst dem Capital die Geldform gab, worauf die Macht des Capitals grundwesentlich beruht. Er hat das Naturalcapital in Geldcapital verwandelt, und damit entstand das Geld, wie selbst das Wort pecunia (von pecus) bezeugt. Ein Heerdenbesitzer war ja in primitiven Zeiten auch ein potenter Mann, er konnte mittelst dieses Reichthums sich Alles verschaffen, was nach damaligen Zuständen sein Herz begehren mochte, indem er Vieh oder Viehzuchtproducte dafür gab. Nur blieb der Austausch einigermaßen schwerfällig und unbequem. Da führte der Handel zur Vermittelung des Tausches Kupfer, Silber und Gold ein, was gleichwohl, ehe man zu geprägtem Gelde überging, zunächst wieder nur als eine bloße Waare auftrat, so daß der Kaufpreis zugewogen wurde. Daher die römische libra, die später in dem französischen livre fortlebte, und worauf noch heute das englische pound deutet. Noch heute halten auch die großen Banken neben dem gemünzten Gelde einen Vorrath von Barren, und im Weltverkehr wird Geld nur nach seinem Metallwerth, nicht nach seinem Münzwerth geschätzt, somit noch immer als Waare behandelt. Man kann es mit Händen greifen, wie es der Handel ist, der das Geld schuf, und durch welchen fortwährend das Naturalcapital sich in Geldcapital verwandelt. Es ist die ganz natürliche Folge, daß eben auch der Handel den ganzen Weltverkehr beherrscht.

Nicht die Industrie, sondern der Handel trat schon in Phönizien und Karthago als eine Weltmacht auf. Das Mittelalter zeigt dasselbe. Welche Bedeutung gewann nicht durch den Handel die deutsche Hansa, wie in Italien Amalfi, Pisa, Venedig und Genua! Blieb Florenz mehr eine Industriestadt, so hatte es auch geringere politische Bedeutung als jene Handelsstädte, ähnlich wie bei uns Nürnberg nach seiner politischen Bedeutung weit hinter

Lübeck zurück blieb. Kann heute Belgien als ein Industriestaat par excellence gelten, — seine politische Bedeutung ist gering im Vergleich zu dem, was im siebenzehnten Jahrhundert Holland war. Was wäre selbst das von Fabriken strotzende England ohne seinen Welthandel?

Dabei steht die Entwickelung des Handels unter viel anderen Bedingungen als die des Fabrikwesens. Sind es hier vor allem die technischen Erfindungen, woran sich der Fortschritt anknüpft, so dort vielmehr die geographischen Entdeckungen und die Verbesserung der Communicationsmittel, welche dem Handel ganz unmittelbar zu gute kommt, der Industrie nur mittelbar. Der Handel verlangt Absatzgebiete, aber vergleichsweise nur geringe Arbeitskräfte, die Arbeiterfrage ist für ihn von keinem Gewicht. Braucht der Fabrikant, um ein größeres Waarenquantum zu erzeugen, caeteris paribus auch in demselben Maße mehr Arbeiter, — dem Großhändler kostet es denselben Brief, ob er 1000, 10,000 oder 100,000 Sack Kaffee bestellt. Stehendes Capital braucht er verhältnißmäßig wenig, sein Capital ist in steter Bewegung, folglich um so mächtiger. Die Accumulation des Handelscapitals erfolgt aber nach anderen Gesetzen und hat andere Wirkungen als in der Industrie. Absorbirt die große Fabrik die kleine, so keineswegs auch der Großhandel den Detailhandel, der für ihn selbst unentbehrlich bleibt, und nach der Natur der Dinge sich über das ganze Land verbreitet, so daß noch jedes Dorf seinen Krämer hat, statt dessen das Fabrikwesen sich allerdings an einzelnen Punkten concentriren und von da aus das ganze Land versorgen kann. Alles wichtige Unterschiede.

Es kommt hinzu, daß der Handel sich auch eigenthümliche Rechtsinstitute geschaffen hat. Vor allem den Wechsel, der die Beweglichkeit des Capitals so unendlich steigert. Schon der Name besagt es, daß der Wechsel gewissermaßen die Seele des Handels ist, dessen Geschäft doch selbst darin besteht, den Umtausch oder den Wechsel der Producte zu vermitteln und davon seine Procente zu ziehen. Was wäre er ohne den Wechsel! Daneben hat er seine Handelsgerichte und sein der Hauptsache nach überall gleiches Handelsrecht, wodurch er mit genügender Sicherheit seine Speculationen über die ganze Welt ausdehnen kann. Haben andere

Berufsarten ihr eigenthümliches Recht verloren, — der Handel allein hat es nicht nur behauptet, sondern immer weiter entwickelt. Eine hochwichtige Stütze seiner Macht.

Es war der Handel, der zuerst das Großcapital schuf, welches lange schon da war, noch ehe es Großindustrielle gab. Und ist es etwa das Fabrikwesen, woraus die goldene Internationale hervorging, oder ist es nicht handgreiflich der schon seiner eigenen Natur nach cosmopolitische Handel? Weit entfernt also, daß der Capitalismus sich in der Industrie concentrire, beherrscht vielmehr das Handelscapital selbst wieder das Industriecapital, denn auch der Großindustrielle hängt von dem Kaufmann ab, insoweit er nicht selbst zugleich Kaufmann ist; was er doch durchschnittlich nicht so gut sein wird als der professionelle Kaufmann, der sich nicht mit dem Technischen abzumühen hat und sich in jeder Hinsicht viel freier bewegen kann, als der Fabrikant.

Von dem Allen aber bei Marx keine Rede. Statt dessen hören wir von den Kniffen, mittelst deren der Fabrikant zu seinem absoluten oder relativen „Mehrwerth" kommt, indem er den Arbeiter über's Ohr haut. Ueber welchen Mehrwerth unser Autor dann tiefsinnige Untersuchungen anstellt, so abstrus und unfruchtbar wie ein Kapitel der Hegel'schen Logik, in deren dialectischen Formeln er sich zu bewegen liebt. Und damit will uns der Mann über Wesen und Wirkung des Capitals belehrt haben!

15.

Hat der Handel das Geld, und durch die Geldform die eigenthümliche Macht des Capitals geschaffen, so ist es endlich der Geldhandel, als die höhere Potenz des Handels selbst, wodurch der Capitalismus erst zu seiner die ganze Gesellschaft beherrschenden und ausbeutenden Allmacht gelangt, der Geldhandel aber concentrirt sich wieder in der Börse. Sie ist es, welche heute regiert. Ein Ungeheuer, welches man in der That dem großen Leviathan vergleichen könnte, als welchen vordem Hobbes die Staatsmacht bezeichnete, und von dem wir im Buche Hiob lesen:

»Non est super terram potestas, quae comparetur ei. Ipse est rex super omnes filios superbiae.«

Nun wohlan, gegen dieses Ungeheuer richte zu allerst seine Geschosse, wer die Capitalherrschaft stürzen will, sonst sind sie vergebens verschossen! Der rechte Schütze zielt nach dem Schwarzen in der Scheibe.

Kommt aber unserem Marx nicht in den Sinn. Ununterbrochen den Schlichen der Fabrikanten nachgehend, um sie doch ja in flagranti zu ertappen, wie sie durch Ausbeutung der Arbeiter ihren Mehrwerth produciren, hat er gar keine Zeit an die Börse zu denken. Möchte er auch auf seinem eigenen Wege darüber stolpern, — er thut, als hätte er nichts gesehen.

Daß Dich — mit Deinem Mehrwerth! Wo wird er denn in größeren Dimensionen und in schamloserer Weise producirt, als wenn die Börsenmagnaten die Course in die Höhe treiben, um ihren Papieren so und so viel Procent Mehrwerth zu geben, der mit einem Schlage in ihre Taschen fällt? Oder wenn sie selbst neue Papiere creiren, und zu hohen Coursen unter die Leute bringen, die in gutem Glauben ihr baares Geld dafür gaben, bis sie erst der Krach darüber belehrte, daß es Maculatur war, was sie kauften? Das heiße ich wohl den absoluten Mehrwerth produciren, im Vergleich wozu die Plusmacherei unserer Fabrikanten fast wie ein unschuldiges Kinderspiel erscheint.

Wer wüßte es nicht, daß es die Börsenmagnaten sind, welche heutzutage den Geldverkehr, und dadurch wieder nicht nur die ganze ökonomische Entwickelung beherrschen, sondern allmälig auch schon die Staatsgewalten mit ihren Netzen umstrickt, und selbst die Fäden der sogenannten hohen Politik in die Hände bekommen haben. Auch unschwer begreiflich, seitdem die ganze Volkswirthschaft und Staatswirthschaft je mehr und mehr zur Geldwirthschaft übergegangen, infolge dessen nun das Geld erst recht zum nervus rerum gerendarum wurde. Die Bankokratie folgte daraus wie von selbst, so lange doch die Regierungen kurzsichtig und schlaff genug blieben, die Leitung des Geld- und Creditwesens dem Privatcapital zu überlassen.

Wie mußte die Geldherrschaft nur immer höher anwachsen mit der ungeheueren Vermehrung der Werthpapiere durch das Staatsschuldenwesen, das Actienwesen und das Hypothekenwesen! Welches Uebergewicht hat damit das in Papieren repräsentirte

Capital, oder kurz gesagt, das Papiercapital, über das Naturalcapital gewonnen! Denn zu seiner ungeheueren Masse kommt noch seine Beweglichkeit hinzu, und geräth nun diese Masse des Papiercapitals in Bewegung, so drückt sie alles Naturalcapital darnieder. Seine Direction empfängt aber das Papiercapital durch das Börsencapital oder das reine Speculationscapital. An gar kein bestimmtes Geschäft gebunden, besitzt das die freieste Beweglichkeit, stets bereit, wo sich irgend ein Lucrum zeigt, wie der Stoßvogel darauf los zu fahren. So mächtig als beutegierig, ist sein eigenstes Geschäft der große und kleine Wucher, der die ganze Volkswirthschaft zerrüttet.

Das Börsencapital beherrscht durch den Disconto das Handelscapital, und im Bunde mit diesem wieder das Industriecapital. Den Grundbesitz beherrscht es durch die Hypothek, es kann den Grundbesitzer durch die Kündigung expropriiren, oder durch die Steigerung des Zinsfußes ruiniren. Der Zinsfuß aber hängt von dem Capitalmarkt ab, und so steht der Grundbesitzer nicht minder unter dem Einfluß der Börse. In Summa, die ganze Production wird von einer Macht beherrscht und ausgebeutet, die dafür ihrerseits überhaupt nichts producirt, außer ihr eigenes Lucrum. Je unproductiver desto lucrativer, — so lautet das Finale der Börse.

Fällt denn aber dieser Druck, den die Börse auf die ganze Production ausübt, nicht zuletzt auf den Arbeiter zurück, welcher es doch nach Marx allein ist, der alle Werthe schafft? Woher kommen also die Milliarden der Rothschilde, wenn nicht von dem Schweiß der Arbeiter? Vom Himmel fielen sie nicht, und die Rothschilde producirten nichts, oder was sie producirten, war eben der „Mehrwerth", dem unser Arbeiterfreund so emsig nachspürt, nur daß er ihn gerade da nicht sieht, wo er in colossalster Gestalt vor Augen liegt. Was veranlaßte ihn denn, wenn er dem Capitalismus den Proceß machen wollte, daß er dabei den Handel aus der Rechnung ließ, und vor allem den Geld- und Effectenhandel, ohne welchen der heutige Capitalismus gar nicht zu verstehen ist? Warum schwieg er davon? Muß jedenfalls seine Gründe haben.

Sollte es nicht vielleicht der Judengeist sein, der hier in

Marx, wenn gleich ihm selbst unbewußt, seine Wirkung äußerte? Auffallend doch, daß auch die von Lassalle ausgegangenen Agitationen und Reformprojecte sich in derselben einseitigen Richtung bewegten. Den Handel und die Börse ließ er im Frieden, um so mehr aber sollten die Productionsverhältnisse verändert werden durch Begründung von Productivassociationen. Nun, das würde ja dem Judeninteresse keinen wesentlichen Abbruch thun, möchte selbst die ganze Production an Arbeitergesellschaften übergehen. Die Juden beschäftigen sich principaliter mit dem Handel, und bleibt ihnen nur der Handel, so mögen die Gojim die Productionsarbeit durch Individualwirthschaft oder Collectivwirthschaft ausführen, der Judenschaft gilt das gleich. Noch mehr: die geplante Uebertragung der Individualwirthschaften an Arbeitergesellschaften könnte nicht ohne großartige Creditoperationen vor sich gehen, wobei die Börse zu verdienen wissen würde. Ei, das wäre so ein Geschäftchen, wenn der Staat wohl eine Reihe von Jahren hindurch Milliarden auf Milliarden anleihen müßte, um allmälig die Privatunternehmer auszukaufen, indessen diese Milliarden doch nur durch Vermittelung der Börse zu beschaffen wären. Gäbe Procentchen! Damit dann die Socialreform glücklich zu Ende gebracht, so wären freilich die Gojim, welche natürlich die Procentchen zu zahlen hätten, dadurch um etliche Milliarden ärmer geworden, das auserwählte Volk um so viel reicher. Profit tout clair. Darum nur immer die Arbeiter gegen die Unternehmer hetzen, den Handel aber ungeschoren lassen, und vor allem die Börse, als das Heiligthum, welches kein jüdischer Weltverbesserer antasten darf.

Vom Standpunkt der Judenschaft aus beurtheilt, ganz in der Ordnung. Wollen aber unsere Socialdemokraten wirklich die Lage des arbeitenden Volkes verbessern, welches leider nicht das auserwählte ist, so mögen sie sich erst andere geistige Führer anschaffen, als einen Lassalle und Marx, oder sie werden nie auf die rechte Fährte gerathen.

16.

Wie wenig bei Marx eine lebendige Anschauung von dem inneren Zusammenhang der ganzen Volkswirthschaft zu finden ist, zeigt sich endlich am augenfälligsten darin, daß er erst ganz zuletzt, und nur

wie beiläufig, auch auf den Ackerbau zu sprechen kommt. Die natürliche Ordnung der Dinge rundweg auf den Kopf gestellt! Erst eine Elle Garn oder Leinwand, dann ein Langes und Breites über die Fabrikantenkniffe, nebst abstrusen Formeln über die Entwickelung des Industriecapitals, bis ihm schließlich doch einzufallen scheint, daß die Menschen wohl eigentlich mehr von Brod und Fleisch leben, als von Garn und Leinwand, und sogar auch dafür die Landwirthschaft erst den Rohstoff liefern muß.

Bei solcher Behandlung der Dinge kommt aber die Landwirthschaft für Marx nur insofern in Betracht, als sie dem Fabrikwesen vergleichbar wird. Nämlich durch die Ausbeutung der Arbeiter und durch den capitalistischen Betrieb, der ja freilich in England, wo das Land von capitalistischen Unternehmern gepachtet wird, die Landwirthschaft fast ebenso charakterisirt als das Fabrikwesen. Und dennoch bleiben selbst da noch die großen Unterschiede, die in den natürlichen Bedingungen des Ackerbaues liegen.

Nie wird das Maschinenwesen in der Landwirthschaft eine so weitreichende Anwendung finden können, als in der Fabrikation. Die viel größere Mannigfaltigkeit der Arbeiten, die Ungleichheiten des Bodens, der Wechsel der Jahreszeiten und die Veränderlichkeit der Witterung, machen hier einen sich so gleichartig fortsetzenden mechanischen Betrieb, wie er in der Fabrik besteht, unmöglich. Vor allem bleibt die Landwirthschaft an den Grund und Boden gebunden, sie läßt sich nicht auf einzelne Punkte zusammen drängen, wie das Fabrikwesen. Und wie sie auf dem Grund und Boden ruht, so bildet der auch selbst ihr Stammcapital, welches hier als stehendes Capital gelten muß, wogegen das Betriebscapital eine viel geringere Rolle spielt. Darum kann auch die Accumulation in der Landwirthschaft nicht entfernt in derselben Weise fortschreiten als im Fabrikwesen.

Fabriken mögen sich in's Unbestimmte vergrößern, und im Allgemeinen wächst dabei der Nettogewinn des Unternehmers in mehr als arithmetischem Verhältniß. Eine Spinnerei z. B. mit 10,000 Spindeln wird nicht blos zehnmal so viel, sondern vielleicht zwölfmal so viel einbringen, als eine Spinnerei mit nur 1000 Spindeln. Es ist daher eine rein ökonomische Folge, daß die großen Fabriken allmälig die kleinen absorbiren. Eine Landwirthschaft hingegen läßt

sich nicht in's Unbestimmte erweitern, sondern da die Entfernung des Ackerlandes den Betrieb erschwert, und sogar in mehr als arithmetischem Verhältnisse, so tritt gar bald die Grenze ein, über welche hinaus das Areal sich nicht vergrößern darf, oder die Wirthschaft wird unvortheilhaft, das zu große Gut muß zertheilt werden. Darin liegt es, daß die großen Landgüter nicht durch fortwährende Ausdehnung die kleineren absorbiren können. Im Gegentheil, die Mittelwirthschaften können fast überall mit den Großwirthschaften concurriren, unter Umständen gedeihen selbst Kleinwirthschaften sehr gut, und oft genug werden vielmehr Großwirthschaften in Mittel- und Kleinwirthschaften verwandelt, wie es auf dem Continent in so vielen Gegenden thatsächlich vorliegt. Nun mag zwar der eine und selbe Grundbesitzer ein ganzes Dutzend großer Güter erwerben, aber sie bringen ihm verhältnißmäßig weniger ein, als die Güter ihren einzelnen Besitzern einbringen würden.

Genug, ökonomische Ursachen sind es nicht, woraus die Accumulation des Grundbesitzes entspringt, sondern wo eine solche eintrat, war sie die Wirkung ganz anderer Ursachen. Nämlich allermeist die Folge gewaltsamer durch die Umstände begünstigter Occupationen. Oder es geschah in langsamerer Weise in Folge der Staatsverfassung, insofern dieselbe dem Grundbesitzer die entscheidende Macht in der Gesetzgebung und Verwaltung gab, wobei noch insbesondere das Erbrecht in Betracht kommt, welches oft die Zertheilung der Großgüter verhindert, und vielmehr das Zusammenfließen derselben durch Aussterben der Seitenlinien einer Familie befördert.

Marx selbst führt die Thatsachen an, woraus in England die Latifundienbildung und der Untergang der Bauerschaften entsprang. Es war also wirklich keine Folge der in der Landwirthschaft selbst wirkenden ökonomischen Principien. Das aber anerkannt, — wo bleibt die allgemeine Geltung seines lediglich aus der Betrachtung des Fabrikwesens abstrahirten Gesetzes über die capitalistische Accumulation? Für den Grundbesitz gilt es eben nicht, obgleich auch in der Landwirthschaft das Geldcapital eine große Rolle spielt, die aber da viel anderen Bedingungen unterliegt als in der Industrie.

Es heißt alle Begriffe verwirren, wenn man nicht jeden Zweig der Volkswirthschaft nach seinem eigenthümlichen Wesen untersucht.

Man darf nicht sagen: Capital ist Capital, sondern ein Anderes ist das landwirthschaftliche Capital, ein Anderes das Industriecapital, ein Anderes das Handelscapital, ein Anderes das Börsencapital und das reine Speculationscapital. Marx wirft dies Alles in einen Topf, und während er in der That nur das Industriecapital untersucht, will er gleichwohl damit eine allgemeine Theorie des Capitals begründet haben, und sich sogar als Reformator der gesammten Oekonomik aufthun.

17.

So wenig ist die Marx'sche Theorie als allgemein giltig anzuerkennen, daß sie vielmehr durchaus auf der Anschauung specifisch englischer Verhältnisse beruht. Es sieht bei ihm so aus, als ob dort eben die innersten Gesetze volkswirthschaftlicher Entwickelung in prägnantester Gestalt hervorträten, statt dessen in Wahrheit England fast eine besondere Welt für sich bildet, daher auf englische Verhältnisse für andere Länder nur in sehr beschränktem Maße exemplificirt werden darf.

Was ist denn England? Doch nicht etwa blos der Inselstaat in der Nordsee, sondern es gehört sein über die halbe Erde verbreitetes Colonialgebiet dazu, durch dessen Ausbeutung zumeist erst die ungeheueren Capitalien erworben wurden, die sich jetzt in England concentriren. Nach Marx hingegen wären diese Capitalien lediglich den englischen Arbeitern ausgepreßt. Während er also nicht einmal die englischen Verhältnisse richtig beurtheilt, will er dann gar die allgemeine Regel darin gefunden haben. Weil nun in England die capitalistische Production den höchsten Gipfel erreicht, und in Folge dessen auch der radicale Gegensatz zwischen Arbeit und Capital hervorgetreten ist, erblickt er darin das allgemein nothwendige Ende der dermaligen wirthschaftlichen Entwickelung in allen civilisirten Ländern, und zieht dann wieder daraus auch seine radicalen Conclusionen. Bestehen aber in anderen Ländern viel andere Verhältnisse, so verlieren damit auch seine Conclusionen ihren Anhalt.

Deutschlands Volkswirthschaft ruht von vornherein auf einer wesentlich anderen Basis, weil bei uns ganz andere Grundbesitzverhältnisse bestehen. Bei uns ist der größte Theil des Acker-

landes in den Händen der Bauern, die es als Eigenthümer besitzen. Wie sie mit den capitalistischen Pächtern Englands gar keine Aehnlichkeit haben, so ist auch das Verhältniß zu ihren Dienstleuten ein viel anderes, als zwischen den englischen Pächtern und ihren Arbeitern besteht. Der Bauer arbeitet selbst an der Seite seiner Dienstleute, und der Kleinbauer vermittelt selbst den Uebergang zu dem Tagelöhner, wodurch so grelle Gegensätze wie in England gar nicht aufkommen. Werden zwar unsere Großgüter auch schon mehr und mehr capitalistisch bewirthschaftet, so werden sie doch überwiegend von den Eigenthümern selbst bewirthschaftet, was in England nur seltene Ausnahme ist, und auch dies ändert sehr viel in dem persönlichen Verhalten des Gutsherrn zu seinen Dienstleuten, welches schon um deswillen menschlicher bleibt, zumal bei altererbtem Besitz. Bildet nun aber in Deutschland das Landvolk doch noch über zwei Drittheile der ganzen Bevölkerung, so begründen auch schon die ländlichen Verhältnisse einen totalen Unterschied im Vergleich zu England, wo umgekehrt über zwei Drittheile der Gesammtbevölkerung auf die Städte kommen.

Daß bei uns der Handel nie zu solcher Ausdehnung gelangen kann als dort, folgt schon aus der continentalen Lage Deutschlands, das nur nach einer Seite an die See grenzt, wo noch obendrein die Häfen im Winter zufrieren. Ist desgleichen unser Fabrikwesen bei weitem nicht zu solcher Entwickelung gelangt als in England, so hat es sich auch nicht so radical von dem handwerksmäßigen Betrieb abgelöst. Der kleine Fabrikant und der große Handwerker grenzen dicht aneinander. Zwar hat das Handwerk auch bei uns den goldenen Boden verloren, aber es ist doch nicht überhaupt bodenlos geworden. Wie von dem Großindustriellen eine ununterbrochene Stufenleiter bis zu dem kleinen Handwerker herabgeht, so von dem Großhändler zu dem Detaillisten bis auf den Dorfkrämer herab. Nur in den eigentlichen Handelsplätzen, deren wir wenige haben, wie andererseits in den Fabrikdistricten und Fabrikstädten, nebst einigen anderen Großstädten, treten die Gegensätze allerdings viel greller hervor.

Ferner trägt der bei uns so zahlreiche Beamtenstand und Gelehrtenstand nicht wenig zur Ausgleichung bei. Zwar allermeist von geringem Vermögen und mäßigem Einkommen, zählen die Mit-

glieder dieser Stände doch überall zu den Honoratioren. Die bloßen Geldprotzen können sich in Folge dessen nicht so breit machen, als ohne solches Gegengewicht geschehen würde. Endlich bewirkt der allgemeine Unterricht und die allgemeine Wehrpflicht, daß die besitzlose Arbeiterclasse selbst in ihren untersten Stufen doch nicht in solche Verwahrlosung herabsinken kann, als in England. Erscheinen da Reiche und Arme wie zwei verschiedene Menschenclassen, so wird bei uns, eben durch jene beiden Ursachen, das durch große Vermögens-Ungleichheit erstickte Gefühl der Gemeinschaft und menschlicher Gleichheit immer wieder einigermaßen angeregt und wach erhalten.

In Summa: es hieße sich absichtlich gegen die thatsächlichen Zustände verblenden, wollte man unsere volkswirthschaftlichen Verhältnisse in den abstracten Gegensatz capitalistischer Unternehmer und einer besitzlosen Arbeiterclasse hineinzwängen. Nein, wir stehen hier vor einem vielfach gegliederten Gesellschaftskörper, dessen Schäden und Gebrechen nur geheilt werden können, wenn man dabei ebenso die eigenthümlichen Lebensbedingungen jedes Gliedes berücksichtigt, wie andererseits bei allen einzelnen Reformprojecten zugleich auf die Erhaltung und resp. Wiederherstellung der inneren Harmonie des Ganzen bedacht ist.

Was aber diesen Körper zerrüttet hat und fortschreitender Zerrüttung entgegenführt, ist — unter dem ökonomischen Gesichtspunkt betrachtet — in erster Stelle allerdings die sich selbst fortwährend steigernde Capitalherrschaft. Gingen die Dinge noch ein Menschenalter in der gegenwärtigen Richtung fort, dann möchte es wohl selbst in Deutschland so stehen, daß vor dem klaffenden Gegensatz zwischen Capital und Arbeit alle anderen Fragen in den Hintergrund träten. Heute steht es, Gott sei Dank, noch nicht so; die Möglichkeit zu einer die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Baues nicht zerstörenden Reform ist noch überall gegeben. Nur daß man nicht länger mehr zögern darf, mit der gehörigen Energie an's Werk zu gehen. Und weil wir also einen vielgegliederten Körper vor uns haben, ist die Frage eine gar sehr complicirte. Sie concentrirt sich keineswegs in der bloßen Arbeiterfrage, die, aus dem Zusammenhang des Ganzen gerissen, selbst nicht recht verstanden werden könnte.

Und darin zeigt sich nun am auffallendsten der unheilvolle Einfluß, den die aus der Anschauung englischer Verhältnisse abstrahirte Marx'sche Theorie auf unsere Socialdemokratie ausübt, die in Folge dessen von vornherein davon abgelenkt wird, unsere deutschen Verhältnisse nach ihrer Eigenthümlichkeit zu untersuchen, um darnach ihre Reformprojecte zu berechnen. Statt dessen geht ihr Denken wirklich von dem abstracten Gegensatz zwischen Capital und Arbeit aus, wodurch sie doch sich selbst die Möglichkeit zu einer eingreifenden Reformthätigkeit entzieht, sich damit in eine Secte verwandelnd, während sie vielmehr die breite Basis einer allgemeinen Reformpartei bilden könnte.

Seien wir aber gerecht, die Sache hat ihre zwei Seiten. Denn so lange andererseits die wohlhabenden und höher gebildeten Classen, die weiter blicken sollten, nicht selbst das Bedürfniß einer allgemeinen tiefgreifenden Reform erkennen und dafür eintreten, vielmehr wohl gar sich gegen diesen Gedanken sperren, ist es nur allzu natürlich, daß die arbeitenden Classen auch lediglich die ihnen zunächst liegende Arbeiterfrage in's Auge fassen. Sollten sie dereinst in Folge dessen zu radicalen Umsturzprojecten hingetrieben werden, so würden es die besitzenden und höher gebildeten Classen sein, welche in Wahrheit die Hauptschuld daran trügen.

18.

Unheilvoll wirken die Marx'schen Ideen noch mehr dadurch, daß sie wesentlich nur auf ein negatives Ziel hinaus laufen. Die Capitalistenclasse, sagt er, expropriirt alle anderen Classen, bald wird es nur noch Proletarier geben, gegenüber einem winzigen Häuflein von Millionären und Milliardären. Dann aber schlägt der Proceß in's Gegentheil um, es folgt die Negation der Negation, wonach vielmehr die Expropriateurs expropriirt werden, indem sowohl der private Grundbesitz als alle sonstigen Productionsmittel in das Gesammteigenthum der arbeitenden Classen übergehen. Und das eben wird die Grundlegung zur neuen Gesellschaft sein.

Allerdings echt hegelsch gedacht: die Negation der Negation soll es thun. Ist es doch nach diesem Philosophen die absolute Negativität, worin das innerste Wesen des Geistes besteht. Nun wohl: desjenigen Geistes, der stets verneint, wie aber daraus

etwas Positives entspringen soll, wird ewig unerfindlich bleiben. Die Grundlegung aber muß doch etwas Positives enthalten, sie muß die Position selbst sein, wie schon das Wort besagt. Bei Marx ist nur das Negative klar, die Beseitigung des Privateigenthums, das neue Gesammteigenthum hingegen bleibt dabei ein eben so nebuloser Begriff, als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. Ein Begriff, den wir bereits in Dunst aufgehen sahen.

Ich frage zuvörderst: wer wäre hier der Besitzergreifer? Offenbar könnte es nur die Staatsgewalt sein, da die arbeitenden Classen, als eine bloße Menschenmasse, überhaupt kein handlungsfähiges Subject bilden. Die Staatsgewalt also mag alle Landgüter, Bergwerke, Gebäude und Maschinen in Beschlag nehmen, allein was soll sie damit anfangen? Sie selbst kann das Alles nicht gebrauchen, alle diese Besitzstücke werden erst productiv, wenn sie zur Benutzung ausgethan sind, und zu dem Ende sollen sie ja an Arbeitergesellschaften übertragen werden, wie etwa jede Feldmark, jedes Bergwerk, jede Fabrik. Klingt freilich einfach, nur fehlt dabei jeder Maßstab, wonach die Vertheilung stattzufinden hätte, damit Niemand zu kurz käme.

Es scheint wohl, es bliebe dazu kein anderer Ausweg, als daß alle Geschäfte auf Rechnung des Staates betrieben würden, und nach dem Quantum der Gesammtproduction jeder Arbeiter, pro rata der von ihm geleisteten Arbeit, seinen Lohn aus der Staatscasse erhielte. Der Staat wäre gewissermaßen eine Actiengesellschaft, die Arbeiter die Actionäre, ihr Lohn die Dividende. Wir lassen dabei die praktische Schwierigkeit ganz beiseite, klar ist aber, wie damit in Zukunft die materielle Existenz des ganzen Volkes von der Staatsgewalt abhinge, und so gewissermaßen eine allgemeine Staatssklaverei entstände. Würde statt dessen der Modus beliebt, daß die einzelnen Arbeitergesellschaften die betreffenden Besitzstücke in Pacht erhielten, so mag dies immerhin ausführbarer erscheinen, offenbar aber verschwände damit alle Stabilität, indem mit dem jedesmaligen Ende der Pachtzeit alle Zustände in Frage gestellt würden. Ganz abgesehen davon, daß für die Nachhaltigkeit der Wirthschaft ein pachtweiser Betrieb überall ungünstig bliebe. Oder endlich, wenn hingegen eine Eigenthumsverleihung an

die betreffenden Genossenschaften stattfinden sollte, — wobei vorweg wieder der Maßstab der Vertheilung fehlte, — so würden die Genossenschaften in Folge dessen sich selbst Concurrenz machen. Die einen würden vortheilhafter wirthschaften als die anderen, und daraus bald ein neuer Unterschied der äußeren Lebenslage entspringen. Ein Ackerdorf, eine Bergwerksknappschaft, eine Fabrikationsgesellschaft würde zu Wohlstand gelangen, eine andere verarmen. Man mag sich drehen und wenden wie man will, immer stößt man auf Fragen, worauf die Antwort fehlt. Klar ist nur das Negative, die Aufhebung des Privateigenthums.

Fürwahr, da haben die älteren französischen Socialisten, auf welche Marx so vornehm herabblickt, ihre Sache wirklich besser gemacht. Sie beschränkten sich nicht auf die Negation, sie entwickelten positive Vorschläge. Und wären es selbst nur Phantasiebilder gewesen, immerhin wurden die Geister dadurch auf positive Ziele gerichtet, es wurde das Nachdenken darüber angeregt, was in Zukunft geschehen könnte oder geschehen sollte. Hier erhalten wir nur die Aufforderung zu einem Sprung in's Dunkle.

Gilt es blos agitatorische Zwecke, so mag es allerdings am vortheilhaftesten sein, von allen positiven Vorschlägen zu schweigen, weil, wenn man davon reden wollte, auch sofort die unermeßlichen Schwierigkeiten der Sache hervortreten würden, und die verschiedenen Agitatoren darüber gar bald in Differenzen mit einander gerathen möchten. Vor aller Welt würde es damit offenbar, daß die Leute wirklich selbst noch gar kein klares Bild von der in Zukunft zu begründenden Organisation besäßen. Geschweige denn, daß sie die Mittel und Wege zur Ausführung ihrer Pläne anzugeben vermöchten. Darum am besten, meint man, wir beschränken uns auf Allgemeinheiten und richten uns vor Allem auf das Negative, womit jedenfalls eine Revolution zu machen ist. Es bedarf dazu nichts weiter, als daß die Arbeiter sich in den Besitz der Staatsgewalt setzen, so ist es mit dem Privateigenthum vorbei, das Weitere findet sich. Ein Chaos, sage ich aber, wird sich finden.

Hat man nicht vorher schon einen positiven Organisationsplan zu Stande gebracht, — inmitten der Revolution, wo alle Leidenschaften hervorbrechen, und wo die Forderungen des Momentes sich

gebieterisch geltend machen, wird man am allerwenigsten dazu gelangen. Hätte man aber wirklich im Stillen doch schon einen positiven Plan entworfen, warum doch nicht damit herausrücken? Oder hätte solcher Plan von vornherein schon die Kritik zu scheuen, so möchte er in der Praxis sich erst recht nicht bewähren.

Darin also liegt eben das Unglück, und das ist die eigentlich gefährliche Seite unserer Socialdemokratie, daß ihre Stimmführer die praktischen Schwierigkeiten der beabsichtigten Umbildung der Gesellschaft geflissentlich beiseite lassen, indessen sie ihre Bestrebungen principaliter nur darauf richten, die Massen zu einer actionsfähigen Macht zu organisiren, die im gegebenen Momente sich in Besitz der Staatsgewalt zu setzen vermöchte. Auch ist das unter Umständen denkbar genug. Allein mit denselben Mitteln, womit man eine Revolution macht, kann man nicht regieren. Dazu gehören positive Maßregeln, die zu den gegebenen Verhältnissen passen. Es wird sich aber zeigen, wie man darüber so wenig klar ist, daß man nicht einmal die Grundbedingungen der Aufgabe erkannte, vielmehr von vornherein in die Irre gerieth.

19.

Mit einem Worte gesagt: der Socialismus ist ein praktisch unmögliches System. Das liberale System hingegen muß wenigstens ein innerlich mögliches sein. Trotz aller dagegen erhobenen Einwendungen besteht es wirklich seit zwei Menschenaltern, und selbst trotz der schreienden Uebelstände, die allmälig daraus entsprungen sind, besitzt es noch heute eine Macht, die nicht ganz leicht zu überwinden sein wird. Erkennen wir hiernach, worin nun aber die innere Unzulänglichkeit des Liberalismus liegt, so wird dadurch zugleich klar werden, wie der Socialismus, in seiner Reaction gegen den Liberalismus, auf das praktisch Unmögliche verfiel.

Bezweckt der Liberalismus principaliter die individuelle Freiheit, und geht auch in seinen Constructionen überall von dem Individuum aus, so ist es freilich sehr unrichtig, in den menschlichen Gemeinschaften, weß Namens sie seien, nur Summen oder Aggregate von Individuen zu erblicken, so viel aber bleibt dabei richtig, daß auch in der Gemeinschaft das Individuum das

übergreifende Moment bildet. Alle Impulse, alle Entscheidungen gehen zuletzt von Individuen aus. Nur durch Individuen werden sogar die Gemeinschaften selbst erst zu handlungsfähigen Wesen, während sie an und für sich ein bloßer Inbegriff von Kräften und Zuständen blieben. Das Individuum leiht ihnen gewissermaßen seine Persönlichkeit, und so gewinnen sie selbst einen persönlichen Charakter, wodurch sie zu Rechtssubjecten werden, wie die Gemeinden, die Corporationen aller Art, bis hinauf zu dem Staat.

Indem nun der Liberalismus von vornherein den Staat in Aussicht nimmt, als den Concentrationspunkt aller derjenigen Institutionen, welche die individuelle Freiheit verbürgen sollen, erblickt er in dem Individuum auch nur den Staatsbürger, den Citoyen, und fragt lediglich nach den Rechten und Pflichten desselben gegenüber dem Staat. Dies charakterisirt alle liberalen Constitutionen. Die realen Existenzbedingungen der Individuen hingegen bleiben dabei außer Frage. Für ihre Existenz, meint man, haben die Individuen lediglich selbst zu sorgen, genug daß sie frei sind. Gleichviel ob Proletarier oder Millionär, vor dem Gesetze gilt der Eine nicht minder als ein freier Mann als der Andere. Und wie also die Besitzverhältnisse außer Rechnung bleiben, so auch der berufsmäßige Charakter der Individuen. Ob Ackermann, Handwerker, Kaufmann, Künstler oder Gelehrter, — sie sind eben alle Staatsbürger, damit Basta.

Was ist aber so handgreiflich, als daß es vielmehr die Besitzverhältnisse und die verschiedenen Berufsarten sind, worauf ebenso der rale Bestand des Staates selbst beruht, als andererseits die reale Lebenslage der Individuen, deren Wohl und Wehe gerade davon abhängt: was sie haben und was sie sind. Was hilft dem Proletarier sein Staatsbürgerthum, von welchem selbst der Millionär keinen Tag lang zu leben vermöchte, sondern um nur leben zu können, bedarf er des Ackermanns, des Handwerkers, des Kaufmanns u. s. w. Klar desgleichen, wie durch die Besitzverhältnisse und durch die verschiedenen Berufsarten, wie andererseits durch die wechselseitigen Bedürfnisse der Menschen, sich ein tausendfältig verschlungenes Netz bildet, welches auf den Zu-

stand und das Schicksal der Individuen, auf all ihr Thun und Treiben, einen sehr viel größeren Einfluß übt, als die bloße Staatsverfassung und der Verlauf der Staatsangelegenheiten. Damit beschäftigen sich berufsmäßig vergleichsweise nur Wenige, und nur Wenige leben davon. Die große Masse lebt von ihrer Arbeit, von ihrem Gewerbe, von ihrer Kunst, oder zum kleinen Theil auch von ihrem Besitz. Mit einem Worte: der Staat ist ein leerer Formalismus ohne das, was man heute die Gesellschaft nennt. Was versteht man denn darunter, und zwar im Unterschiede von dem Staat?

Eine präcise Antwort auf diese Frage zu geben, die das Wesen der Gesellschaft vollkommen definirte, würde nicht leicht sein, und ohne die lebendige Anschauung der Sache doch wenig helfen. So wenig als die Definitionen des Staates, deren es eine lange Reihe gibt, ohne daß aus alle der Mühe, die man sich damit gemacht, irgend welcher praktische Nutzen entsprungen wäre. Für unseren Zweck wird die Erklärung genügen, daß die Gesellschaft eben jenes durch die spontanen Triebe der Individuen und durch deren Bedürfnisse sich von selbst entwickelnde, und darum auch sich in's Unbestimmte verbreitende Netz ist, dem gegenüber der Staat vielmehr sich als die durch sein Gebiet scharf abgegrenzte, in einer Spitze zusammenlaufende und mit Zwangsgewalt ausgerüstete Organisation darstellt. Einerseits ist er darnach das Höhere über der Gesellschaft, als ihre Behörde, daher gesetzliche und zwangsweise durchzuführende Reformen der gesellschaftlichen Verhältnisse nur vom Staate ausgehen können. Andererseits aber ist der zwar im Einzelnen unscheinbare, aber ununterbrochen und von allen Seiten auf jedes Individuum wirkende, Einfluß der Gesellschaft viel folgenreicher als der des Staates. Und wenn die directe Wirkungssphäre des Staates gerade nur bis zu seinen Grenzpfählen reicht, erstrecken sich die gesellschaftlichen Verbindungen weit darüber hinaus. Durch den Handel, durch die Circulation der Ideen, durch die Gleichheit der äußeren Lebensformen und endlich durch den persönlichen Verkehr, bildet sich sogar ein Zusammenhang, der die ganze civilisirte Welt umfaßt, indessen die Staaten, mit ihren besonderen Verfassungen und Interessen, als scharf ausgeprägte Einzelexistenzen dastehen.

Erscheinen demnach Staat und Gesellschaft als zwei sehr verschiedene Wesen, so sind sie doch nicht etwa sich gegenseitig ausschließende, sondern sich ergänzende Gegensätze. Man kann ihr Verhältniß zu einander in vieler Hinsicht dem der beiden Geschlechter vergleichen. Beachtungswerth dabei, daß im Deutschen wie in den romanischen Sprachen der Staat männlich, die Gesellschaft weiblich ist. In den classischen Sprachen freilich findet sich ein solcher Parallelismus nicht, wie denn auch der Unterschied von Staat und Gesellschaft im Alterthum noch im Keime verhüllt lag. Im Mittelalter floß gewissermaßen beides unterschiedslos durcheinander, erst in neuerer Zeit trat thatsächlich eine schärfere Sonderung ein, und erst in unseren Tagen hat sich ein klares Bewußtsein darüber gebildet. Was aber den Vergleich mit den beiden Geschlechtern anbetrifft, so wird er noch einen näheren Anhalt gewinnen, wenn wir zugleich bemerken, daß im geselligen Verkehr — den wir im speciellen Sinne auch wieder die Gesellschaft nennen — nach allgemeiner Sitte das weibliche Geschlecht den Vortritt hat, während es im Staate durchaus hinter dem männlichen Geschlechte zurücktritt. Auch ist es gerade der gesellige Verkehr, wodurch die Frauen oft einen weit über die Familie hinausreichenden Einfluß ausüben, und dadurch mittelbar selbst in die Staatsangelegenheiten eingreifen.

Es wäre nicht schwer, und vielleicht nicht ohne Interesse, diese Analogie noch weiter zu verfolgen, aber wie man auch über den Werth derselben urtheilen möchte, so steht uns jedenfalls fest: Staat und Gesellschaft sind eben so zwei wesentlich verschiedene als sich ergänzende, nach der Natur menschlicher Entwickelung nothwendige Bildungen. Dieses anerkannt, werden wir uns über das Verhältniß von Liberalismus und Socialismus bestimmter erklären können.

20.

So verrannt ist der Liberalismus in sein Individualitätsprincip, daß er nicht einmal bemerkt, wie die lebendigen Urelemente des Staates nicht sowohl die Individuen als vielmehr die Familien sind. Wollte er mit seinem Princip vollen Ernst machen, so müßte er auch die Frauen mit seinem abstracten Staatsbürgerthum beschenken.

Wird jetzt solche Forderung von dem Boden des Liberalismus aus wirklich erhoben, so hat er die daraus entspringenden Schwierigkeiten sich lediglich selbst zuzuschreiben. Wodurch aber ist er so in die Irre gerathen? Dadurch, daß er von vornherein die Gesellschaft ignorirt, doch wohlverstanden: ignorirt, nicht negirt. Er überläßt sie vielmehr kurzweg sich selbst, indem nach seiner Meinung aus dem freien Spiel der individuellen Kräfte auch ganz von selbst die beste gesellschaftliche Ordnung entspringen soll.

Welche gesellschaftliche Ordnung wirklich daraus entsprang, liegt heute vor Augen in dem capitalistischen Ausbeutungssystem, welchem dadurch insbesondere die arbeitenden Classen verfallen sind. Angesichts dieser Thatsachen also sagt der Socialist: was hilft mir die ganze Staatsbürgerlichkeit, wenn ich dabei verhungere, oder mich mein Leben lang wie ein Lastthier abquälen muß? Ich will eine gesicherte, menschenwürdige und einigermaßen behagliche Existenz haben, das ist mir tausendmal wichtiger, als daß ich ein Staatsbürger bin. Die Gesellschaft ist es, an die ich mit allen Fasern meines Daseins gebunden bin, sie ist die Atmosphäre, in der ich athme, sie ist Alles.

War der Liberalismus von einseitig staatsbürgerlichen Begriffen ausgegangen, so verfällt nun der Socialismus nicht nur in die entgegengesetzte Einseitigkeit, daß er etwa die Staatsangelegenheiten ihrem eigenen Verlauf überließe, wie es der Liberalismus mit der Gesellschaft macht, — nein, er ignorirt nicht blos den Staat, sondern principiell negirt er ihn. Davon hat ja der Socialismus seinen Namen, daß ihm die Gesellschaft Alles ist. Aber darin liegt auch seine praktische Unmöglichkeit, daß er das in der menschlichen Entwickelung selbstbegründete Nebeneinanderbestehen von Staat und Gesellschaft überhaupt aufheben will, so daß aus beiden nur eins würde. Es verhält sich damit wirklich ähnlich, wie mit der Duplicität von Kirche und Staat, als der unentbehrlichen Garantie der Gewissensfreiheit. Wenn diese durch die Unification von Kirche und Staat verschwände, so wäre hingegen durch die Unification von Staat und Gesellschaft die bürgerliche Freiheit begraben.

Zunächst zwar will der Socialismus nur eine neue Gesellschaftsordnung gründen, allein diese neue Gesellschaftsordnung soll

dann hinterher selbst zur Staatsordnung werden, und somit allerdings der Staat in der Gesellschaft verschwinden. Es würde also nichts mehr geben, was über der Gesellschaft stände. Geschähe das aber wirklich, so verschwände damit auch der Stützpunkt, von wo aus in Zukunft noch weiter gesellschaftliche Reformen unternommen werden könnten. Bis jetzt besteht solcher Stützpunkt in der von der Gesellschaft unabhängigen Staatsgewalt, und eben diese Unabhängigkeit der Staatsgewalt soll aufhören. Das ist das Eine. Das Andere, daß in Folge dessen nun auch die Gesellschaft, indem sie selbst den staatlichen Charakter annimmt, aufhört die Sphäre der spontanen Entwickelung der Individuen zu sein. Was bisher dem freien Belieben der Individuen überlassen blieb, muß in Zukunft nach allgemeinen Vorschriften geschehen, gerade wie es jetzt mit den Staatsangelegenheiten geschieht, und mit Staatsangelegenheiten überhaupt nicht anders sein kann. Die müssen von einem Centrum aus geleitet werden und sich in gesetzlich vorgeschriebenen Bahnen bewegen, welche das individuelle Belieben ausschließen. Und ähnlich also werden dann die gesellschaftlichen Vorgänge von oben herab dirigirt und reglementirt werden.

Ein erdrückender Despotismus müßte daraus entspringen, weil es in dem Gesellschaftsstaat, wie keine unabhängige Staatsgewalt, so auch keine unabhängigen Individuen mehr gäbe. Jedermann wäre selbst nach seiner physischen Existenz an die bestehenden Einrichtungen gebunden. Von den Gesellschaftsbeamten hinge alle sein Wohl und Wehe ab, da Niemand mehr sein Geschäft auf eigene Rechnung führte. Er müßte sein Arbeitsproduct an den betreffenden Beamten abliefern, der erst darüber zu befinden hätte, ob es auch als ein durchschnittsmäßiges Product angenommen und berechnet werden sollte. Welcher Arbeiter möchte es wagen, einem solchen Manne zu opponiren, der ihm sofort den Brodkorb höher hängen könnte? So würde sich allmälig eine Beamtenherrschaft entwickeln, dergleichen die Welt noch nie gesehen.

Wie wenig hiergegen die Wählbarkeit der Beamten schützen möchte, dürfte schon nach den Leistungen unserer heutigen gewählten Volksvertreter zu ermessen sein, die sich doch nicht selten als Volkszertreter erwiesen. Trotzdem müssen sie sich immer noch einigermaßen menagiren, weil es im Lande noch unabhängige Leute gibt,

die ihnen auf den Dienst passen und nöthigenfalls Lärm schlagen. Allein wer soll das in Zukunft noch thun, wenn es überhaupt keine unabhängigen Leute mehr geben wird? Auf Unabhängigkeit der Charaktere ist wenig zu rechnen, wo überall die Unabhängigkeit der materiellen Existenz fehlt. Die Presse wird dann auch nichts helfen, weil sie nicht minder einer materiellen Basis bedarf. Eine Zeitung läßt sich nicht gründen ohne Capital und ohne Druckerei, allein Capital und Druckerei gehören hinfort der Gesellschaftsgewalt, die durch ihre Organe erst darüber zu entscheiden hat, ob die etwa beabsichtigte Zeitung für ein der Gesellschaft nützliches Unternehmen anzusehen sei, und es ist zehn gegen eins zu wetten, daß Kritiken der bestehenden Gesellschaftsordnung für sehr unnütz gelten dürften. Der oppositionelle Schriftsteller fände weder Drucker noch Verleger, — Druck und Verlag wären ja überhaupt Gesellschaftsinstitute, — an Honorar dürfte er gar nicht denken. Man würde ihm vielleicht gestatten, seine Ansichten auf eigene Kosten zu publiciren, da aber in Zukunft Niemand ein Einkommen hat außer seinen Arbeitsverdienst, — wovon soll der Schriftsteller, der für seine Arbeit kein Honorar erhält, und darum so wie so schon am verhungern ist, — wovon soll der noch obendrein Druckkosten bezahlen können? Eine wohlaufzuwerfende Frage! Die Antwort darauf: es kann Niemand mehr etwas publiciren, was den zeitweiligen Machthabern mißfällt, mit der freien Meinungsäußerung ist es definitiv vorbei.

Hier zeigt sich, wohin ein System führt, welches lediglich von den Fragen der materiellen Production und der Vertheilung der materiellen Güter ausgeht. Staatseinrichtungen lassen sich nach blos ökonomischen Principien nicht beurtheilen und construiren, noch weniger die Bedingungen des geistigen Lebens, oder man geräth zuletzt in's Absurde.

21.

Nicht einmal versuchsweise wäre das socialistische System ausführbar, schon im Versuch würde es scheitern. Denn gerade was es zu allermeist ändern will, d. i. die Bedingungen der materiellen Existenz der Menschen, läßt sich am schwersten und jedenfalls nur allmälig ändern, weil jedes plötzliche Eingreifen die gesammte Production stören würde. Die Gesellschaft will aber unter allen

Umständen leben, und wird die Production unterbrochen, so kann sie nicht leben.

Mit dem liberalen System stand es anders. So ein desperates Unternehmen es auch war, die ganze geschichtliche Staatsverfassung auf einmal über den Haufen zu werfen, um nach reinen Begriffen eine neue zu errichten, — es ist in Frankreich wirklich geschehen, wenngleich die neue Verfassung keinen dauernden Bestand gewinnen konnte, und in Folge dessen das Land seitdem aus einer Revolution in die andere fällt. Gewiß ein hochbedenkliches Resultat, immerhin aber wäre es zu viel gesagt: die Sache habe sich überhaupt als unmöglich erwiesen, sie ist ausgeführt. Griff nun zwar die Revolution auch in die gesellschaftliche Ordnung tief ein, so geschah es doch nur in negativer Weise. Der Bauer wurde seiner Feudallasten entledigt, er erhielt seinen Acker zu freiem Eigenthum. Verlor dabei der Clerus, wie zum Theil der Adel, seine ehemaligen Besitzungen, so änderte sich im Wesentlichen nur das Eigenthumsrecht, nicht aber das Wirthschafts-System. Aehnlich verhielt es sich mit der Aufhebung der Zünfte und Gilden und aller sonstigen gewerblichen Privilegien. Ackerbau, Fabrikation und Handel bewegten sich in den alten Gleisen fort, nur ungebundener als vordem. War der Bauer, der Handwerker, der Fabrikarbeiter und Taglöhner ein Staatsbürger geworden, so blieb er um deswillen nicht minder bei seiner bisherigen Beschäftigung. Die liberale Revolution änderte die Productionsweise nicht, sie überließ es dem Zug der Dinge, wie sie sich weiter entwickeln möchte. Der Socialismus hingegen will gerade die Productionsweise radical verändern, und darauf soll der neue Gesellschaftsstaat beruhen. Beruhen also auf einer Grundlage, welche selbst erst geschaffen werden müßte, aber nicht geschaffen werden könnte, ohne den ganzen Gang der Volkswirthschaft, wovon die materielle Existenz des Volkes abhängt, zu unterbrechen. Und nicht nur die ökonomische Entwickelung würde unterbrochen, sondern alle Welt würde dabei aus ihren früheren Lebensgewohnheiten herausgerissen. Ein Unternehmen, das, aus der Theorie in die Praxis übersetzt, sofort in allgemeine Anarchie übergehen würde.

Daß doch in der Pariser Commune der Socialismus zeitweilig zur Herrschaft gelangte, bildet hier keine Gegeninstanz. Selbst zu-

gegeben, was thatsächlich unrichtig ist, die Communarden seien mit den Socialisten identisch gewesen, unter deren Einfluß sie nur mehr oder weniger standen. Nicht nur daß, was unter Umständen in einer großen Stadt möglich ist, um deswillen noch lange nicht in einem großen Lande geschehen kann, sondern ich frage: haben denn etwa die Socialisten in Paris ihr System wirklich praktisch versucht? Durchaus nicht. Der private Wirthschaftsbetrieb, wie das Privateigenthum an Grundstücken und Productionsmitteln, blieb fortbestehen. Hätten die Socialisten sich längere Zeit behaupten können, so möchten sie ja freilich Aenderungen versucht haben, aber dann würden auch erst die praktischen Schwierigkeiten der Sache hervorgetreten und daran ihr Unternehmen gescheitert sein. Was inzwischen wirklich geschah, ist zum allerhöchsten dies, daß die socialistische Partei zeitweilig die politische Herrschaft in Paris gewann, und indem sie die Unabhängigkeit der Pariser Commune proclamirte, damit dem politischen Centralisationssystem entgegentrat. Wären ihre Ideen durchgedrungen, so hätte sich zunächst nichts weiter geändert, als daß sich ganz Frankreich in ein System autonomer Communen und Landschaften verwandelte. Gewiß eine ungeheuere Veränderung, aber für die volkswirthschaftlichen Verhältnisse nur von mittelbarer Bedeutung.

Es ist schwer begreiflich, wie unsere Socialdemokratie darin einen thatsächlichen Anfang ihrer ökonomischen Projecte erblicken kann, während andererseits die liberale Burgeoisie ein Schreckgespenst daraus machen und damit den Socialismus darniederschlagen will, indem sie auf die Geschichte der Commune hinweist, wo doch in der Hauptsache nur eine politische Revolution stattfand. Und was die dabei geschehenen Unthaten anbetrifft, so hat hinterher die siegende Partei noch viel mehr auf ihr Gewissen geladen als die Communarden, die sich im Zustand der Vertheidigung befanden. Politisch berechtigt war die Pariser Regierung ganz ebenso gut als die Versailler Regierung, die auch nur de facto regierte, und dabei eine Befugniß in Anspruch nahm, die sie wirklich nicht besaß. Doch dies nur beiläufig.

Unsere Conclusion ist vielmehr, daß, auf dem Wege der Revolution eine neue Gesellschaftsordnung zu begründen, überhaupt für unmöglich gelten muß. Es ist wichtig, daß man dies erkenne,

Gleichwohl liegt auch darin noch keine Garantie, daß nicht doch das Unmögliche versucht würde, wenn die Socialdemokratie sich einmal der Staatsgewalt bemächtigt hätte. Sind die Leidenschaften zum Ausbruch gekommen, so fragen die Leute nicht mehr nach Möglich oder Unmöglich. Das einzige Mittel, um solchen Eventualitäten vorzubeugen, ist darum die thatsächliche Reform, und zumeist die ökonomische Reform, als die reale Basis aller Socialreform. Zu diesem Ende aber wird man sich vorweg über den Umfang der Aufgabe und die Bedingungen der Lösung klar gemacht haben müssen, wenn nicht selbst die bestgemeinten Reformen erfolglos bleiben sollen.

II.

Die materiellen Grundlagen der Socialreform.

Man kann es nicht oft genug sagen: es handelt sich bei der ökonomischen Reform nicht entfernt blos um die Lage der sogenannten arbeitenden Classen, sondern um die ganze Gesellschaft. Man muß das um so nachdrücklicher erklären, weil andererseits die Thatsache vorliegt, daß wirklich die Aufgabe sehr allgemein in dem beschränkten Sinn der bloßen Arbeiterfrage behandelt wird. Noch mehr, die Arbeiterfrage selbst verengert sich wieder dahin, daß man thatsächlich nur die Lage der Industriearbeiter in's Auge faßt. Gerade als ob bei der ackerbauenden Bevölkerung Alles gut stände. Und selbst von den Industriearbeitern berücksichtigt man vorzugsweise wieder nur die qualificirten Arbeiter, die einer besonderen technischen Vorbildung bedürfen, und die sich dann zu Gewerkschaften organisiren sollen. Das sieht man zuletzt als den Kern der Aufgabe an. Und doch würden solche Gewerkschaften für die vielen anderen Arbeiter, welche sonst noch in den Fabriken beschäftigt werden, überhaupt gar nicht einzurichten sein. Vollends außer Ansatz bliebe dabei die gleichwohl zahlreiche Classe gewöhnlicher Tagelöhner, deren Existenz an kein bestimmtes Geschäft gebunden ist. Mit einem Worte: es sind die Reminiscenzen des ehemaligen Zunftwesens, von welchen man dabei ausgeht, und wie wäre damit gegenüber den heutigen Zuständen auszukommen?

Erwäge man nur, wie es in dem unabweisbaren Zug der industriellen Entwickelung liegt, daß die jetzt noch handwerksmäßig betriebenen Geschäfte je mehr und mehr dem Fabrikbetrieb verfallen; oder überhaupt dem Großbetrieb, wie namentlich im Bauwesen hervortritt, wo der Bauunternehmer zu den Maurer- und Zimmergesellen schon fast in demselben Verhältniß steht, als der Fabrikherr zu seinen Arbeitern. Daß andererseits auch einzelne neue zum Kleinbetrieb geeignete Industrien entstehen, bietet dafür nur geringen Ersatz. Dazu liegt es ebenso in dem allgemeinen Zug der Dinge, daß die Grenzen der einzelnen Handwerke sich immer mehr verschieben und verwischen. Aus beiden Ursachen ergibt sich darum, daß die neu zu errichtenden Handwerkerinnungen von vornherein auf einem schwankenden Boden stehen werden, woran es wenig ändern kann, daß sie zu großen Reichsgewerken organisirt werden sollen. Das Gute würden dieselben allerdings haben, daß dadurch eine bessere technische Ausbildung der Lehrlinge gesichert, und in dem ganzen Handwerkerstande eine gewisse moralische Disciplin hergestellt würde. Gewiß eine wichtige Sache, nur hüte man sich, davon zugleich auch eine erhebliche materielle Verbesserung für den Handwerkerstand zu erwarten.

Ich wünsche den beabsichtigten neuen Reichsgewerken das beste Gedeihen, führen sie aber wirklich zu einer erheblichen Besserstellung der dabei betheiligten Arbeiter, — was wird hinterher die Folge sein? Offenbar die, daß sich um so mehr Candidaten dazu herandrängen, wodurch die einzelnen Gewerke bald dergestalt überfüllt sein werden, daß die daraus entspringende Concurrenz den Verdienst wieder so herunterdrückt, daß am Ende wenig gewonnen ist. Je mehr ferner das Gewerkswesen sich über das ganze industrielle Gebiet verbreitete, um so mehr würde der Andrang zu den Gewerken zugleich eine entsprechende Vermehrung der industriellen Production bedeuten. Um so gewisser folglich würde hinterher der Absatz stocken, und je mehr die Industrie sich inzwischen ausgebreitet hätte, würde die Calamität nur um so größer werden.

Wie mißlich es um eine auf den Export berechnete Industrie für Deutschland steht, haben wir in den letzten Jahren genügend erfahren. Nur unter der Voraussetzung also wird es möglich sein die Lage unserer Industriearbeiter einigermaßen sicher zu stellen,

wenn die Fabriken principaliter für den inländischen Consum arbeiten, und wenn die Ausbreitung der Industrie sich im Niveau mit der inneren Consumtionsfähigkeit erhält. Sonst wird eine Ueberproduction entstehen, deren Wirkungen gar nicht zu paralysiren sind.

Was besagt aber Ueberproduction? Jedenfalls ist sie etwas sehr Zweideutiges. Denn zwar wo es sich um Artikel handelt, die im gewöhnlichen Verlauf der Dinge nur dem Luxus der Reichen dienen, kann gar leicht eine wirkliche Ueberproduction eintreten. Mit solchen Artikeln hingegen, welche für den allgemeinen Consum bestimmt sind, wird es sich allermeist so verhalten, daß die Production nicht sowohl das reale Bedürfniß des Publikums überschritten hat, als vielmehr blos seine Kaufkraft. Möchten doch beispielsweise alle Diejenigen, die heute in zerrissenen Kleidern einhergehen, die Mittel zu neuer Bekleidung besitzen, und es dauerte keine Woche, so wären alle die Vorräthe von Leinen-, Baumwollen- und Wollenwaaren, die vielleicht einstweilen auf Lager liegen, vollständig absorbirt. In diesem Falle also würde die Ueberproduction in Wahrheit vielmehr die dürftige Lage zahlreicher Volksclassen bedeuten. Doch dies nur beiläufig.

Was nun näher den inländischen Consum anbetrifft, so scheint es jedenfalls naturgemäß, daß die Industrie ihren Hauptabnehmer, oder wenigstens ihren sichersten Abnehmer, in der ackerbauenden Bevölkerung zu suchen hat. Das aber anerkannt, — was steht dann zu erwarten, wenn die industrielle Bevölkerung sich viel stärker vermehrt als die ackerbauende Bevölkerung, wenn das platte Land sich relativ entvölkert, indessen die Städte anschwellen? Wäre beispielsweise der inländische Absatz für die Industrie gesichert, wenn auf einen Industriearbeiter drei Agriculturarbeiter kämen, so änderte sich die Sache, wenn auf einen Industriearbeiter nur noch zwei Agriculturarbeiter kämen, oder gar nur einer. Auch würde sich die Sache nicht minder ändern, wenn zwar das relative Verhältniß zwischen der industriellen und ackerbauenden Bevölkerung dasselbe bliebe, dabei aber die ackerbauende Bevölkerung in ihrem Wohlstande zurückginge.

Höchst sonderbar doch, daß man so leicht mit der Ueberproduction bei der Hand ist, um daraus unsere industriellen Nothstände zu erklären, ohne dabei im geringsten zu beachten, daß hin-

gegen unsere Landwirthschaft keine Spur von Ueberproduction zeigt. Vielmehr findet hier schon seit einer Reihe von Jahren eine immer bedenklicher werdende Unterproduction statt, infolge dessen wir eine Einfuhr von Ackerbau- und Viehzuchtproducten bedürfen, die alljährlich den Werth von mehreren hundert Millionen beträgt. Ei, ich meine, diese agricole Unterproduction sollte uns noch zu viel ernstlicheren Erwägungen auffordern als die industrielle Ueberproduction, zumal dabei offenbar zugleich das Causalitätsverhältniß stattfindet, daß mit der wachsenden agricolen Unterproduction die industrielle Ueberproduction immer gefährlichere Wirkungen äußern muß. Denn womit sollen wir zuletzt noch die aus Nordamerika oder Rußland eingeführten Agricultur- und Viehzuchtproducte bezahlen, wenn unsere Fabrikate dort keinen Absatz finden? Wir gehen der Verarmung entgegen, und die industrielle Ueberproduction wird permanent sein, weil wir für unsere eigenen Industrieproducte keine ausreichende Kaufkraft mehr besitzen. Das Volk wird zugleich ebenso dürftig gekleidet als ernährt sein. Gewerkschaften und alle sonstigen industriellen Organisationen werden daran wenig ändern, die Grundursache des Uebels liegt tiefer.

1.

Drei Dinge sind es, worauf zuletzt alle socialen Fragen zurückführen: der Pflug, der Heerd und der Altar, oder mit anderen Worten gesagt: die Gesundheit der Nationen ist vor allem bedingt durch den Zustand des Aberbaus, des Familienlebens und des religiösen Lebens. Nach der ökonomischen Seite hin ist es darum der Ackerbau, welcher im Mittelpunkt aller Betrachtungen stehen muß. Und gleich wie das ganze civilisirte Leben von da aus begann, so muß auch jede tiefgreifende Reform der gesellschaftlichen Ordnung wieder bis dahin zurückgreifen, oder sie ist von vornherein todtgeboren.

Die leitenden Gedanken zu einer ökonomischen Organisation aus dem Gebiete des Handels zu entnehmen, hieße das sociale Gebäude mit dem Dache anfangen wollen. Wer statt dessen von den Industrieverhältnissen ausgeht, fängt mit dem zweiten Stockwerk an. Das erste Stockwerk hingegen bildet der Ackerbau. Wie aber das erste Stockwerk nach unten hin wieder in die Erde verläuft, wo die Kellergewölbe und die eigentlichen Fundamente des ganzen Gebäudes

liegen, so ruht auch der Ackerbau selbst wieder noch auf besonderen Voraussetzungen. Er hat seine unentbehrlichen Fundamente und Kellergewölbe, welche die Vorräthe enthalten, ohne die er selbst nicht wirthschaften kann. Will sagen: es ist die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens, wodurch alle landwirthschaftlichen Erfolge bedingt sind, und die daher der sorgfältigsten Beachtung bedarf.

Kann der Mensch an dem Erdkörper nichts ändern, — die Erdoberfläche kann er allerdings gar sehr verändern. Und damit ändert sich zugleich die Atmosphäre, wie insbesondere auch die atmosphärischen Niederschläge, und so kann es geschehen, daß sterile Länder unter der Hand des Menschen fruchtbar gemacht, wie anderseits fruchtbare Länder steril werden. Die Naturkräfte geben sich dem Menschen willig zur Benutzung hin, allein sie haben ihre eigenen Gesetze, die der Mensch kennen, und denen er sich accommodiren muß, wenn sie sich ihm hilfreich erweisen sollen. Darum »naturae convenienter vivere«, wie ein Grundsatz der Stoiker lautete, das muß auch der erste Grundsatz für die wirthschaftliche Behandlung des vaterländischen Bodens sein. Wie also, — wenn wir uns in dieser Hinsicht nicht minder Begehungs- als Unterlassungssünden vorzuwerfen hätten?

Da tritt uns zunächst der Wald entgegen, dessen Einfluß auf den Ackerbau nicht geringer ist, als auf das Klima, auf die Salubrität der Luft und sogar auf das Gemüthsleben der Menschen. Aber wie hat man an dem Walde gefrevelt, bis endlich die daraus entsprungenen Uebelstände so arg wurden, daß doch das öffentliche Gewissen einigermaßen erwachen mußte, daher jetzt schon sehr allgemein eine bessere Waldpflege und Schutzmaßregeln gegen weitere Devastationen gefordert werden. Allein das Unglück ist geschehen, es wieder gut zu machen hält schwer. Nicht ohne Wahrheit hat ein Forstmann gesagt: alle Forstwirthschaft komme immer um ein Jahrhundert zu spät, denn bald ist ein Wald darnieder geschlagen, langsam wächst ein neuer auf, oft überhaupt nicht. Einmal entblößt, sind steile Abhänge nie wieder zu bewalden, weil der Regen die Waldkrume abspülte.

Doch nicht blos roher Frevel und gedankenlose Nachlässigkeit haben zur Waldverwüstung geführt, sondern noch mehr vielleicht hat die falsche Wissenschaft geschadet, die den Wald nicht nach seiner Bedeutung für die innere Oekonomie der Natur selbst zu betrachten

lehrte, vielmehr lediglich nach den Nutzwerthen, die er gewähre. Nur gerade so viel wäre dann der Wald werth als die Producte, die sich daraus gewinnen ließen, vor allem das Brennholz und Bauholz, was man herausschlagen könnte. Ist also das Brennholz durch Kohlen zu ersetzen, das Bauholz durch Eisen und vielleicht noch andere Surrogate, so wird der Wald überhaupt entbehrlich, darum fort damit! Das ist die Consequenz solcher Lehren. Aber die Natur selbst liefert auch die Kritik dazu, indem sie zur Strafe für die Waldverwüster die Quellen und Bäche versiegen, die Luft austrocknen, die Flüsse durch die Schneeschmelze wie durch Regengüsse verderbenbringend anschwellen läßt. Und wie dann auch die nicht mehr durch den Wald temperirten Stürme um so verderblicher wirken.

Gilt nun noch außerdem die Maxime, wonach der Nationalwohlstand lediglich darauf beruhen soll, daß jeder Eigenthümer den möglichsten Gewinn aus seinem Eigenthum ziehe, so sind jedenfalls alle Privatwaldungen mit dem Untergang bedroht, der nur noch eine Frage der Zeit bleibt. Gerade die bestbestandenen Wälder müssen dann am ersten fallen, sobald sich Gelegenheit bietet, das Holz theuer verkaufen zu können. An Wiederaufforstung des einmal abgetriebenen Waldes wird allermeist gar nicht gedacht werden, selbst wenn der Waldboden nur dürftiges Weideland darböte. Dafür ist ja der Waldeigenthümer zum Capitalisten geworden, der vielleicht sein Capital in Handel und Industrie viel besser nutzen kann, als wenn er es zu neuen Waldculturen verausgabte, die immer erst nach einer Reihe von Jahren einigen Ertrag versprechen, den vollen Ertrag erst nach Menschenaltern. Ein Narr, wer darauf wartete, während das Capital in Handel oder Industrie angelegt, sofort höhere Zinsen verspräche, als das in Waldculturen angelegte Capital jemals tragen wird. Denn unter diesem Gesichtspunkte kann die Natur wirklich nicht mit der Industrie concurriren, weil das Wachsthum der Bäume, und damit der Anwuchs des Holzcapitals, im allgemeinen langsamer erfolgen wird, als der Anwuchs des Industrie- und Handelscapitals, welches unter günstigen Conjuncturen sich in wenigen Jahren verdoppeln kann, statt dessen für die Naturgesetze überhaupt keine Conjuncturen bestehen. Hat ein Capital, selbst nur zu 5 %, angelegt, durch Zinseszins sich nach kaum fünfzehn Jahren verdoppelt, so wird es oft sehr fraglich bleiben, ob ein in Wald-

culturen angelegtes Capital, nach Abzug der laufenden Kosten, dasselbe Resultat liefert, von den Schwierigkeiten der Verwaltung ganz abgesehen. Nichts gewisser darum, als daß, wo solche Ansichten zur Herrschaft gelangt sind, die Entwaldung immer weiter fortschreiten muß. Das ganze Land kahl gemacht zu haben, wird der endliche Triumph dieser Pseudowissenschaft sein.

Sein Leben lang, hat der selige Arndt einmal gesagt, habe er gekämpft für den Bauer und für den Wald, als die beiden wichtigsten conservativen Principien. Die Zusammenstellung von Bauer und Wald mag frappiren, aber in beider Hinsicht ist Wahrheit in dem Ausspruch, der zugleich so recht das kernige Wesen dieses deutschen Mannes charakterisirt.

2.

Ist der Urfactor aller Production die Natur, die Basis aller ökonomischen Entwickelung aber der Ackerbau, so ist wieder von allen Naturgaben keine für den Ackerbau so wichtig als das Wasser. Aber wie wenig ist gleichwohl in unseren nationalökonomischen Systemen davon die Rede! Das Wasser, sagt man, haben wir umsonst, die Oekonomik kümmern nur diejenigen Werthe, welche die menschliche Arbeit schafft, und die als Tauschwerthe auf den Markt kommen. Denn der Handel ist für diese Oekonomik die Hauptsache. Und freilich wohl werden ja selbst Landgüter und Gebäude gewissermaßen zu Markte gebracht, wie andererseits auch die menschliche Arbeitskraft, nicht aber Quellen, Bäche, Flüsse und Landseen. Damit ist kein Geschäft zu machen, ergo schweigen wir davon. Im Grunde genommen eine Judentheorie: wo der Handel aufhört, hört das Interesse auf, der Verstand steht stille, nur das leere Nichts vor sich sehend.

Nun, ich meine, wir wollen Gott danken, daß das Wasser einstweilen noch umsonst zu haben und darum kein Geschäft damit zu machen ist. Gerade wie mit Luft und Licht, mit der Schwerkraft, der Electricität und allen anderen Naturkräften, deren die Production gar sehr bedarf, ohne daß dafür zu bezahlen wäre. Allein mit dem Wasser hat es doch eine viel andere Bewandtniß. Es ist dem Menschen nicht nur zur freien Verfügung gestellt, sondern der Mensch selbst ist gewissermaßen zum Verwalter

darüber bestellt, denn so weit er die Oberfläche der Erde beherrscht, beherrscht er auch das Wasser. Luft, Licht und alle andere Elemente und Naturkräfte muß er lediglich nach ihren eigenen Gesetzen walten lassen, dem Wasser hingegen kann er einigermaßen Gesetze vorschreiben. Er kann den Lauf und die Verbreitung desselben reguliren, und was er in dieser Hinsicht thut, ist von so weit reichenden Folgen für die allgemeine Wohlfahrt, daß keine Nationalökonomik ihrem Begriffe entspricht, welche sich nicht die Frage stellt: wie die vaterländischen Gewässer zum Besten des Nationalwohlstandes zu verwalten seien?

Nicht ohne guten Grund hat Thales in dem Wasser das Urelement aller Dinge erkannt, denn Alles was keimt und wächst, keimt und wächst aus dem Feuchten heraus. Am meisten die Pflanze. Gedeiht sie nicht ohne Licht und Wärme, so noch viel weniger ohne Wasser, welches selbst einen wesentlichen Bestandtheil ihres Körpers ausmacht. Mit Pindar könnte darum auch der Landwirth sprechen „ἄριστον μὲν ὕδωρ." Denn gelänge es ihm, der Ackerkrume immer denjenigen Feuchtigkeitsgrad zu geben, welcher der Entwickelung der Pflanze am günstigsten ist, so würden die Ernteerträge sich verdoppeln und verdreifachen. Beim Himmel, das wäre ein „M e h r w e r t h", der vielleicht selbst unsern Freund Marx stutzig machen dürfte, weil jedenfalls die Ausbeutung der Arbeitskraft das Wenigste dabei thäte.

Auf die Bodenfeuchtigkeit nun sind die stehenden und fließenden Gewässer von entscheidender Einwirkung. Schon durch die Capillarität der oberen Erdkrume, noch vielmehr weil der jedesmalige Wasserstand in Bächen, Flüssen und Seen auch den Stand des Grundwassers bedingt, und andererseits jedes größere Wasserbassin von erheblichem Einfluß auf das Quantum des Thaues ist. Welch ein Segen wäre es für den Landbau, wenn über das ganze Land Wasserbassins zerstreut lägen; wenn der Wasserstand ein möglichst gleicher bliebe; wenn Bäche und Flüsse in vielfachen Windungen durch das Land zögen und dem Lande möglichst lange erhalten würden, ehe zuletzt ihr Wasser im Meere verschwindet. Denn wird zwar durch den Regen das Land befeuchtet, so werden ihm dabei auch, wo der Boden abschüssig ist, die sich im Regenwasser auflösenden Nährstoffe der Pflanzen entzogen, und in die Bäche und

Flüsse gespült, so daß folglich dem Lande um so mehr davon verloren geht, je schneller die Gewässer dem Meere zueilen.

So viel bedeutet die Verwaltung des Wassers, die doch bisher so wenig nach ihrer wirklichen Wichtigkeit gewürdigt ist. Einerseits hatte man bei der Regulirung der Wasserläufe nur das Interesse der unmittelbaren Adjacenten im Auge, welche gegen Uferbeschädigungen und Ueberschwemmungen geschützt werden sollten, während die allgemeine Wirkung des Wassers ganz außer Rechnung blieb. Andererseits sollten die Correcturen der Wasserläufe der Flößerei und Schifffahrt dienen, was doch am wenigsten maßgebend sein durfte. Denn als Fahrstraßen sind die Flüsse durch Canäle zu ersetzen, zum Theil auch durch Eisenbahnen, da hingegen der Einfluß des Wassers auf den Landbau, welcher für die allgemeine Wohlfahrt so sehr viel mehr bedeutet als Flößerei und Schifffahrt, durch nichts zu ersetzen ist.

Von Seiten der Naturwissenschaft ist diese Sache bereits genügend aufgeklärt, dennoch wird praktisch nicht viel geschehen, ehe sich nicht auch die nationalökonomische Wissenschaft damit beschäftigt, deren Lehren von unmittelbarem Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung sind. Was steht also zu erwarten von einer Oekonomik, welche rundweg erklärt: was die Natur umsonst gebe, wie insbesondere das Wasser, gehe sie überhaupt nichts an? Hier bedarf es erst eines wissenschaftlichen Umschwungs. Weiter aber, nicht blos die Wissenschaft muß das Thema aufnehmen, es muß selbst ein Gegenstand für die Tagespresse und so zur allgemeinen Discussion gebracht werden. Zwar hat die Berliner „Deutsche Landeszeitung", welche um die Vertretung der Agriculturinteressen sich ein unbestreitbares Verdienst erworben, schon mehrfach davon gesprochen, wie auch die „Allgemeine Zeitung" einmal einen nachdrücklichen Aufsatz darüber brachte, es bedarf aber immer neuer Anregung.

Hat Lassalle die sociale Frage eine *Magenfrage* genannt, so muß doch vor Allem etwas da sein, um den knurrenden Magen zu begütigen, statt dessen die Thatsache vorliegt, daß unsere Landwirthschaft schon lange nicht mehr genügende Producte liefert, um alle Mägen auszufüllen. „Importirt!" — ist dann leicht gesagt, allein die Importe wollen bezahlt sein. Viel besser jedenfalls, wenn wir durch zweckmäßige Benutzung des Wassers, welches wir umsonst haben, die landwirthschaftliche Production dergestalt steigern

könnten, daß wir keines Importes mehr bedürften. Und wären wir auch viel reicher, als wir wirklich sind, so könnte der Import die eigene landwirthschaftliche Production nicht in jeder Hinsicht ersetzen. Um hier nur das Eine hervorzuheben: sollen wir etwa Milch aus Rußland oder aus Nordamerika beziehen? Milch ist aber ein gar wichtiger Artikel, nicht blos wegen ihrer allgemeinen Ernährungskraft, sondern weil sie für das erste Kindesalter unentbehrlich bleibt.

Es wäre der Erwägung werth, ob nicht die bei den arbeitenden Classen beobachtete große Sterblichkeit der Kinder in den ersten Lebensjahren zum guten Theil auf ungenügendem Milchgenuß beruhe. Die Milch ist eben für arme Leute schon zu theuer, weil überhaupt zu wenig da ist, in Folge dessen in großen Städten selbst wohlhabende Leute meist nur Wassermilch zu trinken bekommen, und Noth haben, für ihre Kinder reine gute Milch zu beschaffen. Wer weiß, wie mancher Krankheitskeim dadurch den Kindern eingeimpft wird! Hier hilft nichts anderes als die milchende Kuh, welche für jede Familie da sein sollte, aber heute nicht mehr da ist. Daneben dann der pflügende Stier — das bleiben für immer die Eckteine der Volkswirthschaft, und die ganze Civilisation geht dem Verfall entgegen, wenn diese Ecksteine wanken. Wie aber die milchende Kuh und der pflügende Stier nach Futter verlangen, so verlangt das Futterkraut nach Wasser, denn die Natur selbst hat ihm in's Herz geschrieben „ἄριστον μὲν ὕδωρ“.

3.

Kein größeres Nationalunternehmen wäre auf volkswirthschaftlichem Gebiete zu denken, als die allgemeine Regulirung der vaterländischen Gewässer nach den Erfordernissen der Landwirthschaft. Freilich kein Unternehmen, das sich mit einem Schlage ausführen ließe. Wohl ein paar Menschenalter würden darüber vergehen, und offenbar müßte im engen Zusammenhang damit die Waldregulirung stehen. Milliarden würden auch dazu gehören, wollte man aber um deswillen davor zurückschrecken, so weise ich auf die Milliarden hin, welche in Eisenbahnen verbaut wurden und noch fortwährend verbaut werden. Angesichts dessen wage ich allerdings zu behaupten, daß die Beförderung der natürlichen Frucht-

barkeit des Landes für eine wichtigere Sache gelten müßte, als alle Verbesserungen der Communicationsmittel.

Man mißverstehe mich nicht, ich bin kein Feind der Eisenbahnen. Könnte es sein, so möchte jede Landstadt noch ihre Zweigbahn haben, jedes Dorf noch seine Pferdebahn zur Landstadt, und warum nicht auch als Zugabe noch seine Gasbeleuchtung. Die Frage ist lediglich: ob diese Anlagen nicht Mittel absorbiren würden, die auf andere nothwendigere Dinge zu verwenden gewesen wären? In der Volkswirthschaft ist Alles relativ zu beurtheilen, und darnach geurtheilt, meine ich eben: wir haben bereits zu viel von unserem Nationalcapital auf Communicationsmittel verwandt.

Hat jedes Zeitalter seinen eigenthümlichen Hang, der das allgemeine Urtheil bestimmt und zuletzt zur Manie ausartet, so charakterisirt unser Zeitalter der Hang: um jeden Preis die Schnelligkeit und Leichtigkeit der Güter-, Personen- und Gedankencirculation zu befördern. Ist in dieser Hinsicht seit einem Menschenalter wirklich Staunenswerthes geleistet, so hat man sich nun auch so dafür enthusiasmirt, daß man darin allein schon den schlagendsten Beleg für den unermeßlichen Fortschritt der Civilisation erblickt. Trotzdem wird die Frage erlaubt sein: ob etwa die Beschleunigung der Gedankencirculation die Gedanken auch in demselben Maße gehaltvoller machte, oder ob mit der gesteigerten Leichtigkeit des Reisens die Menschen auch in dem Maße glücklicher wurden? Wird darauf wohl Niemand mit einem unbedingten Ja antworten, so auch nicht darauf: ob etwa in demselben Maße, als die Transportmittel für die Güter vermehrt und verbessert wurden, auch die Güterproduction selbst zugenommen hat? In einzelnen Productionszweigen ohne Zweifel, für die Gesammtproduction hingegen wird das nicht entfernt gesagt werden können. Sonst müßte in dem letzten Menschenalter unsere Gesammtproduction sich vielleicht verzehnfacht haben. Zum mindesten also wäre sie dann doch doppelt so schnell fortgeschritten als die Bevölkerung, und dies angenommen, müßten wir heute in vollem Ueberfluß leben. Ist das leider nicht der Fall, so wird auch die Gesammtproduction bei Weitem nicht in solchem Verhältniß fortgeschritten, oder, mit anderen Worten gesagt, das Nationaleinkommen bei Weitem nicht in solchem Maße gewachsen sein. Denn für das Nationaleinkommen handelt

es sich in erster Stelle um die producirte Gütermasse, indessen die Schnelligkeit der Gütercirculation erst die zweite Stelle einnimmt. Und darin liegt nun der folgenschwere Mißverstand, daß man die secundäre Frage zur primären gemacht hat.

Hier tritt es augenfällig hervor, wie sehr die herrschende Oekonomik von commerciellen Ansichten ausgeht. Denn daß die Verbesserung der Communicationsmittel direct nur dem Handel zu Gute kommt, der Production hingegen nur indirect, liegt auf der Hand. Auch findet dabei noch der fernere Unterschied statt, daß diese indirecte Einwirkung auf die Production weit weniger den Ackerbau betrifft, als den Bergbau und die Fabrikation, die ihren Rohstoff aus großer Entfernung bezieht und für den Absatz in die Ferne arbeitet. Für den Bergbau wie für die Fabrikation kann darum eine Eisenbahn geradezu zur Lebensfrage werden. Mit unserer Landwirthschaft steht es anders. Aus der Ferne bezogene Rohstoffe bedarf sie nur wenig, und was sie hingegen producirt, wird zum bei weitem größten Theil in nicht ferner Umgebung verzehrt, so daß wohl kaum der zehnte Theil unserer landwirthschaftlichen Gesammtproduction auf die Eisenbahn kommt. Denn nur die übervölkerten Fabrikdistricte und die Großstädte bedürfen Zufuhr aus weiter Ferne. Und selbst dabei nützen die Eisenbahnen weit weniger dem deutschen Landwirth, als sie vielmehr die Zufuhr aus dem Auslande befördern, welche dem deutschen Landwirth eine nachtheilige Concurenz schafft. In Summa: unserm Landbau haben die Eisenbahnen vergleichsweise am wenigsten genützt, das aber anerkannt, zeigt sich auch, wie unstatthaft demnach die Annahme ist, daß die Beförderung der Transportmittel auch eine entsprechende Vermehrung der Gesammtproduction zur Folge hätte.

Man täuscht sich aber über die handgreiflichsten Dinge, weil man sich seit lange gewöhnt, in Handel und Verkehr das A und O der Volkswirthschaft zu erblicken. Was ist hingegen die wirkliche Aufgabe aller Volkswirthschaft, als die Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung, Wohnung und Hausgeräth zu versorgen, und da kommt es doch zuvörderst auf die Production dieser Dinge an, nur in zweiter Stelle auf den Umsatz. Erst muß etwas da sein, was umzusetzen ist. Und was produciren denn alle Diejenigen, die

sich mit dem Umsatz der Güter beschäftigen? Nichts produciren sie, aber sie verdienen an dem, was Andere producirten. Je einseitiger nun die Beförderung von Handel und Verkehr betrieben wird, um so mehr verbreitet sich auch die Neigung, anstatt sich productiven Arbeiten zu widmen, vielmehr durch den Productenverkehr verdienen zu wollen. Darf man sich da wundern über die Ueberfüllung der Handelsgewerbe, über den Speculations- und Schachergeist, der die ganze Gesellschaft durchdringt? Fast sieht es schon so aus, als sollte ein Judenreich begründet werden, denn die Juden leben eben von Handel und Verkehr, produciren ist nicht ihre Sache, sie wollen verdienen, lukriren. Und hat nun die Ueberfüllung der Handelsgewerbe nicht selbst wieder die Folge, daß dadurch der Production um so mehr Capital und Arbeitskräfte entzogen werden?

Keine Frage, wie sehr dies Uebel dadurch befördert wurde, daß wir zu schnell mit dem Eisenbahnwesen fortgeschritten sind, und darauf mehr Mittel verwandt haben, als nach den Gesammtverhältnissen unserer Volkswirthschaft zulässig gewesen wäre. Je mehr sich dann alle Blicke auf das Eisenbahnwesen richteten, um so weniger geschah für große landwirthschaftliche Meliorationen. Der Ackerbau blieb relativ zurück, und damit war der Grund zu einem chronischen Leiden gelegt, welches schon seit lange im Stillen fortwucherte, und durch den großen Börsenkrach nur zum acuten Ausbruch kam. Es ist wichtig, dies zu erkennen, daher wir noch ein Mehreres darüber zu sagen haben werden.

4.

Sieht man der herrschenden Volkswirthschaftslehre auf den Grund, so zeigt sich, daß es weit mehr privatwirthschaftliche Ansichten sind, von denen dieselbe ausgeht. Auch tritt dies ja principiell schon darin hervor, daß sie das private Interesse zum alleinigen Regulator aller wirthschaftlichen Entwickelung machen will, nach der bekannten Maxime des laissez faire. Worauf ist aber das private Interesse gerichtet? Lediglich auf den Erwerb, nicht etwa auf das Produciren. Erwerben kann man ohne das Geringste zu produciren, wie namentlich — als das augenfälligste Beispiel — an der Börse erworben wird, millionenweise

und selbst milliardenweise, indessen das gesammte Nationaleinkommen sich dadurch um nichts vermehrt, indem, was wirklich hier geschieht, nichts Anderes ist, als daß die Börsenspeculanten einen guten Theil des Nationaleinkommens an sich zu bringen wissen, überall die Sahne von der Milch abschöpfend. Das Nationaleinkommen aber besteht nicht etwa in der Summe der Privateinkommen, — denn was der Eine einnimmt, nimmt er allermeist wieder von Anderen, — sondern das Nationaleinkommen besteht in dem Gesammtquantum der nationalen Production, welche zu befördern — die Volkswirthschaft nach ihrer realen Seite betrachtet — die erste Aufgabe sein muß. Die Vertheilung der Producte bildet erst die zweite Frage, denn wo nicht viel da ist, kann auch nicht viel vertheilt werden.

Privatwirthschaftlich geurtheilt, kommt es bei jedem Unternehmen lediglich auf die Rentabilität an, scheint diese gesichert, so heißt das Unternehmen solide. Und eben solche privatwirthschaftliche Ansicht ist nun in der Hauptsache auch für das Eisenbahnwesen maßgebend geworden. Die erste Frage war also: wird die Bahn rentiren? Die volkswirthschaftlich entscheidende Frage hingegen, d. h. ob die darauf verwandten Capitalien eine entsprechende Steigerung der Gesammtproduction herbeiführen würden, trat selbst da, wo von Staatswegen gebaut wurde, in den Hintergrund. Für Actiengesellschaften existirte sie gar nicht, genug, daß die Bahn zu rentiren versprach. Und da nun anfänglich die Bahnen eine gute Dividende abwarfen, wurden immer neue gebaut.

Fragen wir doch aber einmal: ob etwa der durch die Eisenbahnen so außerordentlich gesteigerte Reiseverkehr auch eine entsprechende und nachhaltige Steigerung des allgemeinen Wohlstandes hervorrief? Oder dürfte nicht andererseits ein Luxus daraus entsprungen sein, welcher zu Ausgaben veranlaßte, die zu unserm wirklichen Wohlstande in keinem Verhältniß standen? Schon die luxuriösen Hotels, welche seitdem in unseren Großstädten wie in den Badeorten pilzartig emporschossen, dürften in dieser Hinsicht ein bedenkliches Kopfschütteln erregen.

Im engen Zusammenhang mit der schnellen Entwickelung des Eisenbahnwesens stand das Anschwellen der Großstädte, was dann nicht nur einen sehr gesteigerten Häuserbau zur Folge hatte, sondern auch die Stadtverwaltungen zu außerordentlichen Ausgaben

veranlaßte. Mit großen Kosten wurden neue Straßen und Plätze angelegt, zu den mancherlei Communalzwecken neue Gebäude errichtet, Alles sollte auf einmal ein imponirenderes und eleganteres Aussehen gewinnen. Ohne fortschreitende Steigerung der städtischen Abgaben und ohne Anleihen ging das nicht, und was in dieser Weise verwandt wurde, mußte doch zuletzt aus dem Nationaleinkommen entnommen werden. Was producirten aber die mit so vielen Kosten angelegten Straßen und Plätze? Nichts. Zwar erfreuten die Hausbesitzer sich eines höheren Miethsertrags, die Baustellenbesitzer machten oft enorme Verdienste, war aber die Stadt wirklich um so viel wohlhabender geworden, während sie sich vielmehr mit Schulden belastete? Und noch mehr: war etwa die Gesammtproduction der Nation dadurch in entsprechender Weise gewachsen, oder wären nicht die Milliarden, welche in den letzten zwanzig Jahren auf derartige Anlagen verwandt worden, zum guten Theil als für die reelle Production verloren anzusehen? Ich sage *reelle* Production, denn die Nation lebt nicht von Renten sondern von Producten, und die erhöhten Renten der Hausbesitzer und Baustellenbesitzer vermehrten die Productenmasse um nichts.

Gewährten nun die Eisenbahnactien anfangs eine hohe Dividende, so griff bald alle Welt darnach. Landwirthe, Fabrikanten und Kaufleute hielten es oft für vortheilhaft, anstatt ihre Ueberschüsse zur Verbesserung oder Ausdehnung ihres Geschäftes zu verwenden, vielmehr Actien dafür zu kaufen und darin an der Börse zu speculiren. Für die Volkswirthschaft war das ein offenbarer Nachtheil, privatwirthschaftlich hingegen betrachtet, schien nichts dagegen einzuwenden, — vorausgesetzt nämlich, daß die hohen Dividenden immer fortgeflossen wären. Doch das thaten sie eben nicht.

Ueberhaupt beruhte dies ganze Treiben auf der Annahme einer ununterbrochen fortschreitenden Steigerung, wobei man schon vorweg die zu erwartenden Erträge der Zukunft escomptirte. Allein wo sollte es endlich damit hinaus? Ginge es so fort, daß sich die Bevölkerung der Großstädte in je 30 Jahren verdoppelte, so müßte z. B. Berlin nach einem Jahrhundert schon eine Bevölkerung von über 9 Millionen haben. Eine jede Vorstellung übersteigende Riesenstadt würde es sein. Wovon aber würden die Leute in dieser

Riesenstadt noch leben, zumal wenn andere Großstädte in demselben rapiden Verhältnisse anwüchsen? Sollen die Wohnungsmiethen nebst den Preisen der Baustellen fortwährend steigen, — wer kann sie in Zukunft noch bezahlen? Und wer wird noch in die Großstädte hineinziehen, wenn die Communalabgaben sich bis in's Unerschwingliche erhöhen? Was aber endlich die Eisenbahnrenten anbetrifft, die mußten wohl durch die Vermehrung der Eisenbahnen, und die damit gegebenen Concurrenzlinien, statt zu steigen vielmehr heruntergehen. Genug, der Rückschlag war hinterher unvermeidlich, und schon seit den sechziger Jahren traten die Zeichen der inneren Ueberspannung vielfach hervor. Die politischen Ereignisse mochten zeitweilig den Blick davon ablenken, der Milliardensegen von 71 sogar einen neuen täuschenden Schimmer darüber verbreiten, bis schließlich der große Krach kam. Und leider nicht als eine momentane Krisis, sondern nachdem schon seit einer langen Reihe von Jahren die Volkswirthschaft in falsche Richtungen gerathen, so haben sich inzwischen Verhältnisse und Lebensgewohnheiten gebildet, die sich nur langsam wieder verändern lassen. Denn Alles greift da ineinander. Geben so viele Unternehmungen keine Rente mehr, so sind damit auch zahlreiche Existenzen untergraben, und nicht nur die Rentiers erleiden die Einbuße, sondern die verminderte Consumtionsfähigkeit derselben wirkt wieder auf den Betrieb so vieler anderer Geschäfte zurück.

Hiernach noch einmal gesagt: darin liegt der Grundirrthum, daß man — privatwirthschaftlich urtheilend — Rente mit reeller Production verwechselte, und daß man die Circulation der Güter für wichtiger hielt als die Gütererzeugung. Ein träger Pulsschlag bezeichnet ja freilich keine Gesundheit, ein Fieberpuls aber erst recht nicht. Die Lebenssäfte des socialen Körpers müssen circuliren, aber zuvörderst müssen sie doch in genügender Quantität und Qualität da sein, und woraus zuletzt alle Quellen der Volkswirthschaft entspringen, das ist der Landbau. Ist der in Flor, so werden die Städte keine Noth leiden, nicht aber bewirkt umgekehrt der Flor der Städte auch schon den Flor des Landbaues. Zeuge dessen das altrömische Imperium, welches sich mit so vielen glänzenden Städten bedeckte, deren Ruinen wir zum Theil noch heute mit Bewunderung betrachten, indessen das Land allmälig verödete, bis zuletzt die ganze

Herrlichkeit in sich selbst abstarb. Häuser, Plätze und Straßen, wie desgleichen auch die Eisenbahnen, produciren unmittelbar nichts, an und für sich sind sie ein todtes Capital. Das einzige unmittelbar productive Capital ist hingegen das National-Vegetations-Capital[1]), und dieses durch fortwährende Erhöhung des Bodenreichthums zu vermehren, ist die allernützlichste und nothwendigste Art der Capitalisation. Darin liegt die zuverlässigste Basis einer gesunden Volkswirthschaft.

5.

Daß der Fortschritt unseres Landbaues hinter der Volksvermehrung zurückgeblieben, liegt als Thatsache vor, da wir jetzt schon einer jährlichen Einfuhr von landwirthschaftlichen Producten zum Werth von einigen hundert Millionen bedürfen, statt dessen vor zwanzig Jahren noch eine erhebliche Ausfuhr stattfand. Oder wollte man etwa einwenden: die große Masse des Volkes halte heute reichlichere Mahlzeiten als vordem, und das allein veranlasse die Einfuhr? Daß die große Masse heute besser ernährt sei als vor zwanzig Jahren, dafür spricht leider nichts, es dürfte eher das Gegentheil anzunehmen sein.

Andererseits nun ist doch unleugbar, daß unser Landbau heute mit größerer Intelligenz betrieben wird, als vordem geschah. Auch haben die Gemeinheitstheilungen, wodurch früher als Weide daliegendes Land unter den Pflug kam, die Ackerfläche vergrößert, und die Brachen werden wohl immer mehr eingeschränkt. Woher also trotz alledem das relative Zurückbleiben des Landbaues? Offenbar muß ihm das dermalen herrschende volkswirthschaftliche System ungünstig sein. Es bevorzugt eben die Industrie, wie es ja auch ausdrücklich das Industriesystem heißt, und thatsächlich bevorzugt es noch mehr den Handel. In Folge dessen entziehen sich dem Landbau die Capitalien wie die Arbeitskräfte, während zugleich der überwiegende Einfluß, den das mobile Capital, und überhaupt die städtische Bevölkerung, auf die Gesetzgebung und Verwaltung ausübt, zu einer Steuerüberbürdung des Landbaues geführt hat, wo-

1) Es ist dies ein wichtiger Begriff, dessen Ausdruck, meines Wissens, von dem social-politischen Schriftsteller v. Lavergne stammt.

hingegen die positive Unterstützung, deren sich der Landbau von Seiten des Staates zu erfreuen hätte, im Vergleich zu dem, was für Handel und Industrie geschieht, sehr gering ist. Darin liegt wohl die Hauptursache des relativen Rückganges der Landwirthschaft.

Dazu kommt aber noch eine andere nachtheilige Wirkung, welche die verhältnißmäßig viel stärkere Vermehrung der städtischen Bevölkerung, und insbesondere das Anschwellen der Großstädte, für den Landbau hat. Nämlich daß ihm dadurch Düngstoffe entzogen werden. Es führt uns dies auf ein Thema, welches in keinem guten Geruch steht, und von welchem man in feiner Gesellschaft nicht gern spricht. Allein da hilft nichts, es steht nun doch einmal so, daß die Seele des Ackerbaues immer der Dünger bleibt, ruht aber auf dem Ackerbau wieder die gesammte Volkswirthschaft, so wird damit die Düngerfrage — man rümpfe die Nase, so viel man wolle! — geradezu zu einer Nationalfrage. Dafür hat sie schon längst ein Liebig erklärt, nur scheinen seine Worte noch bis heute wie in den Wind gesprochen zu sein. Und doch ist die Sache leicht genug einzusehen.

Die in den Städten verzehrten Producte, einschließlich der Fabrikationsabgänge, enthalten Nährstoffe für das Pflanzenleben, welche dem Boden, worauf die Producte gewonnen wurden, wieder zurückgegeben werden müssen, sonst wird der Boden sich allmälig erschöpfen, die natürliche Fruchtbarkeit des Landes abnehmen. Je mehr also die städtische Bevölkerung anwächst, fällt dieser Punkt auch immer mehr in's Gewicht, und wird damit zu einem Gegenstand des allgemeinen Landesinteresses. Er ist aber nicht entfernt als ein solcher behandelt, sondern überall thut man gerade so, als ob das lediglich die einzelnen Stadtverwaltungen anginge, wie sich die Städte ihrer Fäcalien entledigten. Und allerdings, die städtischen Aedilen mögen ja von ihrem Standpunkt aus dabei an weiter nichts denken, als den Unrath, der schon die Mittelstädte belästigt und für die Großstädte zur unerträglichen Plage wird, thunlichst beiseite zu schaffen. Das heißt aber privatwirthschaftlich geurtheilt, nämlich nach dem Interesse der einzelnen Städte, volkswirthschaftlich beurtheilt, verhält sich die Sache anders. Die Städte leben vom Lande, und darum sind sie auch verpflichtet, die sich in

ihnen ansammelnden Düngstoffe dem Lande zurückzugeben. Dahin also wäre vielmehr die Aufgabe zu stellen: die Fäcalien derartig zu behandeln, daß sie, soweit irgend möglich, dem Ackerbau zu Gute kämen.

Wie wenig das heute geschieht, liegt auf der Hand. Die in den Großstädten sich ansammelnden Düngstoffe gehen zum großen Theil für den Ackerbau verloren. Läßt sich zwar dieser Verlust nicht genau abschätzen, so leidet es doch keinen Zweifel, daß er, nach Geldwerth angeschlagen, alljährlich viele, viele Millionen beträgt. Würden hingegen die jetzt verloren gehenden Düngstoffe dem Acker zugeführt, so würde das die Ernteerträge merklich steigern. In demselben Maße dann, als die Ackerkrume mehr Nährstoffe für das Pflanzenleben empfinge, vermehrte sich damit das National-Vegetations-Capital, und jede Vermehrung trüge hier Zins und Zinseszins. Es ist leicht zu ermessen, was für einen Unterschied das schon in einem Menschenalter ergäbe. Statt dessen werden vielmehr in den Großstädten zur Beseitigung der Fäcalien mit schweren Kosten Canalisationen eingerichtet, was doch wieder einen Verlust für das gesammte Nationalcapital bedeutet, da diese Canalisationen nichts produciren, sondern lediglich Erhaltungskosten verursachen. Ich frage: soll das Volkswirthschaft heißen, wenn für das Gemeinwohl so folgenreiche Dinge in solcher Weise abgethan werden, als ob da gar keine allgemeinen Interessen vorlägen?

Würden die städtischen Fäcalien nach ihrem Düngerwerth ausgenutzt und transportabel gemacht, so könnte daraus sogar eine erhebliche Einnahmequelle für den Stadtsäckel entspringen. Und wie würde dann in den Umgebungen großer Städte der Ackerbau aufblühen! Daneben der Gartenbau, was wieder die weitere Folge haben könnte, daß damit der übermäßige Andrang zu den Gewerben abnähme. Insbesondere zu der Kleinkrämerei, worauf jetzt in den Städten so viele halbproletarische Existenzen basirt sind, wogegen dann in Zukunft gar Manche, die sich jetzt der Kränterei zuwenden, sich statt dessen dem Gartenban widmen würden, der in größerer Ausdehnung eben nur da betrieben werden kann, wo ein Ueberfluß von Düngstoffen gegeben ist, deren der Gartenbau unerläßlich bedarf, indessen er selbst keinen Dünger erzeugt. Mit dem Gartenbau aber verbände sich leicht wieder eine kleine Ackerwirthschaft, und in

der Nähe großer Städte, wo sich so vielfache Gelegenheit zu industriellem Nebenverdienst darbietet, würden solche mit Gartenbau verbundenen Kleinwirthschaften vortrefflich gedeihen.

Offenbar ist Gartenbau ein Mittleres zwischen Ackerbau und Industrie, er bildet die natürliche Brücke, wodurch der Städter wieder zu ländlicher Beschäftigung zurückkehren kann. Trotzdem bleibt solcher Uebergang schwierig, weil, wer nicht von früher Jugend an zu Feld- und Gartenarbeit angehalten war, hinterher nicht leicht dazu greift. Darum müßten in allen Großstädten und Mittelstädten besondere Schulen errichtet werden, in welchen die Knaben neben dem gewöhnlichen Elementarunterricht zugleich Anleitung zum Gartenbau empfingen. Unter dieser Voraussetzung bliebe an dem Erfolg nicht zu zweifeln. Nach einem Menschenalter würden die Umgebungen unserer Großstädte meilenweit ein anderes Aussehen gewonnen haben. Es wäre ein Abzugskanal eröffnet, wodurch die zusammengepreßte Bevölkerung sich wieder in's Freie verbreitete, wo so viele tausend Familien, die jetzt, in Kellerwohnungen oder Dachstuben eingepfercht, kümmerlich ihr Leben durchbringen, durch Obst-, Garten- und Feldbau eine viel glücklichere Existenz fänden.

6.

Ist es von Wichtigkeit, daß das Stadtleben sich mit dem Landleben vermittelt und daß die Industriebevölkerung sich nicht ganz der Feldarbeit entwöhnt, so nicht minder, daß andererseits auch die ackerbauende Bevölkerung eine industrielle Nebenbeschäftigung hat. Denn der Ackerbau bleibt an Jahreszeit und Witterung gebunden, und in unserem Klima muß die Feldarbeit durchschnittlich vier Monate des Jahres ruhen. Das sind gegebene Naturverhältnisse, denen ein wahres volkswirthschaftliches System sich anzupassen hat, wovon aber die herrschende Doctrin rundweg abstrahirt. Wenn da nur die Fabriken im Gange sind und Handel und Verkehr nicht stocken, was thüt es, meint man, ob der Landmann eine Winterarbeit hat. In Wirklichkeit aber trägt das nicht nur zu dem materiellen Wohlstand der ackerbauenden Bevölkerung bei, sondern es macht die Leute zugleich anstelliger und gesitteter, wenn sie noch eine industrielle Handarbeit zu betreiben verstehen.

Allbekannt, wie nachtheilig in dieser Hinsicht insbesondere der

Verfall der früherhin auf dem platten Lande so weit verbreiteten Handspinnerei und Handweberei gewirkt hat. Es hätte sich um einen Ersatz dafür gehandelt, nach der herrschenden Maxime aber, wonach die volkswirthschaftlichen Verhältnisse sich ganz von selbst am besten gestalten sollen, ist eben von Staatswegen nichts dafür geschehen. Unter der Herrschaft solcher Maxime hat sich überhaupt die Industrie immer mehr in besonderen großen Anstalten concentrirt, die ihrerseits sich wieder in Fabrikdistricten und Fabrikstädten concentriren.

Für die sich selbst überlassene Industrie mag dies immerhin als der natürliche Verlauf der Dinge gelten. Die Accumulation der Capitalien wirkt dabei zusammen mit der größeren Leichtigkeit der Beschaffung der technischen Hilfsmittel und der größeren Ausbildung der technischen Fähigkeiten, wie sie in einer zusammengedrängten Industriebevölkerung stattfindet. Die Frage bleibt nur: ob der insoweit natürliche Zug der Dinge auch der wünschenswerthe, oder der unabwendbar nothwendige sei. Von Naturgesetzen im eigentlichen Sinne des Wortes, woran darum nichts zu ändern wäre, kann hier nicht die Rede sein, so gewiß als die Industrie selbst nichts Natürliches, sondern jedenfalls etwas Künstliches ist. Menschliche Intelligenz schuf die Industrie, wie sollte dieselbe Intelligenz nicht auch die Entwickelung der Industrie reguliren können? Und es sollte das geschehen nach den Erfordernissen der allgemeinen Wohlfahrt, als der alleinigen Aufgabe der Volkswirthschaft. An der Industrie als solcher ist nichts gelegen, wie dürfte man gar mit dem industriellen Fortschritt prahlen, wenn dabei die Wohlfahrt der industriellen Bevölkerung leidet?

Nun wird Niemand bestreiten, daß die Zusammendrängung der Industriebevölkerung in einzelnen Fabrikstädten und Fabrikdistricten kein wünschenswerther Zustand ist. Wünschenswerth vielmehr, daß Fabrikation und Landwirthschaft sich nahe liegen und sich gegenseitig die Hände reichen; daß der Industriearbeiter zugleich einige Feldarbeit verrichte, oder wenigstens sein Gärtchen habe, wie daß andererseits der Feldarbeiter, wenn die Feldarbeit ruht, einige Industriearbeit finde. Wünschenswerth noch mehr, daß, statt anschwellender Großstädte und übervölkerter Fabrikdistricte, das Städtewesen und das Fabrikwesen sich möglichst gleichmäßig über das Land

verbreite, so daß nirgends eine Ueberfüllung mit industriellen Elementen eintrete, wie andererseits auch kein vollständiger Mangel daran.

Aber nicht blos wünschenswerth wäre ein solches Verhältniß zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Ackerbau, sondern selbst die Sache rein von der materiellen Seite betrachtet, würden daraus sehr erhebliche Vortheile entspringen. Je näher der Consument an den Producenten heranrückt, und so umgekehrt, um so besser stehen sich beide dabei. Das lehren alle Oekonomisten. Auch bestätigt die gemeinste Erfahrung, daß, wie für den Consumenten der Bezug aus erster Hand, so für den Producenten der directe Absatz an den Consumenten, und überhaupt der Absatz in nächster Nähe, am vortheilhaftesten ist. Denn so werden alle die Kosten erspart, die sonst Zwischenhandel und Fracht verursachen, und die, da sie an und für sich weder den Productionsproceß noch den Consumtionsproceß befördern, im eigentlichsten Sinne des Wortes „Unkosten" sind, d. h. Kosten, die man so viel als möglich vermeiden muß. Faux frais nennen es sehr bezeichnend die französischen Oekonomisten. Großer Gott, welche Unsummen betragen diese faux frais! Ohne Zweifel belasten sie die Volkswirthschaft mehr, als selbst der Gesammtbetrag der öffentlichen Abgaben, und könnten wir uns dieses Druckes entledigen, so würde daraus eine ungeahnte Prosperität entspringen. Ganz zu schweigen, daß damit auch die heute so allgemein gewordene Verfälschung der Waaren zum großen Theile von selbst verschwände. Wo der Consument dem Producenten gewissermaßen auf die Finger sehen kann, ist die Fälschung schon an und für sich nicht mehr so leicht, um so leichter hingegen, je ferner sich beide stehen und durch je mehr Mittelspersonen das Product an den Consumenten gelangt, indem jede Mittelsperson dabei gewinnen will, sei es per fas oder per nefas.

Gewiß bleibt eine so vollkommen gleichmäßige Verbreitung der Industrie über das Land und ein so harmonisches Zusammenpassen von Stadt- und Landleben ein unerreichbares Ideal. Muß es aber als der an und für sich wünschenswertheste Zustand gelten, so muß man sich demselben doch möglichst zu nähern suchen. Und keine Frage, daß durch die Gesetzgebung und Verwaltung in dieser Richtung sehr viel geschehen könnte, wodurch nach ein paar Menschen-

altern das ganze Land ein anderes Aussehen gewinnen würde. So lange freilich die Manchester-Doctrin noch fortgilt, ist nichts dergleichen zu hoffen. Es wird dann nicht nur an der dazu nöthigen Energie, sondern selbst an Sinn und Verständniß dafür fehlen. Es gehört eben eine ganz andere Grundansicht dazu, und um darnach praktisch vorgehen zu können, werden erst noch ganz neue Studien zu machen sein, deren man, auf dem Schlummerkissen der Manchester-Doctrin des Laissez faire ruhend, bisher sich überhaupt entschlagen zu dürfen glaubte.

7.

Daß infolge der Manchester-Doctrin das Handelsinteresse in den Vordergrund trat, und ganz vorzugsweise begünstigt wurde, bedarf keiner Worte. Heißt doch diese Doctrin auch kurzweg das Freihandelssystem. Drehte sich demnach Alles um den Handelsgewinn, so war es wieder eine ganz natürliche Folge, daß auch alle anderen Geschäftszweige je mehr und mehr einen commerciellen Charakter annahmen oder anzunehmen suchten, und dadurch ihren wahren Charakter verloren. Die Thatsachen liegen vor Augen.

So hat insbesondere auch die große Landwirthschaft sich nicht nur mit mancherlei Fabrikbetrieb verschmolzen, sie ist sogar einigermaßen selbst zu einer commerciellen Unternehmung geworden. Das taugt aber nichts, sondern nur der wird der rechte Landwirth sein, welcher sein Geschäft als seinen Beruf betreibt, und eine gewisse Liebe zu dem von ihm bewirthschafteten Lande hat, welches er darum nicht als ein bloßes Instrument zu möglichst schneller Bereicherung ansehen wird, wo es doch andererseits darauf ankäme, durch geeignete Meliorationen den Boden selbst reicher und fruchtbarer zu machen. Aber solche Meliorationen verzinsen sich erst nach einer Reihe von Jahren, und wer dabei nicht auf die Zukunft rechnet, sondern dem schnellen Gewinn nachjagt, der wird nicht ernstlich melioriren. Unter solchen Umständen verschwindet dann überhaupt die Nachhaltigkeit der Wirthschaft. Und nicht nur das, denn in demselben Maße, als der Landwirth aufhört sich als solchen zu fühlen, und die Liebe zu dem von ihm bewirthschafteten Lande verliert, verändert sich zugleich sein Verhältniß zu seinen

Arbeitern. Statt Gehülfen werden sie ihm zu bloßen Arbeitsinstrumenten. Nicht viel anders ist es, wenn der Fabrikant sich mehr als Kaufmann betrachtet, oder z. B. der Kleidermacher zum marchand tailleur wird. In demselben Maße als dabei die Gewinnsucht wächst, vermindert sich die Solidität der Arbeit, wie andererseits der Arbeiter in eine tiefere sociale Stellung herabsinkt. Das Alles folgt aus dem Freihandelssystem.

Tritt diesem System nun das Schutzzollsystem entgegen, so liegt wiederum auf der Hand und ist eine geschichtliche Thatsache, daß es — neben dem fiscalischen Interesse und im Gegensatz zu dem Handelsinteresse — aus dem Fabrikanteninteresse hervorging, wie es auch dem Handelsstande zum höchsten mißliebig ist. Da hätten wir also zwei antagonistische Parteien oder Interessengruppen. Wie natürlich, daß endlich auch das Agriculturinteresse seine besonderen Vertreter in den Agrariern fand, die insoweit gewiß eine vollauf berechtigte Stellung einnehmen. Denn Interesse gegen Interesse gehalten, muß doch gerade das Agriculturinteresse für das allerwichtigste gelten. Gleichwohl bildet es nicht minder ein besonderes Interesse, als das commercielle und industrielle Interesse, so sehr sich auch die Agrarier selbst darüber täuschen möchten, indem sie sich für eine alle wirthschaftlichen Interessen umfassende Partei ansehen, oder andererseits jetzt mit den Schutzzöllnern desselben Weges zu gehen sich anschicken. Nur den Freihändlern gegenüber könnte solche Gemeinschaft vorhalten, die Freihändler aber einmal definitiv geschlagen, würde die Gemeinschaft bald wieder in sich selbst zerfallen, und dann um so mehr die inneren Differenzen hervortreten. Das zeigt sich leicht.

Klagen die deutschen Landwirthe mit Recht über Steuerüberbürdung, — werden denn etwa die Schutzzöllner eine Steuerreform zu Gunsten des Landbaues unterstützen? Hat sich was, sie verfolgen nicht minder capitalistische Interessen als die Freihändler, indem der alleinige Unterschied dabei ist, daß an die Stelle des commerciellen Capitalismus der industrielle tritt. Freilich werden sie dem Landbau, wenn es nicht anders geht, auch einige Schutzzölle bewilligen, wofür dann die Landwirthe die ihnen nöthigen Fabrikate um so theurer zu bezahlen haben, nicht aber werden sie die auf dem Landbau ruhende Steuerlast vermindern wollen, weil sie

dann selbst mehr zahlen müssen würden, da die dem Landbau abgenommene Steuerlast doch anderweitig repartirt werden müßte. Nein, in diesem Punkte denken die Fabrikanten gerade wie die Kaufleute oder die Rentiers, daß sie den Landwirthen einen möglichst großen Theil der allgemeinen Staatslasten aufbürden möchten.

Was würden sie weiter wohl thun zu einer Reform des Creditwesens, wonach für den Landmann das Capital zugänglicher und billiger würde? Oder zur Begründung eines guten Vicinalwegesystems, welches für die Landleute so wünschenswerth wäre? Sie haben für das Landleben und dessen Bedürfnisse kaum mehr Sinn als die Kaufleute. Noch mehr: was würden sie wohl thun, zur positiven Unterstützung des Landbaues durch große allgemeine Meliorationen, wodurch das Land fruchtbarer und der Landbau ergiebiger würde? Wiederum nichts. Und doch haben wir seines Ortes gezeigt, wie viel in dieser Hinsicht zu erreichen wäre durch eine umfassende Regulirung der Gewässer und der Bewaldung, wie nebenbei durch rationelle Ausnützung der Düngstoffe. Allein was kümmert das die Schutzzöllner, und handelte es sich dabei um kostspielige Unternehmungen von Staatswegen, so würden sie dafür sehr wenig gestimmt sein. Nun aber wäre solche positive Unterstützung des Landbaues am Ende doch die Hauptsache. Denn erwäge man nur, wie viel das zu bedeuten hätte, wenn es infolge solcher allgemeinen Meliorationen dahin käme, daß etwa derselbe Acker, welcher jetzt das zehnte Korn gibt, in Zukunft das fünfzehnte gäbe! Gelt, das würde der deutschen Landwirthschaft sehr viel mehr helfen, als der jetzt in Aussicht genommene und doch gewiß gering ausfallende Schutzzoll. Ich meine wohl, dann hätte unsere deutsche Landwirthschaft die russische und amerikanische Concurrenz überhaupt nicht mehr zu fürchten.

Conclusion: das Schutzzollsystem leistet für die specifischen Agriculturinteressen jedenfalls nur sehr wenig. Wollen also die Agrarier trotzdem sich jetzt den Schutzzöllnern anschließen, so werden sie hinterher ebenso wenig gewonnen haben, als durch ihre frühere Allianz mit dem Freihandel, welchem doch — namentlich im nördlichen Deutschland — die Landwirthe fast allgemein anhingen. Sie hatten sich eben von den Freihändlern düpiren lassen. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die agrarischen Interessen weder mit dem

Schutzzollsystem noch mit dem Freihandelssystem zusammenfallen, sondern, verstehen die Agrarier ihren Standpunkt recht, so wird ihnen schon nichts übrig bleiben als sich auf eigene Füße zu stellen.

Damit hätten wir dann aber drei antagonistische Interessengruppen, und je mehr man sich in den daraus entspringenden Streitfragen bewegte, um so weniger würde man zu einer unbefangenen Würdigung der allgemeinen Interessen gelangen. Im gegenseitigen Kampfe zerrieben sich die Kräfte. An einen großartigen, die gesammte Volkswirthschaft umfassenden Reformplan wäre dann gar nicht zu denken. Und steht es nicht wirklich ungefähr so? Aber solcher Zustand ist es dann auch, der offenbar sehr wesentlich zum Emporkommen des Socialismus beiträgt, welcher dem gegenüber wirklich einen höheren Standpunkt bezeichnet.

8.

Das muß man ja dem Socialismus unter allen Umständen lassen, — er erst hat uns gelehrt, die ökonomische Gesellschaft, in welcher der Liberalismus nur eine Summe von Privatwirthschaften erblickt, vielmehr als ein lebendiges Ganzes aufzufassen. Ein Ganzes, welches darum nicht blos der Tummelplatz für das freie Spiel der individuellen Kräfte sein soll, sondern einer planmäßigen Leitung bedarf nach Rücksichten des Gemeinwohls. Erst dann ist in vollem Sinne des Wortes von Volkswirthschaft zu reden, wenn die Privatwirthschaften solchen Bedingungen unterworfen werden, daß daraus das möglichst günstige Resultat für die Gesammtheit entspringt. Zu meinen hingegen, es sei in dieser Hinsicht überall nichts zu thun, man müsse die Dinge lediglich ihrem eigenen Verlauf überlassen, und was dann hinterher daraus entstehen möchte, als eine unvermeidliche Nothwendigkeit hinnehmen, heißt nichts anderes, als sich dem Fatum ergeben. Ein wahrer Türkenglaube ist es, und in unseren Tagen sehen wir ja, wohin das edle Türkenreich mit solchem Glauben gerathen ist.

In Wirklichkeit ist der vaterländische Boden nicht etwa aus den Privatbesitzungen zusammengesetzt, sondern umgekehrt, das Ganze ging hier den Theilen voran, und dieses Ganze steht im Gesammtbesitz des Volkes. Davon zeugt nicht nur der allgemeine Volksinstinct, sondern selbst die Staatsgewalten erkennen dies an,

so bald das Vaterland in Gefahr ist, indem sie dann jeden waffenfähigen Mann zur Vertheidigung berufen, gleichviel ob er Haus, Hof und Feld besitzt oder nicht, denn nicht seinen eigenen Besitz soll er schützen, sondern den Boden des Vaterlandes. Nun wohlan, wenn also dieser Boden als ein Ganzes zu vertheidigen ist, und nur als solches recht vertheidigt werden kann, — ist es nicht ein naheliegender Gedanke, daß er auch als ein Ganzes bewirthschaftet werden muß, damit die Nation den möglichsten Nutzen daraus ziehe? Wozu wäre die Staatsgewalt da, wenn sie nicht dahin zu wirken hätte? Thatsache freilich, daß unsere Staatsgewalten in dieser Hinsicht bis heute sehr wenig geleistet haben. Nur für den Krieg haben sie das Volk zu einem geordneten Ganzen organisirt nicht für den Frieden, insbesondere nicht für die Bewirthschaftung des Bodens. Sondern da mag alles nach dem Belieben der Einzelnen geschehen, die Staatsgewalten begnügen sich damit, die Justiz zu handhaben und die äußere Ordnung zu erhalten, und so lange dabei nur die Rekruten nicht fehlen und die Steuern nicht ausbleiben, scheint ihnen nichts weiter mehr zu wünschen.

Mit solcher dürftigen Auffassung von der Bestimmung des Staatsverbandes geht es aber allmälig zur Neige. Dank sei es dem Socialismus, welcher vielmehr die Forderung erhoben hat, daß die Staatsbevölkerung nicht blos militärisch, sondern auch wirthschaftlich zu organisiren sei, und sogar die wirthschaftliche Organisation selbst die Basis der ganzen Staatsordnung zu bilden habe. Was bedeutet die Militärorganisation gegenüber der Organisation der Arbeit? Denn davon hängt es ab, daß die Menschen zu leben haben, und wie sie zu leben haben. Wie sie aber leben, ist etwas wichtiger, als wie sie exerciren. Und das ist also der Umschwung, auf welchen der Socialismus hinsteuert, daß an die Stelle der Kriegsorganisation die Friedensorganisation trete. Ein Umschwung, der, in demselben Maße als er sich vollziehen wird, eine neue Aera in Aussicht stellt, der gegenüber der heutige Zustand dann hinterher wie ein halbbarbarischer erscheinen dürfte.

Ich sage mehr: das alte Europa bedarf solcher inneren Erneuerung, oder es wird dem Verfall entgegen gehen, und mehr und

mehr in den Hintergrund treten vor der neuen Welt, welche noch auf lange hin von den socialen Nöthen befreit sein wird, die heute auf unseren alten Culturländern lasten. Denn dort, wo man Ueberfluß an noch ganz unberührtem fruchtbaren Boden hat, — bedarf es freilich keiner besonderen Veranstaltungen, um dem Boden den möglichst hohen Ertrag abzugewinnen, es wäre wirklich reiner Verlust, darauf Anstrengungen zu verwenden. Ist ein Ackerstück ausgesogen, so bietet sich ein anderes dar. Weideland gibt es überall, es bedarf nur der Heerden, und wer würde da Wälder anpflanzen, wo es sich noch um Beseitigung des Urwaldes oder Hinterwaldes handelt, der in Nordamerika den Hintergrund der ganzen volkswirthschaftlichen Entwickelung bildet. Eben der große Hinterwald ist es nun, der dort einstweilen zugleich die socialen Krankheitsstoffe absorbirt. Denn wo es für jeden arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mann noch so leicht ist, zu einem eigenen Grundbesitz zu gelangen, da kann der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Capital, bei weitem nicht so gefährliche Conflicte hervorrufen, als in unseren dichtbevölkerten Ländern, wo der große Hinterwald längst verschwunden ist; wo sich die Leute drängen, und dem Bedrängten kein freies Feld mehr offen steht, um sich eine eigene Heimstätte zu gründen. Hier muß also die sociale Organisation eintreten, um die Conflicte zu vermeiden, und Jedermann eine menschliche Existenz zu ermöglichen. Ist unsere Wirthschaftsfläche, nachdem schon längst alles Land angeeignet und in Cultur genommen, nicht mehr zu erweitern, so bedarf es planmäßiger Veranstaltungen, um den Ackerbau productiver zu machen, damit er der wachsenden Bevölkerung noch ihren Nahrungsbedarf liefere.

Mißlich für uns, die Volksernährung auf Einfuhr basiren zu wollen, die wir mit Fabrikaten bezahlen könnten. Wer soll am Ende die Fabrikate kaufen, wenn andere europäische Länder, die uns sogar in vielen Industriezweigen überlegen sind, ebenfalls für den Export arbeiten, und wenn sich alle unsere Nachbarländer mit Zollgrenzen umgeben? Im überseeischen Export aber haben wir nicht nur mit England und Frankreich zu concurriren, die obendrein für den Welthandel viel günstiger gelegen sind als Deutschland, sondern noch bedenklicher ist wohl, daß Nordamerika, welches einstweilen Fabrikate einführt, in nicht ferner Zukunft vielmehr deren

ausführen und damit unser allergefährlichster Concurrent werden dürfte. Schon heute das erfindungsreichste Land, dazu von dem kühnsten und rastlosesten Unternehmungsgeist getrieben, — was wird Nordamerika, wenn seine Bevölkerung sich mehr verdichtet, dereinst noch in der Industrie leisten, wo es so viele natürliche Vortheile voraus hat! Ein Land, welches fast die Producte aller Zonen vereinigt, ein Land mit solchem Reichthum an Mineralien aller Art von edlen Metallen an bis zu Eisen, Kohlen und Petroleum, wie andererseits mit dem unerschöpflichen Holzreichthum und der unermeßlichen noch unbenutzten Wasserkraft, — welche Elemente für die mächtigste Industrieentwickelung! Dazu seine für den Handel so außerordentlich günstige Lage an zwei Oceanen, in dessen gewaltige bis tief in das Innere hinein selbst für Seeschiffe fahrbare Ströme das Land durchziehen, und die großen Binnenseen wie ein inneres Meer sind. Da können Ackerbau und Viehzucht, Bergbau, Fabrikation und Handel sich in riesenhaften Dimensionen entwickeln und sich gegenseitig unterstützen, wie nirgends anderswo. Vielleicht kein Menschenalter mehr, und Nordamerika wird nicht nur den Welthandel beherrschen, sondern es wird auch ganze Erdtheile mit seinen Fabrikaten versorgen, während unser transatlantischer Handel dagegen nur wenig bedeuten dürfte. Das stolze Wort der Nordamerikaner: »westward the star of empire takes its way,« wird sich erfüllen.

Angesichts solcher Perspective ist kein Heil für uns, wenn wir nicht bei Zeiten ein Wirthschaftssystem begründen, wonach Deutschland sich selbst zu ernähren vermag, die Fabrikation aber in erster Linie für den inneren Markt arbeitet, für die Ausfuhr nur insoweit, als die unentbehrlichen Colonialwaaren mit Fabrikaten zu bezahlen sind. Kein Heil überhaupt ohne eine Organisation, wodurch alle Wirthschaftszweige ineinandergreifen, und die gesammte Volkswirthschaft productiver wird. Eine solche Organisation herzustellen, muß darum fortan als eine der wesentlichsten Aufgaben für die öffentlichen Gewalten erkannt werden. Darüber uns endlich die Augen zu öffnen, ist die providentielle Mission des Socialismus gewesen.

Allein der Socialismus — selbst nur unter dem rein ökonomischen Gesichtspunkte betrachtet — ist darum keineswegs schon

als das wahre System anzusehen. Will er die Sonderinteressen der einzelnen Wirthschaftszweige, wie respective der einzelnen Geschäfte, und damit den daraus entspringenden Antagonismus beseitigen, so zerstört er andererseits die naturnothwendige Eigenthümlichkeit der verschiedenen Wirthschaftszweige, die hinfort alle über einen Kamm geschoren würden. Sehen wir doch bei Marx, daß sich für ihn die ganze Oekonomik in der Streitfrage zwischen Arbeit und Capital concentrirt, wie wenn zwischen Ackerbau, Industrie und Handel gar kein Unterschied wäre. Das Wahre ist hingegen, daß die verschiedenen Wirthschaftszweige ihre Eigenthümlichkeit behalten, ihr Antagonismus aber sich zur Cooperation verwandelt, indem die sich ausschließenden Gegensätze zu sich ergänzenden Gegensätzen werden, wie dies der Grundgedanke des Föderalismus ist.

III.

Zur Bevölkerungsfrage und Ehefrage.

So reichlich auch die Nahrungsquellen eines Landes flössen, so liegt doch das Entscheidende für die materielle Wohlfahrt erst in dem Verhältniß derselben zu der Volksmenge. Ist nun beides selbst wieder in stetiger Veränderung begriffen, so kommt es weiter darauf an, wie sich dann die Progression der Nahrungsquellen zu der Progression der Bevölkerung verhält. Weil aber die Nahrungsquellen nur durch einen immer neuen Zusatz von Arbeit fortschreitend reichlicher fließen, kommt es endlich auch noch darauf an, in welchem Verhältniß die Summe der arbeitsfähigen und wirklich thätigen Leute zu der Summe der arbeitsunfähigen Kinder, Kranken und Greise steht, wie der zwar arbeitsfähigen aber unthätigen blos genießenden Personen, da doch alle diese von dem Arbeitsproduct des arbeitenden Theils der Bevölkerung zehren.

Man sieht hiernach, wie sehr die ökonomische Prosperität von der Menge, von der Bewegung und von der Zusammensetzung der Bevölkerung abhängt. So sehr, daß darin eine Hauptfrage der Oekonomik liegt, und jedes ökonomische System von vornherein für nichtig gelten muß, welches die daraus entspringenden Folgen außer

Rechnung läßt. Gleichwohl — wie wenig wird wirklich daran gedacht! Und zwar ebenso seitens unserer liberalen Oekonomisten als unserer Socialisten, vielmehr sieht es ganz so aus, als bestände beiderseits das stillschweigende Uebereinkommen, von dieser so folgereichen, aber freilich auch in mancher Hinsicht am allerschwersten praktisch anzugreifenden, Sache lieber überhaupt nicht zu sprechen. Machen es die sich selbst so nennenden Socialreformer auch nicht anders, so werden dann auch alle ihre Reformprojecte, wie begründet und wohlgemeint sie an und für sich sein möchten, zuletzt immer nur bloße Palliative bleiben müssen. Denn was hülfe selbst die beste Regulirung der socialen Verhältnisse, wenn die zügellos fortschreitende Population die neu eingerichteten Ordnungen hinterher wieder unhaltbar machte, ähnlich wie Wasserfluthen die künstlich errichteten Dämme unterspülen und hinwegschwemmen? So geschieht es aber wirklich.

1.

Nun ist bekannt, wie in den letzten zwei Jahrhunderten allgemein die Ansicht herrschte, daß die Volksvermehrung nicht nur überhaupt keine bedenkliche Seite darböte, sondern schlechthin als ein Glück zu erachten sei. Manchen damaligen Schriftstellern galt sogar die Beförderung der Volksvermehrung als die Summe aller Staatsweisheit. Heute dürfte uns das gar ungereimt erscheinen, indessen müssen doch auch die Zeitverhältnisse dabei berücksichtigt werden.

Blicken wir insbesondere auf Deutschland, welches durch den dreißigjährigen Krieg gegen zwei Drittheil seiner früheren Bevölkerung verloren hatte, so konnte ja allerdings ein starker neuer Anwuchs der Bevölkerung als unbedingt wünschenswerth gelten. Welche Hoffnung sonst, so manche fast zur Wildniß gewordenen Landschaften wieder in Cultur gesetzt, die zerstörten Städte und Dörfer wieder aufgebaut zu sehen? Das galt dann insbesondere für die mit am meisten verwüsteten preußischen Länder. Hatten sich diese aber kaum erst wieder ein wenig erholt, so kam der siebenjährige Krieg, der mit neuen Verwüstungen endete. So wird es denn wohl erklärlich und war sachlich nicht unbegründet, daß die preußischen Regenten — seit dem großen Kurfürsten bis in dieses

Jahrhundert hinein — sich die Beförderung der Volksvermehrung zur besondern Aufgabe machten.

Dazu kamen noch die materialistischen und absolutistischen Staatsansichten, wonach die Regierungen in ihren Völkerschaften fast nur das Machtmittel für ihre Herrschaftszwecke erblickten. Je mehr Menschen also, um so mehr Rekruten und Steuern, das scheint einfach. Ob aber ein Zuwachs an Millionen von Proletariern den Staat wirklich mächtiger mache, dürfte zweifelhaft sein. Indessen, so lange noch die gebundene Agrarverfassung und die gebundene Gewerbsverfassung bestand, konnte die Bevölkerung — trotz der populationistischen Regierungspolitik — doch nur in mäßigem Tempo anwachsen. Erst durch das liberale Oekonomiesystem, welches die früheren Schranken der Ansässigmachung beseitigte, wurde eine schnelle Volksvermehrung ermöglicht, die dann auch um so mehr wirklich eintrat, als andererseits die allgemein eingeführte Impfung die Sterblichkeit der Kinder verminderte. Was sonst für oder gegen diese Sanitätsmaßregel zu sagen sein möchte, liegt natürlich außerhalb des Kreises unserer Betrachtungen. Angesichts also des seitdem so schnellen Anwachsens der Bevölkerung fing man allmälig an, die Sache auch von ihrer Kehrseite zu betrachten.

Auf wissenschaftlichem Gebiete hatte zuvor schon Malthus den Anstoß dazu gegeben. Dieser mit so großem Unrecht geschmähte Mann, der doch wirklich erst die rechten Grundlagen gelegt hat, worauf seitdem alle populationistischen Untersuchungen beruhen. Denn reducirt man seine Theorie auf ihren wesentlichen Kern, so besagt sie nichts weiter, als daß die menschliche Propagationskraft viel stärker sei als die ökonomische Productionskraft. Auch wenn Malthus insbesondere annimmt, daß die Bevölkerung eines Landes nach natürlichen Gesetzen — falls keine Gegenwirkungen einträten — sich in je fünfundzwanzig Jahren verdoppeln und so in einem Jahrhundert versechszehnfachen könne, so liegt darin keine Uebertreibung. Dahingegen frage man einmal, ob andererseits auch die Güterproduction, und insbesondere die Production von Nahrungsmitteln, sich ebenfalls in einem Jahrhundert versechszehnfachen könne?

Es mag dies allerdings geschehen in jungen noch spärlich bevölkerten Colonialgebieten, mit einem einstweilen unerschöpfbaren Ueber-

fluß an fruchtbarem und noch unbebautem Boden, in alten schon ziemlich dicht bevölkerten Ländern ist daran gar nicht zu denken. Ist da fast schon aller Grund und Boden zur Benutzung herangezogen, so wird eine weitere Steigerung der Nahrungsmittelproduction nur möglich, durch Dreierlei, d. h. durch sorgfältigere Bearbeitung, oder durch Bodenmeliorationen, oder durch neue Entdeckungen rücksichtlich des Pflanzen- und Thierlebens, infolge dessen der Pflanzenwuchs, wie die Aufzucht der Nutzthiere aller Art, sich künstlich befördern ließe. Ob solche Entdeckungen gemacht werden, ist jedenfalls ungewiß, und nie werden sie so tief in die Landwirthschaft eingreifen, als andererseits physikalische und chemische Entdeckungen, noch mehr mechanische Erfindungen, in die Fabrikation eingreifen, weil Pflanzen und Thiere ihren inneren Bildungstrieb haben, dessen Entwickelung sich wohl unterstützen, aber nicht beliebig verändern läßt. Was ferner die Bodenmeliorationen anbetrifft, denen wir ja selbst eine große Wichtigkeit zuschreiben, so geht es doch damit lange nicht so schnell, noch weniger so in's Grenzenlose, als mit den Verbesserungen im Fabrikwesen, wo schon in einigen Jahren eine Verdoppelung der Production eintreten kann, und gar kein Ende des Fortschritts abzusehen ist. So mag vielleicht heute ein 100mal größeres Quantum von Baumwollenwaaren fabricirt werden als vor hundert Jahren, desgleichen 100mal mehr Uhren u. s. w., die Vermehrung der Ernteerträge hingegen unterliegt sehr viel anderen Gesetzen. Insbesondere endlich auch rücksichtlich der Wirkungen gesteigerten Arbeitsaufwandes, da z. B. eine Verdoppelung desselben noch lange keine Verdoppelung der Ernteerträge bewirken wird. Vielmehr steht es hier so, daß jeder neue Zusatz von Arbeit successive immer geringere Wirkungen äußert.

Eben um deswillen wird sich für alte Culturländer als Regel ergeben, daß auch der Fortschritt der Bevölkerung sich successive verlangsameren muß, oder es wird hinterher an Nahrungsmitteln fehlen, und ein großer Theil der Bevölkerung wird überhaupt im Elend leben. Denn welch ein mißliches Auskunftsmittel — wenigstens für ein großes Continentalland — dann der Import von Nahrungsmitteln gegen Export von Manufacturwaaren wäre, haben wir schon an früherer Stelle hervorgehoben. Auf Deckung des Manquos durch Gewinn im auswärtigen Handel —

der inländische Handelsgewinn trägt ja zu dem Nationaleinkommen überhaupt nichts bei — wäre noch weniger zu rechnen. Darauf mag ein kleines zum Handel besonders günstig gelegenes Land sein ökonomisches Bestehen basiren, für ein großes Continentalland bedeutet es nicht viel, daß einige Seestädte sich durch Zwischenhandel bereichern.

Um hiernach zu Malthus Grundgedanken zurückzukehren, ist dabei noch weiter zu berücksichtigen, daß die menschliche Propagationskraft zugleich durch den mächtigsten Naturtrieb angeregt wird, statt dessen der auf materielle Production gerichtete Arbeitstrieb im Allgemeinen nur von mäßiger Stärke sein dürfte. Zu großen Anstrengungen treibt die Leute allermeist nur der Stachel der Noth. Und ist das etwa ein glücklicher und menschenwürdiger Zustand, um der Lebensnothdurft willen zu ununterbrochener harter Arbeit gezwungen zu sein? Wohl mag der Künstler oder Gelehrte in der angestrengtesten Arbeit selbst den höchsten Genuß finden, dahingegen Tag für Tag von früh bis spät ackern, hämmern oder hobeln zu müssen, kann keinesweges als ein glücklicher Zustand angesehen werden, noch entspricht das der menschlichen Bestimmung. Arbeiten soll der Mensch, nicht aber zum Arbeitsthier oder gar zur arbeitenden Maschine herabsinken.

Gleichwohl kann es kaum anders geschehen, wo die Bevölkerung eines Landes sich stärker vermehrt wie die zu einem menschenwürdigen Leben erforderlichen Existenzmittel, als daß dann ein großer Theil bei harter Arbeit doch nur dürftig sein Leben fristet. Ist es aber dahin gekommen, so besteht Uebervölkerung. Nicht zwar absolute Uebervölkerung, sondern relative, denn ließen sich neue ergiebige Nahrungsquellen finden, so wäre freilich die Möglichkeit zur Abhilfe gegeben. Das ist dann eine andere Frage. Ueberhaupt aber haben ökonomische Sätze fast immer nur eine relative Geltung.

Ist also ein solcher Zustand eingetreten, und findet dabei keine Abhilfe statt, so trägt er in sich selbst die Tendenz zu fortschreitender Verschlimmerung. Die harte Arbeit, bei dürftiger Kost, reibt die Leute frühzeitig auf, infolge dessen in einer zahlreichen Classe das Verhältniß der Periode der Arbeitsfähigkeit zu der Periode der Arbeitsunfähigkeit — wo demnach ein Theil durch die Arbeitspro-

ducte des anderen ernährt werden muß — sich immer ungünstiger stellt. Um so weniger ferner können solche Leute ihren Kindern eine ordentliche Erziehung geben, oder gar ihnen etwas hinterlassen. Statt dessen verschwindet bei ihnen überhaupt der Gedanke an die Sorge für ihre Nachkommenschaft, und daher dann wieder die frühzeitigen und leichtsinnigen Ehen. Proletarier, wie solche Leute sind, erzeugen sie auch nur Proletarier, woher ja ihr Name stammt, unbekümmert darum was aus ihren Kindern werde. Die thun ihrerseits wieder desgleichen, und so entsteht eine Volksmasse, deren Existenz zuletzt auf der Kartoffel beruht. Der standard of life, wie die Engländer sagen, kann sich da nicht erhöhen, vielmehr trägt er in sich selbst die Tendenz zum Sinken.

Klar nun, wie das liberale Oekonomiesystem, da infolge des Individualismus die Rücksicht auf das Gemeinwohl von vornherein in den Hintergrund tritt, nach innerer Nothwendigkeit zum Proletarisiren führt. Am meisten durch das moderne Fabrikwesen, wie die schnell anschwellende Bevölkerung der Fabrikdistricte und Fabrikstädte augenfällig zeigt. Mehr noch: der Anwuchs proletarischer Existenzen liegt sogar im Interesse der capitalistischen Unternehmer, weil sie um so sicherer auf billige Löhne rechnen können, je größer die Anzahl der aus der Hand in den Mund lebenden Leute ist, welche ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen müssen. Sehr erklärlich daher, daß der Liberalismus, dessen realer Kern allmälig die Plutokratie geworden, den Fortschritt der Bevölkerung in keiner Weise gehemmt wissen will, denn je mehr hungernde Proletarier, um so bessere Chancen für das Ausbeutungssystem.

Aber nicht minder erklärlich auch, wenn solchem Zustand gegenüber die socialistische Ansicht aufkam, daß, um die besitzlose Arbeiterclasse aus ihrem Elend zu befreien, schon kein anderes Mittel bliebe, als Aufhebung des Privatcapitals und allgemeine Collectivwirthschaft, infolge dessen in Zukunft das ganze Nationaleinkommen nach den Arbeitsleistungen zu vertheilen wäre. Nur scheinen die Leute gar nicht zu fragen, was daraus hinterher wohl weiter entspringen möchte, während sich doch leicht genug zeigt, wie bald die ganze neue Glückseligkeit wieder in nichts verschwinden würde. Zugestanden also, das heutige Ausbeutungssystem, und überhaupt der heutige Unterschied von Arm und Reich, sei verschwunden. Jeder

Arbeiter empfängt hinfort den vollen Werth seiner Arbeitsleistung. Ist er dann körperlich ausgewachsen und — je nach seinem Berufszweige — hinlänglich ausgebildet, so befindet er sich in einer gesicherten Stellung, insofern ihm immer die entsprechende Quote von dem gesammten Nationaleinkommen zufallen muß. Wird das nicht aber überall zu frühzeitigen Ehen führen, und so das gegenwärtige Anschwellen der Bevölkerung noch steigern, ohne daß irgendwie auch eine entsprechende Vermehrung der Nahrungsquellen damit gegeben wäre? Was könnte zuletzt die Folge sein, als immer wachsende allgemeine Dürftigkeit!

2.

Ist die wahre Quelle der Volksvermehrung die Ehe, so concentrirt sich auch die ganze Bevölkerungsfrage in der Ehefrage, — die Ehe dabei nur nach ihren natürlichen Folgen betrachtet. Und darin liegt auch der tiefere Grund, weshalb der Liberalismus wie der Socialismus sich von vornherein nicht in der rechten Stellung befinden, von wo aus die Bevölkerungsfrage in Angriff zu nehmen ist, da beide nach ihren Principien das wahre Wesen der Ehe gar nicht zu würdigen vermögen.

Für den Liberalismus ist die ganze menschliche Gesellschaft nur eine Summe von atomen Rechtssubjecten, deren gegenseitige Rechtsverhältnisse eben zu ordnen seien. Daß es zwei verschiedene Geschlechter gibt, von welcher Grundthatsache doch alle gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsprojecte ausgehen müßten, — diese Reflexion kam dem Liberalismus erst hinterher, nachdem er sein System schon den Grundlinien nach festgestellt hatte. Es war von Anfang an nur für Staatsbürger berechnet, und als alleinige Grundlage für die öffentlichen Einrichtungen galt dabei der freie Wille. Daß aber in der Ehe, neben dem freien Willen, ebenso das natürliche Element wie andererseits die sittlichen Gebote zu beachten seien, kümmerte ihn nicht. Die Ehe wurde demnach zu einem bloßen Vertrag zwischen Mann und Weib, oder eigentlich zwischen dem Bürger und der Bürgerin, und so ganz folgerichtig die Eingehung der Ehe zu einem bloßen Civilact. Dabei kein Gedanke an die weitreichenden Folgen, welche hinterher aus der Ehe entspringen, indem doch durch das Heranwachsen der

Neugeborenen der Gesammtzustand der Gesellschaft sich fortwährend verändert. Desgleichen kein Gedanke daran, wie aus der Erzeugung der Kinder nicht nur Pflichten für die Eltern entspringen, sondern auch für die ganze Gesellschaft, als welche aber deswegen auch ihrerseits berechtigt ist, die Zulassung der Ehe an Bedingungen zu knüpfen, wie sie das Gemeinwohl erheischt.

So hatte der Liberalismus schon principiell die Bedeutung der Ehe und der Familie, zum mindesten gesagt, weit unterschätzt. Und was ist insbesondere von dem liberalen Oekonomiesystem zu sagen, welches auf die Ehe und Familie überhaupt keine Rücksicht nimmt? Es kennt nur den Arbeiter oder die Arbeiterin. Daß der Arbeiter Gatte und Familienvater, die Arbeiterin Gattin, Mutter und Hausfrau ist, kümmert dieses System nicht. Noch weniger, daß die Kinder, wie sie der elterlichen Pflege und Erziehung bedürfen, so auch die Freude der Eltern sein sollen. Statt dessen gelten sie lediglich für Rekruten der Arbeit, welche man nicht frühzeitig genug für die Fabriken in Beschlag nehmen kann. Und so wird durch die moderne Industrie mit der größten Rücksichtslosigkeit das ganze Familienleben der arbeitenden Classen zerstört.

Was ist hiernach von dem Socialismus zu sagen? Einerseits der Gegensatz zu dem liberalen Individualismus, bildet er andererseits seine projectirte neue Gesellschaft doch auch nur wieder aus Individuen, welche ihm als das sociale Urelement gelten, nicht aus Familien. Die Reflexion auf die Duplicität der Geschlechter und auf die Familie kommt ihm ebenfalls erst hinterher. Wie dem Liberalismus gilt ihm, dem entsprechend, der Eheschluß auch nur als ein Civilvertrag. Das hingegen wäre weit zu viel gesagt, wie man dem Socialismus so häufig schuld gibt, daß er principiell die Auflösung der Ehe anstrebe. Weibergemeinschaft mag der Gedanke einzelner extravaganter Köpfe sein, wie bei Fourier, — und man vergesse doch nicht: sie findet sich sogar in der platonischen Republik! — aus dem Wesen des Socialismus selbst folgt sie keineswegs. Im Gegentheil, der Ehe als solcher ist er jedenfalls günstiger als der Liberalismus. Die Geld-Heirathen verschwänden unter dem socialistischen Regime durchaus, wie andererseits auch die Hauptveranlassungen zur Prostitution. Ein Proudhon hat rücksichtlich der Ehe sehr reine, ja strenge Gedanken ausgesprochen,

wie er auch die Emancipation der Frauen nachdrücklichst verwirft.

Allein viel anders als mit der Ehe an und für sich steht es mit dem Familienleben, welches infolge des socialistischen Systems unvermeidlich abgeschwächt und untergraben würde. Zunächst von der ökonomischen Seite, indem die allgemeine Collectivwirthschaft je mehr und mehr den Familienhaushalt absorbiren würde. Keine Familie hätte mehr eine feste eigene Heimstätte, es gäbe nur noch Wohnungskasernen. Desgleichen, was jetzt zur materiellen Versorgung und Pflege der Familienglieder in den einzelnen Haushaltungen geschieht, ginge je mehr und mehr an allgemeine Anstalten über. Noch mehr drängt der Socialismus dahin, daß an Stelle der häuslichen Erziehung der Kinder die gemeinsame trete. Wie sehr aber würde dadurch das Band zwischen Eltern und Kindern gelockert! Und müßte das nicht die Rückwirkung haben, auch das Band zwischen den Ehegatten zu lockern?

Zu alledem treibt mit innerer Nothwendigkeit der Socialismus nicht nur durch sein collectivistisches Princip, sondern auch durch sein Gleichheitsprincip, welches er höher hält, und von seinem Standpunkte aus höher halten muß, als das Freiheitsprincip, welches hingegen den liberalen Individualismus charakterisirt. Denn Freiheit ist nicht ohne Individualität, mit welcher doch die Ungleichheit gegeben ist. Und eben die heute bestehende große Ungleichheit der materiellen Lebenslage der Menschen will der Socialismus beseitigen. Da bliebe dann aber noch immer eine sehr erhebliche Ungleichheit, wenn der unverheirathete Arbeiter dasselbe Einkommen bezöge als ein Ehepaar, oder wieder ein kinderloses Ehepaar dasselbe Einkommen als ein anderes mit zahlreichen Kindern, welche nicht nur von dem Einkommen der Eltern zehrten, sondern noch außerdem durch die Wartung und Pflege, deren sie bedürften, einen Theil der Arbeitszeit der Eltern absorbiren würden. Welch ein dürftiges Leben würden folglich viele Arbeiterfamilien führen müssen im Vergleich zu anderen Arbeitern ganz derselben Classe, und wo bliebe also die Gleichheit der materiellen Lebenslage? Es gäbe kein anderes Auskunftsmittel, als der Sonderhaushalt der Familien müßte überhaupt aufhören, indem statt dessen alle Gesellschaftsglieder auch auf gemeinsame Rechnung der Gesellschaft gespeist würden. Und insbe-

sondere müßte die Pflege und Erziehung der Kinder, sobald nur möglich, an die Gesellschaft übergehen. Geschähe das aber, so daß die Eltern in dieser Hinsicht aller Lasten enthoben wären, — welch ein neuer Anreiz zur Vermehrung der Bevölkerung wäre damit gegeben? Da möchte es kaum ein Menschenalter dauern, und die Bevölkerung wäre so stark angeschwollen, daß man vor der Perspective des allgemeinen Hungers stände, oder der Fortschritt der Bevölkerung müßte schlechterdings gehemmt werden.

Damit hätte dann das allgemeine Wohlfahrt versprechende System sich selbst ad absurdum geführt. Solches Ende wäre aber unvermeidlich, weil es — gleich dem Liberalismus — von Anfang an die Bevölkerungsfrage außer Rechnung ließ, und das wieder deshalb, weil man von der Duplicität der Geschlechter abstrahirte und das Wesen der Ehe verkannte.

3.

So gewiß die Ehe die lebendige Quelle bildet, woraus die ganze menschliche Gesellschaft entspringt und sich immer neu verjüngt, ist sie auch der Prototypus aller gesellschaftlichen Ordnung. Und weil sie das ist, liegt darin auch schon die principielle Widerlegung der liberalen wie der socialistischen Staats- und Gesellschaftsansicht.

Zunächst nämlich kann das liberale Freiheitsprincip nicht damit bestehen, denn das gegenseitige Verhältniß der Ehegatten, wie das Verhältniß zu ihren Kindern und andererseits das Verhältniß der Kinder zu den Eltern, beruht nicht entfernt auf bloßer Freiheit, sondern zugleich und mehr noch auf natürlicher und sittlicher Nothwendigkeit. Ebenso kann das socialistische Gleichheitsprincip nicht damit bestehen, so gewiß als Mann und Frau nicht gleichgestellt, die Kinder aber schlechthin den Eltern untergeordnet sind, und dabei wieder zu dem Vater in einem anderen Verhältniß stehen als zu der Mutter. Das alles so unbestreitbar als augenfällig.

Ferner nun sage ich: wie die Ehe der Prototypus aller gesellschaftlichen Ordnung ist, so ist sie auch gerade der Prototypus des Föderalismus. Nennt man die Ehe doch auch den Ehebund, und was zeigt sich denn in diesem Bunde? Mann und Frau sind physisch wie psychisch verschieden, sie stehen in beider Hinsicht in vollem Gegensatz. Aber in einem sich ergänzenden Gegensatz,

und eben darum wird die Verbindung dieser Gegensätze zur Quelle alles Lebens. Man kann dies sogar als einen allgemeinen Satz aussprechen. Denn so wirken in der Chemie Säure und Basis aufeinander, in der Oekonomie die freithätige menschliche Arbeitskraft mit der an unveränderliche Gesetze gebundenen Naturkraft, und ohne solche Verbindung entsteht überhaupt kein ökonomisches Product; wie dann ferner wieder die menschliche Muskelkraft mit dem doch ganz davon verschiedenen Intellect zusammenwirken muß. Das wäre das Erste.

Zum Zweiten aber, indem durch die Ehe die beiden Geschlechter sich zu einem Ganzen verbinden, wird dadurch die Eigenthümlichkeit ihres Wesens keinesweges aufgehoben, im Gegentheil, sie tritt erst recht hervor. Darum haben beide Theile ihre eigenthümlichen Functionen, sowohl im Inneren des Hausstandes und der Familie als nach Außen hin, d. h. in Rücksicht auf die ganze Gesellschaft. Ist es allein der Vater, der seinen Stamm fortsetzt, und die Familie als solche nach Außen hin zu vertreten hat, so beruht hingegen auf der Frau, und respective auf den Töchtern, die Verschwägerung, wodurch die Familien aus ihrer Isolirtheit heraustreten und sich organisch mit anderen Familien verbinden. Dadurch erwächst, im Fortschritt der Generationen, aus der Familie ein sich immer weiter verbreitendes und sich immer erneuerndes Gewebe, in welchem das männliche Princip gewissermaßen die Kette, das weibliche Princip den Einschlag bildet. Und was wäre die Gesellschaft, ohne diesen in natürlicher Weise aus der Ehe entspringenden Zusammenhang der verschiedenen Familien? Es liegt darin eine für immer unentbehrliche Klammer.

Was folgt als Resultat daraus? Dies, sage ich, daß die Ehe zwei Seiten hat, indem einerseits sich dadurch die Individualität der einzelnen Familien fortpflanzt, andererseits aber die verschiedenen Familien dadurch in Verbindung treten, und so die Familie durch sich selbst in die Gesellschaft übergeht. Oder kurz gesagt: das Princip der Individualität und das Princip der Gemeinschaft sind hier in ganz natürlicher Weise in eins verbunden. Und eben darum ist die Ehe der Prototypus des Föderalismus.

Dieses nun anerkannt, muß dem auch die rechtliche Ordnung

des Ehewesens entsprechen. Soll demnach die Gesetzgebung Allem entgegentreten, was die Bande zwischen den Ehegatten wie zwischen Eltern und Kindern zu lockern geeignet wäre, — wohin insbesondere auch die Fabrikarbeit der Frauen und Kinder gehört, welche principiell gänzlich auszuschließen wäre, — und soll die Gesetzgebung diese Bande vielmehr zu kräftigen beflissen sein, so hat sie andererseits darum auch um so mehr die Folgen zu berücksichtigen, welche aus der Ehe für die Gesellschaft entspringen. Nämlich ganz allgemein schon die Vermehrung der Bevölkerung, und die dann unvermeidlich damit zusammenhängenden Nothstände, wenn die Bevölkerung schneller wächst als die Nahrungsquellen; insbesondere aber, daß die sich nicht selbst zu erhalten vermögenden Familien hinterher der Gesellschaft zur Last fallen.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, wird darum keinesweges eine unbedingte Ehefreiheit zulässig sein. Gestattet doch die gesellschaftliche Ordnung überhaupt keine unbedingte Freiheit, sondern jede Freiheit findet ihre Schranke an den Bedingungen des Gemeinwohls. Mag dann zwar die Beschränkung der Ehefreiheit als die allerhärteste Beschränkung der Freiheit erscheinen, so handelt es sich auch hier um die für die Gesellschaft allerfolgenreichste Sache. Was ist denn die unbedingte Ehefreiheit ihren realen Folgen nach, als die Uebervölkerungsfreiheit? So nannte sie insbesondere schon vor einem Menschenalter der pseudonyme Carl Marlo in seinen so schätzbaren „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit,“ worin er zuerst den Begriff des Föderalismus in die Oekonomik eingeführt hat. Er erklärt sich gegen die unbedingte Ehefreiheit auf das nachdrücklichste, und tritt damit ebenso dem liberalen als dem socialistischen System entgegen. Demnach fordert er, — und jeder unbefangene Denker wird ihm dabei zustimmen müssen, — daß der Eheschließung immer erst ein Nachweis über die Existenzmittel für die neu zu begründende Familie vorhergehen habe. Auch nicht blos ein Nachweis der Erwerbsfähigkeit des Ehecandidaten, sondern zugleich eines gewissen Capitalbesitzes, damit die Familie nicht mit dem reinen Nichts anfange, und so von vornherein vor der Perspective des Pauperismus stehe.

Natürlich aber kann solche Forderung nicht für sich allein auftreten, sonst würde die Beschränkung der Ehefreiheit zur schreiendsten

Härte gegen die besitzlosen Arbeiterclassen, wie andererseits die Ehefreiheit zu einem Privilegium der besitzenden Classen. Es gehörte also zuvörderst eine allgemeine Reform der Besitz- und Erwerbsverhältnisse dazu, infolge deren der besitzlose Arbeiter eine einigermaßen gesicherte Stellung erlangte, welche ihm zugleich die Möglichkeit gäbe, bei Fleiß und Sparsamkeit in einer nicht langen Reihe von Jahren ein kleines Vermögen zu erwerben, so daß die Erfüllung der für den Eheschluß erforderlichen Bedingungen nur von ihm selbst abhinge. Müßte dazu neben dem Bräutigam auch die Braut beitragen, insofern sie eigenen Verdienst hätte, so läge darin ein doppelter Ansporn zu Fleiß und Sparsamkeit. Ferner aber würde die Billigkeit gebieten, daß zur Beschaffung des Ehecapitals für die besitzlose Classe andererseits auch die Arbeitgeber und Dienstherrschaften eine Beisteuer leisteten. Das möchte wohl nicht wenig zur Versöhnung der besitzenden und besitzlosen Classen beitragen, und wäre doch eine leicht ausführbare Maßregel. Es brauchten zu dem Ende nur überall Ehekassen errichtet zu werden, in welche solche Beisteuer zu zählen wäre.

Diese Vorschläge jetzt anerkannt, würde sich freilich daraus ergeben, daß die Ehen in Zukunft nicht mehr so frühzeitig geschlossen werden könnten, als bisher gerade bei den besitzlosen Classen im Durchschnitt üblich war. Ich frage aber: müßte nicht das durch die heutige Gesetzgebung für die Heirathsberechtigung bestimmte Alter, wenigstens für das männliche Geschlecht, als durchaus zu niedrig angesetzt gelten? Und welch ein Widerspruch doch, wenn den zum Militärdienst ausgehobenen Mannschaften während der Dienstzeit die Heirath versagt ist, daß hingegen die wegen körperlicher Untüchtigkeit vom Militärdienst Befreiten um so früher zur Ehe schreiten dürfen. Sollten sie um deswillen für um so tüchtigere Heirathscandidaten gelten, statt dessen die Vermuthung vielmehr für das Gegentheil spräche? Und werden es nicht gerade die ersten zwanziger Jahre sein, wo ein leichtsinniger Eheschluß am meisten zu befürchten ist? Bis zum vierundzwanzigsten Jahre, meinen wir daher, sollte für die Männer die Ehe allgemein versagt und nur unter besonderen Verhältnissen gestattet sein.

Doch selbst mit alle dem Vorstehenden wäre die Sache noch nicht abgethan. Denn immerhin bliebe die Beschränkung der Ehe-

freiheit mit sittlichen Gefahren verbunden, gegen welche die bloße Reform der Besitz- und Erwerbsverhältnisse keine genügende Garantie böten. Den sittlichen Gefahren müßten auch noch sittliche Motive entgegen wirken. Darum verläuft sich diese Frage zugleich in das Gebiet des Erziehungswesens und des religiösen Lebens. Ohnehin wohl selbstverständlich, sobald nur die Ehe nicht als ein bloßes Rechtsinstitut angesehen wird. Es concurriren dabei vielmehr moralische und religiöse Elemente, welche zuletzt den Ausschlag geben, und dieser Charakter der Ehe muß durch die Eingehungsform derselben ausdrücklich hervortreten. Eben deshalb ist die Civilehe principiell verwerflich, sie darf nur als eine facultative Einrichtung bestehen, weil doch auch der Thatsache Rechnung getragen werden muß, daß nicht Wenige sich im Conflict mit ihrer Kirche befinden, woran jedenfalls der Staat nichts ändern kann.

4.

Jede kräftige und sich noch in aufsteigender Linie bewegende Nation hat auch einen starken Propagationstrieb, woran ihr Aufschwung selbst gebunden ist. Hört sie auf sich zu vermehren, so beginnt auch ihr Verfall. Und ist nicht insbesondere die Weltstellung, welche die germanische Race gewann, sehr wesentlich durch ihren starken Propagationstrieb bedingt? Ueberhaupt hemmen wird man also diesen Trieb nicht wollen, man wird ihn nur zu reguliren suchen müssen. Allein selbst bei der besten socialen Ordnung bleibt doch immer die Thatsache, daß die fortschreitende Volksvermehrung immer neue Existenzbasen fordert. Daß sich diese Existenzbasen schon durch den Selbsterhaltungstrieb der Neuhinzugekommenen auch ganz von selbst fänden, wie der Liberalismus voraussetzt, erweist sich in alten Culturländern als unwahr, die Maxime des bloßen Gehenlassens ist auch in dieser Hinsicht unzulänglich.

Erblickt nun aber der Staat in dem Anwachs der Bevölkerung eine Vermehrung seiner Machtmittel, — was ja, insofern der Zuwachs nur nicht in einem Zuwachs von Proletariern besteht, ganz richtig ist, — und benutzt demnach der Staat die Volksvermehrung zu seinen Zwecken, so muß er andererseits sich auch für verpflichtet erachten, nach Möglichkeit für die Beschaffung neuer Existenzbasen zu sorgen. Blos um Rekruten auszuheben und Steuern einzuziehen,

ohne Kummer darum ob das Volk zu leben habe, dazu ist der Staat nicht da. In jeder anwachsenden Nation gehört also die Sorge für neue Existenzbasen zu den unerläßlichen Aufgaben der Staatsgewalt. Die Regierung soll in dieser Hinsicht in ähnlicher Weise sorgen, wie ein Vater auf die Zukunft seiner Kinder Bedacht nimmt. Sonst höre man wenigstens auf, von einer landesväterlichen Regierung zu reden.

Als ein Mittel zur Beschaffung neuer Existenzbasen mag dann zunächst die Einführung neuer Industriezweige dienen. Unter Umständen wird das zu empfehlen oft aber doch von sehr zweifelhaftem Werth sein, wo man ohnehin schon an einem relativen Uebermaß der Industrie leidet. Viel wichtiger wäre die Begründung neuer Ackernahrungen durch innere Colonisation. Natürlich, insoweit sich dazu genügende Gelegenheit darbietet, was in manchen deutschen Landschaften gewiß noch zutrifft. Wenigstens im nördlichen Deutschland, und da zumeist wohl in den östlichen preußischen Provinzen, wo sich noch immer viel schlecht benutztes Land findet. In Pommern, hat s. Z. der Oberpräsident Sack gesagt, läge noch ein zweites Pommern, welches allererst für die Cultur zu erobern wäre. Aehnlich dürfte es in den Provinzen West- und Ostpreußen sein. Andererseits hat der Nationalökonom Roscher auf die Moore in Westphalen, Oldenburg und Hannover hingewiesen, wo nach seiner Ansicht mit gutem Erfolg noch viele Moorcolonien anzulegen wären.

Für einstweilen wäre also solche innere Colonisation gewiß keine zu unterschätzende Aushilfe. Allein auf die Dauer dürfte das doch nicht vorhalten, sobald man erst ernstlich damit an's Werk ginge, dazu ist Deutschland im Allgemeinen schon zu dicht bevölkert. Weit mehr noch als an innere Colonisation werden wir daher an auswärtige Colonisation denken müssen. Und damit kommen wir auf die deutsche Auswanderung.

Um aber die Bedeutung dieser Sache zuvörderst in das rechte Licht zu stellen, wollen wir dabei erinnern, wie die deutsche Nation dereinst, nämlich in der zweiten Hälfte des Mittelalters, doch ein sehr erhebliches Colonisationstalent, wie desgleichen einen lebhaften Colonisationstrieb bekundet hat. Der augenfällige Beweis dafür, daß das ganze heutige nordöstliche Deutschland eben dadurch erst zu

einem deutschen Lande geworden ist. Wie viele deutsche Ritter siedelten sich dort an, wie viele deutsche Städte und Bauerndörfer wurden dort angelegt! Desgleichen, wie verbreitete sich damals der deutsche Handelsstand selbst noch weit über jene heute germanisirten Landschaften hinaus! Noch mehr sogar der deutsche Handwerkerstand. Denn auch in den Städten Ungarns und Polens bildeten eingewanderte deutsche Handwerker fast den Hauptstamm des ganzen Handwerkerstandes, wie noch jetzt so viele Namen bezeugen, die entweder ganz deutsch blieben, oder deren deutsche Wurzel sich leicht erkennbar macht.

Es ist dies eine um so beachtenswerthere Thatsache, als ohne dies das damalige deutsche Zunftwesen kaum recht zu verstehen wäre. Denn für die Prosperität desselben war es offenbar eine Grundbedingung, daß die Zünfte geschlossene privilegirte Corporationen bildeten, woraus sich aber natürlich die Folge ergab, daß ein großer Theil der jungen Handwerker nie zu einer selbständigen Existenz gelangen konnte. Wie wäre wohl solcher Zustand für diese Leute auf die Dauer erträglich gewesen, hätten sie nicht durch jene Auswanderung Gelegenheit gefunden sich anderweitig zu etabliren?

Genug, es bestand damals in Deutschland eine sehr beträchtliche Auswanderung, und weit entfernt, daß die Nation sich dadurch geschwächt hätte, erstarkte sie vielmehr. Ueberall regte sich ein frisches Leben, nicht blos in Cultur schritt man dabei fort, sondern auch im bürgerlichen Wohlstand, welcher gegen Ende des Mittelalters — natürlich nach dem Maßstabe damaliger Lebensansprüche — sehr beträchtlich und weit verbreitet gewesen sein muß. Das bezeugen, neben vielen schriftlichen Urkunden, die vielen aus jener Zeit herrührenden Stiftungen und stattlichen Bauwerke. Aber so liegt andererseits auch nicht minder vor, wie parallel mit dem Aufhören der deutschen Auswanderung in die baltischen und die östlichen Nachbarländer ein Stillstand des wirthschaftlichen Fortschrittes eintrat. Es fing an rückwärts zu gehen, insbesondere mit dem Wohlstand und der Lebenskraft der Handwerkszünfte, so daß der Meistergesang gewissermaßen auch ihr Schwanengesang wurde. Nachdem dann auch die infolge der Reformation entstandene geistige Aufregung wieder in sich selbst erloschen war, trat allgemeine Stagnation ein, so daß wir in der letzten Zeit vor dem dreißigjährigen Kriege eine in Kirch-

thumspolitik und Spießbürgerthum versunkene innerlich erschlaffte Nation vor uns sehen.

Noch einmal darum: jede im Aufschwung begriffene Nation hat eben so einen starken Propagationstrieb, wie einen starken Ausbreitungstrieb, der, wenn er sich nicht entfalten kann, die Nation innerlich krank macht. War nicht auch die Blüthezeit der Hellenen diejenige gewesen, wo rings um das eigentliche Hellas sich ein Kranz von hellenischen Pflanzstädten flocht? Und überhaupt haben nicht die Wanderungen der Völker, vom Anfang aller Geschichte an, immer zu den wichtigsten Factoren der Entwickelung gehört, sind nicht daraus so viele Staatenbildungen hervorgegangen? Es scheint wohl, Autochthonen gibt es gar nicht, sondern alle Völker sind erst durch Wanderungen in die Länder gelangt, welche ihnen hinterher zum Vaterland wurden. Entstand nun einst auf Grundlage der germanischen Wanderungen das neuere Europa, so ist dann aus diesem neueren Europa wieder eine neue Welt jenseits des Oceans hervorgegangen, und eben die dahin gerichtete Auswanderung bildet das lebendige Band, welches diese neue Welt mit dem jetzt selbst schon alt gewordenen neueren Europa verbindet, das — um sich selbst wieder zu verjüngen — des von jenseits des Oceans herüberwehenden Hauches gar nicht mehr entbehren kann.

Die Sache von diesem, ihrer wirklichen Bedeutung allein entsprechenden, Standpunkt aufgefaßt, werden wir die deutsche Auswanderung nicht nach der kleinlichen und grämlichen Ansicht beurtheilen wollen, daß sich dadurch Rekruten verzögen, — gleichsam als ob das neue Reich zu einem Gefängniß werden sollte, welches man erst nach dreijährigem Kasernendienst verlassen dürfte, — oder daß uns dadurch Arbeitskräfte verloren gingen. Kräfte, die doch in der Heimath keine lohnende Arbeit finden, wenn das nicht schon Lohn genug sein soll, daß der Arbeiter sein Leben mit Kartoffeln fristen kann. Ich sage vielmehr: brüsten wir uns damit, auf einmal eine große Nation geworden zu sein, und eine neue Weltstellung gewonnen zu haben, — ei, so müßte es uns wohl als hochwichtig erscheinen, daß selbst in der neuen Welt, und überhaupt in fernen Ländern, auch noch die deutsche Rede erklänge und der deutsche Name mit Ehren genannt würde! Welch ein Widerspruch wäre das aber, wenn wir einerseits eine große Flotte begründen wollen, welche

doch die Meere überbrücken soll, während andererseits die Auswanderung in die überseeischen Länder als eine für die deutsche Nationalentwickelung ganz gleichgültige Sache angesehen werden dürfte, oder gar als eine Sache, welche besser gar nicht sein sollte.

Das freilich wird kaum noch zu erreichen sein, jenseits des Oceans deutsche Colonien von einigem Belang zu gründen. Die Welt ist einmal vertheilt, und — beati possidentes; wir kamen zu spät. Nur eine Wiedervereinigung Hollands mit Deutschland dürfte uns in Zukunft vielleicht noch einige Aussicht dazu eröffnen. Aber können wir auch keine unter deutscher Hoheit stehenden Gebiete erwerben, so bleiben uns immer noch mancherlei Mittel, auf die Richtung der deutschen Auswanderung, und auf ihre fernere Entwickelung in den Niederlassungsländern dergestalt einzuwirken, daß ihre Verbindung mit dem Mutterlande nicht ganz abreißt, und daß sie unseren eigenen Interessen förderlich wird. Dahin also zu wirken, müßte fortan als eine wichtige Aufgabe der Reichspolitik gelten.

IV.

Zur Kritik und Reform der Staatsverfassungen.

Wie wenig unsere modernen Constitutionen für die Beförderung der reellen Wohlfahrt zu leisten vermochten, tritt am augenfälligsten durch die Thatsache hervor, daß gerade unter dem constitutionellen Regime sich die schreienden Mißstände in der Volkswirthschaft entwickelt haben, welche hinterher die socialistischen Tendenzen hervorriefen, die nun selbst die schlagendste Kritik des constitutionellen Systems bilden. Auch war von diesen Constitutionen überhaupt kein besseres Resultat zu erwarten. Es folgte schon aus den Grundansichten, wonach sie eingerichtet wurden, daß sie für die reelle Wohlfahrt unersprießlich bleiben mußten.

Man braucht zu diesem Ende nur in Montesquieu's Esprit des lois das berühmte Kapitel über die englische Verfassung zu lesen, und die Sache ist mit einem Schlage klar. Nämlich daß die

modernen Constitutionen principaliter nur dazu bestimmt sein sollen, die politische Freiheit zu sichern, worin dieser Autor den specifischen Zweck der englischen Verfassung gefunden zu haben vermeinte, freilich dieselbe im Ganzen sehr unrichtig beurtheilend. Gleichviel, die angeblich aus der Analyse der englischen Verfassung abstrahirte Lehre Montesquieu's ist seitdem wie zum Evangelium geworden, und allen seit zwei Menschenaltern geschaffenen Constitutionen steht es wie an der Stirn geschrieben, daß der Geist, welcher ihre Urheber inspirirte, der Esprit des lois war.

Daher insbesondere die überall zu Grunde liegende schematische Theilung der sogenannten Staatsgewalten. Ich sage absichtlich „sogenannte" Staatsgewalten, weil thatsächlich allmälig ganz andere Potenzen einen viel entscheidenderen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten erlangten. Daß dies aber so geschah, ist selbst durch jene Gewaltentheilung und den infolge dessen unvermeidlichen Widerstreit zwischen der sogenannten Legislative und Executive am meisten befördert worden. Duobus litigantibus tertius gaudet, und hier waren sogar zwei tertii: die Militärmacht und die Geldmacht, welche seitdem so emporkamen, daß sie heutzutage das ganze Staatsleben beherrschen. Müßte der Doctrin nach das entscheidende Gewicht in der Legislative liegen, da die Executive nur die Beschlüsse derselben auszuführen hätte, — wie wenig bedeuten in Wirklichkeit unsere gesetzgebenden Körperschaften gegenüber der Militärmacht und Geldmacht! Und wie mißlich steht es desgleichen, trotz alles Geredes von dem Rechtsstaat, um die Unabhängigkeit der in der Doctrin als dritte Staatsgewalt figurirenden Justiz! Auch kann es kaum anders sein, wo doch alle Richter von der Regierung ernannt und von da aus ihre Beförderung zu erwarten haben. Die ganze *trias politica* wird zur *fable convenue*, indem der ganze constitutionelle Apparat schließlich keine andere Bestimmung mehr zu haben scheint, als die Herrschaft der Kaserne und der Börse mit gefälligen Decorationen zu umgeben.

Staatsgewalten müssen ja sein, ehe man aber an die Verfassungsmacherei ging, hätte man hübsch erst die reellen Grundlagen des Volkslebens untersuchen sollen, wodurch man zuvörderst auf die *trias oeconomica* gestoßen sein würde, von Ackerbau, Fabri-

kation und Handel, worin die Existenzbedingungen der Staatsgesellschaft selbst liegen. Oder was hülfe noch das rechte Verhältniß zwischen den Staatsgewalten, wo hingegen diese trias oeconomica in Unordnung geriethe? Die Menschen wollen unter allen Umständen leben; daß sie aber leben können und möglichst gut leben können, dazu ist der Staatsverband da, wie schon Aristoteles lehrt. Möchte doch also das ganze constitutionelle Getriebe im besten Gange sein, — es wäre für nichts, wenn inzwischen die Volkswirthschaft der Zerrüttung verfiele. Für nichts das von der Doctrin geforderte Gleichgewicht der Staatsgewalten, ohne das Gleichgewicht der ökonomischen Faktoren, indem vielmehr das Capital alle anderen beherrschte. Ein intelligenter und volksfreundlicher Absolutismus müßte dann wahrlich für besser gelten als der correcteste Constitutionalismus, unter dessen Schirm das Capital die ganze Gesellschaft ausbeutet.

Soll aber der Staat die reelle Volkswohlfahrt befördern, so muß auch seine Verfassung darnach eingerichtet sein. Allein dem entspricht das constitutionelle System so wenig, daß es vielmehr die reellen Existenzbedingungen des menschlichen Lebens rundweg ignorirt, indem es überall nur das Spiel der Staatsgewalten und abstracte Staatsbürger vor sich sieht, deren politische Rechte gesichert werden sollen. Darnach allein sind die constitutionellen Verfassungen zugeschnitten. Insbesondere ist darnach die Repräsentation organisirt, die wieder für den Charakter des ganzen Constitutionalismus so entscheidend ist, daß um deswillen der Constitutionalismus auch das Repräsentativsystem heißt. Darum aber ist es auch gerade der Repräsentationsmodus, woran die sociale Leistungsunfähigkeit des Constitutionalismus am deutlichsten hervortritt, und worüber um deswillen zuvörderst ein Weiteres zu sagen sein wird.

1.

Kein größerer Humbug, als daß durch unsere dermaligen repräsentativen Körperschaften der Volkswille zum Ausdruck oder gar zur Geltung käme. Freilich wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, daß es sich überhaupt nur um den Willen der Majorität handeln könne, dem die Minorität sich fügen müsse, was doch an und für sich schon eine sehr bedenkliche Sache bleibt. Könnte

nicht unter Umständen die Minorität nahezu der Majorität gleichkommen und dabei der Gegensatz der beiderseitigen Tendenzen von so einschneidenden Folgen sein, daß dann fast die Hälfte des Volkes geradezu der Unterdrückung verfiele? Aber auch dieses Bedenken ganz beiseite gelassen, — ist denn selbst nur so viel wahr, daß die Beschlüsse unserer repräsentativen Versammlungen jedenfalls den Willen der Majorität zum Ausdruck brächten? Im Gegentheil, ich sage: durchschnittlich können die parlamentarischen Beschlüsse nur als der Willensausdruck der M i n o r i t ä t angesehen werden. Gewiß ein sonderbares Resultat, daß eben das Repräsentativsystem, welches angeblich den Volkswillen und also doch zum wenigsten den Willen der Majorität zur Herrschaft bringen soll, thatsächlich vielmehr zur Unterdrückung der Majorität führt und regelmäßig die Minorität zur Herrschaft bringt. Eine Minorität, welche sogar unter Umständen sehr klein sein kann, wie wir sogleich sehen werden.

Angenommen nämlich, daß durchschnittlich $^4/_5$ der Wähler wirklich zur Wahlurne träten — was erfahrungsmäßig schon zu hoch gegriffen ist, — angenommen ferner, daß die in den einzelnen Wahlkreisen erwählten Abgeordneten durchschnittlich $^3/_4$ der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, — was wegen der überall eintretenden Concurrenz verschiedener Parteien wieder entschieden zu hoch gegriffen ist, — angenommen endlich, daß die parlamentarischen Beschlüsse durchschnittlich von $^2/_3$ der gesetzlichen Gesammtzahl der Parlamentsglieder gefaßt würden, — was, da das Parlament fast niemals vollzählig ist, jedenfalls die Maximalannahme sein dürfte, — so ergibt die Rechnung:

$$^4/_5 \times {}^3/_4 \times {}^2/_3 = {}^{24}/_{60} = {}^2/_5.$$

Es zeigt sich demnach, wie selbst unter sehr günstigen Annahmen von dem Gesammtquantum des Volkswillens durchschnittlich nur die kleinere Hälfte zum Ausdruck käme. Was wäre erst das Resultat, wenn die hier angenommenen Zahlenverhältnisse in Wirklichkeit sich ungünstiger stellten, wie doch oft genug geschieht! Sinken die vorstehenden Quotienten auf $^3/_4$, $^2/_3$ und $^3/_5$ herab, so haben wir dann:

$$^3/_4 \times {}^2/_3 \times {}^3/_5 = {}^{18}/_{60} = {}^3/_{10}.$$

Und selbst damit stehen wir noch lange nicht an der Grenze

des rechtlich Möglichen und nicht selten wirklich Geschehenden. Unter Umständen dürfte die Rechnung sich auch so stellen:

$$^2/_3 \times {}^3/_5 \times {}^1/_2 = {}^6/_{30} = {}^1/_5,$$

was gleichwohl als Ausdruck der Majorität gälte! Da hätten wir's also, was bei diesem System herauskommen kann.

Sehen wir die Sache näher an, so wird sie sogar noch schlimmer. Denn ganz außer Frage blieben einstweilen die allgemeinen principiellen Voraussetzungen, welche dieses System nothgedrungen macht. Erstens nämlich, daß jeder Wähler nach reiflicher Erwägung und eigener Ueberzeugung stimme. Zum Zweiten, daß er den Charakter und die Leistungsfähigkeit des Candidaten, dem er seine Stimme gibt, auch genügend kenne. Zum Dritten, daß er wenigstens über die Hauptfragen, um die es sich in der jedesmaligen Legislaturperiode handeln wird, im voraus unterrichtet wäre, da er sonst nicht sicher sein könnte, für einen Candidaten gestimmt zu haben, der in jenen Hauptfragen in seinem (des Wählers) Sinne handeln würde. Allein wie steht es wirklich mit diesen drei so wesentlichen Voraussetzungen?

Ad 1 ist es ein Allerweltsgeheimniß, wie die Wählerschaft bearbeitet wird, so daß es bei der großen Majorität der Wähler weit weniger die eigene freie Ueberzeugung ist, von der ihre Wahl Zeugniß gibt, sondern das Endresultat weit mehr von dem Geschick, von der Energie und von den Machtmitteln der Comité's abhängt, welche die Wahlen leiten, und sogar ausdrücklich in solcher Stellung auftreten. Schöner Ausdruck: die Wahlen leiten! Richtiger gesagt: den sogenannten Volkswillen an der Nase herumführen. Trotzdem geschieht es überall so, und damit hat unter der Firma des Repräsentativsystems ganz unversehens zwischen der Regierung und dem Volke sich eine Zwischengewalt gebildet, von welcher zwar das System selbst kein Wort spricht, die aber nichtsdestoweniger einen solchen Einfluß übt, daß dadurch schon die Grundidee der Repräsentation von vornherein zur Täuschung wird, weil nicht sowohl die Erwählten des Volkes, als die von den Wahl-Comité's Empfohlenen in das Parlament kommen.

Ad 2 ist es nicht minder eine Thatsache, daß die Wähler zum großen Theil ihren Erwählten nicht einmal von Angesicht kennen. Er wird ihnen von den Comité's octroyirt und die Wähler lassen

sich das um so eher gefallen, als sie durchschnittlich weder Zeit noch Gelegenheit hätten, die Würdigkeit und Fähigkeit des Candidaten selbst zu prüfen.

Ad 3 sind zwar die regulären Geschäfte des Parlaments, wie insbesondere die Budgetberathung und die Erledigung der Petitionen oder Beschwerden, im voraus bekannt, anders aber steht es mit den speciellen Angelegenheiten. Nun setze man, es handele sich etwa um tief einschneidende Kirchengesetze, welche Gewissensfragen berühren, — würden da nicht die kirchlich gesinnten Wähler, wenn sie das im voraus wüßten, sich keineswegs damit begnügen, daß der ihnen empfohlene Candidat den Ruf eines rechtschaffenen und kenntnißreichen Mannes hätte, sondern würden sie nicht noch ganz insbesondere über seine religiöse Denkweise versichert sein wollen? Oder es handele sich um die Begründung eines neuen Zolltarifs, — würden nicht die dabei unmittelbar interessirten Wähler vor Allem zu wissen verlangen, ob der Candidat freihändlerische oder schutzzöllnerische Ansichten hege? Oder endlich, wenn es sich gar um Veränderung des Wahlgesetzes handelte? Darf man da bei einiger Logik supponiren, daß der Wähler für einen Candidaten stimmen würde, der ihm nicht die Garantie böte, daß er nicht etwa hinterher ihm selbst sein Stimmrecht abspräche?

Wäre es Ernst damit, daß durch die Repräsentation der Wille des Volkes zur Geltung kommen sollte, so wäre unerläßlich, daß jedenfalls die wichtigeren Gesetzentwürfe — das sogenannte Etatgesetz ist der Sache nach überhaupt kein Gesetz — wenigstens drei Monate vor dem Wahlacte zur allgemeinen Kenntniß gelangten, damit sich ein öffentliches Urtheil darüber bilden könnte, welches dann auch dem Wähler zur Orientirung diente. Daß damit der Gang der Gesetzgebung einigermaßen verlangsamt werden möchte, ist kein Einwand. Im Gegentheil, gut Ding will Weile haben, und gute Gesetze bedürfen ebenso einer sorgfältigen Vorbereitung, als hinterher einer sorgfältigen Prüfung. Statt dessen scheint man heute nicht schnell genug damit fertig werden zu können und darum die Zeit zur Prüfung möglichst knapp bemessen zu sollen. Erhalten doch selbst die erwählten Abgeordneten erst im Parlament Kenntniß von den beabsichtigten neuen Gesetzen, und sehen sich dann bald mit so vielen Vorlagen überschüttet, daß die Möglichkeit zu einer eingehen-

den Prüfung überhaupt verschwindet: Schon durch die fortwährenden Sitzungen fast außer Athem gekommen, werden sie wohl gar zu guterletzt noch mit einem neuen, plötzlich wie aus den Wolken gefallenen Gesetzentwurf überrascht, — wovon wir im vorigen Frühjahr im deutschen Reichstag ein haarsträubendes Beispiel mit dem Socialistenvertilgungsgesetz erlebten, — welcher dann schleunigst noch durch den Geschäftsgang hindurchgepeitscht werden soll, damit die Session endlich geschlossen werden kann, wonach die Parlamentarier sich selbst am meisten sehnen.

Es sieht wahrlich so aus, als würde die Gesetzgebung nach den Grundsätzen kriegerischer Manöver betrieben, wobei ja allerdings die Schnelligkeit der Bewegungen von entscheidendster Bedeutung und den Feind zu überraschen das Allerwirksamste ist. Wer wäre aber hier der durch Ueberraschung zu bewältigende Feind, wenn nicht der sogenannte gesetzgebende Körper, d. i. die Volksvertretung? Nicht nur daß bei solchem Gebahren die Gesetzgebung alle Würde verliert, daß sie in baare Lüderlichkeit und Principlosigkeit verfällt, sondern das ganze Repräsentativsystem wird thatsächlich zur Comödie. Zur Comödie umsomehr, als auch das parlamentarische Theater seine Coulissen hat. Und schon ist es ein Allerweltsgeheimniß, wie gerade die wichtigsten Angelegenheiten durch geheime Verhandlungen hinter den Coulissen entschieden werden.

Wie sich also zwischen dem wählenden Volke und der Regierung die Wahlcomité's als Zwischengewalten einschoben, so wieder zwischen dem Parlament und den Ministerien die parlamentarischen Cliquen, deren Stimmführer schließlich den sogenannten Volkswillen monopolisiren. Ganz zu schweigen von den geheimen Verbindungen mit der Börse, wodurch solches Monopol zugleich zur materiellen Rentabilität für die Monopolisten gelangt. Vivat der Volkswille!

2.

Schreibt man dem Kanzler die Aeußerung zu, man müsse den Parlamentarismus sich durch sich selbst vernichten lassen, so ist diese Absicht im vollen Zuge zum Ziele zu gelangen. Denn schon ist es dahin gekommen, daß nicht wenige und nicht schlechte Leute am liebsten den ganzen parlamentarischen Spuk verschwinden sähen. Allein was an seine Stelle setzen? Das Zeitalter des aufgeklärten

Absolutismus ist unwiederbringlich vorüber. Monarchen im vollen Sinne des Wortes gibt es überhaupt nicht mehr, und wenigstens im abendländischen Europa wird keiner wieder auftreten. Die Republik hingegen änderte im Wesentlichen auch nichts, so gewiß als sie selbst wieder im parlamentarischen Gewande erscheinen würde. Ohne Volksrepräsentation geht es einmal nicht mehr, selbst wenn man die Gesetzgebung auf allgemeine Volksabstimmung basiren wollte, was in großen Ländern überhaupt unausführbar bleiben möchte, oder höchstens rücksichtlich einiger großen Fragen geschehen könnte, wo dann die Leute einfach Ja oder Nein zu sagen hätten, indessen der materielle Inhalt der Gesetze doch von anderswoher kommen müßte. An eine directe Volksregierung wäre erst recht nicht zu denken.

Ist also die Repräsentation schlechterdings unentbehrlich, so bleibt auch nichts Anderes übrig, als sie zweckentsprechend einzurichten, während die heutige Repräsentation nicht nur zweckwidrig zu nennen ist, sondern von vornherein auf einer bloßen Fiction beruht, deren Bodenlosigkeit zu erkennen die Vorbedingung der Reform bildet.

Wir meinen nämlich die Fiction, daß durch den Wahlact die Wähler ihren Willen auf den Erwählten übertrügen, und so wieder in dem Parlamente sich der ganze Nationalwille concentrirte. Was ist aber einleuchtender, als daß der Wille überhaupt nicht übertragbar ist? Denn was ist der Wille, wenn nicht das Allereigenste des Menschen, der innerste Kern seiner Persönlichkeit, sein Ich oder sein Selbst? Wohl mag ich einen Anderen zum Vollstrecker meines Willens bestellen für diese oder jene bestimmte Angelegenheit, nicht aber kann ich ihm meinen Willen selbst übertragen, oder es hieße meine eigene Persönlichkeit aufgeben, mich zum Sklaven machen. Und so steht es heute in der That. Erscheinen die Wähler im Momente der Wahl in vollster Selbständigkeit, so haben sie, ist der Wahlact vorüber, in dem Erwählten sich einen souveränen Herrn gesetzt, der hinfort ihren ganzen Willen in der Tasche hat, um damit zu machen was ihm beliebt. Der gewählte Abgeordnete ist an keine Instruction gebunden, seinen Wählern für nichts verantwortlich, noch können sie ihn zurückberufen. Das besagen alle modernen Constitutionen.

Seltsamer Widerspruch — unverantwortliche Volksvertreter, wo man doch vor Allem ein verantwortliches Ministerium fordert! Können denn nur Minister an der Volkswohlfahrt sündigen, nicht aber Volksvertreter, von deren Beschlüssen die ganze Gesetzgebung und Besteuerung abhängt, und die mehr oder weniger auch den Gang der Verwaltung beeinflussen? Trotzdem unverantwortlich! Nun, so wundere man sich auch nicht, wenn sie so oft ein unverantwortliches Spiel mit der Volkswohlfahrt treiben und, anstatt für das Volk zu wirken, ihr Vertreteramt vielmehr zu ihrem eigenen Vortheil ausnutzen. Was bedarf es dazu der Beispiele, denn wer wüßte heute nicht, wie viele Gründer in unserem Parlamente sitzen! Müßten nicht also ganz umgekehrt die Verfassungsurkunden besagen: „die Abgeordneten bleiben ihren Wählern verantwortlich und können von denselben zu jeder Zeit zurückberufen werden“?

Ach, prahlen wir doch nicht mit unserer Aufklärung, das Zeitalter der reinen Vernunft ist noch lange nicht angebrochen. Es scheint vielmehr, daß, gerade wie die Sünde in der Welt bleibt, so auch immer dasselbe Quantum von Blödsinn in der Welt fortwirkt, indem die Veränderung nur darin besteht, daß der Blödsinn in immer neuen Gestalten auftritt. Denn wie das geschehen kann, daß fünf-, zehn- oder zwanzigtausend Leute ihren Willen auf einen Abgeordneten übertragen, der noch dazu den meisten persönlich unbekannt ist, und wie solche Willensübertragung durch eine einfache Abstimmung zu Stande kommen soll, wird ewig unerfindlich bleiben. Auch zweifle ich nicht, spätere Jahrhunderte werden sich ganz ebenso verwundert fragen, wie solche Geistesverirrung je möglich war, als uns heute etwa die in früheren Jahrhunderten grassirenden Hexenprocesse wie unerklärliche Dinge erscheinen. Ja, ganz ernstlich gesprochen: etwas von Hexerei muß wirklich bei dem Wahlact stattfinden, in blos natürlicher Weise kann es dabei nicht zugehen. Bliebe doch sonst auch dies noch unerklärlich, wie der Erwählte, der oft nichts weiter als ein Phrasenmacher ist, durch den Wahlact auf einmal zum Universalgenie wird, so daß er sich auf alles versteht, was nur irgendwie in dem Parlament vorkommen mag. Ein offenbares Wunder!

Aber das ist es eben, wir sind durch die repräsentative Theorie wie behext, so daß uns die ungeheuerlichsten Dinge schon so selbst-

verständlich erscheinen, als ob sie gar nicht anders sein könnten. Oder man sage doch, welche reelle Bedeutung das noch haben kann, wenn z. B. in einem berliner Professor der Wille eines rheinischen Wahlkreises stecken soll, wie desgleichen der Wille eines thüringer Wahlkreises in einem berliner Reformjuden? Ich sage vielmehr: man braucht so etwas nur auszusprechen, und der Blödsinn liegt zu Tage. Meinetwegen der sogenannte höhere Blödsinn, da wir doch so ungeheuer fortgeschritten sind. Wodurch sich aber solcher höhere Blödsinn von dem niederen und ganz ordinären unterscheiden möchte, wird billig dem Urtheil der Fachmänner überlassen bleiben.

3.

Menschenhaufen, welche lediglich zu dem Wahlact zusammenkommen, sind überhaupt nicht vertretungsfähig. Was vertreten werden soll, muß schon an und für sich einen lebendigen Körper bilden, in welchem durch den persönlichen Verkehr der Glieder, durch die Gemeinschaft der Sitten und Gewohnheiten, wie andererseits der Bedürfnisse und Interessen, sich wirklich auch ein gemeinsames Wollen und Streben erzeugt. Mit einem Worte: vertretungsfähig sind nur organisirte Körperschaften. Das wäre das Erste.

Zum Zweiten kann jede Körperschaft nur aus ihrer eigenen Mitte vertreten werden. Denn der Vertreter muß selbst von dem Geist der Körperschaft durchdrungen sein, deren Wollen und Streben er zum Ausdruck bringen soll. Allgemeine Ansichten aufzustellen und zur Anerkennung zu bringen, ist Aufgabe der Wissenschaft und damit der Gelehrten und Schriftsteller, nicht der Volksvertreter. Wie kann es aber bei dem heutigen Vertretungssystem anders geschehen, als daß unsere Parlamentarier am liebsten sich in einem allgemeinen Gerede ergehen, in sogenannten Principienfragen, indessen die concreten Landesangelegenheiten am wenigsten Pflege finden.

Zum Dritten vertritt jeder Abgeordnete *primo loco* auch nur die Körperschaft, welche ihn erwählt hat. Statt dessen aber schreiben unsere heutigen Verfassungen dem Abgeordneten vielmehr von vornherein den Beruf zu, die ganze Nation oder das ganze Land zu vertreten. Ei, hätte er das ganze Land zu vertreten, so

müßte er wohl auch von dem ganzen Lande erwählt und beauftragt sein. Und wozu hätte ihn dann seine Wählerschaft gewählt, wenn er nicht primo loco sie vertreten sollte, nicht aber das ganze Land? Die innere Sinnlosigkeit liegt auf der Hand. Nur *secundo loco* und mittelbar, d. h. als Mitglied des ganzen Parlamentes, vertritt jeder Abgeordnete auch das ganze Land, während doch die Basis seiner Stellung immer seine Wählerschaft bleibt.

Man meine nicht, es handele sich hier um eine blos theoretische Distinction. Die Sache hat ebenso weitreichende Folgen, als andererseits der dabei zu Grunde liegende Irrthum tiefreichende Wurzeln hat. Sagt man den Abgeordneten von vornherein, sie hätten das ganze Land zu vertreten, nicht aber primo loco ihre Wählerschaft, so müssen sie sich wohl auch im Parlament getrieben fühlen, alle Landesangelegenheiten in einen Topf zu werfen, alles zu egalisiren und durch allgemeine Gesetze zu reglementiren. Nichts mehr von Autonomie der Gemeinden, Kreise und Provinzen, oder besser gesagt „Landschaften", denen vielmehr von oben herab ihre Lebensordnung vorgeschrieben wird. Ein eigenes Recht besitzen sie schon überhaupt nicht mehr, sondern nur ein von oben herab allergnädigst verliehenes und darum auch nach Belieben veränderbares Recht.

Gerade, als ob zuerst der heutige moderne Staat dagewesen wäre, der dann hinterher, etwa aus Verwaltungsrücksichten, sich in Landschaften, Kreise und Gemeinden zertheilt hätte, die vordem gar nicht dagewesen. Den Thatsachen wird dabei rundweg in's Angesicht geschlagen, der wirkliche Verlauf der Geschichte auf den Kopf gestellt. Denn alle größeren heutigen deutschen Staaten sind durch Zusammenschmelzen vordem selbständiger Elemente entstanden. Daß diese in Folge dessen einen Theil ihrer früheren Autonomie, wie ihrer früheren Einkünfte, an die neue Gesammtgewalt abzutreten hatten, war unvermeidlich, was ihnen hingegen verblieb, mußte fortan als ihr eigenes, nicht etwa erst von der neuen Gesammtgewalt verliehenes, Recht gelten, und in der Ausübung dieses Rechtes hatte ihnen kein Dritter darein zu reden. Welche Ungeheuerlichkeit statt dessen, wie heute namentlich in Preußen so häufig vorkommt, wenn es sich z. B. um eine Gemeindeordnung oder Kreisordnung für die Rheinlande handelt, oder für Hechingen und Sigmaringen, daß da in dem preußischen Landtage auch die Pommern

oder Schlesier ihren Senf dazu geben, während sie doch von den eigenthümlichen Zuständen und Bedürfnissen jener Landschaften gar nichts wissen, noch überhaupt dabei interessirt sind. Welche Gemeindeordnung den Rheinländern paßt, darüber haben allein die Rheinländer zu entscheiden, was schiert es die Pommern oder Schlesier? Aehnlich aber wie in Preußen geschieht es wohl in allen größeren deutschen Staaten, nur daß natürlich, je größer der Staat und je verschiedenartiger seine Elemente, auch die Sinnlosigkeit um so handgreiflicher wird.

Selbstverständlich, daß bei solchem Verfahren nichts Kluges herauskommen kann. Noch mehr aber wäre zu sagen, daß damit den Leuten überall gewaltsam ihr Heimathsgefühl genommen wird, welches doch so viel zu ihrer sittlichen Haltung und zu ihrer inneren Zufriedenheit beiträgt. So soll dann alles, was heute unter preußischem Scepter steht, sich primo loco preußisch fühlen, oder was unter bayerischem Scepter steht, bayerisch u. s. w. An ihre Landschaft, oder an ihre Vaterstadt, sollen die Leute sich nicht gebunden fühlen, sondern lediglich an ihren respectiven Staat. Staatsbürger sollen sie sein, und sonst nichts weiter. Sieht es nicht so aus, als ob es sich im Staate vor Allem um die flottirende und vagabundirende Bevölkerung handle, welche nach solchen Maximen als die festeste Stütze und eigentliche Basis des Staates gelten müßte, wofür man doch sonst vielmehr die seßhafte, aber darum auch durch Gewohnheit und Pietät an ihre Heimath gebundene Bevölkerung hielt. Ist daran nichts gelegen, so müßten ja freilich die Juden, welche nirgends eine wahre Heimath haben, als die allerbesten Staatsbürger gelten, der Judengeist als das Ideal des modernen staatsbürgerlichen Geistes.

Endlich die Sache nach ihrer letzten Tiefe betrachtet, so läuft sie auf nichts Geringeres hinaus, als auf die große Frage: ob Unification oder Föderation? Wurde also in den deutschen Einzelstaaten mit allen Kräften die Egalisirung und Unification ihrer verschiedenen Bestandtheile betrieben, so war ja freilich nichts natürlicher, als daß hinterher dieselbe Tendenz ganz Deutschland ergriff. Besaß nun offenbar Preußen die bei weitem mächtigsten Handhaben zur Egalisirung und Unification, so mußte es schließlich wohl zu dem System von 66 kommen, wonach dieses Geschäft

heute im größten Styl betrieben wird. Eine Wendung der Dinge, die in den größeren deutschen Einzelstaaten überall schon vorbereitet war, so daß jedenfalls die betreffenden Regierungen sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn sie schließlich ernten, was sie selbst mit gesäet.

4.

Ist es zuvörderst das örtliche Zusammenleben, welches die Menschen vereinigt, so entstehen andererseits nicht minder wichtige Verbindungen durch Stand und Beruf. Und hier wie dort liegt die bindende Kraft nicht blos in den materiellen Interessen, es schließen sich auch gemüthliche Bande daran an. Beides muß immer ineinander greifen, um eine lebendige menschliche Gemeinschaft zu bilden, gerade wie in jedem einzelnen Menschen Natürliches und Geistiges untrennbar verbunden sind.

Stände und Berufsarten aber entwickeln sich im Lauf der Geschichte. Ihr Charakter, ihr relatives Gewicht, ihre Stellung in der Gesellschaft, verändern sich mit der Zeit. Will man also darauf eine Organisation begründen, so muß man die Dinge nehmen, wie sie sind. Hier vor Allem gilt das Wort: „der Lebende hat Recht“. Gleichviel darum, was ein Stand früherhin gewesen, es kommt darauf an, welche reelle Bedeutung er in der Gegenwart hat, und in wie weit er in dem allgemeinen Bewußtsein Anerkennung findet. Ganz unbrauchbar wäre folglich das alte Schema von Adel=, Bürger= und Bauernstand. In gewissem Sinne sind heute alle Stände bürgerlich geworden, weil bei uns das Stadtbürgerthum, als das Bürgerthum im specifischen Sinne, die Brücke zu dem allgemeinen Staatsbürgerthum gewesen ist. Wie desgleichen auch in der äußeren Erscheinung die bürgerliche Tracht schon fast zur allgemeinen geworden ist, indem sie allmälig auch die bäuerlichen Trachten verschwinden macht, nachdem die specifisch adelige Tracht schon längst abgekommen war. Unmöglich, diesem Umbildungsproceß Halt zu gebieten, thöricht ihn hemmen zu wollen. Es ist ganz naturgemäß, daß die allgemeine Rechtsgleichheit nach allen Seiten hin ihre Wirkung äußert, und todt geboren ist Alles, was heutzutage nicht von dieser Basis ausgeht.

Will der Adel sich noch immer als eine besondere Menschen=

classe ansehen, — so weit das innere Gesinnung bleibt, kann man es freilich nicht ändern. Daß er an seinen Familientraditionen festhält, ist seine Privatsache, wobei ihm Niemand darein zu reden hat, woraus aber kein Anspruch auf eine besondere rechtliche Stellung des Adels folgt, die überhaupt keinen realen Anhalt darböte. Denn er hat als Stand nichts Greifbares mehr, was ihm eigenthümlich wäre, als den leeren Titel. Im Staatsdienst wie in der Volkswirthschaft kommt darauf nichts an, für Kunst, Wissenschaft und Literatur existirt es gar nicht.

So weit die rechtliche Seite. Etwas anderes ist der Vortritt im geselligen Leben, welche die Sitte dem Adel gewährt, nur eben von Rechtsansprüchen ist dabei keine Rede. Und so war es, beiläufig bemerkt in altgermanischer Zeit gewesen, wo der Vorzug des Adels vor den Gemeinfreien auch nur auf freiwilliger Anerkennung beruhte, was sich erst mit dem beginnenden Feudalismus veränderte. Doch wie dem auch sei, so gewährt solche Stellung dem Adel noch immer den erheblichen Vortheil, daß ihm dadurch jedes Auftreten im öffentlichen Leben sehr erleichtert ist, weil es ihm von vornherein eine gewisse Sicherheit gibt, wie ihm andererseits auch von vornherein eine gewisse Achtung entgegenkommt, zumal wenn es sich um einen Mann aus einer altangesessenen im Lande bekannten Familie handelt. Ein solcher Mann wird dann leicht Einfluß im öffentlichen Leben gewinnen können. Um so gewisser, je mehr er sich aller feudalistischen Marotten entschlägt, sich unbefangen auf den Boden der heutigen Rechtsgleichheit stellend, während hingegen nichts mehr dem Adel selbst geschadet hat, als wenn er sich zum Vertreter unfreier reactionärer Tendenzen machte.

Dies anerkannt, so beruht dann der reale Boden für die Wirksamkeit des Adels auf der Thatsache, daß die großen Landgüter noch so überwiegend in seinem Besitz sind. Will er aber daraus einen besonderen socialen oder politischen Beruf ableiten, so ist dies nur möglich, wenn er mit den bürgerlichen Gutsbesitzern gemeinsame Sache macht. Unter dieser Voraussetzung tragen wir dann kein Bedenken, es für sehr wichtig zu erklären, daß die großen Grundbesitzer als ein besonderer Stand erhalten bleiben, oder respective sich neu dazu constituiren. Als der Stand nämlich, welcher die besondere Aufgabe hat, das Landleben mit der höheren Bildung zu vermitteln,

und der, in soweit er solcher Aufgabe entspräche, auch wie von selbst eine gewisse Führerschaft über das Landvolk gewinnen würde. Ohne dies erliegt das platte Land — wie man heute in Frankreich sieht — dem Einfluß der überwiegenden städtischen Bildung und des städtischen Capitals, weil ihm die Organe fehlen, um sich in seiner Selbständigkeit zu behaupten und seine eigenthümlichen Interessen sicher zu stellen.

Wohl zu beachten aber, daß die ländliche Bevölkerung, seitdem sich die städtischen Gewerbe und das Fabrikwesen auf dem Lande angesiedelt, nicht entfernt mehr mit dem ehemaligen Bauernstande identisch ist. Auch bildet der Bauernstand selbst schon keine homogene Masse mehr. Der Großbauer unterscheidet sich sehr merklich von dem Kleinbauer, der wieder den bloßen Häusler und den Einlieger unter sich hat, oder wie diese Leute anderer Orten heißen mögen. Soll hier eine ständische Organisation eintreten, so muß sie sich überall den gegebenen agrarischen Verhältnissen anpassen, und wird daher nicht gleichmäßig sein können.

Noch weniger bildet der ehemalige Bürgerstand eine homogene Masse. Zwischen dem Kaufmann und dem Handwerker hat sich der Fabrikant eingeschoben, neben welchem je mehr und mehr der reine Techniker als ein besonderes Element hervortritt, indessen der Kaufmannsstand selbst sich in Banquiers, Großhändler, Detaillisten, Krämer und Hausirer unterscheidet. Unter allen die breite Masse der sogenannten Arbeiter. Eine Specialität bilden in vieler Hinsicht die Bergleute.

Anders nun, als diese durch die besondere Art ihres materiellen Erwerbs charakterisirten Elemente, sind wieder die geistigen Berufsarten gestellt. So zunächst Sachwalter und Aerzte, ihnen zur Seite Künstler und Schriftsteller. Am meisten in's Gewicht fallend aber der dem Communal- und Staatsdienst eingefügte Lehrstand, der doch um deswillen, daß er von den Communen oder vom Staate besoldet wird, — insoweit sein Einkommen nicht aus Stiftungen fließt, — und daß er mit den öffentlichen Beamten gewisse Rechte theilt, keineswegs als ein Organ der Communal- oder Staatsgewalt anzusehen ist. Ihn dazu machen zu wollen, würde die Zwecke der Lehranstalten verfälschen und die Freiheit der Wissenschaft zerstören. Im Kern der Sache ist vielmehr der Lehr-

stand als ein gesellschaftlicher Stand anzusehen, der als solcher auch seine besondere Vertretung fordert. Noch viel einleuchtender, daß dasselbe von dem geistlichen Stande gilt, so lange man nicht etwa behaupten will, daß für das gesellschaftliche Leben die Religion nichts zu bedeuten habe.

Dahingegen sind professionelle Staatsbeamte aller Art, wie insbesondere auch die ständigen Officiere und Unterofficiere, nicht als gesellschaftliche Stände anzusehen, sondern wie sie ihrem Berufe nach Organe der Staatsgewalt sind, so liegt auch der Schwerpunkt ihrer Existenz im Staate, nicht in der Gesellschaft. In der Volksvertretung finden sie darum keine Stelle, es kommt ihnen weder das active noch das passive Wahlrecht zu. Ein Parlament, in welchem Staatsbeamte das große Wort führen, ist überhaupt keine Volksvertretung mehr, und wenn das heute dennoch geschieht, so ist dies selbst das augenfälligste Zeichen der Begriffsverwirrung, in welcher wir uns befinden. Denn welch' ein Widerspruch, — da man doch allgemein fordert, daß die Gesetzgebung von der Handhabung der Gesetze getrennt sein müsse, — wenn gleichwohl dieselben Leute im Parlament die Gesetze machen, die sie hinterher handhaben sollen? Und welchen Sinn hat es noch, daß dieselben Leute die Steuern bewilligen, die sie als Staatspensionärs selbst verzehren? Zugleich wird dabei das Beamtenthum corrumpirt, und wie von selbst dahin geleitet, das parlamentarische Treiben zu seinem Avancement auszunutzen.

Sind Staat und Gesellschaft grundwesentlich verschieden, so sind die Vertretungskörper eben dazu da, daß die Gesellschaft im Staate zu ihrem Rechte komme, und darum müssen folglich alle gesellschaftlichen Elemente im Landtage oder Reichstage ihre Vertretung finden. Man sage nicht, daß doch thatsächlich überall schon Leute von den verschiedensten Berufsarten gewählt würden, denn ganz abgesehen von der großen Anzahl von Staatsbeamten, welche heute ungehöriger Weise in den parlamentarischen Versammlungen sitzen, ist es gewiß eine viel andere Sache, ob etwa Landwirthe, Fabrikanten, Kaufleute oder Gelehrte u. s. w. durch allgemeine Wahlen in das Parlament kommen, oder ob sie von ihren Standesgenossen als ihre Vertrauensmänner und als Sachverständige entsandt werden. Vollends nichtig wäre der Einwand, daß solcher-

weise nur die Sonderinteressen zur Geltung kämen, nicht aber die allgemeinen Landesinteressen. Woraus entstehen denn diese allgemeinen Landesinteressen, als aus dem Ensemble aller Sonderinteressen? Und eben damit die Sonderinteressen sich zu einem harmonischen Ganzen fügen, darum treten die Abgeordneten der verschiedenen Berufsclassen im Landtage oder Reichstage zusammen.

5.

Einerseits die örtlichen Organisationen, nach Gemeinden, Kreisen, Landschaften oder Provinzen, andererseits die ständischen und Berufsgenossenschaften, — das allein sind die Grundlagen, von wo eine wahre Volksvertretung ausgehen kann. Wie wenig dem das heutige Kopfzahlwahlsystem entspricht, bedarf keiner Worte. Nur ist leider nicht minder klar, wie schwierig es unter den obwaltenden Umständen sein möchte, eine auf wirklich lebendigen Körperschaften beruhende Volksvertretung einzuführen. Jedenfalls wird dahin nicht mit einem Schlage zu gelangen sein.

Mit dem alten System privilegirter und über einander geschichteter Stände ist es unwiederbringlich vorbei. Die Rechtsgleichheit und das allgemeine Staatsbürgerthum wollen schlechterdings anerkannt sein. Das aber zugegeben, ist freilich nicht zu leugnen, daß das Kopfzahlwahlsystem das einfachste Mittel zu sein scheint, um die Rechtsgleichheit zum Ausdruck zu bringen. Durch seine arithmetische Klarheit stellt es sich dem gemeinen Verstande als das allein richtige dar, und es wird erst noch Zeit dazu gehören, ehe die Ueberzeugung von seiner Unzulänglichkeit allgemein durchdringt. So viel dürfte indessen schon heute anerkannt werden, daß das Wesentliche dabei doch eigentlich nur die Forderung ist, daß keine Unterschiede nach Geburt, Reichthum oder Bildung gemacht werden sollen, nicht aber, daß etwa die einzelnen Wahlkreise immer genau dieselbe Wählerzahl enthielten, was ja in der Praxis überhaupt kaum zu erreichen sein möchte. Einen gewissen Spielraum für mehr oder weniger muß man da schlechterdings statuiren. Selbst die hitzigsten Vertreter des allgemeinen Stimmrechts können das nicht bestreiten und fügen sich auch darin, weil solche Unterschiede sich im Ganzen wieder ausgleichen, und so die große Masse dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Damit wäre nun ein Mittel zur Correctur gegeben, von welchem man den ausgiebigsten Gebrauch machen sollte. Dergestalt nämlich, daß die Bildung besonderer Wahlkreise ad hoc überhaupt unterbliebe, indem man sich überall an die schon bestehenden örtlichen Organisationen hielte, wenn dabei auch hier oder da die Wählerzahl gegen die Normalzahl um das Doppelte zu klein oder zu groß ausfiele. Trotzdem würde das Resultat ein besseres sein als heute, insbesondere bei den Reichstagswahlen, wo die Abgeordneten fast niemals von einer wirklichen Corporation ausgehen, sondern, rund herausgesagt, von Menschenhaufen, die nur für den Zweck der Wahl zusammenkommen, und ist der Wahlact vorüber, durch nichts mehr zusammengehalten werden. Was haben solche Abgeordnete hinter sich, was ihrem Auftreten einen reellen Nachdruck zu geben vermöchte? Nichts. Die hohen Worte „hinter uns steht das Volk" verhallen eben in den Wind, weil es selbst nur Wind damit ist. Die Wählerhaufen zerfallen nach dem Wahlact in ihre Atome, und hätten sie auch einen gemeinsamen Willen, so besäßen sie doch kein Mittel, denselben geltend zu machen. Daher die reale Ohnmacht der Kopfzahl-Parlamente. Nur negativ können sie wirken, durch Verweigerung ihrer Zustimmung, wo dieselbe verfassungsmäßig erforderlich ist, positiv durchsetzen können sie gegenüber einer resoluten Regierung, welcher neben der Armee der ganze Verwaltungsapparat zu Diensten steht, so viel als nichts. Es bleibt nur die agitatorische Wirkung ihrer Reden und Resolutionen, wodurch man zwar das Volk in Unruhe versetzt, aber praktisch nichts erreicht.

Wie dem aber auch sei, so kann das allgemeine gleiche Stimmrecht jedenfalls nur durch örtliche Wahlkreise zur Ausführung gelangen, und ist die Sache dann leicht genug, weil doch Jedermann irgendwo seinen Wohnsitz hat. Die Wahl nach Berufsarten hingegen könnte in unserer aufgelösten Gesellschaft überhaupt nicht allgemein sein, weil einigermaßen lebendige Berufsgenossenschaften heute kaum bestehen, sondern allermeist dergleichen erst neu zu begründen wären. Die berufsartige Volksvertretung ist daher zur Zeit nur möglich als eine neben der allgemeinen Volksvertretung stehende besondere Körperschaft. So kämen wir damit auf das Zweikammersystem, welches ja in unseren größeren Par-

ticularstaaten überall besteht. Nun aber wollen wir nicht etwa noch eine dritte Kammer dazu schaffen, sondern unsere Meinung geht vielmehr dahin, daß die jetzt sogenannten Ersten Kammern, Reichsräthe oder Herrenhäuser, selbst zu berufsmäßigen Vertretungskörpern umgebildet werden müßten. Anders wäre hier keine Hilfe.

Allerdings eine große Veränderung, worauf einzugehen den jetzigen Ersten Kammern, Reichsräthen oder Herrenhäusern, vielleicht wie ein Selbstmord erscheinen dürfte. Fragen wir doch aber: was diese Institute eigentlich sind? Offenbar nichts weiter als der Versuch, das Princip der Rechtsgleichheit, nachdem man es in thesi anerkannt, dann hinterher so viel als möglich wieder lahm zu legen, indem man den Ueberresten des alten Feudalstaates noch ein sicheres Asyl verschaffen wollte. Begreiflich genug, daß man darauf verfiel, auch anerkennen wir gern, daß, um den Uebergang aus der alten Zeit in die neue zu vermitteln, dieser Versuch eine gewisse Berechtigung hatte. Allein allmälig haben sich nun die Ueberreste des alten Feudalstaates schon dergestalt ausgelebt, daß die Ersten Kammern unvermeidlich immer ohnmächtiger werden. Von vornherein mit dem Odium der Reaction belastet, haben sie in dem Bewußtsein des Volkes fast nirgends Wurzel geschlagen, und daher auch nirgends einen nennenswerthen Einfluß auf die große Volksmasse zu gewinnen vermocht. Wie sollten sie heute in unseren Particularstaaten noch lange fortleben können, während es im Reiche kein ähnliches Institut mehr gibt? Thatsache jedenfalls, daß sie für die sociale Reform noch viel weniger leisten, als die Kopfzahlkammern.

Als Repräsentanten des großen Grundbesitzes, und damit der agricolen Großwirthschaften, würden gleichwohl die vornehmen Herren der Ersten Kammern auch in einer berufsmäßigen Vertretung noch ihren Platz finden, aber als etwas anderes dürften sie darin nicht gelten wollen. Ob sie Fürsten, Grafen oder Barone heißen, ist dabei gleichgiltig. Diese feudalen Titel bezeichnen heutzutage eben so wenig einen staatlichen als einen socialen Beruf, worauf es hier allein ankommt. Natürlich also würden sich die Herren auch gefallen lassen müssen, daß neben ihnen Repräsentanten aller anderen Berufsclassen säßen, insoweit sich dergleichen zur Zeit organisiren lassen.

Zunächst wird man sich dabei auf die großen Hauptzweige der Volkswirthschaft beschränken müssen, eine weitere Specialisirung der Zukunft vorbehaltend. Man wird daher neben den schon bestehenden Handelskammern Ackerbaukammern einrichten, an deren Bildung aber außer den Großgrundbesitzern auch die Groß- und Kleinbauern Antheil zu nehmen hätten. Desgleichen Handwerkskammern und Fabrikkammern. Diese Kammern würden sich für ihre respectiven Amtssprengel ebenso mit den sachlichen Interessen der betreffenden Wirthschaftszweige zu beschäftigen haben, als andererseits mit den persönlichen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung, so daß von da aus die praktische Regulirung dieser Verhältnisse in Angriff zu nehmen wäre. Weiter dann würden diese Kammern selbst die Wahlcollegien sein für die Vertretung in der hier in Rede stehenden neu zu bildenden parlamentarischen Körperschaft. Würde man nun von jenen Kammern aus vorzugsweise die materielle Seite des Volkslebens in's Auge fassen, so würden hingegen die Vertreter der gelehrten Professionen, wie desgleichen der Kirche, — für welche beide Wahlcollegien einzurichten nicht gar schwierig sein dürfte, — sich um so mehr auf die intellectuelle und moralische Seite des Volkslebens zu richten haben.

Keine Frage, daß eine derartig gebildete parlamentarische Versammlung zur Behandlung der socialen Angelegenheiten unvergleichlich viel geeigneter sein müßte, als unsere Kopfzahlkammern. Daß aber das neue Institut zu Ansehen und Einfluß gelangte, würde dann lediglich von seiner eigenen Thätigkeit abhängen, und in demselben Maße, als es sich bethätigte, würde sich auch seine innere Einrichtung vervollkommnen, und damit allmälig eine das ganze Volk umfassende berufsmäßige Organisation entstehen. Ein apriorisches Schema dazu ließe sich kaum aufstellen und würde jedenfalls nichts nützen. Erst durch die Praxis wird man recht erkennen, worauf es dabei ankommt. Lebendige Einrichtungen schafft nur das Leben selbst. Ist aber der Trieb zu genossenschaftlichen Bildungen in unserem Volke nie ganz erloschen, und offenbar wieder neu erwacht, so bedarf er nur noch eines Organes, um sich praktisch geltend zu machen. Das soll ihm hiermit gegeben werden.

6.

Den Regierungsabsolutismus gebrochen zu haben, ist das unstreitige Verdienst des Liberalismus. Wirkliche Volksfreiheit aber war damit noch lange nicht begründet. Im Gegentheil, der Absolutismus nahm damit nur eine andere Gestalt an: er wurde zum Staatsabsolutismus, der in vieler Hinsicht unter dem liberalen Regime erst recht emporgekommen ist.

Zumeist nämlich dadurch, daß nun statt der Regierung die Gesetzgebung absolut wurde. In der großen französischen Revolution, in welcher das liberale System zuerst zum vollen Durchbruch kam, trat dies sogleich in prägnantester wie abschreckendster Gestalt hervor. Der dabei zu Grunde liegende Gedanke war offenbar, daß alles Recht auf Gesetzen beruhe und wiederum alle Gesetze vom Staat ausgingen. Das einmal zugegeben, so könnte durch die Staatsgesetzgebung am Ende auch das Eigenthum, oder die Ehe, oder die Religion abgeschafft, oder andererseits wohl gar ein neuer Gott decretirt werden, wie doch letzteres unter Robespierre wirklich geschah. Man sieht, in welche Abgründe solche Principien führen, und wie jedenfalls der Liberalismus consequenter Weise kein Recht hätte, dem Socialismus gegenüber entrüstet zu thun, wenn der im Wege der Gesetzgebung die Aufhebung des Privateigenthums forderte. Nur eine socialistische Parlaments-Majorität gehörte dazu, und die Sache würde ganz ordnungsmäßig erledigt.

Selbstverständlich, daß vor solcher allmächtigen Staatsgesetzgebung von einem eigenen Rechte der Gemeinden, Kreise und Landschaften überhaupt keine Rede sein kann. Das aber wieder zugegeben, verliert damit die Volksfreiheit von vornherein ihren realen Boden. Denn für den bei weitem größten Theil des Volkes verläuft sich das ganze Leben der Menschen in ihrem Geburtsort und dessen nächster Umgebung; da liegen die Wurzeln ihrer materiellen Existenz, daran knüpfen sich ihre Lebensgeschicke, ihre Freuden und Leiden. Sollen also die Leute wirklich frei sein, so müssen sie vor allen Dingen das Recht haben, ihre heimathlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten. Daß sie durch die Wahl der Abgeordneten einen winzigen Antheil an der allgemeinen Staatsgesetzgebung gewinnen, damit ist hier wenig geholfen.

Nicht sowohl auf der Gesetzgebung als auf der Verwaltung

beruht zumeist die wirkliche Volksfreiheit, wie seinerzeit schon Niebuhr gesagt. Selbstgesetzgebung des Volkes bleibt in unseren heutigen Staaten unter allen Umständen eine Chimäre, da vielmehr gerade die Gesetzgebung eine Aufgabe ist, welche Kenntnisse und Einsichten fordert, die immer nur sehr Wenige besitzen. Fehlt aber der großen Masse jedes Urtheil darüber, — wie soll sie doch die rechten Gesetzgeber wählen können? Der Mißerfolg ist unvermeidlich, und halten wir uns dabei nur an unsere eigenen Erfahrungen, denn welche Qualität von Gesetzen hat infolge dessen unsere Reichsgesetzgebung geliefert! Mit der Verwaltung hingegen, so weit es nämlich die heimathlichen Angelegenheiten anbetrifft, steht es viel anders. In der Gemeinde, und selbst noch innerhalb eines Landkreises, kennen sich die Leute einigermaßen, und die zur Besorgung der allgemeinen Angelegenheiten tauglichen Männer treten genügend hervor. Oder richtiger gesagt: es könnte so sein, die Sache hätte ihre innere Möglichkeit. Verhält es sich leider in Wirklichkeit doch allermeist anders, so werden wir später sehen, wie es in dieser Hinsicht besser werden könnte.

Nur für den Gemeinderath also und für den Kreistag — oder wie derartige Körperschaften heißen mögen —. wären verständigerweise Urwahlen am Platze, nicht aber für den Landtag und gar für den Reichstag, sondern da müßte die Vertretung aus den Kreistagen und Landtagen selbst hervorgehen. Niemand dürfte dann für den Kreistag gewählt werden, der nicht schon vorher im Gemeinderath gesessen, Niemand zum Landtag, der nicht schon im Kreistag gesessen, Niemand zum Reichstag, der nicht vorher Mitglied eines Landtags gewesen. So baute das Ganze sich stufenmäßig auf, es wäre damit die nöthige Garantie gegeben, daß in die höchste Versammlung nur gereifte und erfahrene Männer einträten.

Steht doch die Art und Weise, wie man heute sozusagen die parlamentarische Carrière macht im auffallendsten Widerspruch zu alle den Grundsätzen, die andererseits für den Staatsdienst gelten, wonach Niemand zu den höheren und höchsten Stellen gelangen kann, der nicht durch die unteren Stufen hindurchgegangen wäre. Bei unserem heutigen Wahlwesen hingegen geschieht es häufig genug, daß Leute, die sich noch durch nichts im öffentlichen Leben bewährt haben, mit einem Schlage zu Mitgliedern des Reichstages

werden. Es gehört nichts weiter dazu, als neben einigem Redetalent und der nöthigen Dreistigkeit, insbesondere einflußreiche Empfehlungen, so ist man auf einmal eine gewaltige Personage geworden, ein unverantwortlicher Volksvertreter und Gesetzgeber. Fürwahr, wo träfe das sarkastische Wort Oxenstierna's „Du weist nicht mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird," — wo träfe es so zu, als bei unseren Parlamentswahlen!

Wird denn die Sache dadurch besser, daß es freilich in allen mit dem Repräsentativsystem beglückten Ländern ganz ebenso geschieht?. Es ist nur ein neuer Beleg dafür, wie viel Blödsinn in diesem System steckt. Oder wollte man uns einwenden: es könnte doch Leute geben, die sich sehr wohl für den Reichstag qualificirten, indessen sie für eine Gemeindevertretung oder Kreisvertretung nicht passen würden, und daß dadurch hervorragenden Capacitäten der Weg zum Reichstag allzusehr erschwert wäre, so soll dies zwar nicht überhaupt bestritten werden, offenbar aber würden es Ausnahmen sein. Keine Regel ohne Ausnahme, und wäre hier leicht genug die Auskunft gefunden, daß die betreffenden Körperschaften selbst die Befugniß erhielten, in gewissen Fällen Dispensation zu ertheilen. Endlich aber — muß man denn durchaus im Reichstage sitzen, um sich geltend zu machen, oder bieten nicht auch noch die freien Versammlungen und die Presse ein Organ dazu?

Unser Grundgedanke ist mit einem Worte: daß die höheren Vertretungskörper durch Delegation zu bilden wären, als der unerläßlichen Bedingung um den unteren Körperschaften, von welchen dann die Vertretung ausginge, die nöthige Selbständigkeit zu sichern. Vor allem gilt dies heute im Verhältniß der deutschen Einzelstaaten zum Reiche. Besteht da ein Reichstag, dessen Mitglieder schlechtweg das sogenannte deutsche Volk (freilich einschließlich gegen drei Millionen Slawen, wie ausschließlich acht Millionen deutsche Oesterreicher!) zu vertreten haben, gerade als ob es besondere deutsche Staaten überhaupt nicht mehr gäbe, — worauf kann das hinauslaufen, als daß solcher Reichstag wie mit innerer Nothwendigkeit zur Absorbirungsmaschinerie wird, welche die den Einzelstaaten einstweilen noch verbliebenen Competenzen Stück für Stück verschwinden macht, so daß zuletzt ganz Deutschland sich in eine uniforme Masse verwandelt? Das ist hier die Perspective.

Es ist dies um so mehr das unvermeidliche Endresultat, als auch in Preußen selbst, welches nach seinem heutigen Umfang allein schon $^2/_3$ des neuen Deutschlands umfaßt, die Volksvertretung eben so wieder, ohne alle Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Provinzen kurzweg auf die ganze Volksmasse basirt ist, so daß natürlich die Provinzialversammlungen gegenüber dem allgemeinen preußischen Landtag, in welchem die Provinzen als solche gar nicht vertreten sind, nie eine reelle Bedeutung erlangen können. Für den preußischen Landtag gibt es keine Rheinländer, keine Westphalen u. s. w., sondern lediglich Preußen. Aehnlich gibt es für den bayerischen Landtag keine Franken oder Rheinpfälzer, sondern lediglich Bayern. Ob aber die Leute in Franken und in der Rheinpfalz auch dadurch, daß man so thut, als ob ihre Stammeigenthümlichkeit nicht bestände, zu wirklichen Bayern werden? Ich glaube nicht, sondern wahrscheinlich noch weniger, als die Rheinländer und Westphalen, oder die annectirten Hannoveraner und Hessen, durch den gemeinsamen preußischen Landtag je kurzweg zu Preußen werden dürften. Vielmehr wird der Versuch, eine der Natur der Dinge widersprechende Einerleiheit herzustellen, hinterher in's Gegentheil umschlagen. Was ist es aber, woraus alle solche Verirrungen entspringen? Nichts weiter als der Staatsabsolutismus.

7.

So geringschätzig sich so nennende Praktiker von aller Theorie zu denken pflegen, — sie wissen nur allermeist nicht, wie sehr sie selbst davon beherrscht werden. Denn was in dem heutigen Staatsabsolutismus hervortritt, sind eben nur die praktischen Folgen der aus dem abstracten Staatsbürgerthum abgeleiteten Theorien. So verhängnißvolle Folgen, daß es wohl der Mühe lohnt, zu fragen: wie man auf solche Theorien gerathen konnte? Dies dann erkannt, wird auch die Sinnlosigkeit um so deutlicher in's Auge springen.

Zumeist also hat gewiß das mißverstandene Vorbild der antiken Republiken dazu verleitet. Mißverstanden nämlich, weil die heutige Welt auf ganz anderen Lebensbedingungen beruht als die antike, deren Staatsbürgerthum offenbar eine doppelte Voraussetzung hatte. Erstens, daß der Staat seinem Kerne nach nichts

anderes war als die Stadt, daher die Staatsbürgerschaft auch wirklich einen einheitlichen Körper bildete. Zweitens aber, daß die Bürger für die materiellen Arbeiten Sclaven hielten, in Folge dessen sie Mittel und Muße hatten, ihre Hauptthätigkeit auf den Staat zu richten, und damit der Schwerpunkt ihres Wesens eben in ihrem Staatsbürgerthum lag. So handgreiflich nun ist, daß in der modernen Welt von beidem keine Rede sein kann, geschah es trotzdem, daß seit der Renaissance, wodurch sich die Köpfe mit antiken Ideen erfüllten, auch das politische Denken dadurch beeinflußt wurde. Um sich davon zu überzeugen, braucht man ja nur den Machiavelli zu lesen, als den ersten Bahnbrecher der ganzen modernen Staatswissenschaft, auf welchen dann Bodinus folgte. Und dieser Einfluß dauert noch bis heute fort.

Kann es doch nicht ohne Wirkung bleiben, daß unsere Jurisprudenz sich in dem Studium des römischen Rechtes concentrirt, durch dessen Schule fast alle höheren Beamten hindurchgingen. Wie überhaupt, daß unserer Jugend die glänzenden Bilder des antiken Staatslebens vor Augen gestellt werden, indessen man sie nur allzuwenig darüber belehrt, auf welchen Bedingungen dieses Staatsleben beruhte, noch welche Schattenseiten es hatte. Am augenfälligsten die, daß, wenn der antike Hauptstadtsstaat sich erweiterte, die neu hinzugekommenen Gebiete von der Hauptstadt aus beherrscht und ausgebeutet wurden. So selbst in Griechenland unter der Hegemonie von Sparta und Athen, um wie viel mehr unter der römischen Republik, nachdem sie zuletzt den ganzen mediterranen Länderkreis zu römischen Provinzen gemacht, d. h. zu unterthänigen Ländern. Was Wunder also, nachdem einmal antike Ideen zur Herrschaft gekommen, wenn in unseren heutigen Staaten die Hauptstädte nun auch die Miene annehmen, als ob sie selbst den Kern des ganzen Staates bildeten, und auf die Provinzen wie auf ihre unterthänigen Gebiete herabblicken! In Paris spricht man allgemein in solchem Tone; es ist daselbst zur officiellen Redeweise geworden. Gerade als ob Frankreich aus Paris und den von Paris abhängigen Provinzen bestände! In Berlin hat man nicht übel Lust, in denselben Ton zu verfallen. Es geberdet sich als der Kern des preußischen Staates, wenn nicht gar schon von ganz Deutschland. Wer nicht in Berlin lebt, ist ein Provinziale, ein Wesen niederer

Art, das von da aus die Parole zu empfangen hat. Vielleicht durch den Kladderadatsch und die übrigen berliner Judenblätter.

Das wäre das Eine. Andererseits kam noch das sogenannte Naturrecht hinzu. Richtiger naturwidriges Recht zu nennen, da es von allen Naturbedingungen des menschlichen Lebens abstrahirt, indem es den Menschen zu einem bloßen Rechtssubject machen will. Als bloße Rechtssubjecte bilden dann wirklich Alle eine gleichartige Masse. Keine Rede von Stand und Beruf, noch von Besitz oder Bildung, der Eine ist wie der Andere. Keine Rede desgleichen von Stammeseigenthümlichkeiten, von heimathlichen und landschaftlichen Gewohnheiten, Bedürfnissen und Interessen. Alles verschwindet in dem Abgrund des Staates und des Staatsbürgerthums.

Unter solchen Voraussetzungen concentrirt sich dann die ganze Aufgabe der politischen Organisation in der Einrichtung der sogenannten Staatsgewalten, welche das Grundgerüst des ganzen Staatskörpers bilden sollen. Kein Gedanke daran, daß es weit mehr die Gliederung nach Landschaften, Kreisen und Gemeinden ist, worauf in Wirklichkeit der Bau der Staaten beruht, und woran sich auch die sogenannten Staatsgewalten selbst anschließen müssen, wenn sie inneres Leben haben und nicht eine bloße Maschinerie bleiben sollen. Statt dessen gelten nach der herrschenden Denkweise die Staatsgewalten als für sich bestehende Existenzen, die realen Bestandtheile des Staates hingegen — Landschaften, Kreise und Gemeinden — nur als das von den Staatsgewalten zu verarbeitende Material. Und bei solcher Arbeit mitzuwirken ist auf diesem Standpunkt die principale Aufgabe der Volksvertreter. Ei, so werden die Volksvertreter vielmehr Zertreter der Autonomie der Landschaften, Kreise und Gemeinden, wovon der moderne Staat überhaupt nicht gern mehr hören will.

„Nur kein Staat im Staate!“ gilt ihm als oberster Grundsatz. Was heißt das aber, als daß es im Staate nichts mehr geben soll, was ein in sich selbst beruhendes Leben hätte? Ich sage vielmehr: wenn Gemeinden, Kreise und Landschaften wirklich ein eigenes Leben haben sollen, so sind sie allerdings Staaten im Staate, der sich selbst schon in jeder Dorfgemeinde abspiegelt. Die hat an ihrem Gemeinde-Vorsteher — Schulze, Bauermeister, oder

wie er heißen möchte — ihren Regenten, dazu ihr Parlament an dem Gemeinderath, ihr Dorfgericht, oder sollte es wenigstens haben, wie auch ihr Finanzwesen. Natürlich das alles in einfachster Gestalt. Höher entwickelt schon in der Kreisorganisation, noch höher in der landschaftlichen. Innerhalb ihrer Competenz und für ihre besonderen Interessen sind also Gemeinden, Kreise und Landschaften wie kleine Staaten. Und daß sie so behandelt werden, macht das Wesen einer föderativen Verfassung aus, die allein wirkliche Volksfreiheit zu gewähren vermag. Werden sie hingegen in unseren sogenannten constitutionellen Staaten nicht entfernt so behandelt, so entspringt daraus auch nur ein modificirter und verschleierter Absolutismus.

Da wird das ganze Land nicht nur von oben herab regiert und mit allgemeinen Gesetzen überschüttet, sondern auch das Recht wird von oben herab gesprochen. Denn das ist auch wieder ein Hauptgrundsatz des Constitutionalismus: „Alle Justiz geht vom Staate aus.“ Nein, sage ich, sie erhält im Staate nur ihren letzten Abschluß; ausgehen muß die Justiz vielmehr von den verschiedenen Sprengeln, für welche die Gerichte bestehen. Lebt denn in Gemeinden, Kreisen und Landschaften nicht an und für sich schon ein Rechtsbewußtsein, oder muß ihnen das erst von der Centralgewalt eingeflößt werden? Haben sie hingegen ein eigenes Rechtsbewußtsein, so müssen sie auch ein Gericht haben, welches ihnen angehört. Für eine föderative Verfassung ist das eine unentbehrliche Lebensbedingung. Soll aber nur die Staatsgewalt ein eigenes Rechtsbewußtsein besitzen, so ist es freilich folgerichtig, daß sie von oben herab die Richter in das Land sendet, um nach dem staatlichen Rechtsbewußtsein Recht zu sprechen. Die Gerichtssprengel werden dann ad hoc gebildete Bezirke, die mit der Gliederung nach Gemeinden, Kreisen und Landschaften nichts zu schaffen haben.

Das Alles geschieht heute vor unseren Augen. Denn gerade wie sich über das ganze Reichsgebiet eine uniforme Militärorganisation verbreitet, so soll auch eine uniforme Gerichts-Organisation hinzukommen, und sind nur erst die neuen Gesetzbücher fertig, so wird nichts mehr hindern, daß, — ähnlich wie Officiere von einem Regiment zum andern abcommandirt werden — zum Triumph der deutschen Einheit auch ein Richter etwa von Königs-

berg nach Straßburg, oder von Hamburg nach München versetzt werden kann. Natürlich „im Interesse des Justizdienstes". Will sagen: im Interesse der öffentlichen Gewalt, zu deren Diener damit der Richter wird, anstatt der Diener des Rechtes zu sein. Daß er doch in einem geistigen Zusammenhang und in einiger Lebensgemeinschaft mit der Bevölkerung stehen müsse, für welche er Recht sprechen soll, hieße die hohen Ideen des Constitutionalismus verkennen. Gleichviel: wer hier nicht den Absolutismus hindurchscheinen sieht, und zwar diesmal den Reichs-Absolutismus, der hat ein Brett vor dem Kopfe.

8.

Je mehr überhaupt das ganze Staatswesen einen militärischen Zuschnitt erhält, um so mehr neigt es zum Absolutismus, wie andererseits das Militärwesen auch das Hauptmittel war, wodurch der Absolutismus emporkam. Erst die stehende Armee gab der Regierungsgewalt der Bevölkerung gegenüber eine unwiderstehliche Macht, und wo die Regierung eine solche Macht besitzt, da kann Volksfreiheit nur als eine Gnadenbewilligung bestehen. During pleasure, oder höchstens during good behavior, was aber good behavior sei, hat wieder die Regierung selbst zu entscheiden. Tüchtige Steuern zahlen und im übrigen Ja sagen, dürfte dabei die Hauptbedingung sein. Klar demnach, wie viel für die Volksfreiheit von den militärischen Einrichtungen abhängt. Sogar die ganze Staatsverfassung, wie schon Aristoteles wußte.

Es ist dies eine eben so wichtige als complicirte Materie, indem dabei noch außerdem zu berücksichtigen bleibt, daß das Militärwesen neben seiner eigentlich staatlichen Seite zugleich eine rein technische Seite hat, und ferner, daß das jedesmalige Militärsystem durch die Weltlage des betreffenden Staates bedingt ist, was alles Dreies doch untrennbar in einander greift. Dazu gehörten dann sehr vielseitige Untersuchungen, wovon an dieser Stelle keine Rede sein kann. Wir haben hier nur einige Bemerkungen zu machen, wozu wir durch den Gang der vorhergehenden Erörterungen unabweislich veranlaßt wurden.

Da ist nun einleuchtend, daß, was der Armee dem Volke

gegenüber eine so gewaltige Uebermacht gibt, zuvörderst ihre feste Organisation ist, vermöge deren sie durch einen einheitlichen Willen in Bewegung gesetzt wird. Darum muß die Uebermacht der Armee um so größer sein, je mehr hingegen das Volk zu einer aufgelösten Masse geworden, zu einem Haufen atomer Individuen. Was bedeutet solch ein Haufen, wenn er auch Waffen hätte, gegenüber geschlossenen Bataillonen? An einen activen Widerstand ist da von vornherein kaum zu denken. Nur die großen Städte bieten dazu noch eine Möglichkeit, weil dort das Militär nur in kleinen Abtheilungen operiren, und infolge dessen gegenüber einer plötzlich in Wuth versetzten großen Volksmasse, welche sich durch die Gebäude in halb gedeckter Stellung befindet, in Nachtheil gerathen kann. Das bezeugen die Thatsachen. Seit 1789 gingen alle Revolutionen von den großen Städten aus, insbesondere von den Hauptstädten. War dann die Militärmacht in der Hauptstadt gebrochen, so fiel auch die Regierung um so gewisser, je mehr sie sich auf das Militär gestützt hatte. Ein glücklicher Aufstand in der Hauptstadt führte zu einem allgemeinen Umschwung, der ganze Staat erhielt auf einmal eine neue Verfassung, die ihm gewissermaßen von der Hauptstadt octroyirt wurde. Was ist das aber, als eben nur die Kehrseite des Absolutismus? Und so ist es andererseits die Kehrseite des Militarismus, daß gelegentlich auch ein gegen die Regierung aufstätziger General, welcher die Sympathie seines Armeecorps besitzt, eine Revolution machen kann, wie man in Spanien wiederholt gesehen. Im Grunde genommen etwas Aehnliches, als wenn im alten römischen Imperium die Prätorianer einen neuen Augustus proclamirten, oder die Legionen in den Provinzen einen neuen Cäsar.

Ist es also der aufgelöste Zustand der Gesellschaft, welcher der Armee eine so überlegene Macht gibt, so muß der Militarismus wohl erst recht zur Blüthe gelangen, wenn die an und für sich schon so incohärente Bevölkerung sich noch obendrein in feindliche Classen spaltet, wie heute in die besitzende Classe und in die besitzlose Arbeiterclasse. Sich selbst unter den Schutz der Bajonette zu begeben, mag dann der besitzenden Classe, deren physische Kraft gegenüber der großen Arbeitermasse fast nichts bedeutet, als das einzige Rettungsmittel erscheinen. Nur bezahlt sie das auch mit dem Verlust ihrer politischen Freiheit, und wird sich nicht darüber

beklagen dürfen, wenn infolge dessen der Soldateska immer mehr der Kamm schwillt, noch über den wachsenden Steuerdruck. Der Militarismus ist dann gewissermaßen zu einem ganz natürlichen Product der Verhältnisse geworden. Sinnlos, ihn durch parlamentarische Beschlüsse wegdecretiren zu wollen. Denkt man ernstlich ihn zu überwinden, so gehört erst eine sociale Organisation dazu, deren Wichtigkeit damit auch unter diesem Gesichtspunkt hervortritt.

Weiter beruht die Militärherrschaft darauf, daß der Soldat alle heimathlichen und landschaftlichen Bande abstreift, indem die Rekruten aus den verschiedensten Gegenden durcheinander geworfen werden, damit sie sich nur noch als ein Partikelchen der einheitlichen Armee fühlen, welche dadurch um so mehr zum willenlosen Instrument der Regierungsgewalt wird. Die politische Centralisation folgt dann ganz von selbst. Für eine föderative Verfassung hingegen ist es wesentlich, daß die Armee nur aus den Contingenten der Gliederstaaten bestehe, insofern es sich um einen förmlichen Bundesstaat handelt. Und soll die Verfassung eines Einheitsstaates zugleich doch einen föderativen Charakter annehmen, so muß dann wieder für die einzelnen Provinzen oder Landschaften dasselbe gelten.

Hiernach fehlt zur letzten Vollendung der Militärherrschaft nur noch, daß allein die stehende Armee Waffen führt, und so das Volk ausdrücklich wehrlos gemacht ist. Ein Zustand, welchen eben der Absolutismus wesentlich mit herbeigeführt hat, indem die ehemaligen Landmilizen und städtischen Bürgerwehren, insoweit sie nicht in sich selbst abstarben, von oben herab beseitigt wurden. Ganz entsprechend den Veränderungen im Gerichtswesen, wo die volksthümlichen Elemente durch lediglich vom Landesherrn abhängige gelehrte Richter ersetzt wurden, und eben so entsprechend der Beseitigung der ehemaligen Selbstverwaltung durch eine landesherrliche Beamtenschaft. Gehörte aber das alles zusammen, um das Volk zu einer blos regierten Masse herabzudrücken, so gehört dann folglich auch zur Wiederherstellung der Volksfreiheit, daß nicht nur wieder eine Betheiligung des Volkes bei der Rechtsprechung, und eine Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Provinzen hergestellt werde, sondern das unerläßliche Seitenstück dazu sind dann auch: für die größeren Städte Bürgerwehren, wie für die

Landkreise Kreiswehren. Ohne dies bleibt alle Volksfreiheit illusorisch.

Aber wiederum erklärlich genug, wenn gerade von diesen Einrichtungen der Militarismus am wenigsten hören will, weil das direct auf Einschränkung seiner Herrschaft zielte. Er macht sich dabei leichtes Spiel solche Forderung abzulehnen, indem er auf die Erfahrungen hinweist, die man im Jahre 48 mit den damals eingerichteten Bürgerwehren gemacht habe. Nun, es hätte wohl ein Wunder geschehen müssen, wenn, was man damals im Zustand vollster Aufregung mit einem Schlage improvisirte, sich nicht bald darauf als verfehlt und unhaltbar erwiesen haben sollte. Gewiß also müßte die Sache viel anders angegriffen werden, und könnte sich nur im allmäligen Fortschritt entwickeln. Zudem — Kreiswehren einzurichten, hat man damals gar nicht versucht, und doch scheint wohl selbstverständlich, wenn es sich hier überhaupt um eine ernstgemeinte Einrichtung handelt, welche einen integrirenden Factor der ganzen Staatsverfassung bilden soll, daß sie dann nicht blos für die größeren Städte bestimmt sein kann. Anderenfalls wäre sie todtgeboren.

Nichts besagt es desgleichen, daß angesichts des heutigen Kriegswesens solche Bürgerwehren und Kreiswehren für eigentlich kriegerische Zwecke sehr wenig leisten könnten. Das soll auch gar nicht ihre Bestimmung sein. Zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung hingegen werden sie — im gewöhnlichen Verlauf der Dinge — vollkommen ausreichen. Und dahin geht gerade die Absicht, daß in dieser Hinsicht die Bevölkerung sich selbst schützen können soll, ohne daß erst die centrale Staatsgewalt ihre Soldaten schickt. Sonst verlieren die Leute alles Selbstgefühl.

Die Hauptsache ist aber erst, daß solche Bürgerwehren und Kreiswehren zur Zeit das wirksamste und am ehesten anwendbare Mittel sein würden, um in den Bürgerschaften und unter den Kreisinsassen — durch die gemeinsamen Waffenübungen — einen lebendigen Zusammenhang herzustellen. Und wie viel würde das bedeuten! Man frage sich doch nur: was ist denn heute die Bürgerschaft in unseren Großstädten? Nicht viel mehr als ein zusammengepreßter Menschenhaufe. Selbst in den Mittelstädten steht es nicht gar viel besser, und was die Kreisbevölkerungen anbetrifft,

die bilden freilich keinen zusammengepreßten Haufen, um so mehr aber nur eine Summe zerstreuter Elemente. Wie soll sich da eine reelle Selbstverwaltung entwickeln, wenn die Kreisinsassen gar nie in persönlichen Contact mit einander kommen? Um aber solchen persönlichen Contact herzustellen, gibt es für die Landkreise gar kein anderes Mittel, als daß die Leute dann und wann in Compagnien und Bataillonen zusammentreten. Für die Mittelstädte mögen als zusammenhaltende Bande noch die gewerblichen Innungen hinzukommen, welche in dieser Hinsicht gerade in den Mittelstädten sich wohl am ehesten wirksam erweisen könnten. Vorausgesetzt, daß sie selbst rechte Lebenskraft besäßen, was doch zur Zeit nicht der Fall ist, und bei dem besten Willen nicht so bald zu erwarten sein dürfte. Für die eigentlichen Großstädte hingegen würden die Innungsbande in keinem Falle ausreichen, um einen lebendigen Zusammenhang der Einwohnerschaft zu begründen. Am allerwenigsten für eine Stadt wie Berlin, wo die ganze Selbstverwaltung schon thatsächlich zur Illusion geworden, indem statt dessen eine Cliquenherrschaft entstand, und die Dinge unaufhaltsam dahin treiben, daß zuletzt nur noch eine bureaukratische Präfectenverwaltung möglich sein wird, da aller innere Zusammenhang der Einwohnerschaft verschwindet.

Geschieht also nichts zur Begründung von Bürgerwehren und Kreiswehren, so muß der Militarismus wohl immer fortschreiten. Die ganze Bevölkerung zerfällt infolge dessen in zwei Abtheilungen: Militär und Civil, die wie zwei verschiedene Völker sind, mit verschiedenen Sitten und unter einem verschiedenen Rechte lebend; das Militär dann als die herrschende Classe, die Civilbevölkerung als die beherrschte Classe. Ein halbbarbarischer Zustand, und eine wahre Satyre auf den sogenannten Rechtsstaat, daß das Soldatenthum über dem Staatsbürgerthum steht! Spaltet sich dabei die Civilbevölkerung wieder in die besitzlose und in die besitzende Classe, — was ist hinfort noch die Nation, und was bedeutet es unter solchen Umständen von Nationalleben zu reden, wo die Nation nur noch eine mechanisch zusammengehaltene Masse ist?

Eine deutsch föderative Verfassung und Entwickelung ist damit von vornherein unmöglich. Denn wie schon gesagt: auf seine Grundtendenz zurückgeführt, bezweckt der Föderalismus nichts anderes,

als daß an die Stelle des Antagonismus die Cooperation trete, statt dessen — wie heute die Dinge liegen — der Antagonismus fortwährend wächst, und noch obendrein gehegt und gepflegt wird. Wer also noch ferner von Föderalismus reden will, der soll auch wissen was dazu gehört. Nämlich eben so ein Umschwung in den inneren Verhältnissen, als — wie wir später sehen werden — in den auswärtigen Verhältnissen, da zur Zeit in beider Hinsicht vielmehr eine antiföderative Richtung herrscht.

V.

Besondere Bemerkungen über das Königthum.

Sprachen wir bisher von dem Bau, von der inneren Gliederung und von den Einrichtungen des Staates, so müssen wir insbesondere noch von dem Königthum sprechen, in welchem sich in unseren monarchischen Staaten die ganze Verfassung concentrirt. Und was in dieser Hinsicht von dem Königthum gilt, gilt überhaupt von dem souveränen Fürstenthum, welchen Titel es auch führen möge. Was ist also das Wesen des Königthums an und für sich, was kann und soll es leisten? Darüber sich klar zu werden ist um so nothwendiger, als sich darüber seit vielen Jahrhunderten ein Nebel verbreitet hat, der sich noch immer nicht ganz verzogen, und den man sogar von gewissen Seiten künstlich zu erhalten beflissen ist.

1.

Vor allem meinen wir damit die Ansicht, wonach das Königthum eine von Gott angeordnete Gewalt sein, oder sogar einen specifisch christlichen Charakter haben soll. Das Letztere betreffend, ist es dann zumeist der paulinische Ausspruch über die obrigkeitliche Gewalt, worauf theologisirende Politiker sich zu berufen lieben, während doch die apostolischen Worte selbst vielmehr besagen, daß jede obrigkeitliche Gewalt von Gott sei, und folglich eine specifische Beziehung auf das Königthum, und gar auf das Erbkönigthum,

rundweg ausschließen. Und was war denn eigentlich zur Zeit des Apostels die damalige höchste Gewalt, d. i. das Imperatorenthum? Offenbar dem Kerne nach nur eine Metamorphose der ehemaligen republikanischen Gewalt, entstanden durch Usurpation und Accumulation republikanischer Aemter[1]). Gehen wir darauf an das alte Testament, so lesen wir (1 Samuelis 8.), daß das Königthum da vielmehr als ein heidnisches Institut dargestellt wird. Und als gleichwohl die Juden einen König erhielten, verlautete dabei kein Wort von der Erblichkeit der königlichen Würde, sondern gerade der erste König wurde hinterher wieder abgesetzt.

Es ist ja ersichtlich genug, wie sich erst infolge der frühzeitig eingetretenen Verquickung der Kirche mit den staatlichen Gewalten die Vorstellung von einer besonderen göttlichen Sanction des Königthums bildete, wonach dann der Thron zur Seite des Altars stand. Desgleichen aber zeigt die Geschichte auch, wie solche Verquickung zum Verderben der Kirche führte, die dadurch verweltlicht und zuletzt der Staatsgewalt dienstbar gemacht wurde. Und andererseits gereichte das hinterher nicht minder zum Verderben des Königthums, welches in demselben Maße, als es sich auf seine göttliche Sanction stützen zu können vermeinte, ebenso das Verständniß für seine wirklichen Hilfskräfte wie für seine menschlichen Pflichten verlor. Da brach endlich die Katastrophe über das Königthum herein, zunächst in England, darauf mit viel tiefer greifenden und weiter reichenden Folgen in Frankreich. Hat man seitdem schon den Sturz so mancher Throne und so mancher Dynastien gesehen, oder wie so mancher neu errichtete Thron und so manche neu gestiftete Dynastie hinterher wieder verschwanden, und hat man insbesondere gesehen, wie ein König von dem andern verdrängt wurde, so muß zuletzt wohl dem schlichtesten Verstande einleuchten, was von der göttlichen Sanction des Königthums zu halten sei.

Fürwahr, mit solcher Behauptung sollte man nicht mehr auftreten, wo das Volk lesen und schreiben lernt. Hat gleichwohl neuerdings ein David Strauß, nachdem er die Mysterien des Chri-

---

1) Ein Mehreres über den Mißverstand jener paulinischen Worte und den damit getriebenen Mißbrauch in meiner Schrift „Der Untergang der alten Parteien u. s. w.“ 77.

stenthums in Mythen aufgelöst, statt dessen von einem Mysterium der Monarchie geredet, so war das vielmehr wohl die wirksamste Satyre auf alle solche Versuche, menschliche Dinge in's Uebermenschliche zu ziehen. Das Christenthum also — das hätten die Menschen sich selbst gemacht, die Monarchie hingegen wäre vom Himmel gefallen! Daß es aber gerade diesem skeptischen Kopfe begegnen mußte auf solchen Blödsinn zu gerathen, das ist zugleich der Humor daran.

Nein, nichts von einer göttlichen Sanction des Königthums, nichts überhaupt von mysteriösem Wesen! Vielmehr liegt es im eigensten Interesse des Königthums, allen mysteriösen Schein abzuthun und abzuweisen, welcher ihm doch selbst nur den Blick trüben würde, wo vor allem Klarheit noth thut. Denn der müßte mit sehenden Augen blind sein, der nicht sähe, wie wir uns in einem allgemeinen Umschwung der Dinge befinden, zu welchem die Revolution von 1789 nur den entscheidenden Anstoß gab, und welcher nach menschlichem Ermessen noch lange nicht zu seinem Ziele gelangt ist. Das aber anerkannt, so ist auch wieder selbstverständlich, welche Gefahren dabei dem Königthum drohen. Ob es dann in diesem allgemeinen Umschwung untergehen, oder neu gekräftigt daraus hervorgehen wird, — wovon dürfte das zumeist abhängen, als von der Stellung, die das Königthum gegenüber den Zeitbewegungen selbst einnehmen wird? Denn ist es keine göttliche Stiftung, so ist es auch dem Wechsel menschlicher Dinge nicht entrückt. Es muß seine Kräfte aus der geschichtlichen Entwickelung entnehmen, und wenn seine alten Wurzeln abstarben, statt dessen in dem durch die Ereignisse selbst sich bildenden neuen Boden auch neue Wurzeln schlagen. Sonst werden die Stürme die königliche Eiche darniederwerfen, der nicht gleich niedrigen Gewächsen gegeben ist, sich unter dem Sturme beugen zu können, um sich hinterher wieder aufzurichten.

2.

Der feudale altständische Gesellschaftsbau, worauf der Thron so viele Jahrhunderte lang geruht hatte, besteht nicht mehr, oder was davon noch vorhanden sind morsche Trümmer, die über Nacht zusammenfallen können. Die Monarchie selbst hatte daran gearbeitet,

die altständischen Zwischengewalten zu brechen. Sie schuf das Staatsbeamtenthum und das stehende Heer, worauf sie sich seitdem vornehmlich stützte. Allein damit ging es auch zur Neige, oder geht allmälig zur Neige.

Galt für den Beamtenstaat das Volk kurzweg als eine regierte Masse, deren beschränkter Unterthanenverstand gar nicht an die Staatsangelegenheiten hinanreiche, so wollte das allmälig erwachende Freiheitsgefühl des Volkes solche Behandlung nicht mehr ertragen. Die militärische Stütze andererseits, so imponirend sie erschiene, ist gleichwohl doch nur ein Nothbehelf, und je mehr die Monarchie sich darauf verlassen wollte, um so mehr würde sie durch den daraus entspringenden, so drückende Lasten mit sich führenden, Militarismus sich unpopulär machen.

„Nicht Roß, nicht Reisige
Sichern die steile Höh'
Wo Fürsten steh'n",

singt man ja noch heute in Preußen. Es wäre eine bedenkliche Emendation, sollten die Worte in Zukunft lauten:

„Nur Roß, nur Reisige u. s. w."

Die Sache aber an und für sich betrachtet — entspricht denn überhaupt der Militarismus dem Wesen des erblichen Königthums? Nein, er untergräbt es, indem er vielmehr zum Cäsarismus hindrängt, welcher dann den glücklichen General auf den Thron erhebt. Germanisches liegt auch nicht darin, sondern, wie Tacitus berichtet, unterschieden die alten Germanen sehr wesentlich zwischen dem König und dem Feldherrn. »Reges ex nobilitate, duces ex virtute sumunt,« von Erbansprüchen eines begünstigten Geschlechtes auf die Feldherrnschaft keine Rede. Und blicken wir auf die thatsächlichen Verhältnisse der Gegenwart, so wird es gerade durch die allgemeine Wehrpflicht, wohin der Militarismus zuletzt selbst geführt, auf die Dauer unmöglich, daß die Armee eine für sich bestehende Macht bilde, mittelst deren sich das Volk beherrschen ließe. Je mehr also der Militarismus noch fortschreitet, um so gewisser hebt er sich selbst auf.

Weiter — wie es mit dem Constitutionalismus steht, haben wir zum Theil schon gesehen, hier nur noch die Frage: wie es sich mit der Stütze verhalte, die er dem Königthum böte?

Darauf nun wird schon um deswillen nicht groß zu rechnen sein, weil die constitutionelle Monarchie, wie sie auf dem Continent besteht, wesentlich infolge der Revolution in's Dasein trat, als ein zeitweiliger Waffenstillstand zwischen dem Könige und dem Volke, oder näher dem Bürgerthum. Ging also der Constitutionalismus nicht vom Königthum aus, welches ihn vielmehr acceptiren mußte, so liegt es auch offenbar in dem Wesen dieses Systems, daß es in seiner Fortentwickelung das Königthum immer mehr in den Hintergrund schiebt, und ihm die Fähigkeit zu einer selbständigen Action nimmt. Es will den König aus allem unmittelbaren Contact mit dem Volke bringen, er soll nur noch der passive Träger der höchsten Gewalt sein, nicht aber die höchste Gewalt selbst üben. Auch dies wieder ungermanisch, die altgermanischen Könige traten persönlich auf. Der constitutionelle König darf dies nicht, wie man auch in der Debatte nicht von ihm sprechen darf. Angeblich aus Ehrfurcht vor der Krone, indessen thatsächlich vielmehr die Folge daraus entspringt, daß das Königthum zu einer Schattenexistenz herabsinkt, indem die constitutionelle Fiction „Der König kann kein Unrecht thun" zuletzt unvermeidlich dahin führt, daß er überhaupt nichts mehr thun kann. Wer selbstthätig auftritt, der unterliegt auch der Möglichkeit Unrecht zu thun. Und ist denn die Schattenexistenz, zu welcher der Constitutionalismus das Königthum herabdrückt, doch wenigstens als eine gesicherte zu erachten? Darüber liegen auf dem Continent bereits mißliche Erfahrungen vor. Kam es zu einer gewaltsamen Volksaufregung, so hielt man sich keinesweges an das verantwortliche Ministerium, sondern man stürzte den Thron.

Endlich ist es auch damit nichts, wie neuerdings gemeint zu werden scheint, daß das Königthum seine moralische Stärke darin zu suchen habe, daß es die Nationalität repräsentire, und darum das Nationalitätsprincip zur praktischen Geltung zu bringen streben müsse. Wir werden über dieses Princip weiterhin noch ausführlich zu sprechen haben, hier genügt schon das Eine, daß jedenfalls die Nationalitätsschwärmerei keine innere Verwandtschaft mit monarchischer Gesinnung hat. Die Republik kann die Nationalität auch zur Geltung bringen, unter Umständen vielleicht besser als die Monarchie. Und ist nicht das Nationalitätsprincip an und für sich selbst ein hochrevolutionäres Princip, indem

es den ganzen geschichtlichen Bau des europäischen Staatensystems ignorirt und negirt? Sich auf dieses Princip stützen zu wollen, hieße für das Königthum mit dem Feuer spielen. Wer weiß, wie bald das namentlich in dem neuen Italien sich thatsächlich bewähren wird.

Demnach müssen wir uns schon nach anderen Mitteln umsehen, wodurch das Königthum neue Kräfte gewinnen könnte. Und da scheint wohl nichts so wichtig und so nahe liegend, als daß das Königthum sich der durch die Zeitverhältnisse jetzt so dringend gewordenen Aufgabe der *Reorganisation der Gesellschaft* zu widmen hätte. Das würde ihm neue Kraft geben, und dadurch gewönne es die sicherste Grundlage für seinen Fortbestand. Vorausgesetzt nämlich, daß das Königthum solche gesellschaftliche Reorganisation sich nicht etwa aufdringen und abringen ließe, wie vordem mit dem Constitutionalismus geschah, sondern, die Initiative ergreifend, selbst die Sache thatkräftig in die Hand nähme und zur Ausführung brächte. Denn dadurch würde ja die neue gesellschaftliche Organisation von Anfang an auf's innigste mit dem Königthum verwoben sein, ihr eigener Bestand an den Bestand des Königthums gebunden. Ganz wie vordem der alte feudale und pyramidale Gesellschaftsbau ohne die Spitze des Königthums nicht einmal gedacht werden konnte. Doch wie gesagt, dieses alte System übereinander geschichteter Stände existirt eben nicht mehr. Statt dessen gilt es jetzt eine neue Organisation, die — auf dem Boden der heutigen Rechtsgleichheit — sich nur als ein System ineinandergreifender Lebenskreise darstellen kann. Das Königthum dann als der vereinigende Mittelpunkt betrachtet, so würde es neben dem einseitig *staatlichen* Charakter, welchen ihm das constitutionelle System gab, noch weit mehr einen *socialen* Charakter gewinnen. Und eben darin würde sein eigentliches Fundament liegen. Das Königthum würde dann an der Spitze des Staates stehen, weil es der Träger der socialen Ordnung wäre, nicht umgekehrt, wie es das constitutionelle System will. Denn die Dinge richtig betrachtet, so ist eben die sociale Ordnung die Basis der Staatsverfassung, die gewissermaßen nur den Ueberbau bildet, sonst hat sie keinen inneren Halt, wie eben die Gebrechlichkeit der in sich selbst beruhen sollenden modernen Constitutionen augenfällig beweist.

In diesem Sinne also könnte man ja füglich — im Unterschiede von der constitutionellen Monarchie — von einer socialen Monarchie sprechen, wie denn auch schon hier und da davon gesprochen wird. Um aber die Sache recht zu verstehen, müssen wir zuvörderst erst noch sehen, worin das eigentliche Wesen des Königthums liege. Steht uns nun bereits fest, daß es keine göttliche Stiftung sondern rein geschichtlich entstanden ist, so wird auch sein Wesen mit seiner Entstehung gegeben sein. Und wie ist es wohl entstanden?

3.

Keine Frage, daß der Embryo aller staatlichen Bildungen die Patriarchie war. Der augenfälligste und schlagendste Beweis davon, daß noch heute eben die Patriarchie die Regierungsform wie das Volksbewußtsein in den beiden größten Monarchien charakterisirt, die es überhaupt gibt, d. i. China und im Wesentlichen auch Rußland. Noch heute nennt der russische Bauer in vertraulicher Rede den Kaiser „Väterchen“, spricht er in feierlichem Tone, so nennt er ihn einfach bei seinem Namen mit dem Patronymikum, also „Alexander Nicolajewitsch“, nichts vom Kaisertitel oder Zarentitel dabei.

Aus dem Patriarchensitz, oder populär gesprochen aus dem Großvaterstuhl, ging dann hinterher als Metamorphose desselben der Thron hervor. Und darauf beruht auch seine innere Weihe, die ihn zu mehr macht als zu einem mit Sammt beschlagenen Stück Holz, wie einst Napoleon gesagt. Woher möchte ferner wohl das Zepter stammen? Gewiß doch ist es eine Metamorphose des Hirtenstabes. Völkerhirten nennt darum Homer die Könige. Auch erzählt er uns, wozu das Zepter unter Umständen diente, indem Thersites von Odysseus mit dem Zepter abgeprügelt wurde. Ein so handgreiflicher Sinn also lag diesem Symbol der Herrschaft zu Grunde, von einem mystischen Ursprung desselben keine Spur! Desgleichen auch nicht in den Namen, welche den Herrscher bezeichnen. Das deutsche Wort „König“ deutet etymologisch lediglich auf ein Geschlechterhaupt, ohne irgend welche Anspielung auf ein religiöses Element, so wenig als in dem lateinischen »rex« oder dem griechischen „βασιλεύς“. Was ist ferner gewisser, als daß die ursprünglich den König als Berather Umgebenden lediglich die Ge-

meindeältesten waren. Der lateinische »senatus« und die spartanische „γερουσία" besagen dies ausdrücklich. Und besaßen diese Rathmänner einen eigenthümlichen Vorzug, so gründete sich das auf ihre Abstammung, wie wieder der Name der griechischen „Eupatriden" ausdrücklich besagt, und worauf auch das deutsche „Adel" etymologisch hindeutet.

In Summa: alle diese Elemente der Staatsentwickelung beruhen auf den rein menschlichen Verhältnissen der Familie, der Abstammung und des Alters, nichts von einer besonderen göttlichen Sanction darin. Wollte man aber einwenden: die Familie, oder näher die Ehe, sei doch eine göttliche Stiftung, so ist das in so weit ganz richtig, als sie mit der Schöpfung selbst gegeben war, statt dessen die Einrichtungen und Gewalten des öffentlichen Lebens erst durch den geschichtlichen Proceß entstanden, wie namentlich auch das Königthum. Sollte das nun eine göttliche Sanction für sich haben, so käme sie ihm jedenfalls nicht specifisch zu, sondern das Königthum besäße nur in so weit eine Heiligkeit, als die Familienverhältnisse geheiligt sind, und weil es daraus selbst erst entsprang, wäre auch seine Heiligkeit nur eine abgeleitete. Sie beruhte nicht entfernt auf einer göttlichen Verleihung, so daß es dadurch einen religiösen Charakter erhielte, und darum der Thron neben dem Altar stände, dessen Seitenstück vielmehr der häusliche Heerd war. Dies Beides allein sind allgemein menschliche ewige Typen: der Altar als Symbol der Gottesverehrung, der Heerd als Symbol des Familienlebens. Daher die Formel »pro aris et focis«. Der Thron ist ein blos geschichtliches Product, und als solches der Vergänglichkeit unterworfen, kein Symbol allgemein menschlicher Verhältnisse. Verhält es sich aber wirklich so mit dem Königthum, daß es aus den Principien der Familie hervorging, so ist auch gerade die wichtigste moralische Bedingung für seinen Fortbestand die Erhaltung der Heiligkeit der Familienbande. Denn wie sollte wohl die königliche Autorität fortbestehen, wo die väterliche Autorität und überhaupt die Pietät für die Familienbande erloschen wäre? Alles was diese abschwächt, untergräbt auch das Königthum, so daß beispielsweise die Civilehe zugleich ein Schlag gegen das Königthum war.

Und darin eben liegt nun der tiefste Grund für den Vorzug, welchen das erbliche Königthum vor republikanischen Verfassungen

hat, daß damit die Würde der Familie, als der Urquelle aller gesellschaftlichen Entwickelung, bestätigt und bekräftigt wird, indem so die ganze Staatsgesellschaft durch das Königthum sich gewissermaßen wieder zu einer Familie zusammenschließt. Unmittelbar folgt daraus, daß das Königthum sich selbst durch das Familienprincip fortpflanzt, also durch Geburt und nach Erbrecht. Offenbar der wichtigste Punkt, und worüber ohne dies gar nicht in's Klare zu kommen wäre. Denn daß das höchste Amt, dessen Verwaltung darum auch ganz auserlesene Gaben zu erfordern scheint, gleichwohl erblich sein sollte, müßte sonst für durchaus zweckwidrig gelten, wenn nicht eben die Bekräftigung des Familienprincips schon in der Idee des Königthums läge. Wie sehr solche Auffassung dem deutschen Gefühl entsprach, bekunden die so volksthümlichen Ausdrücke „Landesvater" und „Landesmutter". Bildet doch noch heute sogar auf den Studentencommercen die Ausbringung des „Landesvaters" den Mittelpunkt. Allein es ist damit keinesweges gemeint, daß das germanische Königthum selbst noch Patriarchie wäre, die sich darin vielmehr metamorphosirt hat. Sonst wäre ja auch statt Landesvater und Landesmutter „Volksvater" und „Volksmutter" zu sagen, sondern der „Landesvater" deutet auf die liebevolle Sorge für das allgemeine Wohl, welche dem Königthum zukommen soll.

Finden solche Ausdrücke, wie Landesvater und Landesmutter, in Republiken keine Anwendung, so bezeugt andererseits auch die Erfahrung, daß das republikanische Wesen der Familienpietät ungünstig ist, und zersetzend auf das Familienleben einwirkt. Man sah dies in Griechenland wie in den späteren Zeiten der römischen Republik, desgleichen im Mittelalter in den italienischen Republiken, und wiederum dasselbe zeigt sich heute in Nordamerika. Die ehelichen Bande lockern sich, die Kinder, kaum flügge geworden, verlassen die Eltern. Noch mehr, die sogenannte Emancipation der Frauen, welche dort schon ganz ernstliche Bewegungen hervorruft, greift die Familie in ihrer Wurzel an. Denn die Frau ist die Seele des Hauses, will sie statt dessen um öffentliche Aemter ambiren, als Wählerin und Wahlcandidatin auftreten, oder auch nur bürgerliche Geschäfte betreiben, — was wird dann aus dem Hausstand und dem ganzen Familienleben?

4.

Alles dies vorausgeschickt, drängt sich jetzt die Frage auf: wie doch die so in's Breite auseinandergegangene, sich in so differenten Richtungen bewegende und so viele gegensätzliche Elemente enthaltende Staatsgesellschaft, wie sie heute vor uns steht, sich trotzdem noch in der Gestalt einer Familie darstellen könne? Offenbar ist dies überhaupt nur möglich unter der Voraussetzung einer durchgeführten socialen Organisation, zufolge deren die verschiedenen Berufszweige und Interessengruppen wie zu Gliedern einer Familie würden, nachdem ihr Antagonismus sich zur Cooperation verwandelt hätte. Das wäre das Erste. Die zweite Frage aber: wie nun wieder dieser gesellschaftliche Makrokosmus sich in dem Mikrokosmus des Königthums concentriren könnte? Und um dies zu ermöglichen, würden ebenfalls erst tiefgreifende Veränderungen eintreten müssen.

Veränderungen nämlich in dem ganzen Hofwesen. Und zwar verstehen wir hier unter dem Hof die erweiterte königliche Familie, wonach sie dann nicht nur die durch Blutsgemeinschaft verbundenen Glieder der Dynastie umfaßt, sondern zugleich auch die ganze persönliche Umgebung und Hausgenossenschaft des Königs, was doch in vollem Sinn des Wortes auch erst der Hof genannt wird. Betrachten wir nun das Hofwesen nach seiner gegenwärtigen Einrichtung, so liegt unstreitig vor, wie darin das durch die Staatsgesetze anderweitig beseitigte Feudalwesen der Hauptsache nach noch immer fortlebt, indem der Hof noch immer als der Concentrationspunkt für die sogenannte hohe Gesellschaft gilt, in welcher die alte feudale Rangordnung nach Fürsten-, Grafen- und Freiherrntitel noch in voller Geltung besteht. Auch bleiben die Hofämter — im auffallendsten Gegensatz zu den für Staatsstellen bestehenden Gesetzen — ausschließlich dem Adel vorbehalten. Dies sind Thatsachen.

Was folgt aber daraus, als daß die Höfe sich in einer geistigen Atmosphäre bewegen, welche mit den Traditionen einer untergegangenen Welt erfüllt ist. Und das anerkannt — wie wäre wohl zu erwarten, daß von da aus eine sociale Reorganisation ausgehen sollte, welche sich nicht nach feudalen Rangclassen, sondern nur nach socialen Berufsclassen gliedern kann? Unter solchen Um-

ständen ist es folglich ein aussichtsloser Gedanke, daß das Königthum die Initiative zu einer socialen Reorganisation ergriffe, von einer socialen Monarchie zu reden, wird zur leeren Phrase. Denn das wäre gegen die menschliche Natur, daß die Denk- und Handlungsweise eines Monarchen nicht sehr wesentlich durch die geistige Atmosphäre bedingt sein sollte, in welcher er lebt. Und was ist wohl anders zu erwarten, als daß in den dermaligen Hofkreisen der Gedanke der Socialreform sich vielmehr in den Gedanken des Kampfes gegen die Socialdemokratie verwandeln wird? Da mag es dann an Energie nicht fehlen, mit dem Uebrigen dürfte es gute Wege haben.

Wollte man hiergegen einwenden: auf die Hofkreise käme dabei nichts an, sondern das Entscheidende sei das Ministerium, so entspräche das freilich dem constitutionellen System, wonach der König nicht sowohl regiert, als regieren läßt. Wir wiederholen dann aber, daß dieses System nach innerer Nothwendigkeit zur thatsächlichen Annulirung des Königthums führen muß, dem damit im besten Falle nur die Perspective auf einen sanften Tod eröffnet ist. Soll hingegen das Königthum nicht blos der unterschreibende, sondern der entscheidende Factor bleiben, so kommt auf den das Königthum umgebenden Hof ohne Zweifel sehr viel an. Oder welcher Einfluß wird wohl insbesondere in Beziehung auf die Frage der socialen Organisation von hochadeligen Umgebungen ausgehen?

Möchten doch die Herren persönlich von den besten Intentionen erfüllt sein, so wird ihnen unvermeidlich der rechte Trieb wie das rechte Verständniß für die Sache fehlen. Sich selbst nur wieder in exclusiven Kreisen bewegend, stehen sie der großen Masse des Volkes, um deren Bedürfnisse es sich in erster Linie handelt, von vornherein zu fern. Die materielle Noth trat an sie selbst nie heran, als fruges consumere nati versteht es sich für sie von selbst, daß zu gehöriger Zeit der Tisch gedeckt ist, es macht ihnen keine Sorge. Welche Bedeutung aber diese Sorge für die große Masse des arbeitenden Volkes hat, wie tief dieselbe in die ganze Lebensentwickelung der Leute eingreift, und was alles damit zusammenhängt, davon können sie schwer eine lebendige Vorstellnng gewinnen, oder sie müßten es sich erst zum Gegenstand eines ausdrücklichen Studiums machen. Dazu hätten sie freilich wohl Muße genug, und besäßen die

reichsten Hilfsmittel, allein es käme doch erst auf die Leistungen an, und dazu gehörten vorher wieder ernste Untersuchungen.

Nichts scheint ja dem hohen Adel näher zu liegen, als die Beschäftigung mit den Fragen des öffentlichen Lebens, so praktisch als theoretisch, daher denn auch von diesen Kreisen zumeist die neuen bahnbrechenden Gedanken ausgehen müßten. Das sollte man meinen. Dahingegen liegt leider die Thatsache vor, daß auf dem ganzen Gebiete der socialen und politischen Wissenschaften unsere deutsche Aristokratie nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Um so auffallender im Vergleich zu Frankreich, wo es wirklich gerade der Adel gewesen, der auf diesem Gebiete zumeist bahnbrechend auftrat, von Montesquieu und dem älteren Mirabeau an bis auf St. Simon und Tocqueville. Selbst die philosophische Entwickelung ging dort von einem Edelmann aus, von Descartes, und welchen Namen hätte dem der deutsche Adel zur Seite zu stellen? Wie vergleichsweise wenig überhaupt der deutsche Adel auf dem Gebiete des geistigen Lebens geleistet, zeigt unsere Literatur-, Kunst- und Culturgeschichte. Dafür spricht also jedenfalls die Vermuthung nicht, daß hochadelige Umgebungen sich besonders ideenreich und geistig anregend erweisen dürften. Folglich auch nicht dafür, daß die Höfe, wie sie eben sind, sich zum Concentrationspunkt aller Reformbestrebungen zu machen geeignet wären. Und doch müßte es so sein, wenn das Königthum inmitten des allgemeinen Umschwunges, in welchem wir uns befinden, eine gesicherte Stellung haben sollte.

Die Sache hiernach zu Ende geführt, so bilden offenbar den Kern des Hofes die Mitglieder des regierenden Hauses selbst, wovon daher der ganze Zuschnitt wie der Geist des Hofwesens abhängen wird. Und in dieser Hinsicht wird dann wieder die Prinzenerziehung entscheidend sein. Ist die zur Zeit einerseits militärisch, andererseits auf die äußere Repräsentation gerichtet, so leuchtet jedenfalls ein, wie wenig das genügen kann, um dem regierenden Hause den Charakter zu geben, daß es für die von allen Seiten herandringenden unabweisbaren Reformaufgaben sich zum Concentrationspunkt machen könnte. Möglich würde das erst, wenn die verschiedenen männlichen Glieder des regierenden Hauses sich je einem der verschiedenen hier in Betracht kommenden Hauptzweige des

Wirkens gewidmet hätten. Den staatlichen wie den socialen, da das Königthum eine staatliche wie eine sociale Seite hat. Darum etwa Einer dem Studium der Justizangelegenheiten, ein Anderer dem Studium der Verwaltungsangelegenheiten, weiter den allgemeinen Wissenschaften und dem damit zusammenhängenden Unterrichtswesen, den Agriculturangelegenheiten, dem Gewerbswesen, dem Handels- und Finanzwesen. Kurz so, daß infolge dessen die verschiedenen staatlichen Functionen und socialen Berufszweige in der regierenden Familie einen persönlichen Vertreter fänden.

Geschähe das, so würde das ganze Hofwesen bald einen viel anderen Zuschnitt erhalten, ein neuer Geist darin einziehen. Es gewönne dadurch gewissermaßen einen föderativen Charakter, da, was in dem Makrokosmus der Staatsgesellschaft auseinanderging, in dem Mikrokosmus des Hofes sich um so lebendiger wieder vereinte. Und dann erst dürfte man ernstlich von einem socialen Königthum reden, als dem berufenen Träger und Mittelpunkt der socialen Reform. Oder wie könnte es wohl dazu werden, ohne daß die Reform zunächst mit dem Hofe selbst begönne? Das steht einmal fest: so lange es überhaupt Monarchien geben wird, wird es auch Höfe geben, und den Höfen immer die Bedeutung bleiben, daß sie einen erheblichen nicht selten entscheidenden Einfluß üben. Um so sonderbarer also, wenn, während ringsum sich alles verändert und weiteren Veränderungen entgegen geht, das Hofwesen noch immer auf den Grundlagen der alten feudalen Gesellschaftsordnung beruhen könnte, statt dessen es geradezu als eine Lebensfrage für die Monarchie selbst gelten muß, daß das Hofwesen mit ausdrücklicher Rücksicht auf die Aufgaben der Zeit reorganisirt werde.

Daß die Zukunft der Monarchie von vielen Gefahren bedroht ist, — wer, der ein wenig in die Tiefe der Dinge zu blicken vermag, könnte das leugnen? Nun weiß ich zwar gar wohl, wie nach den landläufigen Vorstellungen das Hofwesen kaum als ein ernstlich in Frage zu ziehender Gegenstand angesehen wird, da das constitutionelle System den Hof überhaupt außer Rechnung ließ, — in keiner Constitutionsurkunde steht ein Wort davon — allein dieses System ließ auch noch vieles Andere außer Rechnung, was trotzdem nicht minder existirt und sehr reelle Wirkungen äußert. Weil also dieser Punkt bisher ganz unbeachtet blieb, schien es um so noth-

wendiger darauf hinzuweisen. Denn daß hier ein Wandel einträte, darin dürfte fortan eine der wichtigsten Existenzbedingungen der Monarchie liegen.

Was hilft es doch, — womit seiner Zeit ein Stahl groß gethan, — ein sogenanntes monarchisches Princip aufzustellen, gleichsam als ein Medusenschild, vor welchem die antimonarchischen Tendenzen zurückschrecken sollten. Durch juristische Verklausulirungen und talmudistische Spitzfindigkeiten läßt sich der Zug der Dinge nicht ändern, wie andererseits den Völkern sich auch nicht künstlich eine monarchische Gesinnung einflößen läßt. Und soll hier wirklich etwas geschehen, so ist dabei jedenfalls mit verbrauchten Ideen nichts auszurichten. Die Hauptsache ist vielmehr, daß das Königthum die Befähigung besitzt, oder beziehungsweise gewinnt, in den allgemeinen Umschwung der Zeit thatkräftig einzugreifen, und damit sich durch seine Leistungen zu bewähren. Dann wird ihm auch die Anerkennung und Sympathie der Völker nicht fehlen, und auf diesem Boden seine Stellung selbst in den bevorstehenden Stürmen gesichert sein.

VI.

Positive Vorschläge zur Socialreform.

Kann allein eine föderative Verfassung reelle Freiheit begründen, so allein auch reelle Wohlfahrt. Allgemeine Gesetze und Regierungsmaßregeln von oben herab reichen dazu nicht aus, weil die materiellen Verhältnisse der Menschen überall durch mannigfaltige besondere Umstände bedingt sind, denen sich die Einrichtungen und praktischen Maßregeln anzupassen haben. Noch mehr: sollen die Einrichtungen Leben gewinnen, so müssen sie durch den Gemeingeist getragen werden, und wie kann der Gemeingeist erstarken, wenn er nicht zuvörderst sich da entwickelt, wo die Menschen sich noch nahe stehen, zusammengehalten durch Gewohnheiten, Bedürfnisse und Interessen?

Kein Gemeingeist, wo nicht wirklich etwas Gemeinsames ist,

und je mehr Gemeinsames dann, um so kräftiger wird sich der Gemeingeist regen. Schon das Wort selbst besagt es, daß sein Urquell in den Gemeinden zu suchen ist, von wo er in stufenmäßiger Entwickelung die Kreise und Landschaften durchdringen muß, um erst zuletzt zum gemeinsamen Staatsgeist zu werden. Statt dessen kehrt man die Sache um: die Urquelle des Gemeingeistes soll der Staatsgeist sein, der dann von oben herab die Landschaften, Kreise und Gemeinden zu durchdringen hätte. Allerdings ganz folgerichtig, wo einmal die Menschen principaliter als Staatsbürger gelten, die als solche zuvörderst an den Staat gebunden sein sollen, an ihre Heimath hingegen zuletzt. Wie wenig Gemeinsames haben aber die Lebensverhältnisse der Menschen in einem großen Staate? Dem stehen sie als eine Masse von Individuen gegenüber, die nur durch künstliche Einrichtungen zusammengehalten wird. Centralisation und Individualismus bedingen sich dann gegenseitig, und aus beiden geht hinterher der Socialismus hervor.

Woher ist er denn zu uns gekommen, wenn nicht aus dem centralisirten Frankreich? Und hat er nicht seine weitere Ausbreitung bei uns erst nach den Veränderungen von 66 gewonnen? Je größer die Centralisation, um so größer werden die socialen Disharmonien. Am größten folglich da, wo die Centralisation selbst ihren eigentlichen Sitz hat, in den großen Hauptstädten. Und nichts natürlicher, als daß da auch die socialistischen Projecte geboren werden. Denn nicht nur, daß die Gegensätze von Reich und Arm, von Glanz und Elend, in den Hauptstädten am grellsten hervortreten, sondern dort sind die Massen auch am ehesten zu radicalen Umsturzprojecten disponirt, weil sie am wenigsten innere Achtung vor den bestehenden Gesetzen haben, die eben vor ihren Augen gemacht wurden.

Sollte es den arbeitenden Classen so ganz verborgen bleiben, welchen Einflüssen die sogenannten Staatsgewalten unterliegen, und welche Rolle insbesondere die Börse dabei spielt? Wäre es ihnen aber bislang verborgen geblieben, jedenfalls würde ihnen der Gründungsschwindel die Augen geöffnet haben. Daß Eigenthum Diebstahl sei, konnte ihnen seitdem ganz plausibel erscheinen. Und welchen Eindruck soll es wohl auf sie machen, wenn sie die Börsenmagnaten

um ihrer erworbenen Schätze willen mit Würden und Ehren belohnt sehen? Also möglichst viel Geld verdienen, es sei so oder so, das hieße heute sich um den Staat verdient machen, oder gar auch um die Volkswohlfahrt! Kann man den arbeitenden Classen nicht verargen, daß sie darüber anders denken, so sollte man auch zuvor erwägen, wie man mit jedem nobilitirten oder decorirten Börsianer sich zugleich ein Regiment von Socialdemokraten schafft. Und dann hinterher ein Socialisten-Vertilgungsgesetz!

Es wird schon kein Mittel geben den Socialismus zu überwinden, als die sociale Organisation, und die muß sich an die Berufszweige anschließen. Darum zuvörderst einige Worte über die Berufsidee selbst, wodurch zugleich ein neues Licht auf die innere Unzulänglichkeit des Socialismus fallen wird.

1.

Als die Reaction gegen den Individualismus, und insofern das reine Gegentheil des Liberalismus, ist der Socialismus doch andererseits — um hegelsch zu reden — mit diesem seinem Gegentheil selbst noch behaftet. Er kann seine liberale Herkunft nicht verleugnen, und bestätigt damit allerdings die Richtigkeit der hegelschen Dialectik, wonach der reine Gegensatz immer zugleich die Identität implicirt. In der Natur zeigt sich dasselbe, kein Nordpol ohne Südpol, und der eine ist wie der andere.

Aehnlich also, wie der Liberalismus in dem Menschen nur den Staatsbürger sieht, in welcher Eigenschaft dann alle Leute gleich sind, so sieht der Socialismus in dem Menschen nur den Arbeiter, in welcher Eigenschaft ebenfalls alle gleich sind, oder gleich gemacht werden sollen. Keine Frage darnach, was die Menschen sonst noch sein möchten. Ich meine hingegen: zunächst sind die Menschen entweder Männer oder Weiber, und sintemal das weibliche Geschlecht die Hälfte der ganzen menschlichen Gesellschaft ausmacht, muß darum auch jedes System, welches für das eigenthümliche Wesen der Frau keinen Platz hat, als radical unhaltbar gelten. Andeutungsweise hatten wir diesen Punkt schon früher hervorgehoben, müssen aber hier noch einmal darauf zurückkommen.

Bleibt nun dem Liberalismus, weil er von atomen Individuen

ausgeht, consequenterweise zuletzt nichts übrig, als die Frau kurzweg zur Staatbürgerin zu machen, was gleichwohl hinterher nicht gehen will, so ist sie für den Socialismus consequenterweise nur die Arbeiterin. Damit wäre dann die Frauenfrage principiell erledigt. Ist aber das Weib dazu bestimmt, Gattin und Mutter, Erzieherin ihrer Kinder und Hausfrau zu sein, — läßt sich das etwa kurzweg unter die Kategorie der Arbeit bringen? Wie viel Arbeitszeit repräsentirt denn die Pflege, welche die Gattin dem Gatten, die Mutter den Kindern angedeihen läßt? Mit bloßer Arbeitszeit sind diese Leistungen so wenig commensurabel, als andererseits die Leistungen des Genies und überhaupt der Intelligenz.

Es ist eine tief einschneidende Erklärung des Philosophen Comte, wenn er dem männlichen Geschlecht, als dem »*sexe actif*«, das weibliche Geschlecht als das »*sexe affectif*« entgegengestellt, was jedenfalls auf etwas viel anderes hinausläuft, als auf die Staatsbürgerin oder die Arbeiterin. Nichts geringeres folgt sogar daraus, als daß die Frau principiell von aller Erwerbsarbeit befreit sein, was sie thut, nur als Werke der Liebe gelten muß. Ein Gedanke, der mit einem Schlage weit über das socialistische System hinausführt.

Hat aber der Socialismus nur den Arbeiter vor Augen, so muß ihm freilich auch die Arbeit zum alleinigen Maßstab werden, wonach die ganze Ordnung der Gesellschaft zu bemessen sei. Daß dies unmöglich ist, wurde in unseren früheren Betrachtungen ebenfalls schon nachgewiesen. Jetzt sage ich mehr: in der bloßen Arbeit liegt überhaupt kein organisatorisches Princip, weil die Arbeit selbst erst dadurch ihr Bedeutung erhält, daß sie Befriedigungsmittel schafft für die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft. Was ist denn aber die menschliche Gesellschaft, und was sind ihre Bedürfnisse? Das muß vorweg und anderweitig erkannt sein, durch Untersuchung der Arbeit ist dahin nicht zu gelangen, da sie eben nur Mittel zum Zweck ist. In dieser Gestalt dann, als Mittel zur Befriedigung menschlicher Lebensbedürfnisse, führt sie auf die Idee des Berufes, und erst der Beruf ist das organisatorische Grundprincip für die Gesellschaft, als dem Ensemble der verschiedenen Berufsarten.

Offenbar aber reicht die Idee des Berufes über das Gebiet der bloßen Arbeit hinaus, so gewiß als die menschliche Gesellschaft noch lange nicht durch bloße Arbeit besteht. Was wäre die Gesellschaft ohne die Liebe? Sie zerfiele in Atome, sie wäre überhaupt nicht da. Und eben in der Liebe liegt nun das innerste Wesen des weiblichen Berufes. Wie dem Manne das Leben nichts ist ohne Freiheit, so dem Weibe nichts ohne Liebe, weil es nur in der Liebe seine Bestimmung erfüllt und sich um deswillen befriedigt fühlt. Das ist es, wovon man ausgehen muß, um über die Frauenfrage in's Klare zu kommen, nicht aber von Staatsbürgerlichkeit oder Arbeiterthum, was von dem Kern der Sache ganz abführen würde, und wobei der wahre weibliche Beruf gar keine Würdigung fände, dessen hohe sociale Bedeutung allein in der Liebe liegt. Auch die Unterschiede von Stand und Reichthum temperirt die Liebe, die, wie man sagt, Alles gleich macht, indem sie Alles vereinigt.

Müssen wir aber nicht sagen, daß die Idee des Berufes zuletzt noch über die Gesellschaft hinausweist? Liegt es doch schon in dem Worte selbst, daß der Beruf zugleich auf einen Rufer hindeutet. Wer ist denn aber der allgemeine Rufer? Offenbar also ist damit die Ahnung einer in die menschliche Gesellschaft hineinreichenden höheren Fügung gegeben. Ohne diesen Glauben fehlte dem ganzen menschlichen Leben die eigentliche Weihe. Alles bliebe profan und schal, und wie man auch die Gesellschaft organisiren möchte, — zum inneren Frieden käme sie nie, weil ihr der Friede Gottes fehlte, der höher ist denn alle Vernunft.

Von alledem nun weiß weder der Liberalismus noch der Socialismus. Sind für jenen die verschiedenen Berufsarten nur verschiedene Weisen Geld zu verdienen, so für diesen nur verschiedene Weisen der Arbeit. Und darum eben, weil dem Socialismus, der doch gerade die sociale Organisation bezweckt, die Idee des Berufes nach seiner tieferen Bedeutung fremd ist, fehlt ihm das lebendige Organisationsprincip. Er kann nur eben so äußerliche und mechanische Ordnungen schaffen wie der Liberalismus, und unvermeidlich verfällt er damit der Centralisation. Daß gleichwohl ein Theil der Socialisten föderalistisch gestimmt ist, wie ja auch viele Liberale, ändert daran

nichts. Ihr Princip erweist sich mächtiger als ihre Neigungen, und in der Praxis läuft der Socialismus wie der Liberalismus auf Centralisation hinaus.

Bekämpfen sich nun Beide auf's heftigste, indem Jeder in dem Andern seinen directen Gegensatz erblickt, so ist es hingegen dem Föderalismus wesentlich, daß er von vornherein den Einen wie den Anderen vor Augen hat, und daß ihm der Eine so viel oder so wenig gilt wie der Andere, indem er in Beiden nur Einseitigkeiten erkennt. Der Föderalismus ist so zu sagen ein zweiseitiges Princip, welches vereinigt, was dort auseinander fällt, nämlich Individualität und Gemeinschaft. Einleuchtend genug, daß darum seine Aufgabe auch die schwierigste sein muß, und leicht erklärlich, daß er selbst rein theoretisch noch am wenigsten ausgebildet ist, wie er auch noch am wenigsten verstanden wird. Denn für die Meisten, welche heute davon sprechen, ist er überhaupt nur ein leeres Wort, womit sie höchstens ihren Widerwillen gegen die Centralisation ausdrücken wollen. Damit ist natürlich nichts gethan, wenn man nicht weiß, was an die Stelle der Centralisation zu treten hätte. Der Föderalismus aber will nicht etwa zu den schon vorhandenen Gegensätzen noch einen neuen hinzufügen, sondern sein Streben ist: über die Gegensätze hinauszukommen und hinauszuführen. Darum verspricht er allein eine befriedigende Lösung, und so wenig er in der Gegenwart bedeuten mag, so gewiß gehört ihm die Zukunft.

2.

Nur durch Zusammenwirken örtlicher und berufsmäßiger Organe ist eine eingreifende Umbildung der socialen Verhältnisse möglich. Auch wird sich thatsächlich überall herausstellen, wie die jetzt bestehenden schreienden Mißstände nirgends blos auf allgemeinen Ursachen beruhen, sondern immer zugleich in den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Oertlichkeiten, wie andererseits der verschiedenen Berufsclassen begründet sind. Die sanitären Uebel z. B. nebst der Wohnungsnoth sind überall örtlich bedingt. Allgemeine Staatsgesetze reichen da so wenig aus, als wenn man andererseits in Bausch und Bogen von Arbeitern spricht. Zwar solche Bestimmungen: wie Haftpflicht der Unternehmer

bei etwaigen Unglücksfällen, oder Verbot der Sonntagsarbeit, können ganz allgemein erlassen werden, aber schon die Regulirung und beziehungsweise das Verbot der Kinder- und Frauenarbeit, wie desgleichen der Normalarbeitstag, erfordern jedenfalls Berücksichtigung der besonderen Wirthschaftszweige, wozu auf dem Gebiete der Fabrikation noch eine weitere Specification hinzukommt.

Wesentlich nun, zunächst die Zustände der ackerbauenden Bevölkerung in's Auge zu fassen. Nicht blos weil diese selbst schon die größere Hälfte der sogenannten Arbeiterclasse in sich schließt, sondern zugleich wegen der Rückwirkung, welche aus der Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter auf die Lage der Industriearbeiter entspringt. Was kann daraus entstehen, wenn die ländliche Bevölkerung sich selbst dem Ackerbau abzuwenden beginnt, statt dessen zu gewerblichen Beschäftigungen übergeht und sich in die Städte drängt, wozu doch heute leider allzuviel Veranlassung und Anreiz vorliegt? Augenfällig, wie infolge dessen das industrielle Proletariat wachsen muß. Entwickelt sich dabei zugleich ein ländliches Proletariat, welches hinterher mit dem Industrieproletariat gemeinsame Sache machen wird, so ist die sociale Revolution zuletzt unvermeidlich. Weder Militär noch Polizei wird davor schützen.

Um also das Wohlsein der ländlichen Bevölkerung zu befördern, damit sie um so lieber bei dem Ackerbau und auf dem Lande bleibe, dazu gehört freilich gar vieles. Für unsere Betrachtung indessen handelt es sich hier zumeist nur um die besitzlose Arbeiterclasse auf dem Lande. Der kleine Ackerwirth, so dürftig es ihm ergehe, wird selten geneigt sein, als bloßer Arbeiter in eine Fabrik einzutreten oder in die Stadt zu ziehen. Die Liebe zu seinem Eigenthum hält ihn zurück. Demnach scheint es wohl, wenn man nur alle ländlichen Tagelöhner zu Kleinbauern machte, so würde die Ueberfüllung der Gewerbe und der Andrang zu den Städten bald aufhören. Allein die Classe der Kleinbauern dürfte in vielen Gegenden ohnehin schon zahlreich genug sein, die Existenz dieser Leute für die Zukunft häufig so prekär aussehend, daß eine Vermehrung dieser Classe kaum wünschenswerth schiene. Wo sie aber wirklich wünschenswerth wäre, bleibt das Unternehmen jedenfalls schwierig, und würde der Erfolg oft sehr zweifelhaft sein. Selbstverständlich

müßten ja die Besitzer der großen Landgüter, die das dazu nöthige Land abzutreten hätten, dafür entschädigt werden, und wer zahlte die Entschädigung? Etwa der Staat, der selbst nur von dem Volkseinkommen lebt? Sollten hingegen die neuen Kleinbauern ihre Gütchen von vornherein mit Schulden belastet übernehmen, so würden sie selten prosperiren. Außerdem würde die künstliche Begründung neuer Kleinwirthschaften zugleich einen starken Antrieb zur Volksvermehrung geben, und nach einem Menschenalter hätten wir wieder mehr Proletarier als vorher.

Eine andere Sache ist freilich die innere Colonisation, wo es noch wüstes oder halbwüstes Land gibt, welches allererst nutzbar zu machen wäre, doch wird dies eben nur stellenweise vorkommen. Dahingegen schon in voller Cultur stehende Großgüter zu parcelliren, könnte jedenfalls nicht als allgemeines Verbesserungsmittel der agrarischen Verhältnisse gelten, es dürfte sich nur unter besonderen Umständen empfehlen. Hauptaufgabe scheint vielmehr, zwischen dem Gutsherrn und seinen Dienstleuten eine organische Verbindung herzustellen, und das müßte für jede große Ackerwirthschaft gelten, gleichviel ob das Gut ein Rittergut oder Bauergut hieße. Je nach der Ackerfläche — natürlich unter Berücksichtigung der landschaftlichen Verhältnisse — müßte also bei jedem größeren Ackergut eine gewisse Anzahl von festen Arbeiterstellen bestehen, wonach dem Arbeiter zuvörderst neben Haus und Garten auch einiges Feld zu eigener Benutzung gewährt würde, weil dies sehr zur inneren Befriedigung der Leute beiträgt, eine eigene kleine Wirthschaft zu führen. Dazu käme weiter ein fester Geldlohn und ein gewisser Procent-Antheil an dem Ertrage der Gutswirthschaft, welcher mit den Dienstjahren stiege, so daß die Arbeiter genügendes Einkommen hätten, um ihre Kinder ordentlich erziehen und auch noch etwas für ihre alten Tage erübrigen zu können. Ueberhaupt müßten sie so gestellt sein, daß sie sich durchschnittlich wenigstens eben so gut befänden als selbständige Kleinbauern. Natürlich aber wären zu solcher Stellung erst diejenigen Arbeiter berechtigt, welche vorher gewissermaßen eine vollständige Lehrzeit bestanden, wobei sie als bloße Lohnarbeiter nach kündbaren Verträgen dienen würden, bis sie dann auch in das Alter gelangt wären, wo es naturgemäß ist, daß sie eine eigene Familie gründen. Von da an hätten sie eine gesicherte Stellung, die

sie ohne eigenes Verschulden nicht verlieren könnten. Für die Regulirung dieser Verhältnisse hätten die Ackerbaukammern die Norm aufzustellen, die örtlichen Obrigkeiten — in Amt oder Kreis — übernähmen die Garantie für die Ausführung. Und ähnlich wie die eigentlichen Arbeiter wären auf großen Gütern die Wirthschaftsbeamten aller Art zu stellen. Für etwaige Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Untergebenen bestände ein Schiedsgericht, in welchem beide Theile Vertretung fänden.

Nach denselben Grundsätzen, sage ich jetzt ferner, würden, unter Concurrenz der Fabrikkammern, die Verhältnisse der Fabrikherren zu ihren Arbeitern, wie zu ihren Commis und Technikern zu reguliren sein. Für die großen Handlungshäuser hätten zu demselben Zweck die Handelskammern einzutreten.

Unläugbar läge nun in allen diesen Anordnungen für die Gutsherren, die Fabrikherren und Handelsherren eine erhebliche Beschränkung ihrer bisherigen freien Befugniß. Müßten sie doch sogar vor ihren Arbeitern Rechnung ablegen und damit denselben Einsicht in den ganzen Geschäftsbetrieb eröffnen, was wohl Vielen als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen möchte. Aber ist es nicht etwa eine viel größere Ungeheuerlichkeit, daß Menschen zu bloßen Arbeitsinstrumenten herabgewürdigt werden, welche der Gutsherr oder Fabrikherr, nachdem er sie abgenutzt, oder wenn es ihm sonst beliebt, kurzweg auf die Straße wirft? Wie darf ein solcher Zustand in sich christlich nennenden Staaten noch länger geduldet werden? Ist denn die Freiheit der Reichen für so überaus heilig, die Sklaverei der Armen hingegen für eine um so gleichgiltigere Sache anzusehen?

Von unstatthaften Eingriffen in das Privateigenthum und dessen Bewirthschaftung ist hier in Wahrheit nicht zu reden, weil eben jede Wirthschaft, welche mit fremden Arbeitern betrieben wird, damit in der That aufhört, eine reine Privatsache zu bleiben, sondern in demselben Maße, als das Unternehmen sich ausdehnt, zugleich ein allgemeines Interesse gewinnt. Geradezu lächerlich, wenn man Fabriken, an welchen die Existenz von Hunderten und Tausenden von Familien hängt, für eine Sache ansehen will, wobei dem Fabrikherrn kein Dritter darein zu reden habe. Fürwahr eine sonderbare Schöpfung neuer Patrimonialstaaten wäre das, wenn so ein Fabrikmagnat die unbeschränkte Herrschaft über die materiellen

Existenzbedingungen von Tausenden hätte! Es wäre der Absolutismus in schlimmster Gestalt.

Sehr treffend hat Petermann im „Staatssocialisten“ gesagt: wenn doch selbst souveräne Fürsten, die ehemals über das Landeseinkommen wie über ihr Privateinkommen verfügten, sich gefallen lassen mußten, daß ihnen nur eine gewisse Quote davon als Civilliste zur persönlichen Verfügung blieb, daß ferner die Landesregierung und Gesetzgebung unter Controlle und Mitwirkung einer Volksvertretung gestellt wurde, und daß die Beamten, welche vordem nur als fürstliche Diener galten, die gesicherte Stellung von Staatsdienern erhielten, — was denn also im Hinblick auf solche Präcedenzien noch Ungeheuerliches darin läge, wenn andererseits die großen Grund-, Fabrik- und Handelsherren nach der, für dieselben gewiß doch sehr schmeichelhaften, Analogie mit souveränen Fürsten behandelt würden? Erscheinen diese Herren nicht wirklich ihren Untergebenen gegenüber wie in einer fürstlichen Stellung? Warum sollte für ihre Wirthschaftsbeamten nicht eine ähnliche Ordnung bestehen wie für die Staatsbeamten, oder warum sollten ihre Arbeiter nicht eine Vertretung erhalten, welche ebenso gesetzlich verbürgte Rechte hätte, wie im Staate die allgemeine Volksvertretung? Machen die großen Landmagnaten, Fabrikherren und Handelsherren nicht selten auch einen fast fürstlichen Aufwand, so ist es nicht mehr wie billig, daß ihre Untergebenen, auf deren Schweiß ihr eigenes Einkommen beruht, doch wenigstens nicht zu darben brauchen, selbst wenn infolge dessen jener fürstliche Aufwand etwas einzuschränken wäre. Da heißt es: leben und leben lassen.

Gar nichts verschlägt es hiergegen, daß infolge dessen die Herren ihre Untergebenen in ihre Einkommensverhältnisse blicken lassen müßten. Oder schämten sie sich vielleicht ihres großen Einkommens? Nun, dem wäre leicht abzuhelfen. Ihre Untergebenen andererseits würden über ihr Einkommen herzlich gern Rechnung bei Heller und Pfennig ablegen, wenn sie nur etwas Erkleckliches zu verrechnen hätten. Also keine faulen Ausreden gemacht! Es blieben den Herren im Vergleich zu ihren Untergebenen immer noch Vorzüge genug, und was ihnen hier zugemuthet wird, wiegt federleicht dem gegenüber, was diese zu tragen haben.

Selbstverständlich endlich, daß alle diese Einrichtungen für den

ersten Anfang nur sehr unvollkommen ausfallen könnten, weil dabei fast noch alle Erfahrung fehlt, die eben erst zu machen wäre. Man lernt nicht schwimmen, ohne vorher in's Wasser zu gehen, und ohne Anfang kein Fortgang.

3.

Um wie viel wichtiger als die constitutionellen Garantien sind die socialen Garantien! Sollen jene die politische Freiheit sicher stellen, welche in ihrer höchsten Gestalt in dem Rechte der activen Einwirkung auf die Staatsangelegenheiten besteht, so hat solches Recht für die große Masse der von ihrer Hände Arbeit lebenden Leute, denen zur Beschäftigung mit den Staatsangelegenheiten so Zeit als Kenntniß fehlt, nur geringen Werth. Um so mehr bedürfen diese Leute Garantie für ihre materielle Existenz, deren hingegen die wohlhabenden und gebildeten Classen am wenigsten bedürfen, weil sie durchschnittlich genügend für sich selbst sorgen können. Sie sagen: »laissez nous faire!« das erklärt sich. Aber so erklärt sich auch, daß der Constitutionalismus in der Praxis überall nur die Bourgeoisieherrschaft bedeutet, welche von socialen Garantien allermeist gar nichts hören will, die hingegen für die besitzlosen Classen vielmehr zur Hauptsache werden. Im Grunde genommen läuft darum der ganze Socialismus auf einen socialen Garantismus hinaus. Ein Ausdruck, den auch die französischen Socialisten selbst schon gebraucht.

Die socialen Garantien also beruhen nun einerseits auf den positiven Einrichtungen, welche das gegenseitige Verhältniß der verschiedenen Gesellschaftsclassen reguliren, wie insbesondere das Verhältniß zwischen Unternehmern und Arbeitern. Andererseits aber beruhen die Garantien auch auf dem freien Zusammenwirken jeder Gesellschaftsclasse selbst, d. i. in so weit auf Selbsthilfe, die immer dabei hinzukommen muß. Vorausgesetzt nur, daß die arbeitenden Classen zu diesem Ende auch gut genug gestellt sind, sonst wird es zum Hohn, ihnen Selbsthilfe zu predigen. Dahin gehören dann namentlich die Unterstützungscassen für alle die Nothfälle, welche den Einzelnen betreffen mögen: als Krankencassen, Alterversorgungscassen, Wittwencassen und Sterbecassen. Dieses Cassenwesen ist noch einer großen Entwickelung fähig, die man möglichst befördern muß.

Andererseits gehören eben dahin die Vereine zur Beschaffung von Lebensmitteln oder Rohstoffen, wie die Vermögensansammlung bezweckenden Sparcassen.

Dies leitet uns nun auf ein neues Gebiet, denn da die Sparcassen wieder eines regelmäßigen Abflusses bedürfen, wodurch ihre Fonds productiv werden, so weisen sie unmittelbar auf das Bank- und Creditwesen hin, mit welchem sie selbst in eine organische Verbindung gebracht werden müssen, damit die eingelegten Gelder sich gehörig verzinsen können. Tragen die Sparpfennige der Armen kaum 3 %, indessen die Capitalien der Reichen, wenn sie dieselben einfach auf Zins austhun, durchschnittlich fast das Doppelte bringen, da kann das Sparen wenig helfen, die Kluft zwischen Reich und Arm wird trotzdem immer breiter. Um so mehr, wenn andererseits der kleine Mann, falls er eines Darlehens bedarf, dafür — mit Einrechnung der Spesen — durchschnittlich über 6 % zahlen muß, — ganz abgesehen vom Wucher, der die Zinsen in's Grenzenlose steigern kann, — statt dessen der große Capitalist seine etwaigen Anleihen wohl durchschnittlich unter 5 % macht, und um so gewisser, je größer sein Capital ist, wobei er kaum jemals dem Wucher verfallen wird. Je mehr also Einer hat, desto mehr wird ihm gegeben, je weniger er hat, desto mehr wird ihm genommen. Dahin wirkt unser dermaliges Creditwesen.

Ist das Geld in der modernen Volkswirthschaft wie das Blut im menschlichen Körper, so entspringt auch ganz von selbst die Folge daraus, daß, wer die Geldcirculation beherrscht, damit die ganze Volkswirthschaft beherrscht. Hier ist darum zunächst der Hebel anzusetzen, um einen Umschwung zu bewirken. Leicht möglich dann, daß gerade das Creditwesen, durch dessen Ausnutzung die Geldherrschaft am meisten befördert wurde, hinterher am meisten zu ihrem Sturz beitragen kann. Denn obwohl das Creditwesen selbst aus der Geldwirthschaft hervorgegangen ist, wirken darin doch noch andere Factoren als das bloße Geld, und nicht ohne Grund hat der Nationalökonom Hildebrand von der Creditwirthschaft, als einer von der Geldwirthschaft verschiedenen, neuen und höheren Wirthschaftsform gesprochen, welcher die Zukunft entgegengehe. Ein Gedanke, der fruchtbar werden kann.

Stand nämlich der Credit bisher selbst im Dienste des Privat-

capitals, dessen Macht er damit erhöhte, so muß in Zukunft eine genossenschaftliche Einrichtung an die Stelle treten. Also in größeren Gemeinden zuvörderst Gemeindebanken, weiter Kreisbanken, Landschaftsbanken, bis hinauf zur Reichsbank, welche Banken dann die müßigen Capitalien an sich ziehen, wie andererseits die Darlehen geben. Diese Banken also würden in Zukunft die Geldcirculation im allgemeinen Interesse reguliren, indem sie selbst nicht auf Gewinn arbeiteten, sondern bei allen Geschäften lediglich die Verwaltungskosten und das Risico in Rechnung brächten. Nicht nur, daß dadurch der Profit wegfiele, welchen jetzt die Privatcapitalisten und Geldmakler machen, sondern noch wichtiger, daß infolge dessen die Creditfähigkeit nach einem andern Maßstabe gemessen würde, nicht mehr blos nach dem materiellen Besitz.

Schon das Wort „Credit" deutet ja daranf hin, daß dabei ein moralisches Element im Spiel ist. Will sagen: der Glaube an die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Creditnehmers, was beides nicht blos auf dem materiellen Besitz desselben beruht, sondern zugleich auf seinen persönlichen Eigenschaften. Allein die sind eben nur in engeren Kreisen bekannt, in der Gemeinde oder in der Berufsgenossenschaft des Creditnehmers. Von da also müssen die Creditanstalten ausgehen. Weil da aber oft das Risico zu groß sein oder die nöthigen Mittel überhaupt fehlen würden, so können die Creditanstalten auf der untersten Stufe nur eine beschränkte Competenz haben, wie sie auch nur einer sehr einfachen Einrichtung bedürfen, so daß man vor dem etwas großartig klingenden Namen einer Bank durchaus nicht zu erschrecken braucht. Von da schritte dann die Organisation fort zur Kreisbank, zur Landschaftsbank u. s. w. Das System erbaute sich demnach von unten herauf in föderativer Form, wodurch allein der Credit zu einer gesunden Entwickelung gelangen könnte, und die Garantie gegeben wäre, daß die Capitalien überall ihre befruchtende Wirkung äußerten. Wie ganz anders aber, wenn statt dessen eine Reichsbank besteht, — die doch der Sache nach selbst nichts weiter als das Organ der Börsenmagnaten und principaliter eine Judenbank ist, — und welche nun vielmehr von oben herab ihre Filiale und Agenturen über das Land verbreitet. Augenfällig, wie sehr dadurch die Concentration der Capitalien in der Hauptstadt befördert wird,

von wo aus sie freilich wieder zurückfließen, aber nicht ohne einen erheblichen Niederschlag in der Hauptstadt zurückzulassen, die dadurch immer capitalreicher wird, indessen, je ferner von der Hauptstadt, um so mehr Capitalarmuth hervortritt.

Weiter aber bleibt noch zu bemerken, daß sich das Creditwesen auch nach den verschiedenen Wirthschaftszweigen modificiren muß. Der landwirthschaftliche Credit ist nach anderen Grundsätzen zu behandeln als der kaufmännische, wieder anders der Credit der Fabrikanten und wieder anders der Credit der Handwerker, bei welchem letzteren am meisten die persönlichen Eigenschaften des Creditnehmers in Rechnung zu kommen hätten, so daß hier nur Innungsbanken helfen könnten. Was nun insbesondere den landwirthschaftlichen Credit anbetrifft, so müßten die, selbst für die großen Grundbesitzer geschweige denn für die bäuerlichen Besitzer, so gefährlichen Hypotheken durchaus durch unkündbare Renten ersetzt werden. Es widerspricht schlechtweg der Natur der Dinge, daß in landwirthschaftlichen Meliorationen angelegte Capitalien, die sich da nur langsam reproduciren, beliebig zurückgefordert werden dürften, und dasselbe gilt von den Schulden, die bei Ankauf eines Gutes oder wegen Erbtheilung contrahirt wurden. Eine plötzliche Zahlungsforderung ist unzulässig, sie zöge den Grundbesitz, der doch die stabile Grundlage der ganzen Volkswirthschaft sein soll, in alle Schwankungen des Capitalmarktes hinein. Es gilt dies auch für Gebäude, nur daß die Creditanstalten für Hausbesitzer doch wieder nach anderen Grundsätzen einzurichten sind als die landwirthschaftlichen Creditanstalten.

Wird heute wohl allgemein zugestanden, daß die Einführung der allgemeinen Wechselfähigkeit, wie andererseits die Aufhebung der Wuthergesetze, eine schlimme Uebereilung war, so wäre doch auch durch Rückkehr zu den früheren Gesetzen noch lange nicht geholfen. Der Wucher findet immer Schleichwege genug, um die Gesetze zu umgehen. Sollte er dabei auch dicht an das Zuchthaus streifen, — thut ihm nichts, wenn er nur nicht hineinkommt. Hauptaufgabe bleibt daher die Begründung eines den verschiedenen Bedürfnissen entsprechenden Creditsystemes, als die alleinige positive Garantie gegen den Wucher.

4.

Will man die Capitalherrschaft überwinden, so muß man ihr das Wasser abgraben, indem man dem Privatcapital die Geschäfte entzieht, durch deren Ausbeutung die Capitalherrschaft zumeist emporgekommen ist. Natürlich kann es sich dabei nur um solche Geschäfte handeln, die sich wirklich besser für den öffentlichen Betrieb eignen als für den Privatbetrieb. Deren aber dürften sehr viele sein, welche gleichwohl der capitalistischen Speculation anheim fielen, weil die öffentlichen Gewalten versäumten, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Und dies wieder, weil ihnen theils Sinn und Verständniß, theils die geeigneten Organe dafür fehlten.

Sind es doch in unseren Staaten vorzugsweise Militärs und Juristen, welche den Geist der Regierungen bestimmen, wie denn auch der militärische und gerichtliche Schutz als die principale Aufgabe des Staatsverbandes gilt. Den Nachtwächterstandpunkt hat dies nicht mit Unrecht Lassalle genannt. Nun darf man wohl bei Militärs im Allgemeinen keine besonderen Einsichten in die socialen Angelegenheiten erwarten, und mit unseren durch das Studium des römischen Rechtes gebildeten Juristen steht es auch nicht viel besser. Im Gegentheil, mit den Pandekten im Kopfe wird man weit eher den Sinn für die praktischen Bedürfnisse der modernen Gesellschaft verlieren.

Weil also die öffentlichen Gewalten für so manche große sociale Aufgaben nichts leisteten, traten dann Privatkräfte dafür zusammen, die natürlich auch eben nur ihr Privatinteresse verfolgten. Thatsächlich freilich mußten sie auch dem öffentlichen Interesse einigermaßen dienen, weil sie nur durch Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse selbst verdienen konnten. So haben die Actiengesellschaften, indem sie die mangelhafte Thätigkeit der öffentlichen Gewalten ergänzten und überhaupt den schlummernden Unternehmungsgeist weckten, neben ihren schädlichen Wirkungen unläugbar auch Nutzen gestiftet. Allein seit dem großen Krach dürfte ihre Periode zur Neige gehen, und über kurz oder lang muß es überhaupt ein Ende mit ihnen nehmen.

Der Unfug mit den scandalösen Sinecuren der Verwaltungsräthe, noch mehr die Betrügereien bei der Finanziirung des Unter-

nehmens wie bei der Ausführung der Arbeiten, könnte ja möglicherweise durch bessere Gesetze und strenge Ueberwachung beseitigt werden, trotzdem behielte das Actienwesen etwas principiell Verwerfliches. Einerseits nämlich, weil dabei das Capital als selbständig erwerbender Factor auftritt, ohne irgend welche persönliche Bethätigung des Capitalisten. Denn man identificire nicht etwa die Actiendividende mit dem Capitalzins, welcher nur die dem allgemeinen wirthschaftlichen Zustande entsprechende natürliche Frucht des Capitals ist, und das Einkommen des Capitalisten in statu quo läßt. Dem Actionär hingegen soll sein Capital mehr bringen als den gewöhnlichen Zins, die Actie soll für ihn erwerben, ohne daß er selbst die Hand dabei regte. Also der prägnanteste Ausdruck des Capitalismus! Andererseits sinkt der von der Actiengesellschaft beschäftigte Arbeiter um so mehr zum bloßen Arbeitsinstrument herab. Die Actiengesellschaft hat kein menschliches Gefühl für ihn, weil sie selbst nicht sowohl eine menschliche Gesellschaft als eine Vergesellschaftung der Capitalien ist. So steht hier der Arbeiter weder im Dienste der Actionäre, noch im Dienste der Directoren der Gesellschaft, sondern sein eigentlicher Dienstherr ist das Capital, das kein Erbarmen kennt. Die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Capital ist zum Princip geworden.

Im vollsten Maße gilt alle dies für die auf Actien gegründeten Fabriken und Bergbauunternehmungen, welche in der großen Gründerperiode pilzartig emporschossen und nachdem sie ein Weilchen lang eine scheinbare Prosperität hervorgerufen, hinterher so zerstörend gewirkt haben. Nicht so schlimm steht es mit den Eisenbahn-Actiengesellschaften, die sich lange Zeit überwiegend wohlthätig erwiesen, und deren Unzuträglichkeiten erst in dem letzten Jahrzehnt recht hervorgetreten sind, infolge dessen auch die öffentliche Meinung sich heute wohl schon überwiegend für Staatsbau und Staatsbetrieb ausspricht. Das ist indessen wieder zu weit gegangen, wenigstens für große Staaten, wo man sich zunächst an die unmittelbar betheiligten Provinzen oder Landschaften zu wenden hätte, außer wo wirklich das Interesse des ganzen Staates betheiligt wäre, was doch nur bei einigen Hauptlinien der Fall sein wird. Auch hier darf man nicht alle Interessen in einen Topf werfen wollen. Wo es sich principaliter nur um die Interessen einer Provinz, eines Kreises

oder einer Stadt handelt, ist das Werk auch aus den Mitteln derselben herzustellen. Sonst geräth man in einen staatlichen Communismus und in ein Centralisationssystem, welches sich hinterher kaum minder verderblich erweisen dürfte, als andererseits die Zersplitterung und Ausbeutung des Eisenbahnwesens durch den Capitalismus.

Einigermaßen den Eisenbahngesellschaften verwandt sind die Actiengesellschaften für Gasbeleuchtungen und Wasserleitungen in den größeren Städten. Und da ist man neuerdings wohl überall zu der Ueberzeugung gelangt, daß dergleichen Anstalten nicht mehr der capitalistischen Speculation zu überlassen, sondern als Communalanstalten zu behandeln seien.

Am unschuldigsten erscheinen die großen Versicherungsgesellschaften, bei welchen jedenfalls die Arbeiterfrage nicht in's Spiel kommt. Gleichwohl bilden sie ein sehr erhebliches Gebiet für die capitalistische Ausbeutung, wie andererseits einen sehr wichtigen Zweig des socialen Garantismus, welcher im Interesse des Gesammtwohls behandelt werden muß. Bei den Lebensversicherungs-Gesellschaften, wo die Versicherung lediglich im Belieben der Einzelnen steht und einstweilen doch nur erst sehr sporadisch stattfindet, möchte zwar der öffentliche Betrieb noch kaum räthlich erscheinen. Da hingegen müßte das Feuerversicherungswesen, für Gebäude wie für Mobilien, überall auf landschaftliche Verbände übergehen. Versicherungen aber gegen Hagelschlag und Viehseuchen, als eine specifische Angelegenheit der Landwirthe, wären eben von den landwirthschaftlichen Verbänden zu übernehmen, wie andererseits Versicherungsanstalten für Land- und Wasserfracht und Seegefahr eine Aufgabe für den Handelsstand wären. Bei einer lebendigen Organisation des Handelsstandes ließe sich dann wohl selbst eine Versicherung gegen Bankerotte denken. Ueberhaupt scheint das Versicherungswesen noch einer großen Ausdehnung fähig zu sein.

5.

Haben die öffentlichen Gewalten durch ihre Versäumnisse selbst gar viel zum Emporkommen der heutigen Börsenherrschaft beigetragen, so noch mehr durch ihre eigenen falschen Maßregeln. Insbesondere durch das verhängnißvolle System der Staatsanleihen, wozu neuerdings in immer größeren Beträgen noch die städti-

schen Anleihen hinzukamen. Nicht nur daß überhaupt die Masse der Börsenpapiere sich dadurch in's Ungeheuere vermehrt hat, sondern da gerade die Staatspapiere am ehesten in den internationalen Verkehr übergehen, was bei Industriepapieren weit weniger der Fall ist, so ist auch daraus zumeist die goldene Internationale entsprungen, deren Einfluß sich nun die Staatsgewalten um so weniger zu entziehen vermögen, je mehr sie selbst die Hilfe der Börse in Anspruch nehmen. So wächst das Uebel durch sich selbst, weil jede neue Anleihe die Staatsgewalten nur um so abhängiger von der Börse macht.

Wer wüßte das besser als eben die Börsianer selbst, die daher ununterbrochen zu neuen Anleihen animiren und hindrängen. Auch bis heute mit dem besten Erfolge. Denn es scheint in diesem Punkte eine allgemeine Verblendung zu herrschen. Wie man gewissen Schlangen einen fascinirenden Blick zuschreibt, in Folge dessen die Kaninchen, welche sie verschlingen wollen, ihnen zuletzt selbst in den Rachen laufen sollen, so lassen sich die Staatsgewalten durch das Liebäugeln der Börse bethören. Das Gold scheint einen dämonischen Reiz auf sie zu üben.

Unter solchen Einflüssen also ist auch schon unser neues Reich, nachdem die Milliarden mit Hilfe der Börse sich schleunigst verduftet, auf diese verhängnißvolle Bahn gerathen. Hat doch sogar Herr Bamberger erklärt: Reichsanleihen und damit eine gemeinsame Schuldenlast seien das beste Mittel, um die neue deutsche Nationaleinheit zu befestigen. Richtiger gesagt: um das Netz zu vervollständigen, womit die Judenschaft ohnehin schon die ganze deutsche Nation umsponnen hat. Denn es geht hier im Ganzen und Großen wie im Einzelnen und Kleinen. Hat der Geldjude dem Bauer, dem Handwerker und wohl auch dem kleinen Beamten, noch viel mehr dem jungen Cavalier, erst einmal seine scheinbar hilfreiche Hand geboten, so hat er ihn am Bande. Auf das erste Darlehen folgt das zweite u. s. w., jedes neue unter immer drückenderen Bedingungen, bis der arme Tropf zuletzt unrettbar verloren ist. Auch Staatsgewalten kann Aehnliches begegnen.

Daß große Unternehmungen, wie etwa Eisenbahn- oder Canalbauten, mittelst Anleihen viel schneller zu Stande kämen, als wenn man sich auf die eigenen disponiblen Mittel beschränkte, ist eine

gar wohlfeile Weisheit. Frage erst: muß denn eben alles so schnell gehen, oder kann es nicht vielleicht auch zu schnell damit gehen, und haben wir nicht in früheren Betrachtungen gesehen, welche schlimmen Folgen wirklich aus der sich überstürzenden Entwickelung unseres Eisenbahnwesens entsprungen sind? Allzu langsam würde es ohne Anleihen doch nicht gehen, wie schon eine geringe Ueberlegung zeigt. Anleihen fordern Verzinsung aus den laufenden Staatseinnahmen, wodurch folglich ein immer größerer Theil derselben durch die wachsende Zinsenlast absorbirt wird, während umgekehrt, ohne diese wachsende Zinsenlast, ein immer größerer Theil der laufenden Einnahmen zu außerordentlichen Unternehmungen disponibel bliebe, so daß die Bauten dann von Jahr zu Jahr in immer größerem Umfange betrieben werden könnten. Dabei wäre man sicher, den anderweitigen Productionszweigen keine Capitalien entzogen zu haben, was hingegen durch Staatsanleihen mehr oder weniger immer geschieht.

Ganz unhaltbar ist desgleichen der Gemeinplatz, daß Unternehmungen, welche noch der Nachwelt zu gute kämen, auch noch von der Nachwelt zu verzinsen seien. Habt Ihr denn die noch ungeborene Generation gefragt, ob sie Euere Bauten überhaupt haben will? Und wird nicht die zukünftige Generation selbst neue Unternehmungen zu machen haben, deren Kosten sie folgerichtig ebenfalls wieder der Nachwelt aufzubürden hätte, bis endlich eine Schuldenlast aufgethürmt sein würde, unter deren Druck die Schultern der Enkel zusammenbrächen? Schöne Sorge für die Nachkommen, sie im Voraus mit Schulden zu belasten! Nichts weiter ist es, sage ich, als eine Bankerottwirthschaft, und nachdem schon so viele Staaten einen wenigstens partiellen Bankerott gemacht, muß es wohl endlich zum allgemeinen Bankerott kommen. Ganz davon zu schweigen, daß eben das Anleihewesen, nachdem es einmal zum förmlichen System geworden, zugleich die leichtsinnigen Kriege befördert, und indem es erst die Aufstellung der heutigen Monstre-Armeen ermöglichte, die Kriege selbst immer kostspieliger gemacht hat.

Keine Hilfe, oder mit diesem System muß rundweg gebrochen werden. Die Staatsgewalten, und beziehungsweise die Stadtgewalten, haben sich in Zukunft mit ihren Unternehmungen auf ihre eigenen verfügbaren Mittel zu beschränken und nur in äußersten

Nothfällen zu Anleihen zu schreiten. Tritt aber solcher Nothfall ein, so haben sie sich nicht an die Börse zu wenden, sondern wenn es ein organisches, von der Gemeinde an sich stufenmäßig aufbauendes Creditsystem gibt, so werden dadurch leicht die erforderlichen Capitalien zu beschaffen sein, ohne daß die Börse ihre Procente davon zöge.

Ist es nicht geradezu lächerlich, daß der Staat, um sich außerordentliche Mittel zu verschaffen, dazu der Vermittelung der großen Geldbarone bedürfen sollte? Ei, warum bedürfte er in Kriegsfällen nicht auch der Condottieri, welche für ihn die Truppen zusammenbrächten, wie es bekanntlich im Zeitalter der Söldnerkriege wirklich geschah, und wovon als letzte große Beispiele ein Mansfeld und ein Wallenstein auftraten? Wie diese einst ihre Fahne aufpflanzten und von weit und breit die Söldner zusammentrommeln ließen, welche im Vertrauen auf den Glücksstern und den Waffenruhm des großen Kriegsunternehmers demselben ihre Haut verkauften, ganz ähnlich lassen heute die großen Creditunternehmer, auf das Ansehen ihrer Firmen pochend, durch Zeitungsreclame die Capitalien zusammentrommeln, die sie ja keineswegs selbst besitzen, woran sie aber ihre Procente verdienen, gerade wie die Kriegsunternehmer an den von ihnen gestellten Soldaten: Warum sind denn die Staaten, nachdem sie solcher militärischen Zwischenmänner und Ausbeuter, wie die ehemaligen Condottieri waren, schon seit zwei Jahrhunderten sich zu entledigen gewußt, nicht längst auch dahin gekommen, die finanziellen Zwischenmänner und Ausbeuter ebenfalls bei Seite zu schieben? Statt dessen haben sie selbst diese Parasiten erst groß gezogen, denn ohne das absurde Anleihewesen gäbe es heute wohl keine Rothschilde.

Aber da haben wir's wieder! Nur auf die militärische Organisation des Volkes haben die Staatsgewalten längst eifrig Bedacht genommen, da wissen sie jeden dienstfähigen Mann zu finden, es geht alles wie am Schnürchen. An die wirthschaftliche Organisation hingegen, und damit insbesonder auch an die Organisation des Credits, denken sie nicht, obgleich sie unter Umständen selbst den größten Vortheil davon haben würden, denn im Falle eines Krieges würden ihre finanziellen Hilfsquellen dadurch unerschöpflich. Freilich aber wäre die wirthschaftliche Organisation ganz

anders anzugreifen, als wie man Armeen formirt. Drängt das Militärwesen seiner innersten Natur nach zur Centralisation und Uniformität, so müssen hingegen die wirthschaftlichen Kräfte sich frei nach ihrer Eigenart entwickeln können, und immer mit Rücksicht auf die localen Bedingungen. Nur durch eine föderative Ordnung ist hier ein zweckmäßiges Zusammenwirken zu begründen, Centralisation und Uniformität würden die Kräfte lähmen.

6.

Je größer in unseren Tagen die Steuerlast geworden ist, so daß Reich und Staat einen sehr beträchtlichen Theil des gesammten Volkseinkommens in Anspruch nehmen, um so größer wird auch die Rückwirkung, welche daraus auf die politischen und socialen Zustände entspringt. In beider Hinsicht ist daher keine eingreifende Reform möglich, welche nicht zugleich auch eine Steuerreform implicirte. Daß es dabei nicht darauf abgesehen sein kann, auf einmal das ganze Steuerwesen auf neue Grundlagen zu stellen, besagt schon der Ausdruck „Reform". Auch wäre dies an und für sich ganz ebenso unmöglich, wie wenn auf einmal der ganze materielle Productionsbetrieb eine andere Gestalt erhalten sollte.

Gehen wir nun von dem Gegebenen aus, so liefern zunächst einen erheblichen Theil der öffentlichen Einnahmen die Domänen, diesen Ausdruck hier im allgemeinsten Sinn genommen. Keine Frage, daß ein Domänenbesitz zugleich auch zur Festigkeit des ganzen Staatsgebäudes beiträgt, und wenn er nur von mäßigem Umfang ist, wird er sich überwiegend wohlthätig erweisen. Eine Veräußerung der Domänen, wohin offenbar der Liberalismus drängt, würde daher im Allgemeinen nicht räthlich sein. Ein ganz anderer Punkt der Erwägung ist aber, ob denn überhaupt die Domänen kurzweg als Staatseigenthum zu gelten haben? Das nämlich meinen wir nicht, außer insofern sie selbst erst aus den Mitteln des Staates erworben wären. Ist dies hingegen nicht der Fall, und besteht der Staat aus verschiedenen Landschaften oder Provinzen, so müssen auch die Domänen in erster Stelle als zu dem besonderen Eigenthum der betreffenden Landschafts- oder Provincialverbände gehörig betrachtet werden, so daß der Staatsgewalt nur die Oberaufsicht und ein Theil des Ertrages zustände, so sehr dies auch dem heute

überall herrschenden Staatsabsolutismus widersprechen möchte, der eben den Landschaften oder Provinzen keine selbständige Entwickelung gewähren will. Ein in sich selbst beruhendes Recht gesteht er denselben überhaupt nicht zu, und was nicht Privateigenthum ist, gilt dann kurzweg als Staatseigenthum. Werden doch nach dem preußischen Landrecht, in welchem der Staatsabsolutismus in vieler Hinsicht seinen classischen Ausdruck gefunden, sogar die kirchlichen Gebäude als Gebäude des Staates angesehen. Von solcher Ansicht aus war zu den Maigesetzen kein weiter Schritt.

Ebenso ferner würden die Grundsteuern nicht sowohl dem Staate als vielmehr den Provincialverbänden zustehen müssen. Für eine föderative Verfassung wäre dies eine unerläßliche Forderung. Wenn aber freilich die heutige Centralisation vor solcher Forderung zurückschrecken würde, so müßten wenigstens die Grundsteuern provinzenweise contingentirt und dadurch allen Veränderungen im einseitigen Interesse des Fiscus entzogen werden. Sonst bleibt es ein gar bequemes Finanzmittel, durch Zuschlagcentimen — wie in Frankreich geschieht — die Grundsteuer-Erträge beliebig zu erhöhen. Offenbar aber auch der sicherste Weg zur Ueberbürdung des Grundbesitzes und damit zum Ruin des Ackerbaues, dem schlechterdings entgegengetreten werden muß. Weiter dann die — Gebäudesteuern, die ihrer Natur nach weder stabil noch gleichmäßig sein können, da der Ertrag der Häuser großen Veränderungen unterliegt, würden als Communalsteuern zu behandeln sein.

Als eigentliche Staatssteuern oder Reichssteuern blieben demnach die Einkommensteuer, die Gewerbesteuer, die Personalsteuern und die indirecten Steuern, welche letzteren wir zunächst in's Auge fassen wollen.

Indirect — fürwahr, das Wort selbst deutet schon auf etwas Hinterhaltiges und Hinterlistiges, wie es denn auch gerade die indirecten Steuern sind, mit welchen der Fiscus sich am liebsten beschäftigt und wobei er schon Erstaunliches geleistet. Ist es doch zum Gemeinplatz geworden: diese Steuern würden am wenigsten empfunden, sie wären wie der Luftdruck, den man gar nicht fühle. Nun ja, wer ein gutes Einkommen hat, das — um doch bei dem Vergleich zu bleiben — gegen den äußeren Luftdruck als innerer Gegendruck wirkt, dem verschlägt es freilich wenig, daß er

alle seine Bedürfnisse um so und so viel theurer bezahlt, als ohne die Steuer geschehen würde. Bei geringem Einkommen aber fehlt solcher innere Gegendruck, und gleichviel, ob der Arme die indirecte Steuer pfennigweise bezahlt, — die Sache ist ganz dieselbe, wie wenn man den Leuten tropfenweise das Blut entzieht, bis zuletzt die Auszehrung eintritt. Und selbst den Vergleich mit dem Luftdruck zugegeben, — athmet man nicht in der leichteren Luft auf hohen Bergen viel freier? Dazu rufen insbesondere die hohen Einfuhrsteuern auf Consumptibilien schlechte Surrogate hervor, z. B. statt Kaffee Cichorien, und steigern den Anreiz zur Verfälschung, so daß wir z. B. Kunstwein zu trinken bekommen.

Mit solcher Schönrederei von dem Nichtempfundenwerden der indirecten Steuern ist es also nichts. Das wirklich Wahre vielmehr nur, daß zuvörderst die Eingangssteuern überhaupt unvermeidlich bleiben, so lange nicht der Universalstaat besteht. Was aber die inneren indirecten Steuern anbetrifft, so zwingt leider die bittere Noth dazu, weil ein so erheblicher Theil des öffentlichen Einkommens anderweitig nicht wohl zu ersetzen wäre. Der Staat will leben, er muß sich die nöthigen Mittel verschaffen, da hilft einmal nichts, sei es im directen oder indirecten Wege. Das impôt unique, wie es einst die Physiokraten planten, bleibt eben für immer eine Chimäre, man muß den Leuten auf verschiedene Weise beizukommen suchen, damit, wer sich der einen Steuer entzöge, um so gewisser von der anderen getroffen werde. Kann demnach von Abschaffung der indirecten Steuern keine Rede sein, so soll man sie doch nur als eine leider unentbehrliche Aushilfe behandeln, denn immer bleiben sie mit großen Uebelständen behaftet.

So zunächst schon, daß für die indirecten Steuern die ganze Staatsbevölkerung lediglich als eine contribuable Masse gilt, um deren Zustände sich zu kümmern der Fiscus gar kein Interesse hat. Er braucht da Niemandem den Executor in's Haus zu schicken, er erfährt nichts davon, wie sich die Leute die Steuern am Leibe abhungern. Andererseits sind die Zuschlagscentimen oder Zuschlagspfennige hier noch leichter ausführbar als bei der Grundsteuer, und einmal auf diese Bahn gerathen, kann der Staatsetat immer voller und runder werden, indessen das Volk immer mehr abmagert. Das Volk merkt es ja angeblich nicht, und jedenfalls

merkt es der Fiscus nicht. Je mehr also die indirecten Steuern prävaliren, um so mehr besteht die Gefahr, daß die große Masse des Volkes von Seiten der Staatsgewalt der Verwahrlosung anheimfällt.

Dazu kommt für uns noch ein hochwichtiges politisches Bedenken. Werden neue directe Steuern gefordert, so wird man sich die Sache zweimal überlegen, ehe man sie bewilligt, weil Jeder weiß, wie ihn die Steuer selbst trifft. Bei indirecten Steuern kann das Niemand genau berechnen, noch kennt man im voraus den Gesammtertrag der Steuer, man tappt dabei gar sehr im Dunkeln. Einmal aber bewilligt, pflegt dann der Ertrag der indirecten Steuern durch sich selbst zu wachsen. Soll also das Budgetrecht nicht illusorisch werden, müßte wenigstens die Bewilligung nur auf Zeit stattfinden. Allein häufige Veränderungen der Zoll- und Steuersätze sind für die Volkswirthschaft verderblich. Bei dem Tabaksmonopol, womit man uns jetzt beglücken will, wäre an eine blos zeitweilige Bewilligung überhaupt nicht zu denken, weil dazu auf Dauer berechnete Einrichtungen gehören. Wäre es erst eingeführt, so würden wir es hinterher nicht wieder los. Doch gleichviel, ob Monopol oder eine denselben Ertrag liefernde Steuer, — worauf läuft denn die jetzt angeblich in der Reichskanzlei ausgebrütete Steuerreform schließlich hinaus, als kurz gesagt auf eine tüchtige Steuervermehrung? Und wozu soll die wohl dienen, als um den Militärsäckel immer mehr zu füllen, um so getrost dem Ablauf des Septennats entgegen sehen zu können, wo dann hinterher nichts mehr zu ändern wäre. Denn die dem Reiche zustehenden indirecten Steuern können nach Art. 5 und 35 der Reichsverfassung ganz ebenso nur mit Zustimmung der Reichsregierung verändert werden, als andererseits die militärischen Einrichtungen. Der einmal bewilligte, und im eigenen Laufe stetig wachsende, Steuerzufluß wird also immer weiter fort fließen.

»Labitur et labetur in omne volubilis aevum«,

würden wir mit Horaz sagen können. Der dumme Bauer aber, der da bei dem Dichter auf das Ablaufen des Wassers wartet, wäre in unserem Falle Niemand anders, als mit Ehren zu vermelden der deutsche Michel, dem man jetzt die Schlafmütze immer tiefer über den Kopf ziehen möchte, damit er nur ja nicht merke, wie man ihn barbiren will.

So stehen die Sachen. Darum die Schlafmütze herunter, die Augen aufgethan, und dann zu solcher Steuerreform ein kategorisches „Nein" gesagt! Sonst soll man in Zukunft nicht mehr von politischer Freiheit sprechen, nachdem man solche politische Urtheilslosigkeit bewiesen. Was aber die deutschen Bundesregierungen anbetrifft, die müßten wohl blind sein, wenn sie hier nicht das Hinterhaltige und Hinterlistige sähen, was in den projectirten neuen indirecten Steuern liegt, indem sie sich statt dessen durch die Aussicht auf den Wegfall der Matrikularbeiträge ködern lassen wollten, worin sie vielmehr die unentbehrliche Garantie für den Fortbestand der ihnen einstweilen noch verbliebenen geringen Selbständigkeit zu erblicken hätten.

7.

Ach, was prahlen wir doch mit der Ueberlegenheit, die wir durch unsere Siege von 1870 gegenüber Frankreich bewiesen hätten, wenn wir seitdem nur um so mehr dahin gekommen sind, daß wir in allen öffentlichen Einrichtungen zuletzt nichts Besseres zu wissen scheinen, als französische Vorbilder nachzuahmen! Oder was originell Deutsches wäre wohl seitdem bei uns hervorgetreten? Die Dinge tiefer betrachtet, haben wir immer nachgeahmt, und damit das doch ja seinen guten Fortgang habe, soll uns jetzt das französische Steuerwesen als Muster dienen. Denn keine Frage, daß das System der indirecten Steuern und Staatsmonopole seine höchste Ausbildung gerade in Frankreich erhalten hat, welches schon seit Jahrhunderten die hohe Schule der Fiscalität gewesen. Auch der alte Fritz bezog bekanntlich seiner Zeit von daher die Directoren seiner Regie, mit ihren verrufenen Kaffeeriechern. Die Deutschen, meinte er, seien zu solchen fiscalischen Künsten noch zu dumm. Heute aber scheinen sie nun wirklich so weit fortgeschritten zu sein, um sogar den erhabenen Gedanken des Tabaksmonopols fassen zu können. Großer Gott, als ob nicht schon jeder Ladenjüngling das begriffe, wenn es einmal auf weiter nichts ankommt als Geld zu machen, welche Unsummen sich davon ziehen ließen, ohne daß es dazu erst eines Genieblitzes des großen Kanzlers bedurft hätte, um diese andererorten längst bekannte fiscalische Goldgrube zu entdecken!

Das vorweg, so fragen wir doch aber einmal, welchen Segen denn das indirecte Steuerwesen den Franzosen wirklich gebracht hat? Gewährte es der Staatsgewalt die Mittel, dem Volke Summen abzupressen, welche in directem Wege gar nicht zu erlangen gewesen wären, so beförderte es eben dadurch auch die Leichtfertigkeit, womit immer neue Anleihen gemacht und immer neue Kriege geführt wurden, weil die regierende Classe den Druck der indirecten Abgaben selbst wenig empfand, der zumeist nur auf der unteren Hälfte des Mittelstandes und auf der Arbeiterclasse lastete. So griff man ja auch in England — zur Zeit der Kriege gegen das revolutionäre Frankreich und gegen Napoleon — um die Staatscasse zu füllen, vor allem zu Erhöhungen der Einfuhrzölle und der inneren Consumptionssteuern, bis auf's Doppelte und Dreifache. Aber wie drückend war das für die unteren Volksclassen, und wie sehr hat das dazu beigetragen, die Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverhältnisse in England immer greller zu machen, wohin Consumptionssteuern mit innerer Nothwendigkeit wirken.

Um das einzusehen, braucht man sich nur zu fragen: ob denn etwa, wer z. B. ein Einkommen von 10,000 oder von 100,000 Mark bezieht, im Vergleich zu dem, der nur 1000 Mark hat, um deswillen auch 10mal oder gar 100mal so viel an Tabak verraucht? Er müßte wohl bald im Rauch ersticken. Oder wird er etwa 10mal und 100mal so viel an Zucker, Kaffee, Chocolade, Thee, Bier, Wein und Branntwein, dazu an Fleisch, Butter, Brod und Salz verzehren, und bei einer Einnahme von einer Million wohl gar 1000mal so viel, und in demselben Maße fort? Ich meine, in solcher Frage liegt auch schon die Antwort. Der einzig mögliche Einwand bliebe nur, daß die Reichen zwar nicht dem Quantum nach, aber doch dem Werthe nach in demselben Maße mehr consumirten. Würden dann also die Consumptibilien ihrem Werthe nach versteuert, was ja bei den ausländischen Artikeln leicht ausführbar, bei den im Inlande erzeugten aber kaum zu bewerkstelligen sein möchte, so würde die Ungerechtigkeit allerdings etwas geringer. In der Hauptsache bliebe sie, da selbst dem Werthe nach die materielle Consumption nicht entfernt dem Einkommen proportional steigt, und um so weniger, je höher das Einkommen steigt. Wessen Einkommen sich nach Millionen berechnet, der wird materiell kaum

mehr consumiren, als wer nur Hunderttausende einnimmt. Denn auch der Millionär, oder gar der Milliardär, kann jedenfalls nicht feinere Cigarren rauchen, nicht feineren Kaffee oder feinere Weine trinken, als überhaupt existiren. Dazu wird er schwerlich der Narr sein, etwa tagtäglich Johannisberger Cabinetswein die Flasche zu 20 bis 30 Mark zu trinken, weil eben alle die hochfeinen Consumptibilien und theueren Leckereien nur dadurch Reiz haben, daß sie ausnahmsweise als ein Extravergnügen genossen werden.

Ist nun alle dies nicht zu leugnen, so kommt man wohl gar noch mit der Ausflucht der Steuerabwälzung, vermöge deren die durch die Consumptionssteuern überbürdeten Classen sich ihres Schadens wieder erholen könnten, indem sie sich dafür ihre Dienstleistungen um so theurer bezahlen ließen. Fürwahr, es wäre kein schlechteres Gegenargument denkbar, denn wie es sich auch mit der so viel ventilirten und noch immer so streitigen Frage der Steuerabwälzung verhalten mag, von vornherein spricht jedenfalls die Muthmaßung dafür, daß es dabei nach dem Gesetze der Schwere gehen und daher das Abwälzen sich von oben nach unten vollziehen wird, nicht etwa umgekehrt. Hinabwälzen ist etwas leichter als Hinaufwälzen. So wenigstens in unseren alten dicht bevölkerten Ländern, wo die ärmeren Classen im Allgemeinen weit mehr genöthigt sind, ihre Dienstleistungen anzubieten, als umgekehrt die reicheren Classen dieselben zu suchen haben. Jene treibt der Hunger, sie können nicht lange brach liegen, diese können es einigermaßen abwarten, bis die armen Teufel auch für geringen Lohn arbeiten.

Man mag sich drehen und wenden wie man will, immer bleibt es dabei, daß die Consumptionssteuern die handgreiflichste Begünstigung der reicheren Classen zu Ungunsten der ärmeren impliciren. Sonderbar, daß unsere sich so nennenden Conservativen, die heute, nachdem einmal die Parole aus der Reichskanzlei gegeben, für indirecte Steuern schwärmen, dies nicht einzusehen scheinen. Sehen sie es aber ein, so besteht ihr Conservatismus eben darin, die Ungerechtigkeit erhalten und noch weiter ausdehnen zu wollen, um dafür selbst desto weniger zahlen zu müssen. Darum sind sie vor allem keine Freunde der Einkommensteuer, die freilich allein so erhebliche Erträge zu liefern vermöchte, daß man keiner hohen Consumptionssteuern bedürfte. Und nicht nur die

eigene Zahlungsunlust der Herren wirkt dabei, sondern zugleich der Widerwille gegen die damit verbundene Declaration ihrer Einkommensverhältnisse, in die, wie sie meinen, Niemand hineinzublicken habe. Ich frage aber: was reden wir dann noch von Oeffentlichkeit, wenn gleichwohl das Einkommen so durchaus geheim bleiben soll, während doch ein hohes Einkommen öffentlichen Einfluß zu gewähren pflegt, auch andererseits die reichen Leute allermeist mit besonderer Consideration behandelt sein wollen, wie wenn man wissen müßte, welche große Personage man vor sich habe? Wer redliche Geschäfte treibt, hat kein Ursache, sein Einkommen zu verheimlichen. Noch mehr: wie die indirecten Steuern demoralisirend wirken, weil ihr hinterlistiges Wesen auch die List herausfordert, ihnen zu entgehen, so wirkt hingegen die Einkommensteuer durch die Declarationspflicht moralisirend.

Als impôt unique soll sie um deswillen doch nicht gelten. Auch hat sie ihre unverkennbaren Mängel, weil das bloße Einkommen noch keineswegs schon die Steuerfähigkeit bestimmt. Ein Hagestolz und ein Mann mit zahlreicher Familie sind bei gleichem Einkommen nicht gleich steuerfähig. Doch selbst in diesem Falle erweist die Einkommensteuer sich weit weniger unbillig als die Consumptionssteuern, die für einen Familienvater sich noch obendrein um das Doppelte und Dreifache erhöhen. Da wirken die Consumptionssteuern geradezu wie eine Hagestolzenprämie oder Heirathsstrafe. Und ob das nicht Folgen haben muß! Namentlich in dem höhergebildeten aber dabei vermögenslosen Theile des Mittelstandes würden durch hohe Consumptionssteuern die Heirathen merklich abnehmen. Weiter dann kommen auch noch Standesverhältnisse in Betracht. So z. B. mag wohl oft ein Bäcker- oder Fleischermeister mehr Einkommen haben als ein Professor oder ein Collegienrath, indessen er doch von manchen Ausgaben dispensirt ist, wozu die Letzteren durch ihre sociale Stellung gezwungen sind, so daß hier die Steuerfähigkeit hinter dem Einkommen zurückbleibt, dort über das Einkommen hinausgeht.

Offenbar sind das erhebliche Bedenken, indessen bei weiterer Ausbildung der Einkommensteuer wird man solchen Verhältnissen, worauf wieder die indirecte Steuer keinerlei Rücksichtnahme ermöglicht, sehr wohl billige Rechnung tragen können, insbesondere auch was die

Familienverhältnisse betrifft. Nur wird dazu eine genossenschaftliche Gliederung der Gesellschaft gehören. Gruppen, innerhalb deren sich die Leute kennen und sich andererseits auch gegenseitig controliren. Umgekehrt aber wird auch der Fortschritt der Einkommensteuer selbst solche Gruppenbildung befördern; es besteht hier eine Wechselwirkung. Wie also die Consumptionssteuern, bei welchen Niemand ein Interesse hat sich um den Andern zu kümmern, den individualistischen Hang steigern und damit desorganisirend wirken, so liegt hingegen in der Einkommensteuer ein Antrieb zur socialen Organisation. Wir werden sehen, wie sich noch Weiteres daran anknüpft.

8.

Das Zeitalter der bloßen Staatsverfassungsfragen ist unwiderruflich vorüber, die socialen Fragen treten je mehr und mehr in den Vordergrund, und auch die Staatsgewalten werden nicht umhin können, selbstthätig in die sociale Entwickelung einzugreifen. Darin stimmen Alle überein, die nicht mehr auf dem Boden der jedenfalls wissenschaftlich schon als antiquirt anzusehenden, wie andererseits thatsächlich gerichteten Manchesterdoctrin stehen. Wie unklar man aber bis diesen Tag noch über die Aufgabe ist, und wie zaghaft man an dieselbe herantritt, davon zeugt am augenfälligsten die bisherige Auffassung des Steuerwesens. Denn ganz abgesehen davon, daß in der finanziellen Praxis noch überall der Geist der Fiscalität hervortritt, so gilt auch der theoretischen Finanzwissenschaft bis heute noch als selbstverständlich, daß es sich dabei lediglich um die Beschaffung der für die Staatsbedürfnisse, oder beziehungsweise Communalbedürfnisse, erforderlichen Mittel handle. Kein Gedanke daran, daß das Steuerwesen zugleich einen noch ganz anderen und für die Zukunft noch viel wichtigeren socialen Zweck haben möchte. Den Zweck nämlich: der bei heutiger Lage der Dinge stetig fortschreitenden Ungleichheit in den Vermögens- und Einkommensverhältnissen entgegen zu wirken, um damit die Erhaltung eines breiten kräftigen Mittelstandes zu befördern, indem eben so die Ansammlung übergroßer Reichthümer in den Händen Weniger thunlichst erschwert, wie — was immer die Kehrseite davon ist — das Herab-

sinken zahlreicher Volksclassen in äußerste Dürftigkeit thunlichst verhindert würde.

Daran denkt, wie gesagt, die herrschende Finanzweisheit nicht. Sondern nur insoweit soll die Staatsgewalt in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse eingreifen dürfen, als sie dabei etwas für ihre eigenen Bedürfnisse zu beanspruchen hätte. Nun, das zugegeben, so blieben wir in diesem Punkte ganz einfach bei der Manchesterdoctrin stehen, denn daß der Staat seiner eigenen Bedürfnisse halber Steuern zu erheben habe, bestreiten auch die verranntesten Manchestermänner nicht. Ich sage aber: wer einmal die Manchesterdoctrin verwirft, der versteht entweder sich selbst nicht, oder er muß auch solche beschränkte Finanzweisheit verwerfen, und dem Steuerwesen allerdings die Bedeutung zuschreiben, daß damit zugleich der fortschreitenden Einkommens- und Vermögensungleichheit gesteuert werden soll. Oder anders ausgedrückt: daß das Steuerwesen zugleich die active Seite hat, die socialen Verhältnisse zu reguliren, gegenüber der blos passiven Seite, wonach es lediglich durch die Bedürfnisse des Staates bedingt wäre, der unvermeidlich einen Theil des Volkseinkommens consumire. Diese staatliche Consumption gedeckt, so wäre dann die ganze Steuerfrage erledigt, und besäße etwa der Staat hinlängliches eigenes Vermögen, so wäre vom Steuerwesen überhaupt keine Rede. So müßte man von solchem Standpunkte aus schließen.

Wer sieht nicht, daß damit das ganze Steuerwesen als etwas blos Aeußerliches und Zufälliges erschiene, was jedes inneren Princips entbehrte, wie es ja in der Praxis nicht viel anders hergeht. Der Fiscus braucht so und so viel, er greift ohne viel Scrupel zu, wie und wo er kann. Er will sich Geld machen, wäre es auch durch offenbar unsittliche Mittel, wie bis diesen Tag noch durch die Staatslotterien geschieht, wodurch der Staat zum Spielhalter wird, indessen er doch andererseits das Spiel verbietet. Oder er greift zu solchen kleinlichen und vexatorischen Mitteln, wie Kalenderstempel und überhaupt Stempelpapier; will er große Geschäfte betreiben, so macht er sich zum monopolistischen Fabrikanten und Kaufmann. Ich frage: wo bleibt die Würde des Staates, als eines ethischen Nationalinstitutes, wenn er Cigarren fabricirt und mit Tabak handelt? Kommt es einmal nur auf Geldmacherei an, so könnte er

nach denselben plausiblen Gründen, die man für das Tabaksmonopol anführt, etwa auch Branntwein und Chocolade fabriciren, oder mit Kaffee und Gewürzen handeln. Nothwendige Lebensmittel sind das auch nicht, und lucriren ließe sich genug dabei. Kurz: das Steuerwesen in herkömmlicher Weise aufgefaßt, fällt es in das Principlose und Gemeine, während es hingegen nach unserer Auffassung zu einem wichtigen Zweige der Socialpolitik wird und selbst eine ethische Bedeutung gewinnt. Es ist dann nichts Geringeres als eine Bethätigung der ausgleichenden Gerechtigkeit, und ohne diese allerhöchste Gestalt der Gerechtigkeit bleibt der Rechtsstaat, den man jetzt allgemein im Munde führt, eine hohle Phrase, wenn er nicht gar zur Satyre auf seinen Namen wird.

Sonderbarer Rechtsstaat, der heute vielmehr die Bestimmung zu haben scheint, einen Zustand zu garantiren, wonach die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden! Solch eine Art von Rechtsstaat war seinerzeit auch schon das römische Imperium, in welchem es dann z. B. geschehen konnte, daß ein halbes Dutzend Landmagnaten die ganze große Provinz Afrika besaßen. Und schon liegt auch bei uns, wenn zwar in anderer Form, der Sache nach ungefähr dasselbe vor, indem die großen Börsenfürsten in ihren eisernen Schränken Papiere aufgespeichert haben, welche den Geldwerth ganzer Provinzen repräsentiren. Jedenfalls muß nach dem heutigen Zug der Dinge die Accumulation der Capitalien immer weiter fortschreiten, weil die Hochreichen — ohne sinnlose Verschwendung, die doch nur ausnahmsweise vorkommt, — ihr Einkommen überhaupt nicht consumiren können, sondern alljährlich einen großen Theil desselben wieder zum Capital schlagen, welches dadurch lawinenartig anwächst. Mit dem ungeheueren Uebergewicht ihrer Capitalien können sie dann in allen industriellen Unternehmungen ihre schwächeren Concurrenten erdrücken, oder nach Umständen die kleinen Eigenthümer auskaufen. Während so einige Wenige, vom Glück begünstigt, sich aus dem Mittelstande in die Classe der Hochreichen erheben, sinken um so viel Mehrere aus dem Mittelstande in Verarmung herab, und entsprechend der fortschreitenden Concentration der Vermögen, wächst die Classe der Dürftigen und geradezu Besitzlosen.

Angesichts dessen wird eine Progressivsteuer auf die

hohen Einkommen zu einem unentbehrlichen Schutzmittel gegen die immer weiter fortschreitende Accumulation der Capitalien. Und das eben soll ihr ausdrücklicher Zweck sein, wie sie auch nur unter diesem socialen Gesichtspunkt eine innere Berechtigung erhält. Denn insofern es sich nur um die Deckung der Staatsausgaben handelte, würden Progressivsteuern kaum gerechtfertigt erscheinen, anders aber, als ein Regulativ der socialen Entwickelung. Und so gewiß nun der Staat die Behörde der Gesellschaft ist, — als welche sich allein nicht zu helfen vermag, weil sie weder eine legislative noch executive Gewalt hat, — so gewiß ist der Staat, nach Lage der Umstände, zu solcher Maßregel nicht nur berechtigt, sondern selbst verpflichtet. Verpflichtet bei Strafe der im Unterlassungsfalle ihn selbst unvermeidlich treffenden Folgen, da eine übergroße Vermögensungleichheit am Ende zu gewaltsamen Revolutionen führt, oder überhaupt zum Untergange des Staates.

Das hat die Geschichte schon sattsam bezeugt. Um aber die Gerechtigkeit wie die Tragweite der fraglichen Maßregel in vollem Umfange zu erkennen, wird noch ein Mehreres darüber zu sagen sein.

9.

Mußten wir dem Socialismus schon wiederholt die Anerkennung zollen, daß er allerdings lang verkannte Wahrheiten in seinem Schoße birgt, so gilt dies insbesondere auch rücksichtlich der bisherigen Eigenthumsbegriffe, die jetzt unvermeidlich einer tiefgreifenden Revision bedürfen, wozu eben der Socialismus den Anstoß gab. Damit hängt zugleich die Progressivsteuer zusammen, die sogar selbst zu den socialistischen Forderungen gehört. Kein Wunder darum, wenn andererseits unsere Conservativen wie Liberalen auch um deswillen die Progressivsteuer kurzweg ablehnen zu dürfen glauben, weil das eine socialistische und revolutionäre Ausgeburt sei. Nun, was dem Verfall des Mittelstandes und der massenhaften Verarmung entgegenzuwirken bezweckt, scheint doch nicht so gar revolutionär, sondern wohl eigentlich sehr conservativ zu sein, das sollten die Conservativen bei einiger Ueberlegung selbst einsehen. Die Liberalen aber sollten doch die Liberalität besitzen, eine Wahrheit nicht schon um deswillen zu

verwerfen, weil es in diesem Falle der Socialismus war, der erst die Bahn zur Entdeckung derselben brach. Ich sage: die Bahn brach, ohne freilich die volle Wahrheit selbst gefunden zu haben, die sich vielmehr dem Socialismus sofort wieder zur Unwahrheit verkehrte, indem er, was nur eine Seite der Sache ist, für die Sache selbst ansah.

Wenn nämlich der Liberalismus das Eigenthum nur nach seiner individuellen Seite auffaßte, wonach die Gesellschaft überhaupt keinen rechtlichen Anspruch an den Eigenthümer hätte, so machen hingegen die Socialisten gerade diese Ansprüche geltend, und kommen in der Consequenz ihrer Ansichten bis zur vollen Aufhebung des Privateigenthums durch die Gesellschaft. Es ist der reine Gegensatz. Und wie wir nun schon früher — als die Ueberwindung dieses Gegensatzes zwischen Liberalismus und Socialismus — den föderativen Standpunkt erkannten, welcher Individualität und Gemeinschaft vereinigt, so wird sich das auch an der Behandlung der Eigenthumsverhältnisse zu bewähren haben, aber freilich damit auch wieder die schwierigste Aufgabe gegeben sein, wobei zunächst am wenigsten auf Theilnahme und Anerkennung zu rechnen ist. Das Einseitige erscheint ja immer als das Faßlichste, es läßt sich leicht zu einem System ausspinnen, und zum Einseitigen sind die Menschen von vornherein geneigt. Darüber hinaus zu kommen ist schwer, es gehört gewissermaßen eine innere Verdoppelung des Geistes dazu. Noch mehr: zur inhaltsvollen Wahrheit wird kaum Jemand gelangen, der nicht zuvor die Gegensätze in sich selbst erfahren und überwältigt hat. Hiernach zur Sache.

Da hat nun unstreitig Proudhon durch seine allbekannte Frage: »Qu'est ce que la propriété?« den wirksamsten Anstoß dazu gegeben, daß man aus dem langen Schlummer, während dessen man das Eigenthum als eine unumstößlich gewisse und durch sich selbst klare Sache ansah, endlich erwachte, indem er durch die herausfordernde Erklärung: „Das Eigenthum ist der Diebstahl!" die Leute geradezu vor den Kopf stieß. Seitdem war es mit dem gedankenlosen Dahingehen über die Eigenthumsbegriffe, wie wenn darin gar nichts Dunkles oder Fragliches läge, vorbei. Was aber jenes so ungeheuerlich klingende Wort Proudhon's betrifft, so enthält es allerdings ein Element von Wahrheit, wie augenfällig genug her-

vortritt, sobald man das Eigenthum nicht als ein passives Object betrachtet, sondern nach dem Erwerb, der daraus entspringt oder sich daran anschließt. Dann zeigt sich nämlich überall, wie solcher Erwerb keineswegs blos auf der Thätigkeit und Geschicklichkeit des Eigenthümers beruht, sondern immer wird dabei zugleich der Gesammtzustand der Gesellschaft ausgenutzt, indessen der Eigenthümer den ganzen Gewinn für sich allein einstreicht und sich also damit etwas aneignet, was er nicht verdient, sondern was vielmehr der ganzen Gesellschaft zukommen müßte, der es aber entzogen wird. Der Sache nach eine Beraubung, gleichviel ob man das bisher nicht begriff, vielmehr nach dem bestehenden Rechte hier alles ganz in der Ordnung erschien. Dieses Recht ist eben mangelhaft, und es ist eben der Socialismus, der uns endlich die Augen darüber geöffnet hat, wie hier wirklich ein Unrecht vorliegt.

Um darüber in's Klare zu kommen, frage man nur, welchen Werth z. B. das schönste Landgut hätte, läge es in einer wüsten Provinz? Der Eigenthümer könnte seinen Nahrungsbedarf davon gewinnen und damit Punktum. Jetzt aber bevölkert sich die Provinz, es werden Wege, Canäle und Eisenbahnen gebaut, und nach einem Decennium hat dasselbe Gut, was vordem fast nichts galt, den Werth von einer Million erlangt. Was hat denn den Eigenthümer zum Millionär gemacht? Er selbst that gewiß das Wenigste dazu, das Meiste that die gesellschaftliche Entwickelung. In Nordamerika spielt dergleichen fortwährend, in den größten Dimensionen. Aber auch bei uns geschieht Aehnliches in unseren Großstädten. Bisher todte Straßen beleben sich, sei es daß der Handel sich dahin zog, oder öffentliche Behörden ihren Sitz darin aufschlugen, und in wenigen Jahren kann sich der Häuserwerth verdoppeln, ohne daß die betreffenden Hausbesitzer die Hand gerührt hätten. Wie erst, wenn neue Straßen, neue Stadttheile angelegt werden! So sind z. B. bei Berlin die elendesten Sandschollen zu wahren Goldgruben für ihre Besitzer geworden, indem sie hochbezahlte Baustellen daraus machten. Wäre es nicht billig, daß wenigstens ein Theil des Ertrages dieser Goldgruben, statt den privaten Besitzern, vielmehr der ganzen Stadt zuflösse? Und so beruht überhaupt die Werthsteigerung der Grundstücke fast niemals allein auf den Meliorations-Arbeiten des Eigenthümers, sondern immer zugleich auf

verwerfen, weil es in diesem Falle der Socialismus war, der erst die Bahn zur Entdeckung derselben brach. Ich sage: die Bahn brach, ohne freilich die volle Wahrheit selbst gefunden zu haben, die sich vielmehr dem Socialismus sofort wieder zur Unwahrheit verkehrte, indem er, was nur eine Seite der Sache ist, für die Sache selbst ansah.

Wenn nämlich der Liberalismus das Eigenthum nur nach seiner individuellen Seite auffaßte, wonach die Gesellschaft überhaupt keinen rechtlichen Anspruch an den Eigenthümer hätte, so machen hingegen die Socialisten gerade diese Ansprüche geltend, und kommen in der Consequenz ihrer Ansichten bis zur vollen Aufhebung des Privateigenthums durch die Gesellschaft. Es ist der reine Gegensatz. Und wie wir nun schon früher — als die Ueberwindung dieses Gegensatzes zwischen Liberalismus und Socialismus — den föderativen Standpunkt erkannten, welcher Individualität und Gemeinschaft vereinigt, so wird sich das auch an der Behandlung der Eigenthumsverhältnisse zu bewähren haben, aber freilich damit auch wieder die schwierigste Aufgabe gegeben sein, wobei zunächst am wenigsten auf Theilnahme und Anerkennung zu rechnen ist. Das Einseitige erscheint ja immer als das Faßlichste, es läßt sich leicht zu einem System ausspinnen, und zum Einseitigen sind die Menschen von vornherein geneigt. Darüber hinaus zu kommen ist schwer, es gehört gewissermaßen eine innere Verdoppelung des Geistes dazu. Noch mehr: zur inhaltsvollen Wahrheit wird kaum Jemand gelangen, der nicht zuvor die Gegensätze in sich selbst erfahren und überwältigt hat. Hiernach zur Sache.

Da hat nun unstreitig Proudhon durch seine allbekannte Frage: »Qu'est ce que la propriété?« den wirksamsten Anstoß dazu gegeben, daß man aus dem langen Schlummer, während dessen man das Eigenthum als eine unumstößlich gewisse und durch sich selbst klare Sache ansah, endlich erwachte, indem er durch die herausfordernde Erklärung: „Das Eigenthum ist der Diebstahl!" die Leute geradezu vor den Kopf stieß. Seitdem war es mit dem gedankenlosen Dahingehen über die Eigenthumsbegriffe, wie wenn darin gar nichts Dunkles oder Fragliches läge, vorbei. Was aber jenes so ungeheuerlich klingende Wort Proudhon's betrifft, so enthält es allerdings ein Element von Wahrheit, wie augenfällig genug her-

biete — an Stelle der ehemaligen gebundenen Agrarverfassung und des gebundenen Gewerbebetriebes — die freie Güterbewegung und die Gewerbefreiheit. Keine Frage, welchen Aufschwung in Folge dessen die materielle Güterproduction genommen, nur hatte man leider nicht vorausgesehen, wie sehr sich dabei die Ungleichheit der Vermögensverhältnisse steigern und der inproductive oder blos lucrative Speculationserwerb vor dem reellen productiven Erwerb begünstigt würde, was doch jetzt beides vorliegt. Soll also gleichwohl die wirthschaftliche Freiheit fortbestehen, — und zu der ehemaligen Gebundenheit zurückzukehren, ist unmöglich, — so sind Einrichtungen und Maßregeln erforderlich, welche der ungleichen Gütervertheilung entgegenwirken, und soll das Privateigenthum unangetastet bleiben, so muß es den antisocialen Charakter abstreifen, den es jetzt — als Mittel zur Ausbeutung der Gesellschaft durch inproductiven Erwerb — allerdings angenommen hat. Klar aber, wie wenig es dabei helfen kann, sich an die noch vorhandenen Ueberreste des ehemaligen Zustandes anzuklammern, oder darnach die beabsichtigten neuen Einrichtungen bemessen zu wollen; wie beides unsere Conservativen zu thun pflegen, indem sie eben nicht erwägen, daß die heutige Gesellschaft durch die wirthschaftliche Freiheit auf einen ganz neuen Boden gestellt ist, auf welchem mittelalterliche Gewächse nicht mehr gedeihen. Der Föderalismus wird sich aller dergleichen schwächlicher und unklar gedachter retrospectiver Reformprojecte enthalten. Er geht von dem Boden der wirthschaftlichen Freiheit aus und blickt vor sich, nicht hinter sich.

Das Zweite und noch Wichtigere ist dann die rechtliche Gleichheit nebst der damit verbundenen allgemeinen Staatsbürgerlichkeit, die zwar jetzt in thesi allgemein anerkannt ist, deren Folgen für die Aufgaben des Staates aber noch größtentheils ignorirt werden. Nicht nur, daß unsere Regierungen noch tief in den Gewohnheiten und Anschauungen des ehemaligen Zustandes stecken, wonach die große Masse des Volkes als ein blos passives Element behandelt wurde, sondern auch die Theoretiker thun meist so, als bestände die ganze Staatsgesellschaft aus ähnlichen Leuten, als in deren Kreise sie sich selbst bewegen, d. h. gebildete und einigermaßen wohlhabende oder sich doch in gesicherter Existenz befindende Leute, denen jedenfalls nichts dazu fehlen würde, sich als

der ganzen gesellschaftlichen Entwickelung. Noch einleuchtender, daß dasselbe von dem Ertrage aller Fabrikunternehmungen gilt, und noch mehr wieder von den Handelsgeschäften, wo die Vermögensbildung der großen Handelsherren erst recht eine Ausbeutung der Gesellschaft implicirt.

Dies anerkannt, ist es aber immer nur ein kleiner Bruchtheil des Volkes, der in solcher Weise Vermögen erwirbt, indessen die große Majorität rücksichtlich ihrer Vermögensverhältnisse in statu quo verbleibt, theilweise sogar nur immer tiefer sinkt. Ist es nicht eine sehr wohlberechtigte Forderung dieser großen Majorität, daß, was die kleine Minorität durch Ausbeutung der Gesellschaft gewinnt, doch wenigstens zum Theil wieder der Gesellschaft zurückfließen und so den besitzlosen Classen zu Gute kommen müsse? Und wodurch anders kann dies bewirkt werden, als durch die Staatsgewalt, die eben so verpflichtet ist, den sich steigernden socialen Disharmonien entgegenzutreten, als sie auch allein die Macht dazu hat. Sie soll dem Anwachs der Plutokratie wie andererseits des Pauperismus steuern, indem sie das Steuerwesen zu einem Mittel der ausgleichenden Gerechtigkeit macht, welche zu üben dem Staate zukommt, wenn er nicht zur Polizeianstalt im Dienste der oberen Zehntausend herabsinken will.

10.

Unmöglich, die gegenwärtige Lage der Dinge und die daraus entspringenden Aufgaben recht zu verstehen, ohne von vornherein mit dem Bewußtsein heranzutreten, daß wir uns in einem socialpolitischen Umschwung befinden, dem gegenüber die überlieferten Begriffe und Maximen sich überall als unzulänglich erweisen. Entweder also: man lasse die Dinge gehen, wie es Gott gefällt, und enthalte sich dann alles Lamento's über den hereindrohenden Umsturz, oder will man in den Gang der Dinge eingreifen, so strenge man auch seinen Kopf an, um die Begriffe zu finden, die dazu als Handhabe dienen können. Mit bureaukratisch-polizeilicher Routine ist dabei so wenig auszukommen, als andererseits mit den abgestandenen Lehren der officiellen Schulwissenschaft.

Zweies ist es nun, worauf der Umschwung grundwesentlich beruht, und was man um deswillen sich stets vergegenwärtigen und scharf in's Auge fassen muß. Erstens, auf dem ökonomischen Ge-

nennenswerthes Eigenthum besitzen, und was sie in ihren Nachkommen fortzusetzen vermögen, lediglich die eine und selbe Lohnsclaverei ist? Wäre nicht zu erwarten, daß ein Mann, der in so hohen Worten vom Eigenthum spricht, um deswillen auch all seinen Scharfsinn anstrengen würde, um Mittel zu finden, die traurige Lage der besitzlosen Classen zu verbessern, indem er ihnen wenigstens ein Surrogat für das Eigenthum zuwiese? Kommt ihm aber nicht in den Sinn. Er begnügt sich damit, die Unhaltbarkeit der socialistischen Theorien nachzuweisen, wobei er ja von seinem Standpunkte aus leichtes Spiel hatte. So war für ihn die Sache abgethan, und er selbst stand wie ein Retter der Gesellschaft da. Gleichwohl wird man gerechterweise sagen müssen, daß ein St. Simon und Proudhon — in welchen die Ahnungen einer besseren Zukunft lebten, denen sie rastlos nachstrebten, so unzulänglich auch ihre Ideen blieben, — um deswillen doch jedenfalls viel bedeutendere Leute waren als ein Stahl, der bei Lichte betrachtet nichts weiter geleistet, als die allgemeinen Ideen der Restauration mit Hilfe der deutschen speculativen Philosophie in ein System zu bringen, welches wirklich keinen einzigen neuen bahnbrechenden Gedanken enthielt, und womit er sich dann der herrschenden Gewalt zur Verfügung stellte. Seine eigenste Aufgabe war eben, den höheren und überhaupt den besitzenden Classen die Beruhigung zu verschaffen, daß er ihnen den Nachweis führte, wie alle das, was ihre Existenzbedingungen bildete, nach göttlichem und menschlichem Rechte unantastbar sei. Darum war er freilich für die sog. Conservativen, d. h. hier für die aristokratischen Elemente der Gesellschaft, so recht ein Mann nach dem Herzen Gottes, indessen — praktisch betrachtet — seine ganze Lehre auf nichts weiter hinauslief, als auf eine akademische Schönrederei, die nicht nur gar nichts genützt, sondern den großen Schaden gestiftet, daß diejenigen, die sich davon imponiren ließen, infolge dessen von allen reellen Untersuchungen abgelenkt und nur um so mehr in ihrer Verblendung bestärkt wurden.

So geht es nun fort bis heute, wo ja die Liberalen, den Socialdemokraten gegenüber, selbst conservativ zu werden beginnen. Denn sie wollen eben denjenigen Zustand conserviren, wonach das Eigenthum und insbesondere das Geld herrscht, den

Staatsbürger zu benehmen. Kein Gedanke daran, daß jetzt vielmehr die Hauptaufgabe ist, der großen Mehrzahl der Leute erst die reale Möglichkeit zu gewähren, als freie Staatsbürger auftreten zu können. Was hilft der besitzlosen Classe das Wahlrecht, wenn sie doch andererseits durch die Peitsche des Hungers gezwungen ist, sich in thatsächliche Unfreiheit zu begeben? Und liegt es nicht auf der Hand, nachdem diese Leute doch zu Staatsbürgern geworden, daß sie in Folge dessen sich auch zu größeren Lebensansprüchen berechtigt fühlen werden? Wie also, — wenn hingegen die moderne Industrie-Entwickelung vielmehr die Ungleichheit der äußeren Lebenslage steigert und zahlreiche Volksclassen in das tiefste Elend herabdrückt? Da müßte der liebe Gott ein Wunder thun, wenn nicht endlich eine gewaltsame Explosion daraus erfolgen sollte, denn dieser radicale Widerspruch, daß man einerseits die Leute zu Staatsbürgern macht, während sie andererseits thatsächlich zu Arbeitsthieren werden, fordert gebieterisch seine Lösung, und thun die Staatsgewalten nichts dazu, so muß wohl endlich der Socialismus die Sache in die Hand nehmen.

Welche Verblendung aber in diesem Punkte herrscht, dafür diene uns hier ein Mann wie Stahl zum Beleg, dessen Lehren doch insbesondere bei den preußischen Conservativen zeitweilig wie ein neues Evangelium galten, auch zum Theil noch heute dafür gelten, und siehe da: hinterher ist mit diesem Evangelium gar nichts anzufangen, indem das eigentlich praktische Problem rundweg darin bei Seite bleibt. So hören wir da namentlich über das Eigenthum:

„Seinen eigenen Herd zu haben, mit seinem Vermögen und dessen Gebrauch sich eine Welt zu gründen, die der Abdruck des eigenen innersten Seins und Wollens ist, das ist die unentbehrlichste Befriedigung und das erste Recht des Menschen. Hierin besteht vor Allem die Freiheit, sie ist ohne Eigenthum nicht möglich. Desgleichen denjenigen, welchen man das Dasein gab, auch die Befriedigung des Daseins zu geben, und wie die eigene Persönlichkeit, so auch diesen ganzen Kreis der privaten Existenz in den Nachkommen fortzusetzen, ist die Urbefriedigung und das Urrecht des Menschen."

Gewiß von unbestreitbarer Wahrheit. Wie aber — wenn doch einerseits das Eigenthum für die menschliche Entwickelung so wichtig und für die Freiheit ganz unentbehrlich ist, — wie, frage ich, wenn andererseits die Thatsache vorliegt, daß zahlreiche Volksclassen kein

Universalmittel. Immer aber werden neue organische Einrichtungen in unserer aufgelösten Gesellschaft sich nur allmälig entwickeln, und ihre eingreifende Wirkung erst später üben. Es gehören darum auch noch augenblicklich wirkende und ganz unmittelbar gegen die Vermögensanhäufung gerichtete Maßregeln dazu, die freilich ein mehr mechanisches Aussehen haben werden. Das spricht nicht dagegen, denn Staat und Gesellschaft haben neben ihrer organischen Seite sehr wesentlich auch eine mechanische Seite, und gerade die Vermögensanhäufung steht gar sehr unter mechanischen Gesetzen, ähnlich wie das Anballen einer Lawine. Und solche unmittelbar wirkende Maßregeln bietet nun eben das Steuerwesen dar, nach seiner bereits angedeuteten socialen Function.

Handelt es sich also um das übermäßige Anschwellen der Vermögen, so muß man sich an das Einkommen halten, damit der Capitalist nicht mehr alljährlich so viel zum Capital schlagen kann. Ein anderes Mittel gibt es hier nicht, und wer das nicht will, der höre auf sich über die Plutokratie zu ereifern, oder er sagt nichts weiter, als „wasch mir den Pelz und mach' mich nicht naß". Wir unsererseits treiben nasse Wäsche. Insofern dann aber die Einkommensteuer doch nicht allein zum socialen Ausgleichungsmittel, sondern zugleich zur Einnahmequelle für den Staat dienen soll, darf sie freilich nicht allein die reichen Classen treffen, sondern auch schon der Mittelstand wird dazu herangezogen werden müssen, so daß nur die ganz niedrigen Einkommen — etwa bis zu 1000 Mark — von aller Einkommensteuer frei blieben. Von da an begönne die einfache Einkommensteuer, bis zu der oberen Grenze des Mittelstandes — etwa bis zu einem Einkommen von 10,000 Mark, — von wo an erst die Progression anfinge. Denn den Mittelstand anzugreifen, dessen Sicherstellung vielmehr die wichtigste Aufgabe ist, hätte keinen Sinn.

Weiter dann ist es allein eben die Progressivsteuer, in welcher die Garantie liegt, daß wenigstens das Increment, was durch die Progression entsteht, nicht auf fremde Schultern abgewälzt werden kann. Das zeigt sich leicht. Man setze, für einen Gutsbesitzer oder Fabrikanten von 10,000 Mark Einkommen betrage die Steuer 500 Mark, für einen Gutsbesitzer oder Fabrikanten von 100,000 Mark hingegen nicht etwa blos 5000 Mark, sondern in Folge der

besitzlosen Classen aber nichts übrig bleibt, als die unterthänigen Diener der Herren Proprietärs zu spielen, welche sich sogar berechtigt halten, ihren Arbeitern auch die Denkweise vorzuschreiben, und demzufolge diejenigen, die etwa socialistischen Tendenzen anhingen, kurzweg auf die Straße zu setzen. Also zu der thatsächlichen Leibeigenschaft auch noch die thatsächliche Geisteigenschaft, — darauf beruhte das Staatsbürgerthum der arbeitenden Classen! Und das wäre es eben, was sie sich in den Feldschlachten ersiegt hätten, die zur Errichtung des neuen Reiches führten, wobei doch die arbeitenden Classen gewiß mehr Kämpfer gestellt als die Herren Proprietärs! Aber tempi passati, heute gilt es einen ganz andern Kampf. Kampf nicht etwa gegen die socialen Mißstände, sondern gegen die verdammten Socialisten, ohne welche alles in schönster Ordnung wäre. Darum nur eine großartige Socialistenhetze, um das Geschmeiß zu vertilgen, ähnlich wie etwa die Reblaus oder den Coloradokäfer, dann wird die Gesellschaft gerettet sein!

Es ist weit gekommen im Lande der Denker.

11.

Noch einmal: so gewiß wir die wirthschaftliche Freiheit principiell ganz eben so wenig wieder aufheben können, als andererseits die rechtliche Gleichheit und das allgemeine Staatsbürgerthum, so gewiß bedarf es gesetzlicher Präventiv- und Repressivmittel, um der mit ersterer gegebenen Tendenz zu wachsender Vermögensungleichheit, zu Plutokratie und Pauperismus, so viel nur immer möglich entgegenzutreten.

Das jetzt anerkannt, so sind dann die Präventivmittel zunächst in den organischen Einrichtungen zu suchen, welche überhaupt der capitalistischen Ausbeutung entgegenwirken, und insbesondere das Verhältniß der besitzlosen Arbeiterclasse gegenüber ihren Arbeitgebern reguliren sollen. Eine Reihe solcher Einrichtungen wurde in unseren früheren Betrachtungen selbst schon in Vorschlag gebracht, und ohne Zweifel wird zu diesem Ende sich noch manches andere erdenken und ausführen lassen. Die sociale Reform concentrirt sich nicht in dieser oder jener Einrichtung, sie ist ein gar vielseitiges Problem, dem man beizukommen suchen muß, wie und wo man kann. Wie kein politisches, so gibt es noch weniger ein sociales

den ihm verbundenen und von ihm abhängigen Börsenfürsten und Börsenbaronen ein universales Börsenkaiserthum bilden wird. Wie ist da zu helfen ohne eine Progressivsteuer, welche den Börsenfürsten und Börsenbaronen einigermaßen die Möglichkeit nimmt, ihr Vermögen in's Grenzenlose zu vermehren?

Man wird vielleicht einwenden, hohe Progressivsteuern würden die großen Geldmänner zur Auswanderung veranlassen und so die Capitalien aus dem Lande treiben. Wohlan denn, es sei so, dies Unglück wäre gewiß bei weitem nicht so groß, als es auf den ersten Anblick aussieht. Das Naturalcapital bliebe im Lande, die Arbeitskräfte und Intelligenzen auch, und verschwänden einige Milliarden Geldcapital, so würde uns das wahrscheinlich nicht mehr schaden, als uns andererseits der Millardensegen genützt hat, da vielmehr nicht Wenige der Meinung sind, daß wir uns ohne den Milliardensegen (der nur das Uebergewicht der Plutokratie befördert, und dadurch den Mittelstand angegriffen und den Pauperismus vermehrt hat) heute besser befänden. Doch wie man auch darüber denken möchte, so meinen wir, es käme hier nur auf ein großes Beispiel an, und bald würden unsere Nachbarländer, wo der Druck der Geldmächte auch schon sattsam empfunden wird, ähnliche Maßregeln ergreifen, so daß den auswanderungslustigen Capitalisten schon kein Asyl mehr offen stände. Wohl oder übel, sie müßten zahlen.

12.

Wirkt die progressive Einkommensteuer als sociales Präventivmittel, so als sociales Repressivmittel die progressive Erbschaftssteuer. Und auch darüber ist zuvörderst wieder zu bemerken, daß solche Steuer eben nur unter dem socialen Gesichtspunkt gefordert wird. Als Mittel um die Staatscassen zu füllen, wäre sie unberechtigt. Noch mehr, als eine Steuer im eigentlichen Sinne kann selbst die einfache Erbschaftssteuer nicht gelten. Sie würde unter diesem Gesichtspunkt den Bedingungen einer wahren Steuer nicht entsprechen, weil sie in der That vielmehr eine Vermögensentziehung ist, indem sie weder von dem effectiven Einkommen gezahlt wird, noch — wie die Grundsteuer — von dem potenziellen Einkommen, sondern unmittel-

bar die Substanz selbst angreift, was dann kurzweg als eine fiscalische Räuberei erscheint. Berechtigt wäre hier der Fiscus nur zur Erhebung einer Gebühr, die dafür zu entrichten, daß der Staat den Uebergang des Nachlasses an die Erben sanctionirt, und solche Gebühr dürfte nur gering sein. Anders steht die Sache, wenn die Erbschaftssteuer ausdrücklich zur Temperirung der Vermögensungleichheiten dienen soll, da wird sie vollkommen berechtigt. Denn nicht nur, daß das Erbwesen die Vermögensunterschiede continuirt, sondern es trägt zugleich sehr viel zur Steigerung derselben bei, weil, wer ein großes Vermögen erbt, welches doch der Erblasser selbst erst erwarb, dadurch von vornherein mit einem solchen Geschäftsfond auftritt, daß der unbemittelte Anfänger schwer neben ihm aufkommen kann, in Folge dessen die Chancen für die besitzlose Classe immer geringer werden. Und dieser Zustand fordert Abhilfe.

Selbstverständlich nun erstens, daß die kleinen Erbschaften, die doch im Allgemeinen nur wenig bemittelten Leuten zufallen, darum auch von aller Steuer frei bleiben müssen, weil gar keine Veranlassung vorliegt, Denjenigen, die selbst nur wenig haben, noch etwas von ihren kleinen Erbschaften abzuzwacken. So etwa bis zu einer Erbmasse von 5000 Mark. Für die mittleren Erbschaften — etwa bis zu einer Masse von 100,000 Mark — bestände dann die *einfache* Erbschaftssteuer, darüber hinaus die *Progressivsteuer*.

Zum Zweiten kommen die *Verwandtschaftsgrade* in Betracht. Ein volles natürliches Erbrecht können nur Kinder und Kindeskinder beanspruchen, als in welchen die irdische Persönlichkeit des Erblassers, der ihnen das Dasein gab, sich fortsetzt. Denn dies allein ist der wahre Grund des Erbrechtes, keineswegs der bloße Wille des Erblassers, der vielmehr im Tode erlischt. Wo also natürliche Erben fehlen, darf dem Erblasser keine unbegrenzte Testirfreiheit zustehen. Er mag bei Lebzeiten nach freiem Belieben Schenkungen machen, aber mit seinem letzten Athemzuge hört seine freie Verfügung über die materiellen Dinge auf, und wo nicht die Natur ihre Rechte fordert, hat um so mehr das positive Gesetz ein Recht mitzusprechen. Selbst leiblichen Geschwistern steht von Natur gegenseitig kein volles Erbrecht zu, weil man da schon nicht mehr

sagen kann, daß in dem Einen die Persönlichkeit des Anderen fortlebe. Nur in dem Falle ist hier ein volles Erbrecht begründet, wenn es sich um Familiengüter handelt, worauf immer der Letztüberlebende Anspruch hat. Je ferner dann überhaupt der Verwandtschaftsgrad, um so mehr müßte die Steuer steigen, wodurch also zu der Progression nach der Masse noch ein anderes Motiv der Progression hinzukäme.

Zum Dritten dürfte es nicht minder einen Unterschied machen, in welcher Weise das Vermögen des Erblassers erworben war. Hat er es selbst als Familiengut ererbt, so wäre die Steuer nur in der Werthsteigerung begründet, welche das Gut durch die allgemeine Entwickelung erhalten hätte, wovon dann ein Theil der Gesellschaft zurückfließen muß. Mehr darf hier nicht gefordert werden, weil es ja selbst ein sociales Interesse ist, daß Familiengüter den Familien erhalten bleiben. Ueberhaupt müßte bei Liegenschaften, auch wenn sie von dem Erblasser selbst erst erworben waren, die Steuer geringer sein als bei mobilen Capitalien, weil dieser Erwerb bei Weitem nicht solche Steigerung gestattet, und vor Allem eben der Accumulation der mobilen Capitalien entgegengewirkt werden soll. Damit wäre zugleich ein Antrieb für die reichen Leute gegeben, ihre Capitalien in Grundbesitz anzulegen und zur Melioration desselben zu verwenden. Offenbar ein wichtiger Punkt, weil wohlhabende Grundbesitzer für die Volkswirthschaft viel nützlicher sind, als die bloßen Geldreichen. Wie dann nach diesen Grundsätzen diejenigen Mobilien, die überhaupt nicht dem Erwerb dienten — als namentlich Kunstsachen und Pretiosen — am allergeringsten zu besteuern wären, so am höchsten die dem reinen Speculationserwerb dienenden Capitalien, oben an also der Nachlaß der Börsenmänner.

Zum Vierten dürfte die Erbschaftssteuer nur zum kleinsten Theil in die Staatscasse fließen, sondern ein Haupttheil käme zuvörderst der Gemeinde und dem Kreise zu, wo der Erblasser seinen Wohnsitz gehabt, und wo er mit den Leuten in realer Lebensgemeinschaft gestanden. Damit verschwände auf einmal die Härte, die an und für sich in der Erbschaftssteuer zu liegen scheint, weil heimathliche Bande doch nicht minder auf einem Naturgefühl beruhen als Familienbande, und die heimathlichen Bande

bar die Substanz selbst angreift, was dann kurzweg als eine fiscalische Räuberei erscheint. Berechtigt wäre hier der Fiscus nur zur Erhebung einer Gebühr, die dafür zu entrichten, daß der Staat den Uebergang des Nachlasses an die Erben sanctionirt, und solche Gebühr dürfte nur gering sein. Anders steht die Sache, wenn die Erbschaftssteuer ausdrücklich zur Temperirung der Vermögensungleichheiten dienen soll, da wird sie vollkommen berechtigt. Denn nicht nur, daß das Erbwesen die Vermögensunterschiede continuirt, sondern es trägt zugleich sehr viel zur Steigerung derselben bei, weil, wer ein großes Vermögen erbt, welches doch der Erblasser selbst erst erwarb, dadurch von vornherein mit einem solchen Geschäftsfond auftritt, daß der unbemittelte Anfänger schwer neben ihm aufkommen kann, in Folge dessen die Chancen für die besitzlose Classe immer geringer werden. Und dieser Zustand fordert Abhilfe.

Selbstverständlich nun erstens, daß die kleinen Erbschaften, die doch im Allgemeinen nur wenig bemittelten Leuten zufallen, darum auch von aller Steuer frei bleiben müssen, weil gar keine Veranlassung vorliegt, Denjenigen, die selbst nur wenig haben, noch etwas von ihren kleinen Erbschaften abzuzwacken. So etwa bis zu einer Erbmasse von 5000 Mark. Für die mittleren Erbschaften — etwa bis zu einer Masse von 100,000 Mark — bestände dann die *einfache* Erbschaftssteuer, darüber hinaus die *Progressivsteuer*.

Zum Zweiten kommen die *Verwandtschaftsgrade* in Betracht. Ein volles natürliches Erbrecht können nur Kinder und Kindeskinder beanspruchen, als in welchen die irdische Persönlichkeit des Erblassers, der ihnen das Dasein gab, sich fortsetzt. Denn dies allein ist der wahre Grund des Erbrechtes, keineswegs der bloße Wille des Erblassers, der vielmehr im Tode erlischt. Wo also natürliche Erben fehlen, darf dem Erblasser keine unbegrenzte Testirfreiheit zustehen. Er mag bei Lebzeiten nach freiem Belieben Schenkungen machen, aber mit seinem letzten Athemzuge hört seine freie Verfügung über die materiellen Dinge auf, und wo nicht die Natur ihre Rechte fordert, hat um so mehr das positive Gesetz ein Recht mitzusprechen. Selbst leiblichen Geschwistern steht von Natur gegenseitig kein volles Erbrecht zu, weil man da schon nicht mehr

thum nur nach seiner individuellen Seite betrachtend, neben der testamentarischen Erbfolge nur die Erbfolge der Familienglieder kennt, — gerade als ob es sonst keine organischen Bande gäbe, — so will hingegen der Socialismus lediglich die sociale Seite des Eigenthums zur Geltung bringen, und darum die Erbansprüche der Familienglieder möglichst beseitigen, wodurch also gerade die innigsten Naturbande zerrissen würden. Nach föderativer Ansicht aber erben principaliter die Familienglieder, denn von der Familie geht alles Eigenthum aus, nicht von der Gesellschaft, wie auch die Hauswirthschaft für immer das Urelement aller Volkswirthschaft bleibt. Allein die Familie selbst verflechtet sich mit weiteren Lebenskreisen, und so wird es jedem unbefangenen Gefühl als recht und billig erscheinen, daß darum auch diejenigen Lebenskreise, in welchen der Erblasser sich bewegte, und durch deren Mitwirkung die Nutzbarmachung oder selbst der Erwerb seines Eigenthums sehr wesentlich bedingt war, auch mehr oder weniger zum Miterben seines Nachlasses werden. Lebt zwar in ihnen nicht seine physische Persönlichkeit fort, so doch sein Andenken und sein Name. Sein Grabhügel steht auf dem gemeinsamen Friedhof unter der Hut der Gesellschaft.

13.

Sei es doch, daß die in den vorangegangenen Betrachtungen entwickelten Steuerprojecte allen Denjenigen, deren Weisheit trotz alles Reformgeredes zuletzt immer darin besteht, wie man zu sagen pflegt, um den Brei herum zu gehen, als viel zu radical erscheinen werden. Von solchen Leuten ist kaum anderes zu erwarten. Mögen sie denn immerhin Angriffe auf das Eigenthum darin finden, insofern ist das ja richtig, als unsere Projecte allerdings den antisocialen Charakter angreifen, welchen das Eigenthum dermalen unstreitig angenommen hat, und in welcher Gestalt es sich auf die Dauer nicht mehr behaupten kann. Diesem antisocialen Eigenthum gegenüber ist eben der Socialismus wirklich berechtigt, und trotz aller Socialistenhetze wird er allmälig die ganze große Masse der unteren Classen für seine Ideen gewinnen. Keine Hilfe dagegen, außer man muß das Eigenthum selbst socialisiren, und das ist jetzt die Aufgabe.

zu stärken von hohem socialen Interesse ist. Auch die Provinzen oder Landschaften hätten darum etwas von der Steuer zu fordern. Andererseits spricht dasselbe Motiv für die *Berufsgenossenschaft*, welcher der Erblasser angehörte, und was dann zumeist die gewerblichen und gelehrten Stände beträfe, während für Landwirthe die Berufsgenossenschaft einigermaßen mit der Gemeinde- und Kreisangehörigkeit zusammenfällt.

Zum Fünften dürften alle diese Steuererträge nie zur Deckung der laufenden Ausgaben verwandt werden, sondern zur Bildung einer bleibenden Vermögenssubstanz, auf Grund deren sich dann allerlei Stiftungen machen ließen, welche der Allgemeinheit und damit vorzugsweise den besitzlosen Classen zu gute kämen. Was in die Staatscasse flösse, würde entweder zur Schuldentilgung, oder etwa zum Ankauf von Forsten und Bergwerken zu verwenden sein, so daß jedenfalls der Fiscus keine Aussicht hätte, durch hohe Erbschaftssteuern seine Cassen zu füllen.

Man sieht, wie durch solche Bestimmungen eine tiefgreifende Reform angebahnt wäre. Gegenüber dem heute so ungeheuer überwiegenden Privatvermögen, welches darum zum Individualismus und zur Zerrüttung der Gesellschaft führt, bildete sich in den Gemeinden, Kreisen und Provinzen, wie andererseits in den Genossenschaften, ein neues stetig wachsendes *Gesellschaftsvermögen*. Wie sehr würde dadurch der Gemeingeist belebt, und wie sehr würden alle diese Organisationen dadurch erstarken! Ohne Eigenthum fehlt jeder größeren Gemeinschaft der reale Anhalt, sie kann ihren Mitgliedern nicht hilfreich sein, sondern legt ihnen zuvörderst nur Lasten auf, und daher die zunehmende Erlahmung unseres Gemeindewesens und Corporationswesens aller Art, weil die Betheiligten selbst kein Interesse daran haben. Aber daher auch die wachsende Centralisation, weil die lahmen Gemeinden und Corporationen der Staatsgewalt gegenüber keine Selbständigkeit gewinnen können.

Das ist nun eben die *föderative* Tendenz dieser Vorschläge, daß sie solche Selbständigkeit befördern. Und auch hier zeigt sich wieder der *synthetische* Charakter des Föderalismus, welcher versöhnt und vereinigt, was im Liberalismus und Socialismus gegensätzlich auseinandertritt. Denn wie jener, das Eigen-

sein, daß die Progressivsteuer jedenfalls so weit fortgesetzt werden müßte, bis die Classe der Hochreichen, wie andererseits die große Masse der Besitzlosen, sich zu vermindern, der Mittelstand hingegen sich zu verbreitern, die ganze Gesellschaft sich innerlich wieder zu beruhigen begönne. Ob aber dieses Resultat erreicht sei, wird eben durch die Einkommensteuer selbst sich am besten constatiren lassen. Ist sie erst einmal allgemein durchgeführt, so wird man dadurch eine hinlänglich sichere Uebersicht der Vermögens- und Einkommensbewegung gewinnen, die außer ihrem steuerlichen Zweck für die ganze Wirthschaftspolitik von erheblichem Nutzen sein dürfte. Jenes Resultat also erreicht, so möchte man mit der Progression einstweilen Halt machen, neuen Untersuchungen die Entscheidung der Frage überlassend, ob noch weiter fortzuschreiten sei. Wie hoch ferner die einzelnen Steuersätze zu normiren wären, muß die Erfahrung lehren. Man wird mit mäßigen Sätzen beginnen, und je nach dem Erfolg zu höheren übergehen, gerade wie es auch sonst im Steuerwesen geschieht, wo sich a priori nichts feststellen läßt.

Bedenken könnte allein noch das scheinbar Complicirte unserer Steuerprojecte erregen, weil darnach jede Art des Vermögens wie des Einkommens besondere Steuersätze forderte. Unterscheidungen, woran man um so weniger gewöhnt ist, als durch den dominirenden Einfluß des römischen Rechtes, welches den praktisch so wichtigen Unterschied zwischen productivem und inproductivem Erwerb gar nicht kennt, und überhaupt alles Vermögen in einen Topf wirft, das allgemeine Denken schon von vornherein davon abgelenkt wurde. Besäßen wir eine Socialwissenschaft, in welcher Eigenthum, Erwerb und Einkommen physiologisch und morphologisch betrachtet würde, wozu natürlich die Pandecten nichts helfen, so würde solche Unterscheidung schon als selbstverständlich gelten. Aber auch ohne dies ließen sich unschwer gewisse Categorien feststellen, wonach die Einkommens- und Erbschaftssteuer, wie insbesondere die Progression, sich zu modificiren hätte, so daß auch in dieser Hinsicht keine ernsten Schwierigkeiten im Wege ständen. Es käme nur auf den Willen an.

Fürwahr, das wäre dann etwas, wenn das neue deutsche Reich mit einem solchen Steuersystem vorginge, welches an und für sich selbst schon eine tiefgreifende Reform anbahnte! Haben wir bis-

her auf allen anderen Gebieten im Wesentlichen nur nachgeahmt, da hätten wir doch einmal etwas Originelles geschaffen, was für ganz Europa vorbildlich werden könnte. Aber hat sich was. Nur keine neuen schöpferischen Gedanken, das wäre von dem neuen deutschen Reiche zu viel verlangt, sondern statt dessen die alten Gurken von Tabaksmonopol, nebst anderen indirecten Steuern, um der Reichscasse ein paar Hundert Millionen Mehreinnahmen zu verschaffen, — das heißt heute Steuerreform. Die sociale Reform besteht einstweilen in einem Ausnahmegesetz gegen die Socialisten, das sich ungefähr als eine modificirte neue Auflage der weiland Karlsbader Beschlüsse darstellt. Ei, ich meine, zu solchen Leistungen hätte es wohl nicht der Begründung eines neuen Reiches bedurft, dergleichen hätte die selige Bundesversammlung nöthigenfalls auch fertig gebracht, hätte sie sich nicht etwa für zu gut dazu gehalten. Wurden doch bekanntlich eben die Karlsbader Beschlüsse hinter dem Rücken der Bundesversammlung zu Stande gebracht und derselben hinterher aufgedrungen, so daß sie, ohne zwar die Ehre der Autorschaft zu haben, doch allerdings das Odium dafür zu tragen hatte. Ist der seligen Bundesversammlung auch sonst noch wiederholt begegnet, bis sie sich endlich dadurch dergestalt discreditirt hatte, daß sie im Jahre 1866 ohne Sang und Klang zum ††† gejagt werden konnte. Will der neue Bundesrath sich zu ähnlichen Diensten herbeilassen, — man kann ihm freilich nicht wehren seine eigene Autorität zu untergraben.

Und solches Vorgehen soll sich nun zugleich als eine conservative Maßregel empfehlen! Conservativ also, der deutschen Nation, deren Wohlstand ohnehin schon im Rückgang begriffen, eine um so größere Steuerlast aufzubürden! Conservativ ein Steuersystem, wonach die Reichen nur um so weniger zahlen, und so der Fortschritt der Geldherrschaft, den es zu hemmen gelte, vielmehr begünstigt wird. Seltsame Lösung der socialen Frage! Denn gewiß thäten es hohe Schutzzölle, Tabaksmonopol und Consumptionssteuern aller Art, so müßte es für Frankreich, welches mit diesen Herrlichkeiten schon seit lange beglückt war, wohl überhaupt keine sociale Frage mehr geben. Statt dessen stammt gerade von daher der Socialismus und hat dort der revolutionäre Geist seinen Hauptheerd gefunden. Und was ist es überhaupt mit dem Vor-

geben, durch die Steuerreform die sociale Reform anbahnen zu wollen, wenn dabei gerade diejenige Seite des Steuerwesens, wonach es allein einen activen Einfluß auf die Regulirung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse ausüben kann, rundweg ignorirt wird; indem von Progressivsteuern kein Wort verlautet? Oder soll etwa die Socialreform mit der Ausdehnung des indirecten Steuersystems beginnen, welches vielmehr die Atomisirung der Gesellschaft befördert, und den Blick von den socialen Zuständen ablenkt, indem die indirecte Steuer, wie früher bemerkt, den Fiscus gleichgiltig dagegen macht? Was aber die politische Seite der Frage betrifft, bestände dann der Conservatismus darin, in majorem gloriam einer allmächtigen Reichskanzlei das Budgetrecht des Reichstages auf ein Minimum herabzudrücken, und damit zugleich die definitive Mediatisirung der einstweilen noch vorhandenen Bundesstaaten einzuleiten. Das Allererstaunlichste endlich, wenn solcher Conservatismus ausdrücklich die christliche Fahne aufpflanzen will. Das wäre also der Fortschritt, den jetzt die Theorie vom christlichen Staat gemacht, daß in Zukunft das Tabaksmonopol und überhaupt das Consumptionssteuer-System zu seinen Merkmalen gehörte, weil er sich vor allem dem Fiscus gefällig erweisen müßte! Difficile est satyram non scribere.

VII.

Zwischenbemerkungen über den Conservatismus.

Das ist der Grundirrthum in dem Reden und Treiben unserer Conservativen, daß sie einen mehr oder weniger weit zurückliegenden Zustand fingiren, wo alle Lebensverhältnisse gesund gewesen und sich auch ferner ersprießlich weiter entwickelt haben würden, wäre nur nicht der Liberalismus als der böse Feind gekommen, um mit seinen Lehren und Tendenzen Unkraut unter den Waizen zu säen. Die Frage aber, wodurch wohl der Liberalismus die Macht gewonnen, so zersetzend in den alten Zustand einzu-

her auf allen anderen Gebieten im Wesentlichen nur nachgeahmt, da hätten wir doch einmal etwas Originelles geschaffen, was für ganz Europa vorbildlich werden könnte. Aber hat sich was. Nur keine neuen schöpferischen Gedanken, das wäre von dem neuen deutschen Reiche zu viel verlangt, sondern statt dessen die alten Gurken von Tabaksmonopol, nebst anderen indirecten Steuern, um der Reichscasse ein paar Hundert Millionen Mehreinnahmen zu verschaffen, — das heißt heute Steuerreform. Die sociale Reform besteht einstweilen in einem Ausnahmegesetz gegen die Socialisten, das sich ungefähr als eine modificirte neue Auflage der weiland Karlsbader Beschlüsse darstellt. Ei, ich meine, zu solchen Leistungen hätte es wohl nicht der Begründung eines neuen Reiches bedurft, dergleichen hätte die selige Bundesversammlung nöthigenfalls auch fertig gebracht, hätte sie sich nicht etwa für zu gut dazu gehalten. Wurden doch bekanntlich eben die Karlsbader Beschlüsse hinter dem Rücken der Bundesversammlung zu Stande gebracht und derselben hinterher aufgedrungen, so daß sie, ohne zwar die Ehre der Autorschaft zu haben, doch allerdings das Odium dafür zu tragen hatte. Ist der seligen Bundesversammlung auch sonst noch wiederholt begegnet, bis sie sich endlich dadurch dergestalt discreditirt hatte, daß sie im Jahre 1866 ohne Sang und Klang zum ††† gejagt werden konnte. Will der neue Bundesrath sich zu ähnlichen Diensten herbeilassen, — man kann ihm freilich nicht wehren seine eigene Autorität zu untergraben.

Und solches Vorgehen soll sich nun zugleich als eine conservative Maßregel empfehlen! Conservativ also, der deutschen Nation, deren Wohlstand ohnehin schon im Rückgang begriffen, eine um so größere Steuerlast aufzubürden! Conservativ ein Steuersystem, wonach die Reichen nur um so weniger zahlen, und so der Fortschritt der Geldherrschaft, den es zu hemmen gelte, vielmehr begünstigt wird. Seltsame Lösung der socialen Frage! Denn gewiß thäten es hohe Schutzzölle, Tabaksmonopol und Consumptionssteuern aller Art, so müßte es für Frankreich, welches mit diesen Herrlichkeiten schon seit lange beglückt war, wohl überhaupt keine sociale Frage mehr geben. Statt dessen stammt gerade von daher der Socialismus und hat dort der revolutionäre Geist seinen Hauptheerd gefunden. Und was ist es überhaupt mit dem Vor-

was diesem neueren Europa Gestalt und Charakter gab, sich allmälig auch wieder ausgelebt, das neuere Europa ist eben selbst alt geworden, ohne eine innere Verjüngung und Wiedergeburt geht es dem unaufhaltsamen Verfall entgegen.

War doch schon die auf das Mittelalter folgende sogenannte neuere Zeit im Wesentlichen nur der Zersetzungs-Proceß der mittelalterlichen Weltordnung, bis endlich die in diesem Zersetzungsproceß sich regenden Kräfte vulkanartig hervorbrachen in der großen französischen Revolution, die — da hilft keine Widerrede — wie ein Weltgericht über das alte Europa kam, und den Anbruch der neuesten Zeit bezeichnete. Es ist dies um so mehr zu sagen, als fast gleichzeitig damit die neue Welt durch den Abfall der nordamerikanischen Colonien ein selbständiges Dasein zu gewinnen begann, wie andererseits aus derselben Zeit auch der Aufschwung der britischen Herrschaft in Indien datirt. Ein Ereigniß, woran sich zugleich die Folge anknüpfte, daß durch die Bekanntschaft mit Indien die Sprach- und Alterthumsforschung einen neuen Charakter gewann, da andererseits noch hinzukam, daß Napoleon's Zug nach Aegypten den ersten Anstoß zur Erforschung dieses alten Wunderlandes gab. Der ganze Orient erschloß sich seitdem allmälig der europäischen Wissenschaft. Ohngefähr in dieselbe Zeit fallen ferner die entscheidenden physikalischen und chemischen Entdeckungen, welche bald der Naturwissenschaft und der Industrie eine neue Gestalt gaben, infolge dessen die materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft sich schon total veränderten. Und — wer in die Tiefe blickt — wird dem ebenfalls gleichzeitigen Auftreten des deutschen Idealismus, der das ganze philosophische Denken veränderte, keine geringere Bedeutung zuschreiben. Kurz, man müßte blind sein, wenn man nicht in dem allen die Elemente eines totalen Umschwungs erblickte. Es ist wirklich eine neue Weltperiode eingetreten, von der wir mit den Worten des Apostels sprechen könnten:

»Vetera transierunt, ecce facta sunt omnia nova.«

Und alle diese Veränderungen erfolgten im Vergleich zu dem, was in den vorangegangenen Jahrhunderten geschehen, so schnell, sie äußerten eine so einschneidende Wirkung, daß es der Sache nach wie eine Revolution war. So erlebten wir in Deutschland, parallel mit der politischen Revolution in Frankreich, eine lite-

dringen, wäre das ein gesunder und befriedigender gewesen, kommt den Herren nicht in den Sinn. Ganz wie jetzt andererseits die Liberalen, nachdem sie selbst einigermaßen conservative Allüren angenommen, wieder die liberale Gesellschaftsordnung für die an und für sich gesunde erklären, hätte ihr nur nicht der Socialismus sein Gift eingespritzt. Hier wie dort, anstatt den inneren Zusammenhang der Dinge zu untersuchen, einfaches Verwerfen dessen, was man nicht leiden mag. Den Parteien kommt es ja überhaupt nicht auf Wahrheit, sondern auf Herrschaft an.

1.

Zufolge jenes Grundirrthums also vermag der Conservatismus in der Hauptsache nichts weiter zu leisten, als den Bewegungen der Gegenwart hemmend entgegenzutreten. Und was ist damit auszurichten in einem Zeitalter, wo auf allen Lebensgebieten das noch vorhandene Alte sichtbar verfällt, das Bedürfniß neuer Bildungen sich unabweisbar geltend macht? Gewiß, die Welt war zu allen Zeiten in steter Veränderung begriffen, das Besondere unseres Zeitalters ist nur, daß es sich jetzt nicht blos um Fortentwickelung des Bestehenden handelt, sondern mehr noch um neue Grundlagen der Entwickelung selbst. Wir befinden uns — je nachdem man die Sache ansieht — im Ausgang einer alten oder im Anfang einer neuen Weltperiode. Ganz augenfällig tritt dies zunächst darin hervor, daß selbst die Bühne der Weltgeschichte sich total verändert hat. Zu der sogenannten alten Welt ist eine neue hinzugekommen, die, in mächtigem Aufschwung begriffen, schon heute sehr erheblich auf die alte zurückwirkt, indessen sich auch in dieser selbst die Scenerie nicht minder verändert hat, seitdem Indien und Hinterasien in die europäische Geschichte hineingezogen ist, auch das so lange verschlossene Afrika sich allmälig der europäischen Einwirkung eröffnet. Wie wäre es anders zu erwarten, als daß, entsprechend solchen gewaltigen Veränderungen der Bühne, auf welcher sich hinfort die europäische Geschichte bewegt, sich auch die inneren Zustände des europäischen Körpers verändern? Ein Umschwung hat damit begonnen von nicht geringerer Bedeutung als derjenige, welchen einst die Begründung des neueren Europa's auf den Ruinen der alten classischen Welt bezeichnete. Jetzt nämlich hat alle das,

gelte, wenn doch trotzdem gerade diejenigen Ideen, welche den Kern der Revolution bilden, sich unaufhaltsam weiter verbreiten? Immer kann der Conservatismus nicht umhin, hinterher selbst zu acceptiren, was er vordem mit Abscheu von sich gewiesen, wie heute namentlich das allgemeine Stimmrecht, dem er nun sogar einen conservativen Charakter zuschreiben will, so zur Ironie auf sich selbst werdend.

2.

Wie unrichtig das Ziel sein mag, auf welches einerseits der Liberalismus und andererseits der Socialismus hinsteuern, — ein Ziel ist es, der Conservatismus hingegen hat überhaupt keins. Denn was ist in einem Zeitalter allgemeinen Umschwunges damit gesagt, das Bestehende erhalten zu wollen, welches ihm doch fortwährend unter den Händen verschwindet? Ich frage: was ist unter solchen Umständen das wirklich Erhaltungswerthe, oder nur überhaupt Erhaltbare, und durch welche Mittel wäre es zu erhalten? Kann der Conservatismus schon das Eine nicht sagen, sondern tappt unklar hin und her, so noch weniger das Andere. Zu erhalten ist aber in einer solchen Zeit das Alte jedenfalls nur, wenn es sich aus sich selbst verjüngt, um sich den veränderten Umständen anzupassen, mit einem Worte durch Reform. Allein zur Reform fehlt dem Conservatismus nicht nur der Trieb der Initiative, sondern auch der Maßstab, weil er eben kein eigenes Ziel hat, oder sein Ziel bestände in einem Convolut retrospectiver Vorstellungen, womit in einer sich unaufhaltsam verändernden Welt natürlich nichts anzufangen ist. Was hat er also einzusetzen, als seine allerdings respectable vis inertiae, welche doch aber für die socialpolitische Entwickelung nicht mehr bedeutet, als etwa für die Schifffahrt der Ballast, der ja unter Umständen unentbehrlich wird. So bedarf auch das Staatsschiff eines genügenden Schwergewichts, damit es die Wellen nicht umwerfen. Wäre es etwa nur mit hohlen liberalen oder socialistischen Phrasen angefüllt, so müßte es freilich conservativen Ballast einnehmen, dahingegen mit soliden Waaren angefüllt, so bedürfte es keines Ballastes. Oder mit anderen Worten: bei einer gesunden Entwickelung würde der ganze Conservatismus wenigstens in dem Sinne überflüssig, daß eine

besondere conservative Partei keine raison d'être mehr hätte, weil dann die Institutionen schon in sich selbst die nöthigen Erhaltungskräfte trügen, so daß es besonderer Hemmschuhe gegen ungestümes Vorwärtsdrängen überhaupt nicht bedürfen würde.

Unvermögend nun, seine Forderungen, wonach dies oder jenes zu erhalten oder zu erstreben sei, principiell zu motiviren, provocirt der Conservatismus um so lieber auf den Willen Gottes und die Fügungen der göttlichen Vorsehung, die ihm angeblich zum Maßstab dienten. Darin liegt dann jedenfalls seine mächtigste Waffe, die religiösen Gefühle der Menschen in's Spiel zu ziehen. Hat er die einmal gewonnen, schließt sich an das religiöse Gerede wohl manches an, was mit der Religion so viel Zusammenhang hat, als mit dem Monde. So etwa das Tabaksmonopol und sonstige indirecte Steuern, wofür ein christlich-conservativer Mann heute zu stimmen verpflichtet sein soll. Vielleicht auch für den Belagerungszustand, denn überhaupt — hat der Conservatismus erst das Heft in Händen, so greift er doch am allerliebsten zu gewaltsamen Repressivmitteln. Polizei und Militär gehen ihm dann weit über die Religion, welche ihm ja vorzugsweise nur dazu dienen soll die Massen im Zaume zu halten, und kommt es allein darauf an, so thut's ein eiserner Zaum vielleicht noch besser, der jedenfalls für die Herren handtirbarer ist. Die Wahrheit vermischt sich mit dem Trug, das Höchste mit dem Gemeinsten.

Ist es ohne Frage die allerschwächste Seite des Liberalismus wie des Socialismus, daß beide von der Religion abstrahiren, oder derselben gar feindlich entgegentreten, so hat dem gegenüber der Conservatismus seinen Vortheil wohl erkannt, indem er die Menschen eben von der Seite anzufassen sucht, von welcher sie der Liberalismus und Socialismus überhaupt nicht erfassen können, weil beide die Religion für eine bloße Privatsache erklären, worauf für das öffentliche Leben nichts ankomme. In diesem Punkte also ist der Conservatismus wirklich klüger, und das ist eben sein einziger wirklich inhaltsvoller Gedanke, daß die menschliche Gesellschaft ohne die zusammenhaltende Kraft der Religion nicht bestehen kann, und darum andererseits auch die Religion die wirksamste Handhabe darbietet, um in die Entwickelung der Dinge einzugreifen. Denn wie bedenklich es auch mit der Religiosität des Zeitalters stehen

möchte, noch immer ist nichts so weit verbreitet als das religiöse Gefühl. Mag der Freiheitsrausch die Massen ergreifen, — das ist nur vorübergehend. Nicht zwar so das Streben nach materieller Verbesserung, auf das Seelenleben der Menschen aber hat das bei weitem nicht den Einfluß wie die Religion. Die wirkt wie ein Naturinstinkt, aber darum allermeist auch wie eine blinde Macht, weil für die meisten Menschen eben in der Religion das Denken verschwindet, infolge dessen es immer so leicht bleibt, die religiösen Gefühle der Völker zu ganz fremden Zwecken auszubeuten. Und so charakterisirt es ja den ganzen Zeitraum bis zur Revolution, daß damals der ganze Bestand der socialen und politischen Einrichtungen als unter göttlicher Sanction stehend angesehen, oder wenigstens dafür ausgegeben wurde.

Was ist aber bei unbefangener Prüfung so unumstößlich gewiß, als daß das Christenthum keine irgendwie bestimmte Staats- oder Gesellschaftsverfassung fordert, noch irgend welche Rechtsinstitute, da selbst rücksichtlich der Ehe nur die Monogamie unbedingt feststeht, indessen das eigentliche Eherecht dem Zuge der Entwickelung überlassen bleibt. Handgreiflich auch, wie es vielmehr die Geschichte ist, in der alle bestimmten Institutionen und Gesetze so entstanden als vergingen, so daß schlechterdings keine göttliche Sanction in Anspruch zu nehmen wäre, außer durch Berufung auf die göttliche Vorsehung, die es eben so gefügt habe, daß die Staatenbildungen wie die Staatsverfassungen diese oder jene Wendung nahmen, und daß diese oder jene Gesetze erlassen wurden. Natürlich bis auf die Annexionen und bis auf das Actiengesetz herab, denn einmal das Princip zugestanden, wäre jede Ausnahme unmotivirt. Was ist aber wieder so unumstößlich gewiß, als daß die Schrift selbst lehrt, daß uns die Wege der göttlichen Vorsehung, die wir in Demuth zu verehren haben, unerforschlich bleiben? Nie kann uns also die göttliche Vorsehung zur Erkenntnißquelle dienen, wonach zu beurtheilen wäre, ob dies oder jenes Ereigniß, diese oder jene Einrichtung — nicht etwa blos durch göttliche Zulassung, ohne welche selbst das Böse und Gottwidrige nicht geschehen könnte, — in die Welt getreten sei, sondern durch göttliche Fügung, wodurch es sanctionirt sei, als das Gottgewollte.

Gipfel der Anmaßung ist es, so zu sprechen, und ausdrücklich gerichtet durch das zweite Gebot:

»Non assumes nomen Domini Dei tui in vanum!«

von welchem gleichwohl unsere auf das Wort Gottes pochenden Conservativen sich von vornherein für eximirt zu halten scheinen. So greift denn auch der gefeierte Stahl, wo ihm die Argumente ausgehen, kurzweg zu der göttlichen Fügung, als dem höchsten Trumpf für seine Behauptungen. Wer darf ihm da noch widersprechen, wo Gott selbst entschieden hat? Klar aber, wie in solcher Weise jeder beliebige Zustand sich mit einer göttlichen Sanction bekleiden läßt, weil allerdings auch das Gegentheil nicht zu beweisen wäre. Man mag dann behaupten, was man will, durch die angeblich göttliche Fügung ist die Sache mit einem Schlage abgethan, einer weiteren Untersuchung bedarf es gar nicht. Freilich der Tod aller Wissenschaft, die dadurch zu einer salbungsvollen Salbaderei herabsinkt, um so mehr aber für aufgeblasene und unverschämte Ignoranten eine unschätzbare Erfindung. Denn auf eine angeblich — aber niemals nachweisbare gottgewollte Ordnung provociren, wo es sich vielmehr um menschliche Einrichtungen und Unternehmungen handelt, kann jeder Tölpel, dazu braucht man gar nichts zu verstehen. Im Gegentheil, jeder halbwegs Verständige würde sich solches Geredes schämen, welches um gar nichts besser ist, als wenn andererseits der Straßendemagoge auf den Willen des angeblich hinter ihm stehenden Volkes provocirt, indessen, ob das Volk wirklich hinter ihm stehe und was es eigentlich wolle, ebenso wenig zu constatiren ist. Das Eine wie das Andere müßte zuletzt zur Herrschaft des geistigen Pöbels führen, der auch allein an derartigem Gerede Geschmack finden kann. Similis simili gaudet.

Wir bestreiten ja nicht, daß der Glaube an die göttliche Vorsehung grundwesentlich zur Religion gehört, noch daß auch für Staat und Gesellschaft dieser Glaube von höchster Wichtigkeit ist, allein diesen Glauben zu pflegen gehört eben zum Beruf der Kirche, deren schon deshalb der Staat selbst nicht entbehren kann. Denn überhaupt, ohne die Beziehung auf die jenseitige Welt hörte das menschliche Leben auf menschlich zu sein, und darum eben muß neben dem Staat, der sich mit den Angelegenheiten der diesseitigen Welt beschäftigt, die Kirche als eine besondere Anstalt

bestehen. Auf der Kanzel also, wo es religiöse Erbauung gilt, und nicht etwa eine Prüfung der Rechtmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit dieser oder jener staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtung, da mag man von den Fügungen Gottes sprechen. Der Staatsmann und Publicist hingegen hat die Dinge lediglich nach der Seite zu betrachten, wonach sie auf dem Verstand und dem Willen der Menschen beruhen, weil er nur insoweit etwas auszurichten vermag. Wo die Einwirkung Gottes beginnt, bleibt dem Menschen nur Ergebung, welche zu predigen auch wieder zu den Aufgaben der Kanzel gehört, weil ohne den Sinn der Ergebung in dieser unvollkommenen Welt, in der Niemand alle seine Wünsche befriedigt sieht, kein Auskommen wäre. Der Staatsmann und Publicist aber, der unter allen Umständen darnach streben soll, die Dinge so gut zu machen als menschenmöglich ist, fiele damit aus seiner Rolle; er sänke zum Salbader, wenn nicht zum frechen Sophisten herab, wenn er seinen eigenen Ideen und Entwürfen den Willen Gottes unterschöbe.

Auf föderativem Standpunkte, wo das menschliche Leben nach allen seinen Seiten betrachtet wird, ist es selbstverständlich, daß die religiösen Verhältnisse in staatlichen und gesellschaftlichen Fragen ganz ebenso in Rechnung zu ziehen sind, als andererseits die materiellen Verhältnisse der Volkswirthschaft. Schließen diese sich an die Naturseite des menschlichen Lebens an, so schließt sich hingegen die Religion an die transscendente Seite desselben an, wovon auszugehen allein der Kirche zukommt. Die Politik aber darf ihre Lehren ebensowenig aus der Religion ableiten wollen, als andererseits aus der Oekonomik, sondern principaliter hat sie von der geschichtlichen Seite des menschlichen Lebens auszugehen, so gewiß als alle positiven Einrichtungen und Gesetze geschichtliche Bildungen sind. Nichts verderblicher als eine unklare Vermischung dieser Gebiete. Man hat sie gar sehr zu unterscheiden, nur freilich nicht zu trennen, da vielmehr alles zusammenwirken und sich gegenseitig unterstützen muß. Für den Föderalismus ist das wesentlich.

Gipfel der Anmaßung ist es, so zu sprechen, und ausdrücklich gerichtet durch das zweite Gebot:

»Non assumes nomen Domini Dei tui in vanum!«

von welchem gleichwohl unsere auf das Wort Gottes pochenden Conservativen sich von vornherein für eximirt zu halten scheinen. So greift denn auch der gefeierte Stahl, wo ihm die Argumente ausgehen, kurzweg zu der göttlichen Fügung, als dem höchsten Trumpf für seine Behauptungen. Wer darf ihm da noch widersprechen, wo Gott selbst entschieden hat? Klar aber, wie in solcher Weise jeder beliebige Zustand sich mit einer göttlichen Sanction bekleiden läßt, weil allerdings auch das Gegentheil nicht zu beweisen wäre. Man mag dann behaupten, was man will, durch die angeblich göttliche Fügung ist die Sache mit einem Schlage abgethan, einer weiteren Untersuchung bedarf es gar nicht. Freilich der Tod aller Wissenschaft, die dadurch zu einer salbungsvollen Salbaderei herabsinkt, um so mehr aber für aufgeblasene und unverschämte Ignoranten eine unschätzbare Erfindung. Denn auf eine angeblich — aber niemals nachweisbare gottgewollte Ordnung provociren, wo es sich vielmehr um menschliche Einrichtungen und Unternehmungen handelt, kann jeder Tölpel, dazu braucht man gar nichts zu verstehen. Im Gegentheil, jeder halbwegs Verständige würde sich solches Geredes schämen, welches um gar nichts besser ist, als wenn andererseits der Straßendemagoge auf den Willen des angeblich hinter ihm stehenden Volkes provocirt, indessen, ob das Volk wirklich hinter ihm stehe und was es eigentlich wolle, ebenso wenig zu constatiren ist. Das Eine wie das Andere müßte zuletzt zur Herrschaft des geistigen Pöbels führen, der auch allein an derartigem Gerede Geschmack finden kann. Similis simili gaudet.

Wir bestreiten ja nicht, daß der Glaube an die göttliche Vorsehung grundwesentlich zur Religion gehört, noch daß auch für Staat und Gesellschaft dieser Glaube von höchster Wichtigkeit ist, allein diesen Glauben zu pflegen gehört eben zum Beruf der Kirche, deren schon deshalb der Staat selbst nicht entbehren kann. Denn überhaupt, ohne die Beziehung auf die jenseitige Welt hörte das menschliche Leben auf menschlich zu sein, und darum eben muß neben dem Staat, der sich mit den Angelegenheiten der diesseitigen Welt beschäftigt, die Kirche als eine besondere Anstalt

Frage, ob sie nicht, so lange sie überhaupt beständen, nur zu immer weiterer Absorption der den Bundesstaaten einstweilen noch gebliebenen geringen Selbständigkeit führen müßten. Oder hätten die Herren das erkannt, so wagten sie nicht es offen heraus zu sagen. Was ist aber von Ueberzeugungen zu halten, die nicht den Muth zum Bekenntniß geben? Nur in den annectirten Ländern haben die Conservativen zum Theil solchen Muth bewiesen, zumeist in Hannover, indessen auch da noch sehr fraglich bleibt, ob es ihnen nicht lediglich auf ihre eigenen particularen Interessen ankam, ohne viel Kummer um den Bruch, den die gesammte deutsche Entwickelung erlitten.

Das war die Probe der Urtheilsfähigkeit und Charakterfestigkeit unseres Conservatismus. Fiel sie so kläglich für ihn aus, so wird darin gewiß ein Zeichen der inneren Haltungslosigkeit seines Wesens liegen. Vor allem ein Beweis, wie wenig Halt das Pochen auf die göttlichen Fügungen gibt, wonach angeblich alles in dieser Welt geschehen soll. Ei, wenn der liebe Gott die Geschichte macht, so sind es am Ende auch nicht die Staatsmänner, welche (cf. Lamarmora) nöthigenfalls die Kriege präpariren, noch die Generäle, welche die Schlachten schlagen, sondern Alles ist Gottes Werk. Wie könnte es sich anders mit den Eroberungen und Annexionen verhalten? Gott gibt die Herrschaft, wem Er will, und nun gefiel es Ihm im Jahre 1866, einige deutsche Fürstenhäuser zu Gunsten des hohenzollern'schen Hauses ihrer Länder zu entsetzen. Die Annexionen haben damit die göttliche Sanction für sich, was kann man mehr verlangen? Ja, ja, in solcher Weise hat damals im preußischen Herrenhause ein hochconservatives Mitglied desselben wirklich argumentirt. Noch mehr, so tief war der Mann in die Geheimnisse der göttlichen Vorsehung eingeweiht, daß er zugleich zu sagen wußte, warum es dem lieben Gott also gefallen, nämlich um durch die Annexionen die besondere Frömmigkeit der preußischen Regenten zu belohnen! Es steht in den stenographischen Berichten zu lesen und bildet einen gewiß sehr merkwürdigen Beitrag zur Geschichte des preußischen Conservatismus. Aber da sieht man also, zu welchen Ungeheuerlichkeiten das führen kann, wenn Vorstellungen aus dem religiösen Gebiete, wo sie, in ihrer Allgemeinheit verbleibend, ehrwürdig sind, in Argumente zur Rechtfertigung bestimmter Ereignisse oder Einrichtungen verwandelt werden.

3.

Nirgends hat der deutsche Conservatismus sich weniger bewährt, als gerade in Beziehung auf die deutsche Frage. Will sagen: die Frage nach der deutschen Gesammtverfassung. Wie er sich in dieser Beziehung benommen, bezeugen die Thatsachen.

Hier genüge zuvörderst nur auf die Ereignisse von 66 hinzuweisen, denn siehe da: die große Masse der preußischen Conservativen rührte keinen Finger für die Erhaltung des Bestehenden, noch — was viel mehr besagt — für die Continuität der Entwickelung, wofür einzutreten jedenfalls das unerläßlichste Gebot für den Conservatismus sein müßte, wenn er überhaupt einen inneren Sinn haben soll. Was geschah aber? Das Bestehende wurde über den Haufen geworfen und die Continuität der deutschen Entwickelung dergestalt durchbrochen, wie Aehnliches nur zur Zeit des Rheinbundes geschehen, und der preußische Conservatismus rief „Bravo!" dazu. Ein Bravo zum Bundesstreich, — so gewiß als doch der alte Bund ganz buchstäblich weggestrichen wurde, — ein Bravo zur Vertreibung der ältesten deutschen Fürstenhäuser, ein Prachtstück des preußischen Conservatismus! Weiter dann der österreichische Conservatismus. Den mochten zwar die Schläge schmerzen, welche die österreichische Monarchie davongetragen, allein die Zerreißung der tausendjährigen Verbindung, in welcher die deutsch-österreichischen Länder mit Gesammtdeutschland gestanden, machte ihm wenig Kummer. Kein Gedanke daran, daß die Ablösung der österreichischen Monarchie von Deutschland die tiefsten Grundlagen derselben alterire und die österreichischen Geschicke einer unberechenbaren Zukunft überliefere. Ging alles über seinen Horizont. Hat denn etwa der Conservatismus in den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, welche von den Ereignissen jedenfalls noch tiefer getroffen wurden, sich um deswillen auch scharfsichtiger, consequenter und muthiger erwiesen? Nichts davon. Er fand sich leichtlich genug mit den Veränderungen ab. Machte er auch hier und da die Faust im Sacke, öffentlich betheuerte er seine Reichsfreundlichkeit, denn nachdem einmal die großen Veränderungen geschehen, galten ihm nun flugs die neuen Schöpfungen als das hinfort zu Conservirende. Keine Frage nach der inneren Möglichkeit eines dauernden Fortbestandes dieser neuen Schöpfungen, keine

der Continuität, wenn doch das Heraustreten aus dem alten Zustande und der Bruch mit demselben unvermeidlich wurde? Hier gilt das Wort: „der Lebende hat Recht.“ Eine Nation hat sich nicht durch die überlieferten Institutionen lebendig einmauern zu lassen, sie wird die Fesseln zersprengen, die sie an der Erfüllung ihrer Lebensaufgaben hindern, so viele Fäden der geschichtlichen Continuität auch dabei zerreißen möchten. Die Geschichte ist leider kein Gottesreich, noch andererseits ein an unveränderliche Gesetze gebundenes Naturreich, sondern weil sie das Reich der menschlichen Freiheit ist, sind auch ihre Gebilde so gebrechlich wie alles Menschliche, und darum ist sie voll von gewaltsamen Veränderungen und Discontinuitäten.

Man müßte absichtlich die Augen dagegen verschließen, um nicht zu sehen, wie voll auch die deutsche Geschichte davon ist. Um nicht weiter zurückzugehen, — davon zeugen schon die großen Veränderungen, die kurz vor dem Untergang des alten Reiches eintraten, dann während der Rheinbundszeit und hierauf durch die Satzungen des Wiener Congresses. Wer in dem allen nichts als göttliche Fügungen erblicken will, den müssen wir freilich bei seinem Glauben lassen, weil einem Solchen, der von vornherein auf Erkenntniß verzichtet, auch mit keinen verständigen Argumenten beizukommen ist. So weit aber wird sich Niemand verirren, alle diese Veränderungen zu einer organischen Entwickelung umzustempeln, oder es gehörte ein sonderbarer Begriff von dem Wesen des Organismus dazu. Von Continuität der Entwickelung wäre auch wenig darin zu verspüren, noch weniger zu sagen, daß sie auf dem historischen Rechte beruht hätten, wo doch Jedermann weiß, wie viel Willkür dabei unterlief, wie sehr die zeitweiligen Machtverhältnisse der einzelnen deutschen Staaten den Ausschlag gaben, und zugleich der auswärtige Einfluß darauf einwirkte, indessen die Rechte und Interessen der deutschen Nation wie der deutschen Volksstämme am allerwenigsten Berücksichtigung fanden. So einfach liegt demnach die deutsche Frage nicht, als daß nach solchen Begriffen darüber zu urtheilen wäre. Es werden noch ganz andere Untersuchungen dazu gehören.

4.

Charakterisirt es den Liberalismus, wie desgleichen den Socialismus, daß sie beide von reinen Begriffen oder bloßen Zweckmäßigkeitsrücksichten ausgehen, und alles aus dem Frischen heraus — gewissermaßen aus dem Nichts — schaffen wollen, wie wenn in den vorgefundenen Zuständen überhaupt keine inneren Entwickelungstriebe lägen, so erscheint es dem gegenüber allerdings als ein Vorzug des Conservatismus, daß er sich ausdrücklich auf den Boden der Geschichte stellt. Er liebt es sogar, sich in geschichtlichen Betrachtungen zu ergehen. Auch ist er darauf wie mit der Nase hingewiesen, weil, was er conserviren will, doch selbst geschichtliche Bildungen sind. Sehen wir aber näher, in welcher Weise er die Geschichte betrachtet und studirt, so verliert sein geschichtlicher Sinn gar viel von dem Werth, den er an und für sich zu haben scheint.

Entweder nämlich zieht den Conservatismus zur Geschichte das rein gelehrte Interesse, und nach dieser Seite liegen allein seine wissenschaftlichen Leistungen. Oder treibt ihn ein praktisches Interesse, so ist es eben das: Waffen für die Vertheidigung des bestehenden Rechtes zu finden. In dieser Richtung arbeiteten insbesondere auch die ehemaligen Reichspublicisten, indem sie auf historischem Wege zeigten, wie alle die zahllosen im Reiche mit eigenthümlichen Rechten ausgestatteten Existenzen zu ihrer Stellung gekommen, und welche Rechtsansprüche sie auf Grund dessen erheben könnten, was dann zu einer unsäglichen Juristerei und Rabulisterei führte, indessen dieser ganze Aufwand von Erudition dem reformbedürftigen Reiche zu gar nichts half. Es zerfiel inzwischen immer mehr. Und ziemlich in derselben Richtung bewegt unsere sich vorzugsweise historisch nennende Schule sich noch heute. Durch ihre Studien die Mittel und Wege zu Reformen zu finden, ist sie wenig beflissen.

Leicht begreiflich, daß es sich von solchem Standpunkte aus in erster Linie nur um die privilegirten Stände handelte, die sich ihres historischen Rechtsbodens erfreuten, und ihr Recht zu einem Reichthum von Institutionen entwickelt hatten. Was war hingegen das historische Recht der großen Volksmasse? Nicht sehr viel mehr, als daß sie die misera contribuens plebs bildete. Ein

wenig interessanter Gegenstand, oder das Interesse wäre erst mit der Frage gegeben: wie dieser großen Volksmasse zu einer besseren Lage zu verhelfen sei? Das historische Recht, welches ja den bestehenden Zustand sanctionirte, hätte dazu freilich keine Hebel geboten, sondern was den unteren Classen dem gegenüber helfen konnte, war das natürliche Recht, als das Recht, welches mit ihnen geboren. Ein anderes hatten sie nicht. Da kam nun der Liberalismus, der eben dem historischen Rechte das Naturrecht entgegenstellte. Er that dies wohl nicht aus besonderer Sympathie für die unteren Classen, sondern mehr aus Antipathie gegen die privilegirten Stände, und weil seine rationalistische Denkweise ihn wie von selbst dazu trieb. So abstract dann dieses Naturrecht — oder später Vernunftrecht genannt — sein mochte, befreiend wirkte es allerdings für die unteren Classen. Der Conservatismus hat dazu nichts gethan, und je mehr er bis diesen Tag auf das historische Recht provocirt, um so weniger darf er sich darüber wundern, wenn er bei den unteren Classen so wenig Anklang findet. Das historische Recht ist im Grunde genommen das Erbrecht, welches doch für alle diejenigen, welche fast nichts erben, als die Anwartschaft sich wie ihre Väter durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren, geringe Bedeutung hat.

Muß es nicht als ein erhebliches Hinderniß der socialen Reform gelten, daß in unseren Geschichtswerken, deren Lectüre ohne Frage für die höheren Classen von nicht geringem Einfluß auf die Bildung ihrer Lebens- und Weltansicht ist, daß da — gegenüber den Erzählungen von Kriegen und Eroberungen, von diplomatischen oder parlamentarischen Verhandlungen nebst sonstigen Staatsactionen, — die Zustände der großen Volksmasse fast ganz im Hintergrunde bleiben? Wie wenig davon erfährt man z. B. aus den Werken des gefeierten Ranke? Meister in der Enthüllung der verborgenen und verschlungenen Fäden der Cabinetspolitik, der diplomatischen und parlamentarischen Intriguen, kümmert ihn das Volksleben um so weniger. Wie also solche Lectüre kein Interesse für die Zustände der großen Volksmasse erweckt, führt sie auch nicht zum Verständniß der darauf bezüglichen Fragen und trägt damit selbst dazu bei, die höheren und gebildeten Classen in dem verhängnißvollen Indifferentismus zu erhalten, mit welchem sie auf diese Dinge herabblicken.

Aber nicht blos das, sondern selbst von der deutschen Nation als solcher, von ihren Geschicken, von ihren Aufgaben und von ihren Rechten, ist bei unseren conservativen Schriftstellern sehr viel weniger die Rede, als von den Rechten der einzelnen deutschen Staaten, beziehungsweise der Regierungen. Und dem entspricht genau wieder die Thatsache, daß der Conservatismus für die Entwickelung einer deutschen Nationalverfassung so viel als nichts geleistet hat. Ueberall besaß er bis zu dem Jahre 48 in den gouvernementalen Kreisen entscheidenden Einfluß, aber man weiß, wie er seinen Einfluß benutzte. Was wäre auch von ihm zu erwarten gewesen, wo es nicht auf die Erhaltung des bestehenden Zustandes ankam, sondern auf Veränderungen desselben durch eingreifende Reformen. Noch mehr, worin bestanden die Mittel, die der Conservatismus zu seinen Zwecken anwandte, wenn nicht vor Allem in Repressivmaßregeln, deren Insufficienz im Jahre 48 vor aller Welt offenbar wurde. Trotzdem unbelehrt, nahm er in der Reactionsperiode nach 50 dasselbe Geschäft von Neuem auf, wie er es heute in Veranlassung der Attentate abermals zu thun sich anschickt. Die sociale Reform des Conservatismus soll demnach in einer großartigen Socialistenhetze bestehen, wie vordem seine politische Reform in einer großartigen Demagogenhetze nebst Unterdrückung der Preßfreiheit bestand. Er weiß einmal nichts Besseres, der repressive Hang ist ihm angeboren.

»Naturam expellas furca, tamen usque recurret.«

Hat nun zwar auch der Liberalismus für die deutsche Aufgabe positiv nichts geleistet, so viel bleibt immer unbestritten, daß ohne seine Agitationen vollständige Stagnation eingetreten wäre. Gerade wie es heute ohne die socialistischen Agitationen auf dem socialen Gebiete geschehen würde.

Ist mit dem bloßen historischen Rechte nicht auszureichen, weil es keine Hebel zum Fortschritt darbietet, eben so wenig aber mit dem bloßen Naturrecht, weil es keine Stabilität gewährt, sondern, wie jenes an der Vergangenheit festklebt, so haltungslos auf den Wogen der Gegenwart dahintreibt, — wie ist wohl über diesen Gegensatz hinwegzukommen? Gewiß nur durch eine solche Auffassung der Geschichte, wonach man sich nicht darauf beschränkt, zu erkennen: was geschah und wie es geschah, —

Ranke erklärt ausdrücklich, nichts weiter zu wollen, — sondern wonach man zugleich zu erkennen sucht, welche Aufgaben durch den Gang der Geschichte selbst der Zukunft gestellt sind. Sollte die Geschichte in dieser Hinsicht nichts lehren, so wäre ihr Studium für die Praxis werthlos, während sie doch so allgemein als die große Lehrerin der Staatsweisheit gilt. Damit sie aber in höherem Sinne lehrreich werde, muß die blos pragmatische Betrachtung sich zur philosophischen erheben. Die Geschichte bleibt dabei nicht minder das Reich der menschlichen Freiheit. Als Reich der göttlichen Vorsehung gehört sie der religiösen Betrachtung an, welche zur Erbauung dient, aber keine politisch brauchbaren Erkenntnisse gewährt.

Für den föderativen Standpunkt ist solche philosophische Auffassung der Geschichte wesentlich. Der synthetische Charakter des Föderalismus aber hat sich dann zuvörderst darin zu bewähren, daß er die individuellen Bildungen der Geschichte, welche der Liberalismus allgemeinen Begriffen opfert, nach ihrer Eigenthümlichkeit achtet, ohne sie doch — nach Art des Conservatismus — in ihrer Isolirung festzuhalten, indem er sie vielmehr nach ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen Entwickelung beurtheilt. Die traditionellen Grundlagen nicht — nach Art des Liberalismus — bei Seite schiebend, treibt er andererseits auch nicht den Götzendienst des Conservatismus damit. Daß zwischen den verschiedenen Generationen, daß zwischen Vergangenheit und Zukunft ein Band bestehe, ist ihm eine heilige Wahrheit, aber er glaubt die abgeschiedenen Generationen erst dadurch recht zu ehren, daß er auf Grund dessen, was diese hinterließen, sich zu Conceptionen erhebt, wohin sie selbst sich nicht zu erheben vermochten.

Darum wird er die Ziele deutscher Entwickelung gerade dadurch am besten zu finden glauben, daß er die Nation auf die großen Weltaufgaben hinweist. Denn es wird sich zeigen, wie erst in Hinblick darauf die rechten leitenden Ideen für die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen sind, welche mit der sogenannten auswärtigen Politik in einem untrennbaren Zusammenhange stehen, der freilich nicht so unmittelbar auf flacher Hand liegt. Um ihn deutlich zu erkennen, bedarf es einer ganzen Reihe von Vermittelungen, die weder zu umgehen noch zu überspringen sind.

Aber nicht blos das, sondern selbst von der deutschen Nation als solcher, von ihren Geschicken, von ihren Aufgaben und von ihren Rechten, ist bei unseren conservativen Schriftstellern sehr viel weniger die Rede, als von den Rechten der einzelnen deutschen Staaten, beziehungsweise der Regierungen. Und dem entspricht genau wieder die Thatsache, daß der Conservatismus für die Entwickelung einer deutschen Nationalverfassung so viel als nichts geleistet hat. Ueberall besaß er bis zu dem Jahre 48 in den gouvernementalen Kreisen entscheidenden Einfluß, aber man weiß, wie er seinen Einfluß benutzte. Was wäre auch von ihm zu erwarten gewesen, wo es nicht auf die Erhaltung des bestehenden Zustandes ankam, sondern auf Veränderungen desselben durch eingreifende Reformen. Noch mehr, worin bestanden die Mittel, die der Conservatismus zu seinen Zwecken anwandte, wenn nicht vor Allem in Repressivmaßregeln, deren Insufficienz im Jahre 48 vor aller Welt offenbar wurde. Trotzdem unbelehrt, nahm er in der Reactionsperiode nach 50 dasselbe Geschäft von Neuem auf, wie er es heute in Veranlassung der Attentate abermals zu thun sich anschickt. Die sociale Reform des Conservatismus soll demnach in einer großartigen Socialistenhetze bestehen, wie vordem seine politische Reform in einer großartigen Demagogenhetze nebst Unterdrückung der Preßfreiheit bestand. Er weiß einmal nichts Besseres, der repressive Hang ist ihm angeboren.

»Naturam expellas furca, tamen usque recurret.«

Hat nun zwar auch der Liberalismus für die deutsche Aufgabe positiv nichts geleistet, so viel bleibt immer unbestritten, daß ohne seine Agitationen vollständige Stagnation eingetreten wäre. Gerade wie es heute ohne die socialistischen Agitationen auf dem socialen Gebiete geschehen würde.

Ist mit dem bloßen historischen Rechte nicht auszureichen, weil es keine Hebel zum Fortschritt darbietet, eben so wenig aber mit dem bloßen Naturrecht, weil es keine Stabilität gewährt, sondern, wie jenes an der Vergangenheit festklebt, so haltungslos auf den Wogen der Gegenwart dahintreibt, — wie ist wohl über diesen Gegensatz hinwegzukommen? Gewiß nur durch eine solche Auffassung der Geschichte, wonach man sich nicht darauf beschränkt, zu erkennen: was geschah und wie es geschah, —

und sind da die Blicke auf die See gerichtet, so weht in das südliche Deutschland die Alpenluft hinein, und auf die Alpen, oder über die Alpen hinaus, sind da die Blicke gerichtet. Beides kann nicht ohne weitreichende Folgen bleiben. Es gehörte erst eine Erdrevolution dazu, oder die Norddeutschen und Süddeutschen werden nicht aufhören erheblich verschieden zu sein.

Daran aber ist auch nicht zu denken, daß der eine Theil durch sein Uebergewicht die Eigenthümlichkeit des andern dergestalt darnieder halten könnte, daß sie ihre praktische Bedeutung verlöre. In Frankreich mochte das geschehen. Da ist schon überhaupt der natürliche Unterschied zwischen Nord und Süd insofern gar nicht vorhanden, als das südliche Frankreich nicht minder eine maritime Seite hat als das nördliche. Betrachtet man aber die Bevölkerung, so übertreffen, nach körperlicher Rüstigkeit wie nach moralischer Energie, die Nordfranzosen ohne Frage die Südfranzosen, welche die von dem Mittelmeere hereinwehenden lauen Lüfte athmen. Verschwänden die Alpen, so würde es in unserem Süden ähnlich sein, einstweilen aber stehen sie noch, und entsenden von ihren Schneegipfeln eine Brise, unter deren Einfluß im südlichen Deutschland sich eben so starkknochige und gewichtige Körper bilden, wie etwa in Mecklenburg und Pommern, und sucht man stattliche Männergestalten, die finden sich nirgends so wie in Tyrol. Darum kein Gedanke daran, daß sich der deutsche Süden je so von dem Norden unterjochen lassen würde, wie in Frankreich geschehen. Die deutsche Geschichte selbst widerspräche dem. Trat auch zeitweilig der eine Theil gegen den anderen in den Vordergrund, auf die Dauer ließ sich keiner von dem andern beherrschen, und im Ganzen ist von dem einen so viel ausgegangen als von dem anderen. Noch mehr: eben das Ineinanderwirken und bezw. der Antagonismus des nördlichen und südlichen Elementes gehört wesentlich mit zu den Charakterzügen der deutschen Geschichte. Gewissermassen schon vorbedeutet durch den Kampf zwischen Hermann und Marbod, trat dieser Antagonismus während des Mittelalters wiederholt in blutigen Kämpfen hervor, in den letzten Jahrhunderten als der Antagonismus zwischen Oesterreich und Preußen. Was folgt wohl daraus? Gewiß nichts anderes, als daß, um verderbliche Conflicte zu vermeiden, eben kein Element nach einseitiger Herrschaft streben darf.

Weiter dann kommt zu dem Unterschied zwischen Nord und Süd noch der Unterschied zwischen Ost und West hinzu. Zwar im südlichen Deutschland mehr nur durch politische und ethnographische Verhältnisse bedingt, tritt er im Norden — selbst rein geographisch — unwidersprechlich hervor in der Trennung des Ostseegebietes von dem Nordseegebiet durch die cimbrische Halbinsel. Macht sich auch diese Trennung ganz unmittelbar nur in den Küstenlandschaften bemerkbar, ihre Folgen reichen tief in das Hinterland hinein.

Es springt in die Augen, daß in einem so gestalteten Lande, im Wege natürlicher Entwickelung, kein dominirendes Centrum entstehen kann. Im Gegentheil, nur in Folge naturwidriger Entwickelung und durch gewaltsame Mittel könnte das geschehen, und ein lebendiges Centrum würde doch nicht daraus. So die heutige Reichshauptstadt in dem Becken der Spree, von welchem Niemand behaupten wird, daß es von Natur eine allgemein deutsche Bedeutung habe. Und concentrirt sich denn wirklich das ganze deutsche Nationalleben in dieser neuen Kaiserstadt? Davon kann bis heute noch lange keine Rede sein, sollte es später wirklich dahin kommen, so müßte jedenfalls die Kaiserstadt an der Donau erst aufgehört haben eine deutsche Stadt zu sein, was sie doch trotz 66 realiter noch immer ist und hoffentlich bleiben wird. So lange aber eine so altberühmte, große, reiche und durch ihre Lage so wichtige Stadt wie Wien noch deutsch ist, wird sie auch nicht aufhören der neuen deutschen Reichshauptstadt Concurrenz zu machen, und wenigstens für das südliche Deutschland eine erhebliche Anziehungskraft behalten. Das liegt auf der Hand. Ueberhaupt aber, man versuche was man wolle, — es besagt nicht viel weniger als die Quadratur des Cirkels, Deutschland unter einen Hut zu bringen, wäre es auch die Pickelhaube. Die Oesterreicher setzen sie nimmer auf, und selbst die Bayern tragen noch ihren Raupenhelm. So ist die Einheit bis heute nicht erreicht, noch wird sie je erreicht werden.

Denn auch das wirkt der Centralisation und Uniformität entgegen, daß Deutschland ein von Natur sehr wenig abgeschlossenes Land ist. Nach Osten hin fehlen alle Naturgrenzen, nach Westen hin würden es erst die Ardennen sein, die doch wenig bedeuten, und, als Grenze angenommen, zugleich wälsches Volk umschlössen. Auf der Nordseite verläuft das deutsche Element sich in

das dänische, auf der Südseite endlich scheinen freilich die Alpen eine respectable Grenze zu bilden, wären sie nur eine Mauer und nicht vielmehr ein breiter Landgürtel, in welchem sich deutsche, romanische und slawische Elemente gewissermaßen die Hand reichen. Trägt nun die Abgeschlossenheit eines Landes gar viel dazu bei, daß die Bevölkerung zu einer compacten Masse zusammenfließt, so findet in Beziehung auf die deutsche Nation weit eher das Gegentheil statt, indem sie — nach allen Seiten hin mit ihren Nachbarvölkern verflochten, und damit nach Ost und West, nach Nord und Süd auseinander gezogen, — um deswillen auch um so weniger einen festen einheitlichen Körper bilden kann.

Endlich ist Deutschland das Mittelstück des ganzen europäischen Continents, infolge dessen die deutschen Angelegenheiten — mehr als in irgend einem anderen Lande geschieht — sich in die europäischen Angelegenheiten verlaufen. Darum steht die innere Gestaltung Deutschlands in untrennbarem Zusammenhange mit der *europäischen Politik*, die unvermeidlich ihren Einfluß darauf übt, wie andererseits jede große Veränderung in Deutschland auf die europäischen Verhältnisse zurückwirkt. Das hat die Geschichte sattsam bestätigt.

Dies Dreies also: daß Deutschland sich nicht zu einem *centralisirten Einheitsstaat* eignet, noch überhaupt zu einem *abgeschlossenen Nationalstaat*, indem vielmehr die deutsche Entwickelung immer mit den Verhältnissen der Nachbarländer verflochten bleibt und dadurch einen gewissen *universalen* Charakter behalten wird, dies Dreies ist schon durch die gegebenen Naturverhältnisse vorbedeutet. Um das zu erkennen, bedarf es nichts weiter als einer aufmerksamen nachdenklichen Betrachtung der Landkarte, wo es in geographischer Zeichensprache klar genug geschrieben steht. Fürwahr, es sollte nicht nöthig sein, davon erst noch besonders zu reden im Vaterlande eines Humbold und Ritter, welche die heutige geographische Wissenschaft schufen, zu deren Aufgabe es wesentlich mitgehört, den Einfluß geographischer Verhältnisse auf die Völkerentwickelung und Staatenbildung nachzuweisen. Und ist nicht überhaupt solcher Einfluß selbstverständlich, so lange die Völker nicht in der Luft sondern auf der Erde wohnen, und die materielle Basis aller Staaten ihr Territorium bleibt? Vor wie viel falschen Ideen

und Entwürfen wären wir im voraus gesichert gewesen, hätte man nur diese handgreifliche Wahrheit in's Auge gefaßt!

2.

Ist das deutsche Land nicht zur Bildung eines centralisirten Einheitsstaates beanlagt, so noch weniger die deutsche Nation, weil sie selbst kein einheitliches Wesen bildet, sondern von Anfang an — um einen Ausdruck Schelling's zu gebrauchen — sich als „ein Volk von Völkern“ darstellte.

In dieser Gestalt finden wir sie bei Tacitus, der eine lange Reihe deutscher Völkerschaften aufführt. Viel Gemeinsames mußten sie wohl alle haben, da sie der Römer alle Germanen nannte, aber doch auch so viel Verschiedenes und Eigenthümliches, daß er um deswillen nicht blos in Bausch und Bogen von Germanen sprach, sondern eben die verschiedenen Völkerschaften selbst aufführte. Hatte nun in jeder dieser Völkerschaften das Fürstenthum nur eine beschränkte Gewalt, indem der Schwerpunkt ihres öffentlichen Lebens vielmehr in der Volksgemeinde lag, so war an ein gemeinsam anerkanntes Oberhaupt über alle diese Völkerschaften noch viel weniger zu denken. Sollten sie überhaupt zusammenwirken, so war dies nur durch freie Bündnisse zu ermöglichen, die doch aber nur zu einzelnen bestimmten Zwecken geschlossen wurden, leicht wieder zerfielen, auch niemals alle deutschen Völkerschaften umfaßten.

Das also wäre weit zu viel gesagt, daß in dem alten Germanien schon eine Art von Föderativverfassung bestanden hätte. Nur die Elemente dazu waren gegeben, und hätte sich der Zustand ungestört fortentwickelt, so mußte im Laufe der Jahrhunderte eine solche Verfassung daraus hervorgehen. Aber ungestört! — statt dessen vielmehr die Störungen fast permanent waren, ebenso durch die immer neuen Fehden zwischen den einzelnen Völkerschaften selbst, wie durch die Kämpfe gegen die hereindrohende Römerherrschaft. Diese endlich abgewehrt, brachen dann die Germanen selbst in die römischen Provinzen ein, es folgte das Getobe der Völkerwanderung. Jahrhunderte vergingen, bis erst wieder einigermaßen ruhige Zustände eintraten. Da sah Deutschland freilich sehr viel anders aus als zu Tacitus Zeiten, indessen die alte föderative Tendenz, die unter der fränkischen Oberherrschaft wie erstickt war,

machte sich nach Abschüttelung derselben alsbald wieder geltend. Die Fürsten der deutschen Volksstämme — welche an die Stelle der vielen kleinen Völkerschaften getreten waren, wie sie Tacitus aufgeführt, — erwählten sich einen König. Daß sie das thaten, darin lag unstreitig eine Nachwirkung der fränkischen Herrschaft, wodurch sie sich erst an den Gedanken eines gemeinsamen Oberhauptes gewöhnt hatten. Daß aber das Oberhaupt erwählt wurde und die einzelnen Volksstämme ihre innere Selbständigkeit behielten, das machte den neuen Zustand offenbar zu einer Art von Föderativverfassung. Und das ist bis zum Untergang des alten Reiches der Grundcharakter desselben geblieben. So kraus die Dinge im Ganzen und Einzelnen auch aussehen mochten, ein föderativer Zug leuchtet in den Institutionen wie in der Geschichte des Reiches überall hervor.

War doch der Sache nach das Kurfürsten-Collegium in sich selbst wieder eine Art von Bund, desgleichen das Fürsten-Collegium, das reichsstädtische Collegium, und wieder ebenso die verschiedenen Reichskreise. Verbindungen der einzelnen Reichsglieder unter sich, rechtlich gestattet, waren gewissermaßen an der Tagesordnung. Sie spielen in der Reichsgeschichte eine hochwichtige Rolle. So der rheinische Städtebund und der Hansabund, die verschiedenen Ritterbünde, der schwäbische Bund, der schmalkaldische Bund, die katholische Liga, und gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Fürstenbund. Bezeichnend nicht minder, daß die ehemals zum Reiche gehörende Schweiz nach ihrem Abfall vom Reiche sich ausdrücklich zu einer Eidgenossenschaft oder Conföderation constituirte, wie bald darauf auch die Niederlande thaten. Nachdem aber das ganze alte Reich aufgelöst worden und beträchtliche Theile desselben unter dem Namen des Rheinbundes zeitweilig unter französische Oberherrschaft gerathen waren, trat nach den Freiheitskriegen der deutsche Bund in die Welt. Gewiß als ein sehr mangelhaftes Institut, daß es aber ein Bund war, entsprach durchaus den Verhältnissen, und enthielt zugleich die thatsächliche Anerkennung des in der deutschen Nation lebenden bündischen Princips.

Selbst das heutige neue Reich konnte das nicht ganz verleugnen. Inhaltlich seiner Verfassungsurkunde will es selbst wieder ein „Bund“ sein, der aber das „Reich“ heißen soll, indessen die Glieder des Reiches noch immer „Bundesstaaten“ genannt wer-

den, und ihre Vertretung in einem „Bundesrath" finden, welcher der ehemaligen Bundesversammlung nachgebildet ist. Wie wenig dieses neue Reich dem Wesen eines Bundes entspricht, bleibe hier außer Frage, genug, daß es ein solcher sein will. Es wird sich nicht beklagen dürfen, wenn man es beim Worte hält. Daraus aber folgt dann nichts Geringeres, als — weil es wirklich nicht ist, was es sein will und zu sein vorgibt, — daß nun eben die Begründung einer wahren föderativen Verfassung als die eigentlich zu lösende Aufgabe gelten muß.

Wir sagten: die Elemente dazu waren schon in dem alten Germanien gegeben, damit sich aber eine solche Verfassung daraus entwickele, dazu hätten neben der Gunst der äußeren Umstände — die sich vielmehr als sehr ungünstig erwiesen — auch Charaktereigenschaften und Fähigkeiten gehört, die den alten Deutschen keineswegs nachgerühmt werden können. Im Gegentheil, wie sie damals waren, blieben sie zu größeren politischen Bildungen durchaus unfähig, sie mußten erst in Zucht genommen werden und eine lange Schule durchmachen. So geriethen sie zunächst unter die fränkische Oberherrschaft, welche unter dem großen Karl wahrlich keine sanfte war. Darauf folgte, zur Seite der kirchlichen Hierarchie, der Feudalismus, der in politischer Hinsicht das ganze Mittelalter charakterisirt, und nach Lage der Umstände das einzige Mittel bot, um die Glieder des Reiches einigermaßen zusammenzuhalten. Lag zwar in dem feudalen Reiche selbst eine Art von Föderativverfassung, so war doch das föderative Princip oft bis zur Unkenntlichkeit darin entartet, die Gemeinfreiheit im Herrenthum untergegangen und daneben nur ein Complex besonderer Freiheiten, zum Theil als Ueberreste altdeutscher Freiheit, noch mehr aber als von oben herab verliehene Privilegien.

Ueberall nur Partikularrechte in grenzenloser buntester Mannigfaltigkeit. Denn ihr nationales Recht aus sich selbst weiter zu bilden, hatten die Deutschen leider nicht vermocht. Es enthielt ja vortreffliche Grundlagen, aber wie es war, paßte es nur für die einfachsten Verhältnisse. Konnte es also den größeren und complicirteren Verhältnissen, welche durch Zusammenfassung der einzelnen Volksstämme entstanden, wie den neuen Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft nicht genügen, und mußte doch irgend eine Ab=

hilfe geschaffen werden, so geschah es um so leichter, daß das römische Recht eindrang, welches mit der Renaissance zur förmlichen Herrschaft kam. Wie viel Verderbliches ist daraus hinterher entsprungen und wie sehr ist die Nation sich dadurch selbst entfremdet worden, bis sie zuletzt ihr eigenes Wesen nicht mehr verstand! Gleichviel, es scheint wohl, sie mußte auch durch diese Schule hindurchgehen, sie wäre ohne dies den Feudalismus nicht los geworden. Denn aus dem römischen Rechte hat hinterher wieder der Liberalismus geschöpft, der von vornherein dem Feudalismus entgegentrat, und in der Auflösung der Feudalbande wie aller damit verwandten Verhältnisse seine eigenste Aufgabe fand.

Diese Aufgabe hat er wirklich erfüllt, allein eben damit ging vorerst auch alle das verloren, was von föderativen Bildungen in der feudalen Ordnung doch wirklich enthalten gewesen. Nicht nur, daß der Liberalismus keinen Sinn dafür hatte, sondern es war ihm von Grund aus zuwider. Ganz augenfällig zeigte sich das in der französischen Revolution, indem die zu Anfang derselben sich regenden föderativen Tendenzen blutig erstickt wurden. Man forderte die *République une et indivisible*, und die spukt seitdem bis heute in allen Entwürfen des Liberalismus. Gibt er auch die republikanische Form auf, an der Einheit und Untheilbarkeit hält er um so fester. Was ist denn die Parole unseres Nationalliberalismus, wenn nicht „das einheitliche und untheilbare Deutschland“? Darauf steuert unter dem liberalen Regime alles hin. Darum auch keine Aussicht auf eine föderative Verfassung, ehe nicht der Liberalismus überwunden sein wird. Das ist jedenfalls eine Vorbedingung dazu.

Wäre dann damit nur alles gethan! Wie aber die Dinge in Deutschland liegen, muß auch noch viel Anderes geschehen.

3.

Der Feudalismus ist gebrochen, allein seine Nachwirkungen leben noch augenscheinlich fort in der wunderlichen Zerstückelung des deutschen Vaterlandes, und der darauf beruhenden, oft allen natürlichen Verhältnissen in's Angesicht schlagenden Abgrenzung der einzelnen Staatsgebiete. Hier ist zerrissen, was von Natur zusammengehörte, dort zusammen gekoppelt, was nichts miteinander

zu schaffen hat. Selbst räumlich ganz zusammenhangslose Bruchstücke sollen einen Staatskörper bilden. Gewiß, die Karte von Deutschland sah im vorigen Jahrhundert noch viel buntschediger aus als heute, aber die Zustände waren auch kläglich genug. Daß es dazu hatte kommen können, gereicht der deutschen Nation keineswegs zur Ehre, sondern bekundet eben ihren Mangel an politischem Sinn, sonst wären solche krausen Dinge nicht möglich gewesen. Ein Mangel, der zugleich mit dem Mangel an Formsinn zusammenhängt, der leider das deutsche Wesen charakterisirt, welches so leicht in's Formlose verfällt.

Woraus waren nun solche Zustände entsprungen, wenn nicht daraus, daß die Amtslehen allmälig erblich wurden, die obrigkeitliche Gewalt mit den Lehnsgütern concrescirte, und dann hinterher die fürstlichen und gräflichen Amtssprengel wie Grundherrschaften behandelt wurden, worüber die Inhaber wie über ihr Privateigenthum verfügten. Es mag schon sein, daß unter den obwaltenden Umständen alle das zu seiner Zeit gar nicht sonderbar erschien, da es sich wie von selbst machte. Auch hat die Zersplitterung des Landes in so viele kleine Herrschaften insofern offenbar heilsam gewirkt, als daraus die innere Durchbildung der Nation entstand, welche Deutschland so auffallend insbesondere von dem slawischen Osten unterscheidet, wo das eigentliche Feudalsystem nie bestanden hat. Indessen haben alle Dinge ihre Zeit. So ist ja desgleichen nicht minder wahr, daß eben solche Amalgamirung der öffentlichen Gewalt mit dem Grundbesitz dem Feudalsystem die ungemeine Festigkeit und Zähigkeit gegeben hat, womit es sich durch so viele Jahrhunderte behauptete. Wer will aber andererseits leugnen, daß jedenfalls eine sehr kindliche Auffassung darin lag, wenn nicht wohl eigentlich eine Rohheit, die öffentliche Gewalt wie eine Grundherrschaft anzusehen? Zu der altdeutschen Freiheit stimmte es schlecht, daß die Bevölkerungen wie das lebendige Inventarium solcher Grundherrschaften behandelt wurden. Die altdeutschen Fürsten nannten sich nach dem Volksstamme, dessen Oberhaupt sie waren, nicht nach dem Landgebiet, worüber sie walteten, noch viel weniger nach ihrem besonderen Herrensitz; wie doch späterhin so allgemein geschah, indem an die Stelle volksmäßiger Bildungen rein dynastische traten.

Das alles ist so unbestreitbar als bekannt. Um so auffallender

die Halbheit und Inconsequenz, welche der deutsche Liberalismus dem gegenüber bewiesen. Alle Feudalrechte sollten beseitigt oder abgelöst werden, der Feudalismus überhaupt aus der Welt verschwinden, daß aber die deutsche Staatenbildung gewissermaßen der versteinerte Feudalismus selbst war, schien unserem Liberalismus wenig Kummer zu machen. Vom Standpunkt des historischen Rechtes aus war dann vollends nichts dagegen einzuwenden, denn geschichtliche Bildungen lagen hier allerdings vor, nur vielleicht geschichtliche Mißbildungen. Wohin geriethen wir, wenn, was einmal in der Geschichte zustande gekommen, um deswillen auch für heilig und unantastbar zu halten wäre? Aendern sich denn nicht im Laufe der Zeiten die Lebensbedingungen und Rechtsanschauungen der Völker, so daß, was ehemals förderlich oder wenigstens erträglich gewesen, hinterher unerträglich wird? Oder, wie wäre es wohl möglich, nachdem doch die grundherrlichen Rechte überall beseitigt und in den Bann gethan sind, daß hingegen eine Staatenbildung noch lange fortbestehen sollte, die selbst nur das Produkt des grundherrlichen Principes war? Eine gar sehr aufzuwerfende Frage! Durchschneidet man die Wurzeln eines Baumes, so muß die Krone wohl verdorren.

Was helfen, frage ich weiter, die regelrechtesten constitutionellen Verfassungen, wo die Staaten an und für sich nicht lebenskräftig sind? Was nur als Patrimonialstaat bestehen konnte, wird in der constitutionellen Uniform zur Carricatur, und wie also, wenn gleichwohl das Zeitalter der Patrimonialstaaten unwiderruflich zur Neige geht? Lebenskräftig kann aber ein Staat nur sein, wo die Bevölkerung selbst ein lebendiges Ganze bildet, wo das nicht der Fall, wird auch die regelrechteste Constitution nie ein inneres Leben gewinnen. Man hat einen Menschenhaufen vor sich, der, wenn er doch ein Ganzes vorstellen soll, als solches nur von oben herab büreaukratisch regiert werden kann, man rede von selfgovernment so viel man wolle.

Wesentlich gehört dann auch eine gewisse natürliche Abrundung des Staatsgebietes dazu, so gewiß als das Territorium selbst ein sehr wichtiges Band des Zusammenhaltes für die Bevölkerung ist. Noch mehr ist es die Basis aller Volkswirthschaft, die immer und ewig von der Bearbeitung und Ausbeutung des Grund und

Bodens ausgeht. In demselben Maße nun, als die volkswirthschaftlichen Fragen an praktischer Wichtigkeit gewinnen, und ein positives Eingreifen der Staatsgewalt in die wirthschaftliche Entwickelung zur unabweisbaren Forderung wird, kommt folglich auch um so mehr auf die territoriale Gestaltung und Gliederung des Staates an. Nur wo das Territorium ein natürliches Ganze bildet, sind wirksame Verfügungen und Vorkehrungen zur Regulirung der Bewässerung und Bewaldung denkbar, um dadurch die Fruchtbarkeit des Landes möglichst zu erhöhen. Nur da kann man auf eine zweckmäßige Vertheilung zwischen Wald, Feld und Weideland hinwirken, wie desgleichen auf eine wünschenswerthe Verbindung von Ackerbau und Industrie; dazu die öffentlichen Straßen dergestalt dirigiren und combiniren, daß der sich daran anschließende Verkehr möglichst dem Gesammtinteresse diene., Alles von einleuchtender Wichtigkeit, nur ist in unseren Zwergstaaten daran von vornherein nicht zu denken. Noch weniger an eine zweckmäßige Regulirung des Geldverkehrs, während da um so eher die auf Ausbeutung des Publikums der Nachbarstaaten berechneten Banken aufkommen konnten.

In denjenigen Staaten ferner, die aus verschiedenen Landschaften oder Provinzen bestehen, ist wieder die provinzielle Abgrenzung unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten, daß Gebiete daraus entstehen, die wirklich ein lebendiges Ganze bilden. Auch dies ist oft sehr wenig der Fall, indem man vielmehr nur daran gedacht zu haben scheint, wie die Provinzen am bequemsten von oben herab zu verwalten seien. Daß sie sich möglichst selbst zu verwalten hätten, darauf war es eben nicht abgesehen, und damit auch nicht auf eine positive Förderung der wirthschaftlichen Entwickelung. Man betrachte z. B. die preußische Provinz Sachsen, was ist sie? Ein Conglomerat von Bestandtheilen, die weder geschichtlich, noch nach Volksart, noch nach ihren wirthschaftlichen Interessen zusammengehören, eine rein büreaukratische Schöpfung, die nie inneres Leben gewinnen kann. So hat auch einmal ein sarkastischer Westphale gesagt: die preußische Provinz Westphalen habe realiter nichts gemein, als das Oberpräsidium und das Provinzialirrenhaus. Daß sie keine naturgemäße Bildung ist, zeigt ein Blick auf die Landkarte.

Wäre die principale Aufgabe der Staatsgewalt, und beziehungsweise der Reichsgewalt, nur der militärische und gerichtliche Schutz, und wäre insbesondere die volkswirthschaftliche Entwickelung, wie der Liberalismus will, lediglich sich selbst zu überlassen, so käme freilich auf eine naturgemäße Abgrenzung der einzelnen Territorien wenig an, um so mehr aber kommt darauf an, wenn es sich um eine planmäßige wirthschaftliche Organisation handelt zu einer positiven Förderung der Volkswirthschaft. Allgemeine Gesetze und Maßregeln der Reichsgewalt würden dazu noch lange nicht ausreichen. Jede Landschaft will nach ihrer Eigenthümlichkeit behandelt sein. Ist nun, wie wir schon früher gesagt, das die sehr wahre Seite des Socialismus, daß er eben eine planmäßige wirthschaftliche Organisation fordert, welche für unsere dicht bevölkerten Länder, wo die Leute um ihre Existenz ringen, allmälig zum unabweisbaren Bedürfniß geworden ist, und ist solchem Bedürfniß ohne eine naturgemäße Abgrenzung der Territorien selbst bei dem besten Willen nur sehr wenig zu genügen, so wird man auch nicht verhindern können, daß die socialistischen Tendenzen sich immer weiter verbreiten. Denn, daß sie in diesem Punkte auf einen viel besseren Zustand hinzielen, als der gegenwärtige ist, muß jeder unbefangene Denker anerkennen.

4.

Zu einer föderativen Verfassung waren die Dinge in Deutschland von Anfang an angelegt. Allein etwas viel anders als die Beanlagung ist die wirkliche Entwickelung, welche gar wohl die Wendung nehmen kann, daß die natürlichen Anlagen verkümmern und erstickt werden, und dann hinterher fast das Gegentheil von dem eintritt, was zu erwarten gewesen wäre.

So liegt nun offenbar vor Augen, wie die deutschen Angelegenheiten dermalen in eine Richtung gerathen und gedrängt sind, die, trotz täuschender föderativer Formen, auf nichts anderes zielt als den Einheitsstaat. Durch den sogenannten Ausbau der Reichsverfassung wäre daran selbst in dem Falle wenig zu ändern, wenn solcher Ausbau in föderativem Geiste betrieben würde, statt dessen vielmehr das Gegentheil stattfindet. Wie ist eine wirkliche Bundesverfassung möglich, wo so viele Bundesglieder selbst nicht

lebenskräftig sind? Und ist es nicht gerade dies, was dem unitarischen Nationalliberalismus eine gewisse innere Berechtigung gibt, wie er auch zumeist aus denjenigen Bundesstaaten hervorgegangen ist, wo die Bevölkerung selbst schon kein rechtes Interesse mehr an dem Fortbestand ihres Staatswesens hat, weil die Leute sich da selbst sagen: eine Zukunft habe es doch nicht mehr, es seien da nur verkrüppelte Zustände möglich, darum lieber alles zu einem einheitlichen deutschen Körper verbunden. Kann man solcher Logik nicht widersprechen, so ist auch keine wirkliche Bundesverfassung möglich, außer es müssen erst lebenskräftige Bundesglieder geschaffen werden.

Die bloße Größe nach Quadratmeilen oder Volkszahl ist dabei nicht entscheidend, noch auch etwa erforderlich, daß die Bundesstaaten von ungefähr gleichem materiellen Gewichte seien. Sind doch auch die deutschen Volksstämme nach räumlicher Verbreitung wie nach Volkszahl sehr verschieden, gerade wie andererseits die durch die Terrainverhältnisse gegebenen Landgebiete. Dehnt sich die bayerische Hochebene wie desgleichen das niedersächsische Flachland in's Breite, so gliedert sich das von Gebirgen durchzogene Mitteldeutschland in Gebiete von viel kleineren Dimensionen. Immer aber darf die Disproportion nicht allzu groß sein, sonst wird die rechtliche Gleichheit der Bundesglieder in der Praxis illusorisch, weil in allen politischen Körpern die Machtverhältnisse einen gar nicht zu beseitigenden Einfluß üben. Der Löwe und die Maus können sich nicht conföderiren.

Das zugegeben, — wie steht es hingegen in dieser Hinsicht in dem heutigen deutschen Reiche? Im nördlichen Deutschland jedenfalls so, daß die dortigen Zwergstaaten ungefähr aussehen wie Sandbänke in dem preußischen Ocean, welche die nächste Sturmfluth wegschwemmen wird. Durch besondere Militärconventionen an Preußen gebunden, sind sie in Wahrheit selbst der Form nach schon keine selbständigen Bundesstaaten mehr, geschweige denn der Sache nach. Figuriren sie als solche im Bundesrath, so ist die stillschweigende Voraussetzung dabei, daß sie in allen Angelegenheiten von einigem Belang auf eine eigene Meinung verzichten, und lediglich dem preußischen Votum adhäriren. Man möchte an die Erzählung des Vicar of Wakefield denken, der seinen Töchtern eine Guinee gab, damit sie doch Geld in der Tasche hätten, aber ihnen

ausdrücklich einschärfte, niemals etwas davon auszugeben. Da half ihnen das Goldstück was recht's. Und vielmehr hilft diesen Staaten ihr Stimmrecht auch nicht, als daß es dadurch doch so aussieht, als wären sie selbständige Bundesglieder. Ueberhaupt aber ist eine wirkliche Bundesverfassung von vornherein unmöglich, wo ein Glied für sich allein mehr bedeutet, als alle anderen zusammengenommen. Viel anders stand es offenbar in dem ehemaligen Bunde, wo das Nebeneinander von Oesterreich und Preußen ihre beiderseitige Uebermacht paralysirte, infolge dessen auch die mindermächtigen Glieder noch einige Selbständigkeit behielten. Bewegten sie sich innerhalb der Bundesverfassung, so waren sie vor materiellem Zwang sicher. Und ohne dies wird die Selbständigkeit der Bundesglieder, so sehr sie auch — was in der Reichsverfassung nicht einmal der Fall ist — durch das geschriebene Recht verbürgt wäre, zum leeren Schein. Wollten die heutigen Bundesstaaten ihre eigene Meinung geltend machen, und Preußen geriethe dadurch wiederholt in die Minorität, so wäre auch der Conflikt gegeben. Wir ständen am Anfange des Endes, und Preußen würde mit dem Bundesrathe wohl schneller fertig werden als mit der ehemaligen Bundesversammlung.

Unter solchen Umständen verwandelt das Bundesverhältniß sich thatsächlich vielmehr zum Subjectionsverhältniß, und wird damit die ganze Verfassung, die sich doch allerdings für eine Bundesverfassung ausgibt, zu einem Scheinwesen, welches unvermeidlich alle politischen Charaktere verdirbt. Denn hüben und drüben muß man fortwährend so thun, als ob die Dinge sich ganz anders verhielten, wie sie sich wirklich verhalten. Großer Gott, wie viel politisches Versteckenspiel, wie viele politische Heuchelei und Gleißnerei wird heute in Deutschland getrieben! Und ob das nicht auch die Moralität der Nation untergräbt?

Ich frage: kann ein Zustand Dauer versprechen, wo die thatsächlichen Verhältnisse mit dem geschriebenen Recht in offenbarem Widerspruch stehen? Entweder das Recht weicht den Thatsachen, und das bedeutet bei dem gegenwärtigen Zug der Dinge nichts anderes als den Uebergang zum reinen Einheitsstaat. Leicht möglich, daß wir das wirklich erleben, wäre aber der Einheitsstaat erst da und äußerte seine vollen Wirkungen, so würde die Nation

ihn hinterher nicht ertragen, sondern die ihr angelegte Zwangsjacke gewaltsam wieder zersprengen. Dies die eine Seite der Alternative. Sollen wir hingegen aus der dermaligen unitarischen Richtung herauskommen, so müssen sich die thatsächlichen Verhältnisse ändern. Tertium non datur.

Und warum sollten sie sich nicht ändern? Unsere eigene Geschichte zeigt, welche vielen und großen Veränderungen die innere Gliederung des deutschen Körpers im Laufe der Zeit schon erfuhr. Sind wir etwa jetzt endlich zu einer naturgemäßen und darum Dauer versprechenden Gliederung gelangt, oder macht nicht vielmehr die Zerstücklung Deutschlands seit 66 erst recht einen fast fratzenhaften Eindruck? Wer will also behaupten, daß wir uns seitdem in einem Definitivum befänden und nicht vielmehr in einem bloßen Provisorium? Oder wie nun, wenn die wahre Bedeutung der Ereignisse von 66 eben die wäre, daß die Dinge dadurch in Fluß gebracht, und so erst die Bahn zu noch viel durchgreifenderen Veränderungen gebrochen wäre? Veränderungen, deren schließliches Resultat dann wäre, daß endlich die zerrissenen deutschen Volksstämme wieder zu einer rechtlichen Existenz gelangten. Erst damit käme ja auch die deutsche Nation zu ihrem Rechte, denn als ein Volk von Völkern kann sie selbst kein rechtes Leben haben, so lange es ihren verschiedenen Stämmen fehlt.

Ein allgemeiner Umsturz brauchte um deswillen keineswegs stattzufinden. Gibt es doch selbst heute — wie man will: schon oder noch — deutsche Bundesstaaten, welche einigermaßen auf volksthümlicher Grundlage ruhen, worin sie eine Garantie ihres Fortbestandes haben, und vor 66 galt dasselbe jedenfalls auch von Hannover und Hessen. Nur wo ein solcher Anhalt überhaupt fehlt, würden Umbildungen und Neubildungen nöthig. Es könnte dies in verschiedener Weise geschehen, und wer würde nicht die schonendste Weise wünschen, gleichwohl gehörten immer tief einschneidende Veränderungen dazu. Aber leben wir nicht überhaupt in einer Zeit des allgemeinen Umschwunges, der für Deutschland eben mit 66 begonnen hat? Denn das wird Niemand bestreiten, daß dadurch nicht minder der Glaube an den Fortbestand der alten Ordnung als die realen Grundlagen derselben überall erschüttert sind, indessen die Neuschöpfungen, die so viele innere Widersprüche in sich

tragen, noch weniger Glauben an ihren dauernden Fortbestand erwecken konnten. Was ist also wirklich erreicht, als daß der Stein in's Rollen kam? Er wird schon weiter rollen, und dieses Jahrhundert wird nicht vergehen, ohne daß die Karte von Deutschland ein viel anderes Aussehen gewonnen hätte, als sie heute darbietet.

Diese Perspective wird man bei kalter Ueberlegung in's Auge fassen müssen. Wie es dabei hergehen, und was daraus im Einzelnen entstehen wird, vermag Niemand vorauszusagen. So viel aber ist gewiß, daß jedenfalls der Gang des allgemeinen politischen Denkens der Nation von erheblichem Einfluß darauf sein wird. Gerade wie auch die Ereignisse von 66 selbst gar nicht möglich gewesen wären, hätte ihnen nicht der Gothaismus vorgearbeitet. Von großer Wichtigkeit darum, daß die Nation über die Lage der Dinge, wie über die wahren Aufgaben deutscher Entwickelung, ein klares Bewußtsein gewinne.

IX.

Die Situation und das Problem.

1.

Die Flitterwochen des neuen Reiches sind längst vorüber. Verflogen ist der Siegesrausch wie der Milliardenrausch, was konnte anderes folgen als der Katzenjammer? Verdrießlich gähnend fragt sich die entnüchterte Nation, was denn nun hinterher geworden sei aus all den Herrlichkeiten, die man ihr in Aussicht gestellt? und siehe da: der Wein hat sich in Essig verwandelt.

Hatte man hier verheißen und dort gehofft, daß die Zusammenfassung der zersplitterten Militärkräfte unter einer Centralgewalt zu einer Verminderung der militärischen Lasten führen würde, — sie haben sich statt dessen über die Hälfte vermehrt, mit der Perspective auf immer neue Vermehrung. Ununterbrochen muß die Nation seitdem auf dem Posten stehen, und während früher die äußere Sicherheit Deutschlands kaum gefährdet erschien, ist die Kriegsgefahr seit 66 fast permanent geworden. Auch ist das nicht

etwa blos post hoc so geschehen, sondern allerdings propter hoc. Denn eben weil Deutschland sich zu einer centralisirten Militärmacht gestaltete, die nun allen ihren Nachbarn bedrohlich erschien, und deshalb überall entsprechende Gegenrüstungen hervorrief, steht seitdem das ganze continentale Staatengebäude wie auf dem Pulverfasse. Insofern kann das neue Deutschland sich wirklich seines entscheidenden Einflusses rühmen, als es diese traurige Wendung der Dinge veranlaßt hat. Wie wenig aber sonst die Phrase von der Weltmacht bedeute, zu der wir uns plötzlich aufgeschwungen hätten, zeigte jüngsthin der Berliner Congreß. Oder wer war es denn, der dort den Ausschlag gab, und der Rußland zur Herabminderung seiner überspannten Forderungen zwang? Nicht etwa das neue deutsche Reich, sondern die determinirte Haltung Englands bewirkte das, der „ehrliche Makler" hat es nicht gethan.

Was wäre gar von den Erfolgen neudeutscher Handelspolitik zu sagen? Gewiß, der ehemalige Zollverein, der sich jetzt in das neue Reich aufgelöst, war ein schwerfälliges Institut. Wie mit einem Schlage und von oben herab ließ sich da nichts entscheiden, überall bedurfte es vorgängiger Verhandlungen mit den einzelnen Zollvereinsstaaten. das aber liegt unwidersprechlich vor, daß sich unsere Handelspolitik unter der Leitung der Reichskanzlei lediglich verschlechtert hat. Total verfahren ist sie heute zu nennen. Und gilt nicht dasselbe von unserer inneren Wirthschafts- und Finanzpolitik? Darüber ist das Urtheil fast schon einstimmig. Wo so viele handgreifliche Dinge vorliegen, die in ihren Folgen sich zuletzt für Jedermann empfindlich machen, will Schönrederei nicht mehr anschlagen. Und entsprechend der wirthschaftlichen Zerrüttung verschärft sich um so mehr der sociale Classengegensatz, schon die Schatten einer im Anzuge begriffenen Socialrevolution vor sich her werfend. Das sind die realen Zustände im neudeutschen Reiche.

Dazu dann — nach der idealen Seite des deutschen Nationallebens — die Abschwächung der religiösen Gefühle und Ueberzeugungen, die Verwilderung der Sitten, der Rückgang der Moralität, der sich in der erschreckenden Zunahme der Verbrechen bekundet, welchen die amtliche Statistik constatirt, mit ihren Zahlen jeden Widerspruch darniederschlagend. Zeigen sich etwa erfreulichere

Erscheinungen auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft? Was wäre da wohl zu erwarten von einem Reiche, das nur durch materielle Macht zustande kam, und ideelos, wie es ist, nach innerer Nothwendigkeit selbst nur den materialistischen Hang des Zeitalters steigern kann.

Welch ein Geist wirklich diesem Reiche einwohnt, bekundet es schon durch seine wie fabrikmäßig betriebene Gesetzgebung. Nicht nur, daß die solcherweise zustande gebrachten Gesetze nach Inhalt und Form gleich mangelhaft sein müssen, sondern es verschwindet dabei von vornherein die innere Achtung vor den Gesetzen, mit welchen das Land dergestalt überschwemmt wird, daß selbst die Richter und Beamten nicht mehr fähig sind, den immer neuen Gesetzstoff gehörig zu verdauen, geschweige daß der Privatmann ein genügendes Verständniß der Gesetze gewinnen könnte, wonach er doch sein Verhalten einrichten soll.

Mit der Volksfreiheit endlich steht es um so mißlicher, je mehr die bisherigen Landesverfassungen von der neuen Reichsverfassung absorbirt und dadurch die constitutionellen Garantien, welche die Landesverfassungen gewährten, thatsächlich gegenstandslos wurden, indessen diese Reichsverfassung selbst gar keine reellen Garantien darbietet. Eine verantwortliche Regierung besteht da nur dem Namen nach, was der Sache nach besteht, ist nichts anderes als eine mit parlamentarischen Formen umhüllte Militärherrschaft.

In Summa: kein Fortschritt in Freiheit, Bildung und Wohlfahrt, kein Fortschritt in äußerem und innerem Frieden für die in Parteien zerrissene Nation. Noch mehr, keine Aussicht: weder auf Consolidirung der neuen Einrichtungen, noch auf Verbesserung der traurigen Zustände, sondern auf zunehmende Zerrüttung und Verwirrung, die zuletzt nur mit einer großen Katastrophe endigen zu können scheint. Das bekannte Wort »pourri avant mûri« — wo gälte es mehr als von dem neudeutschen Reiche?

Wer wird glauben, daß alle dies nur zufällig so gekommen sei, infolge dieser oder jener falschen Maßregel, indessen wir uns im Ganzen doch auf dem rechten Wege befänden und das neue Reichsgebäude auf soliden Grundlagen ruhte? Nein, in den Grundlagen selbst ist der Fehler zu suchen, und das Falsche ist gerade der Weg,

der im Jahre 66 eingeschlagen, und zwar um deswillen eingeschlagen wurde, weil man sich überhaupt ein falsches Ziel gesetzt. Das aber anerkannt, so wird dem Uebel auch nicht durch diese oder jene Maßregel abzuhelfen sein. So lange man, auf falschen Grundlagen bauend, ein falsches Ziel verfolgt, ist nichts Haltbares und Heilsames zu erwarten. Es bleibt nichts übrig, als man muß umkehren und zuvörderst erst die wahren Grundlagen zu finden suchen, worauf das deutsche Gebäude zu errichten, wie das wahre Ziel, welches dabei zu verfolgen wäre.

2.

Mag es doch als eine absprechende Behauptung klingen, daß eine unbefangene Untersuchung der deutschen Frage bisher überhaupt nicht stattgefunden habe, und eine auf die deutschen Verhältnisse anwendbare politische Theorie allererst zu schaffen sei, — es ist leider so. Ich sage mehr: nach dem Gange, den das politische Denken bisher in Deutschland genommen, kann es kaum anders sein.

Um dies zu erkennen, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, in welchen tiefen Verfall das ehemalige Reich nach dem dreißigjährigen Kriege gerathen war. Mit dem Reiche die ganze Nation, und nirgends zeigten sich die Folgen davon so auffallend, als auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens, welches seitdem wie erstorben war, und in der Erstorbenheit verblieb bis zu den Freiheitskriegen. Fand sich also in der Nation selbst überhaupt kein politisches Bewußtsein mehr, so konnte ein politisches Denken sich nur noch als reine Theorie in der Studirstube der Gelehrten entwickeln. Diese aber, je bessere und lebhaftere Köpfe sie waren, fühlten sich dann um so weniger dazu angereizt, sich mit den thatsächlichen deutschen Zuständen zu beschäftigen. Ausdrücklich und gewissermaßen von Amtswegen thaten dies nur die deutschen Reichspublicisten, an welche sich späterhin die deutsche historische Schule anschloß, rücksichtlich deren wir aber schon früher bemerkt, wie wenig sie für die praktischen Fragen der Reform geleistet. Denn etwas ganz anderes ist die Erkenntniß: wie das jeweilig Bestehende zustande kam, als zu sagen: was vielmehr aus dem thatsächlich Vorhandenen zu machen, und in welcher Weise dabei zu verfahren sei. Wer wird z. B. das große gelehrte Verdienst eines Eichhorn bestreiten, der ja auf dem

Gebiete der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte noch heute als Hauptautorität gilt, so bald es sich aber um die Frage nach dem geschehen Sollenden handelt, dürfte gar wenig von dem Manne zu lernen sein.

Die sich dieser Frage zuwandten, waren vielmehr die Männer des Naturrechtes, welche nun aber, im vollen Gegensatz zu der historischen Schule stehend, um deswillen auch von vornherein gar nicht daran dachten, ihre Theorien auf die gegebenen Verhältnisse anwendbar zu machen, sondern je mehr sie sich in principiellen Erörterungen ergingen, um so mehr nur zu allgemeinen Verfassungsschemen gelangten, die ebenso gut für den Mond gepaßt hätten, als für Deutschland. Das gilt insbesondere von der gesammten deutschen Staatsphilosophie, von Kant an bis herab auf Hegel und Stahl, so daß, wer in der deutschen Frage sich auf einen von diesen Staatsphilosophen berufen wollte, damit nicht nur bewiese, daß diese Frage ihm selbst unverständlich geblieben, sondern daß ihm überhaupt jedes politische Urtheil fehle. Denn für die Aufgabe einer deutschen Gesammtverfassung hatten diese Männer, die nur den Einheitsstaat, und zwar den Staat als solchen, im Auge hatten, rein gar nichts geleistet. Hat nun aber gerade in Deutschland die Philosophie einen sehr großen Einfluß auf das allgemeine Denken geübt, was konnte daraus folgen, als daß man rücksichtlich der specifisch deutschen Angelegenheiten nur um so mehr in Bewußtlosigkeit versank?

Eben dahin wirkte die auf unseren Universitäten betriebene politische Fachwissenschaft, die zuvörderst selbst mehr oder weniger Ideen des philosophischen Naturrechts in sich aufnahm, verquickt mit Sätzen des römischen Rechtes, was von dem Verständniß specifisch deutscher Verhältnisse nur ablenken konnte. Ebenso wenig konnten dazu helfen, — was noch als drittes Element hinzukam, — die Theorien ausländischer Staatsgelehrter nebst den Vorbildern ausländischer Verfassungen: wie namentlich der französischen, belgischen und englischen. Aus allen diesen Elementen wurde dann die Theorie des sogenannten Rechtsstaates zusammen gebraut, für deren scientifische Ausbildung ein Mohl am thätigsten gewesen. Ich sage aber: wäre auch solcher Rechtsstaat in allen deutschen Staaten, bis auf Reuß und Lippe herab, in correctester Form zur Ausführung

gebracht, so bliebe es offenbar immer noch eine ganz andere Frage, und die eigentlich deutsche Frage: wie doch aus diesen einigen dreißig Rechtsstaaten eine deutsche Gesammtverfassung herzustellen sei? Und was wäre wohl für die Lösung dieser Frage mit der ganzen Rechtsstaatstheorie geleistet? Wiederum so viel als nichts. Gleichwohl glaubte man wirklich damit die leitenden Ideen zur Begründung einer deutschen Gesammtverfassung zu besitzen, denn weiter hatten alle die Männer nichts im Kopfe, die im Jahre 48 in der Paulskirche das entscheidende Wort führten. Das Fiasco war unvermeidlich.

Zu demselben Resultate gelangen wir endlich, wenn wir auf das politische Parteiwesen blicken, welches nach den Freiheitskriegen, noch mehr nach der Julirevolution, bei uns aufkam. Was lag darin vor, wenn nicht thatsächlich nur eine Nachahmung dessen, was sich in Frankreich entwickelte, sogar bis auf die äußeren Benennungen herab: als „Centrum", „Rechte und Linke", nebst „rechtem und linkem Centrum", „äußerster Rechten" und „äußerster Linken". Reine Allotria in einem Lande, wo es zuvörderst ein wirkliches Centrum des politischen Lebens überhaupt nicht gab, und wo es sich statt um Rechte und Linke vielmehr um Oesterreich und Preußen handelte, demnächst um Bayern, Sachsen, Hannover u. s. w., und wo die eigentliche Frage vielmehr war: wie wohl alle diese so disparaten Factoren zu einem leidlichen Zusammenwirken zu bringen seien. Weiter noch — was hatte doch der allgemeine Gegensatz von Conservativ und Liberal damit zu schaffen? Conservativ oder liberal konnte man eben so gut in Frankreich sein, das hatte auf den Kern der deutschen Frage keine innere Beziehung, sondern trug ebenfalls nur dazu bei, diesen Kern der Frage zu verhüllen.

In solcher Weise ging es mit dem Gerede, mit der Verwirrung und mit der Bewußtlosigkeit fort, bis Bismarck mit dem Säbel dreinschlug. Und das muß man dem Manne unstreitig lassen: er hat dadurch die Nichtigkeit dieses Treibens offenbar gemacht, und die stagnirende Entwickelung der deutschen Dinge in Fluß gebracht. Er rechnete — natürlich auf seine Weise — mit den realen Factoren, d. h. mit Oesterreich, mit den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, und was er that, war gewiß weder conservativ noch liberal. Vielmehr hat er selbst dem deutschen Conservatismus wie

dem deutschen Liberalismus den Todesstoß gegeben, so daß beide nur noch als gebrochene Existenzen fortvegetiren, zur Ironie ihrer selbst geworden. Denn wie man auf Grundlage der Ereignisse von 66, und in Anerkennung derselben, fortan noch ernstlich als Conservativer oder als Liberaler auftreten kann, wird ewig unerfindlich bleiben.

3.

So viel ist von vornherein klar, daß der Kern der deutschen Frage nicht in einer constitutionellen, sondern in einer föderativen Aufgabe liegt. Will sagen in der Aufgabe: alle die verschiedenen Bestandtheile Deutschlands, die ein eigenthümliches Leben besitzen, doch andererseits zu einem lebendigen Zusammenwirken zu verbinden. Was konnte dazu die jedenfalls nur für einen abgeschlossenen Einzelstaat berechnete Theorie des Constitutionalismus helfen? Sie machte vielmehr, soweit sie die Köpfe beherrschte, das Verständniß der wahren Aufgabe ganz unmöglich. So geschah denn in der Paulskirche das Ungeheuerliche, daß man Deutschland zu einer constitutionellen Monarchie machen wollte, die in sich selbst wieder ein halbes Schock constitutioneller Monarchien enthalten sollte. Die handgreiflichste contradictio in adjecto.

Allein mit dem bloßen Begriff des Föderalismus wäre hier auch nur wenig gethan. Und wiederum hilft es nichts, sondern kann nur verwirrend wirken, wenn man sich dabei auf das Vorbild der Schweiz und Nordamerika's stützen will, wie doch allerdings bei uns geschah und noch heute geschieht. Das Eine so unverständig als das Andere, zunächst schon wegen des radicalen Unterschiedes der Weltlage Deutschlands von der der Schweiz wie andererseits Nordamerika's. Dann weiter: was haben die Einzelstaaten der nordamerikanischen Union nach ihrer genetischen Bildung mit den deutschen Einzelstaaten gemein? Rein nichts, indessen mit den schweizerischen Cantonen, ihrer genetischen Bildung nach, doch auch nur die früher bestandenen geistlichen Staaten, und die deutschen Reichsstädte mit ihren kleinen Territorien, einige Verwandtschaft hätten. Das entscheidende Element sind in Deutschland vielmehr die aus dem Feudalismus hervorgegangenen fürstlichen Territorien, statt dessen in der Schweiz — sobald sie begann sich als

ein besonderes von Deutschland abgelöstes Gemeinwesen aufzuthun — eben die fürstlichen Herrschaften abgeschüttelt wurden, welche hingegen in Deutschland seitdem um so mehr empor kamen.

Der praktisch wichtigste Unterschied — gegenüber der Schweiz wie Nordamerika — war aber der, daß unter den nach Größe und Macht ohnehin so sehr verschiedenen deutschen Staaten sich wieder zwei befanden, die neben ihrer Mitgliedschaft im deutschen Bunde ausdrücklich als europäische Mächte auftraten, wie sie auch nur mit einem Theil ihres Ländergebietes zu Deutschland gehörten, indessen sie gleichwohl im deutschen Bunde den Ausschlag gaben. Das veränderte alles, ein solches Verhältniß war ein Unicum, welches jeden Hinweis auf analoge Verhältnisse rundweg ausschloß. Galt es da eine Reform, und wollte man die leitenden Ideen dazu gewinnen, — aus der herrschenden Wissenschaft waren sie nicht zu entnehmen, sondern es mußte dazu erst eine besondere deutsche Theorie geschaffen werden, gewissermaßen eine Theorie der deutschen Frage [1]). Und wovon mußte wohl solche Theorie ausgehen, wenn nicht eben von dieser so auffallenden Thatsache, daß der deutsche Körper durch Oesterreich und Preußen über sich selbst hinausging und in den europäischen Körper überging?

Damit bestätigt sich also, was wir schon in einem früheren Artikel als eine grundwesentliche Bedingung für das Verständniß der deutschen Aufgabe bezeichneten, d. h. daß Deutschland überhaupt nicht dazu beanlagt sei, einen abgeschlossenen Nationalkörper zu bilden, und daß seine eigene innere Gestaltung unabweisbar mit den Wendungen der europäischen Politik verflochten sei. Denn von daher entnahmen ja Oesterreich und Preußen in erster Linie die Motive zu ihrer Haltung, indessen sie andererseits auch wieder im deutschen Bunde die entscheidende Rolle spielten.

Hatte man aber einmal die fixe Idee gefaßt, im Widerspruch mit der ganzen deutschen Geschichte und mit allen realen Verhältnissen, wohl oder übel einen abgeschlossenen deutschen Nationalkörper zu bilden, so war das freilich nur durch Preußen zu ermöglichen, welches durch seine territoriale Gestaltung tief in Deutschland hinein-

---

1) Unter diesem Titel hatte ich, unmittelbar vor der Katastrophe von 66, im Aprilheft und Juliheft der „Deutschen Vierteljahrsschrift" zwei ausführliche Abhandlungen veröffentlicht.

gewachsen war. Es konnte gar nicht ausgeschlossen werden, statt dessen Oesterreich gewissermaßen an der Ecke lag, so daß bei oberflächlicher Ansicht der Dinge leicht möglich erschien, von der zu einem deutschen Nationalstaate offenbar unbrauchbaren österreichischen Monarchie lieber ganz zu abstrahiren. Darum durch einen kräftigen Hieb dieses ungefügige Glied von dem deutschen Körper amputirt, so sollte sich der Torso zu einem deutschen Nationalstaat gestalten. Was hieß das aber, als die deutsche Frage nach derselben Methode lösen, wonach Doctor Eisenbarth seine Patienten curirte.

Und ist nun wirklich die deutsche Nation zu einem politischen Körper vereinigt, wenn vielmehr acht Millionen deutsche Oesterreicher beiseite geschoben wurden? Handgreifliche Unwahrheit, das für die deutsche Einheit auszugeben. Weiter dann: ist es nicht dieselbe Unwahrheit, daß das damit zur Herrschaft über den deutschen Ueberrest erhobene Preußen als ein rein deutscher Staat zu gelten hätte, und so wenn auch nur ein kleindeutsches doch allerdings rein nationales Gemeinwesen errichtet sei? Gerade als ob die über dritthalb Millionen Slawen in Preußen gar nicht existirten, und daß der ganze östliche Theil der preußischen Monarchie mit slawischen wenn gleich heute germanisirten Elementen versetzt ist, für den Charakter des Preußenthums ohne alle Bedeutung wäre!

Was kann wohl mit diesem angeblichen neuen deutschen Nationalreiche geschaffen sein, als ein nach allem menschlichen Ermessen gar kurzlebiges Provisorium? Das dürfte schon ein Blick auf die Landkarte lehren, wo der oben nach Osten hin weit über seine Basis sich ausbreitende neue Reichskörper gerade so aussieht, als müßte er bei dem ersten Anstoß umkippen. Erhält er sich einstweilen aufrecht, so kann dies nur durch krampfhafte Anspannung seiner Militärkräfte geschehen, so lange die Nation das noch aushalten wird. Haben aber geographische Verhältnisse einen unbestreitbaren Einfluß auf die Stabilität politischer Bildungen, — wie ist demnach darüber zu urtheilen? Und weit mehr noch wird die Unhaltbarkeit dieser Bildung hervortreten, wenn wir dieselbe nach ihrem geschichtlichen Charakter betrachten, indem wir uns zu dem Ende die Frage stellen: was wohl nach dem bisherigen Verlauf unserer deutschen Geschichte als das anzustrebende Ziel gelten müßte? Da wird sich dann zeigen, wie sehr das neue Reich dem widerspricht,

vorausgesetzt nur, daß man die deutsche Geschichte auch recht zu verstehen weiß.

X.

Zur Construction der deutschen Geschichte.

1.

Liegt es unbestreitbar vor, wie sehr unser politisches Denken seit zwei Jahrhunderten in Abhängigkeit von ausländischen Theorien und Vorbildern gerieth, so ist auch kaum anders zu erwarten, als daß in der bisherigen Auffassung und Behandlung unserer eigenen deutschen Geschichte ganz dasselbe zu bemerken sein wird. Mag es denn abermals absprechend klingen, ich kann nicht umhin es zu sagen: unsere bisherigen Geschichtsschreiber haben die deutsche Geschichte nicht richtig aufgefaßt und behandelt. Und das ist eben deshalb geschehen, weil sie die deutsche Geschichte wie die Geschichte eines abgeschlossenen Nationalkörpers ansahen, wie es namentlich die Geschichte Frankreichs ist. Vergleichen wir daher die deutsche Geschichte mit jener, so wird unsere Behauptung alsbald klar werden.

In Frankreich nämlich schließt sich alles an einen gemeinsamen Ausgangspunkt an, an Chlodewig, als den Begründer des Frankenreichs. Der lebte fort in Carl dem Großen und in den späteren französischen Königen, wie selbst noch in Napoleon. Und was ist die heutige Republik, wenn nicht eine Metamorphose des napoleonischen Kaiserreiches? Für Deutschland wäre ein so bestimmter Ausgangspunkt seiner politischen Entwickelung überhaupt nicht nachzuweisen. Der gewöhnlich dafür angenommene Theilungsvertrag von Verdun hat diese Bedeutung nur in formal rechtlicher Hinsicht, da er sachlich nichts Neues schuf. Besser wohl nähme man als Anfang die Begründung des neuen Wahlkönigthums, welches sich ja seit Conrad I. neun Jahrhunderte lang erhalten hat. Aber auch wieder nur der Form nach, denn das eben ist unmöglich: aus den damals vorhandenen Grundlagen den späteren Verlauf der deutschen Geschichte zu construiren. Sondern diese Grundlagen würden nur

ausreichen, um die Bildung der deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten begreiflich zu machen, nicht aber die Bildung der österreichischen und preußischen Monarchie, welche beide doch hinterher den entscheidendsten Einfluß erlangten. Um diese Bildungen zu ermöglichen, mußten erst noch neue Elemente hinzukommen, und mußten Ereignisse eintreten, welche über die deutsche Geschichte hinausreichen oder ganz aus derselben herausfallen.

Was die österreichische Monarchie betrifft, so liegt die erste Bedingung der Möglichkeit dieser politischen Bildung in der Verbindung des deutschen Königthums mit dem römischen Kaiserthum, welches sich als die höhere Gewalt darüber erhob, und offenbar keine deutsch nationale Schöpfung war, sondern als ein internationales Institut aus der allgemeinen Weltansicht des Mittelalters entsprang. Nur dieses römische Kaiserthum, weil es eben kein deutsch nationales Institut war, konnte später seinen Sitz in Böhmen nehmen, darauf sogar in Ungarn, um von da aus zuletzt sich definitiv in Wien festzusetzen, wo es sich dann allmälig in das österreichische Kaiserthum verwandelte. Wie hätte wohl dasselbe mit dem deutschen Königthum geschehen können? Klar aber, daß ohne die Autorität, welche die römische Kaiserkrone dem österreichischen Hause verlieh, dasselbe wohl nie zur Herrschaft über Böhmen und Ungarn gelangt wäre. Dazu mußte ferner noch die Türkennoth hinzukommen, also ein ganz außerhalb der deutschen Geschichte originirendes Ereigniß, wodurch für Ungarn die Verbindung mit Oesterreich, als dem damaligen Träger des römisch-deutschen Kaiserthums, zum unabweisbaren Bedürfniß wurde, so daß man sagen kann: ohne die Türken wäre die österreichische Gesammtmonarchie nie entstanden. Dazu kamen als ursächliche Factoren endlich auch die deutschen Colonien in Ungarn und Siebenbürgen, wie das Eindringen des Deutschthums in Böhmen und noch mehr in Schlesien, wo der deutsche Zuzug insbesondere durch die Verheerungen der Mongolen befördert war, und also selbst darauf europäische Ereignisse eingewirkt hatten. Was Wunder nach dem allen, daß die österreichische Gesammtmonarchie, sobald sie sich einmal formirt hatte, auch sofort mit dem Charakter einer europäischen Macht auftrat, während sie doch andererseits in Deutschland wurzelte, über welches sie aber weit hinauswuchs.

Spielte in der Grundlegung der österreichischen Monarchie die deutsche Colonisation immerhin nur eine secundäre Rolle, so steht es viel anders in Beziehung auf den preußischen Staat, dessen Kern vielmehr eben die colonisirten und germanisirten östlichen Provinzen bilden. Aber nur insoweit entsprang der hier stattgefundene Colonisirungs- und Germanisirungsproceß doch selbst aus der deutschen Nationalentwickelung, als es sich dabei um die Mark Brandenburg und Pommern handelt, darüber hinaus entsprang er aus anderen Motiven. Nämlich, ähnlich wie das römisch-deutsche Kaiserthum, aus den allgemeinen mittelalterlichen Tendenzen, aus den Kreuzzügen, die neben anderen Ritterorden auch den deutschen Orden hervorriefen. Nicht vom deutschen Reiche aus und unter dessen Autorität, sondern durch diesen deutschen Orden und unter Autorität der Kirche, vollzog sich dann die Eroberung und Christianisirung der baltischen Küstenländer an der Weichsel, dem Niemen und der Düna.

Durch diese Colonisationen und Eroberungen also wurden erst die Landgebiete gewonnen, welche späterhin den Kern der modernen preußischen Monarchie bildeten. Die Entwickelung derselben beruhte wesentlich darauf, daß der Markgraf und Kurfurst von Brandenburg das damals sogenannte Herzogthum Preußen — als den Ueberrest der inzwischen untergegangenen Ordensherrschaft — erwarb, und daß nun der neue preußische Staat alsbald den Charakter einer selbständigen europäischen Macht gewann, beruhte wieder darauf, daß jenes ehemalige Ordensland nie ein deutsches Reichsland gewesen war. Weiter aber, daß dann diese neue Macht zur Consistenz und zur Geltung gelangte, war noch durch zwei andere Ereignisse bedingt, d. i. durch den Verfall der schwedischen Macht, wie noch mehr durch den Verfall und endlichen gänzlichen Untergang Polens, von welchem ja Preußen beträchtliche Gebietstheile erwarb. Wie hätte wohl Preußen je aufkommen können neben einem mächtigen Polen?! So aber trat es gewissermaßen in die Lücke ein, welche in dem continentalen System durch den Rückgang der schwedischen Macht und durch den Untergang Polens entstanden war.

In Summa: blos aus der deutschen Geschichte heraus ließe sich weder die Bildung der österreichischen noch der preußischen Mo-

narchie erklären, und wenn zwar der Ausgangspunkt für beide in Deutschland lag, so wäre um so mehr zu sagen, daß die deutsche Geschichte hier über sich selbst hinausging und sich in die europäische Geschichte verlief. Dieser Satz, sage ich, steht unumstößlich fest, und ist von weitreichenden Folgen. Denn schon daraus ergibt sich die innere Unwahrheit des Gothaismus, wonach Oesterreich gar nicht zu Deutschland gehören, Preußen hingegen als ein rein deutsches Product gelten und sogar den Kern des deutschen Nationalkörpers bilden soll. Gehören aber Oesterreich und Preußen, trotz ihres europäischen Charakters, doch andererseits grundwesentlich zu Deutschland, wenn gleich in sehr verschiedener Stellung, so muß es wohl mit Deutschland eine eigenthümliche Bewandtniß haben. Denn es scheint ja, als habe Deutschland in sich selbst eine Verdoppelung erfahren, wodurch es eben halb europäisch wurde. Es ist weiter zu sehen, wie dies wirklich geschah.

2.

Die Geschichte des deutschen Colonisationsprocesses soll bis heute erst noch geschrieben werden, und ich meine: es wäre das eine Arbeit, die wohl eines großen Geschichtsforschers und Geschichtsschreibers werth wäre.

Oder war das nicht eine außerordentliche Erscheinung, wie das Deutschthum von der unteren und mittleren Elbe aus in vier Jahrhunderten bis an den Peipussee vordrang, über 150 Meilen weit in slawisches, lithauisches und finnisches Gebiet hinein! Und nicht blos, daß es da eine militärische Herrschaft gewann, sondern sich so einwurzelnd, daß infolge dessen ausgedehnte Landschaften vollständig verdeutscht wurden. Wo aber die große Volksmasse undeutsch blieb, wie in Kurland und Liefland, hatte sich doch das deutsche Gepräge diesen Ländern so tief eingedrückt, daß selbst eine dreihundertjährige Fremdherrschaft bis heute nichts dagegen vermochte. Dazu kommen ferner die derselben Zeit angehörigen sporadischen Ansiedelungen in den polnischen Städten, wo deutsche Einwanderer oft den Kern der ganzen Bürgerschaft bildeten, infolge dessen bis noch in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Polen das Magdeburger Stadtrecht gegolten hat. Ferner noch die deutschen Colonien in Ungarn und Siebenbürgen, die ebenfalls jener Zeit angehören.

Gehen wir endlich in die Carolingerzeit zurück, so vollzog sich da die Verdeutschung des heutigen Erzherzogthums Oesterreich und der Steiermark. Die ganze östliche Hälfte des heutigen Deutschlands also, wo sich nach dem Ende der Völkerwanderung das Slawenthum ausgebreitet, — dieses Gebiet wurde hinterher deutsch, oder wenigstens wie Böhmen, Mähren und Krain mit Deutschland verbunden, und dadurch entstand erst das spätere Deutschland.

Sollte es nicht vom höchsten Interesse sein zu erfahren, wie und wodurch das Alles geschah, statt dessen leider bis heute das Meiste noch im Dunkel liegt. Klar und allbekannt nur, daß es die deutschen Marken waren, von welchen dieser Proceß ausging. Waren aber diese Marken ursprünglich nur zur Abwehr feindlicher Einfälle bestimmt, gewissermaßen Militärgrenzen und als solche nur ein Zubehör des deutschen Hinterlandes gewesen, so wurden sie späterhin selbständige Gebiete, und damit die Basis neuer Staatenbildungen, von sehr erheblich anderem Charakter als die aus den alten deutschen Volksstämmen hervorgegangenen Staatenbildungen.

War dadurch gewissermaßen ein doppeltes Deutschland entstanden, so erscheint es um so bemerkenswerther, daß hinterher statt des einköpfigen Adlers, der bis in das 14. Jahrhundert das Reichswappen gewesen, der Doppeladler aufkam. Man weiß nicht recht, wann und warum das geschah, gewiß ist nur, daß ihn schon Kaiser Sigismund führte. Sehr möglich dabei, daß solche Wappenänderung nur durch ganz äußerliche Umstände veranlaßt war. Gleichviel, — in der That war der Doppeladler ein sehr sinnvolles Symbol der vorangegangenen geschichtlichen Entwickelung, wodurch zu dem alten Deutschland ein neues und doch untrennbar mit demselben verwachsenes Deutschland hinzukam. Das Symbol ganz allgemein aufgefaßt, würde darin eine Hindeutung auf West und Ost liegen, wie sie gewissermaßen auch in den beiden deutschen Hauptflüssen, dem Rhein und der Donau liegt. Das aber anerkannt, ist es andererseits nicht minder bezeichnend, daß in dem heutigen neudeutschen Reiche statt des Doppeladlers wieder auf den einfachen Adler zurückgegangen wurde. Man sage sich selbst, ob das auf eine normale Fortentwickelung der Geschichte hindeutet, oder nicht vielmehr auf das Gegentheil? Wurde damit die Doppelnatur Deutschlands verleugnet, — wonach es eine westliche und

östliche Seite hat, und sich nach der letzteren in den europäischen Körper verläuft, — so scheinen darum auch die Donauländer für dieses neue Reich ja gut wie gar nicht da zu sein. Die orientalische Frage gilt ihm nur insofern als eine Frage, als seine unmittelbaren Interessen davon berührt würden, sonst nur als „das Bischen Herzegowina“, wie wir s. Z. aus dem Munde des Kanzlers gehört.

Nie wäre man in solche Verirrung gerathen, ohne die unzulängliche oder geradezu falsche Auffassung der deutschen Geschichte, die sich schließlich zum Gothaismus zuspitzte. Und worin lag hier der Grundirrthum als darin, daß man die Bedeutung des deutschen Colonisationsprocesses wie der deutschen Marken verkannt hatte, worin eben die aus dem alten Deutschland herausstrebenden Tendenzen ihren Stützpunkt und ihren Ausdruck fanden? Von da aus entstanden die neuen Bildungen, die einerseits mit dem alten Deutschland untrennbar verwachsen waren, andererseits sich als etwas Eigenthümliches darstellten, was weder kurzweg als deutsch noch als undeutsch gelten konnte.

Auf föderativem Standpunkt ist man von vornherein für solche Auffassung vorbereitet. Denn man ist da gewohnt, neben der Eigenthümlichkeit der verschiedenen Elemente immer zugleich das sie verbindende Gemeinsame in's Auge zu fassen, man wird darum weder auf eine unterschiedslose Vermischung, noch auf eine radicale Trennung hinsteuern. Beides aber ist jetzt geschehen, indem man Oesterreich kurzweg von Deutschland ausschloß, Preußen hingegen kurzweg mit dem übrigen Deutschland in Eins verband, und so zu der Ungeheuerlichkeit gelangte, daß die Mark Brandenburg das Herzblatt von Deutschland bilden, und Länder, wie die Provinzen West- und Ostpreußen, ja selbst Posen, für mehr deutsch gelten sollen, als das Erzherzogthum Oesterreich, welches schon Jahrhunderte lang ein deutsches Culturland gewesen, während Brandenburg und jene baltischen Küstenprovinzen noch im Heidenthume steckten und rein slawisch oder lithauisch waren.

Sehr verschieden sind ja freilich Preußen und Oesterreich, darin aber stimmen sie doch überein, daß auch Preußen — nach seinen östlichen Provinzen, welche den Kern dieses Staates bilden — sich nicht minder als ein Herausbau aus dem alten Deutschland

darstellt als Oesterreich. Daß aber zwei solcher Herausbaue entstanden, war schon durch geographische und ethnographische Verhältnisse bedingt. Auf der Ostseite zieht sich Europa in's Breite, die Karpathen trennen die Stromgebiete, und nicht nur, daß sich in den nördlichen und südlichen Marken auch der Gegensatz des norddeutschen und süddeutschen Elementes fortsetzte, sondern zwischen beiden lag auch noch das slawische Böhmen, wodurch es zur Unmöglichkeit wurde, daß die nördlichen und südlichen Marken in Eins zusammenfließen konnten. Es mußten zwei besondere Körper daraus entstehen, dazu waren die Dinge von Anfang angelegt, das Weitere that dann der Gang der Ereignisse.

3.

Hat man sich über die wirkliche Bedeutung der deutschen Marken und des sich daran anschließenden Colonisationsprocesses getäuscht, so ist die erste Ursache davon gewiß die, daß sich die Grenzen zwischen dem Mutterlande und dem Colonialgebiet hinterher allmälig ganz verwischten. Unmittelbar mit dem Mutterlande verbunden, schienen die Colonialgebiete nur eine Erweiterung desselben und überhaupt nicht Colonien zu sein. Bei näherer Betrachtung aber, und je mehr man in's Tiefere geht, tritt der Unterschied der beiderseitigen Bevölkerungen in den socialen Verhältnissen, in den Sitten, in der Denkweise und selbst in den Physiognomien noch immer merklich genug hervor. Charakteristisch zugleich, daß in dem Colonialgebiete die völkerschaftlichen Namen verschwinden, und statt dessen Ländernamen auftreten, wie Steiermark, Oesterreich, Brandenburg und Meissen, auf welches letztere bekanntlich der heutige Sachsenname erst später übertragen wurde. Oder wo sich völkerschaftliche Namen erhielten, sind sie eben slawischen Ursprungs, wie der Name der Lausitzer und Pommern, und beziehungsweise lithauischen Ursprungs, wie der Name der eigentlichen alten Preußen. Bezeichnet man jetzt hingegen mit dem Namen „Preußen" die Bevölkerung des preußischen Staates, so wäre es noch viel sinnloser, selbst nur den deutschredenden Theil derselben für einen Volksstamm anzusehen, als die österreichischen Deutschen, sondern insoweit die preußischen Deut-

schen jetzt wirklich ein gemeinsames Gepräge haben, ist es erst durch die politische Verbindung entstanden.

Zum Zweiten kam die aus dem Feudalismus entsprungene wunderliche Zerstückelung und ebenso wunderliche Wiederverkoppelung der deutschen Territorien hinzu, die uns schon in einer früheren Betrachtung entgegentrat. Erwarb das Haus Habsburg die damals schon zum Herzogthum erhobene Mark Oesterreich, so behielt es dabei seine schweizerischen Herrschaften, wodurch also Landgebiete verbunden wurden, die keine innere Gemeinschaft und selbst keinen geographischen Zusammenhang hatten. Noch mehr, die neue Macht, welche das Haus Habsburg durch den Besitz des Herzogthums Oesterreich erlangt, und die später durch die Kaiserwürde erhöht wurde, bot ihm die Mittel zu immer neuen Erwerbungen, und alles, was es so im Reiche erwarb, wurde dann österreichisch und hieß kurzweg Oesterreich. Aehnlich verhält es sich mit Preußen. Die hohenzollern'schen Markgrafen von Brandenburg erwarben da einerseits das sogenannte Herzogthum Preußen, andererseits die Länder aus der jülischen Erbschaft, wozu nach dem westphälischen Frieden noch Pommern, Magdeburg, Halberstadt und Minden kamen. Das alles zusammen bildete jetzt die brandenburgisch-preußische Macht, und nachdem das Herzogthum Preußen zum Königreich erhoben war, hieß hinterher, wegen der höheren Königswürde, alle das kurzweg Preußen. Gewiß, betrachtet man das heutige Preußen, oder auch nur wie es vor 1866 aussah, so wird man dabei kaum an die ehemalige Nordmark und heute sogenannte Altmark denken, und doch ist nichts unbestreitbarer, als daß die ganze Bildung des preußischen Staates von da ausging. Nichts unbestreitbarer, als daß es ohne die deutschen Marken, und resp. ohne den Feudalismus, heute weder ein Preußen noch ein Oesterreich gäbe.

Ist es eine allgemeine Erfahrung, daß Colonien hinterher auf das Mutterland zurückwirken, so mußte dies bei uns um so mehr geschehen, als unsere Colonien unmittelbar mit dem Mutterlande zusammenhingen. Waren sie nun ursprünglich durch Eroberung entstanden, so konnte sich dort um so eher eine straffe Herrschaft bilden, welche der Zerstückelung vorbeugte, und also Reichsstädte, Reichsritter und sonstige kleine Dynasten nicht leicht aufkommen ließ, auch die geistlichen Herren insoweit im Zaume hielt, daß die

dortigen Bisthümer landsässig blieben. Darauf beruht der folgenreiche Unterschied, der später in der Entwickelung des westlichen und östlichen Deutschlands hervortrat. Denn nachdem mit dem Sturz Heinrich's des Löwen das alte sächsische Herzogthum zerfallen war, und nach dem Untergang der Hohenstaufen auch das fränkische und schwäbische Herzogthum zerfiel, erhielt sich von den alten deutschen Stammherzogthümern nur noch Bayern einigermaßen als ein Ganzes, indessen das übrige alte Deutschland nur um so mehr zersplitterte und zu einer wahren Musterkarte von Länderlappen wurde. Sank gleichzeitig die Autorität des Kaiserthums, so daß alle diese Länderlappen je mehr und mehr zur vollen Selbständigkeit gelangten, so wurde infolge dessen das ganze westliche Deutschland auch machtlos, zu jeder activen Politik unfähig. Das zeigte sich schon unmittelbar darin, daß der Schwerpunkt des Reiches, der ursprünglich in dem Rhein- und Wesergebiet gelegen, seit Carl IV. sich nach Böhmen verschob, und seitdem bis heute noch in dem östlichen Deutschland liegt.

So geschah es denn, daß das alte primitive Deutschland Jahrhunderte lang von Oesterreich aus beherrscht wurde, bis nach dem Emporkommen der preußischen Macht eine dualistische Hegemonie folgte. Gleichzeitig die Rivalität und der Kampf zwischen den beiden Hegemonen, welcher zuletzt damit endigte, daß der jüngere den älteren aus Deutschland herauswarf, worauf der ganze Ueberrest von Deutschland unter preußische Oberherrschaft gerieth, deren wahren Charakter die officiellen Phrasen von „Bund“ oder „Reich“ für Niemand verhüllen werden.

Sollte das aber die wahre Lösung der deutschen Frage sein, daß Deutschland preußisch wird und folglich als Deutschland verschwindet, oder wäre dem gegenüber nicht vielmehr zu sagen:

„Die deutsche Frage ist todt, es lebe die deutsche Frage?“

Und muß nicht eben dieses zeitweilige Resultat, daß Deutschland preußisch geworden, zu der Untersuchung veranlassen, was doch einen solchen Ausgang überhaupt möglich gemacht habe? Möglich aber ist er allein geworden durch die vorgedachte Machtverschiebung, d. h. durch den Zerfall des alten westlichen Deutschlands.

Hat es nun mit der Doppelnatur Deutschlands seinen guten Grund, so kann auch die wahre Lösung der deutschen Frage nur darin bestehen, daß diese Doppelnatur Deutschlands, worüber man so lange bewußtlos gewesen, endlich erkannt und anerkannt, und auf Grund dessen eine Organisation hergestellt werde, wodurch das alte westliche Deutschland, neben dem neuen östlichen Deutschland, wieder zu der ihm gebührenden Geltung gelangt. Denn das muß doch Jedermann zugestehen, daß das ein unnatürliches Verhältniß ist, wenn das alte westliche Deutschland, welches schon Jahrhunderte lang, ehe nur von einem Preußen überhaupt die Rede gewesen, eine Geschichte gehabt, im Vergleich zu welcher die preußische Staatsgeschichte sich gar klein ausnimmt, und als die Mark Brandenburg noch ein halbwüstes Wendenland war, — daß dieses alte Deutschland mit seinen Kernstämmen der Bayern, Sachsen, Franken und Schwaben, der Thüringer und Hessen, jetzt vielmehr von jener Mark aus beherrscht wird. Entweder müßten diese Volksstämme schon in sich selbst abgestorben sein, und dann wäre eine wahre Wiedergeburt Deutschlands überhaupt unmöglich, haben sie aber noch Lebenskraft, so muß die auch zur Geltung gelangen, oder die Wiedergeburt Deutschlands bleibt ein leerer Schall.

Klar jedoch, daß dazu erst ein großer Umschwung gehört, und nach allem menschlichen Ermessen bis dahin noch viel Wasser vom Berge fließen wird. Völker entwickeln sich langsam, und nachdem das alte westliche Deutschland seit Jahrhunderten sein politisches Selbstbewußtsein verloren, indem es seine Directive lediglich von Wien oder Berlin erwartete, oder zeitweilig sich sogar an Frankreich anzulehnen suchte, wird es nicht urplötzlich zu neuem Selbstbewußtsein gelangen können. Gleichviel, das Ziel muß in's Auge gefaßt werden, es handelt sich dabei um nichts Geringeres, als um den Kern der deutschen Frage[1]).

1) Die hier nur den Grundgedanken nach dargelegte Construction der deutschen Geschichte, habe ich — unter verschiedenen Gesichtspunkten — wiederholt ausführlich zu entwickeln versucht. Siehe „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" 59, „Die Wiederherstellung Deutschlands" 65, und „Das neue Deutschland" 71.

XI.

Preußen und Deutschland.

Daß der heutige Zustand Deutschlands grundwesentlich auf der preußischen Politik beruht, spricht für sich selbst. Preußen schuf das neue Reich. Und wie wäre also ein motivirtes Urtheil über diese Schöpfung möglich, ohne zugleich in das Wesen der preußischen Politik einzugehen, die ihrerseits aber wieder mit der ganzen Entwickelung dieses Staates zusammenhängt. Denn in demselben Maße, als derselbe seit Mitte des siebenzehnten Jahrhundert emporkam, wuchs auch sein Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse, bis er zuletzt allein entscheidend wurde. Können wir um deswillen nicht umhin, das Verhältniß Preußens zu Deutschland näher in's Auge zu fassen, so kann auch dies wieder nicht geschehen, ohne dabei zugleich das Preußenthum an und für sich selbst zu betrachten. Das wird uns dann zu einer Reihe verschiedener Erörterungen veranlassen, wobei zwar manches keinen inneren Bezug zu der eigentlich deutschen Frage zu haben scheinen mag, indessen sich zuletzt zeigen wird, wie uns doch alle dies gar sehr dazu geholfen, die wahren Aufgaben deutscher Politik — worüber sich sonst nur in Behauptungen sprechen ließe — als durch die realen Verhältnisse selbst gegebene Forderungen zu erkennen.

So wird uns auch gerade die Betrachtung der preußischen Angelegenheiten hinterher neue Argumente für die Nothwendigkeit einer föderativen Entwickelung darbieten, wenn zwar nur Argumente e contrario. Aber wird nicht jede Sache erst recht klar, wenn man zugleich ihr Gegentheil vor sich sieht? Wir werden also damit keineswegs von unserem Hauptthema abgelenkt, sondern dadurch um so tiefer in dasselbe eingeführt sein. Darum noch einmal: man werde über den langen Weg nicht ungeduldig, die deutsche Frage ist nicht kurzer Hand abzuthun. Jetzt zunächst an die Borussica!

1.

Hatten die Großdeutschen Preußens Bedeutung für Deutschland weit unterschätzt, so haben sie die Kleindeutschen in dem-

selben Maße überschätzt. Eine Einseitigkeit folgte auf die andere, wie es ja allermeist in der Welt geschieht, daß sich die Entwickelung in Gegensätzen bewegt, und erst nachdem die Gegensätze sich selbst aufgehoben, der Boden für eine höhere Auffassung gewonnen ist. Und war nicht die deutsche Frage von vornherein falsch gestellt, wenn man sich in den Gegensatz von Großdeutsch und Kleindeutsch verrannte, wo doch die Aufgabe vielmehr Deutschland betraf? Deutschland ohne Beiwort, während aus dem Großdeutsch und Kleindeutsch statt des deutschen Standpunktes vielmehr der österreichische und preußische hervorblickte. Um aber die deutsche Frage recht zu verstehen, wird man sich zuvörderst wohl auf den deutschen Standpunkt stellen müssen.

Von da aus also betrachtet, muß es auch von vornherein als sich selbst widersprechend erscheinen, ein neues Deutschland auf preußischer Basis, oder auch nur mit preußischer Spitze, begründen zu wollen. Gilt es wirklich ein neues Deutschland, so muß eben die Basis wie die Spitze deutsch sein. Oder soll etwa Deutsch und Preußisch für identisch gelten? Das angenommen — wie hätte sich wohl Preußen zu einer besonderen europäischen Macht aufthun können, wäre es nicht je mehr und mehr aus der allgemeinen deutschen Entwickelung herausgetreten, seine nationalité prussienne zu entwickeln bestrebt, um mit dem großen Friedrich zu sprechen. Ist denn ein handgreiflicherer Widerspruch denkbar, als wenn solche nationalité prussienne hinterher vielmehr zur Basis einer deutschen Nationalentwickelung werden soll? Darum kann auch das ganze System von 66 nichts weiter sein, als die fortschreitende Offenbarung des inneren Widerspruchs, auf welchem es erbaut war, und in dessen Bodenlosigkeit es in nicht ferner Zukunft wieder versinken wird.

Nun konnte aber dieses System keineswegs so über Nacht entstehen, es war schon seit langeher vorbereitet. Galt doch für das europäische Großmachtssystem das außerösterreichische und außerpreußische Deutschland überhaupt nur noch als eine passive Masse, und diese Masse für österreichische oder preußische Zwecke auszunützen, das hieß in Wien und in Berlin deutsche Politik treiben. Der einzige Unterschied dabei, daß die sogenannte deutsche Politik Oesterreichs auf die Erhaltung des bundesmäßigen status quo ging, welcher

für Oesterreich selbst am vortheilhaftesten schien, indessen die Wiener Staatsweisheit leider nicht bemerkte, daß, weil dieser status quo zur Stagnation führte, infolge dessen alle Bewegungstendenzen sich naturnothwendig an Preußen anschließen mußten, welches in seinem eigenen Interesse Veränderungen anstrebte. Dem war der alte Bund überhaupt widerwärtig, als die Fessel für die preußischen Ausbreitungstendenzen. Je lahmer also der alte Bund durch die österreichische status quo Politik geworden, und je mehr er darum die Sympathien der deutschen Nation verloren, um so leichter konnte ihn Preußen zerstören und Oesterreich überhaupt aus Deutschland herausdrängen. Das war der Lohn der Wiener Staatsweisheit, die, indem sie in ihrem vermeintlichen Conservatismus überall veraltete und unhaltbare Zustände erhalten wollte, in diesem Falle lediglich für Preußen gearbeitet hatte. Wie in Italien für Sardinien und im Orient für Rußland.

Genug, die sogenannte deutsche Politik, oder — um mit Droysen zu reden — „der deutsche Beruf“ Preußens bestand schon seit dem großen Friedrich darin, sich nach Möglichkeit in Deutschland auszubreiten. Oder, wie derselbe Schriftsteller sagt, der eine Art von historischer Theorie dieses deutschen Berufes zu entwickeln versucht hat: sich immer neue deutsche Landschaften „anzugliedern“. Also nichts weiter als ein anderer Ausdruck für das unliebsamer klingende „Annectiren“. Auf die Begründung eines deutschen Föderativsystems zielten solche Antecedenzien offenbar nicht, sondern auf möglichste Vergrößerung Preußens, und in diesem Sinne hat dann Bismarck im Jahre 66 gehandelt. Die Reorganisation Deutschlands war dabei der Vorwand, Zweck die Erhöhung der preußischen Machtstellung, um dessentwillen zuvörderst Oesterreich von Deutschland abgetrennt, d. h. Deutschland um ein paar tausend Quadratmeilen kleiner gemacht werden mußte. War das deutsche oder preußische Politik? Aber selbst zugegeben: Oesterreich paßte einmal nicht zu einer lebendigen deutschen Föderation, so paßten gewiß Hannover und Hessen um so besser dazu. Warum mußten diese Länder erst preußisch gemacht werden, wenn doch der eigentliche Zweck die Begründung eines neuen Deutschlands war? Gerade als ob der Weg zum Deutschthum durch das Preußenthum hindurch ginge, wie denn auch die damals der Annexion

wegen erlassene Proclamation wirklich erklärte: dieselbe sei nothwendig gewesen, um der deutschen Entwickelung eine breitere Basis zu verschaffen. Das neue Deutschthum ruht also auf dem Preußenthum, dieses war das prius jenes das posterius. Tacitus hätte seiner Germania erst eine Borussia vorausschicken sollen.

Leere Faxen das alles. Was hingegen des Pudels Kern war, sprach auf dem Annexionslandtage Bismarck ganz unumwunden damit aus, daß es vor allem darauf ankäme: zuvörderst die preußische Hausmacht zu stärken. Ei, war es denn nicht vordem der Hauptvorwurf gegen Oesterreich gewesen, seine deutsche Stellung nur zu seiner Hausmachtspolitik ausgenutzt zu haben? Und wie stimmt überhaupt die Hausmachtsidee zu der Idee einer Nationalentwickelung, die man angeblich anstrebte? Mehr noch sprach man sogar in dem damaligen preußischen Landtage sein Bedauern darüber aus, daß die Annexionen nicht noch weiter gegriffen hätten, indessen ein Mitglied des Herrenhauses sich damit tröstete, daß doch immerhin die Grundlagen zu einem großen deutschen „Einheitsstaat" gewonnen seien. Gleichwohl hieß das Ding zunächst der „Norddeutsche Bund", welcher aber gerade dadurch zu Stande kam, daß vorweg zwei der lebensfähigsten norddeutschen Staaten ihre Existenz verloren. Sonderbare Begründung eines Bundes, und bedenkliches Präcedenz für die einstweilen noch erhaltenen Bundesstaaten! Auch waren sie der Sache nach schon halb annectirt, da sie seitdem nur noch Anhängsel oder Annexa von Preußen bildeten. Durch Begründung des neuen Reiches hat nun solcher Nordbund selbst nur wieder neue Annexa erhalten. Schon die neue Nordbundsfahne und nunmehrige Reichsfahne gab diesen Verhältnissen den sprechendsten Ausdruck, indem sie ganz einfach dadurch entstand, daß an die preußische Fahne noch ein rother Streifen angenäht wurde. Gewiß, Schwarz-Roth-Gold wäre etwas anderes gewesen, als Schwarz-Weiß-Roth. Ein Spaßvogel könnte ja wohl versucht sein, das den preußischen Farben hinzugefügte Roth auf die allerdings seit 66 mächtig emporgekommene Socialdemokratie zu deuten.

Ferner — ist nicht der Reichskanzler zugleich der preußische Ministerpräsident, und eben dieser letztere Charakter die Basis seiner Stellung, und schimmert nicht unter der Hülle der

Reichsgewalt überall die preußische Staatsgewalt hindurch? Ist nicht die deutsche Armee rein preußisch organisirt und unter preußischen Oberbefehl gestellt, die deutsche Marine aber, der Sache nach, sogar ein rein preußisches Institut, nur daß die Bundesstaaten dazu beisteuern? Endlich — gehört es überhaupt nur zu den Zwecken des neuen Reiches, den Fortbestand der Reichsstaaten zu garantiren? Die ehemalige Bundesacte besagte das ausdrücklich, die Reichsverfassung hingegen enthält in dieser Beziehung nur den vagen Ausdruck vom Schutz des „innerhalb des Bundesgebietes giltigen Rechtes", und wird nicht immer neues geltendes Recht geschaffen? Folglich eine leere Phrase, welche den Uebergang zum reinen Einheitsstaat nicht ausschließt.

So steht der deutsche wie der föderative Charakter, mit welchem das neue Reich dem Namen und der Form nach noch auftritt, in offenbarem Widerspruch zu seiner eigenen Entstehung wie zu seinem realen Wesen, und so lange dieser Widerspruch keine Lösung gefunden, besteht auch noch die deutsche Frage.

2.

Lebten wir nicht überhaupt in einem Zeitalter babylonischer Begriffsverwirrung, so bedürfte es keiner Worte, daß ein preußisches deutsches Reich von vornherein ein Unding ist. Nun aber, nachdem wir einmal in solche Verwirrung hineingerathen, bleibt schon kein anderes Mittel um wieder herauszukommen, als zuvörderst zu untersuchen: was Preußen für Deutschland wirklich bedeutet, und was es möglicherweise für Deutschland leisten kann. Beides folgt aus dem Wesen des preußischen Staates, welches sich wieder aus der Genesis desselben ergibt.

Allbekannt, daß der moderne preußische Staat von dem Auftreten des großen Kurfürsten datirt, der zuerst unternahm, die zu Anfang des 17. Jahrhunderts von Kurbrandenburg erworbenen, von dem Niemen an sich bis über den Rhein hin erstreckenden, zerstreuten Landgebiete nach dem Gesichtspunkte eines gemeinsamen Interesses zu regieren, und so in künstlicher Weise einen eigenthümlichen preußischen Staatskörper herzustellen. Indem er ferner in dem nicht zum deutschen Reiche gehörenden, damals sogenannten Herzogthum, Preußen die Souveränetät gewann, und damit

ein europäischer Potentat wurde, machte es sich darauf wie von selbst, daß er auch im Reiche nicht mehr als bloßer Reichsfürst, sondern mit dem Gefühl eines europäischen Potentaten auftrat, der principaliter seine eigenen Entwürfe verfolgte. Er führte wirklich schon eine europäische Politik. Und eben daraus entsprang der nicht blos quantitative sondern qualitative Unterschied, der hinfort an dem jungen preußischen Staate hervortrat, gegenüber den anderen deutschen Reichsstaaten, die nie zu einer selbständigen Politik gelangten, nie selbständige Kriege führten, sondern immer nur in Anlehnung an Oesterreich, oder an Frankreich, oder an das neue Preußen selbst. In demselben Maße dann, als das Gefühl der Selbständigkeit und der Muth zu einer eigenen Initiative in Preußen wuchs, entschwand beides den übrigen deutschen Staaten.

Wie deutlich und wie entscheidend traten die Folgen davon im Jahre 66 hervor! Denn wohl ganz anders dürfte da der Ausgang des Krieges gewesen sein, hätten die damals Preußen entgegenstehenden Staaten nur einigermaßen das Zeug zu einem resoluten Auftreten und zu großen combinirten Actionen gehabt! Ihr militärisches Gebahren war aber gerade so, wie kurz zuvor ihr diplomatisches Gebahren in der schleswig-holsteinischen Frage, wo insbesondere Hannover und Hessen mit der unglaublichsten Kurzsichtigkeit und Verblendung handelten, im handgreiflichsten Widerspruch zu ihren augenfälligsten mittelstaatlichen Interessen. Von da an kannte Bismarck seine Leute, er durfte unverzagt an's Werk gehen. Seine überraschenden Erfolge beruhten wesentlich auf den Fehlern und der Unbehilflichkeit seiner Gegner. Sollte man jetzt nicht meinen, die damals erlittenen Schläge hätten die betreffenden Staaten doch einigermaßen aufgerüttelt und zur Selbstermannung angefeuert? Aber auch davon ist bis heute nichts zu bemerken, vielmehr scheinen sie, durch jene Schläge wie betäubt, schon jeden Gedanken an die Möglichkeit eines eigenen Entschlusses verloren zu haben, indem sie, wie in fatalistischer Ergebung, zu Allem die Impulse von Berlin erwarten. Unter solchen Umständen kann freilich der deutsche Einheitsstaat nicht ausbleiben, die deutschen Regierungen thun mehr dazu als die Reichskanzlei und der Nationalliberalismus. Doch dies nur als Zwischenbemerkung.

Keine Frage nun, daß jenes Unternehmen des großen Kur-

fürsten, aus den zusammenhangslosen Landgebieten, die sich vom Niemen an bis über den Rhein zogen, einen eigenthümlichen Staatskörper zu bilden, ein Gedanke von höchster Kühnheit war. Und erwägt man die Geringfügigkeit der Hilfsmittel, die dabei zur Ausführung desselben zu Gebote standen, so muß man diesen Mann — nach der von ihm bewiesenen Energie und Staatsklugheit — zu den größten Regenten der neueren Zeit rechnen. Rein persönlich betrachtet, überragt er noch seinen großen Urenkel, der sich erst auf seinen Schultern erheben konnte.

Ueber die Maßen albern daher, wenn großdeutsche Historiker und Publicisten das Außerordentliche, was in diesen beiden Männern hervortrat, herabzusetzen suchen, und ein Onno Klopp sogar dem großen Friedrich dieses Ehrenprädicat überhaupt abstreiten will. Mit solchem unverständigen Gerede ist gerade denjenigen Interessen, welchen solche Leute dienen wollen, am schlechtesten gedient, so gewiß als Unterschätzung seines Gegners am allerwenigsten zum Siege führt. Was bei solcher Art von Superklugheit herauskommt, sah man unter anderem bei dem Unternehmen des deutschen Fürstentages, wo Oesterreich und die österreichischen Parteigenossen gerade so thaten, als ob über Preußens Nichtbetheiligung einfach zur Tagesordnung überzugehen sei. Die dann bald darauf folgenden Ereignisse, wobei besagter Onno Klopp mit seinen Ansichten wohl nicht ganz ohne Einfluß gewesen, lieferten noch eine drastischere Illustration dazu. Ganz eben so unverständig aber, wenn andererseits die Gothaer behaupten wollen, die preußischen Regenten hätten eine deutsche Politik geführt, und was immer sie gethan, sei in deutschem Interesse geschehen! Am Ende auch der Baseler Friede, worin Preußen rundweg Deutschland preisgab.

Klar wie der Tag, daß die Bildung des neuen preußischen Staats, dessen Landgebiete sich quer durch das nördliche Deutschland hindurchzogen, der mächtigste Hebel zur Zerreißung des ehemaligen Reiches wurde. Sei es denn: aus dem alten Reiche habe sich überhaupt nichts mehr machen lassen, es hätte erst in Trümmer zerfallen müssen — selbst diese Behauptung zugegeben, so bleibt jedenfalls gewiß, daß in der Bildung des preußischen Staates keineswegs eine Wiedergeburt Deutschlands lag. Sondern je mehr sich das Preußenthum aufthat, konnte zuletzt nur ein

preußisches Deutschland daraus entstehen, wie wir vordem gewissermaßen ein österreichisches Deutschland gehabt hatten, indessen ein neues deutsches Deutschland hingegen erst noch von der Zukunft zu erwarten steht.

Von ganz anderer Bedeutung ist das Argument, daß angesichts der confessionellen Spaltung in Deutschland, die auch auf die weltlichen Angelegenheiten so tief einwirkte, die Bildung einer protestantischen Macht, welche dem katholischen Oesterreich die Wage halten und so den confessionellen Frieden garantiren konnte, eine innere Nothwendigkeit gewesen sei. Dem ist nichts entgegen zu setzen. Das aber anerkannt, — wäre damit nicht zugleich die schneidendste Kritik des Unternehmens von 66 gegeben, infolge dessen nun durch den Ausschluß Oesterreichs das confessionelle Gleichgewicht in Deutschland und damit die Garantie des confessionellen Friedens wieder verschwunden ist? Und zeigt nicht schon der Kulturkampf, der ohne dies von vornherein unmöglich gewesen wäre, wohin das in der Praxis führen kann?

3.

Daß die wichtigste Seite des preußischen Staates die militärische ist, und durch das ganze Preußenthum ein militärischer Zug hindurchgeht, springt in die Augen. Man darf dabei nicht übersehen, daß schon die Mark Brandenburg, wie der ehemalige Ordensstaat an der Weichsel, eine Art von Militärcolonie gewesen, und eben in dieser Eigenschaft in der zweiten Hälfte des Mittelalters zur Blüthe gelangt waren. Beide Länder, in welchen hinterher der militärische Geist wieder eingeschlummert war, fand der große Kurfürst im tiefsten Verfall, und was er nun that, war gewissermaßen eine Wiedererweckung des jenen Ländern eingepflanzten Militärgeistes. Dazu kamen noch die Zeitverhältnisse und die bedrohte Lage seiner weitzerstreuten Länder, in deren Besitz er sich nur durch die Armee behaupten konnte, welche noch mehr das unentbehrlichste Mittel für ihn war, um sich in seiner Stellung Geltung zu verschaffen. Dieselben Rücksichten bestanden für seine Nachfolger nach Erwerbung der Königswürde nur um so mehr, und so wurde die fortwährende Entwickelung der Armee der Faden, woran sich die ganze Geschichte des modernen preußischen Staates verläuft,

welche principaliter Kriegsgeschichte ist. Wie wird darnach Preußens Bedeutung für Deutschland zu beurtheilen sein?

Gewiß ist die militärische Entwickelung für jede Nation eine unentbehrliche Sache, und was die östlichen Provinzen Preußens betrifft, so wird dort der Militärstaat zur gebieterischen Nothwendigkeit, weil sonst das Russenthum wohl bald bis an die Oder vorrückte. Nicht minder klar aber, daß das Militärwesen doch an und für sich etwas sehr Einseitiges ist. Darum mag zwar ein Glied des deutschen Körpers sich nach dieser einseitigen Richtung hin entwickeln, und so gewissermaßen für die ganze Nation zur Kriegsschule dienen, das hingegen bedeutete geradezu die Zerstörung des deutschen Geistes, wenn ganz Deutschland einen militärstaatlichen Charakter annehmen sollte, wie gleichwohl jetzt wirklich versucht wird. Denn was ist nach Maßgabe der heutigen Reichsverfassung der deutsche Kaiser, wenn nicht vor allem der Kriegsherr und Heermeister? Viel anders das ehemalige Kaiserthum, welches seiner Idee nach den Mittelpunkt aller Rechtsentwickelung bilden und das oberste Richteramt verwalten sollte. Man lese darüber den Peter von Andlo »De Imperio Romano«. Es ist ein Unterschied wie zwischen einem gothischen Dom und einer berliner Kaserne.

Die zweite charakteristische Seite des preußischen Staates ist die administrative. Und wiederum lag es in der Natur der Verhältnisse, d. h. weil die zerrissenen preußischen Länder nur durch ein künstliches Behördensystem zusammen gehalten und einem gemeinsamen Zwecke dienstbar gemacht werden konnten, daß sich hier eine in ihrer Weise bewunderungswürdige administrative Organisation ausbilden mußte; ein Beamtenthum so wohl geschult und diensteifrig als andererseits das Officiercorps. Worauf war aber die Thätigkeit dieses Beamtenthums gerichtet, wenn nicht zuvörderst darauf, das Volk im Gehorsam zu halten, und demnächst nutzbar für das Staatsinteresse zu machen, weil das künstliche und auf so schmaler Naturbasis ruhende preußische Staatswesen nur durch Heranziehung aller Volkskräfte sich erhalten und fortwachsen konnte. Auf Beförderung einer volksthümlichen Entwickelung war es nicht berechnet, auch hätte in den Zeitumständen dazu keine Aufforderung gelegen. War es doch die Zeit nach dem 30jährigen

Kriege, wo sich der neue preußische Staat formirte, die Zeit des tiefsten Verfalls des deutschen Volkslebens. Und eben dieser Zustand macht erst ein solches System erklärbar, welches hingegen auf der Grundlage eines lebendigen und kräftigen Volksthums überhaupt nicht hätte aufkommen können. Gegenüber dem schlotterigen Wesen aber, in welches nach dem 30jährigen Kriege die Ueberreste des deutschen Volkes verfallen waren, wirkte das straffe preußische Regiment entschieden wohlthätig, indem es den Leuten wenigstens wieder äußere Haltung gab.

Weiter dann, auf Beförderung der Volksfreiheit war es freilich eben so wenig angelegt. Im Gegentheil, die Städte verfielen je mehr und mehr einer büreaukratischen Verwaltung von Regierungswegen, und was die bäuerlichen Verhältnisse anbetrifft, so blieb in den östlichen Provinzen des preußischen Staates die Erbunterthänigkeit, ja selbst die Leibeigenschaft des Landvolkes ungestört fortbestehen, während in dem westlichen Deutschland der Bauer sich doch schon längst in einer viel besseren Lage befand. Nach eigener Erklärung des Ministers Freiherrn von Stein war dies sogar in Oesterreich der Fall, der preußische Bauer erschien ihm als der gedrückteste. Erst die Katastrophe von 1806 gab die Veranlassung, daß es damit besser wurde. Denn da mußte man schon die feudalen Fesseln lösen, sonst hätten vielleicht die Franzosen, welche damals das ganze Land besetzt hielten, in ihrem eigenen Interesse die Bauern zur Empörung aufgerufen, und das wäre Finis Borussiae gewesen. Wurde also der Feudalismus gesetzlich aufgehoben, — thatsächlich ist er gleichwohl in den östlichen Provinzen bis heute noch nicht entwurzelt. Was sich da an sogenannten conservativen Tendenzen regt, ist noch immer halb feudalistisch, indem die Hauptstütze solches Conservatismus überall die kleinen Landherren sind, in Verbindung mit den ihnen infolge der gutsherrlichen Kirchenpatronate attachirten Pastoren.

So verhält es sich nun überhaupt mit den freiheitlichen Tendenzen, welche in den Jahren von 1807—15 in Preußen zur Herrschaft kamen, d. i. daß sie weniger als Zweck denn als Mittel galten. Man entfesselte die Volkskräfte, um sie mit desto größerer Wirkung gegen den Feind führen zu können. Noch mehr, nachdem das specifische Preußenthum bei Jena Bankerott gemacht, ging man

jetzt darüber hinaus, indem man vielmehr das deutsche Nationalgefühl wach rief, als den für den großen Kampf unentbehrlich erscheinenden Bundesgenossen. Damit dann die Franzosen geschlagen und so der Zweck erreicht, nahm das wiederhergestellte Preußen gar bald eine andere Haltung an, der die Worte des Dichters Schenkendorf galten:

„Es haben wohl gerungen
Die Helden dieser Frist,
Doch nun der Sieg gelungen,
Uebt Satan neue List."

Worte, welche auch für heute nicht ohne Sinn wären. Wer war aber damals der Satan, wenn nicht der preußische Staatsgeist, der die Sünde seiner deutschen Nationalitäts-Schwärmerei hinterher durch um so eifrigere Demagogenverfolgung abbüßen zu müssen glaubte.

Hat rücksichtlich dieses letzteren Punktes sich jetzt der Wind wieder gedreht, und läuft der Mund wieder über von deutscher Nationalität, noch mehr von deutscher Einheit, so scheint dies eben heute dem preußischen Interesse zu dienen, als das wirksamste Mittel, um die preußische Herrschaft über Deutschland zu befestigen und zu vollenden. Und darnach ist auch das Deutschthum, welches man uns präpariren will. Ein preußisches Deutschthum soll es werden, sonst würde es nicht conveniren. Was aber ferner die politische Freiheit anbetrifft, so zeigt wieder schon die Entwickelungsgeschichte des preußischen Staats, wie wenig derselbe darauf angelegt ist, da vielmehr gerade in Preußen die altständische Freiheit seit dem großen Kurfürsten am tiefsten herabgedrückt wurde. Allbekannte Thatsache außerdem, daß, was wir heute an politischer Freiheit besitzen, von den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten ausging, deren freiheitliche Institutionen von Seiten Preußens bis zum Jahre 48 mit unverkennbarer Mißgunst betrachtet wurden. Sah es sich dann selbst genöthigt, eine constitutionelle Verfassung einzuführen, so befindet sich darin zuvörderst die berüchtigte Lücke, und wie man diese Verfassung zu handhaben verstand, zeigte die Reactionsperiode nach 50, wie bald darauf die Conflictsperiode. Noch immer steht in Preußen die Staatsraison über dem Staatsrecht.

Welcher Art wird demnach die von Preußen ausgegangene deutsche Reichsverfassung sein, von der selbst ihre wärmsten Freunde erklären: sie sei dem Reichskanzler wie auf den Leib zugeschnitten? Worauf aber der Sinn des Reichskanzlers gerichtet ist, weiß Jedermann, auf politische Freiheit gewiß am wenigsten. Und worin besteht also das Wesen dieser Reichsverfassung? Kurz gesagt: in nicht viel mehr, als daß sie die thatsächliche Militärherrschaft mit parlamentarischen Decorationen umgibt.

4.

Wie wenig das neue Reich als ein Bund, noch als eine Wiedergeburt unseres ehemaligen Reiches gelten kann, tritt am augenfälligsten darin hervor, daß es statt einer Bundesstadt vielmehr eine Hauptstadt hat, wovon in dem ehemaligen Reiche nie etwas Aehnliches bestand. Vielmehr muß die Idee einer deutschen Hauptstadt als geradezu undeutsch gelten. Allbekannt, wie insbesondere auch ein Göthe nichts davon wissen wollte. Ist es nun ferner die preußische Hauptstadt, welche sich jetzt zugleich als Reichshauptstadt präsentirt, so wird das neue Reich auch wohl mehr preußisch als deutsch sein.

Fürwahr, die deutsche Hauptstadt zu werden, dazu war Berlin wohl am wenigsten angelegt, sondern wie es der Centralsitz des specifischen Preußenthums ist, so spiegelt sich in ihm auch die ganze Entwickelungsgeschichte desselben. Von ebenso jungem Datum als der preußische Staat, und folglich mit unserer ganzen früheren Nationalgeschichte bis in's 17. Jahrhundert durch keine Erinnerungen verflochten, ist Berlin wesentlich selbst ein Produkt der preußischen Staatskraft und Staatsraison, indem es als Klammer dienen sollte, um die zerrissenen weit auseinanderliegenden preußischen Länder zusammen zu halten. In dieser Absicht wurde der Anbau der Hauptstadt zum Theil direct von Regierungswegen betrieben, jedenfalls ihre fortwährende Vergrößerung nach Kräften befördert, und in demselben Maße, als sich der militärische Charakter des Staates entwickelte, erhielt auch die Hauptstadt ein militärisches Gepräge, was seit 66 in das imperialistische übergeht. Einen volksthümlichen oder specifisch deutschen Eindruck macht darum Berlin weniger als Wien.

Wurde nach Einwanderung der Hugenotten die obere Schicht der Bevölkerung halb französirt, was lange Nachwirkungen hinterließ, so hat dann Berlin noch das ganze 18. Jahrhundert hindurch an der damaligen deutschen Kunst- und Literaturentwickelung auch nur geringen Antheil genommen. Erst nach dem Jahre 1806 änderte sich das insofern, als man Regierungsseits in der Pflege von Wissenschaft, Literatur und Kunst ein wichtiges Machtmittel zu erkennen begann, und darum Berlin womöglich zum Centralpunkt deutscher Geistesentwickelung zu machen suchte. Lag es nun in den damaligen politischen Verhältnissen, daß Preußen zeitweilig wirklich zum Stützpunkt deutschnationaler Tendenzen wurde, so konnte es nicht fehlen, daß sich in Berlin bald ein Kreis bedeutender Köpfe versammelte. Der Volksaufschwung in den Freiheitskriegen that das Uebrige, und damit erhielt das berliner Leben allerdings einen höheren und reicheren Gehalt. Das wirkte dann einigermaßen fort, auch nachdem die Begeisternng aus der Zeit der Freiheitskriege längst erloschen war. Neue geistige Anregungen brachte die erste Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. Davon aber wäre nicht zu reden, daß das so angefachte Geistesleben, womit es ohnehin nach 48 wieder immer mehr zurück ging, aus dem Berlinismus selbst entsprungen wäre; es war ihm nur künstlich eingeflößt, und damit selbst ein Seitenstück zu der künstlichen Bildung des preußischen Staates. Der Berlinismus als solcher blieb in höherem Sinne so unproductiv, als er zuvor gewesen. Sein einzig wirklich genuines Product ist bis heute der berliner Witz, mit dem unverkennbaren Hang zur Plattheit behaftet. Und wenn wirkliche Nationalhauptstädte, wie Madrid, Paris und London, insbesondere der Hauptsitz für die Ausbildung der Nationalsprache wurden, so kann hingegen das berliner Deutsch gewiß nicht den Anspruch machen, als der edelste und reinste Typus deutscher Redeweise und Aussprache zu gelten.

Ist ferner Berlin während des letzten Menschenalters zu einer großen Fabrikstadt geworden, wie zugleich zum Hauptplatz des Binnenhandels für das nordöstliche Deutschland, so sind ihm endlich die großen militärischen Erfolge des preußischen Staates von 66 und 70 dergestalt zu Kopfe gestiegen, daß ihm jetzt sogar der Charakter der deutschen Reichshauptstadt schon zu gering erscheint,

indem es sich vielmehr zur „Weltstadt" aufblähen will, was seitdem das dritte Wort in Berlin ist. Die gleiche Selbstüberhebung, als in welcher sich überhaupt das heutige Preußenthum gefällt. Man frage doch aber: was gäbe es wohl in Berlin, was die Welt wirklich anzustaunen hätte[1])? Arm an historischen Erinnerungen, ist es auch an monumentalen Bauwerken viel ärmer als andere weit weniger bevölkerte Städte; man denke nur etwa an Venedig, an Florenz und gar an Rom. Oder hat es eine Weltbedeutung durch seine natürliche Lage, wie etwa Constantinopel, oder in Amerika San Francisco? So ist es auch kein Centralpunkt des Welthandels, wie London, New-York und selbst nur Hamburg, oder ein allgemeines Rendez-vous für die gebildete Gesellschaft, wie seit Jahrhunderten Paris. Eine Million Einwohner, wovon noch obendrein die Hälfte Proletarier, begründet noch lange nicht den Charakter einer Weltstadt. Nicht nur, daß die Dürftigkeit der materiellen Hilfsmittel damit einigermaßen contrastiren würde, sondern es liegt sogar in dem berliner Leben noch immer etwas Kleinstädtisches, indem die engen Verhältnisse, aus welchen der preußische Staat wie seine Hauptstadt heraus wuchsen, noch merklich genug darin hindurch schimmern. Und welche welt-

1) Außer es wäre etwa die allerdings erstaunliche Geschmacklosigkeit des neuen sogenannten Nationaldenkmals, bei welchem der Geist roher Prahlerei, der allein so etwas schaffen konnte, alle ästhetischen Grundsätze dermaßen in den Staub trat, daß man geradezu ein Muster des Ungeschmacks vor sich sieht. Man denke sich also eine Siegessäule, deren Postament sich in zwei Etagen gliedert, und eine solche Ausdehnung und Ausschmückung erhielt, daß infolge dessen die Säule nur noch als ein Zubehör zu diesem Baue erscheint, indem sie gleichsam wie der Dampfschlott aus einem Maschinenhause hervorragt, um zuletzt eine Victoria zu tragen, welche nun zu dieser — so außer Verhältniß zu ihrem Postament gekommenen — Säule wieder selbst ganz außer Verhältniß steht. Dazu noch die nicht minder erstaunliche Taktlosigkeit, daß, während doch jetzt in Berlin der Mund von Deutschthum überfließt, besagte Victoria vielmehr zur Borussia ausstaffirt ist. Gerade wie wenn es ausdrücklich darauf abgesehen wäre, die Erhebung des Preußenthums über das Deutschthum zu feiern, und damit der deutschen Nation die Bedeutung der „preußischen Spitze" um so verständlicher zu machen. Das dann der unstreitige didaktische Werth dieses Kunstwerkes, welchen es auch in der Hinsicht besitzt, daß es andererseits zugleich als die sprechendste Illustration zu dem heutigen berliner Kunstsinn gelten können wird.

bewegenden Ideen wären wohl von da ausgegangen, wo man sich vielmehr noch heute in einem keineswegs weiten Ideenkreise bewegt?

Bedarf es denn eines augenfälligeren Beweises von der geringen geistigen Potenz des Berlinismus, als daß er sich dergestalt von der Judenschaft unterkriegen ließ, daß die sich so nennende Weltstadt in der That vielmehr zum Centralsitz des Judengeistes geworden zu sein scheint? Fürwahr, käme es etwa darauf an, ein neudeutsches Judenreich zu errichten, das hätte in Berlin die geeignetste Hauptstadt gefunden. Schrieb einmal ein Badegast in Reichenhall dort an die Wand:

„Gott! wie schön ist's doch hienieden,
Wo man hinspuckt, — lauter Jüden",

so könnte dasselbe ein jeder Besucher der neuen Reichshauptstadt in sein Tagebuch schreiben, denn auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird er dem sich aufspreizenden Judenthum begegnen, das in Berlin in allen Gestalten auftritt. Als da sind: der Trödel-, Handels- und Börsenjude, der Preß- und Literaturjude, der Parlamentsjude, der Theater- und Musikjude, der Cultur- und Humanitätsjude, und — was für Berlin noch ganz besonders hervorzuheben — der Communaljude.

Fast die Hälfte der berliner Stadtverordneten, ihr Vorsteher an der Spitze, sind eben Juden, und da diese fest unter sich zusammenhalten, während ihre christlichen Collegen nach Ansichten und Tendenzen vielfach getheilt sind, so dominiren die Juden in der Stadtverordnetenversammlung, und Hand in Hand gehend mit der von ihnen dirigirten Börse und Presse, dirigiren sie thatsächlich die ganze Stadtverwaltung. Folge davon, parallel mit den immer drückender werdenden städtischen Abgaben, die immer lustiger fortschreitenden städtischen Anleihen, schon in das zweite Hundertmillionen hinein. Sehr erklärlich, denn mit dem Anleihewesen wächst die Macht des Judenthums. Dazu bei allen von der Stadtverwaltung ausgehenden, oder irgendwie abhängigen materiellen Unternehmungen, die sich unter solchen Umständen wie von selbst machende Begünstigung jüdischer Bewerber, wie andererseits die fast systematische Entchristlichung der städtischen Schulen. Zumal der höheren Schulen, welche mit jüdischen Zöglingen angefüllt sind, die es sich nach-

drücklich verbitten, daß in dem Unterrichte noch irgend welche christlichen Ideen hindurchschimmern dürften. Nein, ein für allemal weg damit, um statt dessen die reine Wissenschaft und die reine Humanität zur Geltung zu bringen, deren specifische Vertreter natürlich die Juden sind. Darum werden sie auch die besten Lehrer sein. Die Bahn dazu ist gebrochen, und schon hat es sich in der Metropole der Intelligenz einmal ereignet, daß eine jüdische Lehrerin sogar christlichen Religionsunterricht ertheilte. Ueberflüssig zu sagen, daß das ärztliche Personal und die Heilanstalten von Juden wimmeln. Kommen jetzt noch die jüdischen Rechtsanwalte und Richter hinzu, denen bald vielleicht die jüdischen Ministerialräthe folgen werden, und warum nicht hinterher auch die jüdischen Minister, dann wird es in Berlin erst recht ein himmlisches Leben sein. Heißt bereits der elegante Stadttheil am Thiergarten im Volksmunde „Neu-Jerusalem“, — in Zukunft wird das ganze elegante Berlin Neu-Jerusalem sein, das Uebrige bloße Arbeiterstadt. Wie von selbst versteht sich unter solchen Umständen der tiefe Verfall des kirchlichen Lebens, der in keiner andern europäischen Hauptstadt seines gleichen hat, und wonach Berlin schon kaum noch den Eindruck einer christlichen Stadt macht.

Das ist die neue deutsche Reichshauptstadt. Drängt sich nicht die Frage auf: welcher Einfluß wohl von daher ausgehen, oder welche Art von Deutschthum das sein kann, was da zusammengebraut wird?

XII.

Die preußische Intelligenz.

1.

Führt Preußen seit Hegel den Namen des Staates der Intelligenz, so hat das insofern seinen guten Grund, als die Bildung dieses Staates, aus so geringen Anfängen und mit so geringen Mitteln, gewiß zum großen Theil auf der gouvernementalen Intelligenz beruhte. Aber damit ist auch die Art dieser Intelli-

genz bestimmt, nämlich daß sie sich vorzugsweise auf die Staatszwecke richtete. Und der oberste Zweck war hier der Staat an und für sich selbst, da er eben gewissermaßen sich selbst erst zu schaffen hatte, und zu dem Ende alle Volkskräfte für sich in Anspruch nahm. Je mehr er nun empor kam, und der neue Staatsgeist auf das Volksleben zurückwirkte, drang diese Denkweise, die sich lediglich in dem Verhältniß von Zweck und Mittel bewegt, auch in die Bevölkerung selbst ein. Die öffentlichen Lehranstalten wurden in dem Geiste geleitet, daß sie vorzugsweise brauchbare Leute für den öffentlichen Dienst bilden sollten, indessen es auf eine freie Geistesentwickelung viel weniger ankam.

Offenbar ein Zustand, welcher das Hervortreten origineller Köpfe und spontaner Geister wenig begünstigte. Auch zeugt davon unsere Literatur- und Culturgeschichte, wonach von unseren eigentlich schöpferischen Geistern vergleichsweise nur wenige geborene Preußen waren. Noch mehr, als specifische Preußen wären viele gar nicht zu denken gewesen. Wie hätte z. B. Göthe seinen Faust dichten können, hätte er sich als specifischen Preußen gefühlt? Seinem Genius widerstrebte vielmehr das Preußenthum, wie andererseits auch das Preußenthum nichts aus ihm zu machen wußte. Aus einem Schiller auch nicht, und nicht einmal aus einem Lessing, dessen kritisch reflectirender Geist immerhin dem Preußenthum schon viel näher stand. Ein Herder, geborener Preuße, fand gerade in Preußen keinen Platz für seine Ideen, und ein Humbold fühlte sich wohler in Paris als in Berlin. Alle dies sind Thatsachen, und woraus erklären sie sich, als aus dem einseitigen Wesen des Preußenthums?

Gegenüber den kleineren deutschen Staaten erschien ja Preußen freilich als etwas Großes, aber diese machten auch nicht den Anspruch als etwas Großes zu gelten, und alle Geisteskräfte für ihre speciellen Zwecke in Beschlag zu nehmen und dazu abzurichten, daher sie für die freie Geistesentwickelung einen entschieden günstigeren Boden darboten. Oder die Sache anders betrachtet, — welchen geistigen Gehalt bot das Preußenthum selbst? Enthält die preußische Staatsgeschichte allerdings einige großartige Züge, so ist das Große daran doch eigentlich dies, daß es mit vergleichsweise so geringen Mitteln geleistet wurde, nicht aber daß es an und für sich weltbe-

deutend gewesen wäre. Wer sich nun in diese Geschichte versenkt und darnach seinen Ideenkreis bildet, der mag wohl ein für den preußischen Staatsdienst sehr brauchbarer Mann werden, nicht aber was man einen großen Staatsmann oder einen großen Geist nennt, der erst noch ganz andere Anschauungen in sich aufzunehmen hätte. Welch eine Art von Geschichtsschreiber insbesondere aus specifisch preußischer Denkweise entstehen kann, zeigt Droysen in seinem vielbändigen Werke über die Geschichte der preußischen Politik, welcher er einen um so höheren Reiz zu geben vermeinte, je mehr er das thatsächlich Vorliegende in einen albernen Roman verwandelte. Nämlich in den Roman von dem Prinzen Borussus und der Prinzessin Germania, als welche von der bösen Zauberin Austria entführt und gefangen gehalten, und seitdem in einen Zauberschlaf gefallen war. Prinz Borussus, von tiefem Mitgefühl bewegt, das sich zugleich zu heißer Liebe steigerte, machte es sich daher zu seiner Lebensaufgabe die Schöne zu befreien, in der stillen Hoffnung, daß sie, wieder erwachend, ihn mit ihrer Hand belohnen würde, wie dann im Jahre 66 wirklich geschehen. Es ist lächerlich zu sagen, allein solches Zeug ist nun in Berlin gewissermaßen zur officiellen Philosophie der preußischen und deutschen Geschichte geworden. Auch dies wieder eine Illustration zu dem Geist des Berlinismus.

Thatsache ferner, daß von alle den Männern, die an dem Emporkommen des preußischen Staates gearbeitet, ein großer Theil keine geborene Preußen waren. Gewiß ein Zeichen von Staatsklugheit und ein Lob für das Preußenthum, daß es so neidlos und unbefangen fremde Talente an sich zog, aber andererseits auch ein handgreiflicher Beweis der Insufficienz seines eigenen geistigen Fonds. Ueber die Maßen erstaunlich inbesondere, daß nach der Katastrophe von 1806 nicht nur die beiden für die Wiederherstellung Preußens entscheidendsten Staatsmänner, Stein und Hardenberg, nebst einem großen Theil ihrer geistigen Gehilfen, aus dem außerpreußischen Deutschland stammten, sondern selbst auf dem militärischen Gebiete, dem eigensten des Preußenthums, ein Blücher, Scharnhorst und Gneisenau, wie heute wieder Moltke. Es scheint doch, das Preußenthum consumirt mehr Geist, als es selbst producirt. Wie also im Jahre 1806 das alte preußische Militär-

system Bankerott machte, und erst durch einen Hannoveraner reorganisirt werden mußte, so nicht minder das preußische Beamtenthum. Nur dazu war es geschult gewesen: nach gegebenen Reglements sich in feststehenden Bahnen zu bewegen, wo man aber neuer Ideen bedurfte, ging ihm sein Latein aus.

Ist der preußische Staat eine wesentlich künstliche Bildung, so sollte man wohl erwarten, daß um deßwillen die Staatswissenschaften in Preußen eine besondere Pflege gefunden hätten und fänden, allein auch dies ist keineswegs der Fall. Nicht nur daß von unseren namhaften Staatsgelehrten bei weitem die meisten aus dem außerpreußischen Deutschland stammten, sondern man scheint in Preußen an maßgebender Stelle noch bis heute nicht zu der Erkenntniß gelangt zu sein, daß überhaupt die Staatswissenschaften als ein eigener Wissenszweig angesehen und behandelt werden müßten, sondern genug, daß auf den Universitäten eine Professur der Nationalökonomie besteht, im Uebrigen mögen einige Juristen oder Philosophen sich nebenbei noch mit den Staatswissenschaften beschäftigen. So treten darum die Candidaten, in staatswissenschaftlicher Hinsicht ganz ungenügend vorbereitet, in den praktischen Uebungsdienst, wo es natürlich nur auf das unmittelbar Brauchbare ankommt. Was darüber hinausgeht, was dem Geiste einen freieren Blick gibt und höhere Gesichtspunkte eröffnet, interessirt sie wenig. Sich hinterher wissenschaftlich weiter zu bilden, dazu waren sie von vornherein zu wenig angeregt. Sehr natürlich, daß sie dann an den einmal auf der Universität eingesogenen Grundsätzen fest kleben, wie man ja heute sieht, daß das Gros des preußischen Beamtenthums noch immer im Smithianismus steckt.

War nicht auch dies wieder sehr auffallend, daß, als Preußen im Jahre 48 auf einmal constitutionell werden sollte, da ein paar rheinische Kaufleute kommen mußten, um das constitutionelle Schema zurecht zu machen? Dazu schien also die berliner Geheimeraths-weisheit nicht auszureichen. Als aber der neue Constitutionsentwurf bald darauf umgearbeitet wurde, half dabei zumeist der aus Zürich gekommene Pandectenprofessor Keller, der freilich von der Eigenthümlichkeit des preußischen Staates und dessen speciellen Bedürfnissen so viel als nichts verstand. Aehnlich, wie andererseits der Münchener Convertit Stahl, welchen damals der preußische

Conservatismus zu seinem Haupt erkor. Und was ist wohl davon zu denken, wenn man jüngsthin nach Nordamerika schickte, um sich von daher Rath über die Tabakssteuer zu holen, während doch gerade das Steuerwesen am meisten durch die eigenthümlichen Landesverhältnisse bedingt ist? Sonderbare Intelligenz, die sich so wenig selbst zu helfen wußte!

2.

Schon seit vielen Jahren hat Preußen unter seinen Ministern keinen einzigen geistig bedeutenden Mann aufzuweisen gehabt. Waren sie auch mehr oder weniger tüchtige und ehrenwerthe Staatsbeamte, so doch weder in sich selbst gegründete Charaktere, noch tief denkende Köpfe. Außer Amt getreten, versanken sie gar bald in Bedeutungslosigkeit.

Solch ein vorangegangener Zustand ist es nun, der dann die, wenn zwar nicht durch Geist so doch durch persönliche Energie hervorragende Gestalt Bismarck's so groß erscheinen ließ, wie er auch nur dadurch zu so entscheidendem Gewicht gelangen konnte, daß er nur Leute um sich fand, die nichts in sich hatten, was sie ihm hätten entgegen setzen können. Und dies wieder darum, weil überhaupt das preußische Staatswesen, in demselben Maße als es gute Beamte bildet, der Entwickelung selbständiger Staatsmänner sehr ungünstig ist. Die großen Staatsmänner waren hier in erster Stelle die großen Regenten gewesen, außer welchen nur Wenige solchen Namen beanspruchen konnten, wie auch kaum Platz dafür gewesen wäre. Sehen wir nun aber, wie es sich mit der bismarckschen Größe wirklich verhält.

Frage demnach: welches wären denn die schöpferischen Ideen, die von ihm ausgegangen? Die kleindeutsche Idee übernahm er von den Gothaern, welche sie entwickelt und verbreitet hatten, sein eigen war nur die Thatkraft und das praktische Geschick, womit er diese Idee ausführte, und wobei er noch obendrein halb Louis Napoleon nachahmte, halb Cavour. Daß diese Idee überhaupt keine wahre Lösung der deutschen Frage darbot, bleibe hier beiseite, war aber einmal das neue Reich gegründet, so handelte es sich dann weiter um die Gesetzgebung und Verwaltung, welche sich nach der Reichsverfassung in der Person des Kanzlers concentrirt.

Ist er nun der Mann des Erfolges, so wird er sich schon gefallen lassen müssen, jetzt selbst auch nach den weiteren Folgen seines Waltens beurtheilt zu werden, und liegt dann die gar nicht mehr zu verhüllende Thatsache vor, daß nach achtjähriger Existenz des neuen Reiches die Nation so wirthschaftlich als moralisch gesunken ist, und alle inneren Verhältnisse der Zerrüttung verfallen sind, — was ist demnach von den legislatorischen und administrativen Fähigkeiten des Kanzlers zu halten? Leere Ausflucht, daß es vielmehr Delbrück, Camphausen, Falk, Eulenburg u. s. w. wären, welche hier die Schuld träfe. Gewiß zwar sind das alles nur Leute von derselben Art, wie wir sie kurz zuvor charakterisirt, allein sie fungirten auch nur unter der Autorität des Kanzlers, der für alles was diese Leute im Reiche gethan, ganz ebenso verantwortlich bleibt wie der Chef eines Handlungshauses für das Thun seiner Procuristen. Hätte er sich über die Fähigkeiten seiner Leute getäuscht, so gereichte ihm eben dies zum größten Vorwurf, so gewiß, als die rechten Leute für die verschiedenen Geschäftszweige zu finden, selbst zu dem Kern aller Regierungskunst gehört.

Sollen wir nicht ferner dasselbe sagen, was wir in einer früheren Betrachtung über den Berlinismus sagten, nämlich daß der schlagendste Beweis der geistigen Insufficienz desselben das Aufkommen der Judenherrschaft in Berlin sei, oder üben die Juden im Reiche nicht fast schon denselben Einfluß wie in Berlin? Und was für staatsmännische Capacitäten müssen das wohl sein, die sich von einem Lasker und Bamberger inspiriren und düpiren ließen? Denn die sind es doch allerdings gewesen, welche, in Verbindung mit dem von ihnen geleiteten nationalliberalen Schwarm, uns das Actiengesetz, das Münzgesetz und das Bankgesetz schufen und aufdrangen, alles zu um so größerem Vortheil für das auserwählte Volk. Was für staatsmännische Capacitäten desgleichen, welche durch den Culturkampf und durch die Reptilienpresse ebenso die Entchristlichung des deutschen Volkes wie die Verjudung des ganzen deutschen Geisteslebens beförderten?

Sind auch dies wieder unumstößliche Thatsachen, — wie weit reichte demnach das große Genie des Kanzlers, als daß er allerdings mit Hilfe der Armee große diplomatische Coups auszuführen verstand? Das soll ihm unbestritten bleiben. Wozu half uns aber

die kriegerische Gloire und die erhöhte Machtstellung Deutschlands, wenn die deutsche Nation für alle die Opfer, die sie im Kriege gebracht, und für die drückenden Militärlasten, die sie seitdem zu tragen bekam, nur um so mehr dem Ausbeutungssystem und dem Herrschaftsgelüste der Juden verfiel? Ei, so mag doch hinfort die Judenschaft den St. Sedanstag feiern, wer ein ehrlicher und nicht ganz auf den Kopf gefallener Deutscher ist, hätte den Tag weit eher als einen nationalen Trauertag anzusehen, als von woher der wirthschaftliche und moralische Niedergang der Nation und die Zersetzung des deutschen Geistes durch den Judengeist datirte.

Aber nicht nur mit Trauer erfüllen sollten uns solche Zustände, sondern noch mehr sollten sie uns zum Nachdenken darüber veranlassen, wie es denn geschehen konnte, daß hinterher alles so ganz anders gekommen, als man von der Errichtung des neuen Reiches erwartet hatte? Das mag verschiedene Ursachen haben, eine Hauptursache liegt aber jedenfalls darin, daß der Kanzler und thatsächliche Begründer dieses neuen Reiches, vor welchem die Nation bewundernd auf den Knieen lag, doch wirklich lange nicht das große Genie war, wofür man ihn bisher gehalten, und was er ja nothwendig auch sein müßte, wenn sich in seiner Person die ganze Reichsregierung concentriren soll. Es ist hohe Zeit darüber zum Bewußtsein zu kommen. Gilt aber dieser Mann jedenfalls für den Heros des Preußenthums, so liegt eben darin auch der thatsächliche Beweis, daß das Preußenthum keineswegs den geistigen Fond besitzt, der zur Begründung eines neuen Deutschlands erforderlich wäre. Es werden vielmehr Ideen dazu gehören, die erst von einem Standpunkte aus zu gewinnen und zu erfassen sind, der hochhinaus über dem Preußenthum liegt.

3.

Berauscht von seinen militärischen Erfolgen, täuscht sich das Preußenthum nicht nur über seine Befähigung zur Lösung der deutschen Frage, sondern es sieht nicht einmal, wie es durch die Stellung, die es seitdem in Deutschland eingenommen, und die ihm zunächst als eine außerordentliche Machterhöhung erscheint, vielmehr *seine eigene Existenz untergräbt*. Gleichwohl ist das einleuchtend genug.

Mag doch Preußen einstweilen in Deutschland allmächtig sein,

je mehr es sich infolge der neuen Reichsverfassung mit dem übrigen Deutschland verquickt, um so mehr dringen von da aus gar nicht abzuweisende Einflüsse in das Preußenthum ein. Ganz ähnlich wie, wenn zwei Stoffe sich chemisch verbinden, nicht blos der erste auf den zweiten wirkt, sondern ebenso der zweite auf den ersten. So vermischen sich denn heute im Reichstage die preußischen Abgeordneten mit den außerpreußischen, eine specifisch preußische Parteibildung kann es da nicht mehr geben, und was immer vom Reichstag ausgehen mag, specifisch preußisch kann es nicht mehr sein. Nun aber sind doch die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung, einschließlich des Steuerwesens, auf den Reichstag übergegangen, und rücksichtlich aller dahin gehörenden Angelegenheiten ist Preußen so wenig mehr Herr im eigenen Hause als die übrigen Reichsstaaten. Schon mußte es um der neuen Reichseinheit willen seine eigene Justizorganisation aufgeben, und bald wird noch sein Landrecht folgen, diese Geistesschöpfung des großen Friedrich, woran der specifisch preußische Staatsgeist seinen wichtigsten Anhalt fand. Welche Folgen muß das hinterher haben! Ferner greift die Reichskanzlei überall in die Wirkungssphäre des preußischen Behördensystems ein, worauf doch der preußische Staatsorganismus so wesentlich beruhte. Jetzt wird dieses System durchbrochen und zersetzt sich in sich selbst, indem die Behörden schon nicht mehr recht wissen, ob sie mehr auf die Reichskanzlei oder auf die preußischen Ministerien blicken sollen. Und so weiß auch das preußische Volk nicht mehr, ob sein wahres Oberhaupt der König von Preußen oder der deutsche Kaiser ist. Je mehr es nun kaiserlich gesinnt werden möchte, um so mehr wird es ja aufhören sich preußisch zu fühlen. Und was heißt das, als daß das Preußenthum in sich selbst verschwindet?

Ueber die Maßen erstaunlich, daß man in den preußischen Regierungskreisen gar nicht merken will, was sich da eigentlich im Innern des Staates vorbereitet. Aber es scheint wohl, die Philosophie des Unbewußten, die — wie bezeichnend! — fast gleichzeitig mit dem System von 66 aus dem Schooße des Berlinismus hervorging, spukt auch schon in diesen Kreisen, und so arbeiten die Leute rüstig fort — an der Untergrabung des Preußenthums. Die preußische Intelligenz hat in ihnen übergeschnappt, sie leidet an der Gehirnkrankheit.

So urplötzlich freilich ist es nicht dahin gekommen, die Verwirrung entwickelte sich allmälig. Ihr wahrer Anfang datirt von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV., unter dessen Regierung das Preußenthum zuerst an sich selbst irre wurde. Denn die Denkweise dieses Königs paßte überhaupt nicht zu dem Wesen des preußischen Staates, worüber er sich in den abenteuerlichsten Vorstellungen erging. Es sei Gottes Wille gewesen, sagte er, Preußen durch das Schwert groß zu machen. Der große Kurfürst wie der alte Fritz, nebst ihren Generälen, hatten nichts dazu gethan, die äußeren Umstände, durch welche die Sache allein möglich geworden, bedeuteten auch nichts. Es fehlte diesem König eben gänzlich an dem Talent der politischen Analyse, wie desgleichen an der Neigung dazu, sein Geist war auf ganz andere Dinge gerichtet. Auf kirchliche Fragen wie auf die Ergründung dunkler Bibelstellen, auf das Gebiet der Kunst und Kunstgeschichte, worüber er gar viel studirt. Mit den Staatswissenschaften hingegen dürfte er sich nur wenig beschäftigt haben, am allerwenigsten mit dem ökonomistischen Zweige derselben, indem die dahin schlagenden Angelegenheiten ihm wohl von vornherein als unter seinem erhabenen Standpunkt zu tief liegend erscheinen mochten. Nun, ich meine, zu einem christlichen König, der er vor allem sein wollte, hätte wohl auch die Sorge gehört, daß das Volk zu leben habe. Jedenfalls wäre daran zu denken passender für einen christlichen König gewesen, als die Einrichtung eines glänzenden luxuriösen Hofwesens, dem es freilich an spirituellen Unterhaltungen nicht fehlte, indessen man sich da andererseits über die materiellen Zustände des Volkes so wenig unterrichtet erwies, daß ganz unversehens in Schlesien — es war das Vorjahr von 48! — der Hungertyphus ausbrechen konnte.

Ueberhaupt zeigte sich recht augenfällig an diesem Könige, wohin die trübe Vermischung religiöser Gefühle und religiöser Betrachtungsweise mit der Behandlung weltlicher Angelegenheiten führt, welche nach menschlichem Maßstab zu messen und mit klarem Verstand in Angriff zu nehmen sind, statt dessen dann ein clair-obscur entsteht, in welchem sich alle Begriffe verwirren. In solcher Geistesverfassung also, erschien ihm Preußen kurzweg als eine göttliche Stiftung, und ganz folgerichtig verhielt es sich desgleichen mit den

preußischen Provinzialverfassungen, mit den Kreisständen nebst ihren ritterschaftlichen Virilstimmen und mit der Patrimonialjustiz, — das alles hatte der liebe Gott so geordnet. Darum mußte es natürlich so bleiben, und dazu war der König von dem lieben Gott mit der Krone belehnt, daß er diesen gottgewollten Zustand aufrecht erhalte. Hatte der alte Fritz, der wohl einigermaßen wissen mußte, wie der preußische Staat wirklich zu Stande gekommen und worin die Springfedern desselben lägen, sich selbst nur den ersten Diener des Staates genannt, — jetzt wollte der König vielmehr als der Bevollmächtigte Gottes gelten, und als eine Art von Mittelwesen zwischen Gott und dem Volke dastehen. War ferner der preußische Staat eine wesentlich moderne Bildung, und also sein Emporkommen zugleich ein fortwährendes Heraustreten aus dem Mittelalter gewesen, und war dann auch durch die Gesetzgebung nach dem Jahre 1806 der noch vorhandene Ueberrest des Feudalismus grundsätzlich beseitigt, so daß der natürliche Fortschritt nur sein konnte, die damals begonnene Reform weiter zu führen, — jetzt sollte vielmehr eine im Geiste der Romantik gedachte Restauration beginnen. Das hieß denn doch der nüchternen rationalistischen Denkweise, welche das specifische Preußenthum und insbesondere das berliner Volk charakterisirt, zuviel zugemuthet. Es war, wie wenn Wasser und Feuer zusammen käme, und so mußte wohl eine Explosion daraus entstehen.

Da auf einmal schien der Sinn des Königs wie umgewandelt. Statt einer romantisch aufgeputzten feudalistischen Verfassung wurde eine wahrhaft constitutionelle Verfassung verheißen, auf breitesten Grundlagen. Dazu hörten wir die Worte „Preußen geht fortan in Deutschland auf — d. h. mit dem specifischen Preußenthum ist es vorbei — und stellt sich an die Spitze der Bewegung“. Ach aber, was sind Worte! Die Bewegung verlief im Sande, und was aus den Wellen wieder hervortauchte, war richtig wieder das specifische Preußenthum, welches einstweilen die Deutschthuerei gründlich satt bekommen. Es „kehrte um“, that in Olmütz „Buße“ und „brach mit der Revolution“, um hinfort statt an der Spitze der Bewegung vielmehr an der Spitze der Reaction zu stehen, die dann acht Jahre lang ihr Amt verwaltete. Man weiß wie.

Darauf wieder ein anderes Bild, indem jetzt vielmehr wieder mit der Reaction gebrochen und dafür eine „neue Aera" proclamirt wurde, mit der Perspective auf „moralische Eroberungen". Dauerte vier Jahre, um mit kläglichsten Resultaten und in allgemeiner Mißachtung zu endigen, worauf die neue Aera in die „Conflictsperiode" überging. Da nichts mehr von moralischen Eroberungen, sondern „Blut und Eisen", um „schlechte Grenzen" zu verbessern und die „zu viele Bildung" los zu werden, welche dem Staate der Intelligenz lästig und anstößig geworden. Darum, nach dem Kampfe mit dem Abgeordnetenhause, mit Hurrah auf die Schlachtfelder in Dänemark, Böhmen und Frankreich!

Welche Wechsel der gouvernementalen Ansichten in diesen dreißig Jahren! Muß nicht ein Staat, der so aus einem Gegensatz in den anderen fällt, das Bewußtsein über sein eigenes Wesen und über seinen wahren Beruf einigermaßen verloren haben? Denn, daß alle dies so geschah, wird gewiß nicht blos an den Personen liegen, die jeweilig das Ruder führten, und in welchen sich vielmehr nur die innere Unklarheit und Unsicherheit des Preußenthums selbst offenbarte.

Es scheint wohl, das Preußenthum ist an seine Grenze gelangt, es kann in der Richtung, die mit dem großen Kurfürsten begann, sich nicht mehr fortbewegen. Diese Periode ist abgelaufen. Die Freiheitskriege bildeten ihr letztes glänzendes Resultat, welches dann noch bis zu Ende der Regierung Friedrich Wilhelm's III. seine Nachwirkungen äußerte. Von da aber machten sich Bedürfnisse geltend, die nur auf neuen Wegen zu befriedigen waren. Waren nun diese Wege noch nicht gefunden, so schwankte man eben infolge dessen aus dem Einen in das Andere, bis man zuletzt in den radicalen Widerspruch verfiel, daß dasselbe Preußen, welches zwei Jahrhunderte lang daran gearbeitet, sich zu einem eigenartigen Staate zu gestalten, vielmehr mit allen Kräften beflissen scheint, seine eigene innere Auflösung vorzubereiten.

Vermeint also das Preußenthum die deutsche Frage gelöst zu haben, die es in Wirklichkeit nur in eine grundfalsche Richtung gebracht, so hat es andererseits seine eigene Fortexistenz fraglich gemacht. Wir stehen damit vor der preußischen Frage, deren Lösung auch erst die Lösung der deutschen Frage ermöglichen wird,

da beide seit 66 untrennbar verbunden sind. Die preußische Frage aber bedeutet hier nichts anderes, als die Frage nach dem wahren deutschen Beruf Preußens. Denn es wird sich zeigen, wie sehr Preußen eben dadurch in Widerspruch mit seinen eigenen Existenzbedingungen gerieth, daß es seinen wahren deutschen Beruf verkannte, welchem nachzugehen ebenso seinen eigenen Interessen als den allgemein deutschen Interessen dienen würde.

XIII.

Preußens wahrer deutscher Beruf.

1.

Welche Selbstüberhebung des Preußenthums, wenn es daran denken wollte, sich Deutschland zu incorporiren! Dazu ist Deutschland nicht nur zu alt und zu groß, sondern wohl auch zu gut, um zuletzt im Preußenthum aufzugehen. Auch würde Preußen, was es so in sich aufgenommen, hinterher nicht verdauen können, die Augen wären da größer gewesen als der Magen. Andererseits aber darf man auch dem preußischen Staate, nachdem er sich seit zwei Jahrhunderten zu einem so eigenthümlichen Wesen herausgebildet und sich zu einer so angesehenen Stellung in Europa erhoben hat, nicht zumuthen wollen, jetzt seine eigene Existenz aufzugeben, um kurzweg in Deutschland aufzugehen.

Möglich wäre es ja immerhin, daß eine so künstliche Bildung, wie der preußische Staat ist, hinterher wieder verschwände, allein was würde daraus entstehen? Nichts anderes als eine Masse, die weder deutsch noch preußisch wäre. Eine Masse, in welcher dann die ganze deutsche Staatenbildung sich in einen halt- und gestaltlosen Brei verwandelt hätte, lediglich noch brauchbar dazu, durch eine Volksrevolution in neue Formen ausgeprägt zu werden. Wir ständen vor der Perspective einer unberechenbaren Zukunft. Wollen wir dem entgehen, so muß ein Weg gefunden werden, wodurch einerseits den Forderungen einer deutschen Nationalentwickelung Genüge

zu leisten, und andererseits der Fortbestand des preußischen Staates zu ermöglichen ist. Auf Grundlage des Systems von 66 wäre freilich nie dahin zu gelangen, sondern da bliebe wirklich keine andere Aussicht, als daß entweder Deutschland preußisch würde, oder Preußen sich in Deutschland auflöste. Aber darum eben muß dies System als radical verfehlt erkannt werden. Fragen wir nun zuvörderst, wodurch man in jenes verhängnißvolle Dilemma gerieth, so ist der tiefste Grund in der falschen Ansicht von der preußischen und deutschen Geschichte zu suchen, worüber wir uns in früheren Betrachtungen geäußert. Indem man nämlich die Bedeutung des deutschen Colonisationsprocesses und des damit gegebenen Unterschiedes zwischen dem östlichen und westlichen Deutschland verkannte, verkannte man auch die wahren Grundlagen und den wahren Beruf des preußischen Staates. Will sagen: daß seine wirkliche Basis in seinen östlichen Provinzen liege, und daß er, wie er aus der deutschen Nordmark hervorging, so auch principaliter zur Wirkung nach Norden und Osten bestimmt sei. Täuschte man sich aber über diese handgreiflichen Dinge, so entsprang das wieder daraus, daß man die deutsche Reichsgeschichte nicht bis auf ihren Ursprung verfolgte, sondern lediglich nach den letzten Jahrhunderten urtheilte, wo es denn freilich vorlag, wie die Mark Brandenburg immer mehr Landgebiete in dem alten westlichen Deutschland gewann, und der dadurch entstandene neue preußische Staat tief in die Geschicke desselben eingriff. Ich meine aber, wäre das schon entscheidend, so besaß ja Oesterreich früherhin nicht minder Länder in Schwaben und am Oberrhein, wie es auch zwei Jahrhunderte lang, bis zum Emporkommen Preußens, die unbestrittene Hegemonie in Deutschland geübt. Allein das Eine wie das Andere bezeichnete doch eben den Verfall der deutschen Nationalentwickelung, und galt es eine wahre Wiederherstellung Deutschlands, so mußte hier ein Umschwung eintreten, wodurch das alte westliche Deutschland wieder zu gebührender Ehre und Geltung kam.

Daß es wirklich nur die östlichen Provinzen sind, wo das Preußenthum seinen eigentlichen Boden hat, bestätigt sogar die preußische Geschichte selbst. Ging doch nach der Katastrophe von Jena alles Land links von der Elbe verloren, indessen der Staat bestand fort, und die ihm gebliebenen östlichen Provinzen gaben ihm

die Kraft sich wieder zu erheben. Von seinen westphälisch-rheinischen Provinzen aus, und was Preußen sonst noch links von der Elbe an Landgebiet besessen, wäre daran nie zu denken gewesen, alle dies war in dieser Hinsicht wie gar nicht vorhanden. Wären ihm hingegen alle jene westlichen Provinzen geblieben, statt dessen aber die Mark Brandenburg genommen, so bedeutete das kurzweg seine Auflösung. Oder wäre ihm auch nur die heutige Provinz Ostpreußen genommen, so blieb es doch darniederliegen, denn von da aus erfolgte bekanntlich seine Wiedererhebung. Sonderbare Historiker diese Gothaer, die für so bezeichnende Ereignisse kein Auge haben!

Anerkannt also, daß das specifische Preußenthum seinen eigentlichen Sitz nur in den Ostprovinzen hat, so verschwindet damit auch zum guten Theil der Eindruck des Künstlichen, den sonst die Bildung dieses Staates macht. Ja, es wird erst recht begreiflich, wie er nur überhaupt entstehen konnte, was ohne alle natürliche Basis, trotz Intelligenz und Thatkraft, unmöglich gewesen wäre. Diese östlichen Provinzen aber hatten wirklich einen natürlichen Zusammenhang, nicht nur geographisch, sondern auch ethnographisch und geschichtlich. Denn überall ist die dortige Bevölkerung ein aus deutschen und slawischen Elementen erwachsenes Mischvolk und insofern homogen. Der Pommer, der Brandenburger und der Schlesier unterscheiden sich sehr viel weniger von einander, als sie sämmtlich sich von dem Westphalen und Rheinländer unterscheiden. Und wie ihre materiellen Interessen nach Osten weisen, so sind diese Landschaften auch durch ihre historischen Erinnerungen mehr mit dem nordöstlichen Europa verflochten als mit der alten Kaisergeschichte, die im westlichen Deutschland spielte. Gehörten doch die heutigen Provinzen Ost- und Westpreußen überhaupt nie zum deutschen Reiche, Schlesien nur mittelbar als böhmisches Hinterlehn. Waren aber zwar Brandenburg und Pommern directe Reichsländer, so hat doch das alte Kaiserthum da nie etwas bedeutet. Der brandenburgische Markgraf Waldemar, der den Namen des Großen führt, kümmerte sich s. Z. kaum mehr um Kaiser und Reich als später der große Friedrich. Pommern ist für die Reichsgeschichte stets nur ein passives Element gewesen, kein Kaiser hat es je betreten.

Hatte nun die alte Kaiserzeit in allen diesen östlichen Provinzen keinen Eindruck hinterlassen, so machten darum die Thaten der

späteren brandenburgisch-preußischen Regenten dort einen um so tieferen Eindruck. Die Bevölkerung erfüllte sich mit dem Geiste des specifischen Preußenthums. Und so sind auch die dortigen socialen Verhältnisse der Art, daß der militärstaatliche Charakter Preußens ganz dazu paßt. Zumal was das platte Land betrifft, wo überall die Rittergüter in den Vordergrund treten, und wo zwischen dem Landadel und der übrigen Landbevölkerung noch immer fast ein Verhältniß besteht, wie zwischen Officieren und gemeinen Soldaten. Es ist der Geist dieses kleinen preußischen Landadels, der bestimmend auf den Geist des ganzen preußischen Officiercorps einwirkt, das sich auch seinem Kerne nach noch immer von da aus ergänzt. Unabhängigkeitsgefühl und Sinn für politische Freiheit besitzt dieser kleine Landadel nur sehr wenig, die bäuerliche Bevölkerung natürlich noch viel weniger. Wird nun zugleich auch das für die gesammte Staatsverwaltung so wichtige Landrathsamt ganz vorzugsweise aus diesem kleinen Landadel besetzt, so ergibt sich daraus eine von oben herab regierte Bevölkerung, die es selbst gar nicht anders gewohnt ist, als ihre Impulse von oben herab zu empfangen. Da ist kein günstiger Boden für eine parlamentarische Entwickelung, vielmehr der günstigste Boden für ein straffes militärisches Regiment.

Nur auf diesem Gebiete also kann darum auch in Zukunft eine specifisch preußische Entwickelung stattfinden, und ein eigentlich preußisches Staatswesen fortbestehen. Auf dem Gebiete links von der Elbe ist das von jetzt an unmöglich geworden. Um dies zu um so deutlicherer Erkenntniß zu bringen, wollen wir uns in der Kürze den Gang der Ereignisse vergegenwärtigen, woraus zuletzt die heutige Lage der Dinge hervorging.

2.

Es ist bereits in früheren Betrachtungen gezeigt worden, welche besondere Umstände es allein möglich machten, daß in der Bildung des preußischen Staates so heterogene Elemente zusammengebracht und hinterher durch die Regierungsgewalt zu einem Ganzen verschmolzen wurden. Wirklich ging es aber doch nur langsam damit. Auch verlangte man zunächst nichts weiter, als daß alle diese zerstreuten Landschaften, vom Niemen bis über den Rhein, der einen und selben Obergewalt gehorchten, Rekruten stellten und Steuern

zahlten, im Uebrigen blieben sie einstweilen in ihrer früheren Abgesondertheit. Noch unter dem großen Friedrich behielten sie ihre besondere Verwaltung, ihr besonderes Recht, und — freilich mit sehr verringerter Competenz — ihre besonderen Landstände. Auf dem deutschen Reichstage, wie auf den Kreistagen, figurirten sie noch als besondere Reichsländer, deren Stimmen der König von Preußen führte, der aber in Beziehung auf Reichsangelegenheiten nur als der Kurfürst von Brandenburg galt, als der Herzog von Pommern, von Magdeburg &c. Für das deutsche Reich bestand also rechtlich noch kein preußischer Staat.

Zur rechtlichen Existenz in Deutschland gelangte er erst nach Auflösung des Reiches und dann durch die Reconstruction im Jahre 1815. Von da an verschwanden großentheils die alten historischen Namen der einzelnen Gebiete, es gab nur noch nach gouvernementalen Zweckmäßigkeitsrücksichten gebildete Provinzen, die zwar hinterher ihre Provinzialstände erhielten, welche aber sehr wenig bedeuteten. An Stelle der ehemaligen Provinzialminister traten lediglich Fachminister, die von Berlin aus, je nach ihrem Ressort, das ganze Ländergebiet als einen einheitlichen Körper behandelten. Das ergab den vollendeten und in seiner Art bewundernswerthen Militär- und Beamtenstaat, wie er in der zweiten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelm's III. bestand.

So recht ein preußischer König, der das in dem Militärstaat unvermeidlich liegende Harte, wie überhaupt die schroffen Seiten des Preußenthums, durch sein schlichtes bürgerliches Wesen wie durch sein Gerechtigkeitssinn vergessen machte, und sich dadurch ebenso die Liebe seines Volkes erwarb, als er auch in ganz Deutschland, wo er keine dominirende Stellung beanspruchte, in hoher Achtung stand. Fehlte es auch nicht an mancherlei Mißgriffen, wie namentlich in der Demagogenverfolgung und in der Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten, so darf man diese Regierung, die zugleich nicht wenig zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen, doch gewiß als eine gesegnete bezeichnen. Sie hinterließ im Ganzen einen klaren und wohlthuenden Eindruck. Wessen Erinnerung noch bis dahin zurückreicht, der wird wissen, wie sehr viel anders das damalige Preußenthum war als das heutige. Sich zwar in keinem weiten Ideenkreise bewegend aber eine charakter-

volle Erscheinung, ein Wesen, auf das man sich verlassen konnte, das keine Seitensprünge liebte. Die preußische Verwaltung galt damals als die bestgeordnete in ganz Europa, sie verfolgte entschieden humane Tendenzen und wirkte bildend.

Diese Regierung also war die Blüthezeit des eigentlich preußischen Staates. Der war jetzt an sein Ziel gelangt, und mit dem Tode dieses Königs begann seine innere Zersetzung. Den ersten Anstoß dazu gab der neue König selbst.

Ohne Zweifel fühlte Friedrich Wilhelm IV. sich mehr deutsch als preußisch. Er wollte das deutsche Wesen zu Ehren bringen. Natürlich, wie er es eben auffaßte, d. h. romantisch mittelalterlich gefärbt. So träumte er denn von einem großen einigen Deutschland, verworrenen Geistes aber, wie er zeitlebens war, und dadurch aus einem Widerspruch in den anderen gerieth, wollte er in dem großen Deutschland doch zugleich auch ein großes Preußen, ohne je zu untersuchen, wie das zusammenpassen oder zusammenpassend gemacht werden könnte. Statt dessen machte er selbst gerade das Zusammenpassen unmöglich. Dadurch nämlich, daß er für die westlichen und östlichen Provinzen eine gemeinsame ständische Vertretung begründen wollte, worauf alsbald die gemeinsame nach modernen Begriffen gebildete Constitution folgte, die das einheitliche und untheilbare Preußen schuf, und so der nationalité prussienne erst den vollen staatsbürgerlichen Charakter gab. Was folgte daraus?

Sollten demnach die Rheinländer und Westphalen ganz in demselben Sinne Preußen werden, wie die Brandenburger und Pommern, so war durch dieses Preußenthum im ganzen nördlichen Deutschland dem Deutschthum gewissermaßen der Hals eingeschnürt. An eine deutsche Nationalentwickelung war da nicht mehr zu denken. Die wäre hingegen nur möglich gewesen, wenn die Westprovinzen, anstatt sie um so inniger mit dem östlichen Theile der Monarchie zu verbinden, vielmehr ausdrücklich davon abgetrennt, und als ein besonderes deutsches, mit Preußen nur in Personalunion stehendes Land constituirt wurden.

Ich sage aber noch mehr: eben dies wäre zugleich die unerläßliche Bedingung gewesen, um für das specifische Preußenthum eine Fortentwickelung zu ermöglichen, die allein in dem öst-

lichen Theile der Monarchie stattfinden konnte. Da mochte in den Provinzen eine ständische Verwaltung eintreten, und so in gewissem Umfange die öffentliche Freiheit begründet werden. Das war mit dem preußischen Staatswesen wohl vereinbar, konnte es ebenso veredeln wie kräftigen. Unvereinbar, aber war damit der französische Constitutionalismus, der die Volksfreiheit vielmehr auf die Basis der sogenannten Legislative stellt, wonach sie ihren Concentrationspunkt in einer durch Kopfzahlwahlen gebildeten discutirenden Versammlung findet. Diese unpreußische Idee war nun gerade durch die Westprovinzen in die Ostprovinzen eingedrungen, und von daher insbesondere der dem Charakter wie den Lebensbedingungen des preußischen Staates durchaus widersprechende rheinische Bourgeoisie-Liberalismus. In seinem tiefsten Wesen alterirt wurde dadurch das alte Preußenthum. Ja, in mancher Hinsicht entsprangen offenbare Rückschritte daraus. So sank damit insbesondere auch der unter Friedrich Wilhelm III. emporgekommene und für das Preußenthum so wichtige wissenschaftliche Geist, dem zunächst schon Friedrich Wilhelm IV. einen tendenziösen Charakter einimpfen wollte, und der dann je mehr und mehr dem Parteigeist Platz machte. Seichtes Geschwätz gewann die Oberhand, die Regierung und Gesetzgebung gerieth unter den Einfluß der Judenpresse, welche schließlich noch das ganze alte Preußenthum ebenso innerlich zu Grunde richten wird wie das Deutschthum. Dies hier beiläufig.

Konnte also Friedrich Wilhelm IV. das nicht über sich gewinnen, die preußischen Westprovinzen zu einem besonderen deutschen Lande zu constituiren, — dann auch kein Wort mehr von deutscher Nationalentwickelung! Man durfte lediglich von preußischer Staatsentwickelung sprechen, für welche Deutschland nur als Material galt, indessen hingegen für eine deutsche Nationalentwickelung selbst das Material immer mehr verschwand, indem ein immer größerer Theil der deutschen Nation preußisch wurde. Und liegt es nicht auf der Hand, wenn erst die Rheinländer und Westphalen eben so preußisch geworden waren als die Brandenburger und Pommern, daß hinterher die Hannoveraner und Hessen noch viel eher preußisch werden konnten, und nach dem natürlichen Zug der Dinge unvermeidlich werden mußten?

Ferner dann: die Erwerbung der hohenzoller'schen Lande, die sofort auch wieder zu einem integrirenden Theil des preußischen Staates gemacht wurden, — war das etwa ein Mittel zur Beförderung einer deutschen Nationalentwickelung oder nicht vielmehr ein neues Hinderniß? Dazu ein offenbarer Rückfall in das feudal-patrimonialstaatliche Princip, welches doch vielmehr zu überwinden war, daß diese Ländchen, welche mit dem Preußenthum absolut keine innere Gemeinschaft hatten, jetzt gleichwohl preußisch werden mußten, weil von daher die preußische Dynastie stamme! Desgleichen ferner die Erwerbung am Jhadebusen, was bedeutete sie, als das Streben nach Machterweiterung in Deutschland? Und was endlich waren vor allem die damals gescheiterten Unionsversuche, wenn nicht die Vorläufer zur Begründung des heutigen kleindeutschen Reiches?

Genug, man urtheile über das System von 66 wie man wolle, so viel steht unstreitig fest, daß, wer es vorbereitet hat, Niemand anders gewesen als Friedrich Wilhelm IV., so daß Bismarck im Wesentlichen nur ausgeführt, wozu ihm dieser König, welchem er auch selbst seine Carrière verdankt, schon die Wege gewiesen hatte. Der einzige Unterschied bleibt nur, daß Friedrich Wilhelm IV. vor Gewaltmitteln zurückschreckte. Er wollte gewissermassen die deutschen Mittelstaaten in die Union hineincomplimentiren, und Oesterreich aus Deutschland hinauscomplimentiren, und mit Complimenten war das freilich nicht zu bewirken. Bismarck hingegen dachte: wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen, darum „kommst du nicht willig und gehst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Da ging es denn, statt des Gefechtes bei Bronzell und im Kassler Löwen, bei Langensalza und in Böhmen etwas schärfer her. Gewiß, alte deutsche Fürstenhäuser zu entsetzen, wäre für Friedrich Wilhelm IV., zufolge seiner legitimistischen Ansichten und seines persönlichen fürstlichen Gefühls, eine moralische Unmöglichkeit gewesen, aber selbst Bismarck, dem dieses Gefühl natürlich fehlte, und der von legitimistischen Scrupeln nichts wußte, hätte daran wohl auch nicht gedacht, wenn sich die betreffenden Fürsten nur seinen Projecten gefügt hätten. Da sie das aber nicht thaten, schien ihm freilich eine günstige Gelegenheit gegeben, die Länder derselben nach dem Eroberungsrechte

für Preußen in Besitz zu nehmen, um jetzt mit Blut und Eisen die schlechten Grenzen zu verbessern.

So wurde denn die große Lücke zwischen den östlichen und westlichen Provinzen — eine Lücke, so verhängnißvoll wie die berüchtigte preußische Verfassungslücke, durch welche bekanntlich die Armeereorganisation hindurchschlüpfte, welche sich hinterher selbst als eine Vorbereitung zu 66 erwiesen, — so wurde jetzt diese Lücke endlich glücklich ausgefüllt. Ist aber der preußische Staat dadurch zu größerer Consistenz gelangt? Ich behaupte das Gegentheil, sondern die neuen Provinzen, Hannover und Hessen, die hier als Lückenbüßer dienten, werden hinterher als ein Dissolvens wirken. Möchte auch die dortige Bevölkerung ihr Hannoveranerthum und Hessenthum vergessen, preußisch wird sie sich niemals fühlen. Denn nachdem man doch von Berlin aus deutschnationale Tendenzen vorgeschützt, werden diese Bevölkerungen auch schlechtweg deutsch sein wollen, und so nur dazu dienen, auch in den Westphalen und Rheinländern, die ihnen innerlich viel verwandter sind, als den Brandenburgern, Pommern u. s. w. das preußische Gefühl abzuschwächen, und das rein deutsche Gefühl zur Herrschaft zu bringen. Was heißt das aber, als daß dann zwischen der westlichen Hälfte der Monarchie und der östlichen Hälfte, wo das specifische Preußenthum vorherrscht, eine innere Spannung entstehen wird, die sich bald genug zum Gegensatz steigern dürfte.

Schon heute liegt vor Augen, wie sehr der preußische Staat seitdem an innerer Haltung verloren hat. Dem Parteiwesen verfallen, und durch seine Verquickung mit dem Reiche um alle Freiheit seiner inneren Entwickelung gebracht, zeigt er überhaupt keinen ausgeprägten Charakter mehr. Schon ist er fast nur noch ein durch die Regierungsgewalt zusammengehaltener Machtklumpen, in welchem doch die innere Unruhe, die innere Verwirrung und die inneren Widersprüche dergestalt wachsen, daß Niemand mehr recht zu sagen weiß, was eigentlich zu geschehen hätte, um wieder zu klaren und gesicherten Zuständen zu gelangen. Der innere Zersetzungsproceß hat also begonnen, und wird der erst zur vollen Stärke gelangt sein, was nicht gar lange mehr währen dürfte, so fällt das Ganze auseinander in einen specifisch preußischen und in einen deutschen Theil. Das wäre dann das Schlußresultat der „großen Erfolge“.

3.

Wie viel besser stände es heute zugleich um Preußen wie um Deutschland, hätte Preußen die Anstrengungen und Mittel, welche es auf territoriale Erwerbungen und Machterweiterungen in Deutschland verwandte, vielmehr auf die Cultivirung und wirthschaftliche Entwickelung seiner eigenen östlichen Provinzen verwandt, die offenbar in beider Hinsicht gegen das alte westliche Deutschland noch erheblich zurückstehen. Und zwar zurückstehen gutentheils eben deshalb, weil ihre Interessen von Seiten der Regierung zurückgesetzt wurden, welche statt dessen vor allem darauf ausging eine Herrschaft über das übrige Deutschland zu gewinnen.

Kein Kummer darum, daß die große Masse des Volkes in dem östlichen Preußen entschieden viel roher blieb und sich in viel dürftigeren Lebensverhältnissen befand, als das Volk links von der Elbe. Für das Kriegswesen schien darauf nichts anzukommen. Für dieses erschienen dann auch — beiläufig bemerkt — die Unterofficiere viel wichtiger, als die Schulmeister. Ist es nicht aber geradezu eine Satyre auf den Staat der Intelligenz, wenn wegen Mangels an Lehrern Tausende von Schulstellen nur halb versehen oder ganz unversehen bleiben, und wenn die Volksschulen in dem östlichen Preußen noch so dürftig ausgestattet sind und so geringe Resultate liefern, daß dort die Zahl der Analphabeten bei weitem größer ist, als im übrigen Deutschland? Hat gleichwohl Bismarck über die schon zu viele Bildung geklagt, so war es eben der Geist des östlichen Preußenthums, welcher da aus ihm heraussprach. Ein Stein und Hardenberg, welche in einer anderen Atmosphäre erwachsen waren, würden sich nie so geäußert haben. Was wäre nun für den Fortschritt der deutschen Bildung zu erwarten, wenn dieses östliche Preußenthum die Herrschaft über ganz Deutschland übte?

Daß die wirthschaftlichen Zustände in den preußischen Ostprovinzen noch einer großen Verbesserung fähig wären, würden nur die gehörigen Mittel darauf verwandt, bestätigen alle Diejenigen, welche diese Landschaften näher kennen. Wie wenig Interesse aber an entscheidender Stelle dafür besteht, statt dessen man immer nach Westen blickt, davon ließen sich Belege genug anführen. Hier nur als das augenfälligste und zugleich für die preußische Politik sehr charakteristische Zeichen der Verirrung, was durch die sonderbare

Weise hervortrat, in welcher man die Begründung einer Kriegsmarine begann. Nämlich mit Erwerbung eines Hafenplatzes am Jhadebusen.

Die Hauptabsicht scheint dabei weit weniger auf eigentlich maritime Zwecke gerichtet gewesen zu sein, als auf die Gewinnung eines neuen Stützpunktes zur Beherrschung des nordwestlichen Deutschlands. Denn unter rein maritimem Gesichtspunkt wäre zuvörderst zu bemerken, wie das dort erworbene Terrain an der Jhade fast mit allen Fehlern behaftet war, welche der Anlage eines Kriegshafens entgegenstehen, d. i. schlechtes Fahrwasser, schlechter Baugrund und gänzlicher Mangel an Trinkwasser. Weiter aber — wie konnte man die Begründung einer preußischen Marine von einem Punkte aus beginnen, wo man doch selbst keine Küste, keine seefahrende Bevölkerung besaß? Jede Kriegsmarine bleibt eine Treibhauspflanze, wo sie nicht aus der Handelsschifffahrt erwächst, und folglich konnte die maritime Entwickelung Preußens naturgemäß nur von seinen Ostseeprovinzen ausgehen, wo man eine seegeübte Bevölkerung vorfand, welche vortreffliche, selbst auf fremden Marinen geschätzte Matrosen liefert. Da also mußte man zunächst Schiffbau und Rhederei, Seehandel und Seefischerei befördern, dann hatte man die rechten Elemente zur Begründung einer Kriegsmarine, deren Entwickelung an ganz andere Bedingungen gebunden ist, als die Bildung einer Armee. Für jene bedarf es vor allem des seemännischen Geistes, nicht des Soldatengeistes, so gewiß als die Hauptseite einer Kriegsmarine immer doch die nautische bleibt, woran sich die militärische Seite gewissermaßen nur als Ueberbau anschließt. Darum heißt in England, wo man die Sache gewiß am besten versteht, die Kriegsflotte geradezu die »navy«, heißt sie hingegen in Spanien »armada«, so weiß man auch, wie wenig die spanische Flotte geleistet hat. Beide Namen also sehr charakteristisch und die bündigste Lehre darbietend.

Es scheint aber wohl, auch in diesem Punkte war die preußische Intelligenz vorläufig an ihre Grenze gelangt, indem man das natürliche Verhältniß umkehrte, wie wenn vielmehr das nautische Element in der Marine die Nebensache wäre, Hauptsache das militärische. Darnach freilich müßte ein General an der Spitze stehen, die künftigen Seemänner würden sich nach Weise der Armeeofficiere

bilden. Was aber dabei herauskommt, zeigen die schweren Unglücksfälle, die man bereits erlitten und die mancherlei Mißgriffe, die außerdem vorfielen und trotz aller Mühe doch nicht ganz zu bemänteln waren. Es dürfte noch geraume Zeit und viel Lehrgeld kosten, ehe die preußische oder jetzt sogenannte deutsche Marine aus der falschen Richtung herausgebracht sein wird, in welche sie von vornherein gerathen war. Am besten wohl, es würde für die Marineverwaltung eine der berliner Atmosphäre ganz entrückte Behörde errichtet, die ihren Sitz in Kiel oder etwa in Stettin hätte.

Klar ferner, wenn es sich ernstlich um eine maritime Entwickelung handelte, von welcher entscheidenden Wichtigkeit dabei der früher projectirte holsteinische Kanal wäre, ohne welchen ja die sich in der Ostsee befindliche Flotte durch eine feindliche Flotte, welche den Sund und die Belte verschlösse, gewissermaßen eingesperrt, überhaupt die Verbindung zwischen Nord- und Ostsee im gegebenen Falle unmöglich gemacht werden könnte. Trotzdem ist von diesem Projecte seit lange kaum noch die Rede, nachdem es zuvor nur dazu gut gewesen, daß Preußen mit Rücksicht darauf im voraus Ansprüche erheben konnte, welche nicht unerheblich zur Verwickelung der schleswig-holsteinischen Frage beitrugen, woran sich bald darauf der Krieg von 66 anschloß. Seitdem konnte doch der Kanal längst in Angriff genommen, heute vielleicht schon gebaut sein. Und wäre er gebaut, so würde man des Jhadehafens, welcher schon so viele Millionen verschlang, kaum noch bedürfen, sondern der vortreffliche Naturhafen von Kiel würde vollkommen ausreichen. Um so mehr, da nach allem menschlichen Ermessen doch nur auf dem Ostseegebiete der Fall eintreten möchte, wo die preußische oder deutsche Flotte in ernstlichen kriegerischen Operationen mit entscheidendem Erfolg eingreifen könnte. Auf dem Gebiete der Nordsee, des Mittelmeeres und gar auf dem oceanischen Gebiete, dürfte sie den Flotten der großen Seemächte niemals gewachsen sein. Denn zur Entwickelung einer Seemacht, die sich auf allen Meeren geltend zu machen vermöchte, dazu fehlen Deutschland nicht nur die Geldmittel, sondern selbst die Naturbedingungen.

Erstaunliche Kurzsichtigkeit andererseits, wenn man nicht sieht, welche bedeutende Macht durch den holsteinischen Kanal in die Hände Preußens, welches dann den Schlüssel dazu besäße, gelegt

schehen. Erst auf Grund des Kalischer Vertrages im Jahre 1813 konnte Rußland über den Bug, über die Weichsel und Wartha bis an die Prosna vordringen, und nur durch preußische Connivenz konnte weiterhin das sogenannte Congreßpolen kurzweg in eine russische Provinz verwandelt werden, wie andererseits die preußischen Unternehmungen von 66 und 70 nur durch russische Connivenz ermöglicht waren.

Zieht nun diese Russenfreundschaft sich schon seit anderthalb Jahrhunderten wie der rothe Faden durch die preußische Geschichte, was Wunder, wenn infolge dessen auch in das Preußenthum selbst etwas Russisches eindrang. Davon zeugt vor allem der in der preußischen evangelischen Landeskirche so unverkennbare Byzantinismus, der nicht wenig zum inneren Verfall derselben beigetragen haben dürfte. Noch augenfälliger aber das brüske Säbelgerassel und die befehlshaberischen Manieren, was jedenfalls die abstoßendste Seite des Preußenthums bildet. Bislang zurückgedrängt durch den edleren Geist, der mit den Freiheitskriegen in Preußen erwachte, ist dieses Unwesen seit den „großen Erfolgen" von 66 und 70 nur um so greller und schroffer wieder hervorgetreten. Dazu kommt noch, als würdiges Seitenstück, das sich aufblähende jüdische Geldprotzenthum, welches in solcher Begleitung seinen Einzug hielt.

Welcher Art aber wirklich die russische Freundschaft sei, mußte Preußen selbst schon oft genug erfahren, und erfährt es bis diesen Tag in der brutalen Rücksichtslosigkeit, mit welcher Rußland seine Handels- und Verkehrssperre auf der ganzen langgestreckten Ostgrenze des preußischen Staates handhabt, und dadurch die wirthschaftliche Entwickelung der betreffenden preußischen Provinzen soweit nur immer möglich darniederhält. Und zwar geschieht dies russischerseits in der unverkennbaren Absicht, diese Provinzen, welche dadurch verarmen, dereinst um so leichter in Besitz nehmen zu können, weil ihnen dann die russische Herrschaft sogar als eine Wohlthat erscheinen möchte, als wodurch sie erst zu ihrer naturgemäßen materiellen Entwickelung gelangten. Denn nichts unnatürlicher als ihre Absperrung von dem polnischen Hinterlande, wo vielmehr die Wasserläufe auf die innigste Verbindung hinweisen. Rückt die Elbe durch die Havel und Spree bis dicht an die Oder

heran, so diese wieder durch die Wartha und Netze bis dicht an die Weichsel, die ihrerseits wieder durch den Bug und durch die Bifurcation des Narew sogar unmittelbar mit dem Niemen zusammenfließt, indessen andererseits trennende Gebirgszüge auf diesem ganzen Gebiete nirgends hervortreten. Es bedarf nur eines Blickes auf die Karte, und die Sache spricht für sich selbst. Warum will man denn allein in Berlin so thun, als ob man das Alles nicht sähe, oder als ob in der russischen Grenzsperre nicht geradezu ein Attentat gegen die materiellen Interessen Preußens und mittelbar des ganzen deutschen Handels vorläge? Ei, wenn man das Säbelgerassel so liebt, — diesen russischen Vexationen gegenüber, welche jedem Deutschen, der einmal die preußisch-russische Grenze passirte, die Schamröthe auf die Wangen treiben, daß man sich so etwas von diesen Barbaren gefallen lassen soll, — da wäre das Säbelgerassel wirklich am Platze, weil andere Argumente da überhaupt nicht anschlagen.

Und warum hat man denn in Berlin über dem Gerede vom deutschen Beruf so ganz vergessen, wie sehr Preußen, nach seiner ganzen östlichen Hälfte, zugleich auch durch die Geschichte dieser Provinzen auf Polen hingewiesen ist? Es gilt dies für die Mark Brandenburg wie für das ehemalige Ordensland von Anfang ihrer Gründung an, und — von Posen zu schweigen — so war sogar Schlesien ursprünglich ein polnisches Land gewesen, indessen Pommern, ehe es in den deutschen Reichsverband trat, gewissermaßen unter polnischer Oberhoheit gestanden hatte. Erwuchs dann später aus diesen Elementen der moderne preußische Staat, so war auch dessen Geschichte, von dem großen Kurfürsten an, fast ununterbrochen mit der polnischen Geschichte verflochten, bis zum Untergange Polens hin. Ja selbst noch auf dem Wiener Congreß schloß sich die Entscheidung der Dinge rücksichtlich Preußens zum guten Theil an die polnische Frage an. Sollte das Alles nicht von höchster Bedeutung für die Gesichtspunkte einer gesunden preußischen Politik sein, so müßte erst der neue Satz zur Geltung kommen, daß geschichtliche Verhältnisse für die praktische Politik überhaupt außer Rechnung zu bleiben hätten. Und das wäre mir ein sonderbarer Fortschritt der politischen Weisheit, wovon die Ehre der Autorschaft der Metropole der Intelligenz gern geschenkt sein möchte.

Ich sage mehr. War bei der Theilung Polens gerade die preußische Mitwirkung so entscheidend gewesen, daß ohne dieselbe die Theilung überhaupt nicht hätte geschehen können, so lastet seitdem auch die Mitschuld an diesem Attentat gegen das Völkerrecht zumeist auf Preußen. Was folgt daraus, als daß auch Preußen sich am meisten verpflichtet fühlen müßte, diese Schuld zu sühnen? Ist aber, nach Lage der Dinge, eine Wiederherstellung des ehemaligen Polenreiches ebenso unmöglich, als sie andererseits dem Fortschritt der allgemeinen Civilisation durchaus widerspräche, so könnte solche Sühne nur darin bestehen, daß das heutige russische Polen von der russischen Herrschaft befreit, und als ein im Innern selbständiges Nebenland mit Preußen verbunden würde.

Das sich zur Aufgabe zu machen, läge gewiß der preußischen Politik nahe genug, man muß aber wohl annehmen, daß in Berlin gar nicht daran gedacht wird, denn dafür spricht jedenfalls die Behandlung der Provinz Posen. Oder richtiger gesagt: daß man eben dies Land kurzweg zu einer preußischen Provinz gemacht, während es doch auf Grund der eigenen früheren Verheißungen der preußischen Regierung als ein polnisches Land behandelt werden sollte, welches mit dem Titel eines Großherzogthums unter preußischer Herrschaft stände. Hätte man das Land wirklich so behandelt, so war damit für die russischen Polen ein Vorbild gegeben, wie sie möglicherweise dereinst unter preußischem Zepter ihr besonderes Nationalleben führen könnten. Sich so in ein freundliches Verhältniß zu dem Polenthume stellend, hätte Preußen sich damit eine moralische Waffe gegen Rußland geschaffen, welche eintretenden Falls von großer Wichtigkeit werden konnte. Hat man statt dessen das Großherzogthum Posen, wie gesagt, kurzweg zu einer preußischen Provinz gemacht, so ist nun vielmehr den russischen Polen damit die Perspective eröffnet, was sie eventualiter von Preußen zu erwarten hätten. Noch mehr, durch die Germanisirungsversuche in Posen hat man andererseits die Russificirung in Congreßpolen befördert, und so, zum Complicen Rußlands geworden, sich damit dem ganzen Polenthum mißliebig gemacht. Wer würde aber zuletzt gewonnen haben, wenn es wirklich gelänge, das posener Land zu germanisiren, indessen dafür das so sehr viel bedeutendere Congreßpolen inzwischen russificirt wäre? Dann wehe in Zukunft dem

preußischen Staate, seine heutigen Provinzen an der unteren Weichsel und Memel wären verloren!

Aber auch schon in der Gegenwart hat diese Behandlung des Großherzogthums Posen sich nur nachtheilig für den preußischen Staat erwiesen. Als unter preußischer Herrschaft stehende Polen konnte ja das dortige polnische Element sich befriedigt fühlen, und dafür wollten die Leute wirklich gelten, daß sie aber vielmehr polnische Preußen sein sollten, bedeutete etwas anderes. Zu solchen wurden sie nun durch die preußische Constitution von 48 in voller Form gemacht, anstatt sich aber dadurch als preußische Staatsbürger zu fühlen, wurden sie infolge dessen nur aufstütziger gegen die preußische Herrschaft. Gleichwohl bezeichnet doch das Preußenthum keine eigentliche Nationalität, so daß darin noch kein directer Angriff auf ihre eigene Nationalität lag. Wie aber, wenn sie gar nach 66 auf einmal zu Deutschen geworden sein sollten, weil das neue deutsche Reich, mit welchem sich jetzt der preußische Staat identificirte, ausdrücklich innerhalb seiner Grenzen nur „deutsches Volk" kennt? Das war denn doch zu viel verlangt, daß um deswillen auch die preußischen Polen sich flugs als gute Deutsche zu fühlen hätten. Mit Hand und Fuß protestiren sie seitdem gegen diese ihnen aufgedrungene Nationalität, und so bilden ihre Abgeordneten, im preußischen Landtage wie im deutschen Reichstage, eine besondere oppositionelle Fraction, deren Bedeutung keineswegs blos nach der geringen Anzahl ihrer Mitglieder abzuschätzen sein dürfte. Hier wie dort sind die Polen ein störendes zersetzendes Element. Man hat sich unbestreitbar eine Schwierigkeit geschaffen.

Und dazu noch dies, daß, infolge der Amalgamirung des Großherzogthums Posen mit dem preußischen Staate, zugleich auch die posener Juden das volle preußische Staatsbürgerrecht erlangten. Schaarenweise zogen sie seitdem nach Berlin, dessen unaufhaltsam fortschreitende Verjudung von daher datirt, wodurch das ganze Preußenthum gerade in seinem Centrum mit innerer Zersetzung bedroht ist. Das war auch wieder ein Stück von preußischer Intelligenz, alle diese Folgen so gar nicht vorausgesehen zu haben.

Genug, so ist unsererseits die Sache nicht entfernt gemeint, daß dereinst aus dem russischen Polen preußische Provinzen gemacht werden sollten, sondern ein mit Preußen verbundenes, doch inner-

lich selbständiges Land müßte es werden, so daß sich eine Art von föderativem Verhältniß bildete, wofür nur eben das Preußenthum bisher weder Sinn noch Verständniß bewiesen hat.

Wäre nun solche Wendung der Dinge gewiß eine unschätzbare Wohlthat für das unglückliche Polenland, so nicht minder für die preußischen Ostprovinzen, welche ohne dies nie recht gedeihen können. Die ganze preußische Monarchie erhielte erst dadurch die ihr noch immer fehlende geographische Basis und gesicherte Lage. Freilich würde das nur durch Gewaltmittel zu erreichen sein, aber ohne dies bliebe hier überhaupt jede eingreifende Verbesserung unmöglich. Verhältnisse, die selbst durch bloße Gewalt begründet wurden, sind auch nur durch Gewalt wieder zu beseitigen. Es verhält sich hier mit der Russenherrschaft wie anderer Orten mit der Türkenherrschaft. Durch Inangriffnahme dieser Aufgabe also würde der preußische Militärstaat das eigenste Feld seiner Bethätigung finden. Es wäre eine Aufgabe, zu deren Lösung er wie prädestinirt erscheint, so gewiß als in ihm der deutsche Orden und der Schwertbrüderorden fortlebt. Da möchte er dann den ihm von Anfang an eingepflanzten kriegerischen Tendenzen nachgehen, allmälig bis an den Peipussee vordringend und bis an die Beresina. Dieses der abendländischen Civilisation entrissene Gebiet, welcher es wenigstens durch den kirchlichen Verband angehörte, der abendländischen Civilisation zurückerobernd, würde er ebenso seinen eigensten Interessen dienen und den Ruhm des specifischen Preußenthums erhöhen, als um die ganze deutsche Nation sich wohlverdient machen. Das ist sein wahrer deutscher Beruf[1]).

Es bleibt demnächst zu zeigen, wie sehr dies auch der Bestimmung Deutschlands entspräche, und gerade dadurch die deutsche Geschichte ihre naturgemäße Fortentwickelung fände.

---

1) Seit über dreißig Jahren habe ich diese Idee, daß Preußen seine Thatkraft nach Nordosten zu richten habe, wiederholt und mit immer neuen Variationen entwickelt. Bis heute ohne den geringsten Erfolg, jetzt sei es das letzte Mal. Vielleicht, daß man doch endlich die Wichtigkeit einer Sache begreift, worin implicite nicht nur ein Umschwung der deutschen Verhältnisse, sondern der ganzen Continentalpolitik liegen würde.

XIV.

Zwischenbemerkungen über Staat und Reich.

Liegt es thatsächlich vor, wie aus den östlichen deutschen Grenzmarken hinterher selbständige Staatengebilde hervorgingen, die zwar einerseits mit dem alten Deutschland untrennbar verbunden waren, andererseits aber, darüber hinausgewachsen, den Charakter europäischer Mächte gewannen, wie zunächst Oesterreich und zwei Jahrhunderte darauf Preußen, — liegt dies also thatsächlich vor, so frage ich: bedeutet es angesichts dessen eine Fortentwickelung der deutschen Geschichte oder nicht vielmehr einen gewaltsamen Abbruch derselben, wenn einerseits Oesterreich von dem deutschen Körper abgetrennt werden und hinfort als eine rein für sich bestehende europäische Macht auftreten, Preußen hingegen seines europäischen Charakters wieder entkleidet und zu einem rein deutschen Staat gemacht werden soll? Heißt das nicht in beiden Fällen die Geschichte rückläufig machen wollen? Ist aber trotzdem beides geschehen, so liegt auch gerade darin der Grundirrthum, worauf der ganze heutige Zustand beruht. War nun der entscheidende Factor dabei offenbar Preußen, welches das neue Deutschland geschaffen hat, so wird sich auch schon aus dem Wesen des Preußenthums erklären, wie man überhaupt in jenen Grundirrthum gerathen konnte.

1.

Das Preußenthum, sagten wir bereits, ist an seine Grenze gekommen, es kann in der Weise, in der es mit dem großen Kurfürsten begann, sich nicht weiter fortentwickeln. Was war denn aber das Charakteristische seiner bisherigen Entwickelung? Offenbar dies, daß man aus zerstreuten Landgebieten, die weder geographisch noch nach den geschichtlichen Traditionen, Sitten, socialen Zuständen und praktischen Bedürfnissen der respectiven Bevölkerungen ein lebendiges Ganze bildeten, gleichwohl ein solches künstlich herzustellen unternahm, indem der ganze Ländercomplex nach den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Staatszweckes regiert würde. Und eben die Staatsidee war selbst der geistige Hebel, wodurch das neue Preußen emporkam. So wurde Preußen in Deutschland

der Staat par excellence. Auch sprach und spricht man nirgends so viel vom „Staate“ als in Preußen, welcher da als der höchste Zweck und als die Quelle alles Rechtes galt. Wie deutlich tritt dies in dem preußischen Landrecht hervor, welches immer aus dem Staatszwecke oder Staatsinteresse heraus deducirt! Es spricht nicht einmal von dem geschichtlichen preußischen Königthum, sondern ganz abstract von dem „Staatsoberhaupt“, dem um des Staatszweckes willen gewisse Rechte beigelegt seien.

Nun wohlan, was der geistige Hebel zum Emporkommen Preußens gewesen, das wurde ihm hinterher auch zur geistigen Schranke. Nämlich eben die Staatsidee, in die man sich dergestalt verrannte, wie wenn es darüber hinaus nichts Höheres mehr geben könnte. Wurden doch um deswillen die preußischen Westprovinzen mit den Ostprovinzen, — trotzdem sie innerlich nichts mit denselben gemein hatten, — und sogar mit dem Großherzogthum Posen, zu einem untheilbaren Körper verschmolzen, weil die Staatsidee das Fortbestehen innerlich selbständiger Nebenländer ausschloß, sondern was irgendwie zu Preußen gehörte, das sollte auch durch und durch preußisch werden. Was war also zu erwarten, wenn dieses Preußen sich einen ihm eigenthümlichen deutschen Beruf zuschrieb, oder von den Gothaern zugeschrieben erhielt? Nichts anderes, als daß es infolge dessen darauf ausging, auch ganz Deutschland zu einem „Staate“ zu machen. Denn darauf läuft offenbar das heute sogenannte „Reich“ hinaus. Es ist der Sache nach nur ein noch nicht ganz fertiger Staat, und daß es in voller Form zum Staate werde, dahin drängen ja die Nationalliberalen unaufhörlich, wie sie auch ausdrücklich den „deutschen Staat“ im Munde führen. Habeant sibi, selbstverständlich aber, daß dann in diesem deutschen Staate nicht noch eine ganze Reihe deutscher Staaten fortbestehen kann. Die müssen in Zukunft verschwinden, das ist klar, es ist ihnen nur noch eine Galgenfrist bewilligt, bis endlich der deutsche Staat glücklich fertig sein wird. Inzwischen freilich heißt der beabsichtigte deutsche Staat officiell vielmehr das „Reich“, er will dem Rechte nach ein „Bund“ sein, welcher sogar mit einem „Bundesrath“ ausgestattet ist. Sonderbarer Staat, der einen Bundesrath hat, statt dessen er vielmehr einen Staatsrath haben müßte, oder Logik ist eine

Chimäre. Allein darin gerade liegt auch die Quelle aller Verwirrung, daß man Deutschland zu einem „Staat" machen will, was es doch zu keiner Zeit gewesen, noch jemals werden kann.

Sahen wir schon zu Anfang unserer deutschen Betrachtungen, wie Deutschland seiner ganzen Natur nach überhaupt keinen abgeschlossenen Nationalkörper bilden kann, da es untrennbar mit seinen Nachbarländern verwachsen, und infolge dessen, mehr als irgend ein anderes Land, in den Gang der allgemeinen europäischen Politik hineingezogen ist, so wird darnach auch seine eigene politische Verfassung zu beurtheilen und zu bemessen sein. Nämlich daß es im eminenten Sinne ein „Reich" war und sein muß, also dieses Wort so verstanden, daß damit ein von dem eigentlichen Staate sehr verschiedenes und respective höheres Gemeinwesen bezeichnet wird. In diesem Sinne war das ehemalige deutsche Reich eine Singularität, und durch den Namen des heiligen römischen Reiches war es ausdrücklich als ein seiner Idee nach universales Institut bezeichnet. Gewiß, dieses alte heilige römische Reich ist für immer begraben, und kein Gedanke daran es wieder erwecken zu wollen. Fragen wir aber, worin doch der wesentliche Unterschied des ehemaligen Reiches von dem eigentlichen Staate lag, so wird sich alsbald zeigen, wie die Reichsidee noch immer ihre Bedeutung hat, und für die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten auch in Zukunft maßgebend sein muß.

2.

Ist es nicht wie eine Ironie auf die angebliche Wiederherstellung des deutschen Reiches, daß man wirklich nirgends weniger Sinn und Verständniß für das eigenthümliche Wesen des ehemaligen Reiches hat, als gerade in der heutigen neuen Reichshauptstadt? Gleichviel, es ist so. Und auch erklärlich genug, so gewiß, als die neue Reichshauptstadt doch vielmehr den Centralsitz des specifischen Preußenthums bildet, und dieses eben sich wieder dadurch entwickelt hatte, daß es je mehr und mehr aus dem ehemaligen Reichsverbande als eine selbständige Macht heraustrat. Geschah dies ferner in der Zeit des tiefsten Reichsverfalls, d. h. in der Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege, so war man in Preußen um so mehr geneigt, das alte Reich nur nach seiner Schattenseite zu betrachten,

wonach es sich freilich als ein eben so ungestaltenes als veraltetes Wesen darstellte, dem gegenüber der junge preußische Staat durchaus im Vortheil erschien, wie er auch in vieler Hinsicht wirklich das Bessere war. Er repräsentirte die Selbstermannung aus der damaligen Versunkenheit. Ist es nun eben die Staatsidee, welche in Preußen zur Herrschaft kam, — was Wunder, daß man da keinen Sinn für die Reichsidee haben kann? Ganz unempfänglich insbesondere erweisen sich dafür die aus der Schule des preußischen Landrechts hervorgegangenen Juristen und Beamten, während den gemeinrechtlichen Juristen die Sache immerhin schon viel näher liegt. Auch dies wieder sehr erklärlich, weil das gemeine Recht überall auf die deutsche Geschichte zurückweist, und nur im Zusammenhang mit derselben zu verstehen ist. Ein Zusammenhang, welcher durch das preußische Landrecht principiell abgeschnitten wurde.

Ueberhaupt aber haben wir schon früher bemerkt, wie die ganze deutsche Wissenschaft je mehr und mehr das Verständniß für das eigentlich Deutsche verlor, so im Privatrecht wie im öffentlichen Recht, und damit ging dann auch die Reichsidee verloren. Nur der große Leibnitz hatte zuletzt noch daran festgehalten. Das seitdem emporgekommene Naturrecht ließ die Reichsidee von Anfang an beiseite liegen, unsere späteren Philosophen hatten selbst die Erinnerung daran verloren. Das mag befremdend erscheinen, ist es nicht aber auf allen anderen Gebieten unseres Nationallebens ganz ähnlich ergangen? Selbst unsere Sprache, gegen Ausgang des Mittelalters schon so edel und reich entwickelt, stand nach dem dreißigjährigen Kriege in Gefahr, sich in ein barbarisches Gemisch von lateinischen und französischen Brocken zu verwandeln. Unsere Literatur, Poesie und Kunst, ohne allen höheren Schwung, lag in den Banden ausländischer Theorien und Vorbilder. Man weiß, wie lange es gedauert, bis sie sich selbstbewußt und schöpferisch auf ihre eigenen Füße zu stellen wagte. Rücksichtlich der öffentlichen Institutionen endlich sind wir bis heute noch nicht wieder dahin gelangt, etwas wirklich originell Deutsches zu schaffen, wir ahmen nach oder tasten unsicher umher. Und nie wird der deutsche Geist wieder zu sich selbst kommen ohne Erfassung der Reichsidee, die aber gewissermaßen jetzt erst neu entdeckt werden mußte.

Kaum anders zu erwarten, als daß sie zunächst auch nur schwer in die Köpfe will. Gleichwohl ist die Sache im Grunde genommen sehr einfach. Denn was den wesentlichen Unterschied zwischen Staat und Reich constituirt, beruht zuletzt darauf, daß im Reiche die staatsrechtlichen Verhältnisse sich mit völkerrechtlichen verbinden, oder darin übergehen. Das Reich erscheint demnach als ein Mittleres zwischen dem staatsrechtlichen und dem blos völkerrechtlichen Verbande. Wäre denn etwa ein solches Mittlere theoretisch nicht zu denken, oder für die Praxis bedeutungslos? Im Gegentheil, ich sage: es muß vielmehr als ein Postulat der politischen Vernunft gelten, daß ein solches Mittlere bestehe, oder beziehungsweise geschaffen werde.

Gibt es in der Natur keinen Sprung, so sollte es auch in den menschlichen Angelegenheiten keinen Sprung geben, und überall zeigt die Erfahrung, daß sprungweise Veränderungen sich hinterher verderblich und in sich selbst unhaltbar erweisen. Nicht minder lehrt die Erfahrung, wenn irgendwo schroffe Gegensätze auftreten, wie dann Alles darauf ankommt, einen medius terminus zu finden. Ist es erlaubt, hier von heiligen Dingen zu reden, so frage ich: was bildet denn selbst den Mittelpunkt des Christenthums, wenn nicht eben der Mittler, nach dessen Namen wir ja Christen heißen? Um aber auf weltlichem Gebiete zu bleiben, so ist doch fast schon allgemein anerkannt, daß auch zwischen den privaten und staatlichen Verhältnissen ein Mittleres liege, was man heute die Gesellschaft nennt. Und eben weil man dies früher nicht verstand oder für gleichgiltig hielt, so ist daraus die sociale Zerrüttung und beziehungsweise die sociale Frage entsprungen, in welcher offenbar privatrechtliche und staatsrechtliche Verhältnisse concurriren, und die, ohne diese Concurrenz in's Auge zu fassen, gar nicht in Angriff genommen werden kann. Weder mit bloßer sogenannter Selbsthilfe noch mit bloßer Staatshilfe ist dabei auszukommen, sondern beides muß zusammenwirken. Daß nun ebenso zwischen dem staatsrechtlichen und dem völkerrechtlichen Gebiete ein Mittleres bestehe, dürfte von nicht geringerer Bedeutung sein, denn die Sache anerkannt, so fällt damit von vornherein die verhängnißvolle Trennung zwischen der sogenannten inneren und äußeren Politik, welche beide nach landläufiger Meinung so

wenig miteinander zu schaffen haben sollen, daß man wohl nach Außen hin revolutionär auftreten könne, um dafür nach Innen hin um so conservativer zu sein. Wie handgreiflich zeigt sich aber die gänzliche Unwahrheit solcher radicalen Trennung zwischen innerer und äußerer Politik, da vielmehr die sogenannten auswärtigen Angelegenheiten oft geradezu entscheidend auf die inneren zurückwirken. Ja, fortwährend thun sie das, so gewiß als doch die Armee und das Militärbudget zumeist um der auswärtigen Politik willen da sind. Und wie lastet das beides auf der inneren Entwickelung! Man müßte absichtlich die Augen verschließen, um das nicht zu sehen. Und Derjenige, sage ich, der nicht den unlösbaren Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik in's Auge faßte, dürfte überhaupt nicht als ein Staatsmann, sondern nur als ein bloßer Fachmann gelten.

Genug, das fragliche Mittlere ist nicht nur denkbar, sondern zugleich von solcher praktischen Wichtigkeit, daß es schlechthin geschaffen werden müßte, wenn es noch nicht da wäre. Es war aber da in dem ehemaligen deutschen Reiche, welches dann nach seinem Untergange einigermaßen wieder auflebte in dem jetzt wieder aufgelösten deutschen Bunde. Und was lehrt nun die Erfahrung unserer Tage? So lahm und so mangelhaft auch der alte Bund gewesen sein mochte, das Eine ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß er für die gesammte europäische Politik, wenn auch nur in passiver Weise, von hoher Wichtigkeit gewesen. Er wirkte temperirend, er war thatsächlich ein Friedensinstitut. Erst nachdem seine Fortexistenz im Jahre 48 in Frage gestellt worden, brachen große europäische Kriege aus, und mit seiner Auflösung im Jahre 66 hat das ganze europäische Staatensystem seinen früheren Halt verloren, so daß seitdem alle europäischen Staatsverhältnisse auf den Bajonetten ruhen, und der ganze Continent unter dem Druck des Militarismus seufzt. Das gehört auch zu den „großen Erfolgen“ von 66 und 70! Thatsache desgleichen, daß das ehemalige Reich, selbst in den Jahrhunderten seiner inneren Hinfälligkeit, noch immer die Bedeutung behielt, den passiven Mittelpunkt der ganzen Continentalpolitik zu bilden. Zeuge dessen die in Deutschland abgehaltenen großen Congresse, wie der westphälische Friedenscongreß und der Wiener Congreß, deren Satzungen hinterher die Grundlage

des positiven, europäischen Völkerrechts wurden. Gerade wie vordem auch die großen reformatorischen Concilien von Costnitz, Basel und Trident auf dem Boden des Reiches abgehalten waren. Und auch dies ist charakteristisch, daß es fast ausschließlich Deutsche oder (wie ein Vattel und Wheaton) von deutscher Bildung durchdrungene Gelehrte sind, welche die moderne Völkerrechtswissenschaft begründet und ausgebildet haben. Was diese Männer zu ihren Arbeiten antrieb, war gewiß zum guten Theil eben der völkerrechtliche Charakter gewesen, den das ehemalige Reich, wie hierauf der deutsche Bund, schon an sich selbst hatte. Ein Antrieb, welcher den Gelehrten anderer Länder fehlte. Endlich aber, als das alte Reich seiner förmlichen Auflösung verfiel, da zeigten ja die Thatsachen erst recht, von welcher Bedeutung es noch immer gewesen, denn gleichzeitig ging auch ganz Europa aus den Fugen. Es war, wie wenn eine neue Völkerwanderung begönne, so wogten damals die Heerschaaren vom Tajo bis an die Moskwa.

Nichts einleuchtender, als wie sehr alle diese Thatsachen damit zusammenhingen, daß Deutschland das Reich war, d. h. kein blos staatliches sondern zugleich überstaatliches und völkerrechtliches Gebilde. Ohne dies bliebe überhaupt die ganze deutsche Geschichte unerklärbar, wie sie auch gerade um deswillen allermeist so unzulänglich behandelt ist und noch bis heute behandelt wird, weil man sie als Staatsgeschichte auffassen wollte. Schreiben wir nun Deutschland infolge seines Reichscharakters den Beruf zu, nicht blos den passiven Mittelpunkt der Continentalpolitik zu bilden, sondern activ ordnend in die internationalen Verhältnisse einzugreifen, gewissermaßen als Wächter des Völkerrechts, so ist das gewiß ein sehr hoher Beruf: Wie weit aber sind wir davon abgekommen, wenn vielmehr das neudeutsche Reich, inhaltlich seiner Verfassungsurkunde, ausdrücklich sich nur mit seinen eigenen Interessen beschäftigen will, und damit auf eine internationale Bestimmung überhaupt verzichtet! Anders hatte doch noch die ehemalige Bundesacte gesprochen, wonach der deutsche Bund nicht blos um Deutschlands willen errichtet sein sollte, sondern zugleich als eine Garantie für „die Ruhe und das Gleichgewicht Europa's“, worum sich hingegen das neue Reich überhaupt nicht zu kümmern scheint. Bekundet das aber eine Erhebung des deutschen Geistes, oder nicht vielmehr ein Herabsinken

wenig miteinander zu schaffen haben sollen, daß man wohl nach Außen hin revolutionär auftreten könne, um dafür nach Innen hin um so conservativer zu sein. Wie handgreiflich zeigt sich aber die gänzliche Unwahrheit solcher radicalen Trennung zwischen innerer und äußerer Politik, da vielmehr die sogenannten auswärtigen Angelegenheiten oft geradezu entscheidend auf die inneren zurückwirken. Ja, fortwährend thun sie das, so gewiß als doch die Armee und das Militärbudget zumeist um der auswärtigen Politik willen da sind. Und wie lastet das beides auf der inneren Entwickelung! Man müßte absichtlich die Augen verschließen, um das nicht zu sehen. Und Derjenige, sage ich, der nicht den unlösbaren Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik in's Auge faßte, dürfte überhaupt nicht als ein Staatsmann, sondern nur als ein bloßer Fachmann gelten.

Genug, das fragliche Mittlere ist nicht nur denkbar, sondern zugleich von solcher praktischen Wichtigkeit, daß es schlechthin geschaffen werden müßte, wenn es noch nicht da wäre. Es war aber da in dem ehemaligen deutschen Reiche, welches dann nach seinem Untergange einigermaßen wieder auflebte in dem jetzt wieder aufgelösten deutschen Bunde. Und was lehrt nun die Erfahrung unserer Tage? So lahm und so mangelhaft auch der alte Bund gewesen sein mochte, das Eine ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß er für die gesammte europäische Politik, wenn auch nur in passiver Weise, von hoher Wichtigkeit gewesen. Er wirkte temperirend, er war thatsächlich ein Friedensinstitut. Erst nachdem seine Fortexistenz im Jahre 48 in Frage gestellt worden, brachen große europäische Kriege aus, und mit seiner Auflösung im Jahre 66 hat das ganze europäische Staatensystem seinen früheren Halt verloren, so daß seitdem alle europäischen Staatsverhältnisse auf den Bajonetten ruhen, und der ganze Continent unter dem Druck des Militarismus seufzt. Das gehört auch zu den „großen Erfolgen“ von 66 und 70! Thatsache desgleichen, daß das ehemalige Reich, selbst in den Jahrhunderten seiner inneren Hinfälligkeit, noch immer die Bedeutung behielt, den passiven Mittelpunkt der ganzen Continentalpolitik zu bilden. Zeuge dessen die in Deutschland abgehaltenen großen Congresse, wie der westphälische Friedenscongreß und der Wiener Congreß, deren Satzungen hinterher die Grundlage

ihrer Länder dazu gehörten; andererseits, einen Bundesstaat daraus zu machen, war nach den gegebenen Verhältnissen überhaupt unmöglich. Auch ist bis heute kein wirklicher Bundesstaat daraus entstanden, als für welchen doch das Allerwesentlichste eine über allen Bundesgliedern schwebende Centralgewalt wäre. Aber welche Centralgewalt stände heute wohl über Preußen, das vielmehr selbst als Centralgewalt fungirt, wonach die übrigen Bundesglieder thatsächlich preußische Vasallen geworden sind, mit der Perspective, in nicht ferner Zukunft überhaupt absorbirt zu sein. Sonderbarer Bundesstaat! Darum endlich weg mit dem die wahre deutsche Aufgabe gar nicht treffenden Gerede von Staatenbund und Bundesstaat, denn selbst der Bundesstaat wäre doch eben nur eine besondere Art von Staat, statt dessen, um die deutsche Frage zu verstehen, über die für deutsche Verhältnisse viel zu enge Staatsidee überhaupt hinausgegangen werden muß.

Zweitens sind die Reichsglieder nur in gewissen bestimmten Angelegenheiten der Reichsgewalt unterworfen, andererseits aber selbständige Existenzen, wie es im ehemaligen Reiche, selbst zur Zeit seiner höchsten Macht, immer gewesen. Die Reichsgewalt hatte da nur eine beschränkte legislative Befugniß, und neben dem gesetzlichen Recht bestand überhaupt das vertragene Recht. Auch folgte die Selbständigkeit der Glieder schon daraus, daß die deutsche Nation in der That kein einheitliches Wesen, sondern ein Volk von Völkern war. Und ist sie das nicht noch heute? Die Bayern und Hannoveraner (Niedersachsen) sind andere Leute als die Franken und Schwaben, noch viel mehr andere Leute als die Brandenburger, Pommern u. s. w. Will man das jetzt alles in einen Topf werfen, so kann das niemals gut thun. Die Folge wird sein, daß hinterher alle Elemente sich in ihren eigensten Interessen verletzt, in ihren Bedürfnissen unbefriedigt fühlen. Wer sehen will, der kann es sehen, wie schon heute nur noch Wenige eine rechte Freude an dem sogenannten neuen Reiche haben, sondern trotz Sedanfesten und Kriegervereinen die Reichsbegeisterung fortwährend abnimmt.

Drittens, weil das Reich selbst kein Staat war, vielmehr die Reichsglieder einen staatlichen Charakter hatten, so konnte es auch keine Reichshauptstadt geben. Am allerwenigsten galt die kaiserliche Residenz dafür, und gab es einen Reichstag, so kam

der Kaiser zum Reichstag. Ist das heute ganz umgekehrt, indem vielmehr das ganze Reich sich in der kaiserlichen Residenz concentrirt, und der Reichstag im weißen Saale des kaiserlichen Schlosses eröffnet wird, so folgt jedenfalls daraus, wie wenig das neue Reich als eine Wiedergeburt des alten gelten kann. Ist es doch auch in ganz anderer Weise als einst jenes zustande gebracht. Denn aus den Siegen der preußischen Armee ist es hervorgegangen, und ganz natürlich daher, daß die deutsche Nation in dem neuen Reiche sich einigermaßen in der Lage eines unterworfenen Volkes befindet. Wie lange sie sich dabei beruhigen wird, bleibt abzuwarten.

4.

Unbestreitbar hatte in dem deutschen Bunde insofern eine Wiederherstellung des untergegangenen Reiches gelegen, als doch wenigstens die Bruchstücke desselben dadurch in einen neuen rechtlichen Verband traten. Nur freilich war dies nicht entfernt geschehen durch eine Fortentwickelung des Reiches von innen heraus. Auch hatten die Bruchstücke, in welche es zerfallen gewesen, inzwischen die erheblichsten Veränderungen erfahren, und zwar unter dem entscheidenden Einfluß fremder Gewalten, die dabei nicht entfernt darauf bedacht gewesen, die Begründung eines neuen deutschen Körpers vorzubereiten. Allein da half einmal nichts, man mußte hinterher die Dinge so nehmen, wie sie inzwischen geworden waren. Eine planmäßige Umbildung, im Sinne eines wohlgegliederten Ganzen, konnte damals gar nicht versucht werden. Unvermeidlich daher, daß nur ein sehr ungefügiger Körper daraus entstand.

Nur insoweit war man ganz auf den rechten Weg gelangt, als man jetzt zu der reinen Bundesform überging. Denn darin lag wirklich das Ziel: daß die feudale Organisation, worauf das alte Reich beruht hatte, sich zur föderativen umwandelte. Allein das föderative Princip kam dabei lediglich nach seiner passiven Seite zur Geltung. So gestaltete sich der Bund im Wesentlichen nur zu einer Assecuranzanstalt für die Erhaltung des status quo, der doch mangelhaft genug war.

Diese reine Passivität trat nun am augenfälligsten hervor auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo doch der Bund — hätte man nur den rechten Willen dazu gehabt — trotz seiner so

mangelhaften Einrichtung noch am ehesten zur Activität befähigt gewesen wäre. Und mit welchem Gewicht hätte er da auftreten können! Denn gehörten zwar Oesterreich und Preußen nur mit einem Theil ihrer Länder zum Bunde, so hätte es sich doch im gegebenen Falle ganz von selbst gemacht, daß dann diese beiden Vormächte das ganze Gewicht ihrer Militärkräfte in die Wagschale warfen. Will sagen: es war dadurch inmitten Europa's eine Macht gegeben, welche auf der Basis einer Bevölkerung von 70 Millionen ruhte, und für die ganze Continentalpolitik entscheidend werden mußte. Wäre es nun wirklich zu einer activen Bundespolitik gekommen, so hätte dies auch auf die innere Entwickelung des Bundes zurückgewirkt. Der träge Körper hätte Leben gewonnen, und die großen Gesichtspunkte, auf die man dann seine Blicke zu richten hatte, würden jedenfalls verhindert haben, daß der Bund zur bloßen Polizeianstalt herabsank.

Man kann es nicht oft genug sagen: von seiten der sogenannten auswärtigen Politik war die deutsche Frage in Angriff zu nehmen, und ohne diese in's Auge zu fassen, ist sie überhaupt nicht zu verstehen. Das folgt schon aus dem Verwachsensein des deutschen Körpers mit dem europäischen Körper. Und waren nicht gerade Oesterreich und Preußen die bei weitem wichtigsten Glieder des Bundes, indessen sie aber auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vielmehr als selbständige europäische Großmächte auftraten, und als solche ihre Politik führten, wie wenn der Bund für sie überhaupt nicht da wäre, der unter solchen Umständen, gegenüber der preußischen und österreichischen Großmacht, freilich nur noch die Ohnmacht repräsentiren konnte. Sollte also je etwas aus dem Bunde werden, so mußte zu allererst in diesem Punkte die Aenderung eintreten, daß die beiden Großmächte den Ausgangspunkt für ihre Politik in den Bund verlegten.

Hätten sie das gethan, so war durch die Bundespolitik zugleich auch das lebendige Band gegeben, welches Oesterreich und Preußen unter sich selbst zusammenhielt, und keinen gewaltsamen Conflict entstehen ließ. Statt dessen war das eigentliche Band, welches Oesterreich und Preußen zeitweilig zusammenhielt, vielmehr ihr gemeinsames Sichanlehnen an Rußland. In dieser thatsächlichen Tripelallianz führte dann das Directorium Rußland, welches auch

allein den Gewinn davon zog. Wie Oesterreich dabei heruntergekommen und Rußland hingegen heraufgekommen war, zeigte am augenfälligsten das Jahr 48, wo Oesterreich sich am Rande des Untergangs befand. Um nur seinen äußeren Bestand zu erhalten bedurfte es der Hilfe des Zaren, der ja allerdings seine Hilfe gewährte, aber auch mit wenig verhüllter Protectormiene, um dann bald darauf als Schiedsrichter zwischen Preußen und Oesterreich aufzutreten, oder richtiger gesagt, als Dictator des Friedens. Von da an konnte er seine Hand schon auf ganz Deutschland legen, bis der Krimkrieg kam, dem wir es allein zu verdanken hatten, daß sich nicht ein förmliches russisches Protectorat über Deutschland entwickelte, welches in den Jahren 51—53, wo einigermaßen die russischen Gesandten in Deutschland regierten, schon im vollen Anzug war. Hatte sich dann Oesterreich durch seine Haltung im Krimkriege Rußland entfremdet, so wurde es dafür zunächst — unter russischer Connivenz — durch den italienischen Krieg abgestraft, und da also Rußland seitdem nicht mehr die Klammer war, welche Preußen und Oesterreich zusammenhielt, brach — ebenfalls unter russischer Connivenz — der deutsche Bruderkrieg von 66 aus. Preußen freilich konnte sich dadurch in Deutschland vergrößern, Deutschland selbst aber wurde durch die Abtrennung Oesterreichs um ein paar tausend Quadratmeilen verkleinert. Das war das Endresultat.

Wie ganz anders wären die Dinge gekommen, hätte eine Bundespolitik bestanden, wovon man aber weder in Berlin noch in Wien etwas hören wollte. Daran ist der alte Bund zu Grunde gegangen, wie handgreiflich der Dänenkrieg zeigte, der das Vorspiel dazu bildete. Denn eben deshalb entsprang hinterher der deutsche Bruderkrieg daraus, weil Preußen und Oesterreich in Dänemark nicht als Bundesglieder sondern als europäische Großmächte aufgetreten waren, und die ganze schleswig-holsteinsche Sache dem Bunde entzogen hatten. Man weiß, wie sehr gerade die Bundespräsidialmacht selbst dahin gewirkt hatte. Eine schöne Illustration zu der sogenannten deutschen Politik Oesterreichs, wofür es auch sofort den gebührenden Lohn empfing.

Genug, daß aus dem deutschen Bunde nichts wurde, davon lag die Hauptursache in Berlin und in Wien. Anders wäre es auch gar nicht zu denken, so gewiß als doch Preußen und Oesterreich

die beiden Hauptglieder des Bundes waren. Wollten die den Bund nicht aufkommen lassen, so hätte er sich nur durch ein Wunder erheben können. Der preußische und österreichische Particularismus also trug die Hauptschuld daran. Der sehr viel weniger mächtige Particularismus der Mittelstaaten und Kleinstaaten trug um deswillen auch nur den kleineren Theil der Schuld. Dennoch trifft sie kein geringerer Vorwurf, weil sie um so mehr sich hätten getrieben fühlen müssen, auf die Fortentwickelung des Bundes hinzuarbeiten, dessen Fortbestand für sie selbst eine Existenzfrage war.

Es begreift sich ja, daß Preußen und Oesterreich, nachdem sie einmal zu europäischen Mächten erwachsen waren und dabei nur mit einem Theil ihres Ländergebietes dem Bunde angehörten, um deswillen auch nur geringes Interesse für den Bund hatten, dessen rein passive Existenz zu ihrer Großmachtspolitik am besten paßte, und doch insofern nützlich blieb, als immerhin eine Garantie für ihren Besitzstand darin lag. Schwerbegreiflich aber, daß auch die übrigen deutschen Staaten in dem Bunde nur die Garantie ihrer particularistischen Herrlichkeit erblickten, ohne selbst nur zu bedenken, daß der Bund, wenn er als solcher unlebendig und darum machtlos blieb, im gegebenen Falle ihnen auch keinen Schutz gewähren könne, und die Garantie dann lediglich auf dem Papiere stand. Gleichviel, es ist Thatsache, daß sie im Wesentlichen nie über diese beschränkte Ansicht hinauskamen. Sie wollten vor allem ihre Selbständigkeit bewahren und genießen, und damit war keine lebendige Föderation möglich. Denn darin besteht der Föderalismus nicht, daß die conföderirten Glieder sich auf ihr Fürsichsein zurückziehen, sondern ihre Selbständigkeit soll vielmehr dazu dienen, daß sie auf Grund derselben um so kräftiger zusammenwirken, weil, wer nicht auf eigenen Füßen steht, auch für das Ganze wenig thun kann. Dazu — in welche kleinlichen Gesichtspunkte und Kleinigkeitskrämereien mußte man in diesen Staaten verfallen, wenn man sich da lediglich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigte! Wollte man andererseits um so mehr der äußeren Erscheinung nach mit dem ganzen Apparat eines sich selbst genügenden Staates ausgerüstet dastehen, — gab es doch überall Constitutionen mit Thronreden, Ministerkrisen, Kammerfractionen u. s. w., ganz nach dem Vorbilde von Paris, — so mußte diese, den wirklichen Verhältnissen so

wenig entsprechende, Großthuerei dem denkenden Theil der respectiven Bevölkerungen am Ende nur lächerlich erscheinen und widerwärtig werden. Und daraus erklärt sich nicht zum wenigsten, wie hinterher das System von 66 so viel Anhänger finden konnte.

In Summa: statt sich zu einer lebenskräftigen Föderation zu gestalten, blieb der alte Bund im Wesentlichen nichts anders als das Ensemble aller deutschen Particularismen. Da mußte es wohl geschehen, daß zuletzt der größte und energischste Particularismus die viel kleineren und schwächeren verschlang, woraus das heutige preußisch-deutsche Reich entstand. Selbst also ein Product des Particularismus, bekundet es diesen seinen Ursprung auch handgreiflich dadurch, daß es die internationale Bedeutung des ehemaligen Reiches überhaupt aufgibt, und sich lediglich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern zu wollen erklärt. „Jeder für sich und Gott für Alle," wäre dann der rechte Wahlspruch, und das ist eben die Herzensmeinung jedes Particularismus. Dahingegen, die internationale Bedeutung des ehemaligen Reiches festgehalten und darnach den Bund fortentwickelt, so konnte er in stufenmäßiger Gliederung allmälig ganz Mitteleuropa umfassen, und damit eine Reorganisation des ganzen europäischen Staatensystems begründen. Das würde erst die wahre Wiedergeburt des ehemaligen Reiches sein[1]).

XV.

Erweiterung des deutschen Bundes zum mitteleuropäischen Bunde.

Will man sich nicht in hohlen Worten ergehen, so kann in dem heutigen Reiche von einer föderativen Entwickelung überhaupt keine Rede mehr sein. Das folgt schon aus seiner äußeren

---

1) Der Sache nach hatte ich das eigenthümliche Wesen des Reiches, als eines über den Staat hinausreichenden Gemeinwesens, schon entwickelt in den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht," bestimmt formulirt dann in der „Wiederherstellung Deutschlands". Seitdem bin ich wiederholt darauf zurückgekommen, zuletzt in meinen „Literarisch-politischen Aufsätzen". 76.

Lage, die es zur höchsten Anspannung seiner Militärkräfte zwingt, da es fortwährend vor der Eventualität steht, zugleich gegen Frankreich und Rußland Front machen zu müssen, und möglicherweise auch noch gegen Oesterreich, seitdem dasselbe für das neue Deutschland schlechtweg zum Ausland geworden ist. Nun aber ist mit solcher Anspannung der Militärkräfte auch ganz von selbst die Centralisation gegeben, wohin das Militärwesen unabweisbar drängt. So bezeugen auch die Thatsachen, daß, was bisher von diesem neuen Reiche ausging, lediglich den Fortschritt der Centralisation bedeutete, indem die einzelnen Reichsstaaten ein Stück nach dem anderen von ihrer rechtlichen Competenz wie von ihren Machtmitteln verloren. Was ist aber noch ein Staat ohne rechtliche Competenz und ohne Machtmittel? Ein Unding. Und wozu sollen solche Undinge auf die Dauer noch fortbestehen, und nicht vielmehr ganz ebenso verschwinden, wie vorweg Hannover, Hessen u. s. w. verschwanden? Einmal in den Zug der Unification hineingerathen, ist da kein Halt mehr. Wird gleichwohl anerkannt, daß die natürliche Beanlagung Deutschlands vielmehr auf eine föderative Verfassung hinziele, so muß eben das System von 66 für grundverfehlt erklärt werden. Damit aber entsteht zugleich die Frage: was dann an die Stelle desselben zu treten hätte?

1.

Um darauf eine Antwort geben zu können, müssen wir zuvörderst daran erinnern, was wir früher über den Unterschied des alten westlichen Deutschlands von dem durch Colonisation, Germanisirung und Eroberung hinzugekommenen östlichen Deutschland gesagt. Denn beides ist nicht in gleicher Weise zu behandeln, sondern daß man das trotzdem versuchte, indem man über diesen so tief greifenden Unterschied kein Bewußtsein hatte, das ist gerade die Hauptursache, wodurch wir in das heutige System hineingeriethen. Und so haben wir desgleichen schon bemerkt, wie jener Unterschied in dem preußischen Staat selbst hervortritt, und wie viel für die ganze deutsche Entwickelung darauf ankäme, daß die preußischen Westprovinzen zu einem besonderen deutschen Lande constituirt würden, welches mit dem östlichen Theil dieser Monarchie nur in Personalunion stände.

Unter dieser Voraussetzung nun könnte sich ein besonderer westdeutscher Staatenkörper bilden, als ein engerer Bund, mit welchem wieder das östliche Preußen, wie desgleichen Deutschösterreich, in einem organischen Schutz- und Trutzverhältnisse stände, was dann den weiteren Bund ergäbe. Darüber zunächst noch einige Bemerkungen.

Daß die Errichtung solches weiteren Bundes der deutschen Nation eine erhebliche Verminderung der Militärlasten verspräche, liegt auf der Hand, so gewiß als gerade durch Auflösung des früheren deutschen Bundes der heutige Militarismus entstanden ist. Nicht minder steht für uns außer Frage, daß erst dadurch wieder der Fortbestand der österreichischen Monarchie gesichert wäre, welche bei dauernder Abtrennung von Deutschland der inneren Auflösung entgegen geht. Wie andererseits auch das specifische Preußenthum durch seine heutige Verquickung mit dem neuen Reiche sich in sich selbst zersetzt, haben wir desgleichen schon gesehen. Noch mehr, indem das alte Preußen jetzt für rein deutsch gelten, und seinen Charakter als besondere europäische Macht aufgeben will, hat es sich damit selbst die Aussicht abgeschnitten, seine Herrschaft im nordöstlichen Europa auszubreiten, worauf doch verständiger Weise seine Politik gerichtet sein müßte. Eben diese Aussicht aber würde durch den in Rede stehenden weiteren Bund, in welchem das östliche Preußen seine ganze Eigenthümlichkeit und seinen europäischen Charakter behielte, unmittelbar wieder eröffnet. Und was könnte es dann in Zukunft nicht ausrichten, wenn es alle die Kräfte, welche es jetzt zum größten Theil auf Befestigung seiner Machtstellung im westlichen Deutschland verwendet, vielmehr nach Nordosten richtete! Also — wenn es seine Interessen recht versteht — reiner Gewinn für Preußen.

Bemerken wir dabei noch ferner, daß es urkundlich vorliegt, wie zur Zeit des Wiener Congresses die preußischen Minister Stein und Hardenberg selbst eine solche Regulirung der deutschen Angelegenheiten in Vorschlag gebracht hatten. Zwei so bedeutende Staatsmänner, daß jedenfalls die Vermuthung dafür spricht, die Sache möchte nicht ohne guten Grund sein. Waren sie beide preußische Minister, welche Gelegenheit genug gehabt, das Wesen des preußischen Staates gründlich kennen zu lernen, so stammten

sie andererseits beide aus dem alten westlichen Deutschland, wo sie ihre erste Ausbildung erhalten hatten, und dessen eigenthümliches Wesen — im Unterschied von dem östlichen Preußen — sie nicht minder erkannt haben mochten. Oder hätten sie selbst kein klares Bewußtsein darüber gehabt, so leitete sie dabei das natürliche Gefühl, welches oft die Wahrheit sicherer trifft, als der reflectirende Verstand.

Es ist einmal nicht wegzuleugnen: links und rechts von der Elbe wohnt eine verschieden geartete Bevölkerung. Nur das westliche Deutschland ist der eigentliche Boden für eine im vollen Sinne des Wortes föderative Verfassung, welche da von vornherein durch den gegebenen Unterschied der Volksstämme gefordert ist, wie sie andererseits einen geschichtlichen Anhalt an den Traditionen des ehemaligen Reiches hat, welches doch der Sache nach selbst eine Art von föderativer Bildung war. Bedeuten diese Traditionen für das östliche Deutschland überhaupt nur wenig, und insbesondere für das östliche Preußen fast nichts, so bedeuten da zugleich die Stammunterschiede nicht viel, weil Alles ein durch Einwanderung und Germanisirung entstandenes Mischvolk ist. Auch brachten es die politischen Verhältnisse mit sich, daß sich da eine weit mehr centralisirte Herrschaft entwickeln mußte. Sonst wäre es ja auch kaum zu erklären, wie gerade im östlichen Deutschland zwei so bedeutende Hauptstädte emporkommen konnten, wie Berlin und Wien, welche unverkennbar beide keinen rein deutschen Charakter, sondern mehr einen europäischen Charakter haben. Im westlichen Deutschland wäre das überhaupt unmöglich gewesen.

2.

Mag immerhin, nach bloßen Staatsansichten geurtheilt, ein solcher Doppelbund zwischen einem besonderen westdeutschen Staatenkörper, der sich dann mit dem östlichen Preußen und mit Deutschösterreich zu einem weiteren Bunde vereinigte, als ein unfaßbares Ding erscheinen, — darin liegt es nun eben, daß man, um die deutschen Angelegenheiten zu verstehen, weit über die Staatsidee hinausgehen, und sich zur Reichsidee erhoben haben muß. Will sagen: zu der Idee eines Gemeinwesens, in welchem staatsrechtliche und völkerrechtliche Verhältnisse in einander über-

gehen. Denn nur der engere westdeutsche Bund würde eine eigentlich staatsrechtliche Organisation darstellen, die dann im weiteren Bunde einen völkerrechtlichen Charakter annähme. Es kann ja überhaupt nicht anders sein, so lange noch das specifische Preußenthum, wie das Oesterreicherthum, keine blos deutsche sondern zugleich europäische Bildungen sind, welche sich mit dem ursprünglichen Deutschland nicht kurzweg staatsrechtlich verbinden lassen.

So viel vorweg gesagt, und die Reichsidee als solche — in welche unsere Staatsdoctrinäre sich bis jetzt überhaupt noch nicht hineindenken zu können scheinen — auf sich beruhen lassend, wollen wir uns nun um so mehr an die rein praktische Frage halten: wie es denn wirklich mit dem heutigen, nach Staatsansichten gebildeten sogenannten Reiche steht? Frage also: welchen Segen hat es der deutschen Nation gebracht, ja, ist es nur in sich selbst haltbar, und welche Vortheile würden hingegen aus unseren Vorschlägen entspringen?

Daß die achtjährige Existenz des neuen Reiches zu einem wirthschaftlichen und moralischen Rückgang der Nation geführt, liegt bereits als eine mit Zahlen bewiesene Thatsache vor. Nicht minder gewiß, wenn zwar nicht mit Zahlen zu belegen, ist für jeden tiefer Blickenden die fortschreitende Untergrabung des eigenthümlich deutschen Wesens, welches seine Hauptwurzeln unstreitig in den Volksstämmen des alten westlichen Deutschlands hat, die aber unter dem heutigen System, in die ihnen von dem Preußenthum aufgedrückte uniforme Schablone gepreßt, jeder freien Bewegung beraubt sind. Eine längere Fortdauer dieses Zustandes wäre der Tod des deutschen Geistes. Welch neues Leben würde hingegen erblühen, wären diese Volksstämme durch eine föderative Verfassung zu einem besonderen Körper verbunden.

Die Sache hiernach unter dem rein politischen Gesichtspunkt betrachtet, würde sich daraus sofort ein viel freundlicheres Verhältniß zu Frankreich ergeben, wenn demselben ein föderativer Körper gegenüber stände, der seiner Natur nach keine aggressiven Tendenzen hegt, statt dessen es jetzt ein centralisirtes Militärreich vor sich sieht, welches ihm offenbar bedrohlich erscheinen muß. Unsere Sicherheit wäre um deswillen doch nicht gefährdet, weil hinter diesem westdeutschen Körper noch die Militärmacht des östlichen Preußens

und der ganzen österreichischen Monarchie stände. Hat zur Zeit des alten Bundes Frankreich keinen Angriff gewagt, um wie viel weniger könnte es heute daran denken, seitdem unsere westliche Grenze durch Straßburg und Metz die Sicherheit wieder gewonnen hat, welche seit dem Verlust jener Plätze verschwunden war, so daß inzwischen wirklich die Worte Schiller's galten:

„Der Gallier hüpft über den duldenden Strom."

Damit ist es heute vorbei. Sollte der Gallier gleichwohl versuchen, uns in Metz und Straßburg zu beunruhigen, würde er schon darauf gefaßt sein müssen, daß wir dann auch das Maasgebiet zurückforderten, wozu uns nöthigenfalls die Kräfte nicht fehlen dürften.

Dazu kommt, daß, wenn erst der westdeutsche Bundeskörper bestände, wohl bald auch Holland, Belgien und die Schweiz es in ihrem eigenen Interesse finden würden, sich unter irgend einer Form diesem Körper anzuschließen, wie sie ehemals zum Reiche gehört hatten. Unter dem heutigen System steht das nie zu hoffen, da der Anschluß an ein centralisirtes Militärreich den Verlust ihrer Freiheit und Eigenthümlichkeit bedeuten würde, die hingegen im deutschen Westbunde ganz unbedroht wären, der ja Elemente enthielte, welche jenen Staaten selbst sehr ähnlich sind. Entstände also wieder eine innigere Verbindung mit jenen ehemaligen Reichsländern, so würde das entschieden anregend auf unsere eigene innere Entwickelung wirken, so gewiß als die Ablösung jener Länder nicht wenig zur Verengerung unseres geistigen Horizontes beigetragen hat. Es ist für unsere Literatur- und Kunstentwickelung nicht minder nachtheilig gewesen, als für unsere bürgerliche und politische Entwickelung, welche dadurch höchst wichtige freiheitliche Elemente verlor. In Wahrheit aber wäre der Gewinn auf beiden Seiten, denn in jenen Ländern hat sich infolge ihrer Absonderung der geistige Horizont noch weit mehr verengert, und die Zeit ist überhaupt vorüber, wo solche kleinen Länder für sich allein noch eines hohen Aufschwungs fähig wären. Was sind am Ende die deutschen Schweizer, die Holländer und selbst die Flämingen, als Zweige unseres Stammes, welche in ihrer Absonderung zuletzt verkümmern müssen.

Noch viel augenfälliger wäre die erhebliche Vermehrung un-

serer Defensivkräfte und überhaupt unserer Machtmittel, die aus solcher Verbindung entstehen würde. Am alleraugenfälligsten in Beziehung auf das deutsche Seewesen, welches ohne den Hinzutritt Hollands nie zu großer Entwickelung gelangen dürfte. Denn Holland ist das Mündungsgebiet des größten deutschen Stromes, der für sich allein mehr bedeutet, als Elbe, Weser und Ems zusammengenommen. Zu dem Rhein käme dann noch die Schelde hinzu, und beide Ströme sind doch schon weit mehr auf die transatlantische Welt hingerichtet, zu welcher hingegen unsere in die Ostsee mündenden Ströme überhaupt keine directe Beziehung haben. An diesen Naturverhältnissen ist nichts zu ändern. Allen Respect vor den ehemaligen Leistungen der deutschen Hansa, aber blieben ihre Unternehmungen nicht zumeist auf das Ostseegebiet beschränkt, daher eben Lübeck das Haupt des ganzen Bundes wurde? Was man geborene Seeleute nennt, sind doch eigentlich nur unsere friesischen und holländischen Vettern, die gewissermaßen im steten Kampfe mit der See lebten. Das gab ihnen den kühnen Wagemuth und den Sinn für weite transatlantische Unternehmungen, wozu die Hanseaten, wäre auch die transatlantische Welt zu ihrer Zeit schon entdeckt gewesen, sich kaum erhoben haben dürften. Und was den Seekrieg anbetrifft, — wie hätten die Hanseaten einen Tromp und Ruyter aufzuweisen? Nun aber ist Holland viel zu klein und zu wenig volkreich, als daß es unter heutigen Verhältnissen noch eine große Rolle in der transatlantischen Welt spielen könnte, wie es denn auch seine ehemaligen Colonien zum größten Theil wieder verloren hat. Erst durch Verbindung mit dem großen, aber maritim viel weniger beanlagten, Deutschland könnte sich das zu beiderseitigem Vortheil wieder ändern. Holland würde dann so zu sagen der deutsche Admiralstaat, und so erst könnte auf ganz natürlichem Wege allmälig eine große deutsche Seemacht entstehen, welche man jetzt künstlich schaffen will. Gewissermaßen aus der berliner Intelligenz heraus, die doch gerade in diesem Punkte am deutlichsten ihre Insufficienz bekundete.

3.

Wie viele innere Widersprüche das neue Reich in sich trägt, haben wir zum Theil schon gesehen. Betrachten wir jetzt noch die Sache von ihrem Mittelpunkte aus, welchen offenbar das neue

deutsche Kaiserthum bildet. Nicht nur also, daß diese neue Schöpfung, als ein preußisches deutsches Kaiserthum, schon um deswillen sich als der concentrirteste Widerspruch darstellt, sondern ich sage noch mehr: daß überhaupt der Gedanke eines neuen deutschen Kaiserthums keinen inneren Sinn hat, sondern dem Gange der deutschen Geschichte, wie den wahren Aufgaben der Zukunft, als durchaus unangemessen angesehen werden mußte. Darüber das Folgende.

Die Sache zuvörderst nur nach ihrer äußeren Erscheinung betrachtet, so macht von dem heutigen Reichsgebiete fast zwei Drittheil für sich allein der preußische Staat aus, in welchem der Kaiser lediglich als König regiert. Die Kaiserwürde gewährt ihm da nicht einen Gran von neuer Machtvollkommenheit, und wenn also die kaiserliche Autorität als solche sich nur auf das außerpreußische Reichsgebiet erstreckt, d. h. auf ein viel kleineres Gebiet als der preußische Staat ist, — wie sonderbar, daß gleichwohl diese nach Umfang und Inhalt viel geringere Machtvollkommenheit eine höhere Würde begründen soll! Besaßen zwar auch die ehemaligen Kaiser eine Hausmacht, worauf sie sich zunächst stützten, so war doch dasjenige Autoritätsgebiet, in welchem sie allein inkraft des kaiserlichen Amtes walteten, das viel größere, und schon damit die höhere Würde dieses Amtes realiter begründet, während heute das Gegentheil stattfindet.

Zum Zweiten, und jetzt kommen wir auf den entscheidenden Punkt, — wie war denn das ehemalige Kaiserthum entstanden? Keineswegs durch eine bloße Steigerung des deutschen Königthums, sondern ein seiner Bestimmung nach weit über Deutschland hinausreichendes und von dem deutschen Königthum ganz verschiedenes, internationales und universales Amt sollte es sein, als Fortsetzung des alten römischen Kaiserthums, wie es auch ausdrücklich sich selbst das römische nannte. Nur von daher stammte der sonst für die deutschen Völkerschaften ganz unverständliche und fremdartig klingende Kaisertitel. Was kann der aber noch bedeuten, wenn hingegen das neue Kaiserthum ausdrücklich einen blos deutsch-nationalen Charakter haben soll? Nichts weiter als ein hochklingendes Wort wäre er dann. Sollte er nun auch wirklich dafür gelten, indessen, was ihm realiter zu

Grunde läge, nur eine Erneuerung des ehemaligen deutschen Königthums wäre, so ist solche Erneuerung selbst wieder unmöglich. Denn eben unter dem Walten der großen Kaiser waren (in der eigentlichen Kaiserzeit, welche mit den Hohenstaufen endigte) zu dem ursprünglichen Deutschland im Osten ganz neue Gebiete hinzugekommen, und da wurde schon früh Böhmen zu einem besonderen Königreich erhoben, in neuerer Zeit entstand das Königreich Preußen, und ungefähr ein Jahrhundert darauf das bayersche, württembergsche, sächsische und hannoversche Königthum. Welchen Sinn hätte dem gegenüber ein neues deutsches Königthum?

Klar jedenfalls, daß infolge dessen die anderen Königthümer in Deutschland wieder verschwinden müßten, wie ja auch mit Hannover gleich der Anfang gemacht wurde. Liegt aber vor Augen, wie aus dem alten Deutschland im Laufe so vieler Jahrhunderte eine Reihe sehr verschiedener Bildungen hervorgingen, von welchen Oesterreich und Preußen einen europäischen Charakter annahmen, so heißt es geradezu diese ganze Geschichte rückgängig machen wollen, wenn hinterher über das Ganze wieder ein persönliches Oberhaupt treten soll, wo nach Lage der Dinge nur eine föderative Verbindung angezeigt ist, welche ein Oberhaupt — gewissermaßen als einen Oberkönig — schlechterdings ausschließt. Und wer wäre denn jetzt wohl der Oberkönig über Preußen? Oder soll etwa der deutsche Kaiser, kraft dieses Amtes, gegen sich selbst, nach seiner Eigenschaft als König von Preußen, unter Umständen Execution vollstrecken? Genau dieselbe Mystification, als wenn jetzt in der einen und selben Person des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten je nach Bedürfniß zwei verschiedene Seelen wohnen sollen, wovon die eine in derber Liebeslust sich an den preußischen Staat anklammerte, die andere von diesem niederen Standpunkte gewaltsam sich zu der höheren Reichsidee unserer Ahnen erhöbe. Das wäre freilich die hochpoetische Seite der neuen Reichsverfassung.

Die Wirklichkeit sieht etwas prosaischer aus. Und sehr natürlich. Denn so gewiß die Idee des ehemaligen Kaiserthums den deutschen Geist erhob und seinen Horizont erweiterte, — wie der poetische und künstlerische Aufschwung in der zweiten Hälfte des Mittelalters bekundet, den die Hohenstaufenzeit hervorgerufen hatte,

und wovon, als Nachwirkung, auch noch in späteren Jahrhunderten dem deutschen Geist die Richtung auf das Ideale und Universale blieb, — so konnte hingegen das neue Kaiserthum, als eine in jeder Hinsicht ideelose Ausgeburt des Gothaismus, nur auf Verengerung und Abstumpfung des deutschen Geistes wirken. Darum begann seitdem nicht etwa ein Aufschwung in Kunst, Literatur und Wissenschaft, sondern ein Herabsinken in das Platte. Ein Beleg dazu, was wir schon an einer früheren Stelle über das Nationaldenkmal in der neuen Kaiserstadt bemerkten. Und überhaupt — welchen Geist müssen wohl die „großen Erfolge" erweckt haben, wenn unmittelbar nach Errichtung des neuen Kaiserthums, welches diesen Erfolgen erst die Krone aufsetzen sollte, gerade zumeist wieder in der neuen Kaiserstadt das schmutzigste Gründerthum hervorbrach?

Zum Dritten ist allbekannt, wie seit der Kirchenspaltung das katholisch gebliebene Kaiserthum bei dem protestantischen Theile allmälig alle Autorität verlor. Bestand seitdem überhaupt keine rechte geistige Einheit des deutschen Lebens mehr, und konnte das Kaiserthum darum auch nicht mehr das Deutschthum repräsentiren, so mußte es wohl successive zur leeren Form herabsinken und zuletzt überhaupt verschwinden. Was wäre jetzt von einem neuen protestantischen Kaiserthum zu erwarten? Es könnte lediglich die militärische und commercielle Einheit der Nation repräsentiren; was ja auch nach der Reichsverfassung bei weitem seine Hauptbestimmung ist, indem dieselbe von dem geistigen Leben, welches sich zuletzt in der Religion concentrirt, als von einer für das Reich gar nicht in Betracht kommenden Angelegenheit rundweg abstrahirt. Allein die Religion ist um deswillen nicht verschwunden, und damit äußert auch die Kirchenspaltung noch fortwährend ihren Einfluß auf das Denken, Fühlen und Streben des katholischen und protestantischen Theils, und so gewiß nun das neue Kaiserthum thatsächlich ein protestantisches ist, darf es bei dem katholischen Volke nie auf rechte Sympathien rechnen, sondern wird von da aus leicht mit stillem Mißtrauen betrachtet werden. Darüber darf sich Niemand täuschen. Anstatt den confessionellen Frieden zu befördern, ist folglich dadurch vielmehr ein Same des Unfriedens ausgestreut, wie der Culturkampf zeigt.

Selbstverständlich ferner, daß ein neues deutsches Kaiserthum,

Grunde läge, nur eine Erneuerung des ehemaligen deutschen Königthums wäre, so ist solche Erneuerung selbst wieder unmöglich. Denn eben unter dem Walten der großen Kaiser waren (in der eigentlichen Kaiserzeit, welche mit den Hohenstaufen endigte) zu dem ursprünglichen Deutschland im Osten ganz neue Gebiete hinzugekommen, und da wurde schon früh Böhmen zu einem besonderen Königreich erhoben, in neuerer Zeit entstand das Königreich Preußen, und ungefähr ein Jahrhundert darauf das bayersche, württembergsche, sächsische und hannoversche Königthum. Welchen Sinn hätte dem gegenüber ein neues deutsches Königthum?

Klar jedenfalls, daß infolge dessen die anderen Königthümer in Deutschland wieder verschwinden müßten, wie ja auch mit Hannover gleich der Anfang gemacht wurde. Liegt aber vor Augen, wie aus dem alten Deutschland im Laufe so vieler Jahrhunderte eine Reihe sehr verschiedener Bildungen hervorgingen, von welchen Oesterreich und Preußen einen europäischen Charakter annahmen, so heißt es geradezu diese ganze Geschichte rückgängig machen wollen, wenn hinterher über das Ganze wieder ein persönliches Oberhaupt treten soll, wo nach Lage der Dinge nur eine föderative Verbindung angezeigt ist, welche ein Oberhaupt — gewissermaßen als einen Oberkönig — schlechterdings ausschließt. Und wer wäre denn jetzt wohl der Oberkönig über Preußen? Oder soll etwa der deutsche Kaiser, kraft dieses Amtes, gegen sich selbst, nach seiner Eigenschaft als König von Preußen, unter Umständen Execution vollstrecken? Genau dieselbe Mystification, als wenn jetzt in der einen und selben Person des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten je nach Bedürfniß zwei verschiedene Seelen wohnen sollen, wovon die eine in derber Liebeslust sich an den preußischen Staat anklammerte, die andere von diesem niederen Standpunkte gewaltsam sich zu der höheren Reichsidee unserer Ahnen erhöbe. Das wäre freilich die hochpoetische Seite der neuen Reichsverfassung.

Die Wirklichkeit sieht etwas prosaischer aus. Und sehr natürlich. Denn so gewiß die Idee des ehemaligen Kaiserthums den deutschen Geist erhob und seinen Horizont erweiterte, — wie der poetische und künstlerische Aufschwung in der zweiten Hälfte des Mittelalters bekundet, den die Hohenstaufenzeit hervorgerufen hatte,

und wovon, als Nachwirkung, auch noch in späteren Jahrhunderten dem deutschen Geist die Richtung auf das Ideale und Universale blieb, — so konnte hingegen das neue Kaiserthum, als eine in jeder Hinsicht ideelose Ausgeburt des Gothaismus, nur auf Verengerung und Abstumpfung des deutschen Geistes wirken. Darum begann seitdem nicht etwa ein Aufschwung in Kunst, Literatur und Wissenschaft, sondern ein Herabsinken in das Platte. Ein Beleg dazu, was wir schon an einer früheren Stelle über das Nationaldenkmal in der neuen Kaiserstadt bemerkten. Und überhaupt — welchen Geist müssen wohl die „großen Erfolge" erweckt haben, wenn unmittelbar nach Errichtung des neuen Kaiserthums, welches diesen Erfolgen erst die Krone aufsetzen sollte, gerade zumeist wieder in der neuen Kaiserstadt das schmutzigste Gründerthum hervorbrach?

Zum Dritten ist allbekannt, wie seit der Kirchenspaltung das katholisch gebliebene Kaiserthum bei dem protestantischen Theile allmälig alle Autorität verlor. Bestand seitdem überhaupt keine rechte geistige Einheit des deutschen Lebens mehr, und konnte das Kaiserthum darum auch nicht mehr das Deutschthum repräsentiren, so mußte es wohl successive zur leeren Form herabsinken und zuletzt überhaupt verschwinden. Was wäre jetzt von einem neuen protestantischen Kaiserthum zu erwarten? Es könnte lediglich die militärische und commercielle Einheit der Nation repräsentiren; was ja auch nach der Reichsverfassung bei weitem seine Hauptbestimmung ist, indem dieselbe von dem geistigen Leben, welches sich zuletzt in der Religion concentrirt, als von einer für das Reich gar nicht in Betracht kommenden Angelegenheit rundweg abstrahirt. Allein die Religion ist um deswillen nicht verschwunden, und damit äußert auch die Kirchenspaltung noch fortwährend ihren Einfluß auf das Denken, Fühlen und Streben des katholischen und protestantischen Theils, und so gewiß nun das neue Kaiserthum thatsächlich ein protestantisches ist, darf es bei dem katholischen Volke nie auf rechte Sympathien rechnen, sondern wird von da aus leicht mit stillem Mißtrauen betrachtet werden. Darüber darf sich Niemand täuschen. Anstatt den confessionellen Frieden zu befördern, ist folglich dadurch vielmehr ein Same des Unfriedens ausgestreut, wie der Culturkampf zeigt.

Selbstverständlich ferner, daß ein neues deutsches Kaiserthum,

dem sich das österreichische Kaiserthum schlechterdings nicht unterordnen konnte, damit auch unmittelbar die Abtrennung Oesterreichs von Deutschland bedeutete und voraussetzte. So wurde um deswillen das ehemalige Bundesgebiet um ein großes Stück verkleinert, statt dessen die wahre Aufgabe vielmehr gewesen wäre es zu erweitern. Nicht nur mußte Oesterreich mit Deutschland verbunden bleiben, und dadurch mittelbar auch Ungarn, sondern, wie schon gesagt, Preußen hatte andererseits seine Anstrengungen darauf zu richten, daß in ähnlicher Weise mittelbar auch Polen, als ein Nebenland des östlichen Preußens, dadurch mit Deutschland in Verbindung trat.

Auf Grund dessen hätte dann ein preußisches Kaiserthum entstehen mögen. Das entsprach dem realen Zug der deutschen Entwickelung, die nach Nordosten hin nicht minder über sich selbst hinausgegangen war als nach Südosten hin. Und ebenso entsprach es der natürlichen Lage und den realen Interessen der preußischen Ostseeprovinzen. Der protestantische Charakter des preußischen Staates aber, wie insbesondere seines Königshauses, würde dabei keineswegs hindernd in den Weg treten, im Gegentheil, er würde die Sache erleichtern, weil darin die wirksamste Garantie läge, daß das protestantische Preußen gar nicht darauf ausgehen könnte, das mit ihm verbundene katholische Polen zu einer preußischen Provinz herabdrücken zu wollen. Es könnte überhaupt nicht anders, als dem Lande eine besondere Verfassung und Verwaltung zu geben, und seine Nationalität ungekränkt zu lassen.

Ein solches preußisches Kaiserthum wäre dann, wie das Seitenstück des österreichischen Kaiserthums, so auch der natürliche Bundesgenosse desselben. Das läge wiederum in den Verhältnissen, weil nicht nur keine collidirenden Interessen beständen, sondern das augenfälligste Bedürfniß Hand in Hand zu gehen. Ein deutsches Kaiserthum hingegen — verändert mit einem Schlage Alles. Das ist nicht der natürliche Freund, sondern der natürliche Feind der österreichischen Monarchie, da es schlechterdings, sobald sich nur gute Gelegenheit böte, auf den Erwerb der deutsch-österreichischen Länder ausgehen müßte. Und hat nicht Bismarck schon vor 66 gesagt: Oesterreich solle seinen Schwerpunkt nach Ungarn verlegen, was doch nichts anderes heißt, als daß es sich darauf vorbereiten

solle, seine deutschen Länder zu verlieren, welche sich von Budapest aus nicht lange regieren lassen dürften. Bald würde da ein Schmerzensschrei erklingen, und dann gälte es die Befreiung unserer deutschen Brüder. Diese Eventualität begreift ein Kind. Inzwischen wirkt das neudeutsche Reich schon durch sein bloßes Dasein zersetzend auf die österreichische Monarchie, wie auch bereits deutlich genug hervortritt. Wie wenig gesichert muß unter solchen Umständen die zeitweilige Allianz zwischen dem neudeutschen Reiche und der österreichischen Monarchie sein, wo man sich auf beiden Seiten nicht traut noch trauen kann. Ach, wie viel Ungemach hat bereits der immer neu erwachende Zwiespalt zwischen Preußen und Oesterreich über Deutschland gebracht! Auch nicht blos äußeres Ungemach, denn an die preußisch-österreichische Rivalität knüpfte sich ein ganz Deutschland überziehendes Netz von Gehässigkeiten und Intriguen, zum Verderben des deutschen Charakters, dem dadurch Hinterlist und Doppelzüngigkeit eingeimpft wurde.

Woher aber kam das alles, als weil beide um den Einfluß und um die Herrschaft in Deutschland stritten, gerade als ob Deutschland selbst schon nichts mehr zu bedeuten hätte, sondern nur noch ein von Preußen oder Oesterreich auszunutzendes Material wäre. Darum keine Bürgschaft für eine bessere Zukunft, als durch die Bildung eines besonderen westdeutschen Staatenkörpers, dem sich dann in zweiter Linie das östliche Preußen und Deutschösterreich anschlössen, und durch diese wieder mittelbar auch Polen und Ungarn, was also einen dreifach abgestuften Bund ergäbe. Auf die confoederatio arcta folgte die confoederatio latior und zuletzt die confoederatio latissima.

Klar dabei, daß eine so erweiterte Föderation nicht in die innere Entwickelung der Bundesglieder eingreifen, sondern nur ein Zusammenwirken für einzelne bestimmte Angelegenheiten bezwecken dürfte. Vor allem was den militärischen Schutz und den materiellen Verkehr betrifft, wobei die Verschiedenheit der Nationalität und des Culturgrades der hier verbundenen Elemente wenig in Betracht käme, insofern doch in Beziehung auf jene Angelegenheiten ein greifbares gemeinsames Interesse bestände. Das aber anerkannt, eröffnete sich sogar noch eine weitere Perspective. Denn warum sollte Oesterreich nicht zur Handhabe dienen können, um allmälig

auch die Länder an der unteren Donau heranzuziehen, wie desgleichen Preußen im Nordosten allmälig seine Wirksamkeit bis an den Peipussee und die Beresina ausdehnen könnte. Schlössen sich dann andererseits an den westdeutschen Bundeskörper wieder Holland, Belgien und die Schweiz an, so wäre damit der mitteleuropäische Bund vollendet.

Dies wäre in großen Umrissen das Bild des Ganzen. Die nachfolgenden Erörterungen werden dazu dienen, um das Befremdende, was die Sache auf den ersten Anblick haben möchte, verschwinden, wie andererseits die große praktische Wichtigkeit derselben hervortreten zu lassen.

4.

Nichts lag uns ferner als an Repristinationen zu denken, wenn wir gelegentlich auf das ehemalige mittelalterliche Reich zurückblickten. Wir bestehen aber darauf, daß sich darin eine Idee aussprach, welche durchaus nicht an die feudale Form gebunden ist, unter der sie im Mittelalter auftrat. Und wie schon gesagt, der Feudalismus selbst war doch in vieler Hinsicht nur ein roher Föderalismus. Er war an und für sich ein synthetisches Princip, wodurch es zugleich ermöglicht wurde, daß den dadurch verbundenen Gliedern diejenige Selbständigkeit verblieb, welche ihre Eigenthümlichkeit verlangte, indem er nirgends auf Uniformität ausging.

So z. B. war Böhmen entschieden ein Reichsland, aber von der Kreisverfassung und von dem Kammergericht eximirt, in seiner Rechtsentwickelung ganz unabhängig. Aehnlich stand es gewissermaßen mit den Niederlanden und Lothringen, deren Zugehörigkeit zum Reiche unfraglich war, obwohl sie doch gewiß ein viel anderes Verhältniß zu demselben hatten, als etwa Sachsen oder Bayern. Wäre es nun besser gewesen, jene Länder hätten überhaupt nicht zum Reiche gehört, damit das Uebrige um so gleichmäßiger behandelt werden konnte? Das wird man schwerlich behaupten wollen. In Lehnsabhängigkeit vom Reiche stand ferner zeitweilig Polen, oder wenigstens ein Theil desselben, aber mehr als eine Oberhoheit war das nicht, und zu einem Reichslande war Polen um deswillen nicht geworden. Dasselbe gilt von dem Lehnsverbande, in welchem

die italienischen Länder und die Länder des burgundischen Königreiches zu dem Kaiserthum standen, infolge dessen die Autorität des Reiches — dasselbe im weitesten Sinne genommen — tief in Italien hinein und bis an die Provence reichte. So entfaltete sich der Reichsverband, von den inneren Reichsländern angefangen, in einer Reihe von immer loser werdenden Verbindungen, die zuletzt fast rein völkerrechtlich aussahen: Und ganz ähnlich würden die verschiedenen Stufen der Föderation sein, von welchem wir oben gesprochen.

Nun sagt man freilich: solche zwischen staatsrechtlichem und völkerrechtlichem Charakter schwankende Verbindungen hätten nur für das Mittelalter gepaßt, die neuere Zeit hingegen dränge auf klar formulirte Verhältnisse, auf abgeschlossene politische Körper, wonach an ähnliche Bildungen nicht wieder zu denken sei. Und so viel ist auch ganz richtig, daß die neuere Zeit durch die Herrschaft der Staatsidee charakterisirt ist. Wie aber, — wenn eben diese neuere Zeit auch schon selbst wieder zu Ende ginge, indem darauf die neueste Zeit folgte, wo vielmehr das Bedürfniß hervorträte, über den bloßen Staatsverband zu umfassenderen Verbänden hinauszugehen? Nicht etwa, daß das einen Rückfall in den Feudalismus bedeutete, sondern die Sache wäre ganz einfach die, daß damit die Periode des Föderalismus begönne. Lag es also in den mittelalterlichen Verhältnissen begründet, daß die italienischen und burgundischen Länder in Verbindung mit dem deutschen Reiche traten, und daß dies unter feudalen Formen geschah, so drängt die Zukunft vielmehr zu einer Verbindung mit unseren östlichen Nachbarländern, und unter föderativen Formen, wodurch dann allmälig der große mitteleuropäische Bund zustande kommen würde.

Ein Staat freilich kann und soll dieses Gebilde nicht sein, selbst nicht ein Bundesstaat, sondern es ginge über die Staatsidee überhaupt hinaus. Wäre es aber um deswillen ein Nichts, weil die herrschende Doctrin dafür keine Begriffe hat? Großer Gott, wie weit ist unsere dermalige Schulwissenschaft rücksichtlich der socialen Fragen hinter den Aufgaben der Zeit zurückgeblieben, und rücksichtlich der politischen und internationalen Fragen dürfte es nicht anders stehen. Denn ich behaupte vielmehr: daß ein solcher

föderativer Körper zu stande käme, so sehr dieser Gedanke auch den einstweilen noch herrschenden Begriffen widersprechen möchte, muß geradezu als eine Lebensfrage für unsere zukünftige Weltstellung gelten.

5.

Täuschen wir uns doch nicht über die wirkliche Bedeutung des neuen Deutschlands, weil wir so viele Schlachten gewannen und so große Armeen gefangen nahmen, wie vordem noch nie gesehen! Deutschland ist dadurch nur um ein kleines Stück größer geworden, während es andererseits auf den ganzen Complex der deutsch-österreichischen Länder verzichtete, und wie sollten nun wohl seine reellen Machtmittel gewachsen sein? Nichts weiter ist folglich das eigentliche Resultat, als daß es sich selbst in eine Lage versetzte, die es zu immer höherer Anspannung seiner Militärkräfte nöthigt. Inzwischen entwickeln sich die großen Weltverhältnisse fort, und wir haben trotz unserer gewaltigen Armee, die ununterbrochen auf dem Posten steht, fast nur das Zusehen. Außerhalb Europa's vermögen wir damit überhaupt nichts auszurichten, in Europa aber könnten wir doch auch nur vernichtende Schläge auf unsere unmittelbaren Nachbarländer richten, und was hätten wir davon? Was insbesondere, wenn wir noch einmal Frankreich darniederwürfen? Die Eventualität einer französisch-russischen Allianz läge dann um so näher, und wir müßten erst recht ununterbrochen auf dem Posten stehen. Andererseits könnten wir vielleicht die österreichische Monarchie zerstören, allein damit hätten wir direct für Rußland gearbeitet, welches dabei ganz ebenso den Hauptthteil der Beute davon tragen würde, wie vordem bei der Theilung Polens geschah. Was helfen uns nun die Lorbeeren, mit denen wir uns bedeckten, wenn sie uns selbst nur neue Lasten auferlegen? Eine sterile Erwerbung!

Soll hingegen die militärische Machtstellung, die das neudeutsche Reich errungen, zu einem reellen und dauernden Gewinn für Deutschland, und zu einem heilsamen Umschwung des europäischen Systems führen, so muß sie dazu dienen: Rußland in die Grenzen zurückzuweisen, die es schon so weit überschritten, zum größten Schaden für Deutschland und bedrohlich für die ganze abendländische Civilisation. Allein damit entstände sofort auch die

Frage: was denn hinterher aus den Ländern werden sollte, die Rußland wieder abzutreten gezwungen worden wäre?

Zunächst im Nordosten, wohin sich der Hauptangriff richten müßte, weil da seit Peter dem Großen der Schwerpunkt der russischen Macht liegt, und da wäre das am meisten in Frage kommende Object offenbar Polen. Dieses von Rußland wieder abzureißen, würde für Preußen unter den heutigen Umständen keine gar schwierige Sache sein, die eigentliche Schwierigkeit vielmehr, welche Stellung hierauf Polen einzunehmen hätte? Eine Schwierigkeit, die, wie wir schon gesehen, nur dadurch zu lösen wäre, daß Polen ein mit Preußen verbundenes Nebenland würde. Allein dem eben steht entgegen, daß Preußen jetzt mit dem neuen Reiche verquickt ist, welches seinerseits wieder zur Centralisation, zur Uniformität und vor allem zur nationalen Abgeschlossenheit hinstrebt, was folglich eine solche Verbindung nicht zuließe. Je größere Ländergebiete nun Rußland abzutreten hätte, um so größer hinterher die Schwierigkeit.

Ferner wäre eine dauernde Sicherstellung gegen das Vordringen der russischen Macht nur möglich durch Mitwirkung Oesterreichs. Denn Rußland muß nicht nur hinter die Düna, sondern auch hinter den Dniester zurückgewiesen, und der Weg in die Balkanländer ihm für immer verlegt werden. Durch ein stetiges Zusammenwirken von Deutschland und Oesterreich wäre dies sehr wohl zu ermöglichen, wozu aber wieder als unerläßliche Voraussetzung eine organische Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich gehörte.

Da sieht man, was die heutige Abtrennung Deutschlands von Oesterreich bedeutet. Will sagen: wie vortheilhaft sie für Rußland war, und welche Gefahren hingegen für die Zukunft Deutschlands daraus entspringen. Findet diese verhängnißvolle Folge des Systems von 66 trotzdem bis heute noch so wenig Beachtung, so zeigt sich darin eben der große Irrthum, den wir schon wiederholt hervorgehoben, als ob die deutsche Frage außer Zusammenhang mit der europäischen Politik zu verstehen und zu behandeln sei. Insbesondere aber zeigt sich hier die so zu sagen einseitig westliche Tendenz, von der wir seines Ortes sprachen. Denn ganz demgemäß thut das neue Reich gerade so, als ob ihm nur von Westen her Gefahren drohten, wogegen sich zu schützen das entscheidende Motiv für seine

Haltung sein müßte. Mit ängstlicher Aufmerksamkeit wird darum alles beobachtet, was im Innern Frankreichs vorgeht, was hingegen in unseren östlichen Grenzländern und in den unteren Donauländern vorgeht, scheint für dieses Reich nur geringes Interesse zu haben. Es erklärt sich ausdrücklich für unbetheiligt dabei, und will vorkommenden Falls nur den ehrlichen Makler spielen.

Man sage doch aber, was wohl daraus entstehen sollte, wenn die heutige Stellung Rußlands im östlichen Europa sich immer mehr befestigte? Offenbar folgte daraus in Polen, Lithauen und Liefland die fortschreitende Russificirung, und was das für Preußen, und somit auch für Deutschland bedeutete, kann ein Kind begreifen. In den unteren Donauländern freilich ist zur Zeit von einem status quo kaum zu reden, sondern die Dinge sind da in Fluß gekommen, die Bewegung hat sogar die ganze Balkanhalbinsel ergriffen, und es liegt vor Augen, wie Rußland die dortigen slawischen Völkerschaften immer mehr mit seinen Netzen zu umspinnen strebt. Gelänge es aber der russischen Macht sich da festzusetzen, so wäre ihr weiteres Vordringen bis an den Bosporus nur noch eine Frage der Zeit. Rußland würde ganz in derselben Weise wie einst die Türken nach Constantinopel gelangen. Und dann dürfte Rußland nur erst den Bosporus und die Dardanellen haben, so wollte es auch den Sund haben, wonach es schon seit lange begehrlich geblickt. Ueber alle dies ist kein Wort mehr zu verlieren.

Was soll denn aber geschehen, damit jene Länder, nachdem sie die Türkenherrschaft abgeschüttelt, nicht statt dessen unter russische Herrschaft gerathen? Jedes für sich allein können sie eben nicht bestehen, und daß sie zu ihrem Schutz eine besondere Föderation bildeten, ist nicht nur nach Lage der Umstände schon an und für sich eine Chimäre, sondern selbst solche Föderation würde der russischen Macht keinen nachhaltigen Widerstand leisten können, vielmehr dem russischen Einfluß tausend Kanäle offen halten. Nein, nur dadurch ist hier ein einigermaßen geordneter Zustand und ein sicherer Damm gegen Rußland herzustellen, daß diese Völkerschaften, unter irgend einer Form, sich an die österreichische Monarchie anlehnen, welche hier als Mediator in ihren inneren Differenzen und als Protector nach außen aufzutreten hätte. Allein Oesterreich sähe sich damit vor einer Aufgabe gestellt, der es selbst wieder

nicht gewachsen wäre, ohne eine feste Verbindung mit Deutschland. Noch mehr, ohnedies würde es in sich selbst verdumpfen und der Stagnation verfallen, weil es nur durch Deutschland in lebendigem Zusammenhang mit der westeuropäischen Culturentwickelung steht, und nur durch Deutschland auch noch einen Hauch aus der transatlantischen Welt empfängt. Und um wie viel mehr gilt dies erst für die vorgedachten Völkerschaften! So stände andererseits auch Polen nur durch Preußen mit der See in Verbindung, wie zugleich mit der abendländischen Cultur.

Man sieht, wie sehr hier alles bedingt ist durch das Verhältniß, in welchem Preußen und Oesterreich zu einander, und beide wieder zu dem übrigen Deutschland stehen. Eine natürliche Folge daher, daß auch wieder das Urtheil über die vorliegenden Entwürfe davon abhängt, wie man über die Ziele deutscher Entwickelung denkt. Selbstverständlich dann, daß auf dem Standpunkt des Gothaismus — wonach Preußen den Beruf haben soll, die deutsche Einheit zu begründen, um darauf mit Deutschland in Eins zu verschmelzen, während hingegen Oesterreich um deswillen von Deutschland abzutrennen wäre, — selbstverständlich, daß auf diesem Standpunkt von solchen Projecten überhaupt keine Rede sein könnte. Betrachtet man hingegen Preußen und Oesterreich als die beiden, zwar untrennbar mit Deutschland verwachsenen, aber weit darüber hinausgewachsenen, großen deutschen Marken, welche von ihrem Ursprung an die Bestimmung hatten, über Deutschland hinauszuwirken, so stellt sich die Sache mit einem Schlage ganz anders dar, indem dann nur die ganz natürliche Fortentwickelung altbegründeter Verhältnisse darin liegen würde. Und so haben wir desgleichen kurz zuvor gesehen, wie die Begründung einer solchen confoederatio latissima nur die zeitgemäße Metamorphose der großen Idee wäre, welche in dem ehemaligen Reiche, zur Zeit seiner Kraft und universalen Geltung, zum Ausdruck gekommen war.

Wer aber troß dem allen in diesem Projecte noch etwas Ungeheuerliches fände, der erwäge doch nur, daß ja wirklich nichts weiter dazu gehörte, als daß die heute für einstweilen zwischen dem neuen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie thatsächlich bestehende Allianz sich in eine organische Verbindung verwandelte, und eine confoederatio latior wäre schon da, die

latissima vorbereitet. Und war nicht der ehemalige deutsche Bund selbst nur ein unklar schwankendes Mittelding zwischen der confoederatio arcta und latior? Was mich betrifft, ich hatte die Forderung der Erweiterung des deutschen Bundes zum mitteleuropäischen Bunde schon im Jahre 48 ausgesprochen [1]).

Es erübrigt noch zu zeigen, welche praktische Folgen sich daraus ergeben würden auf dem Gebiete der materiellen Interessen.

6.

Zeigt schon ein Blick auf die Landkarte, welch einen mißgestaltenen, und auf die Dauer gar nicht haltbaren, Körper das neue Reich nach seiner territorialen Abgrenzung bildet, so wird auch jedem Denkenden einleuchten, welche große Schwierigkeiten nicht nur in strategischer Hinsicht, sondern noch mehr in volkswirthschaftlicher Hinsicht daraus entspringen müssen. Denn lassen zwar die strategischen Schwierigkeiten durch Festungsbauten und Verstärkung der Armee sich einigermaßen paralysiren, wenn auch nur mit großen Opfern, so ist in Beziehung auf die volkswirthschaftliche Entwickelung, welche sehr viel mehr an Naturverhältnisse gebunden ist, durch künstliche Mittel um deswillen auch viel weniger auszurichten. Und wieder um so weniger, je größer die Nation und das Land ist, welches dabei in Frage kommt.

Noch einmal wiederholen wir, was man nie genug sagen kann, weil es von der herrschenden Doctrin fast ganz verkannt ist, daß alle volkswirthschaftlichen Lehren und Unternehmungen von der Betrachtung der Naturverhältnisse ausgehen müssen, und daß schon um deswillen nur mit großer Vorsicht von einem Lande auf das andere exemplificirt werden darf. Nehmen wir z. B. England, von woher ja eben die herrschende Doctrin stammt, — was ist es denn seiner natürlichen Gestaltung nach? Ein Inselstaat mit hafenreichen Küsten, in welchen noch obendrein Meeresbuchten so tief hineinreichen, daß man das ganze Land durchschneidende Seeschifffahrtskanäle anlegen konnte, wodurch es wie zu einem großen Emporium wurde. Da mag darum die ganze Volkswirthschaft sich im Handel concentriren, und der Handel wieder mag sich in den

1) Mehr darüber in meiner „Deutschen Antwort auf die orientalische Frage". 77.

freiesten Bahnen bewegen, denn durch die englische Seeherrschaft unterstützt, wird er überall Absatzgebiete wie resp. Einkaufsgebiete finden. Die ganze Welt steht ihm offen, und stockt hier oder da das Geschäft, so findet sich wohl anderseitig ein Ersatz dafür. Wie aber könnte der auswärtige Handel Deutschlands, welches rücksichtlich der vorgedachten Punkte fast den Gegensatz zu England bildet, je denselben Umfang, oder gar die Beweglichkeit des englischen Handels gewinnen?

Das englische Freihandelssystem, welches unsere Katheder-wissenschaft mit so wenig Ueberlegung bei uns importirte, paßt also für deutsche Verhältnisse ganz ebenso wie die Faust auf's Auge, als wenn man andererseits die englische Parlamentsregierung bei uns nachahmen wollte, was doch auch schon vielfältig projectirt und gefordert ist. Erhebt sich jetzt aber ein entschieden wachsender Widerspruch gegen dieses englische System, so verfällt man in einen kaum geringeren Irrthum, wenn man hingegen auf Frankreich exemplificirt, wo sich das Zollschutzsystem so heilsam erwiesen habe. Möchte es doch! Wie dieses System bei uns wirken würde, ist eine andere Frage.

Ganz chimärisch wäre vorweg die Hoffnung, daß darin ein Mittel zur Lösung der socialen Mißstände läge, und infolge dessen auch zur Bekämpfung des Socialismus, wie gleichwohl auch gemeint wird. Steht nicht das Schutzzollsystem ganz ebenso auf dem Boden des Capitalismus als das Freihandelssystem, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß dort statt des Handelscapitals das Industriecapital in den Vordergrund tritt? Und doch ist es gerade die Capitalherrschaft, welche zu beseitigen das Hauptstreben des Socialismus ist, wie er sich auch in erster Linie gerade gegen das Industriecapital richtet, dessen Druck die arbeitenden Classen ganz unmittelbar empfinden, während ihnen die Folgen des commerciellen Capitalismus lange nicht so deutlich vor Augen liegen. Darüber haben wir uns in unseren früheren Erörterungen genügend ausgesprochen. Und wie soll nun das Schutzzollsystem dazu helfen, den Socialisten den Mund zu stopfen? Ei, wenn es den Schutz der Industrie**arbeiter** bedeutete, das wäre etwas, statt dessen es aber in erster Linie nur die Interessen des Industrie**capitals** schützt. Denn wenn zwar der Zollschutz für einstweilen den feiernden

Arbeitern wieder Arbeit verschaffen möchte, so bliebe doch immer die Sache, daß die Fabrikanten dabei unverhältnißmäßig mehr gewonnen als die Arbeiter. Käme dann das Fabrikwesen, nebst dem Bergbau, wieder in größeren Flor, so würde es sich auch um so mehr ausbreiten, und mit der Vermehrung der Fabrikarbeiter vermehrten sich hinterher auch die Rekruten des Socialismus. Nein, so leicht ist der socialen Frage nicht beizukommen, deren Kern vielmehr damit umgangen werden soll. Auch meine ich wohl, um uns darüber aufzuklären müßte schon das Eine genügen, daß gerade aus dem schutzzöllnerischen Frankreich der Socialismus zu uns kam.

Sehen wir uns aber jetzt Frankreich näher an, so ist es eben auch wieder ein viel anderes Land als Deutschland, daher auch nicht entfernt zu erwarten steht, daß uns das Schutzzollsystem dieselben materiellen Vortheile bringen würde als dort. Denn ganz abgesehen davon, daß Frankreich einen von Natur reicheren Boden hat, und sein milderes Klima überhaupt das Leben leichter macht, so ist es auch ein wohl abgerundetes Gebiet, dessen Theile zugleich fast überall durch Fluß- und Canalschifffahrt in Verbindung stehen. Fehlt uns nun zwar nicht die Flußschifffahrt, so ließe ein dem französischen gleichkommendes Canalsystem sich jedenfalls nur im nördlichen Deutschland herstellen, während — was die Hauptsache wäre — Canalverbindungen zwischen dem nördlichen und südlichen Deutschland durch das deutsche Mittelgebirge fast ganz ausgeschlossen blieben, wie dann auch im südlichen Deutschland selbst wieder kaum an Canalverbindungen zu denken wäre. Ferner ist das mehr nach Westen hingelegene Frankreich um deswillen auch günstiger für den Welthandel gelegen, da es noch außerdem zugleich eine oceanische und eine mediterrane Küste hat, die sich gewissermaßen ergänzen, statt dessen Deutschland nur nach einer Seite vom Meere bespült wird. Und zwar statt des Mittelmeeres von der sehr viel unbedeutenderen Ostsee, statt des Oceans doch nur von der Nordsee, und hier wie da frieren unsere Häfen im Winter zu.

Ueberhaupt bildet Deutschland von Natur kein einheitliches Verkehrsgebiet, sondern das Rheingebiet, welchem sich einigermaßen das Ems- und Wesergebiet anschließen, bildet ein Gebiet für sich, dessen commercielle Entwickelung aber gelähmt bleibt, so lange gerade das am meisten maritim beanlagte Holland nicht dazu gehört.

Das Elbgebiet vermittelt dann den Uebergang zwischen West und Ost, indem die rechte Seite desselben schon mehr auf die Ostsee hindeutet als auf die Nordsee, und was nun das eigentliche nordöstliche Deutschland betrifft, das leidet durch die russische Grenzsperre, und würde sich commerciell erst recht entwickeln können, wenn das sarmatische Tiefland hinzukäme. Das südöstliche Deutschland endlich ist einerseits durch die Donau auf den Pontus hingewiesen, andererseits auf das adriatische Meer, von welchem es aber durch den breiten Gürtel der Alpen getrennt ist, die den Transport außerordentlich erschweren. Fast ganz ausgeschlossen ist dadurch der Handel mit groben massigen Artikeln, die hingegen für England (Kohlen und Eisen) die Basis seines ganzen Schifffahrtsverkehrs bilden, woran sich dann wieder der Handel anschließt.

Einleuchtend nach dem allen, daß ein so überwiegend continentales, dabei so großes und volkreiches, Land wie Deutschland nur gedeihen kann, durch möglichst gesicherte und stabile Handelsverhältnisse. Dazu würde dann rücksichtlich des transatlantischen Handels in erster Linie die Verbindung mit Holland gehören, rücksichtlich des mediterranen und pontischen Handels die Verbindung mit Oesterreich. Am wichtigsten aber bleibt für uns immer der Landhandel, und wie nun die Hauptbasis alles Handels der Austausch zwischen Naturproducten und Industrieproducten bildet, so würde unsere bereits weit über den eigenen Bedarf producirende Industrie ihr sicherstes Absatzgebiet in unseren östlichen Nachbarländern finden, einschließlich der Länder an der unteren Donau bis an den Pontus hin. Alles Länder, deren Ackerbau noch einen großen Aufschwung verspricht, wie hingegen alle von geringer industrieller Beanlagung. Und warum auch sollte man sich da auf Industrie verlegen, wo noch so viele Bodenschätze unbenutzt sind, und wenn andererseits die gewonnenen Ackerbauproducte bei uns einen gesicherten und lohnenden Absatz fänden? So importiren wir ja schon jetzt von daher sehr bedeutende Quantitäten an Getreide und Viehzuchtproducten, nur daß wir diese Importe statt mit unseren Fabrikaten zum größten Theil mit barem Gelde bezahlen, wobei wir natürlich verarmen müssen. Darin liegt das Hauptübel.

Taugt uns also der Freihandel nicht, — der bloße Schutzzoll wird auch wenig helfen. Müßte er doch gerechterweise die land-

wirthschaftlichen Producte nicht minder umfassen als die Industrieproducte, und worauf liefe das zuletzt hinaus, als daß zwar alle Producenten ihre eigenen Producte höher verwerthen könnten, dafür aber auch alle ihre Bedürfnißartikel um so theuerer bezahlen müßten? Denn das ist eine unhaltbare Behauptung, daß der Schutzzoll keine Vertheuerung der importirten Waaren bewirken würde, sondern lediglich der auswärtige Producent den Zoll zu tragen hätte. Nur unter besonderen Umständen mag das theilweise zutreffen, die Hauptlast aber fällt jedenfalls auf den inländischen Consumenten, der infolge dessen theuerer kaufen muß. Oder wozu forderten die inländischen Producenten den Schutzzoll, wenn nicht eben deshalb, damit sie ihre Producte theuerer verkaufen könnten? Mit solchem Gerede widerspricht man sich selbst. Fest steht dabei nur, daß die Reichscasse sich höherer Zolleinkünfte erfreuen würde. Das Volk befände sich dabei um nichts besser, am allerwenigsten die arbeitenden Classen, welche an dem Gewinn der Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und großen Landwirthe nur wenig participiren dürften, um so gewisser aber selbst einen großen Theil von der neuen Zolllast zu tragen hätten, bei sehr geringer Aussicht, daß dafür eine anderweitige Steuererleichterung einträte.

Nein, das ist nicht die Einleitung zu einer unserer Lage entsprechenden Handelspolitik, deren wahres Ziel vielmehr sein muß, uns zu gesicherten und stabilen Handelsverhältnissen zu verhelfen durch ein naturgemäßes Handelsgebiet, wohin wir nur gelangen können durch die mitteleuropäische Conföderation. Die Streitfrage ob Freihandel oder Schutzzoll verdunkelt hier lediglich die wahre Aufgabe und verwickelt uns in leere Schulfuchsereien.

Um also noch deutlicher zu erkennen, wie sehr es wirklich für Deutschland auf das Handelsgebiet ankommt, vergegenwärtigen wir uns nur, was in den letzten 25 Jahren bei uns geschah. Hatte nämlich der Zollverein die deutsche Industrie allmälig so gehoben, daß sie schon weit über den inländischen Bedarf producirte, so erweiterte sich dann der Zollverein durch den Beitritt des Steuervereins (Hannover und Oldenburg), d. h. eines industriearmen aber sehr consumtionsfähigen Gebietes, wodurch nun die zollvereinsländische Industrie für die nächste Zeit wieder genügenden Absatz

gewann. Allein inzwischen dehnte sie sich auch fortwährend aus. Da wurden nach 66 wieder Schleswig-Holstein und Mecklenburg in den Zollverein aufgenommen, abermals industriearme aber consumtionsfähige Gebiete, was folglich auch wieder für einige Jahre Aushilfe verschaffte. Ganz anders, als nach 71 vielmehr der industriereiche Elsaß hinzutrat, während außerdem die Milliarden noch überall neue Industrieunternehmungen hervorriefen, ohne daß irgendwo neue Absatzgebiete gewonnen wären. Wo sollte das hinaus? Der Rückschlag war unvermeidlich. Und wo ist nun Hilfe, nachdem unsere Industrie so fortgeschritten, daß sie schlechterdings auswärtige Absatzgebiete fordert, auch viele deutsche Landschaften schon so übervölkert sind, daß Industrieverdienst ihre Existenzbedingung geworden ist, indessen es doch mit dem überseeischen Absatz mißlich steht, und unsere Nachbarländer uns Zollgrenzen entgegensetzen? Diese Zollgrenzen zu beseitigen, möchte dann wohl am wichtigsten sein. Das aber ist nur auf unserer Ostseite zu ermöglichen, wodurch uns dann ein großes sicheres Absatzgebiet erschlossen werden könnte. Und damit kämen wir wieder auf den mitteleuropäischen Bund zurück.

Selbstverständlich, daß das keine Sache von heute auf morgen wäre. Hat ein viertel Jahrhundert dazu gehört, um den deutschen Zollverein zum Abschluß zu bringen — dem doch Hamburg und Bremen noch bis heute nicht beitraten, — so wird die Herstellung eines großen mitteleuropäischen Handelsgebietes nicht weniger Zeit fordern. Um so mehr aber muß man darauf hinarbeiten. Von einem eigentlichen Zollverein kann da freilich zunächst keine Rede sein. Man muß die Sache erst durch Handelsverträge vorbereiten, dabei aber rundweg mit der für Deutschland gänzlich unpassenden Freihandelsmaxime brechen, wonach es gleichviel sein soll, von wem man kaufe und an wen man verkaufe. Damit ist eben keine feste Kundschaft zu gewinnen, die sich nur bildet, wo eine Hand die andere wäscht. Demnach werden wir z. B. sagen müssen: „Kaufst Du Ungar oder Du Serbe unsere Tuche und Quincaille, so kaufen wir auch Deine Weine und Schweine, wenn nicht, dann nicht.“ Also nichts mehr von gleicher Behandlung aller Nationen, sondern um einen Handelsbund vorzubereiten helfen nur Differenzialzölle.

In Summa: unsere materielle Entwickelung weist uns in erster Linie auf unsere östlichen Nachbarländer hin, und daß diese sich an Deutschland anschließen, davon hängt geradezu unsere ökonomische Zukunft ab. Man sieht demnach, wie auch unter diesem Gesichtspunkte die deutsche Frage über Deutschland selbst hinausführt, und wie sehr unsere inneren Zustände durch die sogenannte auswärtige Politik bedingt sind. Denn damit jene Länder für den deutschen Handel gewonnen würden, dazu gehörten offenbar erst große politische Veränderungen, und eben solche Veränderungen herbeizuführen, hätte dann das Hauptziel einer wahrhaft deutschen Politik sein müssen. Was sollen wir also sagen, wenn hingegen Preußen, welches doch die deutsche Politik dirigirte, seine Thatkraft statt nach Osten vielmehr nach Westen richtete? Ist jetzt officiell eingestanden, daß das seit 66 befolgte ökonomische System sich nicht bewährt habe, — wird man nicht endlich auch zu der Einsicht und zu dem Bekenntniß gelangen müssen, daß hier nicht blos ökonomische Mißgriffe vorliegen, sondern daß vielmehr das ganze politische System von 66, als worauf doch im letzten Grunde auch unsere heutige ökonomische Situation beruht, verfehlt war? Denn die Handelspolitik und die sogenannte hohe Politik müssen doch zusammenstimmen und in einander greifen. Unmöglich, daß die eine sich in östlicher, die andere sich in westlicher Richtung bewegen könnte.

Hat Preußen sich um die Gründung und Fortbildung des Zollvereins unstreitige Verdienste erworben, so bleibt doch nicht minder gewiß, daß es dabei in erster Linie nur seine Machtstellung im Auge hatte, indem der Zollverein ihm den Weg zur Herrschaft in Deutschland bahnen sollte. Das war seine Hauptabsicht dabei. Allein andererseits konnte Preußen wieder nichts Entscheidendes in Deutschland unternehmen, ohne sich den Rücken zu decken durch die russische Freundschaft, welche wieder nur zu gewinnen war durch den Verzicht auf jede active Politik nach dem europäischen Osten hin, der darum rundweg Rußland überlassen blieb. Noch mehr, damit Preußen die Herrschaft in Deutschland erlange, mußte Oesterreich von Deutschland abgetrennt werden, und um das vorzubereiten, dazu diente wieder für Preußen seine Oberleitung des Zollvereins, an welchem deshalb Oesterreich keinen

Antheil nehmen durfte. Demgemäß wurden s. Z. die österreichischen Anträge zu einer Zollvereinigung nicht nur preußischerseits abgewiesen, sondern durch den Handelsvertrag mit Frankreich absichtlich eine Lage geschaffen, welche solche Zollvereinigung so gut wie unmöglich machte. Um seiner Herrschaftszwecke willen hatte also Preußen die Ausdehnung des deutschen Handelsgebietes nach Osten hin verhindert, und solche tiefe Schädigung der deutschen Interessen nannten die Gothaer Preußens deutschen Beruf. Gut denn. Aber wie nun, wenn hingegen der von Preußen geleitete Zollverein zu einer industriellen Entwickelung führte, für welche gerade das östliche Absatzgebiet zu gewinnen zuletzt zur Lebensfrage werden mußte?! Ei, da wären wir offenbar in eine Sackgasse gerathen. Und dies zu erkennen ist von höchster Wichtigkeit, weil damit auch erst die ganze Größe der Schwierigkeit klar wird, in der wir uns befinden, und wie wenig demnach zu hoffen steht, darüber mit dem bequemen Mittel eines Schutzzollsystems hinweg zu kommen.

Ist es nicht dieselbe Sackgasse, als in welche wir dadurch geriethen, daß uns jetzt unsere politische Stellung zu einer fortwährenden Steigerung des Militäraufwands zwingt, während es hingegen mit unseren materiellen Hilfsquellen rückwärts geht? Wohl könnten wir, neben dieser politischen und ökonomischen Sackgasse, auch noch von einer parlamentarischen Sackgasse reden, da auf dem parlamentarischen Gebiete die Verwirrung schon so groß geworden, daß man nicht mehr ein noch aus weiß, doch bleibe das hier beiseite. Wir haben an der doppelten Sackgasse schon übergenug, und es wird große Künste kosten, aus beiden wieder herauszukommen. Nichts Geringeres als ein totaler Umschwung dürfte dazu gehören.

Solcher Umschwung aber vollzogen, so würde dann auch die Möglichkeit gewonnen sein, die Begründung des mitteleuropäischen Bundes thatkräftig in Angriff zu nehmen. Und jeder Schritt, welchen wir in dieser Richtung vorwärts thäten, brächte uns doppelten Gewinn, indem dadurch nicht nur ein naturgemäßes Handelsgebiet geschaffen, sondern auch eine solche Fülle von Defensivkräften vereinigt würde, daß jedes Bundesglied nur eine geringe Armee zu halten brauchte, und folglich auch das Militärbudget um eben so viel herabsänke, indessen zahllose Hände zu productiven Arbeiten

zurückkehren könnten. Keine Macht der Erde würde diesen Bund anzugreifen wagen, der andererseits selbst keine aggressiven Tendenzen verfolgen könnte. Ein Friedenssystem wäre damit begründet, desgleichen Europa noch nie gesehen. Und welche Ehre dann für Deutschland, die Basis solches Friedenssystems zu bilden, statt dessen es durch das System von 66 vielmehr zur Basis des europäischen Militarismus geworden ist, der uns selbst das Mark aussaugt.

XVI.

Unhaltbarkeit des Nationalitätsprincips.

Wie große sachliche Schwierigkeiten auch der Begründung eines mitteleuropäischen Bundes entgegenstehen möchten, worüber wir selbst uns am wenigsten täuschen, — mit der nöthigen Umsicht, Energie und Ausdauer wären sie schrittweise sehr wohl zu überwinden. Die Hauptschwierigkeit liegt weit mehr in der Disposition der Geister, in den beschränkten Ansichten und falschen Ideen, welche bis heute noch vorherrschen. So vorweg die Staatsidee, mit welcher jedenfalls nichts anzufangen ist, wo es sich um eine weit über den Staat hinausgehende Aufgabe handelt, und worüber wir uns schon früher genügend aussprachen. Weiter aber verband sich noch mit der Staatsidee das Nationalitätsprincip, welches, wenn anerkannt, die Begründung eines mitteleuropäischen Bundes, der offenbar Nationalitätstendenzen ausschlösse, überhaupt unmöglich machen würde.

1.

Tritt uns also dieses Princip als das mächtigste Hinderniß entgegen, so werden wir es auch um so mehr bekämpfen müssen, weil es die Köpfe erst recht verwirrte, indem es die Leidenschaften wachrief. Bleibt doch der Staat in gewissem Sinne ein abstractes Wesen, auf dessen Angelegenheiten und Interessen die große Masse sich nur wenig versteht, und womit überall nur ein vergleichsweise kleiner Theil der Bevölkerung sich ernstlich beschäftigt. Das

Nationalitätsprincip hingegen wirkt wie mit der Kraft eines Naturinstinctes, denn als Glied seiner Nation fühlt sich unmittelbar Jedermann, dazu bedarf es garkeiner besonderen Kenntnisse noch Ueberlegungen, schon die Sprachgemeinschaft thut hier Alles. Wird nun den Leuten noch ausdrücklich vorgeredet, daß eben ihre Nationalität geltend zu machen, ihre wichtigste und heiligste Angelegenheit sei, da sind sie leicht genug zu fanatisiren, daß sie wie Bestien über einander herfallen.

Ja wirklich wie Bestien, indem die Proclamation des Nationalitätsprincips gewissermaßen einen Absagebrief an die Vernunft in sich schließt, und die Menschen den Thieren gleichstellt. Denn darauf läuft doch die Sache zuletzt hinaus, daß man so thut, als wären die jetzt bestehenden verschiedenen Nationalitäten ebenso von Natur gegebene und feststehende Typen, wie die verschiedenen Thierarten. Deutsche z. B. und Franzosen, oder überhaupt Germanen und Wälsche, möchten sich dann ungefähr zu einander verhalten wie Hunde und Katzen, zwischen welchen eine instinctartige Antipathie besteht, und ähnlich verhielte es sich mit anderen Nationalitäten. Friede wäre unter solchen Voraussetzungen nur möglich, wenn jede Nationalität ihr besonderes Gebiet hätte, und am besten mit einer chinesischen Mauer umschlossen, wo nicht schon sichere Naturgrenzen vorlägen.

Was ist aber so unumstößlich gewiß, als daß solche ein für allemal gegebenen Nationaltypen eine reine Chimäre sind, da die Nationalitäten vielmehr selbst erst in der Geschichte entstanden. Auch entstanden sie nicht etwa blos dadurch, daß eine Familie im Laufe der Generationen zu einem Volke angewachsen wäre, sondern — höchstens dabei die Juden ausgenommen — unter fortwährender Vermischung mit fremden Elementen. Bezeugt dies für die heutigen romanischen Völker schon ihre Mischsprache, so verhält es sich mit den eine sogenannte Ursprache redenden Deutschen — wenigstens physiologisch betrachtet — auch nicht viel anders. Autochthonen waren die alten Germanen in Deutschland nicht, und ganz leer fanden sie das Land bei ihrer Einwanderung auch nicht mehr. Es lebten da schon Menschen finnisch-uralischer Race, die aber ohne Zweifel unterjocht wurden, woraus dann wohl zum Theil die hörigen Leute entsprungen sein mögen, die es bei den alten Germanen gab, und die doch hinterher allmälig mit den Freien in Eins zusammen-

flossen, wodurch sich also das germanische Blut mit fremdem Blut vermischte. Möchte das aber als eine bloße Vermuthung gelten, so steht doch jedenfalls fest, daß das südöstliche Deutschland keltische Elemente enthält, wie gewiß in noch größerem Umfang das nordöstliche Deutschland slawische Elemente. Ganz unhaltbar daher, die heutigen Deutschen als ein Urvolk anzusehen, welches als solches wohl aus der Erde hervorgekrochen oder vom Himmel gefallen wäre.

Nein, was die heutigen Deutschen sind, dazu sind sie selbst erst im Verlauf der Geschichte geworden, in der Hauptsache nicht viel anders, als es mit allen Nationen geschehen. Und wie sich nun die Nationalitäten im Laufe der Geschichte ihrem inneren Wesen nach verändern, so verändern sich auch ihre Gebietsgrenzen. Physisch schwache oder geistig weniger entwickelte Nationalitäten weichen vor stärkeren oder höher entwickelten zurück, und können allmälig von der übermächtigen Nationalität ganz absorbirt werden, selbst ohne gewaltsame Unterdrückung. Die Belege dazu finden sich, so weit geschichtliche Kunde zurückreicht, und kaum anders zu erwarten, als daß es auch in Zukunft ähnlich geschehen wird.

Sind also die Nationalitäten selbst nur geschichtliche Gebilde, und nach ihrem inneren Wesen wie nach ihrer äußeren Verbreitung in fortwährender Veränderung begriffen, so kann ihnen auch in keiner Weise eine absolute Bedeutung zugeschrieben werden, sie können nur einen relativen Werth haben. Und den erkennen wir auch vollkommen an. Denn obwohl selbst nur geschichtliche Gebilde, sind sie doch als solche vergleichsweise die dauerhaftesten. Staaten können vollständig untergehen, indessen die Nationalität ihrer Bevölkerung noch lange fortlebt und möglicherweise sogar neue Blüthen treibt. Ruht nun überhaupt die Gegenwart immer auf dem Niederschlag der geschichtlichen Vergangenheit, so enthält eben die Nationalität gewissermaßen die geistige Essenz dieses geschichtlichen Niederschlages. Daran knüpft sich dann das Fühlen und Denken der Volksgenossen an, und erhält dadurch eine gewisse Färbung und Richtung. Unbestreitbar auch, daß das Nationalbewußtsein den Leuten eine gewisse Haltung gibt, und insofern selbst nicht ohne ethischen Werth ist. Vor allem fühlen die Leute sich frei, wenn sie sich ihrer Nationalität gemäß benehmen, in die sie hineingeboren sind, so daß ihr eigenes inneres Wesen damit verschmolzen ist.

Darum wirkt die Nationalität nicht wie ein äußeres Zwangsgesetz auf sie, sondern eben wie *instinctartig*, wonach sie darin nur ihren eigenen inneren Impulsen zu folgen scheinen. Nur wahre *geistige* Freiheit ist das keinesweges, sie kann unter Umständen in den größten Vorurtheilen befangen sein, aber es ist die *natürliche* Freiheit, welche die Leute sich nicht beeinträchtigen lassen wollen. Daher der Unwille, den jede Mißachtung der Nationalität, der Widerstand, den offenbare Unterdrückungsversuche naturnothwendig hervorrufen.

Und so erklärt sich nun das gegenwärtige forcirte Hervorkehren des Nationalitätsprincips als eine Reaction gegen den Absolutismus des vorigen Jahrhunderts, welcher die Nationalitäten fast rundweg ignorirte, und oft rücksichtslos in den Staub trat, indem er die Völker nur wie eine steuerbare und rekrutirbare Masse behandelte. Als ein bloßes Material für den Staat wurden sie nach Seelenzahl, nach ihrer Brauchbarkeit für strategische und commercielle Zwecke abgeschätzt, wie ja selbst noch auf dem Wiener Congresse geschah. Die unterdrückten oder willkürlich zerrissenen Nationalitäten fühlten diese Unbill, sie forderten hinterher ihr natürliches Recht, ihrer Nationalität gemäß behandelt zu werden, die sie ausdrücklich anerkannt sehen wollten. Wie aber jede Reaction über ihr wahres Ziel hinausschießt, so wurde dann die Geltendmachung der Nationalität zum *Selbstzweck*. Gerade, wie wenn die Völker nichts Wichtigeres zu thun hätten, als ihre Nationalität zu conserviren und auszubilden, und darin die alleinige Garantie ihrer Wohlfahrt, wie zugleich der Inbegriff des Wahren, Guten und Schönen läge.

Auf solchem Standpunkt müßten freilich vor den Forderungen der Nationalität alle anderen Rücksichten schweigen. Noch mehr, um sich so recht an det Herrlichkeit ihrer Nationalität sonnen zu können, müßten die Völker auch vor allem darnach streben sie mit Lorbeeren bedeckt zu sehen, und ihr ein möglichst großes Herrschaftsgebiet zu verschaffen. Das aber zum allgemeinen Princip geworden, — was könnte wohl in der Praxis daraus folgen, als daß jede Nation, so bald sie sich stark genug fühlte und die Gelegenheit sich darböte, über ihre Nachbaren herfiele, um ihnen einen Theil ihres Gebietes zu entreißen, denn solche Unternehmungen und Erfolge gewährten ihr erst den rechten Genuß ihrer Nationalität. Und um

deswillen ginge es dann aus einem Krieg in den anderen, wozu der Vorwand immer leicht gefunden wäre. Klar demnach, wie das Nationalitätsprincip durch solche Consequenzen sich selbst widerlegt, da, was angeblich die Rechte jedes Volksthums schützen sollte, zuletzt vielmehr mit der Negation alles Völkerrechtes endigen würde.

2.

Sind die Nationalitäten nur geschichtliche Gebilde, die in der Geschichte entstehen wie vergehen, so dürfen sie auch nicht als etwas Heiliges oder Göttliches gelten wollen. Nur in der heidnischen Welt konnte ihnen solche Bedeutung zugeschrieben werden, weil die heidnischen Gottheiten den Völkern selbst als einzelne besondere Wesen galten, die darum auch ein besonderes Verhältniß zu den einzelnen Nationalitäten haben konnten. Der wahre Gott als solcher war eben den heidnischen Völkern verhüllt geblieben, und darum gelangten sie auch nicht dahin, sich gegenseitig anzuerkennen. Wenn dann zwar der mit ihrer Nationalität verknüpfte Götterglaube ihrem Nationalleben einen besonderen Glanz verlieh, so entsprang doch gerade daraus die zuletzt alle Nationalitäten absorbirende römische Weltherrschaft, wodurch das Nationalitätsprincip sich thatsächlich selbst ad absurdum führte.

Was liegt denn also im Grunde genommen vor in der heutigen Nationalitätsschwärmerei, wenn nicht ein Rückfall in das Heidenthum? Auch reichen die Wurzeln dieser Verirrung bis in das Zeitalter der Renaissance zurück, wo die Köpfe sich mit antiken Vorstellungen erfüllten, die zwar zunächst nur als gelehrte und ästhetische Liebhabereien auftraten, hinterher aber auch in das politische Denken eindrangen und endlich sich auch praktisch geltend machten. In der großen französischen Revolution griff man ja offenbar in vieler Hinsicht auf altrömische Vorbilder zurück, und sollte es da wieder Tribunen und Consuln geben, warum nicht auch einen Staatscultus, wozu bekanntlich auch ein Anfang gemacht wurde. In dieser Richtung fortschreitend, hat dann seiner Zeit ein Kossuth von einem besonderen Magyarengott gefaselt, von dem Gotte Arpad's, den er um Hilfe anrief. Und was sonst besagte die Devise Mazzini's »*Iddio e popolo*«? Eben dahin deutet es, wenn die Nationalitäten

in der Gestalt weiblicher Gottheiten dargestellt werden, sei es als Statuen oder im Gepräge auf Münzen. Entweder ist das überhaupt sinnlos, oder es soll wirklich auf eine Apotheose der Nationalität hinzielen. So haben wir nun auch eine Germania erhalten, dazu eine Borussia und eine Bavaria. Auch kamen zu den Landesgöttinnen sogar noch Stadtgöttinnen hinzu, so daß wir bei dem feierlichen Truppeneinzug in Berlin im Jahre 71 auch eine Argentorata, eine Metzia und eine Berolina zu sehen erhielten. Man hätte einigermaßen an einen altrömischen Triumphzug denken können. Und solcher heidnische Unfug in dem Reiche „der Gottesfurcht und frommen Sitte"! Scheint man denn gar nicht daran zu denken, daß jene weiblichen Statuen, die man wie zur öffentlichen Verehrung hinstellte, doch einigermaßen an die Göttin der Vernunft erinnerten, die man einst in Paris auf der Straße herumführte? Dies hier beiläufig.

Was ist ferner so klar, als daß nach christlicher Weltansicht die Nationalitäten keinesweges als von Gott geschaffen und mit besonderen Gaben begnadigt anzusehen sind, so daß dadurch die eine vor der anderen von Gott bevorzugt wäre. Vielmehr gilt die Nationalität vor Gott überhaupt nichts. Hatte es Ihm gefallen, das kleine Judenvolk zum Gefäß seiner Offenbarung zu machen, so geschah dies eben nur als Vorbereitung zu der sich allen Völkern gleicherweise darbietenden christlichen Offenbarung. Denn Gott hat nur den *Menschen* als solchen und damit die *Menschheit* geschaffen. Nachdem aber die Menschheit sich zerstreut und in besondere Völker auseinandergegangen, ist es nicht etwa Gottes Wille, daß nun die Völker ihrem besonderen Nationalruhm nachjagen sollen, sondern daß sie sich allmälig wieder eins fühlen, als eine Heerde unter einem Hirten, — das ist nach christlicher Lehre das gottgewollte Ziel! Darum sollen die christlichen Völker sich auch principaliter als *Christen* ansehen und benehmen, das gebietet ihnen ihre *Religion*, daß sie hingegen sich als Deutsche, als Franzosen u. s. w. fühlen, ist ein blos geschichtlich begründetes Verhältniß, welches sich dann hinterher wie ein Naturinstinct geltend macht, der auch als solcher zu achten, den aber mit einer religiösen Weihe bekleiden zu wollen, für entschieden *unchristlich* zu halten ist. Ganz unziemlich daher auch für die *Kirche*, wenn sie ihrerseits sich dabei betheiligen

wollte, statt dessen sie ihre Gläubigen zuvörderst zu guten Christen und demnächst zur Rechtschaffenheit erziehen, nicht aber der Nationalitätsschwärmerei Vorschub leisten soll.

Lesen wir in der Genesis, daß Gott den Menschen zu seinem Ebenbilde schuf, so muß ja freilich in dem menschlichen Wesen ein Abglanz der Gottheit liegen, nicht aber in der Nationalität, welche lediglich dieser Welt angehört, und somit etwas blos Irdisches und Vergängliches ist. Oder meint man etwa, daß wir auch noch im Himmel als Deutsche, Franzosen u. s. w. figuriren würden? Ganz gewiß eben so wenig, als es da noch Kaiser und Könige, Minister und Generäle, oder Schneider und Schuster geben wird. Das alles verschwindet in nichts, sobald wir diese Welt verlassen. Sind aber nur die Menschenseelen unsterblich, nicht die Nationalitäten, wie sollten wir gar einen Nationalitätscultus treiben?

So wenig liegt in der Nationalität etwas Absolutes, daß vielmehr in denjenigen Leistungen der Menschen, welche vergleichsweise am unvergänglichsten sind, d. h. in den Werken der Kunst und Wissenschaft, zugleich auch die nationale Besonderheit am meisten zurücktritt. Die Wissenschaft strebt schlechthin nach Allgemeingiltigkeit ihrer Erkenntnisse, und insofern sie bei diesem Streben doch mehr oder weniger durch Nationalgefühle beeinflußt werden möchte, so ist das nichts anderes als ein leider nie ganz zu beseitigender Mangel, weil auch der wissenschaftliche Forscher nicht aus seiner Haut heraus kann. Geburt, Erziehung und Umgebungen wirken auf seine Denkweise ein, er kann sich dessen nie ganz erwehren, am wenigsten auf dem Gebiete der geistigen Wissenschaften und namentlich in der Geschichtsforschung, insoweit dabei die Nationalgeschichte in's Spiel kommt. Ist es nun zwar in dem Wesen der Kunst begründet, daß ihr ein nationales Gepräge nie ganz fehlen kann, weil der Künstler zugleich die Empfänglichkeit seines Publikums zu berücksichtigen hat, so liegt doch gleichwohl die unbestreitbare Thatsache vor, daß gerade in den größten Kunstwerken das specifisch Nationale wieder am meisten zurücktritt, daher auch die großen Künstler erst diejenigen sind, deren Werke in der ganzen gebildeten Welt Verständniß finden und die Gemüther der Menschen zu ergreifen vermögen. Das Wesentliche in ihren Werken muß also wohl nicht das sein, was sich

Nationales darin findet, sondern das allgemein Menschliche, und damit das Uebernationale.

Für die neuere Kunst, welche sich auf dem Boden des Christenthums entwickelte, gilt dies darum auch noch weit mehr als für die antike Kunst. Spricht sich demnach in der griechischen Tragödie zugleich die geistige Substanz des Griechenthums aus, so kann man gewiß weit weniger sagen, daß etwa aus Shakespeare der Engländer herausspräche. Wie denn auch mehrere seiner vorzüglichsten Werke (worunter der Hamlet als sein Meisterwerk) überhaupt keine englischen Nationalstoffe behandeln. Knüpft aber zwar Göthe's Faust an eine specifisch deutsche Sage an, so ist doch das Große vielmehr, daß uns der Dichter damit in einen Menschliches, Dämonisches und Göttliches umfassenden Ideenkreis einführt, wodurch diese wunderbare Dichtung gewissermaßen ein Seitenstück zu Dante's göttlicher Comödie bildet, welche ihre Verehrer in der ganzen christlichen Welt findet. Und was nun in dieser Hinsicht rücksichtlich der Poesie gilt, bestätigt sich auch in der bildenden Kunst. Betrachten wir z. B. Dürer's berühmte Apostel. Etwas Deutsches ist darin nicht zu verkennen, aber das begründet nicht ihren Werth, sondern der apostolische Geist ist es, der aus den deutschen Gesichtern herausblickt. Was wäre erst von der Architectur zu sagen? Lag doch in der Gothik so wenig etwas specifisch Nationales, daß sie sich einst über das ganze Gebiet der abendländischen Christenheit verbreitete, indessen das Nationale dabei nur so geringe Besonderheiten hervorrief, daß man es kaum mit den verschiedenen Dialecten der ein und selben Sprache vergleichen könnte. Ob in Scandinavien oder in Andalusien — der Grundcharakter gothischer Bauwerke ist derselbe und verräth sich auf den ersten Blick. Wurde aber gegen Ausgang des Mittelalters die Gothik durch die Renaissance verdrängt, so sage man doch, in welchem Lande wohl seitdem eine specifisch nationale Architectur aufgekommen wäre? Es ist nirgends geschehen. Noch mehr, gerade seitdem ausdrücklich das Nationalitätsprincip proclamirt wurde, ist die Architectur nur um so charakterloser geworden, so daß sie sich heute in allen Stylarten versucht, ohne irgendwie zu einem neuen festen Typus gelangen zu können.

So ohnmächtig erweist sich hier das Nationalitätsprincip höhere geistige Schöpfungen hervorzurufen! Sahen wir nun schon, wie es

auf dem politischen Gebiete sich selbst ad absurdum führt, so ist es in unserer heutigen Architectur zur Ironie seiner selbst geworden. Wie z. B., wenn man in Berlin ein sogenanntes Nationalmuseum erbaute, welches sich mit der Façade eines griechischen Tempels präsentirt, überhaupt als ein Gebäude, welches eben so gut auch in Neapel oder in Petersburg stehen könnte. Und welches Bild wird wohl das zukünftige deutsche Parlamentsgebäude darbieten? Wer weiß, ob es nicht auch vielleicht im griechischen Styl' auftreten wird, am wahrscheinlichsten aber dürfte es sich als ein Renaissancebau darstellen, mit einer Quadriga und diversen Götterbildern darauf, wobei uns aber gleichwohl zugemuthet werden wird, darin eine Schöpfung aus dem ureignen Geiste deutscher Nation zu erblicken. Denn das steht heute einmal fest: wir müssen in allen Dingen deutschnational sein, wofür lebten wir sonst unter dem Regime des Nationalliberalismus? Da muß der deutsche Geist gewaltig emporgekommen sein.

Nein, sage ich, heruntergekommen ist er, das muß jeder anerkennen, der die heutigen tonangebenden Repräsentanten deutscher Geistesentwickelung mit den Männern vergleicht, die wir vordem besessen. Von ihrem Deutschthum hatten die freilich wenig geredet, auch wollten sie überhaupt nicht specifisch deutsch sein, dafür aber waren sie wirklich große Geister. Heute soll es der große Mund thun, der von Deutschthum überfließt, daß es wie Wasserwogen dahin rauscht, nur schwebt kein Geist über den Wassern, er scheint darin untergegangen zu sein. Soll er wieder auftauchen, so werden übernationale universale Ideen dazu gehören, um ihn emporzuheben.

3.

Das sind die beiden Grundirrthümer rücksichtlich des Nationalitätsprincips: daß man die Nationalitäten einerseits als gegebene Naturtypen, oder andererseits als göttliche Schöpfungen ansehen will, statt dessen sie in Wahrheit rein geschichtliche Bildungen sind. Diesen Charakter theilen sie durchaus mit dem Staate. Der wesentliche Unterschied ist aber dabei, daß, wenn die Nationalitäten wie von selbst entstehen, und sich fort entwickeln in der Weise eines natürlichen Wachsens, hingegen zur Begründung und

Fortentwickelung der Staaten noch die menschliche That, das bewußte absichtsvolle Wirken hinzukommen muß, weil der Staat unter allen Umständen Zweckgemeinschaft ist, daher er auch zur Erreichung seiner Zwecke besondere Organe hat. Für die Nationalität gibt es keine Zwecke, sondern wie sie ist, weil sie ist, ohne Bewußtsein darüber warum sie wäre, so entsteht daraus auch nur ein instinctives Hindrängen zu diesem oder jenem, woraus wohl Ereignisse entspringen mögen, nicht aber Thaten, deren Boden vielmehr der Staat ist, oder das Reich und der Bund. Darum sind Nationalleben und Staatsleben nirgends identisch, wo auch äußerlich beides zusammen zu fallen schiene. Die ganze Staatengeschichte bezeugt, wie die Staaten nirgends aus der bloßen Nationalität hervorgingen, sondern überall waren und sind sie menschliche Einrichtungen oder Stiftungen, während die Nationalität nur den Charakter eines thatsächlichen Zustandes hat. Ist nun aber der Staat Zweckgemeinschaft, so ist eben deswegen auch alles, was irgendwie Gemeinschaft bildet, von hoher Wichtigkeit für den Staat, und darum vor allem auch die Nationalität, indem sie durch die Sprache, wie durch eine gewisse Gleichheit des Empfindens, des Denkens und Strebens, eine instinctive Gemeinschaft bildet, welche der bewußten Zweckgemeinschaft vorausgeht, so daß ohne alle nationale Grundlage doch auch wieder keine Staatenbildung möglich wäre. Weil aber bei der Staatengründung die Freiheit ihr Spiel hat und die Absicht vorwaltet, ist die Staatenentwickelung an ganz andere Bedingungen gebunden als die Nationalentwickelung. Darum können auf dem Boden der einen und selben Nation gar verschiedene Staaten entstehen, wie andererseits der ein und selbe Staat verschiedene Nationalitäten oder Bruchstücke derselben umfassen mag.

Daß dies von jeher so geschehen, bezeugt abermals die ganze Staatengeschichte, und tritt dem gegenüber die Forderung auf, daß Staat und Nationalität zusammenfallen müßte, so liegt da eben die irrthümliche Identificirung von Staats- und Nationalleben zu Grunde. Bestände solche Identität wirklich, so würde dann auch das Hauptstreben des Staates sein müssen, seine Nationalität zur Blüthe zu bringen. Der Staat soll aber vielmehr nach dem Guten streben, und darum zwar die guten Eigenschaften der gegebenen Nationalität pflegen, die schlechten Eigenschaften hingegen, welche nirgends

fehlen, ihr thunlichst abzugewöhnen suchen. Geschieht dies beides, so wird ja auch die Nationalität sich dadurch um so herrlicher entfalten, das stellt sich dann aber als Folge ein, und keineswegs soll die Nationalherrlichkeit selbst dem Staate als Ziel gelten, sondern das ist heidnischer Nationalitätscultus.

Ist ferner der Staat zugleich Organ der allgemeinen menschheitlichen Entwickelung, so würde es dem keineswegs entsprechen, wenn die Staaten sich überall national abgrenzten. Denn dadurch würden die verschiedenen Nationalitäten nur um so spröder gegeneinander werden, sich in ihrer Besonderheit verhausen, und so der Fortschritt der Civilisation durch den Mangel an wechselseitiger Anregung gehemmt sein. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es daher als ein wahrer Segen, daß jedenfalls die großen Staaten überall differente Elemente umfassen, und daß es neben den Staaten mit vorwaltender Nationalgrundlage auch Staaten gibt mit vorwaltender Verschiedenheit der Bestandtheile, wie Belgien, die Schweiz, und im großen Styl die österreichische Monarchie. Desgleichen bilden auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika gewiß keinen eigentlichen Nationalkörper. Und warum sollten wohl verschiedene Nationalitäten nicht zu einem Ganzen verbunden sein, wenn dadurch ihre staatlichen Zwecke besser befriedigt werden als durch gegenseitige Absonderung? Darüber ist dann nach den obwaltenden Umständen zu urtheilen, solche Verbindungen aber von vornherein verwerfen zu wollen, wäre eine rein willkürliche Behauptung. Nur muß auch die Verfassung solcher national zusammengesetzten Staaten einen föderativen Charakter haben, so daß den verschiedenen Nationalitäten eine Sphäre selbständiger Entwickelung bleibt.

Sind die Nationen in Wahrheit nirgends Autochthonen, sondern erst unter dem Zusammenwirken vieler, zum Theil noch im Dunkel liegender Ereignisse zu den Wohnsitzen gelangt, wo sie sich endlich definitiv festsetzten, und haben sich dann später die Nationalitätsgrenzen noch vielfach verschoben, so sind nun infolge dessen oft Verhältnisse entstanden, welche eine staatliche Abgrenzung nach der Nationalität praktisch ganz unausführbar machen würden. Das Kunststück sollte man einmal versuchen, z. B. in den baltischen Provinzen die deutschen, slawischen, finnischen und lettischen Elemente staatlich wieder zu trennen. So lassen sich auch in Böhmen die

Deutschen nicht von den Czechen trennen, noch viel weniger das halbe Dutzend verschiedener Nationalitäten, welche in Ungarn durch und nebeneinander wohnen. Dort das Nationalitätsprincip geltend zu machen, hieße ein Chaos heraufbeschwören. Was aber dabei die Rechtsfrage anbetrifft, — wie dürfte man solchen aus dem Verlauf der Geschichte hervorgegangenen Zuständen kurzweg das bloße Nationalitätsprincip entgegenhalten, da doch die Nationalitäten selbst nichts weiter sind als geschichtliche Bildungen, und keinen anderen Rechtstitel aufzuweisen haben, als daß sie eben da sind?

Dies zu erkennen, darauf kommt hier alles an. Betrachtet man hingegen die Nationalitäten als an und für sich bestehende Wesen, — gleichviel, ob sie aus der Erde hervorkrochen, oder vom Himmel gefallen sein möchten, — so wäre damit die Axt gelegt an den ganzen geschichtlichen Staatenbau. Es müßte alles abgebrochen und auf neue Grundlagen gestellt werden. Das Nationalitätsprincip wirkte dann ganz ebenso zerstörend, als wenn man die, nicht minder überall auf thatsächlichen Vorgängen beruhenden und somit der Geschichte angehörenden, Eigenthumsverhältnisse auf einmal in eine neue Ordnung bringen wollte. Denkt man sich aber das Eine wie das Andere wirklich erreicht, — was hieße es denn, als daß von da an alle Freiheit der Entwickelung aufhören sollte? Denn wie die individuelle Freiheit unvermeidlich zu Vermögensungleichheiten führt, so die freie Entwickelung der Staaten und Nationen zu staatlichen und nationalen Ungleichheiten. Die Einen erheben sich, die Anderen sinken, und werden unter Umständen ganz absorbirt. Dieser Daseinskampf — um doch ein Lieblingswort unserer Tage anzuwenden — ist schlechterdings nicht aus der Welt zu schaffen, oder es müßte überhaupt keine Geschichte mehr sein, die doch gerade das eigenthümliche Reich der ganzen menschlichen Entwickelung bildet.

4.

Am allerwenigsten stimmt das forcirte Geltendmachenwollen des Nationalitätsprincipes zu den realen Entwickelungsbedingungen unseres Zeitalters, wie sie am augenfälligsten auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs hervortreten. Würde das Nationalitätsprincip folgerichtig zu der Forderung führen, daß die verschiedenen Nationen,

um sich desto mehr nach ihrer Eigenartigkeit zu entwickeln, sich möglichst gegen einander abzuschließen hätten, so treten sie vielmehr durch den riesigen Aufschwung aller Communicationsmittel sich thatsächlich immer näher. Durch den Personenverkehr lernen sie sich gegenseitig kennen, durch den Handel verschlingen sich ihre materiellen Interessen, durch die Presse circuliren die Ideen wie nie zuvor. Und ist es nicht gerade solcher Aufschwung aller Communicationsmittel, den als den höchsten Triumph unseres Zeitalters zu rühmen, schon längst zum Gemeinplatz wurde? Ja, ist man nicht eifrigst beflissen, durch Telegraphen-, Post-, Handels- und Münzverträge den internationalen Verkehr um so mehr zu befördern, und bildet sich nicht gleichzeitig auch mehr und mehr ein internationales Privatrecht heraus? Was ist es also, als daß man mit der einen Hand Nationalitäts-Wälle errichten möchte, die man mit der anderen Hand fortwährend selbst niederreißt? Sonderbarer Widerspruch!

Gerade für Deutschland gilt das alles am meisten. Denn als das europäische Mittelland wäre es am allerwenigsten dazu geeignet und bestimmt, sich zu einem Nationalkörper abzuschließen, statt dessen es durch den heutigen Zug der Dinge sich um so mehr veranlaßt fühlen müßte, wieder zu der universalen Idee des heiligen römischen Reiches zurückzukehren. Klar dann, daß wir, wie jetzt die Verhältnisse liegen, am meisten auf eine engere Verbindung mit unseren östlichen Nachbarländern hingewiesen sind. Nicht nur weil auf der Ostseite das Deutschthum untrennbar mit dem Slawenthum verwachsen ist, sondern wie einerseits von daher die größten Gefahren für unsere Zukunft drohen, so würde andererseits eine richtige Politik uns auch nach dahin die größten Aussichten eröffnen. Fürchteten wir gleichwohl etwa, durch näheren Verkehr mit dem Slawenthum unsere Nationalität zu verunreinigen, — ei, so hätten wir nie die Elbe und Saale überschreiten, noch Böhmen in den deutschen Reichsverband aufnehmen sollen. Wohl uns, daß unsere Vorfahren in dieser Hinsicht anders dachten, sonst würde Deutschland heute wirklich nur bis an die Elbe, an die Saale und den Böhmerwald reichen. Und was würde wohl ein so engbegrenztes Deutschland bedeuten, so sehr wir auch beflissen wären unsere Nationalität auszubilden, um uns dann in der Vorstellung der besonderen Herrlichkeit derselben sonnen zu könne[illegible] [illegible]ren Nationen würden solche deutsche

Herrlichkeit um so weniger anerkennen, je mehr sie sich doch ihrerseits selbst in Nationalitätstendenzen ergingen.

Concentrirten sich in dem ehemaligen Reiche — seiner Idee nach — die Angelegenheiten der ganzen abendländischen Christenheit, und hatten unsere Vorfahren den hohen Sinn gehabt diese Idee zu ergreifen, so bekundete es jedenfalls keinen neuen Aufschwung des deutschen Geistes, wenn uns heute schon die Idee eines mitteleuropäischen Bundes als überschwänglich erschiene. Und war es nicht gerade jene Zeit gewesen, als das alte Reich, welches sogar ausdrücklich sich selbst nicht deutsch sondern römisch nannte, noch in Kraft bestand, wo trotzdem die deutsche Nation sich wirklich eigenartig entwickelte, in ihren öffentlichen Einrichtungen und Gesetzen, wie in ihren Sitten und Lebensformen? Was ist hingegen heute, wo wir angeblich zu einem rein deutschen Nationalreiche gelangten, — ich frage: was ist in der Verfassung dieses Reiches, nebst allen sonstigen Einrichtungen und Gesetzen desselben, wirklich originell deutsch? Gewiß das Allerwenigste. Dann weiter in den heutigen öffentlichen Aeußerungen unseres geistigen Lebens? Wie unsere Theater fortfahren, Uebersetzungen oder Nachbildungen französischer Stücke aufzuführen, so ist unsere ganze Unterhaltungsliteratur mehr oder weniger ausländischen Mustern nachgebildet, wonach auch unser Zeitungswesen seinen Zuschnitt erhielt, insbesondere was das famose Institut einer offiziösen Presse betrifft, nur daß dabei der Reptilienfond allerdings als ein Novum gelten kann. Blicken wir gar erst auf die äußeren Formen der Geselligkeit, nebst Kleidung, Ausschmückung der Wohnungen u. s. w., da ist, was als fein gelten soll, fast durchaus französisch, der Sache nach wie meist auch dem Namen nach, bis in die Küche herab, deren jedesmalige Leistungen das »Menu« anzeigt. Viel anders doch bei unseren Vorfahren. Sie benahmen sich als ehrliche Deutsche, und ohne viel Redens von ihrer Deutschheit zu machen, gaben sie ihrem Leben wirklich ein nationales Gepräge, welches man in dem von Nationalitätsgeschwätz überfließenden Neudeutschland mit der Laterne suchen müßte.

Schöne Deutschheit, sage ich schließlich, als deren lauteste Wortführer und thätigste Geschäftsführer wir heute vielmehr die Juden auftreten sehen, welche wahrscheinlich am besten verstehen, was zu einem deutschen Reiche gehört, was deutsches Recht, deutsche Sitte,

deutscher Schnitt und Schick ist. Nun ja doch, den ganzen Nationalitätshumbug zu ihrem Vortheil auszunutzen, das verstehen sie meisterhaft. Und damit wir nur garnicht merken möchten, wie wir von diesen Eindringlingen, welche sich parasitisch bei uns eingenistet, an der Nase herumgeführt und ausgebeutet werden, muß freilich um so mehr von deutschem Nationalgeist und deutscher Nationalgröße geredet und geprahlt werden.

Ja, kommt es nicht sogar schon in ganz Europa zur Erscheinung, daß in demselben Maße, als die Nationalitätstendenzen sich geltend machten, in deren Consequenz es doch läge, daß jede Nation alle fremdartigen Einflüsse abzulehnen hätte, vielmehr eine Nation nach der anderen dem stetig wachsenden Einflusse des ihnen nach Blut, Gemüth und Denkweise gänzlich fremdartigen Judenvolkes verfiel? Das wäre dann das Endresultat der Nationalitätstendenzen, daß die christlichen Völker hinterher lediglich zum Schleppträger der Judenschaft würden, wozu herabzusinken das neue Deutschland bereits im vollen Zuge ist. Aber das eben, meine ich, wirft auch erst das volle Licht auf die Unhaltbarkeit des Nationalitätsprincips. Sind wir also dadurch veranlaßt, jetzt diese hereindrohende Judenherrschaft näher in's Auge zu fassen, so werden wir dadurch zugleich zur Erkenntniß der wahren Aufgaben unseres Zeitalters gelangen.

XVII.

Zwischenbemerkungen zur Judenfrage.

Schon um des Endzweckes unserer ganzen Arbeit willen würden wir nicht umhin können, auch die Judenfrage in Erwägung zu ziehen, so gewiß als die dermalige Judenherrschaft selbst mit zu den größten Hindernissen einer föderativen Entwickelung gehört. Ueberhaupt aber tritt die Insufficienz der bisherigen politischen Wissenschaft nirgends so augenfällig und in so verhängnißvollen Folgen hervor, als in den aus dieser Wissenschaft entsprungenen Maximen für die Behandlung der Judenfrage. Von unserem Standpunkte aus werden wir in diesem Punkte zu ganz entgegengesetzten Ansichten gelangen, und

müssen darum auch im voraus darauf gefaßt sein, um deswillen mit dem Prädicat eines mittelalterlichen Finsterlings und fanatischen Judenfressers belegt zu werden. Thäte uns aber nichts, denn wir ergehen uns nicht in bloßen Behauptungen, sondern stützen uns auf thatsächliche Belege und aus der Natur der Dinge geschöpfte Argumente, wogegen schon nichts auszurichten sein wird, außer man müßte sie zu widerlegen versuchen, was einstweilen abzuwarten bliebe. Jetzt die Belege und Argumente selbst.

1.

Wäre das politische Denken nicht seit lange in die Verirrung gerathen, anstatt von Beobachtung der realen Zustände von abstracten Allgemeinbegriffen auszugehen, so würde Niemand sein Auge für die Thatsache verschließen, daß die Juden nicht nur auf religiösem Gebiete sondern auch in Staat und Gesellschaft ein ganz besonderes Element bilden. Am augenfälligsten ihrer materiellen Existenz nach, indem sie überall nicht sowohl von den Producten ihrer eigenen Arbeit leben, als vielmehr die Arbeit der übrigen Bevölkerung auszubeuten suchen. Unthätig sind sie freilich nicht, aber nicht auf productive sondern auf lucrative Geschäfte steht ihr Sinn. Nur wo ihre Anzahl im Verhältniß zu der übrigen Bevölkerung zu groß ist, als daß sie sich alle durch Handelsverdienst ernähren könnten, greifen sie nothgedrungen auch zu anderen Geschäften, denen sie doch, so weit nur immer möglich, zugleich eine commercielle Richtung zu geben wissen.

Insbesondere grobe anstrengende Handarbeit weisen sie fast gänzlich von sich ab. Ackerbau treiben sie nur sehr ausnahmsweise, erwerben sie aber große Ackergüter, so geschieht es fast immer in der Absicht eines vortheilhaften Wiederverkaufs, oder allenfalls zur Verpachtung, oder wenn sie dieselben wirklich bewirthschafteten, geschähe es mit christlichen Arbeitern. Juden wären zu Ackerknechten zu gut. Zu Fabrikarbeitern auch, sondern wo der Jude eine Fabrik anlegt, sind außer den Comptoristen nur etwa die Werkführer und Aufseher Juden. So hält auch der wohlhabend gewordene Jude christliche Dienstboten, den reichen Juden fährt ein christlicher Kutscher, gerade wie es auch Christen waren, die ihm den Wagen und noch mehr sein Haus bauten. Christen, welche

seine Kleider verfertigten, seine Möbel und alle die Luxussachen, womit er seine Existenz umgibt. Christen, die ihm die Nahrungsmittel beschafften, ja die auch die Straßen pflasterten und respective kehrten, auf welcher er einher stolzirt und dahin carossirt, wie endlich auch wieder christliche Schutzmänner und Nachtwächter für die Sicherheit seiner theuren Person und seiner Schätze sorgen.

Nun frage ich: ob angesichts dieser Jedermann vor Augen liegenden Dinge noch irgendwie gesagt werden kann, daß die Juden sich ganz in derselben Weise als Volks- und Staatsgenossen erwiesen wie die Christen? Und wie kann man wohl staatsbürgerliche Gleichstellung fordern, bei so großer Ungleichheit in den realen Lebensverhältnissen? Ist nicht die Grundlage, worauf die Existenz aller Staaten und Nationen beruht, die materielle Arbeit zur Beschaffung von Nahrung, Kleidung, Wohnung und Hausgeräth, und wie viel von der dazu erforderlichen Arbeit übernehmen denn im Verhältniß zu ihrer Anzahl die Juden? Sicher nicht den hundertsten Theil, während sie in allen mehr lucrativen als productiven Geschäften verhältnißmäßig wohl hundertmal stärker vertreten sind als die christliche Bevölkerung. Gewiß, würde in unserer amtlichen Statistik für jede Berufsclasse auch die Religion der betreffenden Individuen angegeben, so daß man daraus in Zahlen ersähe, welche Arbeit die Christen und welche die Juden übernähmen, man würde über das Mißverhältniß staunen.

Aber, sagt man vielleicht: das kümmere den Staat nicht: welches Geschäft seine Bürger ergriffen und wovon sie sich nähren wollten, das müsse jedem überlassen bleiben, insofern er sich nur dabei den Gesetzen gemäß verhielte; eben die freie Berufswahl gehöre selbst zu den allerersten staatsbürgerlichen Rechten, und so gereiche es auch den Juden nicht zum Vorwurf, daß sie sich der materiellen Arbeit entzögen, wenn sie sich anderweitig besser zu nähren wüßten. Und das ist ja vollkommen richtig: von Rechtswegen ist dagegen nichts einzuwenden, nachdem einmal die Juden zu vollgültigen Staatsbürgern geworden, um so mehr aber zu sagen: daß ein solches Volk, welches in demselben Maße, als es die materielle Arbeit scheut, hingegen alle lucrativen Geschäfte an sich zu reißen sucht, überhaupt nicht zu gleichem Bürgerrechte angenommen werden durfte.

Sinnlos, da von Humanität und Toleranz zu sprechen, welche das gleichwohl geboten hätte! Also geboten, daß die christliche Bevölkerung um so viel mehr an grober Arbeit zu übernehmen hätte, als dazu erforderlich ist, um die betreffenden Bedürfnisse für die jüdische Bevölkerung zu befriedigen. Oder gerade heraus gesagt: daß die Christen für die Herren Juden frohnen müßten, damit diese um so behaglicher leben könnten und um so besser in den Stand gesetzt würden, sich Geschäften zu widmen, welche darauf hinauslaufen, daß sie zugleich auch von den übrigen Arbeitsproducten der christlichen Bevölkerung möglichst viel an sich bringen, und sich solcherweise durch den Schweiß der Christenheit mästen könnten. Ei, wenn die Herren Juden selbst Hand anlegen müßten, um sich Nahrung, Kleidung, Wohnung und Hausgeräth zu beschaffen, und wenn sie bedient sein wollten, dazu nur Leute von ihrem eigenen Stamm annehmen könnten, dann würde sich auch nur ein verhältnißmäßig ebenso kleiner Theil von ihnen den Handelsgeschäften oder etwa den gelehrten Professionen zuwenden können, als von der christlichen Bevölkerung. Erst dann könnte von Gleichheit der Rechte und Pflichten die Rede sein. Statt dessen aber liegen die Dinge so, daß die christliche Bevölkerung, zum Dank dafür, daß sie diese semitischen Fremdlinge in ihr Land aufnahm, von ihnen ausgebeutet wird, und in demselben Maße herunterkommt, als jene heraufkommen.

Mag doch auch von der christlichen Bevölkerung ein Theil keine Handarbeit treiben, sondern sich durch mehr lucrative Geschäfte ernähren, und überhaupt irgendwie in bevorzugter Stellung leben, — damit ist das gleiche Staatsbürgerrecht noch sehr wohl vereinbar. Denn die höheren Schichten der christlichen Bevölkerung bleiben trotzdem durch die Bande des Blutes noch immer mit der großen Masse verbunden, sie können nicht zu einer abgeschlossenen Kaste werden, innerhalb derer sich alle Reichthümer concentrirten. Dahingegen bilden die Juden, in demselben Maße als sie der christlichen Bevölkerung gegenüber nur eine winzige Minorität sind, auch um so mehr eine unter sich fest zusammenhaltende Körperschaft, die allerdings wie eine abgeschlossene Kaste ist, da sie sich mit seltenen Ausnahmen nur unter sich verheirathen. Und so wird es immer sein, das gleiche Staatsbürgerrecht, auch respective die Civilehe, verändern

daran im Wesentlichen gar nichts. Folge daher, daß die einmal von den Juden erworbenen Reichthümer auch immer innerhalb des Kreises derselben verbleiben. Und da nun — weil sie fast nur lucrative Geschäfte treiben — ihr Reichthum alljährlich wächst, wächst damit auch das Mißverhältniß zwischen dem Vermögen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung. Bald muß es dahin kommen, daß der größte Theil alles beweglichen Vermögens sich in den Händen der winzigen jüdischen Minorität befindet. Und erwäge man wohl, wie zu dem beweglichen Vermögen insbesondere auch die Hypotheken gehören, wodurch ihnen der Grundbesitz verpfändet wird, wie der Sache nach, durch die in ihrem Besitz befindlichen Staatspapiere, auch der ganze Staat als solcher ihnen verpfändet ist.

Wer sieht demnach nicht, wie hier eine staatliche und gesellschaftliche Frage ersten Ranges vorliegt. Eine Frage, die sich so weit in alle socialen und staatlichen Verhältnisse verzweigt, daß, ohne dieselbe in Rechnung zu ziehen, überhaupt jede tiefgreifende Reform unmöglich würde.

2.

Man rede so viel, als man wolle, von Humanität und Aufklärung, welche die Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung mit der christlichen geböte, immer bleibt die gar nicht wegzuleugnende und aller Welt vor Augen liegende Thatsache, daß das jüdische Volk sich durch seine eigene Geschichte als ein ganz exceptionelles Wesen documentirt hat und bis diesen Tag noch documentirt. Denn daß die Juden schon im Alterthum, so lange sie noch ein mehr oder weniger selbständiges Gemeinwesen bildeten, als eine Singularität erschienen, bezeugt das übereinstimmende Urtheil aller derjenigen Völker, zu welchen sie damals in Beziehung traten. Als dann aber der letzte Rest ihres nationalen Gemeinwesens zerstört worden, war es nicht minder ohne Beispiel, daß sie sich seitdem über alle Länder zerstreuten. Und darauf abermals ohne Beispiel, daß sie trotz solcher Zerstreuung die Eigenartigkeit ihres Wesens festhielten, indem sie selbst im Laufe so vieler Jahrhunderte niemals mit dem sie umgebenden Medium in eins verschmolzen.

Mögen die Juden immerhin die Sprache der Völker annehmen,

unter denen sie sich angesiedelt, und bis auf eine gewisse Grenze auch die äußeren Lebensgewohnheiten, das kann gar nicht anders sein, wenn sie in dem sie umgebenden Medium, wo sie nirgends für sich selbst eine compacte Masse bilden, noch auch ihren eigenen Nahrungsbedarf selbst produciren, überhaupt existiren wollen; im Kern ihres Wesens aber bleiben sie unverändert. Darum gibt es zwar *deutsche* oder *polnische* Juden u. s. w., nicht aber etwa *jüdische* Deutsche oder *jüdische* Polen u. s. w., sondern so zu sprechen, hieße das Sachverhältniß auf den Kopf stellen, weil das Principale in den deutschen oder polnischen Juden eben das Judenthum ist, hingegen ihr Deutschthum oder Polenthum nur das später Hinzugekommene und gleichsam die den jüdischen Kern umkleidende Hülle ist. Als Juden aber müssen sie um so mehr für ein besonderes Element gelten, als sie sich ja *selbst* auch dafür halten.

Oder worin besteht zuletzt das Wesen des Menschen, wenn nicht in dem Bewußtsein, welches er von sich selbst hat? Nun aber ist nichts gewisser und allbekannter, als daß die Juden sich für das *auserwählte Volk* halten, und daß dies nicht etwa eine blos zufällig von ihnen angenommene Meinung ist, die sie ja möglicherweise — wie man meint, durch den Fortschritt der Aufklärung — hinterher wieder ablegen könnten. Sondern gerade dieser Glaube ist der constitutive Factor ihres Wesens, wodurch sie erst eine eigenartige Nation wurden, und wodurch sie insbesondere auch sich von den ihnen sonst so nahe verwandten übrigen Semiten kaum minder unterscheiden, als von den japhetitischen Völkern. Es war lediglich die ihren Erzvätern zu Theil gewordene, und dann durch Moses und die Propheten sich weiter entwickelnde *Offenbarung*, als ein *besonderer* Bund, den Jehovah mit ihnen gemacht, woran sich ihre nationale Eigenthümlichkeit anschloß, und worauf sie bis diesen Tag beruht. Erst wenn sie diesen Glauben von ihrer Auserwähltheit aufgäben, dann würden sie aufhören eine besondere Nationalität zu sein, und von da an ebenso mit anderen Nationalitäten verschmelzen können, wie etwa Slawen oder Franzosen sich verdeutschten. Aber das ist eben die Sache, daß bei den Juden Nationalität und Religion untrennbar eins sind, so daß sie erst ihre Religion aufgeben müßten, um auch ihre Nationalität abstreifen und etwa zu wirklichen Deutschen werden zu können.

Ganz nichtig also, daß die Juden nur für eine besondere Religionsgesellschaft zu gelten hätten, worin dann kein Hinderniß läge, daß sie trotzdem vollkommen zu Deutschen würden, während sie doch eben gemäß ihrer Religion sich selbst für das auserwählte und folglich für ein ganz besonderes Volk halten, das mit dem Deutschthum so wenig gemein hat als mit irgend einer anderen Nationalität. Geradezu sinnlos noch mehr, dabei auf die verschiedenen christlichen Confessionen exemplificiren zu wollen, wie wenn die Juden, neben Katholiken und Protestanten, auch nichts weiter als eine andere Confession bildeten. Wie dann die katholische oder evangelische Confession — so argumentirt man weiter — der gemeinsamen deutschen Nationalität keinen Abbruch thäten, noch der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung, warum es denn die jüdische Confession thun sollte? Ei, wenn das Judenthum nur eine besondere Confession wäre, so lägen wohl im Muhamedanismus, im Buddhismus und im Fetischismus auch nur besondere Confessionen vor. Eine Schande, sage ich aber, für das Land der Denker, daß es sich von einer jüdischen Confession vorschwatzen, und unter diesem Titel sich die Forderung der Gleichberechtigung der Juden mit den christlichen Confessionen einschwatzen ließ! Auch — beiläufig bemerkt — ein trauriges Zeugniß davon, wie es wohl mit dem Religionsunterricht auf unseren höheren Schulen bestellt sein muß, wo sich ja die Leute bilden, welche hinterher regieren, die Gesetze machen und die öffentliche Meinung leiten, dabei aber nicht einmal mehr zu wissen scheinen, was eigentlich Confession und was hingegen Religion bedeute.

Nun denn, was Religion wirklich bedeutet, tritt am prägnantesten gerade in der jüdischen Religion hervor, die ihrer eigenen Erklärung nach in dem Bunde besteht, den Jehovah mit den Erzvätern geschlossen, und dadurch die Nachkommen derselben zu seinem auserwählten Volke gemacht habe. Und heißt nicht auch das Christenthum wiederum ausdrücklich der neue Bund, wodurch jener alte Bund in so weit überhaupt erlosch, als durch die christliche Offenbarung für die ganze Menschheit ein gleiches Verhältniß zu Gott eröffnet wurde. Das aber verwarfen die Juden, sondern sich auf den alten hinfällig gewordenen Bund stützend, wollten sie noch fort und fort von ihrem Gott als sein Schooßkind gehalten sein,

um dessen Geschicke sich die ganze Weltgeschichte drehen müsse. Sie dreht sich aber seit achtzehn Jahrhunderten vielmehr um das Christenthum, statt dessen die Juden infolge ihrer Verstocktheit über die ganze Welt zerstreut wurden, und als der ewige Jude, oder wie die französische Sprache so prägnant sagt, als Juif errant durch die Welt ziehen: verdammt, als Volk weder leben noch sterben zu können, gewissermaßen lebendige Mumien, und als solche zugleich lebendige Zeugen der Offenbarung. Denn nichts bedürfte es fürwahr, als dieser so ganz exceptionellen, alle dem, was sonst natürlicherweise zu erwarten wäre, so durchaus widersprechenden Geschicke des jüdischen Volkes, um angesichts dessen zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß hier Kräfte im Spiel sein müssen, die über Humanität, Aufklärung und Vernunft weit hinausreichen, und woran daher auch mit allem solchen Gerede nichts zu ändern ist.

Weit entfernt aber, — fahren wir fort — daß die Juden durch die seit der Zerstörung Jerusalems über sie hereingebrochenen Geschicke zur Besinnung gebracht und von ihrer Herzenshärtigkeit gelassen hätten, verfielen sie nur in um so größere Verstockung. Wie Shylock auf seinen Schein, so pochten sie seitdem auf ihren alten Bund, und weil ihre nationale Herrlichkeit vielmehr einstweilen zum Spott geworden, glaubten sie um so mehr hoffen und beanspruchen zu dürfen, daß Jehovah ihnen dereinst eine um so glänzendere Revanche verschaffen würde und zu verschaffen hätte. Aus der Idee des auserwählten Volkes wurden daher in dem Talmud die ungeheuerlichsten Consequenzen gezogen, die kurzweg darauf hinauslaufen, daß alle anderen Völker den Juden zu dienen und für die Juden zu arbeiten verpflichtet wären, die ihnen hingegen zu nichts verpflichtet seien. Dazu verbinden sich mit solchen Ansichten Ausdrücke des wüthendsten Hasses und tiefster Verachtung des Christenthums, wie noch mehr seines Stifters. Und eben dieser Talmud hat bei den Juden autoritative Geltung gewonnen, er übt thatsächlich größeren Einfluß auf die jüdische Denkweise als das ganze alte Testament[1]).

1) Darüber die auf gründlichem Quellenstudium beruhende vortreffliche Schrift von Rohling „Der Talmudjude", schon vielmals aufgelegt, und die Jeder gelesen haben muß, der irgendwie in der Judenfrage mitsprechen will.

Abermals darum: wo bleibt hier wohl die Gleichheit, wenn doch die Juden ihrem religiösen Glauben nach sich keineswegs als der christlichen Bevölkerung gleichstehend ansehen, sondern sich hoch darüber erhaben dünken? Wo bleibt gar die Gleichheit, wenn einerseits die christliche Jugend dazu angewiesen wird, die jüdische Religion als eine göttliche Stiftung und das alte Testament mit Ehrfurcht zu betrachten, während hingegen die jüdische Jugend durch ihren Religionsunterricht, gelindest gesprochen, mit Mißachtung gegen das Christenthum und insbesondere gegen seinen Stifter, wie gegen das ganze neue Testament erfüllt wird? Dabei wohlverstanden: wenn eben dies gar nicht anders sein kann, so lange die Juden Juden bleiben, womit ja unmittelbar auch gegeben ist, daß sie das Christenthum von Grund aus verwerfen. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn daraus nicht die Folge entspringen sollte, daß der Jude mit ganz anderem Auge auf den Christen blickt, als hingegen der Christ auf den Juden.

Und angesichts dessen will man noch von Gleichheit reden, die dann insbesondere auch in der bürgerlichen und staatsrechtlichen Stellung zur Anerkennung kommen müsse! Fürwahr, wenn solche Ansicht die Frucht unserer fortgeschrittenen Aufklärung sein soll, da gilt dann buchstäblich das Apostelwort:

»Dicentes se esse sapientes, stulti facti sunt.«

3.

Ganz nichtig ferner, wenn man jetzt behaupten oder hoffen will, daß eben die bürgerliche und politische Gleichstellung dahin führen würde, daß die Juden ihr eigenartiges Wesen abthäten. Mögen sie doch nach ihrer äußeren Erscheinung und Haltung sich wirklich mehr der christlichen Bevölkerung assimiliren, und mögen auch die sogenannten aufgeklärten Juden von vielen äußeren Satzungen ihrer Religion ablassen, so daß sie etwa auch schon ohne Anstoß Schweinefleisch essen, — wie wenig ändert das wohl den Kern ihres Wesens? Denn so lange sie überhaupt noch Juden bleiben, können sie auch niemals aufhören, sich für das auserwählte Volk zu halten, und darin liegt zuletzt das praktisch Entscheidende. Wozu wird also das ihnen verliehene Staatsbürgerrecht dienen, als daß es ihnen die Handhaben darbietet, um die aus jenem Glauben

fließenden Ausbeutungs- und Herrschaftsansprüche desto wirksamer zur thatsächlichen Ausübung zu bringen? Wirksamer außerdem noch deshalb, weil die damit zusammenhängende äußere Assimilirung der Juden mit der christlichen Bevölkerung zugleich den Blick von ihrem Treiben ablenkt, seitdem der reiche und gebildete Jude jetzt in der Gesellschaft als ein Gentleman auftritt, wie andere auch, und je freier er sich also in allen Kreisen bewegt, bis in die höchsten hinein, auch um so besser seinen lucrativen Speculationen nachgehen kann.

Reichen — sehr erklärlich! — die ersten Anfänge zu der heutigen Judenemancipation in Deutschland bis in das Zeitalter der Aufklärung zurück, so erwäge man doch, ob etwa die Juden, zum Dank für die ihnen seitdem allmälig gewährte freiere Stellung, auch etwa angefangen hätten, einen verhältnißmäßig größeren Theil der materiellen Arbeit zu übernehmen, Ackerbau und Handwerke zu treiben, oder gar Steinklopfer und Holzhacker zu werden? Hat sich was. Sie suchten nur um so mehr die lucrativen Geschäfte an sich zu bringen, eine Rolle in der Gesellschaft zu spielen und Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu gewinnen. Das ging dann allmälig so fort bis zum Jahre 48, wo sie auf einmal die principielle Gleichstellung erlangten. Welchen Aufschwung die Judenschaft seitdem nahm, weiß Jeder, dessen eigene Erfahrung noch bis vor 48 zurückreicht. Einen neuen und noch größeren Aufschwung aber nahm die Judenschaft seit 66 und zuletzt mit der Gründung des neudeutschen Reiches, von wo an die im Jahre 48 proclamirte Gleichstellung erst zur vollen thatsächlichen Geltung gelangte, und durch die allgemeine Freizügigkeit den Juden auch ein um so größeres Speculationsfeld eröffnet wurde. Das haben sie dann ausgenutzt mit einer Energie, und wenn man will: mit einem Geschick, welches unsere Bewunderung herausfordern könnte, handelte es sich nicht dabei um das Verderben der deutschen Nation nach Leib und Seele.

Nicht nur die Börse und die Presse gerieth mit geringen Ausnahmen allmälig unter ihre Herrschaft, oder wenigstens unter ihren Einfluß, sondern auch die ganze seitdem eingetretene ökonomische Gesetzgebung; wie auch gar nicht anders zu erwarten, wenn doch an der Spitze der tonangebenden Reichstagspartei ein Lasker

stand[1]). Und haben sie mit dem Culturkampf nicht eben so gute Geschäfte zu machen gewußt als mit den Milliarden? Auf allen Lebensgebieten tritt uns seitdem, oft als entscheidend, der jüdische Einfluß entgegen. Wie wird es erst nach einem Menschenalter sein! Denn da der Reichthum der Juden in geometrischer Progression zunimmt, so werden in demselben Maße auch alle Capital erfordernden Geschäfte in die Hände der Juden übergehen, insbesondere der ganze Handel. Und was noch wichtiger sein dürfte: auch die öffentlichen Aemter, zu welchen der Zutritt durch eine kostspielige Vorbildung bedingt ist, weil der durchschnittlich viel höhere Wohlstand der Juden ihnen auch um so mehr die Mittel gibt, ihre Söhne sich für den Staatsdienst ausbilden zu lassen, wie überhaupt für alle diejenigen Professionen, die ebenso eine kostspielige Vorbereitung erheischen. Und was kann die Folge davon sein, als daß dann in den Gerichten und Verwaltungsbehörden, wie in dem Sanitätspersonal und dem technischen Personal, zuletzt das Judenthum zur Vorherrschaft gelangt? Ja, warum nicht auch in dem Personal der höheren Lehranstalten, sobald dieselben nur erst ihre früheren Beziehungen zur christlichen Kirche vollständig abgestreift haben werden, wie man doch bereits schon für die Volksschulen fordert. Das wird fürwahr erst ein schöner Zustand sein, wenn die Judenschaft nicht nur die Börse, den Handel und die Presse beherrscht, sondern auch über alle die Einflußmittel gebietet, welche öffentliche Stellungen gewähren! Wie man zu Anfang des 16. Jahrhunderts, da fast die Hälfte alles Grundeigenthums mittelbar oder unmittelbar in den Besitz der Kirche gerathen war, in Deutschland sagte:

„Was ist das für ein Wesen,
Wir können vor den Pfaffen nicht genesen,"

so wird man dann noch viel mehr sagen müssen:

„Was ist das für ein Wesen,
Wir können vor den Juden nicht genesen."

Oder wäre das nicht vielleicht schon heute zu sagen?

1) Immerhin ein merkwürdiges Persönchen, nur freilich das Merkwürdigste dabei, daß dieser im Grunde doch so beschränkte und oberflächliche Kopf eine solche Rolle spielen konnte. Denn wäre die Armseligkeit seines Geistes nicht schon aus seinem parlamentarischen Treiben ersichtlich, so träte sie um so deutlicher hervor durch seine Lucubrationen „über Welt- und Staatsweisheit", wodurch er zugleich als Schriftsteller glänzen wollte, dabei das platteste Zeug auskramend, noch obendrein in einem widerlichen Judendeutsch.

Leben in Deutschland verhältnißmäßig mehr als zehn mal so viel Juden wie in England und in den romanischen Ländern, so ist natürlich auch die Judenfrage für uns von sehr viel größerer praktischer Bedeutung als dort, und mußten daher auch die das ganze Volksleben zerrüttenden Folgen der Judenemancipation bei uns um so schneller und augenfälliger hervortreten. Gleichwohl — welche Rolle spielt das Judenthum seit lange auch in Frankreich, wo eben die Emancipation am frühesten eintrat! Welchen Einfluß die jüdischen Banquiers unter Louis Philipp geübt und bis diesen Tag üben, ist allbekannt, ja heute sieht es ganz darnach aus, daß der Jude Gambetta in naher Zukunft Chef der französischen Republik werden dürfte. Er beginnt diese Stellung schon zu anticipiren.

Ueberhaupt aber — wie ist seit der französischen Revolution der jüdische Einfluß in ganz Europa emporgekommen! Schon gilt die Geldherrschaft der großen jüdischen Banquiers, in welchen gewissermaßen das ganze moderne Judenthum seine eigensten Repräsentanten findet, fast als der normale Zustand. Alle Regierungen huldigen dieser Geldherrschaft wie einer legitimen Macht. Und sollen die Juden von der Legitimität dieser ihrer Macht nicht selbst noch höhere Vorstellungen hegen? Kein Zweifel, daß sie darin nichts anderes erblicken werden, als eben die buchstäbliche Erfüllung der dem jüdischen Volke einst gewordenen Verheißung, die wir 5 Mose 15, 6 lesen:

> »Fenerabis gentibus multis et ipse a nullo accipies mutuum, dominaberis nationibus plurimis et tui nemo dominabitur.«

Geht aber diese Verheißung wirklich in Erfüllung, so geschieht es lediglich infolge des Unverstandes und der Schlaffheit der christlichen Nationen. Es ist höchste Zeit, daß sie sich endlich ermannen, und die Sache in ihrem wahren Lichte zu betrachten beginnen, nicht aber durch die Brille, welche sie sich von der Judenschaft selbst aufsetzen ließen.

4.

Ist einmal der verhängnißvolle Schritt der Judenemancipation gethan, so können die Juden nun freilich ganz ebenso auf ihr verfassungsmäßiges Recht pochen, wie sie auf den alten Bund

pochen, den Jehovah einst mit ihren Erzvätern geschlossen, und auf Grund dieses verfassungsmäßigen Rechtes steht ihnen nichts mehr im Wege, allmälig alle Machtmittel an sich zu reißen, und dadurch ganz unvermerkt ihre dereinstige förmliche Herrschaft vorzubereiten. Man kann dem heute gar nicht wirksam mehr entgegentreten, außer die staatsbürgerliche Gleichstellung muß rundweg wieder rückgängig gemacht werden.

Daß dies zwar das gehässige Aussehen eines Ausnahmegesetzes haben würde, ist nicht zu ändern, nachdem es leider der Unverstand dahin gebracht hat, daß, was an und für sich als selbstverständlich gelten müßte, hinterher viel mehr erst einer besonderen Rechtfertigung zu bedürfen scheint. Denn was ist an und für sich so klar, als daß ein Wesen, welches nicht nur überall thatsächlich eine Singularität bildet, sondern auch selbst sich dafür hält, um deswillen auch als eine Singularität behandelt werden muß? Von Ausnahme wäre dabei überhaupt nicht zu reden, weil doch jede Ausnahme vielmehr die Regel, und das heißt hier die Gleichheit, als ihr priùs voraussetzt, während hingegen das Singuläre damit auch das allem Anderen Ungleiche ist. Aber so lag auch das proton pseudos gerade darin, daß man das wesentlich Ungleiche unter dasselbe Gesetz bringen wollte, worauf man jetzt freilich genöthigt sein wird, die mit so wenig Ueberlegung decretirte Gleichstellung durch Ausnahmegesetze wieder aufzuheben.

Um sich darüber vollkommen klar zu werden, so frage man nur: in welcher Gestalt die Juden ursprünglich zu uns kamen? Gewiß doch als Fremdlinge, und demnach hing es lediglich von dem Gutbefinden der Staatsgewalten ab, unter welchen Bedingungen sie diese Fremdlinge überhaupt zulassen wollten. Nur das Menschenrecht durften sie unbedingt beanspruchen, viel anders aber verhält es sich mit den darüber hinausgehenden bürgerlichen und politischen Rechten. Alles, was ihnen in dieser Hinsicht bewilligt werden mochte, waren besondere Concessionen, welche mit der Landesverfassung und mit dem allgemeinen Landrecht an und für sich nichts zu schaffen hatten, sondern dann eine besondere Judenordnung bildeten, der auch besondere Controlmaßregeln entsprachen. Die Juden waren dadurch nicht entfernt zu Staatsbürgern geworden, sondern Schutzgenossen wurden sie, welche als solche

unter besonderen Gesetzen standen. Dabei hätte es für immer verbleiben müssen, denn das war die principiell allein richtige Behandlung der Sache, wie andererseits auch die Juden selbst keinen Rechtsanspruch auf ein Mehreres zu erheben vermochten.

Wollte man etwa dagegen einwenden, daß sie doch das Staatsbürgerrecht durch Ersitzung erworben haben könnten, so wäre auch dies ganz unhaltbar. Denn möchten sie auch noch so viele Jahrhunderte lang im Lande gesessen haben, was änderte das, wenn sie trotzdem immer eine Singularität blieben, welche schlechterdings nicht in das gemeine Recht hineinpaßte? Sondern dazu müßten die Juden sich selbst erst von ihrem Wahn, das auserwählte Volk zu sein, emancipirt haben, wie — was damit zusammen hängt — von ihrem Haß gegen das Christenthum, und andererseits von ihrer Scheu vor der materiellen Arbeit, dann stände die Sache anders. Haben sie aber zu solcher Selbstemancipation nicht das Geringste gethan, und hat man sie trotzdem in das gemeine Recht aufgenommen, so war das lediglich ein Act unverantwortlicher Uebereilung der Gesetzgebung, ähnlich (nur noch tausendmal schlimmer) wie in der Gestattung der Wucherfreiheit und der allgemeinen Wechselfähigkeit vorliegt, was beides auch wohl einigermaßen mit der Judenemancipation selbst zusammenhängen möchte, und heute schon von vielen Seiten als eine Verirrung anerkannt und beklagt wird. Nun — wie Gesetze gemacht werden, können sie hinterher auch wieder verändert oder überhaupt aufgehoben werden. Großer Gott, wie oft sind in unserm Zeitalter schon ganze Staatsverfassungen nach kurzer Existenz spurlos wieder verschwunden, und warum müßte wohl das Staatsbürgerrecht der Juden für unantastbar gelten, welches doch noch von jungem Datum ist, wohingegen schon so manche alte Dynastien ihre Regierungsrechte verloren? Was aber die Form von Ausnahmegesetzen betrifft, welche eventualiter rücksichtlich der Juden zu erlassen wären, dabei würde sich zuvörderst nur dasselbe ereignen, was rücksichtlich der allgemeinen Wechselfähigkeit geschehen müssen wird, nachdem man thöricht genug das Wechselrecht, welches seiner Natur nach nur für die kaufmännischen Kreise paßt, und sonst nur für einzelne besondere Kategorien von Personen zulässig erscheint, als für die ganze Bevölkerung gültig erklärt hatte, und darauf freilich nur durch ein Ausnahmegesetz wieder zu einem erträglichen Zu-

stande gelangen können wird, indem man rundweg zahlreiche Klassen von der Wechselfähigkeit ausschließt. Weiter noch — hat man nicht vor Jahren Ausnahmegesetze gegen die Priester und neuerdings gegen die Socialisten erlassen? Und wahrlich, Ausnahmegesetze gegen das Umsichgreifen der Judenschaft würden das geringste Odium im Lande erregen. Außer den Juden selbst würde kein nennenswerther Theil der Bevölkerung darüber murren, oder gar der Staatsgewalt um deswillen thatsächliche Schwierigkeiten bereiten. Im Gegentheil, die Zustimmungs- und Dankadressen würden nur so regnen.

Ich sage mehr: die Staatsgewalt muß sich sogar für verpflichtet erachten, ihre Untergebenen vor dem jüdischen Ausbeutungssystem zu schützen, welches um so mehr die ganze Volkswirthschaft zerrüttet, als es zugleich überall den Trieb erweckt, anstatt durch productive Arbeit sich durch blos speculative Unternehmungen bereichern zu wollen, wenn man doch sieht, wie gut das der Judenschaft bekam. Eine moralische Pest ist daraus entstanden, der zu wehren die Staatsgewalt erst recht verpflichtet wäre. Und bekennt sie sich selbst noch zum Christenthum, — wäre sie nicht desgleichen verpflichtet, die christliche Bevölkerung davor zu schützen, daß sie durch die ununterbrochene Bearbeitung durch die Judenpresse an ihrem Glauben irre gemacht und dem Unglauben zugeführt wird?

Wahrlich, wer diese Sache tiefer erwägt, müßte darin wohl gerade ihre ernsthafteste Seite erblicken. Denn der Judengeist kann eben gar nicht anders wirken als auf Entchristlichung hin, so gewiß als das Christenthum dem Juden ein Gegenstand der Verwerfung ist und sein muß, so lange er Jude bleibt. Das mag er ja, in seiner eigenen Religion soll er um deswillen doch nicht gekränkt werden. Das gibt ihm aber nicht das Recht, eine Presse zu begründen, die ununterbrochen auf Untergrabung des Christenthums hinarbeitet, während andererseits der Staat gar sehr Veranlassung hätte, die daraus entspringenden Folgen in's Auge zu fassen, weil damit zugleich auch seine eigene Existenz untergraben wird. Denn das steht einmal fest, daß die ganze Staatenbildung des neueren Europa's von der Ausbreitung des Christenthums herdatirt, und an dem christlichen Glauben ihren wichtigsten moralischen Anhalt hat, so daß, wenn dieser zerstört würde, hinterher auch alles Andere ganz von selbst zusammenbrechen müßte. Wie ungleich viel weniger bedeuten dagegen

die socialistischen Angriffe gegen das Eigenthum? Und proclamirten die Socialisten dabei zugleich den Atheismus, so hätte selbst dies — eben seines offenen Auftretens wegen — viel weniger Gefährliches, als die ununterbrochenen aber meist nur indirecterweise und halbverdeckt betriebenen Angriffe gegen das Christenthum, wobei die ganze Judenpresse und Judenliteratur betheiligt ist. Wer ist nun wohl der gefährlichere Feind: wer mit dem Kopfe gegen die Mauer rennt, oder wer maulwurfsartig ihre Fundamente untergräbt? Dazu — wie ungleich viel größere Hilfsmittel stehen der jüdischen Agitation zu Gebote als den Socialisten, gegen welche man gleichwohl in so drakonischer Weise einschreiten zu müssen glaubte, indessen die Judenpresse ihr Gewerbe ungestört fortsetzen darf, und die ganze Judenschaft noch den Vortheil dabei hat, daß durch den Socialistenlärm die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrem Treiben um so mehr abgelenkt wurde.

Selbst ganz allgemein betrachtet, kann der geistige Einfluß des Judenthums nicht anders als zersetzend wirken. Denn in die ganze Entwickelung des neueren Europa's, die einmal untrennbar mit dem Christenthum verflochten ist, ist das Judenthum wie hinein geschneit oder parasitisch eingedrungen. Selbst nicht organisch damit verwachsen, sondern sich in der Unmöglichkeit befindend, jemals sich innerlich eins damit zu fühlen, kann es auch nirgends auf eine wahre Fortentwickelung von innen heraus bedacht sein, sondern insofern der Judengeist dennoch in die Entwickelung eingreift, kommt er wie von außen her, und es bleibt ein äußerliches Machen. Darum sind die Juden auch nirgends im höheren Sinne schöpferisch aufgetreten, wir verdanken ihnen keine einzige große Entdeckung oder Erfindung, vielleicht nur die Erfindung des Wechsels ausgenommen, keinen einzigen wirklich neues Leben anfachenden Gedanken [1]). Ihr eigenstes Talent ist vielmehr, die bereits von Anderen

1) Selbst Spinoza (auf den man jüdischerseits wie auf den Begründer der ganzen neueren Philosophie hinzuweisen pflegt, und der ja auch von christlichen Denkern zeitweilig so überschwenglich gefeiert wurde, womit es doch heute bereits wieder vorüber ist) besaß keineswegs den Geist der Initiative. Denn ganz abgesehen davon, was er aus der Kabbala entnommen haben mag, empfing er doch vielmehr den Impuls zu seinem ganzen Philosophiren erst von Descartes, von welchem wirklich die ganze rationale Philosophie herdatirt, und der zugleich durch seine mathematischen und physikalischen Ent-

herausgearbeiteten Ideen auszunutzen, indem sie dieselben in eine neue Façon bringen und damit zu gangbarer Münze ausprägen. Auf den Effect ist daher ihr Streben vor allem gerichtet, auf innere Wahrheit kommt es ihnen weit weniger an. Die Thatsachen reden.

Wohin ist durch Meyerbeer die Oper gekommen, und was ist gar durch einen Offenbach daraus geworden! [1]) Desgleichen hat auch Heine, trotz der Genieblitze, die ihm nicht abzusprechen sind, der deutschen Dichtung und Literatur hinterher nur geschadet. Was wäre erst von einem Auerbach zu sagen, dem außerdem Heine's genialisches Wesen durchaus fehlt? Hat Immermann in seinem auf Grundlage des Bauernthums ruhenden „Oberhof" ein Werk von ursprünglicher Lebendigkeit geschaffen, so wurden hingegen für Auerbach die Dorfgeschichten zu einer einträglichen Industrie. Mit einem Wort: so steht es jetzt, daß der geistige Einfluß des Judenthums, mit Hilfe der Zeitungspresse, eben so die deutsche Literatur und deutsche Sprache ruinirt, wie die jüdischen Speculanten mit Hilfe der Börse die Volkswirthschaft ruiniren.

War die Mission des jüdischen Volkes mit dem Auftreten des Christenthums abgeschlossen, so daß es in der von da ausgegangenen Entwickelung nur als ein selbst geschichtsloses Volk fortvegetirt, so ist es freilich um deswillen — weil an dieser Entwickelung innerlich gar nicht betheiligt — desto besser befähigt, kühl bis an's Herz hinan zu erwägen, was im gegebenen Falle am meisten Chancen für sich haben möchte, und darnach dann seine eigene Stellung zu nehmen. Darauf beruht der Einfluß, den die Juden auf die allgemeine Politik zu gewinnen, oder genauer gesagt: das Geschick, mit welchem sie

---

deckungen, welchen Spinoza nichts an die Seite zu stellen hätte, sich einen unvergänglichen Namen in der allgemeinen Geschichte der Wissenschaften erworben hat. Mit ihrem Spinoza also sollten die Juden nicht so übertrieben großthun, zumal da sie bekanntlich gerade diesen Mann, dessen geistige Bedeutung unsererseits unbestritten bleiben soll, selbst aus ihrer Mitte ausgestoßen hatten. Was aber dann ihren Moses Mendelssohn anbetrifft, der ihnen als zweite Denkergröße gilt, so liest man heute in jeder Geschichte der neueren Philosophie, daß der nichts weiter war, als ein in geschmackvoller Form auftretender wohlmeinender Wolfianer, und damit für den Fortschritt philosophischer Erkenntniß = Null.

1) Darüber Richard Wagner „Das Judenthum in der Musik", nebst der vernichtenden Kritik des Meyerbeerschen Unwesens in „Oper und Drama."

den Gang der Ereignisse zu ihrem Vortheil auszubeuten wußten. Welche Erfolge waren da zu erringen, seitdem das ganze europäische Staatensystem mit der französischen Revolution aus seinen Fugen zu weichen begann, und mit den daraus entsprungenen Kriegen das System der Staatsanleihen vordem ungeahnte Dimensionen annahm! Ging gleichzeitig die frühere Naturalwirthschaft zur Geldwirthschaft über, so daß nun für die Privatwirthschaft wie für die Staatswirthschaft der allentscheidende Factor das Geldwesen wurde, zu dessen Behandlung der Judengeist von Haus aus angelegt ist, so mußte wohl das jüdische Bankwesen um so schneller zu einer Weltmacht heranwachsen, als die gesammte Judenschaft, trotz ihrer Zerstreuung über die christlichen Länder, in einem ununterbrochenen Zusammenhang steht. Ein Zusammenhang, der sogar durch die Alliance israélite selbst schon ein förmliches Organ gewonnen hat, womit denn also die jüdische Weltherrschaft sich schon zu constituiren beginnt.

Und dem gegenüber sollten die Staatsgewalten — anstatt energische Maßregeln gegen das Fortwuchern des jüdischen Einflusses zu ergreifen, so lange es noch Zeit ist — ruhig die Hände in den Schoß legen, die Dinge ungehindert fortgehen lassend, bis ihnen selbst die Schlinge um den Hals geworfen sein wird? Nein, hier wenn irgendwo wären Ausnahmegesetze — die, wie genügend gezeigt, vielmehr die Rückkehr zu dem naturgemäßen Zustande bedeuten würden — nicht nur nach dem Nothrecht erlaubt, sondern als schlechtweg geboten anzusehen.

5.

Betrachten wir schließlich die Judenfrage noch vom föderativen Standpunkte aus, so ist durch das Vorstehende das Urtheil schon fast gegeben. Denn so gewiß die Juden sich selbst für das auserwählte Volk halten, welches hoch über allen anderen Völkern stände, wie sie auch thatsächlich sich überall als ein ganz exceptionelles Element darstellen, so gewiß sind sie von vornherein als ein wesentlich antiföderatives Element innerhalb der christlichen Welt anzusehen. Ihrem Treiben entgegen zu treten ist darum der Föderalist doppelt verpflichtet, mit judaisirenden Tendenzen zu fraternisiren bedeutete für ihn sein eigenes System in Bresche zu legen, weil eine

föderative Staats- und Gesellschaftsentwickelung damit unmöglich würde.

Nicht minder unmöglich eine föderative Ordnung der Völkerverhältnisse, in Beziehung worauf der antiföderative Charakter des Judenthums natürlich erst recht hervortritt, da das Ideal des auserwählten Volkes eben nicht auf einen freien Völkerbund zielt, sondern darauf, dereinst alle anderen Völker zu beherrschen. Sollte ihm in dieser Absicht nicht die altrömische Maxime in den Sinn kommen: »divide et impera«, während es doch auf flacher Hand liegt, daß jedenfalls die Einigkeit der christlichen Völker eine jüdische Weltherrschaft für immer zum leeren Traum machen würde? Oder sollten zu dem »*divide*« den Juden die Mittel fehlen, nachdem sie doch schon so vielseitigen Einfluß auf die hohe Politik gewannen? Im Gegentheil, sondern auch in dieser Hinsicht bietet ihnen gerade die sogenannte Emancipation nur um so wirksamere Mittel. Denn zuvörderst haben sie seitdem um so bessere Gelegenheit, die gegenseitigen Verhältnisse der verschiedenen Staaten für die großen Bankhäuser auszukundschaften, für welche jede wichtige Notiz so gut als baares Geld ist. Ferner liegt es vor Augen, wie die Juden, so bald sie einmal als Volksgenossen anerkannt waren, auch sofort als die berufensten Wortführer der jedesmaligen Nationalität auftraten, — bei uns den echten deutschen Patrioten spielend, in Ungarn den Vollblutsmagyaren von Arpad's Zeiten her, in Frankreich den enragirten Franzosen u. s. w. — und so tragen nun ihre Nationalitätsphrasen nicht wenig dazu bei, die Nationalitäten gegeneinander aufzuregen. Folgen daraus immer neue Kriege, — reiner Profit für die Judenschaft, indem die großen Börsenfürsten, die sich dabei thunlichst aus der Schußlinie halten, dann die zu den Kriegen erforderlichen Anleihen vermitteln. Die Zwietracht der christlichen Völker, und die desolaten Finanzen der Staaten, werden für sie zu wahren Goldgruben. Und muß nicht also die Judenschaft für ein mächtiges Hinderniß der internationalen Föderation gelten, da vielmehr das Gegentheil davon eine wahre Lebensfrage für sie ist?

Erscheinen aber damit die Praktiken der sogenannten goldenen Internationale, wie die Gefährlichkeit derselben, erst in vollem Lichte, so ist auch klar, wie die einzelnen Staaten in ihrer Isolirung überhaupt schon keine genügenden Schutzmittel dagegen besitzen. Sondern

keine Hilfe mehr dagegen, außer durch die internationale Organisation. Und so sehen wir uns durch die Judenfrage zu einem neuen und noch größeren Problem hingeführt.

XVIII.

Die internationale Organisation.

Stehen wir jetzt vor der letzten und höchsten Stufe föderativer Entwickelung, so ist damit auch die schwierigste Aufgabe gestellt. Und schwierig nicht nur wegen ihres Umfanges, wie wegen der vielen und großen Hindernisse, welche dabei in der Praxis zu überwinden wären, sondern auch wegen der Neuheit der Sache, zu deren rechtem Verständniß das allgemeine Bewußtsein nur erst wenig vorbereitet ist.

Nicht zwar, daß überhaupt noch nicht davon geredet sei, oder geredet werde, sondern als eine wünschenswerthe Sache erscheint bei einiger Ueberlegung die internationale Organisation wohl schon Jedermann. Allein darin liegt die Schwierigkeit, daß diese Idee sich noch nicht mit dem allgemeinen politischen Denken derart amalgamirt hat, so daß sie sich als eine nothwendige Folge der anderweit anerkannten Principien darstellte, sondern als etwas Danebenliegendes, von welchem man daher auch ganz absehen könnte. Genau so, wie es in der bisher noch herrschenden politischen Wissenschaft geschieht, von welcher ja einerseits das allgemeine Denken seine Richtung empfängt, wie sie andererseits selbst auch wieder nur den allgemeinen Zustand der Geister abspiegelt.

Und da ist es nun eine unbestreitbare Thatsache, daß diese Wissenschaft sich in den Fragen der Staatsorganisation concentrirt, womit offenbar für die Fragen der völkerschaftlichen Organisation gar kein Maßstab gegeben sein kann. Die Völkerverhältnisse aber werden dann höchstens nach ihrer rein rechtlichen Seite betrachtet, was doch für die Organisation nicht entfernt ausreicht, und das Völkerrecht gilt wiederum als etwas ganz Besonderes, was mit dem Privatrecht und Staatsrecht kein gemeinsames Princip hätte, oder gar wohl für ein politisches System über-

haupt außer Rechnung bleiben könnte. In solcher Weise verfährt z. B. selbst der gefeierte Stahl, für dessen so anspruchsvoll auftretende und doch so dürftige Weisheit die großen Weltverhältnisse gar nicht zu existiren scheinen. Klar demnach, wie die Forderung einer internationalen Organisation, nach ihrer theoretischen Seite, zugleich die Forderung eines wissenschaftlichen Umschwungs in sich schließt, der sich auch wirklich bereits zu vollziehen beginnt [1]).

Ganz entsprechend also jener beschränkten Auffassung der Sache seitens der herrschenden Wissenschaft, gelten einstweilen die internationalen Fragen noch kurzweg für eine auswärtige Angelegenheit, welche mit den Fragen der inneren Entwickelung nichts zu schaffen hätte. Der Föderalismus (wie wir bereits wissen) ist über solche Trennung von innerer und äußerer Politik von Anfang an hinaus, die Trennung aber zugegeben, so bilden dann die auswärtigen Angelegenheiten die besondere Domäne der Diplomatie, welche mit allen Kräften beflissen ist, ihr ganzes Treiben in den Schleier des Geheimnisses einzuhüllen. Und dabei redet man noch von öffentlichem Leben! Ei, das lohnt wohl der Mühe, sich in den Parlamenten hitzig um diesen oder jenen Posten des Etats herum zu streiten, oft um eine reine Bagatelle, während die Diplomatie ganz im Stillen Kriege anzetteln kann, welche hinterher den Völkern Milliarden kosten. Hilft dann aber nichts, sie müssen die Suppe ausessen, welche ihnen die hohe Politik eingebrockt, und dabei noch obendrein ihre eigenen Knochen einsetzen. Liegt darin nicht der dickste Absolutismus, was soll wohl sonst noch so heißen?

1) Den ersten Anstoß dazu gab der französische Philosoph Comte durch seine „Sociologie". Zwar ein Bastardwort, ähnlich wie „Büreaukratie", welches sich aber allmälig schon eingebürgert hat, und welches hier die systematische Behandlung aller das menschliche Gemeinschaftsleben betreffenden Fragen bezeichnen soll. Diese Idee einmal erfaßt, so liegt es auf der Hand, daß jedenfalls der Staat nur eine besondere Gestalt der menschlichen Gemeinschaft ist, und folglich die Sociologie von Anfang an einen sehr viel weiteren Umfang hat als die heute sogenannte Staatswissenschaft, und daß dann insbesondere auch die Betrachtung der Völkergemeinschaft höchst wesentlich zu ihren Aufgaben gehört. So ist es denn bei Comte auch gerade die internationale Organisation, in der sich seine ganze Weltansicht concentrirt. Wir werden später, unter einem anderen Gesichtspunkt, noch einmal auf diesen Mann zurückkommen.

Bei solcher Verblendung über die wirkliche Bedeutung der Sache, bedarf es freilich keiner weiteren Erklärung mehr dafür, daß die Frage der internationalen Organisation überhaupt noch nicht auf dem Katalog der großen Fragen steht, während es doch — infolge des Auftretens der Socialisten — wenigstens schon so weit gekommen ist, daß heute alle Welt von der socialen Frage spricht, und kaum noch Jemand zu leugnen wagt, daß diese Frage wirklich existirt. Aber wie denn — die internationale Frage existirt wohl **nicht**? Großer Gott, zeugen nicht von der Existenz dieser Frage die noch immer wachsenden Militärlasten, unter deren Druck die Völker keuchen? Und wie wäre bei solcher Lage der Dinge je an eine eingreifende Socialreform zu denken, wo alle Staatenverhältnisse wie auf dem Pulverfasse stehen? Wo die Regierungen, statt mit der Organisation der Arbeit, mit der Militärorganisation beschäftigt sind, wo das Militärbudget alle materiellen Hilfsmittel der Staaten absorbirt, und wo es wirklich schon so aussieht, als ob die Erfindung neuer Angriffs- und Vertheidigungswaffen für den höchsten Triumph des menschlichen Geistes zu halten wäre.

Woher aber dieser traurige Zustand? Er ist eben so wenig ein Product natürlicher Nothwendigkeit, worin man sich willenlos zu ergeben hätte, als die dermalige Kapitalherrschaft und die ganze sociale Zerrüttung, die vielmehr aus der menschlichen Eigensucht entsprang, wie beziehungsweise aus der Schlaffheit, Sorglosigkeit und Unwissenheit der öffentlichen Gewalten, welche die Dinge gehen ließen, wie sie eben gehen mochten, oder nur unwirksame und verfehlte Maßregeln dagegen ergriffen. Und gerade so entsprang der Militarismus aus der Eigensucht, Trägheit und Unwissenheit der Völker, oder beziehungsweise ihrer Gewalthaber, und wie dort das Heilmittel in der socialen Organisation zu suchen ist, so hier in der internationalen Organisation.

Den Socialisten nun lag es ja wie vor der Nase, daß ohne ein dauerhaftes Friedenssystem keine sociale Organisation zu hoffen sei. Auch haben sie um deswillen die internationale Organisation wirklich in's Auge gefaßt. Aber freilich — wie? Denn wenn selbst ihre eigentlich socialen Projecte sich wesentlich als unausführbar und unhaltbar erweisen, so bedürfen ihre internationalen Projecte überhaupt keiner ernstlichen Kritik. Es fehlt da den Leuten von vorn-

herein die Möglichkeit eines rechten Verständnisses für die Aufgabe, der mit blos ökonomistischen Begriffen, worin sich doch das Denken der Socialisten concentrirt, gar nicht beizukommen ist. Vielmehr muß man da zumeist von geschichtlichen Betrachtungen ausgehen, so gewiß als die Völker und Staaten an und für sich selbst geschichtliche Gebilde sind. Was sie heute geworden, und wie sie heute sich zu einander verhalten, ist dann ebenso durch den geschichtlichen Proceß bedingt, und in Erwägung dessen entsteht folglich die Frage: welche Möglichkeiten und welche Entwickelungstriebe damit gegeben seien, und in wie fern man darauf regulirend einwirken könne? Das geht aber weit über volkswirthschaftliche Fragen hinaus. Denn bilden zwar auch die materiellen Interessen ein Band für die Völkergemeinschaft, so liegt doch das bei weitem Entscheidende auf dem moralischen und intellectuellen Gebiete, und den rechten Nachdruck kann hier allein die Religion geben.

Geradezu sinnlos daher, wenn hingegen der atheistisch gesinnte Theil der Socialisten als Basis eines zukünftigen Völkerbundes vielmehr die vorgängige Beseitigung der Religion fordern will. Ganz umgekehrt sagen wir: soll für die verschiedenen Nationen eine geordnete Gemeinschaft bestehen, so kann das nur geschehen inkraft eines Principes, welches über das Nationalleben hoch hinausreicht, und als ein solches auch von den verschiedenen Nationen selbst anerkannt wird. Was kann das also sein? Nur mit dem Christenthum ist ein solches Princip gegeben, weil eben das Christenthum nicht nur eine ursprüngliche Einheit der Menschheit lehrt, sondern auch eine dereinstige Wiedervereinigung der jetzt in rivalisirende Nationen auseinander gegangenen Menschheit als letztes Ziel hinstellt, und damit das Streben darnach zu einer religiösen Pflicht macht. Man sieht, wie hier der Föderalismus unmittelbar mit den Forderungen des Christenthums zusammenfällt, und in diesem Punkte überhaupt nichts weiter ist als die weltliche Seite der christlichen Entwickelung selbst.

Aber so werden auch alle Diejenigen, welche als Wortführer des Christenthums gelten wollen, nicht nur die Aufgabe der internationalen Organisation in vollem Umfang anerkennen, sondern zugleich nach Kräften dafür eintreten müssen. Denn wie darin einerseits die umfassendste der aus dem Christenthum entspringenden

praktischen Forderungen liegt, so andererseits die gerade am unmittelbarsten gegebene. Man blicke nur auf den thatsächlichen Ursprung des Christenthums selbst. War durch die Römerherrschaft, welche die Völker äußerlich zusammengebracht, erst die Zeit erfüllt, wo das Christenthum erscheinen konnte, so lesen wir ja in der Apostelgeschichte, wie am Pfingsttage mit der Stiftung der ersten christlichen Gemeinde auch die innere Gemeinschaft der Völker hervortrat, durch plötzliche Aufhebung der trennenden Sprachverschiedenheit. Von vornherein war damit der Charakter der Kirche begründet, als einer für alle Völker bestimmten Glaubensgemeinschaft, und in dem apostolischen Symbolum ist diese Universalität der Kirche ausdrücklich erklärt. Ist nun die Kirche das reale Organ für die christlichen Ideen, so muß es offenbar auch mit zu ihrem Beruf gehören, die Völker, oder beziehungsweise die Regierungen derselben, durch Lehre und Ermahnung dazu anzutreiben, nach Möglichkeit auf die Begründung einer internationalen Organisation hinzuwirken.

Sie ist dafür einzutreten nicht minder verpflichtet, als andererseits für die Forderung der socialen Organisation. Beide Forderungen sind Correlate, wie wir auch bereits bemerkten, daß ohne die erstere auch die letztere aussichtslos bliebe. Noch mehr: wenn es in dem Wesen der socialen Frage liegt, daß man dabei in tausend Einzelheiten eingehen muß, was darum auch die Gefahr mit sich führt, den Geist zu verengern, so ist es dann gerade die internationale Frage, welche dem Blick erst die Weite gibt, ohne welche große Gesichtspunkte nicht zu fassen sind, und welche damit über alle kleinlichen Rücksichten hinweg hebt. Daß man sich aber nicht in leere Allgemeinheiten verliere, davor bewahrt hingegen wieder der Rückblick auf die sociale Frage. So sind beide untrennbar verbunden, und ohne die Einsicht in diesen inneren Zusammenhang wird man nach keiner Seite einen durchgreifenden Erfolg erzielen können, weil man sich noch gar nicht auf den Standpunkt erhob, von wo aus die Aufgabe erst zu übersehen ist. Gleichwie der Adler sich nur mit beiden Fittigen in die Lüfte schwingt, mit einem kröche er auf der Erde [1]).

1) An dem Auftreten der sich jetzt so nennenden Christlich-Socialen ist darum eben dies von vornherein ein Hauptmangel, daß sie dabei von der internationalen Frage rundweg abstrahiren. Und damit wollen diese Leute die-

Wie aber das Christenthum sich überhaupt nicht an den Staat richtet, sondern lediglich an den Menschen und an die Menschheit, so kann auch die infraft des Christenthums geforderte Völkergemeinschaft nicht etwa auf die dereinstige Begründung des sogenannten Universalstaates hinzielen. Ein von vornherein gänzlich abzulehnender Wahngedanke, den ja in gewissem Sinne eben das alte Rom zu realisiren suchte. Aber wie hat das alte Römerreich selbst geendet? Nein, der Staat kann nie ein universales Institut werden, er bleibt unter allen Umständen eine particuläre Existenz, gerade wie das betreffende Land und Volk, in welchem er entstand. Haben wir doch die Staatsidee selbst schon für die Ordnung der deutschen Angelegenheiten als zu enge erkannt, und um wie viel weniger könnte sie ausreichen, wo es sich um die ganze christliche Welt handelt? Da ist der Gedanke einer mit Zwangsgewalt ausgerüsteten über dem Ganzen schwebenden Organisation rundweg ausgeschlossen. Worauf es ankommt ist vielmehr eine Verbindung, die selbst ihrem Endziel nach gar nicht bezwecken soll, die Existenz besonderer Nationen überhaupt aufzuheben, sondern je mehr und mehr ein friedliches Zusammenwirken herbeizuführen durch eine freie Föderation.

Genauer aber gesprochen, sind es doch nicht eigentlich die Nationen, welche sich zu conföderiren hätten, sondern sie können dies nur als organisirte Körper. In der Praxis also kommt es auf die Staatsgewalten an, und wie nun diese gesinnt sein und handeln werden, das wird offenbar wieder sehr wesentlich durch

---

Socialdemokratie bekämpfen, welche doch allbekannt selbst einen internationalen Zug hat, der wesentlich zu ihrer Stärke beiträgt, und ihr insofern sogar zur Ehre gereicht, als sie damit — natürlich in ihrer Weise — immerhin einigen Sinn für die internationale Aufgabe bekundet. Will man also der Socialdemokratie das Christenthum entgegenhalten, so muß es auch ein Christenthum sein, welches mit seinen Forderungen sich ebenso an die bürgerliche Gesellschaft als an die Völker- und Staatengesellschaft richtet. Anders wird es der Socialdemokratie keinen Respect einflößen, wenn es vielmehr das Aussehen hat, als ob die hohe Politik noch über den christlichen Standpunkt hinausgehe, und daß man sich da nicht heranwage, was doch geradezu das Christenthum selbst verleugnen hieße. Oder trat das nicht mit der Verkündigung in die Welt: »*In terra pax*,« und worin läge wohl die objective Garantie des Völkerfriedens, als in der internationalen Organisation?

die innere Verfassung der Staaten bedingt sein. Je mehr die nämlich sich im Inneren centralisiren, um so spröder werden sie sich offenbar nach Außen hin erweisen, und je mehr sie sich dabei zugleich vergrößern, um so mehr wächst auch ihr Egoismus. Wie die Staaten dann vor allem für sich selbst sorgen wollen, so werden sie auch sich selbst genügen zu können glauben. Man sieht auch hier, wie sehr die innere Entwickelung mit der sogenannten auswärtigen Politik zusammenhängt. Am wenigsten zur Föderation disponirt sind darum große centralisirte Militärstaaten, welche auf ihr Heer pochen, und vorkommenden Falls, statt durch Verhandlungen eine friedliche Ausgleichung streitender Interessen anzustreben, lieber gleich zum Schwerte greifen. Die materielle Macht geht ihnen über alles. Und wie natürlich — beiläufig bemerkt, — daß sie um deswillen sich auch am ungünstigsten für die kirchliche Entwickelung erweisen, der hingegen eine föderative Weltordnung am günstigsten sein würde.

Richtet sich nun das Christenthum unmittelbar überhaupt nicht an den Staat, sondern an den Menschen, so müssen doch aber die Inhaber und Träger der Staatsgewalt, insofern sie sich selbst zum Christenthum bekennen, sich jedenfalls auch getrieben fühlen, den praktischen Forderungen desselben nachzuleben, und darum auch die Begründung einer christlichen Völkergemeinschaft zu befördern. Welche verhängnißvollen Folgen wird es also in dieser Hinsicht haben, wenn die Staatsgewalten je mehr und mehr alle Beziehungen zum Christenthum abbrechen, da in demselben Maße dann auch die Handhaben dazu verschwinden, wodurch vom christlichen Standpunkte aus auf ihr Verhalten einzuwirken wäre. Zum alleinigen Regulator der Politik wird damit das Staatsinteresse, und wie könnte das je zu einer friedlichen Völkergemeinschaft führen, da vielmehr gerade das Interesse die Mutter so vieler Streitigkeiten ist? Es gehören moralische Bande und ideale Ziele dazu, und wie wenig bedeutet wohl das Gerede von Humanität und Aufklärung, wenn hingegen die religiösen Impulse erlöschen. Kann schon die Staatsgesellschaft nicht ohne Religion bestehen, so noch viel weniger die Völkergesellschaft, für welche es keine die Ordnung erhaltende Zwangsgewalt gibt.

Das Christenthum aus dem Staatsleben und aus der internationalen Politik verdrängen zu wollen, hieße schließlich nichts weiter,

als der Judenschaft in die Hände arbeiten. Oder was könnte die sich wohl Besseres wünschen, als daß das Christenthum — welches ihren Tendenzen am meisten im Wege steht und sie so zu sagen bei jedem Schritte genirt, — wenn es zwar nicht überhaupt aus der Welt zu schaffen wäre, doch für das öffentliche Leben alle praktische Bedeutung verlöre? Insbesondere auch für die hohe Politik, die vielmehr nach Möglichkeit dem jüdischen Interesse dienstbar gemacht werden soll. Und mit welchem Erfolg die Judenschaft das wirklich durchzusetzen versteht, hat neuerdings der berliner Congreß gezeigt, indem er der Türkei, wie den ehemals von derselben abhängigen und jetzt selbständig gewordenen Ländern, ausdrücklich die Anerkennung des jüdischen Staatsbürgerrechtes aufzwang. Will sagen: daß sie diesen Ländern — natürlich im Namen der Humanität und Aufklärung! — indirect verbot, noch irgend welche Schutzmaßregeln gegen das jüdische Ausbeutungssystem zu ergreifen. Ach, die hohe Diplomatie scheint altersschwach und schon kindisch geworden zu sein, denn das hatte auch gerade noch gefehlt, die sogenannte Judenemancipation zu einem Artikel des europäischen Völkerrechtes machen zu wollen!

1.

Alle dies vorausgeschickt, treten wir jetzt an die praktische Aufgabe heran, wozu uns dadurch auch schon der Weg angedeutet ist. Denn steht einmal fest, daß als Endziel einer internationalen Organisation nicht etwa der Universalstaat zu gelten habe, sondern der Völkerbund, der sich natürlich nur allmälig entwickeln, befestigen und ausdehnen kann, so bilden offenbar wieder die Vorstufe dazu die eigentlich sogenannten Allianzen. Will sagen: zeitweilig und ad hoc geschlossene Verbindungen, während die eigentliche Föderation von vornherein als für immer geschlossen gilt, und wie sie bleibenden Zwecken dienen soll, so auch gewisse ständige Organe dazu besitzt.

Unter diesem Gesichtspunkte tritt uns denn zuvörderst das sogenannte europäische Großmachtssystem entgegen, welches ja ursprünglich im eigentlichen Sinne des Wortes ein Allianzsystem war. Hervorgegangen nämlich aus den Coalitionen gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich, gelangte es dann auf dem

Wiener Congreß zu seiner förmlichen Constituirung. Darauf aber seit lange schon innerer Zersetzung verfallen, besteht es nur rein äußerlich betrachtet noch fort. Gleichwohl äußert es noch immer seine Nachwirkungen, indem bis heute nicht nur die diplomatische Praxis sich daran anschließt, sondern auch das allgemeine politische Denken sich so darin eingelebt und verrannt zeigt, daß es wie eine selbstverständliche Sache gilt, die gar nicht anders sein könnte. Und je ideeloser nun dieses System inzwischen geworden, um so verderblicher wirkt es; worüber jetzt endlich in's Klare zu kommen die Vorbedingung ist, um zu besseren Einsichten zu gelangen.

Untersuchen wir darum das Wesen dieses europäischen Großmachtssystems, so bekundet schon sein eigener Name, daß es sich in der Idee der bloßen Macht concentrirt, und damit eben so von geschichtlichen und moralischen Grundlagen absieht, als von höheren civilisatorischen Zwecken. Macht zu sein oder zu werden, ist hier Selbstzweck. Insofern aber verschiedene sogenannte Großmächte nebeneinander bestehen, — worauf wird ihr Streben vor allem gerichtet sein, als auf Vermehrung ihrer Machtmittel? Einleuchtend, wie damit eben so die Militärherrschaft als die Geldherrschaft gegeben ist, so daß die ganze Entwickelung der Völker sich zuletzt um die Kaserne und um die Börse dreht. Den Monstrearmeen und den monströsen Militärbudgets entspricht die monströse Capitalmacht der Rothschilde. Es ist dies keinesweges ein blos äußerlicher und zufälliger Parallelismus, er ist aus den dermaligen Zuständen selbst entsprungen, die sich eben unter diesem System entwickelten.

Mehr oder minder mächtige Staaten hat es freilich immer gegeben, der heutige Großmachtsbegriff soll aber gewissermaßen eine besondere Art von Staaten bezeichnen, wie denn auch die Großmächte eine besondere Autorität beanspruchen. Sie allein wollen über die Angelegenheiten zu entscheiden haben, denen sie eine europäische Bedeutung zuzuschreiben für gut befinden. Sehr erklärlich, daß sie dabei in erster Linie lediglich für ihre eigenen Interessen sorgen, und eben so erklärlich, daß die nicht zu der Classe der Großmächte gehörenden Staaten immermehr in Bedeutungslosigkeit herabsinken. Alle kleineren Staaten sind also mit dem Untergang bedroht, insoweit sie nicht wirklich schon untergingen. Welche ratio existendi hätten sie auch noch innerhalb eines Systems, für welches

allein nur die Macht gilt? Sie sind darin eben so überflüssig, als in einer ökonomischen Ordnung, in welcher nur noch die Capitalien gelten, die kleinen Gewerbsleute überflüssig sind. Auch dieser Parallelismus ist wieder augenfällig. Doch dies nur beiläufig.

Ist denn aber der Untergang der kleineren Staaten als eine so gleichgiltige Sache anzusehen? Die Geschichte bezeugt hingegen, daß die kleineren Staaten für bürgerliche und politische Freiheit, wie für den Fortschritt der Cultur, sich durchschnittlich viel günstiger erwiesen, und verhältnißmäßig mehr dafür geleistet haben als die großen Staaten, zumal als die großen Militärmächte. Auch ist schon a priori klar, wie der Militarismus für den Fortschritt in Freiheit und Bildung die allerungünstigste Aussicht eröffnet. Nun ist zwar leichthin gesagt, daß bei dem heutigen Zug der Dinge die kleinen Staaten überhaupt keine Zukunft mehr hätten, aber muß denn dieser Zug der Dinge selbst fortbestehen? Er soll so wenig fortbestehen wie die heutige Capitalherrschaft, sondern auch in der Staatenwelt muß es gewissermaßen einen Mittelstand geben. Gewiß, wollen die kleinen Staaten sich einfach auf ihre particularistische Herrlichkeit steifen, so sind sie verloren, sie werden die Beute des viel intensiveren Particularismus der Großmächte werden, wovon bereits Exempel genug vorliegen. Wollen sie sich retten, so ist das nur durch ein allgemeines Föderativsystem möglich, welches aber erst aufkommen kann, wenn das heutige Großmachtssystem verschwindet.

Weiter noch hatte dieses System die ebenso natürliche als verderbliche Folge, daß es den Ehrgeiz herausforderte, eine Großmacht zu werden. So sahen wir, wie in dieser Absicht die sardinische Großmachtssucht sich mit der italienischen Nationalitätssucht verband, und daraus das heutige italienische Reich entstand, dessen höchstes Streben nun ist: Großmacht zu spielen und in voller Form als Großmacht anerkannt zu werden. Welchen Segen das für die ganze europäische Civilisation gebracht, dürfte indessen zweifelhaft sein, um so gewisser und augenfälliger hingegen, welchen Aufschwung seitdem der europäische Militarismus nahm. Und blicken wir auf Italien selbst, — was ist es erst mit seiner Großmachtsthuerei, wenn inzwischen die große Masse des Landvolkes sich in der dürftigsten und gedrücktesten Lage befindet, und überhaupt kaum $^1/_{10}$ des ganzen italienischen Volkes das Wahlrecht und damit das active Staats-

bürgerrecht besitzt, während die übrigen $^9/_{10}$ von einer Wähleraristokratie schlimmster Art beherrscht und ausgebeutet werden?

In welchem inneren Zusammenhang ferner mit der Gründung dieses neuitalienischen Reiches die deutsche Katastrophe von 66 stand, weiß Jedermann. Aber auch die Großmachtsidee als solche trug das Ihrige dazu bei. Denn war zwar Preußen eine anerkannte Großmacht, so besaß es doch kaum die Mittel dazu, um sich in dieser Stellung auch realiter geltend zu machen. Es trug — wie s. Z. Bismarck gesagt — eine für seinen schmalen Körper zu schwere Rüstung, sein Großmachtscharakter schien für die Zukunft bedroht, oder es mußte sich selbst vergrößern. Auch ganz richtig, die Frage ist nur, weshalb denn Preußen durchaus eine sogenannte Großmacht sein mußte?

Nun, es wollte doch nicht hinter Oesterreich zurückstehen, und Oesterreich war auch wieder eine Großmacht, welcher dabei die materielle Basis zu solcher Stellung nicht zu fehlen schien. Aber sahen wir nicht schon in früheren Betrachtungen, welche verhängnißvolle Wirkungen eben die preußische und österreichische Großmachtsstellung für Deutschland gehabt, indem darin die Unmöglichkeit einer thatkräftigen Entwickelung des deutschen Bundes lag? Denn noch einmal gesagt: das Großmachtssystem läßt überhaupt kein Föderativsystem aufkommen. Und insbesondere für eine naturgemäße Gestaltung Deutschlands muß es um so mehr das größte Hinderniß sein, als sogar der Verfall des ehemaligen Reiches eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des Großmachtssystems selbst war. Denn ohne Oesterreich und Preußen wäre es ja überhaupt nicht da, wie aber hätten diese beiden wohl zu besonderen europäischen Großmächten werden können, so lange das alte Reich noch in Kraft bestand? Erst der mit Ausgang des Mittelalters beginnende Verfall desselben machte das möglich.

Ueberhaupt war die heutige Großmachtsidee dem ganzen Mittelalter fremd gewesen. Und es konnte nicht anders sein, so lange doch die ganze abendländische Christenheit, nach den wichtigsten Grundlagen ihrer Entwickelung, sich eins fühlte. Verbunden durch die das Ganze umspannende hierarchische Organisation der Kirche; verbunden durch die große Aehnlichkeit der auf dem Feudalismus beruhenden Staatsverfassungen, wie durch das gleichartige Wesen der Ritter-

schaften, der Gilden und Zünfte; verbunden durch die gemeinsame lateinische Bildung und scholastische Wissenschaft, wie durch die gemeinsame Kunstentwickelung, welche sich an den religiösen Cultus anschloß, und in der von Skandinavien bis nach Andalusien hin verbreiteten Gothik ihren augenfälligsten Ausdruck fand. Gegenüber diesen so weitreichenden und in alle Lebensverhältnisse so tief eingreifenden Gemeinschaftsbanden lag kein Motiv vor, und würde selbst die Möglichkeit dazu gefehlt haben, daß einzelne Staaten oder Nationen sich als für sich bestehende Großmächte hätten aufthun wollen. Solchen egoistisch particularistischen Tendenzen hätte schon das heilige römische Reich entgegengestanden, welches den unbestrittenen Vorrang hatte, so daß damals auch nur der römische Kaiser das Prädikat „Majestät" führte. Ein Begriff, der ja eben aus dem alten Römerthum übernommen war. Nicht aber, daß etwa der Vorrang dieses Reiches die Herrschaft des Deutschthums bedeutet hätte, — da es sich doch selbst gar nicht das deutsche Reich nannte, — sondern um deswillen hatte es solchen Vorrang, weil sich die universalen Ideen des Mittelalters in ihm concentrirten.

Was nun die Auflösung dieses Zustandes herbeiführte, war Folgendes. Auf dem materiellen Gebiete vornehmlich die transatlantischen Entdeckungen, Eroberungen und Colonisationen, infolge deren die Seemächte sich von den Continentalmächten absonderten, und wegen ihrer Colonial- und Handelsinteressen dann unter sich selbst in ununterbrochenen Zwiespalt geriethen. Auf geistigem Gebiete: das Erwachen der Nationalliteraturen, wodurch die gemeinsamen Ideen vor dem Nationalbewußtsein in den Hintergrund traten; noch vielmehr aber die Kirchenspaltung. War durch dies Dreies die abendländische Völkergemeinschaft aufgelöst, so traten seitdem einzelne Mächte hervor mit dem Anspruch auf Präponderanz, zuerst die spanisch-habsburgische Macht, darauf Frankreich. Diese Präponderanzsucht aber veranlaßte auf der anderen Seite die Gleichgewichtscoalitionen, und daraus ging hinterher wieder das Großmachtssystem hervor, in unmittelbarem Anschluß (wie wir oben sagten) an die Coalitionen gegen die napoleonische Herrschaft.

Wohlan denn, wenn also dieses System selbst erst durch den geschichtlichen Proceß entstand, so ist folglich der Großmachtsbegriff auch lediglich nur eine historische Kategorie, die, wie

sie einst aufkam und zur zeitweiligen Geltung gelangte, so auch im weiteren Fortschritt der Entwickelung wieder verschwinden wird und muß. Auch bezeugen bereits die Thatsachen deutlich genug, wie das Großmachtssystem sich schon in sich selbst aufgelöst hat, und nur noch als ein äußeres Gerüst fortexistirt.

Hatte anfänglich eine Art von Collegialität zwischen den Großmächten bestanden, so daß sie wenigstens unter sich selbst einen leidlichen Frieden erhielten, wodurch Europa ein Menschenalter lang von großen Kriegen verschont blieb, so hörte nach den revolutionären Erschütterungen von 48 solche Collegialität vollständig auf. Im Krimkriege, wie bald darauf in den Kriegen von 59, 66 und 70, stand Großmacht gegen Großmacht. Was hätte noch das System geleistet um diese Kriege zu verhindern? Eben so wenig, als es jüngsthin in der orientalischen Frage geleistet, wo vielmehr die Sonderpolitik von Rußland und England allein die entscheidenden Factoren waren. Und ist nicht das seit lange proclamirte Nicht-Interventions-Princip gewissermaßen die eigene Bankrotterklärung des Großmachtssystems? Zum Unsystem ist es damit geworden. Und so ist jetzt die große Aufgabe ein neues System zu begründen, d. h. eine wirklich lebendige Ordnung der europäischen Verhältnisse, welche dem Völkerrecht erst wieder die positive Basis gibt, die ihm zur Zeit vollständig fehlt [1]).

2.

War das Mittelalter die große Thesis gewesen, durch welche auf den Ruinen der antiken Welt, nach den Stürmen der Völkerwanderung, allmälig wieder eine feste Grundlage gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung gewonnen wurde, so charakterisirt sich hingegen die sogenannte neuere Geschichte als die antithetische Periode. Denn wie im Mittelalter die allgemeinen Ideen und Tendenzen vorherrschten, so traten hinterher vielmehr die Sonderbestrebungen und Sonderinteressen der einzelnen Nationen und Staaten in den Vordergrund. Muß daher die Geschichte des Mittelalters

1) Ausführlich habe ich alle diese Dinge behandelt in dem bereits anderer Orten erwähnten „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht".

als ein Ganzes aufgefaßt werden, so ist hingegen von der neueren Geschichte ein wirkliches Totalbild zu geben überhaupt unmöglich, weil da eine innere Gemeinschaft nicht existirte, sondern alle Bestrebungen gegensätzlich auseinandergingen. Welch einen langen Katalog würde das geben, alle die seitdem aufgetretenen und zum Theil noch bis heute wirkenden Gegensätze aufzuführen! In Deutschland haben wir das am unmittelbarsten vor Augen, so gewiß als eine wirklich gemeinsame Entwickelung seit Jahrhunderten bei uns gar nicht stattfand, weder auf dem politischen noch auf dem geistigen Gebiete.

Wie aber alle Dinge ihre Zeit haben, so ist auch die antithetische Periode allmälig wieder zur Neige gegangen. Auf die neuere Geschichte folgte die neueste, in der sich nun je mehr und mehr das Bedürfniß der Synthesis geltend macht. Auf dem politischen Gebiete war der erste Ausdruck davon die weiland heilige Allianz. Daß dieselbe hinterher bald wieder zur reinen Hypokrisie wurde, hebt gleichwohl die Thatsache nicht auf, daß sich allerdings die Vorahnung eines höheren Zustandes darin aussprach. Die Freiheitskriege, deren endlicher Ausgang damals wie ein Gottesgericht erschien, hatten ja wirklich das öffentliche Bewußtsein einigermaßen aufgerüttelt. Und — wie kurz zuvorgesagt — ist doch eben die Allianz selbst die Vorstufe zur eigentlichen Föderation. Auf geistigem Gebiete andererseits wollen wir — als ein Zeichen des beginnenden Umschwunges — nur an Göthe erinnern, in welchem so unverkennbar das über das blos Nationale hinausgehende Streben zu einer Weltliteratur hervortrat. Und stand nicht ihm zur Seite insoweit auch Byron, als er das specifische Engländerthum von sich stieß, und sich vielmehr als Europäer fühlte? So viel vorweg.

Handelt es sich nun um die Begründung einer neuen Völkergemeinschaft, so kann diese zunächst nur das abendländische Europa umfassen, als welches im Mittelalter eine gemeinsame Geschichte gehabt, die, trotz der darauf eingetretenen nationalen und staatlichen Absonderung, doch so tiefe Nachwirkungen hinterließ, daß dieses ganze Ländergebiet — gegenüber dem östlichen Europa — noch bis heute in den Hauptpunkten seine innere Verwandtschaft bewahrt hat. Eine Verwandtschaft, die sogar in unseren Tagen bei dem ungeheueren Aufschwung aller Communicationsmittel wieder um

so augenfälliger wird, und den Nationalitätstendenzen zum Trotze sich realiter immer mehr geltend macht. Oder man müßte blind sein um nicht zu sehen, wie sich überall der Zug zu einer gleichartigen Civilisation bemerklich macht. Hatte aber dieser Völker- und Länderkreis doch andererseits die antithetische Periode der neueren Zeit durchlebt, in welcher die während des Mittelalters noch unentwickelten Besonderheiten zur Ausgestaltung und zum Selbstbewußtsein gelangten, so kann es sich jetzt auch nur um einen freien Zusammenschluß dieser Besonderheiten handeln. Und darum eben wird der neue Zustand synthetisch sein, denn alle Synthesis setzt ja die Antithesis voraus. War also das mittelalterliche Ideal eine hierarchische Zusammenfassung der Glieder gewesen, mit Papst und Kaiser an der Spitze, so kann das neue Ideal nur eine Föderation der selbständigen Glieder sein, dazu mit einer polyglotten Bildung, gegenüber dem allgemeinen Latinismus des Mittelalters.

Selbstverständlich, daß solche Föderation nicht auf einmal entstehen kann. Sie bedarf zunächst erst einer realen Basis, worauf sie ruht, und von wo aus dann auch der Impuls dazu ausgehen muß. Wo wäre solche Basis zu finden wenn nicht in Deutschland, dessen föderative Bestimmung wir in früheren Betrachtungen genügend nachgewiesen? Fügen wir aber jetzt hinzu, daß es nicht minder Deutschland ist, welches unter dem Verfall der ehemaligen abendländischen Gemeinschaft am meisten gelitten hat, indem es infolge dessen zum europäischen Schlachtfeld wurde, und von der hohen Stellung, die es im Mittelalter eingenommen, zuletzt bis zur politischen Nullität herabsank. Und liegt es nicht desgleichen vor, wie auch der heutige Militarismus, der eben aus dem Mangel an einer internationalen Organisation entsprang, vor allen auch wieder auf Deutschland lastet? Wir sagen aber noch mehr: ist es Deutschland gewesen, von welchem die Kirchenspaltung ausging, die dann am meisten zum Verfall der abenländischen Völkergemeinschaft beitrug, so ist um deswillen auch Deutschland vor allen verpflichtet, für die Neubegründung einer solchen aufzutreten, und damit den Umschwung des ganzen europäischen Systemes zum Besseren anzubahnen.

Fürwahr, das würde etwas anderes bedeuten als das Unternehmen von 66, welches selbst nur von den Ideen des Großmachtssystemes ausging, und uns nur um so mehr wieder in

dieses veraltete System verstrickt hat! Denn nicht darauf kam es an: Preußen zu einer effectiven Großmacht, oder meinetwegen das neue Deutschland für einstweilen zu der größten europäischen Militärmacht zu machen, die dabei doch unter den Lasten keucht, welche sie sich damit selbst auferlegt, sondern darauf kam es an: den ganzen Großmachtspopanz aus der Welt zu schaffen, und Deutschland zur Basis eines neuen Systems zu machen. Das wäre erst wirklich eine That des politischen Genius gewesen: Grundlagen zu legen für die Entwickelung der Zukunft! Was aber hätte wohl nach menschlichem Ermessen in den Schöpfungen von 66 auf Zukunft zu hoffen? Sagt das Evangelium, daß man nicht Most in alte Schläuche fülle, noch andererseits alte Kleider mit neuen Lappen flicke, so ist das gerade durch das System von 66 geschehen, und geschieht auf Grund dessen bis heute. Ein Beispiel davon, die sogenannte Steuerreform mittelst des Tabaksmonopols.

Endlich, wie am meisten verpflichtet zu jener internationalen Aufgabe, so ist Deutschland am meisten befähigt dazu auch um deswillen, weil es durch seine eigene confessionell gemischte Bevölkerung den katholischen wie den protestantischen Ländern gleich nahe steht, und so den natürlichen Boden zur politischen Ausgleichung dieses großen Gegensatzes bildet. Ich sage zur politischen Ausgleichung, denn die Kirchenspaltung an und für sich selbst aufzuheben, ist in keines Menschen Macht gelegt. Der Politiker hat alles dahin Gehörige als gegebene Verhältnisse anzusehen, woran er nichts ändern kann, noch zu ändern versuchen darf. Um so mehr wird er sich angetrieben fühlen müssen, diesen Gegensatz wenigstens nach der politischen Seite zu überwinden, als der unerläßlichen Bedingung für die Begründung einer neuen abendländischen Völkergemeinschaft, welche nach dem allen nur von Deutschland ausgehen kann.

Um aber recht zu erkennen, worauf es dabei in der Praxis ankommt, werden wir zuvor erst noch die gegenwärtige Lage der Dinge näher zu betrachten haben, wonach zuletzt auch die Bedeutung des Ganzen um so deutlicher hervortreten wird.

3.

Waren die Staatenverhältnisse des abendländischen Europa's schon durch die Kämpfe um die Präponderanz zerrüttet, so trat

später noch etwas anderes ein, was die Zerreißung der ehemaligen mittelalterlichen Gemeinschaft vollendete.

Das Erste betrifft dabei England, welches, infolge seines unermeßlichen Colonialbesitzes und seiner Seeherrschaft, nach 1815 sich fast zu einer besonderen Welt gestaltete. Nach seiner materiellen Existenzbasis betrachtet, wurde es ein von den Continentalländern ganz verschiedenes Wesen, wie es schon lange vorher auch nach seiner inneren Verfassung sich so eigenthümlich entwickelt hatte, daß es seit Begründung der Parlamentsregierung wie eine Singularität erschien, während es doch selbst noch bis zur Vertreibung der Stuarts in beider Hinsicht den Continentalländern nahe verwandt gewesen war. Jetzt aber wie zu einer eigenen Welt geworden, konnte es kaum anders geschehen, als daß England sich mehr und mehr von einer lebendigen Theilnahme an den Continentalangelegenheiten zurückzog. Sein Bestreben blieb nur noch, die Continentalländer nach Möglichkeit commerziell auszubeuten, und — indem es ohne viel Scrupel noch ohne große Kosten die revolutionären Schilderhebungen unterstützte, welche immer zugleich den industriellen Fortschritt der betreffenden Länder hemmten, — sich dadurch den Nimbus eines Beschützers der Völkerfreiheit zu geben. Ein Verhalten, das doch hinterher nur seinen legitimen Einfluß vermindern konnte, und dem es endlich noch die Krone aufsetzte durch die ausdrückliche Erklärung der Nichtintervention, als des Normalprincips englischer Politik. Im Grunde genommen nichts anderes als das Seitenstück zu der auf dem ökonomischen Gebiete proclamirten Manchesterdoctrin, d. h. das laissez faire in der hohen Politik.

Nun aber scheint es in unseren Tagen doch schon dahin gekommen zu sein, daß England diese rein egoistische Politik — die ja freilich das Anschwellen der englischen Capitalmacht außerordentlich beförderte, woraus aber auch in seinem eigenen Inneren die ungeheuersten Mißstände entsprangen, — daß also England diese Politik nicht lange mehr wird fortsetzen können. Denn ganz abgesehen von den inneren Schwierigkeiten, in die es dadurch allmälig gerathen, so hat es durch die jüngsten Ereignisse nach Außen hin eine Stellung eingenommen, wodurch es wohl oder übel genöthigt sein wird, sich wieder enger an die Continentalmächte anzuschließen, ohne deren Zustimmung und respective Unterstützung die Rolle, die es

jetzt in der Levante spielen will, nicht durchführbar sein würde. Und sollte England nicht zuletzt zu der Einsicht gelangen, daß es auch gegen die Gefahren, die seinem indischen Reiche seitens Rußlands drohen, sich auf die Dauer wirksam nur schützen kann, wenn Rußland vom Continent aus im Zaume gehalten wird? Das aber könnte nur durch Preußen und Oesterreich geschehen, und wollte England mit diesen beiden Mächten feste Verbindungen anknüpfen, so würde es dadurch überhaupt wieder zu einer lebendigeren Betheiligung an der Continentalpolitik gezwungen sein. Es würde sich schon daran erinnern müssen, daß es doch wesentlich selbst nur ein Glied des abendländischen Europa's ist, und sein wahrer Schwerpunkt keinesweges in Asien liegt, wohin ihn freilich Disraeli jetzt verlegen möchte. Ein Gedanke, der eben auch nur in einem asiatischen Gehirn entspringen konnte.

Das wäre das Erste.

Zum Zweiten handelt es sich um Rußland, rücksichtlich dessen jedenfalls klar ist, daß da von einer inneren Verwandtschaft mit dem abendländischen Europa, dem es das ganze Mittelalter hindurch durchaus fremd geblieben, keine Rede sein könnte. Und hat etwa das russische Wesen sich dadurch verändert, daß es seit Peter dem Großen mit dem Firniß der abendländischen Cultur übertüncht wurde? Nichts hat das verändert, als daß Rußland in demselben Maße, als es sich die materiellen Hilfsmittel der abendländischen Cultur anzueignen verstand, dadurch eben zu der für das ganze abendländische Europa bedrohlichen Macht wurde, als welche es nun vor uns steht.

Dazu kommt, daß es nach seiner geographischen Basis nicht sowohl ein besonderes Land als einen besonderen Erdtheil repräsentirt. Schon sein zu Europa gerechnetes Gebiet ist größer als alle übrigen europäischen Länder zusammen genommen. In der That aber ist das eigentliche Rußland vielmehr als ein Uebergangsgebiet zwischen Europa und Asien anzusehen, wie auch die Wolga, als sein charakteristischer Fluß, in Asien ausmündet. Dahin also seine Thatkraft zu richten, ist es zugleich durch die gegebenen ethnographischen und Culturverhältnisse angewiesen. Da mag es seine Herrschaft nicht nur über das ganze nördliche Asien, sondern auch über das mittlere Hochasien ausbreiten, ja zuletzt selbst China unter seine Vormundschaft nehmen. Das wird sogar als das Endziel seiner

weltgeschichtlichen Mission zu gelten haben, und dazu paßt sein eigenes inneres Wesen. Nicht aber um sich in die Angelegenheiten des abendländischen Europa's einzumischen, zu welchem es überhaupt keine innere Beziehung hat. Darum konnte hier der russische Einfluß nur zersetzend wirken, und noch mehr: darauf gerade war es auch russischerseits abgesehen, die Zersetzung des abendländischen Staaten- und Völkersystems nach Kräften zu befördern, als die beste Vorbereitung zu der dereinstigen Ausführung des berüchtigten Testamentes des großen Peter.

Fürwahr, nirgends tritt die Ideelosigkeit und rein materialistische Denkweise, woraus das Großmachtssystem entsprang, so evident hervor, als darin, daß man dieses halbbarbarische Zarenreich wie einen den abendländischen Staaten gleichartigen Factor behandelte. Und nicht minder evident, daß dies hinterher nur zum Vortheil Rußlands ausschlagen mußte, welches von jedem Conflict zwischen den abendländischen Staaten seinen directen oder indirecten Gewinn zog, und noch bis heute zu ziehen weiß. Allen im Rücken gelegen, ist es dabei selbst mit Erfolg anzugreifen nur von seiner westlichen Seite aus, wo es aber an mehrere Staaten grenzt, so daß auch da wieder ein nachhaltiger Erfolg nur durch eine Coalition seiner unmittelbaren Nachbaren zu erzielen wäre. Um aber solche Coalition zu verhindern, bot ihm gerade das Großmachtssystem die bequemsten Handhaben, indem es insbesondere dadurch das Mittel besaß, Preußen und Oesterreich auseinander zu halten, bis es zuletzt gar dahin kam, daß infolge des Kampfes um die Hegemonie in Deutschland Oesterreich überhaupt von Deutschland abgetrennt wurde.

Anstatt des ehemaligen deutschen Bundes hat seitdem Rußland auf dieser Seite vielmehr zwei verschiedene Mächte vor sich. Augenfällig, wie deshalb das »divide et impera« hier in Zukunft um so leichter in Scene zu setzen sein dürfte. Darum keine Hilfe, außer diese verhängnißvolle Trennung muß wieder aufgehoben werden. Das aber kann nur geschehen durch Begründung des mitteleuropäischen Bundes, die ihrerseits wieder mit der Herausdrängung Rußlands aus Polen zu beginnen hätte.

Der Rechtstitel dazu wäre ja schon seit lange gegeben, da Rußland sein vertragsmäßiges Recht, kraft dessen es Polen als ein besonderes Königreich zu beherrschen hatte, durch Incorporation dieses

Landes selbst verwirkte, und demnach die russische Herrschaft in Polen jetzt nur noch einen factischen Charakter hat. So gewiß dann diese russische Stellung in Polen für Preußen wie für Oesterreich die bedrohlichste Perspective eröffnet, sind auch Preußen und Oesterreich vollkommen berechtigt, dieser Sache ein Ende zu machen. Und nicht blos das, sondern nachdem die Erfahrung sattsam gezeigt, wie Rußland alle die Erwerbungen, die es in den letzten Jahrhunderten auf seiner Westseite gemacht, lediglich als Etappen benutzte, um immer weiter westwärts vorzudringen, während es in den so erworbenen Ländern die geschichtlichen und moralischen Grundlagen abendländischer Civilisation nach Kräften zu vernichten, und statt dessen sein eigenes russisches Wesen einzuführen suchte, und damit gewissermaßen der ganzen abendländischen Civilisation den Krieg erklärte, so sind nun auch die Repräsentanten dieser Civilisation ihrerseits berechtigt, überhaupt alle diese Gebiete zurückzufordern und zurückzunehmen. Um ihrer eigenen Ehre und Sicherheit willen müßten sie sich offenbar dazu getrieben fühlen. Damit aber würde dann Oesterreich freie Hand gewinnen, um Rußland auch wieder aus den Balkanländern zu verdrängen, wo es ebenfalls nichts zu suchen hat, damit endlich diesem halbasiatischen Zarenreiche sein Standpunkt gründlich klar gemacht würde.

Es ist bereits hohe Zeit, daß dies wirklich geschehe. Das hingegen wäre eine unverantwortliche Verblendung, in dem Zustand der Erschöpfung und innerer Verwirrung, in welchem sich Rußland einstweilen befindet, und der allerdings seine Offensivkräfte inzwischen als wenig gefährlich erscheinen läßt, eine Beruhigung für die Zukunft finden zu wollen. Nein, ein solches Reich wie Rußland kann viel ertragen, es ist trotz alledem nicht im Verfall begriffen, sondern neben den außerordentlichen Vortheilen, die es nach seiner geographischen Lage besitzt, und den reichen Hilfsmitteln, die ihm seine unermeßliche Naturbasis gewährt, verbirgt es auch moralische Kräfte in seinem Schooß, die sich dereinst noch zum Erschrecken geltend machen könnten. Denn der Glaube des russischen Volkes an das heilige Rußland, und dazu sein blinder Gehorsam, sind doch gewaltige moralische Kräfte, sobald sich der Mann findet, der sie zu erregen und auszunutzen versteht. Man denke an einen Suwarow! Darüber sollte bei tieferer Betrachtung der Dinge kein Zweifel sein.

Ist aber Rußland jetzt wirklich geschwächt, so muß man eben diese Gunst der Umstände benutzen, um es ein für allemal in seine Grenzen zu weisen.

4.

Haben wir an einer früheren Stelle, als einen wichtigen Punkt für das Verständniß der neueren Zeit, hervorgehoben, wie die transatlantischen Entdeckungen die Wirkung äußerten, daß die Seemächte, welche jenseits des Oceans Colonialherrschaften begründeten, um deswillen um so mehr aus der Gemeinschaft mit den übrigen abendländischen Staaten heraustraten, so müssen wir jetzt auch sehen, wie es sich in diesem Punkte in der Gegenwart verhält, und welche Entwickelungsbedingungen dann für die neueste Zeit darin liegen.

Zuvörderst nämlich ist in den Colonialverhältnissen hinterher wieder eine große Veränderung eingetreten, zumal insoweit es sich um Amerika handelt. Was da Spanien, Frankreich und Holland heute noch besitzen, bedeutet nur wenig, und was England betrifft, so wird sein allerdings noch sehr ausgedehnter Besitz in Nordamerika nicht gar lange mehr zu behaupten sein. Das Wichtigste aber, daß Amerika sich allmälig zu einem eigenartigen und selbständigen Gebiete entwickelt hat, unter dem entscheidenden Vorangehen der Vereinigten Staaten, als dem typischen Repräsentanten der ganzen neuen Welt. Und schon stehen wir vor der Perspective, daß eben das Auftreten dieser jungen transatlantischen Macht in nicht ferner Zukunft für das alte abendländische Europa ein wichtiges Motiv werden muß, sich von neuem zu einem Gesammtkörper zusammen zu schließen.

Daß diese Macht dem abendländischen Europa gegenüber etwas durchaus Anderes ist, zeigt ganz augenfällig schon ihre territoriale Basis, die sich — ähnlich wie von Rußland zu sagen war — wieder nicht als ein besonderes Land, sondern als ein besonderer Erdtheil darstellt, größer als ganz Europa. Selbstverständlich, wie sich um deswillen da auch alle Dinge viel anders entwickeln müssen. Und welchem Aufschwung geht dieses ungeheuere, mit so reichen Naturschätzen ausgestattete und für den Welthandel so günstig gelegene, Gebiet noch entgegen! Es bilden sich da mit unseren westeuropäischen

ganz incommensurable Zustände. Ist nun zwar die dortige Bevölkerung selbst europäischen Ursprungs, so traten doch aber die Ansiedler hinterher aus dem organischen Zusammenhange mit dem Mutterlande heraus, und erwuchsen allmälig zu einem neuen Volke, welches, unter so ganz andere Lebensbedingungen gestellt, auch nach Sitten, Gewohnheiten und öffentlichen Einrichtungen sich eigenthümlich entwickeln mußte. Es wird das im Laufe der Zeit noch immer mehr hervortreten. Daß gleichwohl das amerikanische Volk noch immer englisch spricht, hindert keinesweges, daß es sich schon heute von dem englischen Volke sehr erheblich unterscheidet, wie es denn auch ein stolzes Bewußtsein seines eigenartigen Wesens äußert.

Charakterisirt sich dieses Wesen — nach seiner geistigen Seite betrachtet — durch die traditionslose, frei reflectirende Denkweise, so kann solche Denkweise auch gerade da, wo Alles aus dem Frischen zu schaffen ist, und nirgends altbegründete Einrichtungen oder Rechte entgegenstehen, sich unmittelbar praktisch geltend machen. Allbekannt, wie sehr das insbesondere in dem religiösen Sectenwesen geschieht, und kaum minder in den politischen Parteibildungen. Was ferner das materielle Gebiet betrifft, so ist dann das Resultat davon, daß ununterbrochen Millionen auf neue Verbesserungen sinnen. Schon heute sind darum die Nordamerikaner das erfindungsreichste, das unternehmungslustigste, und in ihren Unternehmungen den verwegensten Muth und die größte Energie bekundende Volk. Erwägt man dabei die ungeheueren natürlichen Vortheile, welche Nordamerika vor dem alten Europa voraus hat, so ist klar genug, wie uns dieses Volk in allem, was der materiellen Civilisation angehört, gar bald überflügeln muß. Und wohin es dann seine Thätigkeit mit allem Nachdruck richten wird, da wird das alte Europa in Zukunft gar nicht mit ihm concurriren können.

Rücksichtlich der auswärtigen Unternehmungen dürfte sich das am ehesten in Afrika zeigen, soweit dort die Negerbevölkerung verbreitet ist. Dahin wird nun ohne Zweifel über kurz oder lang eine starke Rückwanderung der amerikanischen Neger stattfinden. Es ist darauf um so mehr zu rechnen, je mehr die jetzt frei gewordenen Neger in Nordamerika in Bildung fortschreiten und dann natürlich auch um so lebhafter empfinden werden, wie sie, trotz der rechtlichen Gleichheit, inmitten der weißen Race doch thatsächlich immer als

eine niedere Race gelten werden. Ihre eigene Negerbevölkerung wird also dann den Vereinigten Staaten zum Hebel für ihre Unternehmungen in Afrika dienen, und infolge dessen wahrscheinlich auch der größte Theil dieses Continents dereinst unter den Einfluß und unter die Herrschaft Nordamerika's fallen. Etwas Aehnliches dürfte sich andererseits in Japan ereignen, wie in einem Theile des ostindischen und australischen Archipelagus, worauf Nordamerikaner wie Südamerikaner ihre Blicke richten werden.

Denn sind zwar die Vereinigten Staaten zur Zeit noch der einzige Theil Amerika's, der schon eine große Rolle in der Welt spielt, so ist doch kaum anders zu erwarten, als daß auch die südamerikanischen Staaten, wenn sie endlich zu innerer Stabilität gelangt sein werden, noch einem großen Aufschwung entgegen gehen. So wird sich auch dort ein eigenthümliches Staatensystem entwickeln, und abermals durchaus verschieden von dem westeuropäischen: durch den Charakter seiner Bevölkerung wie durch seine territoriale Basis, da Südamerika wieder nicht sowohl ein Land als einen besonderen großen Erdtheil bildet. Daß etwa das heiße Klima dort für immer einer höheren Culturentwickelung entgegenstehen würde, ist eine Meinung, die schon damit ihre Widerlegung findet, daß doch einst das alte Aegypten und Indien eine vergleichsweise so hohe Culturstufe erreicht hatte.

Weiter dann — wird nicht auch das südliche Afrika, wo jetzt die europäische Colonisation sich immer weiter verbreitet, dereinst eine active Rolle zu spielen beginnen? Um wie viel mehr noch ist das von Australien zu erwarten. Welch einen raschen Aufschwung die Colonialbevölkerung dort nehmen kann, zeigt das wunderbare Aufblühen von Melbourne, das in mancher Hinsicht bald ein Seitenstück zu St. Francisco sein dürfte. Abermals dabei zu bemerken, daß auch das jetzt im Werden begriffene australische Colonialreich nicht sowohl auf der Basis eines Landes als eines Erdtheils ruht. Kurz: überall ein Leben, das sich in solchen Dimensionen bewegt, daß alles Westeuropäische winzig dagegen erscheint.

Welche Folgen müssen nun alle diese neuen Bildungen in nicht ferner Zukunft für das alte Europa haben! Jedenfalls Veranlassung genug, darüber ernstlich nachzudenken.

5.

Ging einst das Mittelalter ungefähr zu derselben Zeit zur Neige, als die großen Landentdeckungen begannen, so traf dann auch wieder das Ende der von da an beginnenden neueren Zeit ungefähr damit zusammen, daß die transatlantische Welt durch den Abfall der englischen Colonien in Nordamerika eine selbständige Activität gewann. Wohl nicht minder bemerkenswerth, daß ungefähr um dieselbe Zeit auch jene Landentdeckungen, welche inzwischen noch immer fortgesetzt waren, im Ganzen und Großen zum Abschluß kamen. Was später noch an neuen Ländern entdeckt wurde, ist unerheblich und jedenfalls ohne politische Bedeutung.

Allerdings aber war dabei noch die wichtige Aufgabe geblieben, auch das Innere aller der Länder zu erforschen, die zunächst nur nach ihrer äußeren Gestalt bekannt geworden waren. Eine Aufgabe, welche noch fortbesteht, jedoch in unseren Tagen mit solchem Eifer und mit Benutzung solcher Hilfsmittel in Angriff genommen wird, daß ihre Erledigung — die Dinge auch hier wieder im Ganzen und Großen betrachtet — in naher Aussicht steht. Von der neuen Welt ist nur der australische Continent zum Theil noch unerforscht, von der alten Welt das Innere des tropischen Afrika's, wo aber die Entdeckungen rasch fortschreiten. Centralasien und das so lange verschlossene China sind uns bereits eröffnet.

Dem entsprechend sind weiter auch bereits alle Naturreiche durchforscht, ganz Neues kann da kaum noch entdeckt werden. Durchforscht sind und werden desgleichen alle Sprachen und alle Geschichten der Völker, selbst die Geheimnisse der vor Jahrtausenden untergegangenen Civilisationen treten je mehr und mehr an den Tag. Jedenfalls ist eine Uebersicht alles auf diesem Gebiete zu Erforschenden bereits gewonnen. Geht um deswillen die Forschung nicht minder in's Unendliche fort, so liegt doch eben jetzt das ganze Forschungsgebiet vor Augen, was offenbar der heutigen Wissenschaft im Vergleich zu dem, was sie früher gewesen, einen viel anderen Charakter gibt.

Und wie nun aus alle dem ein Geist der Universalität entspringt, so umspannt auch bereits der Telegraph die ganze Erde, Dampfschifffahrtslinien und Eisenbahnen erhalten die fernsten Länder in ununterbrochener Verbindung, der Handel ist im vollen Sinne

des Wortes zum Welthandel geworden, infolge dessen die ganze Gütermasse, welche die Erde darbietet und welche die Menschheit erarbeitet, wie in Eins zusammenfließt. Das lebendige Bild dieses allumfassenden Ensembles gewähren die Weltausstellungen, die — so viel leerer Humbug sich auch damit verbinden mag — doch jedenfalls zu den charakteristischen Erscheinungen unserer Zeit gehören, wodurch es handgreiflich vorliegt, wohin der Zug der Dinge gerichtet ist. Nämlich offenbar auf einen die ganze Erde umfassenden Zusammenhang.

Welche Folgen werden sich denn aus solchem Zustand für die Politik ergeben? Unerläßlich dies in Untersuchung zu ziehen.

Blicken wir dabei einerseits auf die politische Wissenschaft, — wie unzulänglich müssen dem gegenüber Theorien erscheinen, die sich in der Frage der Staatsverfassung concentriren! Gerade als ob die einzelnen Staaten noch ein wirkliches Sonderleben zu führen vermöchten, wo doch die Thatsachen zeigen, wie sie in den Strom einer allgemeinen Entwickelung hineingezogen sind, die sich sehr viel mächtiger erweist als die einzelnen Staatsgewalten. Mit dem Sich-selbst-genügen, oder der Autarkie, welche Aristoteles dem Staate zuschrieb, geht es eben zur Neige, indem es vielmehr die Fragen der allgemeinen Civilisation sind, welche für jeden Denkenden schon jetzt in den Vordergrund treten. Gilt dies für die Theorie, so andererseits nicht minder für die Praxis. Denn selbst um ihrer eigenen Interessen willen müssen die Staatsgewalten ihren Blick immer weiter über die Grenzen ihres Staates hinausrichten, um so weiter, je größer der eigene Staat ist. Wie von selbst entwickelt sich daraus eine Politik, welche die ganze Welt in's Auge zu fassen hat, weil realiter schon Alles ineinander zu greifen beginnt, so daß auch das räumlich fern Liegendste nicht mehr ohne Einfluß auf die Interessen und Zustände der einzelnen Staaten bleibt.

Wir werden über diese Weltpolitik alsbald ein Mehreres zu sagen haben. Vorweg aber erst einige Worte darüber, wie dieser Umschwung vom christlichen Standpunkte aus zu betrachten sein wird. Und da ist nun offenbar, wie gerade der Geist der Universalität, der in unserem Zeitalter zum Durchbruch kommen will, als dem Christenthum durchaus entsprechend gelten muß, so gewiß das Christenthum selbst das Universalste ist, was sich überhaupt denken

5.

Ging einst das Mittelalter ungefähr zu derselben Zeit zur Neige, als die großen Landentdeckungen begannen, so traf dann auch wieder das Ende der von da an beginnenden neueren Zeit ungefähr damit zusammen, daß die transatlantische Welt durch den Abfall der englischen Colonien in Nordamerika eine selbständige Activität gewann. Wohl nicht minder bemerkenswerth, daß ungefähr um dieselbe Zeit auch jene Landentdeckungen, welche inzwischen noch immer fortgesetzt waren, im Ganzen und Großen zum Abschluß kamen. Was später noch an neuen Ländern entdeckt wurde, ist unerheblich und jedenfalls ohne politische Bedeutung.

Allerdings aber war dabei noch die wichtige Aufgabe geblieben, auch das Innere aller der Länder zu erforschen, die zunächst nur nach ihrer äußeren Gestalt bekannt geworden waren. Eine Aufgabe, welche noch fortbesteht, jedoch in unseren Tagen mit solchem Eifer und mit Benutzung solcher Hilfsmittel in Angriff genommen wird, daß ihre Erledigung — die Dinge auch hier wieder im Ganzen und Großen betrachtet — in naher Aussicht steht. Von der neuen Welt ist nur der australische Continent zum Theil noch unerforscht, von der alten Welt das Innere des tropischen Afrika's, wo aber die Entdeckungen rasch fortschreiten. Centralasien und das so lange verschlossene China sind uns bereits eröffnet.

Dem entsprechend sind weiter auch bereits alle Naturreiche durchforscht, ganz Neues kann da kaum noch entdeckt werden. Durchforscht sind und werden desgleichen alle Sprachen und alle Geschichten der Völker, selbst die Geheimnisse der vor Jahrtausenden untergegangenen Civilisationen treten je mehr und mehr an den Tag. Jedenfalls ist eine Uebersicht alles auf diesem Gebiete zu Erforschenden bereits gewonnen. Geht um deswillen die Forschung nicht minder in's Unendliche fort, so liegt doch eben jetzt das ganze Forschungsgebiet vor Augen, was offenbar der heutigen Wissenschaft im Vergleich zu dem, was sie früher gewesen, einen viel anderen Charakter gibt.

Und wie nun aus alle dem ein Geist der Universalität entspringt, so umspannt auch bereits der Telegraph die ganze Erde, Dampfschifffahrtslinien und Eisenbahnen erhalten die fernsten Länder in ununterbrochener Verbindung, der Handel ist im vollen Sinne

des Wortes zum Welthandel geworden, infolge dessen die ganze Gütermasse, welche die Erde darbietet und welche die Menschheit erarbeitet, wie in Eins zusammenfließt. Das lebendige Bild dieses allumfassenden Ensembles gewähren die Weltausstellungen, die — so viel leerer Humbug sich auch damit verbinden mag — doch jedenfalls zu den charakteristischen Erscheinungen unserer Zeit gehören, wodurch es handgreiflich vorliegt, wohin der Zug der Dinge gerichtet ist. Nämlich offenbar auf einen die ganze Erde umfassenden Zusammenhang.

Welche Folgen werden sich denn aus solchem Zustand für die Politik ergeben? Unerläßlich dies in Untersuchung zu ziehen.

Blicken wir dabei einerseits auf die politische Wissenschaft, — wie unzulänglich müssen dem gegenüber Theorien erscheinen, die sich in der Frage der Staatsverfassung concentriren! Gerade als ob die einzelnen Staaten noch ein wirkliches Sonderleben zu führen vermöchten, wo doch die Thatsachen zeigen, wie sie in den Strom einer allgemeinen Entwickelung hineingezogen sind, die sich sehr viel mächtiger erweist als die einzelnen Staatsgewalten. Mit dem Sich=selbst=genügen, oder der Autarkie, welche Aristoteles dem Staate zuschrieb, geht es eben zur Neige, indem es vielmehr die Fragen der allgemeinen Civilisation sind, welche für jeden Denkenden schon jetzt in den Vordergrund treten. Gilt dies für die Theorie, so andererseits nicht minder für die Praxis. Denn selbst um ihrer eigenen Interessen willen müssen die Staatsgewalten ihren Blick immer weiter über die Grenzen ihres Staates hinausrichten, um so weiter, je größer der eigene Staat ist. Wie von selbst entwickelt sich daraus eine Politik, welche die ganze Welt in's Auge zu fassen hat, weil realiter schon Alles ineinander zu greifen beginnt, so daß auch das räumlich fern Liegendste nicht mehr ohne Einfluß auf die Interessen und Zustände der einzelnen Staaten bleibt.

Wir werden über diese Weltpolitik alsbald ein Mehreres zu sagen haben. Vorweg aber erst einige Worte darüber, wie dieser Umschwung vom christlichen Standpunkte aus zu betrachten sein wird. Und da ist nun offenbar, wie gerade der Geist der Universalität, der in unserem Zeitalter zum Durchbruch kommen will, als dem Christenthum durchaus entsprechend gelten muß, so gewiß das Christenthum selbst das Universalste ist, was sich überhaupt denken

läßt. Ist es doch für die ganze Menschheit bestimmt, und lehrt dabei einen ununterbrochenen Zusammenhang der Generationen, der bis auf die Schöpfung zurückreicht. Und noch mehr: war es seiner Idee nach — wie wir im Johannesevangelium lesen — selbst schon vorgesehen, ehe noch der Welt Grund gelegt war, so eröffnet es andererseits auch noch einen Blick bis an das Ende der Tage und in die Ewigkeit hinein. Was gäbe es also, was über die Sphäre des Christenthums hinausreichte? Fürwahr, wem diese Universalität des Christenthums verhüllt bliebe, und auf wessen Denken es nicht selbst erweiternd wirkte, der wird ja freilich um deswillen nicht minder ein guter Christ und hochachtbarer Mann sein können, nur das theoretische Verständniß des Christenthums muß ihm dann gänzlich fehlen, und als wissenschaftlicher Wortführer desselben sollte er schweigen.

Ich sage weiter: war einst erst durch die Römerherrschaft die Zeit erfüllt, wo das Christenthum eine Stätte finden konnte, so ist wiederum jetzt — nachdem die ganze Welt entdeckt und zugänglich geworden, und alle Völker miteinander in Verbindung getreten, — so ist jetzt erst die Zeit erfüllt, wo das Christenthum zu seiner die ganze Welt umfassenden Bestimmung gelangen, und nun wirklich auch geschehen kann, wie geschrieben steht:

> »Euntes in mundum universum praedicate Evangelium omni creaturae!«

Und bezeichnet nicht also der in Rede stehende allgemeine Umschwung zugleich den Anbruch einer neuen Periode auch für die Entwickelung des Christenthums?

Mag es denn immerhin sein, daß, was in dem gegenwärtigen Umschwung der Dinge zuvörderst hervortritt, sich vielmehr als ein zunehmender Abfall vom Christenthum darstellt, so wird man doch andererseits auch fragen müssen: ob das auch wirklich das wahre Christenthum war, von welchem die Leute jetzt abfallen? Oder sollte der Abfall nicht auch daher rühren, daß die mit dem Christenthume selbst gegebenen praktischen Forderungen bisher so wenig erfüllt blieben, und gerade von den Wortführern desselben meist rundweg außer Acht gelassen wurden? Desgleichen nicht auch daher, weil diese Wortführer das Christenthum eben nicht in dem universalen Sinne aufzufassen verstanden, in welchem es doch um so mehr auf-

gefaßt werden muß, je mehr andererseits die weltliche Bildung zur Universalität strebt, und in diesem Punkte dann über die christliche Weltansicht hinauszureichen schiene. Wie aber könnte das Christenthum zu herrschen beanspruchen, wenn es sich nicht als das geistig Mächtigere und damit auch als das Umfassendere erwiese? Und wird nicht folglich zu sagen sein, gleich wie sich uns bereits die Nothwendigkeit eines Umschwunges der politischen Wissenschaft ergab, daß nicht minder auch ein Umschwung der Religionswissenschaft zu fordern sei? Dies hier beiläufig zum Nachdenken für die Theologen.

6.

Werden wir jetzt — zu unserem eigentlichen Thema zurückkehrend — die Weltpolitik als die Politik der Zukunft bezeichnen dürfen, so stellt sich dem gegenüber das Großmachtssystem vielmehr als der Vergangenheit angehörend dar. Auch sahen wir schon, wie es nur noch als ein innerlich gebrochenes und hohles Wesen fortwegetirt, unfähig den Trieb zu irgend welcher lebensvollen Schöpfung zu erwecken. Und dies wiederum deshalb, weil alle die Umstände, unter welchen dieses System entstand, und denen gegenüber es einen reellen Sinn hatte, allmälig sich total veränderten, oder überhaupt verschwunden sind.

Entstand es doch zu einer Zeit, wo die allgemeine Politik noch ganz innerhalb des europäischen Länderkreises beschlossen war, und sich um die Ansprüche oder die Sicherstellung dieses oder jenes Landes drehte, indessen die außereuropäische Welt entweder nur als ein Dependenz der europäischen Mächte galt, oder jedenfalls von keiner praktischen Bedeutung für die europäische Politik war. Zu einer Zeit, wo es noch keine Dampfschifffahrt, noch keine Eisenbahnen und Telegraphen gab, wodurch uns heute die fremden Erdtheile so nahe gerückt sind, als früher kaum die verschiedenen europäischen Länder sich gegenseitig nahe waren. Wie anders aber ist das alles seit einem halben Jahrhundert geworden!

Schon allein der rapide Aufschwung der Vereinigten Staaten hat das alte Großmachtssystem unhaltbar gemacht, denn auf die war dabei gar nicht gerechnet, wie sie auch bis heute noch nicht die Ehre haben zu dem Großmachtscollegium zu gehören. Ob sie nicht aber seit lange schon eine Macht besaßen, die realiter weit

ihr unermeßliches Landgebiet noch für lange hin eine in's Unbestimmte gehende Vermehrung der Bevölkerung gestattet, und daß jede Bevölkerungszunahme da auch einen entsprechenden Machtzuwachs bedeutet. Nicht so in den schon dicht bevölkerten Ländern des abendländischen Europa's, sondern je schneller dort die Bevölkerung noch weiter anwächst, um so mehr entspringen daraus sociale Nothstände, welche die Kraftentfaltung lähmen.

Zum Dritten endlich ist ohne Frage England die einstweilen effectiv größte Weltmacht, aber zugleich auch die als solche am wenigsten gesicherte, da sie überhaupt nur ein künstliches Gebilde ist. Denn die brittischen Inseln sind nicht sowohl die Basis als vielmehr nur der Stützpunkt, und gewissermaßen nur die Metropole des großen brittischen Reiches. Das dazu gehörende Landgebiet bilden erst die über vier Erdtheile zerstreuten Colonien und Herrschaften, welche mit dieser Metropole nur durch die Fäden der Flotte verbunden sind. Aber alle diese Fäden können zerreißen oder durchschnitten werden. Was insbesondere die eigentlichen Colonien anbetrifft, wie Canada und das noch viel wichtigere Australien, die werden im natürlichen Verlauf der Dinge in nicht ferner Zukunft sich von England ablösen; die südafrikanischen Colonien dürften dann auch wohl folgen. Unter ganz anderen Bedingungen freilich steht die brittische Herrschaft in Ostindien, die eben von vornherein die Beherrschung eines fremden Volkes bedeutet. So viel dabei das Uebergewicht der brittischen Civilisation thun mag, zu einer inneren Verschmelzung des brittischen Elementes mit der eingeborenen Bevölkerung wird das nie und nimmer führen, und darum die brittische Herrschaft dort immer den Charakter einer Zwangsherrschaft behalten. Doch darüber ist an diesem Orte nicht weiter zu sprechen.

Genug, diese drei Mächte sind es also: Nordamerika, Rußland und England, welche an der Spitze der Weltpolitik stehen. Darunter England zwar bis jetzt noch die mächtigste, aber in seiner Stellung am wenigsten gesicherte, während Rußland von seiner breiten und dabei allermeist gar nicht angriffbaren Basis aus gemessenen Schrittes fortschreitet, Nordamerika endlich dem rapidesten Aufschwung entgegengehen dürfte [1]).

1) Das hier über die Unhaltbarkeit der Großmachtspolitik, gegenüber der allmälig sich entwickelnden Weltpolitik, Gesagte, hatte ich schon vor zwanzig

eine Rolle zu spielen beginnen, und allmälig die ganze Welt zur Bühne der politischen Entwickelung wird. Da nehmen dann die Dinge solche Dimensionen an, daß entscheidend darin einzugreifen in Zukunft auch nur solche Mächte befähigt sein werden, die durch ihre eigene territoriale Basis selbst eine Weltstellung haben, und dieselbe geltend zu machen die materiellen Mittel besitzen. Ueber den Begriff der europäischen Großmacht erhebt sich daher der Begriff der Weltmacht.

Als eine Weltmacht ist nun offenbar zuvörderst die nordamerikanische Union anzusehen, obwohl sie als solche einstweilen noch die am wenigsten entwickelte ist. Aber wie wächst ihre Macht vor unseren Augen! Nur noch ein Menschenalter, und Nordamerika wird, wie nach seinem Landgebiet so auch nach seiner Bevölkerung, nach seinem Reichthum und seinen Culturkräften, als das größte Reich der Christenheit vor uns stehen. Und wenn seine Handelsflagge schon jetzt auf allen Meeren erscheint, so wird man dann auch seine Kriegsflagge auf allen Meeren sehen, weil es um seiner Handelsinteressen willen nicht umhin können wird, auch überall activ in die Weltpolitik einzugreifen.

Gewissermaßen als das Seitenstück zu Nordamerika stellt sich uns Rußland dar, welches durch seine territoriale Basis sich als die natürliche Weltmacht der alten Welt charakterisirt, aber seinem halbasiatischen Wesen gemäß von durchaus continentalem Charakter. Eine Macht, die sich auf ihre Armee stützt, statt dessen Nordamerika sich vielmehr auf seine Flotte stützen wird. Als Landmacht hat das ja überhaupt keine Bedeutung. Und ganz natürlich, denn wozu bedürften die Vereinigten Staaten großer Armeen, da sie keine gefährlichen Nachbaren haben? Insofern sie aber selbst auf Gebietserweiterungen ausgingen, werden ihnen die brittischen Besitzungen in Nordamerika gelegentlich ganz von selbst zufallen, und was sie etwa von dem mexikanischen Gebiet noch an sich bringen möchten, das werden sie kaufen oder eventualiter mit leichter Mühe erobern. Dies nun, daß die militärische Organisation, welche in Rußland die entscheidenste Rolle spielt, in Nordamerika ganz zurücktritt, begründet keinen geringeren Unterschied, als der in den beiderseitigen socialen Verhältnissen und Culturverhältnissen, wie in dem Geiste der Bevölkerungen besteht. Darin aber stimmen beide wieder überein, daß

lichen und internationalen Lebens muß das alte Europa dem Verfall entgegen gehen, indem es gegen die unter viel günstigeren Bedingungen sich entwickelnde neue Welt je mehr und mehr in Rückstand kommen wird. Man erwäge nur, wie viele Kräfte bei uns sich nicht zur Geltung bringen können, weil ihnen der materielle Boden dazu fehlt, oder wie viele Kräfte andererseits bei uns sich gegenseitig zerstören. Und doch sind wir keinesweges in der Lage, den dadurch entstehenden Kraftverlust noch länger ertragen zu können. Mit einem Worte gesagt, ist es dann also der Antagonismus, der uns zu Grunde richtet, und der darum durch eine auf Cooperation zielende Organisation überwunden werden muß.

Wie unsere Gesellschaft von solchem Antagonismus durchdrungen ist, bezeugt der sociale Classenkampf. Unsere Staatsverfassungen ferner, d. i. die sogenannten constitutionellen Monarchien, sind ja gewissermaßen ausdrücklich auf dem Antagonismus basirt. Und wo endlich träte der Antagonismus in so großem Style hervor, als in den dermaligen internationalen Verhältnissen, wonach die Staaten, bis an die Zähne bewaffnet, sich einander gegenüberstehen, jeder vor einem Ueberfall von Seiten des anderen besorgt, jeder im günstigen Augenblicke bereit dazu. Heißt das Civilisation, oder gar christliche Civilisation? Und ist es nicht augenfällig, welchen ungeheueren Kraftverlust das alte Europa sich dadurch selbst bereitet? Das ließe sich unschwer selbst in Zahlen nachweisen, aber auch ohne dies sieht Jeder ein, wie viel das wohl zu bedeuten hätte, wenn z. B. das heutige Deutschland statt 400,000 Mann Soldaten nur etwa 25,000 auf den Beinen zu erhalten und zu ernähren hätte, womit doch Nordamerika auskommt. Wie von einem Alpdruck wären wir damit auf einmal befreit, und keine zehn Jahre, so hätte ganz Deutschland ein anderes Aussehen.

Ist nun aber gerade das neue Deutschland die Basis des heutigen Militarismus geworden, so ist andererseits auch kein Umschwung möglich, der nicht von eben daher käme. Und dazu würde nichts anderes gehören, als die Begründung des mitteleuropäischen Bundes. Denn bestände derselbe, so würde schon sein bloßes Dasein bewirken, daß Rußland sich definitiv auf Asien hingewiesen sähe, wo allein es seine Thatkraft zu entfalten hat, weil

7.

Auch für die Weltpolitik wird — so weit menschliche Voraussicht reicht — der **Mittelpunkt** immer das **abendländische Europa** bleiben, was aber nicht hindert, daß inzwischen die **Peripherie** eine immer größere Bedeutung gewinnt. Und eine ganz andere Frage ist dann, in wie fern der Mittelpunkt die Peripherie beherrscht, oder umgekehrt die Peripherie den Mittelpunkt?

Blicken wir dabei nur auf das der Peripherie angehörige Nordamerika, so übt das gewiß schon heute mehr Einfluß auf England, Frankreich und Deutschland, als es umgekehrt von da aus erfährt. Was insbesondere die politische Haltung der Vereinigten Staaten betrifft, darauf dürfte das alte Europa am wenigsten Einfluß üben. Es kann sich da fast nur noch geltend machen einerseits durch seine Capitalien, andererseits durch seine Ueberlegenheit auf dem Gebiete der Künste und Wissenschaften, wo die Nordamerikaner nur erst wenig originale Leistungen aufzuweisen haben. Zu rein geistigen Arbeiten fehlt den Leuten dort selbst der rechte Trieb. Denn sehr erklärlich, daß ihr Sinn einstweilen noch vorzugsweise sich auf die Urbarmachung und Ausbeutung ihres unermeßlichen Landgebietes richtet, wodurch sie aber auch solche Erfolge erzielten, daß sie schon einen sehr beträchtlichen Theil ihrer Boden- und Viehzuchtproducte an das alte Europa abgeben, welches dieser Zufuhr gar nicht mehr entbehren kann, so daß für seine materielle Existenz Europa weit mehr von Nordamerika abhängig ist, als umgekehrt dieses von jenem. Wohl noch mehr besagt, daß die Nordamerikaner uns zugleich mit mechanischen Erfindungen versorgen und also auf diesem Gebiete sich überlegen erweisen. Und dringen nicht auch amerikanische Lebensansichten und Staatsansichten in das alte Europa ein, während von dem Umgekehrten wenig zu sagen sein wird. Die Nordamerikaner halten in dieser Hinsicht schon alles Europäische für veraltet.

Und in der That, ohne eine Erneuerung seines socialen, staat-

---

Jahren in meinen „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" dargelegt. Daß die Tragweite dieses Umschwunges bisher so wenig verstanden wurde, indem man sich noch immer in den alten Großmachtsbegriffen herumdreht, ist jedenfalls ein schlagender Beleg davon, wie geistbeschränkend die herrschende Wissenschaft gewirkt und zu wirken fortfährt.

gang des Mittelalters die französische Politik immer gerichtet war. Und nun erwäge man doch wieder, welche zahllosen Kriege daraus entsprangen, die für den Fortschritt der allgemeinen Civilisation ohne allen Nutzen gewesen sind, und auch für Frankreich selbst zuletzt nur wenig eingetragen haben. Fortan bliebe ihm schon nichts mehr übrig, als seine unruhige Thatkraft auf andere Ziele zu richten. Vor allem auf das nördliche Afrika, wo es bereits festen Fuß gefaßt, und dazu auf die Levante, wo es schon von Alters her Einfluß besaß. Wir fügen hinzu, daß, was die französische Geschichte an idealen Erscheinungen darbot, fast alles auf den Orient Bezug hatte, von den Kreuzzügen an bis zu Napoleon's Zug nach Aegypten. Welche Erfolge könnte Frankreich da erreichen, wenn es seine Kraftanstrengungen auf dieses Gebiet concentrirte! Bald würde sein Beispiel auch Spanien und Italien in dieselbe Bahn lenken, ein Umschwung begönne auf dem ganzen Gebiete der südlichen und östlichen Gestadeländer des Mediterraneums.

So führt uns die Aufgabe der internationalen Organisation unwillkürlich auf die orientalische Frage.

8.

Sei es denn mit einem Worte gesagt: haben die Nationen des abendländischen Europa's noch wirkliche Lebenskraft und glauben sie noch an ihre Zukunft, so müssen sie das dadurch beweisen, daß sie das große Werk der Regeneration und Rechristianisirung des Orients unternehmen. Denn durch solche Arbeit werden sie sich selbst regeneriren, und indem sie ihre Herrschaft über jene jetzt der Barbarei verfallenen Länder ausbreiten, werden sie sich dadurch ihre dereinstige Weltstellung sichern. Sonst werden sie ihre bisherige Bedeutung jemehr und mehr verlieren gegenüber Nordamerika, dem ein so großes Entwickelungsgebiet offensteht, wie andererseits gegenüber Rußland, von welchem in dieser Hinsicht dasselbe gilt, und das unverkennbar sogar Herrschaftspläne in Europa verfolgt.

Man kann ja nicht leugnen: bei alle dem Gräßlichen, wovon die russische Geschichte zu erzählen hat, ein großartiger Zug geht auch hindurch, wonach dieses Reich sich in vollem Sinn des Wortes als eine Weltmacht charakterisirt. Nicht blos, weil es sich zum Herren eines ganzen Welttheils gemacht, sondern weil es auch wirk-

es da wirklich civilisatorisch wirkt, wie dahin allein auch seine realen Interessen zielen.

So würde es sich hinterher als ein wahrer Segen für Rußland selbst erweisen, wenn dasselbe durch die Macht der Umstände gezwungen wäre, in Zukunft alle herrschsüchtigen Anschläge nach anderen Richtungen hin aufzugeben. Vielleicht dann, daß ein zweiter großer Peter eine neue Reichshauptstadt an der unteren Wolga baute, wo dieser Strom sich dem Don nähert, und welche Folgen würde das allein schon haben! Denn von da aus würde man bald auf ganz andere Projecte verfallen als von der Newa aus. Wie von selbst würde der gouvernementale Sinn sich auf Beförderung des Anbaues und der wirthschaftlichen Nutzbarmachung des unermeßlichen Landgebietes richten, und was wäre da ausführbar mit den Hilfsmitteln der heutigen Technik! Könnte doch die südrussische Steppe wohl allmälig ein ganz anderes Aussehen gewinnen durch einen Schifffahrts- und Bewässerungscanal vom Dnjepr bis zum asowschen Meere; dieses dann mit dem kaspischen Meere verbunden, wie dieses wieder mit dem Aralsee, und von da eine Eisenbahn nach dem Baikalsee, bis zum Amur und dem japanischen Meer, — gewiß, das wären Unternehmungen, die sich so recht für einen großen russischen Zaren paßten. Denn die materiellen Unterlagen höherer Cultur herzustellen, bleibt für Rußland einstweilen noch die Hauptaufgabe. Die Mittel dazu würden sich schon finden, sobald den Herren Russen nur erst die sinnlose Idee ausgetrieben wäre, in Europa dominiren zu wollen. Was aber diese Idee fort und fort wach erhält, ist zumeist **Petersburg**, als das lebendige Testament des großen Peter, und so lange Rußland von dieser Idee nicht lassen will, bleibt keine andere Hilfe, als daß es mit Gewalt auf andere Gedanken gebracht wird.

Genug, wäre Rußland in Zukunft von jeder Einmischung in die Angelegenheiten des abendländischen Europa's ausgeschlossen, so könnte dieses sich von da an zu einem besonderen politischen System vereinigen. Und daß dies wirklich geschähe, wäre um so gewisser zu erwarten, wenn durch den mitteleuropäischen Bund andererseits auch für **Frankreich** jede Aussicht verschwände, irgend welche ehrgeizigen Anschläge in Europa zu verfolgen. Insbesondere nach der Seite von Deutschland und Italien hin, worauf ja seit Aus-

Siegessäulen errichteten, dazu noch ein Tedeum anstimmend, als ob unser Herrgott sein besonderes Wohlgefallen daran haben müßte, wenn ein Christenvolk das andere darniederschlägt. Und welche Wendungen der Weltgeschichte wären wohl daraus entsprungen, daß man damit so groß zu thun hätte? Selbst nach bloßen Klugheitsrücksichten geurtheilt, — muß nicht dieses gegenseitige Sichbekämpfen der abendländischen Völker um so verwerflicher und allmälig geradezu sinnlos erscheinen, wenn gleichzeitig jenseits des Oceans sich neue Mächte bilden, denen gegenüber die bei uns um die Präponderanz ringenden Mächte in Zukunft überhaupt keine Ponderanz mehr haben dürften? So geht das abendländische Europa dem unvermeidlichen Verfall entgegen, wenn es noch länger in sich zu wüthen fortfährt, anstatt seine Thatkraft auf ein gemeinsames Ziel zu richten, welches kein anderes sein kann, als die Occupation und Regeneration des Orients. Ein Unternehmen, wozu schon vor zwei Jahrhunderten Leibnitz aufgefordert hatte[1]).

---

1) Die Sache tiefer betrachtet, äußerte sich darin dieselbe Denkweise, zufolge deren Leibnitz sich so viel um die Ausgleichung der zwischen den verschiedenen christlichen Confessionen bestehenden Differenzen bemüht hat, wie andererseits — was überhaupt der Ausgangspunkt seines politischen Wirkens gewesen — um eine lebendige Vereinigung der verschiedenen Glieder des damals so tief zerrütteten deutschen Reiches. Eine Denkweise, die, wenn auch nicht förmlich ausgesprochen, ihrem Wesen nach nicht anders zu bezeichnen wäre, als eine föderative. Auch eine Vorahnung der Weltpolitik lag schon darin. Noch mehr: voll erwacht war in Leibnitz schon jener Geist der Universalität, in dessen Zumdurchbruchkommen wir ein charakteristisches Merkmal unserer Periode erkannten, so daß er in diesem Punkte gewissermaßen die Zukunft anticipirte. Desgleichen bildete er auch persönlich den lebendigen Beleg dazu, daß erst solche Universalität der christlichen Weltansicht recht entspricht.

Doch das eben war noch zu hoch für seine Zeit. Und gerade in Deutschland, für welches er zunächst gearbeitet, fand er am wenigsten Verständniß und Anerkennung. Kaum hatte er die Augen geschlossen, und er schien gar nicht da gewesen zu sein; nicht einmal, daß sein Leichenbegängniß irgend welche Betheiligung gefunden hätte. Sondern da mußte erst der Franzose Fontenelle auftreten, um ihm die Lobrede zu halten, wie es auch später wieder der Franzose Dutens war, der die erste doch nur sehr fragmentarische Ausgabe seiner Werke veranstaltete. Eine unauslöschliche Schande für Deutschland und ein trauriger Beweis davon, wie wenig die Nation den Werth eines Mannes zu schätzen wußte, dessen geistige Riesengestalt in der

lich an einer weltgeschichtlichen Aufgabe arbeitete. Einer Aufgabe, deren Wichtigkeit sofort einleuchten muß, wenn wir uns nur daran erinnern, wie einst aus den asiatischen Steppen die Mongolen hervorbrachen, die doch bis nach Schlesien vordrangen, und zwei Jahrhunderte lang Rußland beherrschten. Nicht nur aber, daß dieses dann das Mongolenjoch wieder abwarf, sondern von da an begann die Gegenströmung, indem die Russen nun selbst in die Steppen vordrangen, von wo aus ein Dschingiskhan gekommen war. Und warum sollten sie dereinst nicht auch China beherrschen, wie es zuvor die Mongolen beherrscht hatten? Dies sind Dinge, die ohne Frage einen Act der Weltgeschichte bilden.

Ueberhaupt dürfen wir sagen, daß es die großen Völkerströmungen von Osten nach Westen waren, wie andererseits die Gegenströmungen von Westen nach Osten, woran sich die entscheidendsten Wendungen der Weltgeschichte anschlossen. So schon im Alterthume. War der Osten die Wiege aller Cultur gewesen, und waren die Phönizier und Carthager bis tief in Spanien vorgedrungen, indessen ihre Flotten noch weit über die Säulen des Hercules hinausfuhren bis an die Cassiteriden, wenn nicht selbst bis an die preußische Bernsteinküste, und waren später die Perser in Hellas eingefallen, so erfolgte seit dem großen Alexander die Gegenströmung. Abendländische Cultur drückte ihren Stempel dem ganzen orbis terrarum auf, über welchen andererseits, als neue geistige Macht, das aus Palästina gekommene Christenthum sich ausbreitete. Da brechen von dem östlichen Ende dieses orbis terrarum her die Söhne der Wüste auf, im Sturmschritt durchziehen sie unter der Fahne des Propheten das nördliche Afrika, gehen über nach Spanien und bringen vor bis an die Loire. Die ganze südliche Hälfte des alten Römerreiches ist der Herrschaft des Islam verfallen. Folgt die Gegenströmung der Kreuzfahrer, aber sie vermag nur wenig gegen die noch immer neu hereinströmende orientalische Ueberfluthung. Denn auf die Araber folgen die Türken, die zweimal bis nach Wien vordringen, indessen ihre Renner und Brenner bis Regensburg streifen. Es ist kaum zwei Jahrhunderte her.

Solchen weltgeschichtlichen Ereignissen gegenüber will es wahrlich wenig bedeuten, wenn inzwischen die abendländischen Nationen übereinander selbst herfielen, und dann ob solcher Großthaten ihre

Siegessäulen errichteten, dazu noch ein Tedeum anstimmend, als ob unser Herrgott sein besonderes Wohlgefallen daran haben müßte, wenn ein Christenvolk das andere darniederschlägt. Und welche Wendungen der Weltgeschichte wären wohl daraus entsprungen, daß man damit so groß zu thun hätte? Selbst nach bloßen Klugheitsrücksichten geurtheilt, — muß nicht dieses gegenseitige Sichbekämpfen der abendländischen Völker um so verwerflicher und allmälig geradezu sinnlos erscheinen, wenn gleichzeitig jenseits des Oceans sich neue Mächte bilden, denen gegenüber die bei uns um die Präponderanz ringenden Mächte in Zukunft überhaupt keine Ponderanz mehr haben dürften? So geht das abendländische Europa dem unvermeidlichen Verfall entgegen, wenn es noch länger in sich zu wüthen fortfährt, anstatt seine Thatkraft auf ein gemeinsames Ziel zu richten, welches kein anderes sein kann, als die Occupation und Regeneration des Orients. Ein Unternehmen, wozu schon vor zwei Jahrhunderten Leibnitz aufgefordert hatte[1]).

---

1) Die Sache tiefer betrachtet, äußerte sich darin dieselbe Denkweise, zufolge deren Leibnitz sich so viel um die Ausgleichung der zwischen den verschiedenen christlichen Confessionen bestehenden Differenzen bemüht hat, wie andererseits — was überhaupt der Ausgangspunkt seines politischen Wirkens gewesen — um eine lebendige Vereinigung der verschiedenen Glieder des damals so tief zerrütteten deutschen Reiches. Eine Denkweise, die, wenn auch nicht förmlich ausgesprochen, ihrem Wesen nach nicht anders zu bezeichnen wäre, als eine föderative. Auch eine Vorahnung der Weltpolitik lag schon darin. Noch mehr: voll erwacht war in Leibnitz schon jener Geist der Universalität, in dessen Zumdurchbruchkommen wir ein charakteristisches Merkmal unserer Periode erkannten, so daß er in diesem Punkte gewissermaßen die Zukunft anticipirte. Desgleichen bildete er auch persönlich den lebendigen Beleg dazu, daß erst solche Universalität der christlichen Weltansicht recht entspricht.

Doch das eben war noch zu hoch für seine Zeit. Und gerade in Deutschland, für welches er zunächst gearbeitet, fand er am wenigsten Verständniß und Anerkennung. Kaum hatte er die Augen geschlossen, und er schien gar nicht da gewesen zu sein; nicht einmal, daß sein Leichenbegängniß irgend welche Betheiligung gefunden hätte. Sondern da mußte erst der Franzose Fontenelle auftreten, um ihm die Lobrede zu halten, wie es auch später wieder der Franzose Dutens war, der die erste doch nur sehr fragmentarische Ausgabe seiner Werke veranstaltete. Eine unauslöschliche Schande für Deutschland und ein trauriger Beweis davon, wie wenig die Nation den Werth eines Mannes zu schätzen wußte, dessen geistige Riesengestalt in der

Das bleibt für immer das Recht der Weltgeschichte, daß nur diejenigen Mächte emporkommen, die sich großen Zwecken widmen. Und nach diesem Rechte ist Rußland emporgekommen, weil es die Civilisirung der tartarisch-mongolischen Welt übernahm. Während ferner das abendländische Europa sich in den puerilen Versuchen erging, die Türkenherrschaft, welche zurückzudrängen und zu vernichten seine Pflicht gewesen wäre, vielmehr durch allerlei Quacksalbereien so lange nur immer möglich am Leben zu erhalten, setzte statt dessen Rußland seine Kraft daran, diese Türkenherrschaft zu brechen. Und sehr natürlich verbreitete es dadurch seinen Einfluß auch über die Balkanländer und über die östlichen Küstenländer des Mediterraneums. Zur Schande wie zur größten Gefahr für das abendländische Europa, dessen zukünftige Machtstellung nur dadurch eine sichere Basis gewinnen kann, daß die jetzt noch den orientalischen Horden angehörende fast volle Hälfte des alten orbis terrarum wieder von der abendländischen Civilisation in Besitz genommen wird. Erbe jener alten Cultur, die einst auch diese Länder durchdrungen hatte, hat das abendländische Europa diese Länder auch wieder zurückzufordern, und im Namen des Christenthums sind die Nachkommen der Kreuzfahrer verpflichtet, die einst von diesen begonnene Aufgabe der Zurückdrängung des Islam und der Rechristianisirung des Orients jetzt von neuem in Angriff zu nehmen und zum Ziele zu führen.

Fürwahr, der würde sich ein Andenken stiften, welches noch in der spätesten Nachwelt bestände, der das zustande brächte: zu jenem Zwecke die abendländischen Nationen zum Zusammenwirken zu vereinigen! Hört bis diesen Tag selbst jedes Kind von den Thaten des großen Alexander, der mit den vereinigten Kräften der Griechenstämme den Orient überzog und dort die griechische Cultur zur Herrschaft brachte, — das wäre noch ein Größeres: nach der-

Periode, worin er gelebt, fast das Einzige gewesen, worauf sie damals noch stolz sein konnte. Und hat denn etwa der angebliche große deutsche Nationalaufschwung der letzten Zeit in dieser Hinsicht viel verändert? Das bleibe hier eine offene Frage. Jedenfalls dürften die leibnitz'schen Bestrebungen dem neudeutschen Reiche wenig sympathisch sein. Auch gerieth die endlich — nachdem schon vor einem Jahrhundert der Franzose Duderot dazu ermahnt! — in Angriff genommene Gesammtausgabe der leibnitz'schen Werke seit 66 für einstweilen wieder in's Stocken.

selben Richtung hin die verschiedenen Nationen des abendländischen Europa's zu einem gemeinsamen Unternehmen in Bewegung zu setzen. Und wenn einst die verschiedenen Griechenstämme, so viele besondere und selbständige Staaten bildend, nur durch die gemeinsame Cultur und die gemeinsamen Heiligthümer verbunden waren, — verhält es sich in diesem Punkte nicht wirklich ähnlich mit den verschiedenen Nationen des abendländischen Europa's? Nur ihren Alexander haben sie noch nicht gefunden.

9.

Was sprechen wir doch von Christenthum, wenn das Christenthum blos auf das gegenseitige Verhalten der Individuen Bezug haben soll, nicht aber auch auf das menschliche Gesammtleben, worauf es vielmehr gar keinen Einfluß zu äußern hätte. So wäre wohl sein Niedergang und allmäliger Untergang unvermeidlich. Oder was hieße es noch für die Völker, sich zum Christenthum zu bekennen, wenn hingegen die daraus entspringenden großen praktischen Forderungen verleugnet würden? Und haben wir nicht bereits erkannt, daß, wenn in erster Linie dazu die internationale Organisation gehört, so andererseits eben diese Aufgabe auch nur in Kraft des Christenthums zur Ausführung gelangen kann? Ist darum keine Aussicht zu einer energischen Inangriffnahme derselben, ohne ein Wiedererwachen des eingeschlummerten christlichen Geistes, so besteht doch hier zugleich eine Wechselwirkung. Und demnach würde es gewiß als ein kräftiger Anstoß zur Erweckung des christlichen Geistes dienen, wenn sich die christlichen Nationen zu einer gemeinsamen Regulirung der orientalischen Angelegenheiten vereinigten.

Dazu liegt in dem dermaligen Zustande des abendländischen Europa's selbst die dringendste Aufforderung zu solchem Unternehmen. Denn welch ein Zustand, wo Revolutionen auf Revolutionen und Kriege auf Kriege folgen, woraus zuletzt nur der moralische wie finanzielle Bankerott der Nationen und Staaten hervorgehen kann. Da gilt es, ihre Politik auf ein großes gemeinsames über die streitenden Sonderinteressen hinausreichendes Ziel zu richten, damit sie endlich aufhören ihre Kräfte in [illegible] Kämpfen zu verzehren. Und noch einmal: ein solches [illegible] böte allein die Regene-



ration und Rechristianisirung des Orients. Haben die abendländischen Völker diese Aufgabe, die seit dem Hereinbrechen des Islams in die christliche Welt eine permanente war, so lange versäumt, so ist nun — wie zur Strafe dafür — noch eine neue orientalische Ueberfluthung durch die Judenherrschaft eingetreten, wodurch die christlichen Völker nicht nur einem finanziellen Ausbeutungssystem verfielen, sondern zugleich ihr geistiges Leben im innersten Kern durch den Judengeist angefressen wird. Das ist die innere orientalische Frage, die schon für alle europäischen Länder besteht, und die nicht zu lösen sein wird ohne andererseits die äußere orientalische Frage thatkräftig in Angriff zu nehmen.

Nun aber die Sache näher betrachtet, spricht es dann für sich selbst, daß hier zum unmittelbaren Eingreifen nicht alle Mächte gleichmäßig befähigt sind. Sondern an erster Stelle käme es offenbar auf die mediterranen romanischen Länder an. Wie andererseits auf England, welches in maritimer Hinsicht selbst zu den mediterranen Mächten gehört, und durch seine Interessen zur Zeit sogar am meisten mit den orientalischen Angelegenheiten verflochten ist, weil dadurch auch der Fortbestand seines indischen Reiches bedingt wird. Aber wie schon gesagt: ohne westeuropäischen Beistand wird England seine Stellung in Asien nicht lange mehr behaupten können, und darum muß es da gewissermaßen auch nur als der Prodominus des ganzen abendländischen Europa's auftreten. Denn nur dadurch kann es für seine wesentlich künstliche und folglich höchst prekäre Weltmacht reelle Stützen gewinnen, wenn es die anderen mediterranen Mächte in sein Interesse hineinzieht, und sich mit denselben derartig auseinandersetzt, daß rücksichtlich der Vormundschaft über die orientalischen Länder, insoweit dieselbe nicht collegialisch zu üben wäre, eine gütliche Vertheilung eintrete.

Darnach würde Spanien sich auf Marokko zu richten haben, woher einst die Ueberfluthung durch die Mauren kam. Was entspräche so dem großen Gang der Geschichte, als wenn jetzt umgekehrt die spanische Herrschaft sich über Marokko ausbreitete, in welches man ja von der spanischen Südküste aus gewissermaßen hineinblickt! Ein wahres Neuspanien würde daraus entstehen, als das jenseitige Andalusien, mit welchem es einst realiter zusammenhing, so lange die Säulen des Hercules sich noch nicht auseinandergespaltet hatten.

Darüber noch einige Worte, um die volle Bedeutung dieser Sache klar zu machen.

Haben einst die Spanier das ganze Mittelalter hindurch in ihrem eigenen Lande den Islam bekämpft, und sind es eben diese Kämpfe, wodurch sich erst die eigenthümliche spanische Nationalität entwickelte, und woraus der ritterliche Geist entsprang, der diese Nation erhob, — was ist hinterher aus der spanischen Größe geworden, seitdem der spanische Unternehmungsgeist sich vielmehr auf Amerika richtete? Und was ist Spanien von seinen unermeßlichen amerikanischen Besitzungen zuletzt noch geblieben? Neben dem unbedeutenden Puertorico nur das allerdings wichtige Cuba, dessen Besitz aber heute gleichwohl als ein großer Krebsschaden für Spanien anzusehen ist. Denn während diese Insel die wahre Brutstätte der Corruption für das hohe spanische Beamtenthum bildet, muß Spanien zugleich um der Behauptung dieses so gefährdeten Besitzes willen einen beträchtlichen Theil seiner Staatskräfte darauf verwenden. Um wie viel besser also, man gäbe einen Besitz, dessen dauernde Erhaltung gegen den natürlichen Zug der Dinge läuft, freiwillig auf. Hiernach zur Selbständigkeit gelangt, dürfte diese Insel dereinst wohl der Kern werden können, woran sich die übrigen Antillen zu einer insularen Conföderation anschlössen. Gewissermaßen als ein Seitenstück zu den kleinstaatlichen Bildungen in dem sogenannten Centralamerika. Daß damit zwischen Nord- und Südamerika zwei eigenartige Zwischenglieder entständen, müßte jedenfalls wünschenswerth erscheinen, und dürfte selbst für die europäischen Interessen in Zukunft von Wichtigkeit sein, insofern dadurch die westindischen Gewässer, nebst dem centralamerikanischen Landgebiete, den Charakter einer neutralen Zone gewönnen.

Um aber zu Spanien zurückzukehren, das würde wie von selbst seinen Blick auf Marokko richten, sobald nur erst das letzte Band gelöst wäre, wodurch es noch an Amerika hängt, und woraus ihm inzwischen fortwährend Verwickelungen und Schwierigkeiten entstehen, die den Gedanken eines großen afrikanischen Unternehmens nicht aufkommen lassen. Und darauf gerade käme für Spaniens Wiedergeburt das Meiste an, weil es damit erst zu seiner wahren Bestimmung zurückkehrte. Sogar für die ganze europäische Politik könnten sich wichtige Folgen daran anschließen. Denn wie es einst Spanien

war, welches durch seine unermeßlichen Erwerbungen in Amerika thatsächlich den Grund legte zu dem ganzen Colonial- und Merkantilsystem, das dann soviel dazu beigetragen, die Politik der westeuropäischen Mächte für zwei Jahrhunderte lang von dem Orient abzulenken, so würde auch andererseits gewissermaßen das Signal zu einem allgemeinen Umschwung gegeben sein, wenn endlich Spanien wieder in die Bahn einträte, die es nach der Entdeckung Amerika's verließ, indem es von jetzt an vielmehr seine Thatkraft auf Afrika richtete. Ist es für den spanischen Stolz empfindlich, daß Spanien nicht zu den sogenannten Großmächten gehört, — wohlan, nur ein kühner Entschluß, und es selbst könnte eine Politik inauguriren, der gegenüber das ganze Großmachtssystem zum Schattenwesen herabsänke.

Was Frankreich betrifft, so war es zumeist der Traum der Rheingrenze, der diese Macht von ernstlichen orientalischen Unternehmungen zurückhielt, so daß auch der in Algerien gemachte Anfang einstweilen ohne weitere Folgen, und diese Erwerbung überhaupt unfruchtbar blieb. Es wäre Zeit, daß jener Rheingrenzentraum verflöge. Ein Segen dann für Frankreich, hätten die Ereignisse von 70 und 71 solche Wirkung gehabt. Oder was kann wohl Frankreich im Orient ausrichten, so lange seine geheimsten Gedanken ganz wo anders hingehen? Die Rheingedanken aber und die Revanchegedanken einmal definitiv aufgegeben, und sich statt dessen mit der Cultivirung Algeriens beschäftigend, könnte es dazu bald noch Tunis hinzufügen. Sein altbegründeter Einfluß in Syrien würde dabei fortbestehen, es könnte ihn vielleicht bis über Palästina ausbreiten.

Nun meine ich wohl, wäre solchergestalt erst von spanischer und französischer Seite ein entschiedener Anfang gemacht, so hätte es mit dem Fortgang keine große Noth mehr. Italien möchte sich auf Tripolis richten, während für England Aegypten bliebe, als die ihm unentbehrliche Etappe nach Indien. Die einstweilen noch unter türkischer Herrschaft stehenden Inseln, nebst der Westküste Kleinasiens, müßten naturgemäß dem neuen Griechenland zufallen, welches fortan selbst in den Verband der abendländischen Nationen einzutreten hätte.

Das erst wäre auch Griechenlands wahre Wiedergeburt. Denn

hatte zwar das alte Griechenland die ersten Keime der Cultur aus dem Orient empfangen, seiner eigenen Entwickelung nach gehörte es dem Abendlande an, indem es zugleich die Brücke zwischen West und Ost bildete. Und wie nun das neuere Europa noch immer von den Culturschätzen zehrt, welche ihm die alten Griechen hinterließen, so wird es auch dem Wiederemporkommen der Neugriechen seine Sympathie nicht versagen dürfen. Um so weniger, als es ohne Mitwirkung derselben nicht gelingen würde, den russischen Einfluß im Orient zurückzuweisen.

Zuletzt aber noch als eine Hauptfrage: was soll bei der dereinstigen Auflösung des türkischen Reiches aus Constantinopel werden? Denn klar, wie sehr dadurch das ganze Verhältniß des Abendlandes zum Orient bedingt sein würde. Fiele diese Stadt in die Hände Rußlands, so wäre damit auch die Ausbreitung der russischen Herrschaft im Orient eingeleitet, was wiederum nichts Geringeres bedeutete, als die Abdankung des abendländischen Europa's. Nicht minder aber müßten wir den Gedanken abweisen, daß Constantinopel dereinst den Neugriechen zufallen sollte, weil darin implicite die Wiederherstellung des byzantinischen Reiches läge. Eines Reiches, welches in sich selbst verfault und seines Unterganges vollkommen würdig war. Nein, nicht um einen neuen Byzantinismus sondern um ein Neugriechenthum handelt es sich, und um den Eintritt desselben in den abendländischen Völkerkreis.

Als die angemessenste Lösung erscheint demnach, daß Constantinopel zu einer für sich bestehenden Freistadt gemacht würde, von einem kleinen Landgebiet umgeben, und mit diesem unter den gemeinsamen Schutz der Nationen des abendländischen Europa's gestellt, für deren Zusammenwirken im Orient so selbst gewissermaßen den Knotenpunkt bildend.

10.

Was wird nach dem allen von Deutschland zu sagen sein, von welchem wir in dem Vorstehenden einstweilen ganz absahen? Und doch wird es bei der Lösung der orientalischen Frage auch eine Rolle zu übernehmen haben. Sogar eine hochwichtige, wenn gleich mehr in mittelbarer Weise, — das folgt aus seiner geographischen Lage.

Denn daß etwa das heutige deutsche Reich durch seine Flotte in den Gewässern der Levante irgendwie entscheidend auftreten könnte, daran wird vorerst Niemand denken. Viel anders ist hier Oesterreich gestellt. Es kann nicht nur durch das adriatische Meer zum Orient gelangen, sondern da es doch wesentlich eine continentale Macht ist, dürfte für seine zukünftige Entwickelung viel wichtiger noch die Donau werden, wenn es ihm gelänge, wenigstens die Hegemonie über das ganze untere Donauland zu gewinnen, was das Hauptziel seiner Politik sein muß. Unter einheitlicher Leitung der Stromregulirung möchte dann die jetzt so verwilderte Donau allmälig wie die für Deutschland natürlichste so auch bequemste und sicherste Wasserstraße nach den Pontusländern werden. Das aber erreicht, so eröffnete sich wohl auch die Aussicht damit, daß dereinst ein Theil des nördlichen Kleinasiens unter deutsche Herrschaft käme und zu einem deutschen Colonialgebiet würde.

Jedenfalls erscheint dies als der einzige Gebietstheil im Orient, wo das Deutschthum aufzukommen hoffen dürfte. Dafür sprechen schon die klimatischen Verhältnisse, nachdem die Erfahrung genügend gezeigt, daß das Deutschthum in sehr warmen Ländern nicht gedeiht, so wenig ihm hingegen die Kälte schadet. Was ist einst aus den Vandalen in Afrika geworden! Selbst in Italien und Spanien konnten die Longobarden und Gothen ihre Nationalität nicht lange behaupten, statt dessen das deutsche Element in dem kalten Liefland sich bis diesen Tag in voller Kraft erhielt. Und sehen wir nicht, wie die deutschen Auswanderer auch in Nordamerika sich vorzugsweise den kälteren Landestheilen zuwenden? Dazu kommt, daß eine deutsche Herrschaft in allen anderen Theilen des Orients, — gegenüber den in dieser Hinsicht viel günstiger gestellten romanischen Völkern und Neugriechen, wie gegenüber der englischen Macht — kaum aufkommen dürfte. Nur in dem nordöstlichen Kleinasien, und sobald erst die Donau zu einer guten Wasserstraße gemacht wäre, hätten wir sogar natürliche Vortheile voraus. Jedenfalls wäre es uns dann hinlänglich nahe gerückt. Zogen einst die Gallier dahin, und setzten sich dort dauernd fest, — warum sollte das in Zukunft nicht den Deutschen gelingen? Kleinasien hat nie eine gleichartige Bevölkerung gehabt, und nach den natürlichen Verhältnissen dieses Landes, welche jede Centralisation ausschließen, und wonach es den

Mittelpunkt der internationalen Organisation stehend dargestellt hatte. Beginnen wir demnach mit einem Rückblick auf das früher über die specifisch deutschen Fragen Gesagte, so werden wir dadurch gleichwohl wie von selbst zu allgemeineren Fragen hingeleitet werden, und damit zu den principiellen Grundlagen der föderativen Weltansicht gelangen, worüber noch Verschiedenes zu sagen blieb, was in dem Verlauf unserer früheren Betrachtungen nicht recht hineingepaßt hätte. Rein Scientifisches zwar, aber das wird dann nicht als eine abstracte Schulweisheit erscheinen, sondern gerade dadurch werden wir uns erst in den Mittelpunkt versetzt sehen, um welchen sich der ganze große Umschwung dreht, von dem wir so wiederholt gesprochen, und der, wie er einerseits thatsächlich sich schon zu vollziehen beginnt, andererseits noch vielmehr als die Aufgabe der Zukunft anerkannt werden muß.

1.

Nur große praktische Ziele können eine Nation emporheben. Davon also wird der Aufschwung der deutschen Nation abhängen: daß sie ihren Weltberuf erkennt und thatkräftig ergreift. Bis heute ist das noch nicht geschehen. Damit es aber geschehe, wird man zuvörderst auch klar darüber sein müssen, was dem bisher entgegen stand.

Nationen entwickeln sich langsam, von der deutschen gilt dies vielleicht am meisten. Und wie hätte nun Deutschland nach einer mehrhundertjährigen Periode fortschreitenden Verfalls sich in kurzem wieder zu seiner ehemaligen Größe erheben mögen? Seit lange zu einem activen Eingreifen in die europäische Politik außer Stande gewesen, durch die innere Zersplitterung in Machtlosigkeit versunken, dann zeitweilig sogar seiner politischen Existenz beraubt, war es schon ein Großes, daß es durch die Freiheitskriege doch diese wenigstens der Form nach wiedergewann. Zu einem lebendigen Körper aber war Deutschland dadurch noch lange nicht geworden. Und weit entfernt, daß man sich darauf zu großen politischen Conceptionen erhoben hätte, bewirkten die thatsächlichen Verhältnisse vielmehr eine neue Verengerung des politischen Horizontes.

Denn zunächst war es jetzt die innere Ausbildung der einzelnen deutschen Staaten, worauf sich alle Gedanken und Anstrengungen

richteten. Und zwar waren es gerade die deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, welche in dieser Richtung in den Vordergrund traten. Was dadurch gewonnen wurde an Sinn und Uebung, sich in freien staatsrechtlichen Formen zu bewegen, soll unvergessen bleiben. Angesichts aber der großen deutschen Gesammtaufgabe konnte der mittelstaatliche und kleinstaatliche Constitutionalismus nur dahin führen, daß man sich desto mehr in enge Verhältnisse einlebte, und für die Behandlung großer politischer Fragen von vornherein den Maßstab verlor. Wie handgreiflich trat das im Jahre 48 hervor, als man da auf Grund aller der Vorstellungen, die sich in jenen Sphären ausgebildet hatten, die Reorganisation des deutschen Gesammtkörpers unternehmen wollte! Das waren eben ganz incommensurable Dinge, und darum das damalige Mißlingen unvermeidlich.

Hatte es inzwischen nicht an Leuten gefehlt, welche, unbefriedigt von dem constitutionellen Treiben in den deutschen Particularstaaten, darüber hinaus eine gesammtdeutsche Entwickelung forderten, so befanden sie sich doch in vollständiger Bewußtlosigkeit darüber, was das eigentlich zu besagen hätte. Nämlich, daß es nichts Geringeres involvirte, als eine Beseitigung des europäischen Großmachtssystems, als welches (wie wir genügend gezeigt zu haben meinen) vielmehr selbst auf dem Zerfall des deutschen Gesammtkörpers beruhte. Daran aber kein Gedanke, sondern gerade dieses Großmachtssystem sollte nun den Anhalt für die Reorganisation Deutschlands bilden. Damit aber entstand auch sofort die Frage: an welche von den beiden deutschen Großmächten sich das neue Deutschland anzulehnen habe? Und was hieß das im Grunde genommen, als Deutschland an und für sich preisgeben, wenn statt dessen vielmehr Preußen oder Oesterreich in den Vordergrund trat? So in diese Alternative hineingezerrt: ob Preußen oder Oesterreich? war damit die deutsche Frage schon von Anfang an total verfälscht. Und was war wohl von dem neuen Deutschland zu erwarten, das auf preußischer oder österreichischer Basis ruhen sollte? Für den deutschen Weltberuf in beiden Fällen so viel als nichts. Das zeigt die einfachste Erwägung.

Hatte zwar die österreichische Gesammtmonarchie von ihrer Entstehung an eine gewisse Großartigkeit der Anlage gehabt, — ein hoher Geist, wie in dem heiligen römischen Reich in dessen Blüthe-

zeit, hatte sich in dieser Monarchie gewiß nicht verkörpert. Durch Heirathen und Erbschaften zusammengebracht, und so ein Product des Feudalismus, d. h. einer im Niedergang begriffenen Entwickelungsperiode, war demgemäß diese Monarchie, statt auf die Anbahnung einer neuen Zukunft, vielmehr auf das Festhalten der Vergangenheit gerichtet. Und so war auch das ehemalige römisch-deutsche Kaiserthum für Oesterreich nur zu einer Art von Erbstück geworden, welches zwar seinem Inhaber noch immer einen gewissen Nimbus gab, und als Folie zu weitreichenden Ansprüchen diente, längst aber nicht mehr die ideale Kraft besaß, welche die Geister zu großen Conceptionen anzuregen vermocht hätte. Mit der Herrschaft des Oesterreicherthums über Deutschland wäre also die Stagnation gegeben gewesen.

Das Preußenthum hingegen schien ganz andere Aussichten zu bieten. Denn das strebte offenbar aus der Vergangenheit heraus und war auf die Begründung eines neuen Zustandes gerichtet. Indem es aber die deutsche Vergangenheit von sich stieß, waren ihm damit auch zugleich die großen Ideen entschwunden, welche dem ehemaligen Reiche zu Grunde gelegen hatten. Und wie kleinlich nahmen dem gegenüber sich die preußischen Zwecke aus! Dem Preußenthum galt es ja freilich als ein Großes, ein deutsches Ländchen nach dem anderen zu erwerben, aber was bedeutete das wohl für die Weltstellung Deutschlands, welches dabei nur um so mehr seiner inneren Auflösung entgegengeführt wurde? So war die preußische Geschichte wohl eine Schule der Arbeitsamkeit und Ordnungsliebe, ein Anreiz zum Raffinement und ein Antrieb zur Thatkraft lag darin, aber die Geister auf hohe Ziele zu richten vermochte sie nicht, sie lenkte weit eher davon ab. Und dem entsprechend sahen wir ja, wie das heutige preußisch-deutsche Reich, in welchem nun der Geist zur Herrschaft gekommen, der sich durch die preußische Staatsgeschichte entwickelt hatte, von dem Weltberuf des ehemaligen Reiches rundweg abstrahirt.

Nur auf Grundlage des doch immerhin ganz Deutschland umfassenden ehemaligen Bundes hätten sich auch deutsch-politische Ideen entwickeln mögen. Vorausgesetzt nämlich, daß dieser Bund selbst zu einer politischen Activität gelangt wäre, statt dessen er in Wirklichkeit ein lediglich passiver Körper blieb. Fehlte damit zu solcher Ideenentwickelung jeder reale Anhalt, so hätte allein noch die

Wissenschaft den Impuls zu einer höheren Auffassung des deutschen Weltberufes zu geben vermocht. Allein die Wissenschaft selbst erhielt nur die Bewußtlosigkeit darüber, und steigerte die Verwirrung der Geister. Denn (wie seines Ortes gesagt) war den deutschen Gelehrten überhaupt das Verständniß für das eigentlich Deutsche abhanden gekommen, daher sie sich in Theorien ergingen, welche auf das deutsche Problem gar keine innere Beziehung hatten. Und so ist es noch bis heute der armselige Begriff des sogenannten Rechtsstaates, welcher eben so das Stichwort für das große politisirende Publikum bildet, als sich auch das Denken der Schule darum dreht.

2.

Aber nicht nur, daß in solcher Weise an das specifisch deutsche Problem überhaupt nicht heranzukommen war, sondern je mehr sich das Denken in der Staatsidee concentrirte, wie wenn davon das Heil der Menschheit abhinge, um so mehr traten dagegen gerade diejenigen großen Aufgaben, worauf die Entwickelung der Zukunft beruht, d. i. die sociale und die internationale Organisation, in den Hintergrund, oder wurden ganz beiseite geschoben. Es konnte nicht anders sein, weil die herrschende Wissenschaft keine Handhaben dazu bot. Oder was wäre auf Grund der Rechtsstaatstheorie, wie sie etwa ein Gneist aufgestellt, für jene Aufgaben zu leisten? Ganz eben so wenig als auf Grund der hegelschen oder stahlschen Staatsphilosophie, welche auch nur den isolirten Staat vor sich hat, und sich in den Fragen der Staatsverfassung concentrirt.

Bei Stahl wurde die Sache dadurch sogar noch schlimmer, daß der Mann ausdrücklich sich seines christlichen Standpunktes rühmte, während doch die viel weiter reichenden socialen und internationalen Fragen um deswillen auch dem Christenthum, welches die Universalität selbst ist, viel näher liegen als die eigentlichen Staatsfragen. Er hingegen beschäftigte sich mit den ersteren nur wenig, die zweiten kümmerten ihn gar nicht, sondern bei weitem die Hauptfrage blieb ihm der Staat. Gewissermaßen das Umgekehrte wirklich christlicher Denkweise. Wie konnte er wohl dahin gerathen? Nun — die Sache ist einfach die, daß sein Christenthum nur ein judaisirendes war, und für das Judenthum fiel ja Staat und Religion zusammen. Er behandelte demnach die christliche Offenbarung wie ein Gesetz.

Dann aber andererseits wieder erklärlich genug, daß ein solches — mit der Staatsgewalt verquicktes, und nicht den geistigen Horizont erweiterndes sondern verengerndes — Christenthum den Widerspruch aller freien Geister hervorrief; und wie denn auch thatsächlich vorliegt, daß hinterher die Abwendung vom Christenthum um so mehr zunahm.

Welch ein Licht wirft es doch auf den Geist dieses Mannes, daß die Blüthezeit seines Einflusses gerade die Zeit einer platten und geistlosen Reaction war, inmitten deren er selbst sich gleichwohl so recht behaglich fühlte! Da hatte er seine feste Anhängerschaft im preußischen Herrenhause, wo er nun seine Weisheit ebenso an den Mann bringen konnte als auf dem Katheder. Von den reellen Einsichten aber, die dadurch gewonnen wären, ließe sich wenig sagen. Im Gegentheil, diese Weisheit lenkte von allen sachlichen Untersuchungen ab, und führte zu einer Phraseologie, die um garnichts besser war als die des Liberalismus. So vor allem die Phrase: „Autorität, nicht Majorität". Als ob damit irgend etwas auszurichten wäre, wo doch in der Praxis erst die Frage entstände: 1) wer ist die Autorität, und wodurch erweist sich die Autorität? denn sonst könnte sich wohl Jeder als Autorität aufwerfen, und 2) wodurch kann und soll die Autorität sich gegenüber der Majorität geltend machen? Darauf keine Antwort — so ist nichts gesagt. Und so ließen sich auch nur Schwachköpfe und Halbköpfe von dieser Phrase imponiren. Endlich aber — welche Frucht hat zuletzt die stahlsche Lehre bei ihren Anhängern selbst getragen, sobald es auf eine ernstliche Probe ankam? Das zeigte sich im Jahre 66, wo die Stahlianer im preußischen Herrenhause, oder was davon im Abgeordnetenhause saß, ihre bisher proclamirten Principien ganz ebenso über Bord warfen, als andererseits die Liberalen thaten. Und was hinterher zur praktischen Geltung gelangte, war der Militarismus, der Annexionismus und der Capitalismus [1]).

1) Ueberhaupt hat die Theorie vom christlichen Staat sich bisher nicht minder steril erwiesen, als andererseits die Rechtsstaatstheorie. So auch neuerdings wieder bei Thiersch („Ueber den christlichen Staat"); denn positiv kommt kaum etwas dabei heraus, wenn auch positiv nicht viel dagegen einzuwenden sein möchte. Ganz anders aber steht es in letzterem

3.

Soll die deutsche Aufgabe nach Umfang und Tiefe endlich recht verstanden werden, so gehört dazu gleichzeitig erst eine Erhebung der Geister. Aehnlich wie sie vordem in der Periode unserer classischen Literatur stattgefunden hatte, nur freilich — den Anforderungen der heutigen Weltlage und den heutigen Bedürfnissen gemäß — ganz anders geartet als damals. Denn das war ja die Periode unseres tiefsten politischen Verfalls gewesen, welchen gleichwohl jene Literaturentwickelung nicht im geringsten aufzuhalten vermocht hatte. Die geistigen Heroen jener Periode waren eben wesentlich kosmopolitisch gesinnt, und weil ihnen nun die Brücke von den vaterländischen Angelegenheiten zu dem politischen Kosmos gänzlich fehlte, — da Deutschland schon seit lange keine politische Activität mehr besessen, — so schwebte ihr Kosmopolitismus in der Luft, als ein abstracter Idealismus. Statt dessen gilt es jetzt einen concreten Idealismus zu erwecken, einen Real-Idealismus, der unmittelbar an die deutschen Aufgaben anknüpft, die, wie wir sahen, sich selbst in die Weltpolitik verlaufen. Nicht also, daß damit der deutsche Patriotismus zu verschwinden hätte, sondern ebenso gekräftigt als gereinigt und veredelt wird er dadurch werden, indem er sich jetzt mit dem Kosmopolitismus vermählt. Was könnte die Liebe zum deutschen Vaterlande mehr anfachen, als die Ueberzeugung, daß das selbst der Hebel zu einem allgemeinen Umschwung werden soll? Noch mehr: zu einem Umschwung, welcher zugleich den großen praktischen Forderungen des Christenthums zur Verwirklichung helfen soll; und darum auch die Weihe der Religion für sich in Anspruch nehmen kann, von der hingegen jener abstracte Idealismus unserer classischen Periode durchaus abstrahiren mußte. Denn angesichts der damaligen Zustände, die doch angeblich mit einer göttlichen Sanction bekleidet sein wollten und sich christlich nannten, — wie erklärlich, daß jener Idealismus über solches Christenthum sich

---

Punkte mit der sich so nennenden evangelischen Staatslehre des ehemaligen Cultusministers v. Mühler, worin der evangelische Staat sich geradezu als eine Fratze präsentirt. Diesem evangelischen Staat, wie andererseits dem Rechtsstaat des Hrn. Gneist, habe ich in meinen „Literarisch-politischen Aufsätzen" ein kleines Denkmal gesetzt.

erhaben fühlte! Er war wirklich das Bessere, und die ihm anhingen, die besten Männer ihrer Zeit. Nun aber, die praktischen Forderungen des Christenthums anerkannt und thatkräftig in Angriff genommen, so liegen darin selbst die höchsten Ziele menschlichen Strebens, während sich zugleich zeigt, daß diese Ziele eben nur auf Grundlage christlicher Weltansicht erreicht werden können. Dies aber wieder anerkannt, so wäre ja auch der deutsche Idealismus selbst schon wie eine Vorhalle zum Christenthum gewesen. Diesen Idealismus dürfen wir daher nicht aufgeben, sondern müssen ihn über sich selbst hinausführen, und dadurch gerade wird er zum Real-Idealismus.

Wohlan, jetzt sage ich: solcher geforderte Real-Idealismus ist eben gegeben mit dem Föderalismus, als welcher — ausgehend von den ganz materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, und in stufenmäßigem Fortschritt von dem Niederen zum Höheren übergehend, bis er zuletzt sich in die Region des Reingeistigen erhebt, — dadurch in lebendigster Weise das Reale mit dem Idealen verknüpft. Ist doch das Verhältniß des Menschen zur Natur, worauf wir in unseren ökonomistischen Betrachtungen immer wieder zurückkehrten, selbst schon als eine Art von Bund aufzufassen, den der Mensch hier mit der Natur schließt. Und so muß es aufgefaßt werden. Der Mensch soll an der Natur keinen Raub begehen, keinen Raubbau treiben, überhaupt die Natur nicht willkürlich behandeln wollen, sondern er soll in seiner wirthschaftlichen Thätigkeit den eigenen Lebensbedingungen der Natur sich liebevoll anschließen. Und je mehr er das thut, um so reichlicher spendet sie ihm ihre Gaben. Dazu haben wir gesehen, wie die Naturverhältnisse auch noch weit über die blos ökonomische Sphäre hinaus ihren Einfluß äußern, und als mitwirkende Factoren betrachtet werden müssen selbst noch in den Fragen der internationalen Organisation.

Ferner hat sich gezeigt, wie der Föderalismus sich dadurch charakterisirt, daß er einerseits alle Factoren der Entwickelung in ihrer Eigenartigkeit anerkennt, und andererseits zum Zusammenwirken verbindet. So, angefangen von den materiellen Fragen der Oekonomik: Naturkraft, Arbeitskraft, Intelligenz und Capital; dann weiter die verschiedenen Wirthschaftszweige und socialen Berufsarten, bis zur Regulirung der persönlicher [illegible] her dabei Betheiligten.

Führt nun der Föderalismus über den Gegensatz der liberalen und socialistischen Oekonomik hinaus, so ist er darum auch das alleinige Mittel zur wirklichen Ueberwindung des heute so allgemein gefürchteten Socialismus. Denn durch den Liberalismus, zu welchen der Socialismus selbst nur den naturnothwendigen Gegensatz bildet, kann er doch gewiß nicht überwunden werden. Mit dem conservativen Gerede aber dürfte eben so wenig auszurichten sein, da der Conservatismus überhaupt keine eigenthümliche Oekonomik besitzt.

Es gehört vielmehr ein neues höheres Princip dazu, und das liegt in dem Föderalismus, der sich dann weiter auch dadurch charakterisirt, daß er die gesellschaftliche Organisation zugleich mit der staatlichen verbindet. Und wie sollten wohl die gesellschaftlichen Verhältnisse zu reformiren sein, ohne daß sich zugleich die staatliche Ordnung veränderte? Nein, auf Grundlage der heutigen Staatsverfassungen bleibt auch jede tiefgreifende Socialreform aussichtslos. Aussichtslos desgleichen eine befriedigende Ordnung der deutschen Verhältnisse, ohne Veränderungen in dem bestehenden deutschen Staatensysteme. Und wie wären die selbst wieder möglich, oder was würden sie helfen, ohne die allgemeine internationale Organisation? Gedankenloses Geschwätz, eine föderative Entwickelung Deutschlands zu fordern, ohne tiefgreifende Veränderungen in den europäischen Verhältnissen.

Mag man doch einen so weit ausgesponnenen Reformplan für einen überschwänglichen Gedanken halten, die tiefere Betrachtung der Dinge führt unabweisbar dahin. Aehnlich, wie im Reiche der Natur alles zusammenhängt, so auch in dem Reiche der geschichtlichen Bildungen. Hat Newton gelehrt, daß es die ein und selbe Kraft sei, durch welche der Apfel vom Baum zur Erde fällt, und durch welche die Himmelskörper sich in ihren Bahnen bewegen, und gilt die allgemeine Gravitation schon längst als eine unbestreitbare Wahrheit, — was läge denn so Ungeheuerliches darin, wenn ich andererseits sage, daß selbst die elementarsten socialen Fragen mit den großen Weltfragen zusammenhängen? Den handgreiflichsten Beleg dazu bietet ja der die fernsten Zonen verbindende Handel, und der uns doch mit den alltäglichsten Lebensbedürfnissen versorgt. Jede Tasse Kaffee, oder jeder Faden Baumwolle, erinnert uns an den inter-

nationalen Zusammenhang. Und was ist also von einer Wissenschaft zu halten, die gerade so thut, als wären sociale Fragen und internationale Fragen zwei Dinge, die überhaupt nichts mit einander zu schaffen hätten? Nichts anderes, als daß solche Wissenschaft den Wald vor Bäumen nicht sieht. Und was heißt es ferner, daß innere und äußere Politik nichts miteinander zu schaffen hätten, wo uns doch schon das Militärbudget handgreiflich das Gegentheil zeigt? Aber darin tritt darum auch erst die volle Bedeutung des Föderalismus hervor, daß er von vornherein in einen universalen Zusammenhang der Dinge einführt, wonach man wirklich sagen kann, daß er für die Menschenwelt dasselbe ist, was für die materielle Welt das Gravitationsgesetz. Nur freilich dabei etwas ganz anderes als ein *Naturgesetz*, da er vielmehr durch die menschliche *Freiheit* vermittelt ist und sich selbst an die menschliche Freiheit wendet, deren Bühne das Reich der *Geschichte* ist.

Doch auch hier tritt uns wieder der *synthetische* Charakter des Föderalismus dadurch entgegen, daß er die drei Reiche, denen der Mensch angehört, — will sagen: das Reich der *Natur*, das Reich der *Geschichte* und die *übersinnliche jenseitige* Welt, welche unter dem religiösen Gesichtspunkt betrachtet das Reich der *Gnade* heißt, — daß er diese drei Reiche gleichzeitig in's Auge faßt. Und dies folgt ganz einfach daraus, daß er das menschliche Leben nach seiner vollen Wirklichkeit betrachtet, dessen drei Seiten sich deutlich genug schon durch die äußere Erscheinung des Menschen ankündigen. Denn mit den Füßen auf der Erde stehend, ist sein Haupt in die Höhe gerichtet, indessen die Sinne in die Weite schweifen, und Arm und Hände, als die Werkzeuge seines Schaffens, sich frei in der Luft bewegen. Aber noch mehr, der synthetische Charakter des Föderalismus ist in diesem Falle sogar ganz unmittelbar gegeben, weil das Reich der Geschichte, als die specifische Sphäre seiner Entfaltung, an und für sich selbst ein *Mittelreich* zwischen dem Reiche der Natur und der jenseitigen Welt ist, welches daher außer Zusammenhang mit diesen beiden Reichen weder überhaupt *dasein* noch *begriffen* werden könnte. Und so bliebe auch der Föderalismus nach seinem tieferen Wesen unverstanden, ohne die Einsicht in die Mittelstellung des Reiches der Geschichte.

4.

Um deswillen sehe ich mich nun veranlaßt, über diese drei Reiche, worüber ich bereits anderer Orten gesprochen [1]), auch an dieser Stelle noch ein Mehreres zu sagen. Denn wie der Föderalismus die Forderung eines Umschwunges der politischen Wissenschaften involvirt, so ist solcher Umschwung selbst wieder nicht möglich, ohne die Grundlage einer neuen Weltansicht, die sich eben in der Theorie der drei Reiche concentrirt. Wenn aber der Föderalismus als ein neues politisches Princip auftritt, so ist auch diese Auffassung der drei Reiche, wonach dieselben ebenso in einander greifen, als sich bestimmt von einander unterscheiden, der bisherigen Denkweise fremd gewesen, und so einfach die Sache erscheinen möchte, ist sie doch, wie sich durch das Nachstehende zeigen wird, von folgenreichster Wichtigkeit.

Blicken wir dabei zuvörderst auf die Theologie, welche so viele Jahrhunderte lang an der Spitze aller Wissenschaft gestanden, die spricht bis heute noch nur von dem Reiche der Natur und von dem Reiche der Gnade, ein besonderes Reich der Geschichte kennt sie nicht. Um so auffallender, weil für die Theologie selbst so viel darauf ankäme, denn mit unserer Auffassung wäre eine trübe Vermischung des Natürlichen, Menschlichen und Göttlichen, welche der Religion so gefährlich ist, von vornherein unmöglich, und so die Würde der Religion sicher gestellt. Ich sage noch mehr: bei einigem Nachdenken wäre ja unschwer zu erkennen, daß sogar in den drei Artikeln des apostolischen Symbolums implicite auch ein Fingerzeig auf die drei Reiche liegt. Und ferner: ist es nicht das Mittelreich der Geschichte, wodurch erst die Idee des Mittlers, worin sich das ganze Christenthum concentrirt, ebenso erst ihre volle Bedeutung empfängt, wie andererseits auch erst zum rechten Verständniß gelangen kann? Aber so ist auch gerade um deswillen, weil die Idee des besonderen Mittelreiches der Geschichte der Theologie fehlte, das Christenthum bis diesen Tag unverstanden und auf bloßen Autoritätsglauben gestellt geblieben.

Treten wir hierauf an die Philosophie heran, — mit der steht es in diesem Punkte auch nicht viel besser. So hatten vorweg

---

1) In der Schrift „Der Untergang der alten Parteien“ und in der so eben erschienenen Schrift „Schelling's positive Philosophie“.

der antiken Philosophie wie der mittelalterlichen Philosophie Speculationen über das Wesen der Geschichte gänzlich fern gelegen, die Geschichte schien gar nicht für sie zu existiren. Für die von Descartes anhebende rein rationale Philosophie, wie andererseits für den Sensualismus eines Locke und seiner Nachfolger, eben so wenig. Demgemäß spricht denn auch selbst noch Leibnitz nur von dem Reiche der Natur und dem Reiche der Gnade. So viel er sich mit dem Material der Geschichte beschäftigte, zu einer Philosophie der Geschichte führte ihn das durchaus nicht. Dazu brach vielmehr vor anderthalb Jahrhunderten die erste Bahn der tiefsinnige Vico. Mit vollem Recht nannte er seine Lehre die »*Scienza nuova*«. Nur freilich, die neue Wissenschaft war auch damit noch lange nicht gegeben, sondern eigentlich nur erst die ausdrückliche Forderung einer solchen erhoben. Aber auch das schon ein Großes, und so mehrten sich auch die Vorarbeiten dazu.

Reflectirende Betrachtungen über die Geschichte wurden allmälig ziemlich allgemein, nachdem in dieser Weise sogar schon früher Bossuet aufgetreten war mit seinem »Discours sur l'histoire universelle«. Insoweit es sich dabei um die Politik handelte, hat dann später Montesquieu unstreitig viel Anregendes gesagt. Tiefer schon faßte die Sache unsere historische Juristenschule, deren Denkweise hinterher — insbesondere nach dem Vorgang von Burke — zugleich wieder in die Politik eindrang, bis zuletzt Roscher die geschichtliche Methode auch in die Oekonomik einführte. Andererseits, und noch geistvoller, hatten Winkelmann, Lessing und Herder die Kunst, die Literatur und die Religion nach ihrer geschichtlichen Seite betrachtet. Allbekannt, wie der letztere selbst schon den Anlauf zu einer Philosophie der Geschichte gemacht. Aber doch eben nur den Anlauf, denn um eine solche Philosophie zu ermöglichen, dazu hätte erst noch die Untersuchung ganz anderer Fragen gehört, bis wohin alle jene Männer noch gar nicht gelangten.

Frage nämlich: was ist überhaupt die Geschichte an und für sich selbst? Gewiß ein sehr sonderbares Wesen, denn wenn gerade als das Herrlichste der Geschichte die großen Thaten der Individuen oder Völker erscheinen, — die verschwanden ja in demselben Momente, als sie sich vollzogen, zwar Nachwirkungen hinterlassend, aber als Thaten gehörten sie [illegible] Erinnerung an. Ein

bloßes Reich der Mnemosyne wäre darnach die Geschichte, und doch muß sie andererseits etwas sehr Reelles sein, so gewiß als das Wohl und Wehe der Völker durchaus von den Wendungen der Geschichte abhängt. Frage desgleichen: wie kommt überhaupt das Menschengeschlecht dazu, sich in einer geschichtlichen Entwickelung zu befinden? Wiederum aber ist es die offenbarste Thatsache, daß die jedesmal lebende Generation — in ihrem Empfinden, Denken und Wollen — immer eine merklich andere ist, als sogar schon die nächst vorangegangene Generation. Welch ein Unterschied gar im Verlauf der Jahrhunderte und Jahrtausende! Daß die Völker eben fortschritten und fortschreiten müßten, ist leichthin gesagt, aber keine Antwort auf jene Frage. Oder warum denn fortschreiten, da sie doch auch in dem Zustand verbleiben könnten, in welchem sie sich einmal befanden? Sind die Thiere so glücklich, von der ganzen Fortschrittsquälerei nichts zu wissen, warum ist nur der Mensch so einfältig fortschreiten zu wollen? Und ferner fortschreiten — wohin denn? Soll die Sache einen verständigen Sinn haben, so muß wohl der Mensch noch nicht sein, was er sein soll. Aber wie konnte nun ein so widerspruchsvolles Wesen überhaupt entstehen, welches nicht ist, was es sein soll? Die Thiere scheinen von diesem inneren Widerspruch frei zu sein.

Offenbar sind das alles unabweisbare Fragen, und ohne eine Antwort darauf ist von einer Geschichtsphilosophie nicht ernstlich zu reden. Und welche Tragweite wirklich die Sache hat, zeigt sich, beiläufig bemerkt, handgreiflich schon in dem Unfug, welchen man heute mit den sogenannten anthropologischen Untersuchungen treibt, wobei man eben von der geschichtlichen Seite alles Menschlichen absieht, sondern den Menschen nur physiologisch betrachtet, nach Knochen, Schädel und Gehirn. Wie natürlich, daß das zu der Affentheorie führte. Gehört es aber zu dem eigensten Wesen des Menschen, sich in einer geschichtlichen Entwickelung zu befinden, so soll man doch auch erst eine Art von Affengeschichte entdecken, oder die Analogie ist von vornherein bodenlos. So viel also bedeutet auch in dieser Hinsicht die Idee eines besonderen Reiches der Geschichte, denn diese Idee einmal erfaßt, so sinkt damit jene Affentheorie, welche schon so viele Schwachköpfe ängstigt, mit einem Schlage zu einem verächtlichen Humbug herab.

Um nun das Wesen des geschichtlichen Reiches begreifen zu können, dazu bedurfte es nach dem allen erst eines Umschwunges der ganzen Philosophie. Die bisherige und noch jetzt herrschende rein rationale Philosophie war dazu so wenig befähigt, daß sie sich die oben formulirten Fragen nicht einmal aufwarf, geschweige denn daß sie eine Antwort darauf zu geben wußte. Es bekundet ja immerhin den allgemeinen Zug zur Geschichte, daß auch bei Kant und selbst bei Fichte sich geschichtliche Betrachtungen finden, allein die stehen da eben in keinem inneren Zusammenhang mit ihrem System, in welchem vielmehr für eine Geschichtsphilosophie überhaupt kein Platz wäre. Darum ist es wirklich ganz folgerichtig, wenn andererseits der doch sonst so geistreiche und tiefsinnige Schopenhauer von seinem Standpunkte aus rundweg erklärt: habe der Philosoph nur den Herodot gelesen, so brauche er sich um Geschichte nicht weiter zu kümmern! Jedenfalls das Bequemste, um tausend Schwierigkeiten zu entgehen. Gilt also diesem Philosophen das Reich der Geschichte für nichts, so kann er folgerichtig auch nichts von einer positiven Religion wissen, denn dadurch allein wird eine Religion positiv, daß sie in die Geschichte eintritt. Am allerwenigsten weiß er von der christlichen Offenbarung, da es für ihn weder einen persönlichen Gott noch eine Schöpfung gibt. Alles verschwindet da in dem Abgrund seines Subjectivismus.

Viel anders freilich sieht die Sache bei Hegel aus, dessen System ausdrücklich eine Philosophie der Geschichte enthält. Auch die Kunst, die Religion und die Philosophie selbst hat er, mehr oder weniger eingehend, nach der Seite ihrer geschichtlichen Entwickelung betrachtet. Auf den ersten Anblick könnte man ihn darnach für einen rechten Geschichtsphilosophen halten. Erklärt er doch sogar in seiner „Phänomenologie des Geistes", welche die Einleitung zu seinem System bilden sollte: die Wissenschaft sei eben die begriffene Geschichte. Es fragt sich nur, wie das zu verstehen wäre, und da nahm aber die Sache die Wendung, daß umgekehrt die Geschichte sich ihm zu bloßen Begriffen, die realen Vorgänge zu einem bloßen Gedankenproceß verwandelten. Und damit wäre ja das Allerwesentlichste in der Geschichte, d. i. die That, zum Unwesentlichen geworden, die Geschichte hörte überhaupt auf, das Reich der menschlichen Freiheit zu sein. Denn das Denken

entwickelt sich bei Hegel nach innerer Nothwendigkeit, und wie er einmal gesagt: alles Wirkliche sei vernünftig, so wäre es zugleich nothwendig. Wohin kämen wir damit! Ferner aber geht bei Hegel aus der zu einem Gedankenproceß verwandelten geschichtlichen Entwickelung der sogenannte absolute Geist hervor. Das Geschichtliche verschmilzt demnach mit dem Göttlichen, ein besonderes überweltliches Reich existirt gar nicht. Wie also bei Schopenhauer alles im Subjectivismus verschwindet, so bei Hegel in dem angeblich sich selbst denkenden Denken, und zuletzt ist sein System nichts weiter als ein Panlogismus.

Angeregt nun durch Hegel's geschichtliche Betrachtungen, suchte dem Problem einer wirklichen Geschichtsphilosophie näher zu treten Cieszkowski, indem er ausdrücklich eine „Historiosophie" aufstellen wollte. Auf Grundlage seiner polnischen Nationalität zugleich deutsche und französische Bildung in sich vereinigend, und infolge dessen die hegelsche Kathederphilosophie von Anfang an viel freier und unbefangener beurtheilend als die meisten ihrer sonstigen Anhänger, empfand er auch alsbald das Unbefriedigende des bloßen Logismus. Ueber dem bloßen Begriff geht ihm die That, über das absolute Erkennen soll sich die absolute Praxis erheben, und dazu diente dann die Historiosophie: die wahren Aufgaben der Zukunft erkennen zu lehren, und die leitenden Ideen zur Lösung derselben anzugeben. War, wie er meint, was bisher in der Welt geschehen, aus dem dunklen Drang der Völker hervorgegangen, so sollten die großen Aufgaben der Zukunft mit klarem Bewußtsein erfaßt und in Angriff genommen werden, und im Hinblick auf das praktische Endziel, d. i. die Gestaltung der Menschheit zu einer Völkerfamilie. Dabei nicht unberührt von panslawistischen Ideen, von denen damals viele Polen ergriffen waren, denkt er an eine zukünftige slawische Weltperiode, der alle das zu erfüllen vorbehalten sei, wozu der in bloße Theorie versunkene germanische Geist sich nicht zu erheben vermocht habe. Ideen, in welchen sich auch der polnische Dichter und Literator Mickiewicz bewegte. Ein gährendes Element, woraus wohl manche schöne Gedanken und tiefe Anschauungen, zugleich aber die Schaumblasen leerer Phantastereien hervortraten. Doch gilt Letzteres keineswegs auch von dem in Rede stehenden rein sachlich gehaltenen Werke, welches auch

seinen wissenschaftlichen Werth hat. Das Problem ist da in mancher Hinsicht ganz richtig erkannt, und neben blos Schematischem auch wirklich Anregendes beigebracht. Zu Weiterem freilich konnte dieser Autor nicht gelangen, da er nach der eigentlich philosophischen Seite der Sache noch auf dem Boden des Hegelianismus stehen blieb, welcher zur Erkenntniß des eigenthümlichen Wesens des geschichtlichen Reiches überhaupt keine Handhaben bietet.

Denn erst durch Schelling, in seiner späteren Periode, hat die Philosophie die Fähigkeit gewonnen, die That und die Thatsache in die Speculation aufzunehmen. Das Entscheidende dabei, daß er das Wesen des religiösen Processes erschloß, wovon alle geschichtliche Entwickelung ausgeht, und wodurch nun die Ideen Vico's, der darüber noch in sehr unzulänglichen Vorstellungen befangen war, erst die rechte Grundlage gewonnen haben. Damit ist denn endlich die Möglichkeit einer im vollen Sinne des Wortes so zu nennenden Geschichtsphilosophie gegeben, während alles, was sonst bisher unter diesem Titel unternommen wurde, nur als Vorarbeiten dazu gelten kann, wobei die eigentlichen Grundfragen, die so zu sagen die Metaphysik der Geschichte betreffen, noch fast unberührt blieben.

5.

Es wäre hier nicht an der Stelle, dieses Thema weiter zu verfolgen, dessen große Bedeutung indessen durch das Vorstehende hinlänglich klar geworden sein wird. Und handelt es sich auch für unseren Zweck nur um die für die politischen Wissenschaften daraus entspringenden Folgen, so liegt ja wohl auf flacher Hand, daß da zuletzt doch alles davon abhängen muß: wie man über die Geschichte denkt; so gewiß als doch alle Staaten, nebst ihren Verfassungen und Gesetzen, selbst geschichtliche Bildungen sind, und die sogenannte hohe Politik sich eben auch in dem Reiche der Geschichte vollzieht. Wie aber wäre an die Geschichte, deren thatsächlicher Charakter jedem unbefangenen Sinn als ihre grundwesentliche Eigenschaft entgegentritt, — wie wäre da mit blos rationalen Begriffen überhaupt heranzukommen?

Unvermeidlich daher, daß die rein rationale Staatswissenschaft sich ganz unhaltbar erweisen mußte. Positiv schaffen konnte sie

nichts, sondern nur das thatsächliche Gefüge der geschichtlichen Bildungen zersetzend, revolutionirend und also rein negativ konnte sie wirken. Traten aber dem gegenüber dann die Männer der historischen Schule auf, — die kamen doch auch nur wieder bis zur Negation dieses Negativen, was selbst noch lange keine wirkliche Position ist. Dazu konnten sie deshalb nicht gelangen, weil sie sich nur mit den geschichtlichen Vorgängen beschäftigten, ohne aber nach dem Wesen der Geschichte selbst zu fragen, da sie überhaupt keine systematischen noch weniger eigentlich philosophische Köpfe waren. Vortrefflich unterrichtet über das Geschehene, besaßen sie nur leider keinen Maßstab für das geschehen Sollende, und so machte es sich ganz natürlich, daß sie am liebsten bei dem jedesmaligen status quo stehen blieben. Kein einziger großer praktischer Gedanke ging von ihnen aus. Und worin besteht denn nun die bis heute noch herrschende politische Wissenschaft? Im Grunde genommen aus einem Gemisch von rein rationalen Begriffen und aus geschichtlichen Reflexionen abgeleiteten Ansichten. Ein klares und festes Princip hat sie wirklich noch nicht gewonnen. Auch kann das nie gewonnen werden, so lange nicht das Wesen der Geschichte als eines besonderen Reiches erkannt ist.

Da dies nun nicht erkannt war, indem man nur zwischen der Natur und der übersinnlichen Welt unterschied, so war freilich eine principielle Grundlage nur zu gewinnen durch den Ausgang von dieser oder von jener. Das Letztere ergäbe dann die allbekannte theologische Politik, welche der heute herrschenden Wissenschaft vorangegangen war, das Erstere hingegen eine naturalistische Politik, die man früher noch nicht gekannt. Nachdem aber in den letzten Jahrhunderten die Naturwissenschaften in den Vordergrund aller Forschungen getreten, und das allgemeine Denken zu beherrschen begannen, ist es wohl erklärlich, wie wirklich zuletzt versucht wurde, auch die politische Wissenschaft als eine reine Naturwissenschaft zu behandeln. In dem Sinne nämlich, daß der Mensch nur als ein Naturwesen, die geschichtlichen Bildungen nur als eine Steigerung des Naturprocesses betrachtet wurden. Und das also unternahm, in systematischer Weise, zuerst Comte in seiner bereits früher allegirten „Sociologie", die einen Theil seiner »*Philosophie positive*« bildet.

Das große Bedürfniß unseres Zeitalters hatte der Mann in gewissem Sinne ganz richtig erkannt. Nämlich angesichts der Thatsache, daß die bisherigen politischen Lehren nur dahin geführt, daß man seit zwei Menschenaltern zwischen Revolution und Reaction schwankte, was doch augenfällig das Unzulängliche derselben beweist, wollte er endlich eine feste Grundlage gewinnen. Unstreitig war er überhaupt ein scharfsinniger Kopf und origineller Denker. Auch haben seine Lehren in Frankreich allmälig Wurzel geschlagen, es bildete sich auf Grund derselben die Schule der sogenannten Positivisten, die dann auch in England Theilnahme fand. Insbesondere blieb sie nicht ohne Einfluß auf Stuart Mill, der sich viel mit Comte beschäftigte. Unbestreitbar ferner, wie diese naturalistische Lehre, dem hohlen Formalismus der Rechtsstaats-Theorie gegenüber, jedenfalls den Vorzug hat, daß sie von Anfang an den Blick auf die reellen Lebensverhältnisse lenkte, wodurch so viele herkömmliche Schul- und Parteiansichten mit einem Schlage in nichts verschwinden. Die Naturwissenschaften haben ja etwas den Geist Befreiendes, nur ist damit die Gefahr verbunden, daß dem blos naturwissenschaftlichen Denken die übersinnliche Welt — in welche nicht in der Weise exacter Forschung einzudringen, sondern wobei vielmehr von der Intuition auszugehen ist, — überhaupt verschwindet. Und so bei Comte, der ausdrücklich als Materialist und Atheist auftritt, obwohl — ihm selbst unbewußt — noch manches Christliche in ihm blieb. Die große praktische Wichtigkeit der Kirche insbesondere entging ihm nicht, und so schwer begreiflich das auf seinem materialistisch-atheistischen Standpunkt erscheinen mag, er selbst fordert eine Kirche. Mit größtem Nachdruck fordert er desgleichen — zur tiefen Beschämung für die theologische Politik, welche dafür so wenig Interesse bekundet, — die Wiederherstellung der abendländischen Völkergemeinschaft. Selbstverständlich bei ihm materialistisch, oder richtiger gesagt: pantheistisch gedacht, allein der Sache nach entsprach das doch zugleich einer praktischen Forderung des Christenthums, welches also noch immer eine Wirkung auf ihn übte. Bemerkenswerth auch, wie sein Biograph Littré berichtet, daß er in seinen letzten Jahren täglich in der Imitatio Christi las, und ein rechter Beleg dazu, welche Macht doch in den christlichen Ideen liegen muß, daß selbst ernst denkende Atheisten sich davon

ergriffen fühlen. Ist er bei dem allen, und ganz im Gegensatz zu der naturwissenschaftlichen Exactheit, welche er ausdrücklich anstrebte, nebenbei vielmehr selbst oft auf die abenteuerlichsten Phantastereien und Extravaganzen gerathen, so bleibt trotzdem manches von ihm zu lernen, und nicht zu leugnen, daß er einen Anstoß zu einem wissenschaftlichen Umschwung gegeben hat.

Frei von jenen Verirrungen, und dabei mit großer staatswissenschaftlicher Gelehrsamkeit ausgerüstet, hat nun neuerdings Schäffle — gewissermaßen als der deutsche Comte — die naturalistische Politik weiter auszubilden unternommen, in seinem ausführlichen Werke „Bau und Leben des socialen Körpers“ 4 Bde. 75/78. Ein Werk von so reichhaltigem Inhalt, daß dem gegenüber die herrschende Schulwissenschaft sich gar dürftig ausnimmt. Auch kommt ihm unbestreitbar das Verdienst zu, daß durch Zusammenfassung aller Elemente und Gestaltungen des menschlichen Gesammtlebens das politische Denken weit über den engen Horizont hinweggehoben wird, in welchem die im eigentlichen Sinne so zu nennende Staatslehre sich bewegt, indessen doch gerade dadurch auch über die eigentlichen Staatsfragen selbst ein viel freieres Urtheil gewonnen wird. Man kann sagen: die exclusive Staatslehre, wie z. B. noch die Stahlsche, ist damit überhaupt als antiquirt anzusehen.

Den darin liegenden Fortschritt der Wissenschaft also voll anerkannt, bleiben andererseits freilich die mit dem naturalistischen Standpunkt gegebenen principiellen Mängel um deswillen nicht minder bestehen, wenn sie hier auch sehr viel weniger hervortreten als bei Comte. So vorweg, wenn diesem die übersinnliche Welt — obwohl er dabei thatsächlich sich selbst widerspricht — ausdrücklich als nicht vorhanden galt, ist Schäffle von solchem Extrem weit entfernt. Allein er kann doch auch die übersinnlichen Beziehungen des menschlichen Lebens nicht positiv in Rechnung ziehen, indem er die übersinnliche Welt für schlechthin unerkennbar hält. Jedenfalls im Widerspruch mit dem Christenthum, dem die übersinnliche Welt keineswegs als schlechthin unerkennbar gelten kann, denn die Offenbarung muß uns doch irgend etwas von Gott und göttlichen Dingen gelehrt haben. Rücksichtlich alles dahin Gehörigen mußten daher Schäffle's Ausführungen sehr unzulänglich bleiben.

Was uns aber hier am meisten interessirt, ist dann, daß auch für ihn die Geschichte nicht den Charakter eines besonderen Reiches hat, sondern sie fließt ihm mit der Natur zusammen. Er behandelt sie wesentlich wie eine Fortsetzung des Naturprocesses, und zwar auf Grundlage der Darwinschen Entwickelungslehre. Darwin spukt eben heute überall. Alles macht sich demnach bei Schäffle durch Daseinskämpfe, sociale Auswahl, Anpassung und Vererbung. Und keine Frage, daß alles dies ja wirklich eine große Rolle in der Geschichte spielt. Ist doch in gewissem Sinne das ganze menschliche Leben ein fortgesetzter Kampf, und ohne Kampf kommt kaum in der Welt etwas zu Stande. Allein so blos Darwinistisch betrachtet, wäre die Geschichte lediglich ein Entwickelungsproceß, nicht aber zugleich das Gebiet der freien That, welche aus dem fortfließenden Zug der Dinge heraustritt, und schöpferisch Neues begründet. Unstreitig aber greift in alle politischen Bildungen die freie That ein, wie andererseits zur Regierung und Gesetzgebung ein planmäßiges Wirken gehört, welches über die bloßen Daseinskämpfe u. s. w. entschieden hinausgeht. Sind nun zwar die Staaten und Institutionen Producte der Geschichte, und qua Producte den Naturproducten insofern ähnlich, als sie sich als ein Werdendes und Gewordenes darstellen, und ist es um deswillen unerläßlich, die politischen Bildungen zunächst von dieser Seite zu betrachten, — da auch das planmäßige Wirken auf der Grundlage des blos Zuständlichen ruht, — so ist doch eben die Geschichte etwas ganz anderes als ein bloßer Entwickelungsproceß, und sind darum auch die geschichtlichen Producte etwas ganz anderes als bloße Naturproducte. Eine politische „Naturlehre" — wie ich anderer Orten selbst eine solche aufzustellen unternommen — wird folglich um deswillen keineswegs als ein Pendant zu den physischen Wissenschaften gelten können, welche die materielle Welt betreffen, die im specifischen Sinne die „Natur" heißt. Das Wort wird ja in sehr verschiedenem Sinne gebraucht. Spricht doch Cicero sogar »de natura *Deorum*«! Nach Schäffle hingegen wären die politischen Wissenschaften wirklich nur eine höhere Stufe der eigentlich sogenannten Naturwissenschaften; wie er auch überall von Analogien mit der materiellen Welt ausgeht, und darnach den Stoff seines ganzen Werkes gruppirt. Unvermeidlich, daß darin viel blos

Schematisches liegen muß, oder geradezu Erzwungenes, was dann, anstatt zur Erkenntniß zu helfen, vielmehr das Specifische der betreffenden Fragen verdunkelt.

Ist der Mensch, fahre ich fort, überhaupt einem übersinnlichen Reiche verbunden, so empfängt er auch von da aus Impulse, welche ihn zu Handlungen veranlassen, wozu die bloßen Daseinskämpfe nie geführt hätten. Und daraus folgt dann, daß so Vieles in der Welt eine ganz andere Wendung nimmt, als auf Grund der vorliegenden Verhältnisse nach menschlichem Ermessen zu erwarten gewesen wäre. Ueberhaupt das Ueberraschende und Unberechenbare in der Geschichte, was man hinterher nur als Thatsache aufnehmen, aber nicht genetisch erklären kann. »Who will venture« — sagt mit Rücksicht darauf Bancroft in seiner Geschichte der Ver. Staaten — »who will venture to measure the consequences of actions by the apparent humility or the remoteness of their origin? The mysterious influence of that power which enchains the destinies of states, overruling the decisions of sovereigns and the forethought of statesmen, often deduces the greatest events from the least commanding causes.« Und darauf bemerkt er, wie der Ursprung der Ver. Staaten zuletzt auf Calvin deute, welcher in Genf eine zugleich kirchliche und politische Reform unternahm, deren Ideen dann nach England eindrangen und dort die Secte der Puritaner hervorriefen, die endlich durch ihre Auswanderung nach Nordamerika den Grund zu den heutigen Ver. Staaten legten. Gewiß, Daseinskämpfe spielten auch dabei wieder eine wichtige Rolle, aber nicht minder gewiß, daß sie nicht zugleich auch das Vehikel gewesen waren, wodurch so zu sagen die Uebertragung der Calvinischen Ideen nach England bewirkt worden wäre.

Muß nicht also die Verbreitung wie die Wirkung der Ideen an ganz andere Bedingungen gebunden sein, als wonach sich die Dinge in der Natur entwickeln? Noch weiter — wie geschieht es überhaupt, daß neue Erfindungen und Entdeckungen zu dem weitreichendsten Umschwung führen können, und um wie viel mehr noch ethische und religiöse Ideen? Ja, ich frage endlich: woher kommen diese Ideen selbst? Ist es der Genius, der sie schuf, — wie konnte er das, außer dadurch, daß er sich in eine über dem jeweiligen

thatsächlichen Zustande weit hinausliegende Region erhob? Das aber wieder konnte er nur inkraft des Bandes mit der übersinnlichen Welt. Und dem entsprechend zeigt die Erfahrung, daß, wo der Glaube an die übersinnliche Welt verschwindet, auch die höhere geistige Production aufhört. Denn ist es wahr, was Schiller sagt:

„Wer es glaubt, dem ist das Heil'ge nah,"

so entzieht hingegen die übersinnliche Welt sich dem Unglauben, und die sinnliche Welt bietet eben keine Impulse zu neuen großen Ideen.

Man sieht abermals, wie viel für das rechte Verständniß der menschlichen Dinge darauf ankommt, daß man ein Bewußtsein über die Verschiedenheit wie das Ineinandergreifen der drei Reiche habe.

6.

Wird also die Geschichte, welche die eigenthümliche Sphäre menschlicher Entwickelung ist, nicht als ein besonderes Reich erkannt, indem vielmehr nur die Natur und die übersinnliche Welt unterschieden werden, und erweist sich jetzt der naturalistische Standpunkt als unzulänglich, um eine principielle Grundlage für die politischen Wissenschaften zu gewinnen, so kämen wir dann freilich wieder auf die theologische Politik zurück.

»Incidit in Scyllam, qui vult evitare Charybdim.«

Und eben aus solchem Dilemma herauszukommen, ist die wahre Aufgabe.

Klar nach unseren bisherigen Erörterungen, wie das nur zu ermöglichen sein wird durch die Annahme eines besonderen Reiches der Geschichte,* als der eigenthümlichen Sphäre für alles Politische. Das darf uns jetzt als feststehend gelten. Ueber die theologische Politik aber bleibt gleichwohl um der großen Wichtigkeit der Sache willen noch einiges zu bemerken. Denn erklärlich genug, daß diese Denkweise bis diesen Tag noch immer großen Einfluß übt. Sie captivirt die Menschen, indem sie an das religiöse Gefühl appellirt, wodurch sie gar ehrwürdig erscheint, während sie doch im tiefsten Grunde unwahr ist, wie sie praktisch zu den unheilvollsten Folgen führt. Darum ist für Theorie und Praxis unerläßlich, endlich damit in's Reine zu kommen.

Erstlich nämlich schlägt solche Politik ganz unvermeidlich zum Verderben der Religion selbst aus, welche dadurch dazu herabgewürdigt wird, über die menschlichen Einrichtungen und Zustände

— so schlecht sie immer wären — ihren Segen zu sprechen, wie wenn darin die gottgewollte Ordnung vorläge. Weiß man ja, wie die ehemalige Feudalverfassung — mit ihren übereinandergeschichteten Ständen, mit ihrer Hintersässigkeit und Hörigkeit des Landvolkes, — zu ihrer Zeit auch für die gottgewollte Ordnung ausgegeben wurde. Hören wir aber einmal, wie viel anders schon der Sachsenspiegel sich darüber geäußert:

> „Nach rechter Wahrheit hat Eigenhörigkeit ihren Beginn vom Zwange und vom Gefängniß und von unrechter Gewalt, die man von Alters her zu unrechter Gewohnheit gebracht und gezogen hat, und für Recht ausgeben will. Dabei ist uns von Gotteswegen kundig geworden, daß der Mensch Gottes Bild sein soll, und wer Einen Jemandem anders zuspricht als Gott, daß der wider Gott thut."

Um so bemerkenswerthere Worte, als sie aus dem gemeinhin sogenannten finsteren Mittelalter stammen, wo es nichts desto weniger auch helle Köpfe gegeben haben muß. Dies beiläufig. Wäre nun aber der ehemalige agrarische Feudalismus eine gottgewollte Ordnung gewesen, warum nicht auch der heutige finanzielle Feudalismus, und überhaupt das ganze Ausbeutungssystem? Und so wäre freilich die sociale Frage auf einmal erledigt, indem man die arbeitenden Classen mit ihren Ansprüchen kurzweg — oder nöthigenfalls auch mit Kartätschen — zur Ruhe zu verweisen hätte, da es doch einmal der liebe Gott so angeordnet, daß die große Majorität nie mehr verlangen dürfe, als eben ihr Dasein fristen zu können. Das sogenannte eiserne Lohngesetz der Bourgeoisieökonomik wäre also wirklich nur ein anderer Ausdruck für diese gottgewollte Ordnung.

Und warum auch nicht? Ist es doch immer so geschehen, daß die jeweilig herrschende Classe den bestehenden Zustand mit einer göttlichen Sanction zu bekleiden suchte, um ihn dadurch unantastbar zu machen. Im alten Rom thaten die Patrizier auch so. Aber das ist nun leider die Wirkung der Aufklärung, daß der großen Masse allmälig ein Licht über diese Practiken aufging, infolge dessen sie sich durch das Pochen auf eine angeblich gottgewollte Ordnung — worin jedes beliebige Drucksystem seine Rechtfertigung suchen könnte — nicht mehr imponiren läßt. Will man trotzdem noch mit dergleichen fortfahren, so ist die ganz natürliche Folge, daß

endlich die Socialdemokraten sagen: „von eurem Gott, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen angeordnet hat, wollen wir hinfort überhaupt nichts hören, da vielmehr der ganze Gottesglaube mit Stumpf und Stiel auszurotten ist, als das mächtigste Hinderniß aller reellen Verbesserung." Es liegt eine handgreifliche Logik darin. Welch ein entsetzlicher Zustand dann freilich daraus entspringen müßte, wenn die große Masse religionslos würde, bleibt hier außer Frage; käme es aber wirklich dahin, so wäre es eben die theologische Politik, welche die Hauptschuld daran trüge.

Zum Zweiten. Wie die naturalistische Politik die überweltlichen Beziehungen des menschlichen Lebens nicht zu würdigen weiß, so die theologische Politik nicht die materiellen Unterlagen desselben, und damit überhaupt die volkswirthschaftlichen Verhältnisse. Darauf aber ruhen Staat und Gesellschaft, so gewiß als die Menschen vor allem leben wollen, und von Religion können sie nicht leben. Diese hingegen erhält den moralischen Zusammenhalt, und gibt dem menschlichen Leben die höheren Ziele, darin liegt ihre unermeßliche Wichtigkeit. Allein gleichwie bei einem Hause das in die Erde gesenkte Fundament, obwohl seiner inneren Dignität nach das Niedrigste, doch das Allernothwendigste ist, damit das Haus überhaupt feststehe, so verhält es sich auch in Staat und Gesellschaft mit ihren materiellen Bedingungen. Davon muß deshalb in der politischen Wissenschaft die Betrachtung ausgehen, Verfassung und Gesetze folgen in zweiter Stelle, und zuletzt erst alle das, was das geistige Leben der Völker betrifft. Demnach schreitet hier die Untersuchung fort vom Niederen zum Höheren, oder kurz gesagt: in der Richtung von unten nach oben. Die theologische Politik will diese Ordnung umkehren, vielmehr von Gott und überhaupt von der Religion ausgehend. Gerade als ob von daher auch die Staaten stammten! Die Staaten stammen aber aus der diesseitigen Welt, nicht aus der jenseitigen Welt, von woher freilich das Christenthum stammt. Ist also die praktische Aufgabe für die Religionswissenschaft, die Anleitung dazu zu geben, daß dies Ueberweltliche den weltlichen Verhältnissen eingeflößt werde, so muß sich da allerdings das Denken in der Richtung von oben nach unten bewegen. Anders in den politischen Wissenschaften, welche vielmehr darin mit den physischen Wissenschaften übereinstimmen,

daß sie vom Niederen zum Höheren fortschreiten. Nur allerdings wieder mit dem großen Unterschiede, daß in der Politik das Niedere von vornherein zugleich im Hinblick auf das Höhere behandelt werden muß, dem es zur Unterlage dienen soll. Der Naturforscher darf nicht so verfahren, sondern der untersucht z. B. die Mineralien darnach, was sie an und für sich selbst sind, nicht darnach, daß sie zur Unterlage für das Pflanzenleben dienen sollen, sonst würde eine curiose Mineralogie daraus entstehen. In der Volkswirthschaft hingegen ist das Materielle nicht als für sich selbst geltend, sondern als Mittel zu menschlichen Lebenszwecken zu betrachten; was also doch eine ganz andere Behandlung fordert als die blos naturwissenschaftliche.

„Eines schickt sich nicht für Alle,
Sehe Jeder, was er treibe,“

und will gleichwohl der Theologe oder Physiker politisiren, so muß er dabei die Theologie oder Physik zu Hause lassen. Anderenfalls bleibt er besser selbst zu Hause.

Zum Dritten verschwindet für die theologische Politik die Relativität aller menschlichen Einrichtungen, denn was von Gott kommt, muß doch absolut gut sein. Verfassungen und Gesetze aber sind gerade nur insoweit gut, als sie den vorliegenden Zuständen und Bedürfnissen entsprechen, wie respective den Einsichten der Menschen. Aendern sich die Zustände und Bedürfnisse, oder werden bessere Einsichten gewonnen, so sind die Menschen nicht nur berechtigt sondern selbst verpflichtet, die Verfassungen und Gesetze zu ändern, so viel ihnen auch vorgeredet würde, daß sie damit an einer angeblich göttlichen Ordnung rüttelten.

Zum Vierten lassen sich aus dem Christenthum überhaupt keine staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen ableiten, sondern insoweit das doch versucht würde, läuft die Sache auf reinen Humbug hinaus. Nicht einmal ein sogenannter Idealstaat ließe sich daraus ableiten, denn der müßte doch auch irgend welche Institutionen haben. Wohl gar aber die Verfassung eines besonderen Landes, wie etwa Deutschland's, aus dem Christenthum heraus construiren zu wollen, wäre ein Gedanke des Wahnsinns. Aus dem Christenthum folgen lediglich allgemeine Forderungen für das Verhalten der Individuen, oder der Staatsgewalten und der Völker.

Die sollen sich dann bemühen einen Zustand herzustellen, der solchen Forderungen möglichst entspricht, welche Einrichtungen aber um deswillen zu treffen wären, bleibt der menschlichen Einsicht und Thatkraft überlassen. Das Christenthum wirkt dabei nur als ein Impuls für die Gläubigen, ernstlich an's Werk zu gehen. Und um einen kräftigen Impuls geben zu können, muß es sich von aller Verquickung mit den weltlichen Gewalten frei halten, denen es hingegen dienstbar würde, wenn es diese oder jene Verfassung für die besonders gottgefällige erklären wollte. Dann hätte es seine überwältigende Kraft verloren; so daß auch hier wieder hervortritt, wie die theologisirende Politik der Religion selbst zum Verderben gereicht.

Wie schädlich in dieser Hinsicht namentlich auch ein Stahl gewirkt, bemerkten wir schon früher. Daß wir aber wiederholt von der Lehre dieses Mannes sprachen, dazu sahen wir uns vor allem um deswillen veranlaßt, weil, wie er in letzter Zeit als der Hauptrepräsentant der theologisirenden Staatswissenschaft gelten mußte, andererseits auch die Unhaltbarkeit und Unzulänglichkeit derselben durch sein Beispiel am deutlichsten hervortritt. Denn was sich überhaupt daraus machen läßt, das hat er gemacht. Dabei standen ihm noch die Hilfsmittel der deutschen speculativen Philosophie zu Gebote, die er für seine Zwecke auszunutzen nicht verfehlte, und daß er ein gelehrter Mann und scharfsinniger Kopf war, bleibt ja unbestritten; nur in sein eigenes System verrannt, worüber er nicht weiter mehr hinausblicken konnte. Hat er nun auf Grund seiner Ideen selbst nur so wenig Ersprießliches zu leisten vermocht, — was steht erst zu erwarten von solchen theologisirenden Politikern, die darin ihr Evangelium fanden, ohne aber dabei auch ein wenig von den persönlichen Gaben und Fähigkeiten ihres Meisters zu besitzen? Gilt es einmal als zulässig, in den Fragen der Politik auf einen angeblichen, aber niemals nachweisbaren, Willen Gottes zu provociren, so ist damit aller Salbaderei und aller Willkür Thür und Thor geöffnet. Sachlicher Untersuchungen bedarf es gar nicht mehr, sondern je unwissender und beschränkteren Geistes die Leute sind, um so anspruchsvoller fahren sie mit ihren Behauptungen heraus, indem sie statt aller Argumente lediglich den Trumpf einer gottgewollten Ordnung ausspielen zu brauchen glauben, und die Frage ist entschieden. Der geistige Pöbel regiert.

Für den Föderalismus, der sich an die menschliche Freiheit und an die menschliche Einsicht richtet, ist es wesentlich, daß er in der Geschichte ein besonderes Reich erblickt, welches nicht von Gott herrührt, sondern welches die Menschen schufen und fortwährend schaffen. Eine einfache Folge, daß darum auch die Menschen, und beziehungsweise die Staatsmänner, allein verantwortlich sind für ihre Schöpfungen und Unternehmungen, wofür sie ja auch den Ruhm einernten, wenn die Sache glückt, anderen Falls aber sich nicht unterfangen sollen, ihre eigenen Bêtisen auf Rechnung der göttlichen Vorsehung setzen zu wollen, welche angeblich alle das so gefügt habe, was vielmehr sie selbst gemacht. Ist ferner durch die Berufung auf eine gottgewollte Ordnung — welche doch über jede Kritik erhaben sein muß! — von vornherein die Untersuchung abgeschnitten, so hat hingegen eine wahre politische Wissenschaft die Untersuchung stets offen zu halten, und sogar die Prüfung selbst herauszufordern, dem apostolischen Worte gemäß:

»Omnia autem probate, quod bonum est tenete.«

So gewiß demnach der Föderalismus für seine Entwürfe keine göttliche Sanction in Anspruch nimmt, gestattet er das aber auch Anderen nicht, und kann die gottgewollten Salbadereien nur mit tiefster Verachtung von sich weisen.

7.

Hat sich nun der Föderalismus, für Theorie und Praxis, als ein universales Princip erwiesen, so hat er doch daneben zugleich noch eine besondere ganz unmittelbare Beziehung auf Deutschland, dessen föderative Beanlagung und Bestimmung genügend aufgezeigt wurde. Das aber anerkannt, ist folglich auch keine wahre Wiederherstellung Deutschlands möglich, außer dadurch, daß es thatkräftig seinen föderativen Beruf ergreift, der mit seinem Nationalberuf eins und dasselbe ist. Und in demselben Maße als dies geschehen wird, wird dann die deutsche Nation — zu ihrem eigenen Wesen zurückkehrend, dem sie sich seit Jahrhunderten entfremdet hatte, — auch wieder schöpferisch auftreten in den Einrichtungen und Unternehmungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens, wo sie so lange nur nachgeahmt, und bis diesen Tag noch nachzuahmen fortfährt.

*

Denn was wäre da wirklich original deutsch? Hatten wir das bei uns jetzt herrschende Oekonomiesystem, wie desgleichen das constitutionelle Regierungssystem, aus dem Auslande entlehnt, so sind neuerdings von daher auch die socialistischen Ideen zu uns gekommen. Und was das neudeutsche Reich betrifft, — ist es nicht geschaffen nach halb napoleonischen und halb cavouristischen Maximen? Der Föderalismus hingegen der wäre etwas Deutsches, wie andererseits denselben praktisch auszuführen und zur allgemeinen Geltung zu bringen, auch allein Deutschland befähigt wäre, nach seinem inneren Wesen wie nach seiner Weltlage.

Wir fügen hinzu, wie damit zugleich der unglückliche Hang unserer Gelehrten verschwinden würde, sich in Theorien zu ergehen, die gerade auf die deutschen Verhältnisse am wenigsten innere Beziehung noch Anwendbarkeit haben, sondern fast ausdrücklich nur als eine Schulweisheit auftreten, für das praktische Leben von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen. Auf föderativem Standpunkt verschwindet der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, der Sinn ist auf beides gerichtet. Ganz wie es einst bei unserem Leibnitz zu Tage trat, der das leuchtende Vorbild für alle deutschen Gelehrten sein sollte. Das der Wissenschaft wesentliche Streben nach Allgemeinheit erlitt dadurch so wenig Abbruch, daß er vielmehr in dem Hinblick auf die vaterländischen Angelegenheiten den lebendigsten Impuls dazu fand. Denn wie er Deutschland betrachtete, und wie es — auch das haben wir nicht minder gezeigt — betrachtet werden muß, gewinnt die deutsche Frage, je tiefer sie erfaßt wird, auch um so mehr eine universale Bedeutung.

Das eben begründet erst die wahre Würde Deutschlands, daß seine eigene Entwickelung so vielseitige und weitreichende Gesichtspunkte eröffnet, wie in gleichem Maße von keinem anderen Lande zu sagen wäre. Ein äußeres Zeichen davon, daß noch heute fast alle europäischen Dynastien aus Deutschland stammen, und ein deutlicher Fingerzeig auf den internationalen Beruf desselben. Aber so erkannten wir zugleich dies: wie andererseits auch die Auflösung der ehemaligen abendländischen Völkergemeinschaft, und darauf das Emporkommen eines politischen Systems, wonach am Ende nur noch die thatsächliche Macht gilt, grundwesentlich auf den deutschen Vorgängen beruhte. Ein wahres Wort daher, was vor zwei Menschen-

altern Gentz ausgesprochen, und wohl noch von tieferem Sinn, als der Mann damals selbst gedacht:

„Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen."

Daß dies aber wirklich geschehe, dahin kann nur der Föderalismus führen, der — so wenig er auch erst in der Gegenwart bedeuten möchte — um so mehr das politische Entwickelungsprincip der Zukunft ist.

